

# Die Arbeiterbewegung in Argentinien.

Ein Beitrag zu ihrer Geschichte<sup>1)</sup>.

Von

Felix Weil (Frankfurt am Main).

**Inhalt:** Die Anfänge der Arbeiterbewegung. — Der erste gewerkschaftlich-politische Zusammenschluß (F.O.A.). — Die Gewerkschaftsbewegung: F.O.R.A., F.O.R.A.C., Autonome, U.S.A. — Die politische Bewegung: P.S.A., P.C.A. — Die Lage der Arbeiterschaft in den Städten. — Die Lage der Arbeiterschaft auf dem Land. — Anhang: Einige statistische Daten.

Durch die Arbeiterpresse Europas gehen von Zeit zu Zeit Nachrichten über die Arbeiterbewegung in Südamerika, welche diese Bewegung in einem falschen Licht erscheinen lassen. Man pflegt ihre Bedeutung bei weitem zu überschätzen. Typisch hierfür ist z. B. die Erklärung SINOWIEWS auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale<sup>2)</sup>, daß die Rote Gewerkschaftsinternationale in Argentinien 214000 Anhänger habe. In der Tat

1) Die Grundlage für die folgende Arbeit — den ersten Versuch einer Gesamtdarstellung der Arbeiterbewegung in Argentinien — bildeten: sehr spärliches Material aus dem Nationalen Arbeitsamt; offizielle Veröffentlichungen der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei Argentiniens, der **F**(ederacion) **O**(brera) **B**(egional) **A**(rgentina) [Landesverband der argentinischen Gewerkschaften]; das 1920 in Buenos Aires erschienene Buch *Nuevo Derecho* (Neues Recht) von Dr. ALFREDO L. PALACIOS, Rechtsanwalt und Professor an den Universitäten Buenos Aires und La Plata; besonders aber persönliche Mitteilungen von Veteranen der Arbeiterbewegung wie Dr. JUSTO und AUGUST KÜHN sowie anderen Führern. Zuverlässigeres Material gibt es kaum. Die Statistik insbesondere wird nicht mit Genauigkeit gehandhabt: weder von den Arbeiterorganisationen, soweit sie sich neuerdings überhaupt damit befassen, noch vom Nationalen Arbeitsamt. Stichproben zeigten, daß dessen Material nicht ganz einwandfrei ist. Beispielsweise ergab gleich die erste Probe, die Addition einer in Prozenten angelegten Rubrik, 102,4 %.

2) Vgl. Protokoll des III. Kongresses der Internationale S. 677. Man vgl. mit dieser Angabe SINOWIEWS die wirkliche Stärke, unten S. 22.

gibt es überhaupt nur in drei Ländern Südamerikas eine selbständige Arbeiterbewegung: in Argentinien, Uruguay und Chile, und auch in ihnen ist deren Einfluß auf die Politik kaum spürbar.

Argentinien ist das entwickeltste unter ihnen und die dortige Arbeiterbewegung zu untersuchen, ist die Aufgabe der vorliegenden Abhandlung. Es handelt sich dabei um die Bewegung in einem jungkapitalistischen Land, in dem es noch kaum Industrie gibt. Mit 2,8 Mill. km<sup>2</sup> 5mal so groß wie Deutschland, ist Argentinien noch vorwiegend Agrarland mit extensiver Wirtschaft. Von der Bevölkerung von 7,9 Mill. wohnt rund ein Drittel in den vier großen Städten: Buenos Aires, Rosario, Bahia Blanca und Cordoba, davon allein 1,6 Mill. in dem 185 km<sup>2</sup> großen Buenos Aires; der Rest verteilt sich auf das übrige Territorium.

Nach MARTIN<sup>3)</sup> umfaßt die werktätige Bevölkerung 2,36 Mill. Personen. Davon entfallen auf Buenos Aires allein 398 100 (nach anderer Quelle 359 614). Sie verteilt sich folgendermaßen:

		davon in Buenos Aires
Industrie u. Handwerk . . . . .	813 000	rund 30 %
Tagelöhner . . . . .	702 000	„ 10 „
Acker u. Weidewirtschaft . . . . .	462 000	„ — „
Handel . . . . .	24 000	„ 40 „
Transportgewerbe . . . . .	98 000	„ 50 „
Sonstige . . . . .	254 000	„ 10 „

Die Arbeiterbewegung beschränkt sich auf die Städte. Als typisches Einwandererland hat Argentinien keine eigene Tradition. Wohl aber findet man dort Bruchstücke von Traditionen der verschiedenen Länder Europas, die im politischen Leben in Erscheinung treten. Wir werden aus der folgenden Darstellung ersehen können, wie auch in der Arbeiterbewegung sich die Haupttendenzen der europäischen Bewegung widerspiegeln.

### Die Anfänge der Arbeiterbewegung.

Die ältesten, allerdings sehr unsicheren Nachrichten über die Anfänge der Arbeiterbewegung in Argentinien stammen aus dem

3) In dem von Prof. HELLAUER herausg. Sammelband „Argentinien, Wirtschaft und Wirtschaftsgrundlagen“. Berlin und Leipzig 1921. S.10.

Jahre 1790, in dem sich eine Zunft der Schuhmacher in Buenos Aires gebildet haben soll, die auch gewerkschaftliche Ziele verfolgte. Ein anderer Bericht erzählt uns, daß ungefähr um dieselbe Zeit in Buenos Aires in der Handwerker-gasse, der calle de los artes, ein Streik der Silber- und Lederarbeiter ausbrach, den der spanische Vizekönig durch Auspeitschung der Ausständigen schnell unterdrückte.

Die Ideen der ersten Sozialisten dringen bald hinüber und wecken Widerhall in den führenden Köpfen der argentinischen Unabhängigkeitsbewegung. RIVADAVIA, einer der berühmtesten Männer der argentinischen Freiheitskämpfe, war zweifellos stark von ihnen beeinflusst, denn er schlug 1822 dem Nationalkongreß Maßnahmen vor, die man als recht sozialistisch bezeichnen muß. Die bemerkenswertesten unter ihnen sind: „emphyteutische“ Landkontrakte, d. h. Staatseigentum am Boden, aber Verpachtung auf 20 Jahre — ein Vorschlag, der an die neuere Agrarordnung Sowjetrußlands oder Neuseelands erinnert —, volle Entschädigung des Pächters nach Pachtlauf für Gebäude, Zäune, agrikulturtechnische Meliorationen usw.; Ersetzung der Steuern, Zölle und sonstigen Abgaben durch die Einnahmen aus der Grundrente; eine Erbschaftssteuer. Diese Vorschläge sind auch zum Teil vom Kongreß angenommen worden; zu ihrer Ausführung ist es jedoch nie gekommen. Der Einfluß SAINT-SIMONS und CABETS macht sich um diese Zeit auch in den Werken einiger Wissenschaftler geltend: LERROUX, ECHEVERRIA und ALBERDI werden heute die „argentinischen Saintsimonisten“ genannt. Eine Zeitschrift „El Artesano“ (Der Handwerker), die erste Arbeiterzeitung Argentiniens, welche 1863 von dem im Mai 1897 verstorbenen Spanier B. VICTORY Y SUAVEZ herausgegeben wurde, enthält Artikel über CABET, BLANC, PROUDHON usw. und Abdrucke aus ihren Werken.

Weiteres über Vorläufer der Arbeiterbewegung in Argentinien ist nicht bekannt. Man weiß nur, daß es seit ungefähr 1850 Zusammenschlüsse der Arbeiter gegeben hat, die auch Streiks durchführten — 1857 fand ein Buchdruckerstreik in Buenos Aires statt — und daß um 1880 kurze Zeit eine Zeitschrift im Sinne der I. Internationale existiert haben soll. Alle derartigen Nachrichten beruhen jedoch auf mündlicher Überlieferung und sind

ganz unsicher. Die ersten genaueren und einigermaßen sicheren historischen Angaben stammen erst aus dem Jahre 1882.

Am 1. Januar dieses Jahres gründeten in Buenos Aires deutsche Sozialisten den — auch heute noch als republikanische teils demokratisch, teils sozialdemokratisch orientierte und mehr gesellige Ziele verfolgende Vereinigung bestehenden — Verein Vorwärts als sozialistischen Propagandaverein. In den 70er Jahren war eine ganze Reihe von Flüchtlingen vor dem Sozialistengesetz eingewandert, unter ihnen auch AUGUST KÜHN, der heute noch in der Arbeiterbewegung in den Reihen der Kommunistischen Partei, zu deren Mitbegründern er zählt, tätig ist, ferner GUSTAV NOCKE und CARL MÜCKE. Sie und 10 andere waren die Gründer des Vereins, der seit dem 2. Oktober 1886 eine eigene Zeitschrift, Vorwärts, herausgab, die sich durch ein Jahrzehnt zu behaupten vermochte. In den 80er Jahren entstanden ferner zahlreiche, meist nach Sprachen zusammengesetzte Gruppen. So z. B. 1888 der „Círculo Socialista Internacional“, dem französische und italienische Anarchisten — unter ihnen MALATESTA — angehörten; eine holländisch-belgische Gruppe u. a. Aber alle fristeten kein langes Dasein. Um die gleiche Zeit entstanden viele Gewerkschaften, teilweise infolge der Propaganda ausländischer Organisationen. Die Gewerkschaft der Lokomotivführer und Heizer *Fraternidad* bildete sich am 20. Juni 1887 infolge der Agitation eines von einer nordamerikanischen (? F.W.) Gewerkschaft entsandten Maschinisten; am 12. Januar 1889 wurde das *Comité Internacional Obrero* begründet, das sich aus Vertretern der meisten der in Buenos Aires bestehenden Arbeitervereinigungen zusammensetzte, mit dem Zweck, die Beschlüsse des Pariser Internationalen Arbeiterkongresses vom 14. Juli 1889 zur Durchführung zu bringen. Es organisierte denn auch die erste Maifeier am 1. Mai 1890 gemäß den Pariser Resolutionen. Rund 3000 Arbeiter versammelten sich an diesem Tage im „Prado Español“ und beschlossen: 1. den 1. Mai als Arbeiterweltfeiertag zu erklären; 2. die Gründung eines argentinischen Arbeiter(gewerkschafts)verbandes vorzubereiten; 3. eine Zeitschrift für die Verteidigung der Arbeiterklasse zu gründen; 4. dem Nationalkongreß eine Petition zugunsten einer sozialen Gesetzgebung zu überreichen.

### Der erste gewerkschaftlich-politische Zusammenschluß.

Die Beschlüsse wurden bald verwirklicht. Der Verband konstituierte sich am 29. Juni 1890 unter dem Namen **F(ederacion) O(brera) A(rgentina)**<sup>4)</sup> und wohl alle damals bestehenden Gewerkschaften in Buenos Aires und auch im Innern traten ihm bei; Arbeiter aus Industrien oder Orten, wo noch keine Gewerkschaft bestand, wurden in einer Sammelsektion (*Sección Varia*) zusammengefaßt. Am 8. Juli 1890 überreichte eine Delegation der F.O.A. dem Nationalkongreß die oben erwähnte Petition, ohne Erfolg jedoch, denn der Kongreß ging über sie zur Tagesordnung über. Vom 12. Dezember 1890 an erschien dann erstmals die Wochenzeitung *El Obrero* unter der Leitung des deutsch-argentinischen Ingenieurs **HERMANN A. LALLEMENT**. Sie hatte jedoch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Anarchisten machten der F.O.A. viel zu schaffen. Am 1. Mai 1891 sprengten sie die Maifeier und veranlaßten so strenge Polizeimaßnahmen. Am 15. August darauf trat der erste Kongreß der F.O.A. zusammen. Vertreten waren die Gewerkschaften der Bäcker, Schreiner, Tischler und der deutschen Buchdrucker, ferner der Verein Vorwärts und zwei *Varias* aus dem Innern. Die Kongreßbeschlüsse forderten: den Achtstundentag, eine 36stündige ununterbrochene Arbeitspause pro Woche, die Errichtung einer Arbeitsbörse usw. Ferner erließ der Kongreß eine Streikordnung und wählte einen Vorstand, dem auch **AUGUST KÜHN** angehörte.

Der ausländische Einfluß auf die Arbeiterbewegung war in diesen Jahren noch sehr groß. Die Mehrzahl der Arbeiterführer bestand, auch der Staatsangehörigkeit nach, aus Ausländern. Man hat heute, wenn man auf die Entwicklung jener Zeit zurückblickt, den Eindruck, daß das Wachstum der Arbeiterbewegung etwas Künstliches an sich hatte. Unterstützt wird diese Annahme durch den Umstand, daß die Entwicklung der Arbeiterorganisationen in jener Zeit sich sehr langsam vollzog, daß die Zeitschrift *El Obrero* Ende September 1892 zum erstenmal und, nach kurzem Wiederaufleben im Februar 1893, zwei Monate darauf endgültig einging und daß auch die F.O.A. sich bald nach ihrem zweiten

4) Sein Programm ist nicht mehr zu ermitteln. Es ist anzunehmen, daß es den Programmen der europäischen Parteien nachgebildet war.

Kongreß vom 30. Oktober 1892, auf dem Resolutionen mit der Forderung der politischen Macht und der Sozialisierung angenommen wurden, auflöste.

Damit war die erste Periode der Arbeiterbewegung in Argentinien abgeschlossen. Eine deutliche Scheidung zwischen politischer und gewerkschaftlicher Organisation hatte bis dahin noch nicht stattgefunden. Nun aber setzte dieser Prozeß ein. In den nächsten Jahren entwickelte sich die selbständige politische Organisation, die Partei. Fortan ist die Trennung zwischen den beiden Erscheinungsformen der Arbeiterbewegung wahrnehmbar. Dies rechtfertigt auch ihre gesonderte Behandlung. Ich beginne mit der Gewerkschaftsbewegung, die nicht nur die historisch ältere, sondern auch die bei weitem stärkere ist. Die Teilung des Stoffes ist schon deshalb geboten, weil es einen Zusammenhang, wie er etwa in Deutschland oder Italien zwischen Gewerkschaftsbund und sozialdemokratischer Partei existiert, in Argentinien nicht gibt.

### Die Gewerkschaftsbewegung.

Acht Jahre dauerte es, bis die argentinische Arbeiterklasse sich wieder eine gewerkschaftliche Zentralorganisation schuf. In diesen Jahren entwickelten sich die einzelnen Gewerkschaften langsam und es gelangten viele neue zur Gründung, wie es die beginnende Entfaltung des Kapitalismus mit sich brachte. Während des Jahres 1895 sollen 23 978 Arbeiter in Buenos Aires gestreikt haben, die 19 verschiedenen Gewerkschaften angehörten. Am 13. August 1896 brach der erste große Streik aus, an dem rund 20 000 Arbeiter teilnahmen. Der Kampf drehte sich um den Achtstundentag, um Sonntagsruhe, Extrabezahlung der Überstunden usw. Der Streik brach, wie später noch so viele andere, schließlich trotz unerhörter Anstrengung der Ausständigen zusammen — die Werkstättenarbeiter einer Eisenbahnlinie hielten 110 Tage durch — und zwar deshalb, weil die Unternehmer die Streiker durch Einwanderer ersetzten. Die Erfahrungen, die das Proletariat in diesen Jahren sammelte, machten ihm endlich klar, daß der Zusammenschluß dringend notwendig sei. Am 2. Mai 1901 beschlossen denn auch Vertreter von 13 Gewerkschaften die Einberufung eines Kongresses zur Gründung eines

Landesverbands. Dieser fand sodann statt am 25. März 1901, dem argentinischen Nationalfeiertag. Damit trat die **F(ederacion) O(brera) R(egional) A(rgentina)** ins Leben, der 29 — nach anderen Angaben 37 — Gewerkschaften, darunter 17 aus Buenos Aires, sich anschlossen.

Der Verband lehnte in seiner Gründungsresolution jede politische Bindung ab. Er bezeichnete sich vielmehr als eine „von den sozialistischen und anarchistischen Parteien unabhängige Einrichtung“ und wollte nichts weiter sein als eine „reine und absolute Resistenzorganisation“. Als Kampfmittel anerkannte er den Generalstreik. Vom 1. August 1901 an gab die F.O.R.A. eine wöchentlich erscheinende Zeitung *La Organización Obrera* heraus.

Der Einfluß der Anarchisten in der F.O.R.A. war groß und stieg noch in der Folgezeit. Indes blieb die Einigkeit bis zum zweiten Kongreß vom April 1902 gewahrt. Dieser beschloß Resolutionen gegen Nachtarbeit und Militarismus und erklärte außer dem Streik auch Boykott und Sabotage als Kampfmittel. Die mit der anarchistischen „antipolitischen“ Haltung der F.O.R.A. nicht einverstanden, unter dem Einfluß der jungen Sozialistischen Partei Argentinien stehenden Gewerkschaften traten deshalb aus dem Verband aus und bildeten am 16. Juni 1902 die **U(nión) G(eneral) (de) T(rabajadores)** nach dem Muster der französischen und itälienischen Verbände.

1905 setzten jedoch wieder Einigungsbestrebungen ein. Der Kongreß der Allgemeinen Arbeiterunion, der U.G.T., schlug dem V. Kongreß der F.O.R.A. einen Solidaritätspakt vor, der aber abgelehnt wurde. Ja, die Anarchisten setzten sogar die Annahme der Formel durch, die auf Jahre hinaus alle Einigungsversuche zunichte machte:

*„Der Kongress empfiehlt die Propaganda der ökonomisch-philosophischen Prinzipien des anarchistischen Kommunismus. Diese Erziehung (der Arbeiterklasse) verhindert, dass man es bei der Eroberung des Achtstundentages bewenden lässt und wird zur völligen Emanzipation und also zur sozialen Revolution führen, die angestrebt wird.“*

Ein anderer Beschluß dieses Kongresses verlangte wieder die Aufhebung der „ley de residencia“, des am 22. Juli 1902 be-

schlossenen Niederlassungsgesetzes, das die Arbeiterbewegung niederzuhalten bestimmt war und der Regierung, d. h. der Polizei, das Recht gab, Ausländer, welche „die öffentliche Ordnung stören“, ohne richterliche Verfügung kurzerhand über die Grenze zu schaffen, bezw. solche Personen auch an der Einreise zu verhindern. Die Bedeutung dieses Gesetzes wird vollkommen klar, wenn man bedenkt, daß damals fast alle Arbeiterführer Ausländer waren und es zum Teil heute noch sind. Auf die ley de residencia geht die noch derzeit gültige Bestimmung zurück, daß Ausländer vor Erhalt des Einreisevisums eine polizeiliche Bescheinigung beibringen müssen, daß sie in den letzten fünf Jahren an keinen staatsfeindlichen Bestrebungen teilgenommen haben.

Schon der III. und IV. Kongreß der F.O.R.A. (vom Juni 1903 und Juli 1904) hatten sich gegen das Niederlassungsgesetz gewendet und dagegen mit Generalstreik, Boykott und „jeder sonstigen revolutionären Aktion, welche die Umstände erheischen“, gedroht. Als neues gewerkschaftliches Kampfmittel empfahl der V. Kongreß ferner das — heute besonders bei Druckereien übliche — „label“, das ist eine Marke der Gewerkschaft, welche diejenigen Fabriken auf ihre Erzeugnisse setzen dürfen, welche die Bedingungen der Gewerkschaften angenommen haben.

In den folgenden Jahren traten die anarchistischen Tendenzen immer deutlicher hervor. Der VI. Kongreß der F.O.R.A. (1906) beschloß, gegen Aussperrungen mit Sabotage vorzugehen. Gleichzeitig wuchs aber das Bedürfnis nach Einigung. Der Kongreß wählte daher eine Kommission, welche gemeinsam mit Vertretern der U.G.T. am 28. März 1907 einen Einigungskongreß zustandebrachte, auf dem 62 Gewerkschaften für die Beibehaltung der Formel des V. Kongresses der F.O.R.A., also für die Ablehnung der Einigung stimmten, während 9 sich für die Einigung aussprachen und 38 sich der Abstimmung enthielten. Bei diesem negativen Ergebnis blieb es jedoch nicht. Am 25. September 1909 kam es zum zweiten Einigungskongreß, der diesmal von einer Gruppe der „autonomen“, d. h. keinem Verband angehörenden Gewerkschaften einberufen worden war. Es kam unvermutet zu einer teilweisen Einigung: die U.G.T. und ein Teil der autonomen Gewerkschaften schlossen sich zur *C*(onfede-  
*racion) O*(brera) *R*(egional) *A*(rgentina) zusammen. Diese,



wenn auch nur teilweise Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte machte sich bald geltend. Im Jahre 1910 war eine lebhaftere Streiktätigkeit mit erheblichen Folgen zu verzeichnen<sup>5)</sup>.

Die Regierung fühlte sich durch das Anwachsen der Arbeiterbewegung so beunruhigt, daß sie im Juli 1910 — im Jahr der Centenarfeier — das Gesetz zur sozialen Verteidigung, die *Ley de defensa social*, durchsetzte, welches mit Gefängnis bis zu drei Jahren jeden bedrohte, „der durch Beleidigung, Drohung oder Gewalt versucht, eine Person zu bewegen, sich einem Streik oder Boykott anzuschließen.“ Außerdem forderte es, daß Versammlungen im Freien acht Tage, solche in geschlossenen Räumen 24 Stunden vorher bei der Polizei angemeldet und von dieser genehmigt werden müssen. Endlich verbot es den Gebrauch von roten Fahnen usw. Den Zweck des Gesetzes erläuterte der Richter und Deputierte FERRER dahin, daß hierdurch „alle Agitatoren außerhalb der Gesetze gestellt werden sollen, damit jeder Staatsbürger sie wie Hunde auf der Straße totschiessen darf.“ Mit diesem Gesetz und dem uns bereits bekannten Niederlassungsgesetz von 1902 hoffte die Regierung, die unerwartet angeschwollene Arbeiterbewegung niederdrücken zu können. Das gelang ihr auch, für das nächste Jahr wenigstens, jedoch nicht auch auf die Dauer. Denn jede bisherige Regierung sieht sich aus politisch-taktischen Gründen gezwungen, von Zeit zu Zeit, jedesmal nämlich, wenn Wahlen bevorstehen, die Strafnormen nur äußerst milde anzuwenden. In diesen Atempausen aber erholt sich das Proletariat rasch wieder von der vorherigen Unterdrückungsperiode, zumal die Regierung es oft für richtig hält, in dieser Zeit die Arbeiterbewegung offen zu unterstützen, um Arbeiterstimmen zu gewinnen<sup>6)</sup>.

Nach einem neuen vergeblichen Versuch im November 1912, mit der F.O.R.A. auf eine gemeinsame Kampfbasis zu gelangen, beschloß die C.O.R.A. im Juni 1914, die Einigung in anderer Weise zu erreichen, nämlich sich aufzulösen und in die F.O.R.A. einzutreten. Diese formale Einigung ging jedoch bereits auf dem nächsten, dem IX. Kongreß von 1915, wieder in die Brüche.

5) Vgl. die Statistik, unten S. 48/49.

6) Vgl. S. 12 des HELLAUERSCHEN Sammelbandes.

Mit den Stimmen von 46 gegen 14 (nach anderen von 44 gegen 11) Gewerkschaften wurde beschlossen, die Formel des V. Kongresses durch folgende zu ersetzen:

*„Die F.O.R.A. spricht sich weder offiziell für eine Partei aus, noch empfiehlt sie die Annahme bestimmter philosophischer oder ideologischer Systeme, deren Propaganda jedoch, im Einklang mit der Autonomie des Individuums in der Gewerkschaft, der Gewerkschaft im Lokalverband und des Lokalverbandes im Landesverband<sup>7)</sup> weder verboten ist noch im Namen irgend eines Prinzips beschränkt werden darf. Im Gegenteil, die breiteste und toleranteste Erörterung wissenschaftlicher, philosophischer und ideologischer Themen muss gestattet sein mit Rücksicht auf die verschiedenartigen Denkrichtungen der Verbandsmitglieder, um die organische Einheit aufrecht zu erhalten und auf diese Weise die Empfindlichkeit und Erbitterung zu vermeiden, die zum Schaden der F.O.R.A. einträte, wenn diese eine bestimmte Ideologie zuliesse oder annähme.“*

Die 14 Gewerkschaften, die an der alten Formel festhielten, erkannten die Abstimmung nicht an und konstituierten sich als „allein echte“ F.O.R.A., die sich erst die Bezeichnung „vom V. Kongreß“ beilegte, sich aber seit dem September 1920 — aus agitatorischen Gründen — F.O.R.A. C(omunista) nennt.

Diese F.O.R.A.C. entwickelt eine radikalistische Phraseologie, kümmert sich kaum noch um eigentliche Gewerkschaftsarbeit und hat überhaupt keine einheitliche Tendenz. Unter „Autonomie“ versteht sie, daß jede Gewerkschaft machen könne, was ihr beliebt. So existieren ihr angeschlossene Gewerkschaften, die sich für die Einführung von Schutzzöllen in ihrer Industrie aussprechen; andere bestimmen in ihren Statuten, daß in freierwerdende Stellen in ihrer Fabrik nur Familienangehörige der Mitglieder einrücken dürfen, wovon ein Beispiel aus der großen Zigarettenfabrik „Marke 43“ mir bekannt ist; andere wieder

<sup>7)</sup> Der antizentralistische Zug in der argentinischen Arbeiterbewegung, wie er hier deutlich zum Vorschein kommt, ist so stark, daß z. B. die Kommunisten in ihrem Programmvorschlag zum Einigungskongreß vom März 1922 es vermieden haben, das Wort „zentralistische“ Organisation zu gebrauchen, und, statt dessen, um die vorgeschlagene zentrale Organisation den Arbeitern schmackhafter zu machen, in einem Satz dreimal wiederholten: „frei und autonom, soweit nicht höhere Interessen berührt werden“.

agitieren trotz ihrer theoretisch antipolitischen Haltung für die „Diktatur des Proletariats“ in Form der Diktatur der Gewerkschaften.

Diese Blütenlese mag genügen, um den ideologischen Wirrwar aufzuzeigen, der in der F.O.R.A.C. herrscht. Mit ihrem Wortradikalismus<sup>8)</sup> und ihrer Neigung zu Sabotage und Attentat erscheint die F.O.R.A.C. als eine ernste Gefahr für die Arbeiterbewegung. Beinahe in jedem Streik, in jeder Demonstration werden ihre Leute durch agents provocateurs in einen Krawall verwickelt, der dann der Regierung die willkommene Handhabe zur Verfolgung auch der anderen Arbeiterorganisationen bietet.

Als Mittel, um Arbeiter zum Anschluß an die Gewerkschaft zu zwingen, benutzt die F.O.R.A.C. den Terror — eine Taktik, die nur zu oft zu verhängnisvoller Überschätzung der gewerkschaftlichen Kräfte führt. Ein typisches Beispiel hierfür erbrachte der große Generalstreik von 1921, über den weiter unten noch Genaueres mitgeteilt werden wird. Lange Zeit hindurch hatte die Gewerkschaft der Chauffeure mit ihren rund 15 000 Mitgliedern für eine der stärksten und revolutionärsten gegolten. Aber innerhalb weniger Tage war diese anscheinend so kraftvolle Organisation fast ganz verschwunden. Der Grund: ihre Geschlossenheit und Macht beruhte nicht auf Opferbereitschaft und Solidaritätsgefühl, sondern zum größten Teil auf Angst. Über die Hälfte der 10 000 Taxameterchauffeure sind nämlich Besitzer ihres Wagens. Anfangs, als zur Erzielung höherer Fahrpreise gestreikt wurde, machten sie natürlich gerne mit und traten der Gewerkschaft bei. Später jedoch wollten sie und die Privatchauffeure wieder austreten, wagten es aber nicht, weil sonst ihre Autos demoliert worden und sie selbst ihres Lebens nicht sicher gewesen wären. Infolgedessen fügten sie sich der radau-anarchistischen Gruppe, welche die Führung an sich gerissen hatte, und machten eingeschüchtert alles geschlossen mit. Aber im Augenblick,

8) Das dauernde Bestreben nach neuen „revolutionären“ Methoden, welche die „alten abgebrauchten“ ersetzen könnten, führt manchmal zu Vorschlägen, wie z. B. der in *El Comunista*, dem Organ der Anarchisten in Rosario veröffentlichte. Als neue Gewerkschaftstaktik wird dort die Einsetzung von Studienausschüssen empfohlen, die die Börse und den Markt beobachten sollen, um den geeigneten Zeitpunkt für Einreichung neuer Lohnforderungen festzustellen!

da anlässlich des Generalstreiks die Regierung ihre bis dahin arbeiterfreundliche Haltung aufgab, die Streikbrecher zu schützen erklärte und ihnen die Erlaubnis zum Waffentragen erteilte, beilieten sie sich, die Organisation zu verlassen, und die vorher so mächtige Chauffeurgewerkschaft verschwand von heute auf morgen vom politischen Schauplatz.

Unter diesen Umständen ist es auch fast unmöglich, etwas über die Stärke der F.O.R.A.C. auszusagen. Soweit Zahlen veröffentlicht wurden, sind sie aus agitatorischen Gründen gefälscht. Statistisches Material existiert nicht. Soweit die eine oder andere Gewerkschaft sich überhaupt einmal damit befaßt, geht es meist in der nächsten Periode polizeilicher Verfolgung wieder verloren, da dann die Gewerkschaftssekretariate ein „ambulantes“ Dasein führen. Eine offizielle Statistik des F.O.R.A.C.-Vorstandes, die dieser am 1. März 1920 an Professor PALACIOS sandte, gibt die Gesamtzahl der in der F.O.R.A.C. organisierten Arbeiter mit 185 000 an. Von der Zuverlässigkeit dieser Ziffer kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man sieht, daß z. B. die Stärke des Verbandes der Hafenarbeitergewerkschaften in dieser Aufstellung mit 70 000 Mann angegeben wird, während der Verband nach eigener gleichzeitiger Angabe nur 33 876 Mitglieder zählt, was übrigens ebenfalls nicht den Tatsachen entspricht. In Wirklichkeit hatte die ganze F.O.R.A.C. im Jahre 1920 kaum mehr als 40 000 Mitglieder aufzuweisen.

Die F.O.R.A. andererseits hat sich seit ihrem IX. Kongreß von 1915 ziemlich rasch entwickelt und an Mitgliedern wie an Bedeutung zugenommen. Der Krieg und damit das Nachlassen der Einwanderung sind die Hauptursachen der in diesen Jahren zu verzeichnenden Streikerfolge, die das Hineinströmen der Massen in die Organisation veranlaßten<sup>9)</sup>. Besonders erfolgreich war der Streik der F(ederacion) O(brera) M(aritima), welche das Personal der Binnen- und Küstenschifffahrt umfaßt, vom November 1916. Die Seeleutengewerkschaft forderte damals die Abschaffung der 12—16stündigen Arbeitszeit und der Lohnabzüge usw. Der Streik endete durch einen Schiedsspruch des Präsidenten der Republik IRIGOYEN, bezw. des Polizeichefs von

9) Vgl. statistische Daten, unten S. 48/49.

Buenos Aires, dem der Präsident das Schiedsamt übertrug, mit der Annahme von nahezu allen Arbeiterforderungen.

Im September 1917 machte die streikende Eisenbahnergewerkschaft der Regierung den Vorschlag, die Eisenbahnen den Privatgesellschaften abzunehmen und sie entweder in eigener Regie zu betreiben oder ihr, der Gewerkschaft, den Betrieb zu überlassen. Die F.O.R.A. billigte diesen Vorschlag und erklärte, sie habe

*„die Absicht, die Kräfte für die vollkommene Emanzipation der Arbeiterklasse zu schaffen und sie vorzubereiten, damit sie in Gemässheit des Prinzips, dass die Arbeitsmittel den Arbeitern gehören, die Leitung der Produktion übernehmen könne.“*

In dieser Zeit vorwärtsschreitender Bewegung begann die F.O.R.A. auch damit, Industrieverbände neben der territorialen Organisation zu schaffen.

Am 2. Oktober 1919 trat die F.O.R.A. der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale bei. Das Jahr 1919 brachte die bisher höchste Steigerung der gewerkschaftlichen Aktivität. In der zweiten Januarwoche — die „blutige“ oder „tragische“ genannt — erfolgte der erste große Zusammenstoß. Anlässlich eines Streiks in einem großen Metallwerk in Buenos Aires entstand am 7. Januar ein Konflikt mit Streikbrechern und der Polizei, bei dem es mehrere Tote gab. Bei der Beerdigung der Opfer kam es wieder zu neuen Zwischenfällen und die Polizei schoß auf das Trauergeleite. Infolgedessen trat die gesamte Arbeiterschaft von Buenos Aires am 9. Januar in den Generalstreik. Die Regierung versuchte der Bewegung gewaltsam Herr zu werden: sie ließ die Stadt von Militär besetzen und die Gewerkschaftslokale schließen, unterdrückte die Arbeiterpresse, nahm Massenverhaftungen vor usw. Doch blieb der erstrebte Erfolg aus. Es kam zu Kämpfen, in denen mehrere hundert Menschen getötet oder verwundet wurden. Schließlich gab die Regierung nach und nahm die Bedingungen der F.O.R.A. an, worauf am 12. Januar die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Gleichzeitig streikten auch die Seeleute und Hafendarbeiter. Die F.O.M. setzte durch einen Streik, der vom 7. Januar bis zum 1. Februar andauerte u. a. die Forderung durch, daß nicht in der F.O.M. organisiertes Personal von den Schiffslinien nicht eingestellt werden dürfe. Als dann am 5. Februar neue Zwischen-

fälle im Hafen vorkamen, erklärte der betreffende Arbeitgeberverband (Reeder, Hafenunternehmer, Schiffahrtsgesellschaften) die Aussperrung. Auch dieser Konflikt endete mit dem Siege der Arbeiter, dank dem Eingreifen der Regierung, die — im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen — am 28. März den Hafenbetrieb verstaatlichte, sodaß sich nach einer im ganzen 71tägigen Unterbrechung die Lage im Hafen wieder normal gestaltete.

1919 und im folgenden Jahre gewannen die Gewerkschaften sehr erheblich an Boden. Sie setzten nicht nur Lohnerhöhungen, die Einhaltung des Achtsturentages usw. durch, sondern auch Änderungen in den Arbeitsbedingungen. Die wichtigste derselben war die von ihnen erzwungene Zulassung von Delegados, d. h. von den Gewerkschaften ernannten Kontrolleuren, je einer für jede Arbeitsgruppe von 10—15 Mann. Diese Delegados arbeiteten oft nicht selbst mit, sondern hatten die genaue Einhaltung des Arbeitsreglements sowie der von der Gewerkschaft erlassenen Anordnungen usw. zu überwachen; z. B. daß das Gewicht eines Sacks Getreide nicht 70 Kilo übersteige, oder daß der verfügte Boykott eines Unternehmers streng durchgeführt werde. Der Unternehmer mußte die Delegados nicht nur zulassen, sondern ihnen auch noch vollen Tagelohn bezahlen, sonst hatte er den Boykott, wenn nicht Schlimmeres zu gewärtigen.

Es ist verständlich, daß die Unternehmerschaft dieser bisher unerhörten Steigerung der gewerkschaftlichen Macht nicht unfätig zusah, sondern alles vorbereitete, um bei günstiger Gelegenheit zum Gegenangriff zu schreiten. Den günstigen Augenblick hierzu brachte die internationale Wirtschaftskrise, die sich auch auf Argentinien ausdehnte und dort bald viele Fabriken für Tannin, Fleischkonserven usw. stilllegte, sowie die Exporttätigkeit ins Stocken brachte. Sie setzte die Unternehmerverbände Anfang 1921 in die Lage, bei Streiks nicht mehr nachgeben zu müssen. Die Gewerkschaften waren sich aber darüber nicht klar, bis sie bei der nächsten Machtprobe unterlagen. Den Verlauf dieses Zusammenstoßes schildert der sehr anschauliche Bericht einer amerikanischen sozialistischen Korrespondenz, den ich nachstehend gekürzt wiedergebe:

„... Daß das Kapital nur auf eine Gelegenheit wartete, um sich

der „Bevormundung“ zu entziehen, ist selbstverständlich; und so war vorauszusehen, daß die Unternehmerschaft die auch hier beginnende Wirtschaftskrise ausnützen werde, um sich der lästigen Einrichtungen zu entledigen, die Löhne herabzusetzen, besonders aber einen Gegenschlag gegen die drohende Vereinigung der Gewerkschaften zu führen und nebenbei der verhaßten Regierung des Herrn HIPOLITO IRIGOYEN, sowie deren Stütze, dem (etwa rechtsdemokratischen) Partido Civico Radical eins auszuwischen. Denn daß die Gewerkschaften so viel durchgesetzt hatten, war kein Zeichen revolutionärer Kraft, sondern lag hauptsächlich daran, daß die Regierung ihnen nicht nur keine Hindernisse bereite, sondern sie in vielen Fällen sogar offen unterstützte. Diese Regierungspolitik wird verständlich, wenn man erfährt, daß im März 1922 die Präsidentenwahlen stattfanden. Von arbeiterfreundlicher Politik kann die herrschende Partei viele tausend Wählerstimmen, von offen kapitalistischer Politik dagegen gar keinen Vorteil erwarten. Denn die großen Unternehmungen sind ausländisch, und die Großgrundbesitzer sowieso konservativ, also Gegner des gegenwärtigen Regimes.“

„Am 5. Mai beschloß die Hafentarbeitergewerkschaft, keine Karren mehr zu ent- oder beladen, deren Fuhrmann nicht organisiert sei. Als dann in den nächsten Tagen dieser Beschluß durchgeführt wurde, begann die Presse, voran die konservativen Blätter, La Nacion und La Prensa, nach dem „verfassungsmäßig garantierten“ Schutz der „freien Arbeit“ zu schreien. Die Regierung, die, nebenbei bemerkt, nur über eine geringe eigene Presse verfügt, legte aber wie gewöhnlich der Gewerkschaft keine Hindernisse in den Weg und unterstützte sie noch dadurch, daß sie zwar das Hafengebiet mit Polizei besetzte, aber nur noch organisierte Arbeiter durchließ. Natürlich entstand ein Wutgeheul der regierungsfeindlichen Presse gegen die Arbeiterschaft und die sie stützende Regierung; das Kapital bereitete sich auf energischen Widerstand vor; die A(sociacion) (del) T(rabajo) L(ibre) [Gesellschaft für Arbeitsfreiheit] organisierte in großem Maßstab die Streikbrecherei und hielt ihre „fascisti“ bereit. Am 23. Mai durchbrach der Oberhäuptling der Liga Patriótica, Advokat Dr. CARLÉS, mit einer Abteilung bewaffneter „freier Arbeiter“ den Absperrungsring und es entwickelte

sich eine Schießerei mit den Organisierten, bei der von diesen zwei Mann fielen, worauf die Regierung unter dem Druck der „öffentlichen Meinung“ auch die „freien“ Arbeiter, soweit sie mit Ausweis der A.T.L. versehen waren, in den Hafen lassen mußte. Am 27. Mai und am nächstfolgenden Tag arbeiteten sodann organisierte und „freie“ Arbeiter nebeneinander im Hafen, bewacht und getrennt durch starke Polizeikräfte. Am 25. Mai aber brach offener Kampf aus. Der 25. Mai ist der argentinische Nationalfeiertag und die Wogen der nationalistischen Begeisterung gehen hoch. Die Chauffeurgewerkschaft, der sämtliche Taxameter- und viele Privatchauffeure angehören, erklärte für diesen Tag einen Demonstrationsstreik als Sympathiekundgebung für die Hafenarbeiter und als Protest gegen den nationalistischen Rummel. Das Manifest, das der Bevölkerung diesen Streik ankündigte, war in den schärfsten Tönen gehalten und beleidigte so die „heiligen Gefühle“ der Argentinier aufs schwerste. Die Liga Patriótica führte denn auch gleich einen Gegenschlag. Am Morgen schon überfiel eine Bande von fascisti das Lokal der Chauffeurgewerkschaft und zwang die dort Anwesenden mit vorgehaltenem Revolver, die Nationalhymne zu singen. Am selben Abend aber versuchte die Liga, das Lokal zu demolieren, wobei im Abwehrkampf zwei Arbeiter fielen. Die Presse konnte sich natürlich nicht vor Empörung über das Manifest und verlangte schärfstes Einschreiten gegen die Hochverräter, die zur Verletzung der Verfassung aufforderten. Das Kapital hatte endlich die ersehnte Gelegenheit, gegen die gesamte Arbeiterschaft einen vernichtenden Schlag zu führen und nutzte sie gründlich aus.“

„Die Regierung, vor die Entscheidung gestellt, gegen das Kapital oder mit ihm zu gehen, wählte selbstverständlich das letztere, und so begann hier eine Reaktion, die sich nur dadurch von der in Europa gewohnten unterscheidet, daß sie den weniger entwickelten Klassengegensätzen entsprechend weniger blutig ist.“

„Am 26. Mai ließ die Regierung den Hafen militärisch besetzen und konzentrierte Truppen an den strategischen Punkten des Stadtgebiets. Daß nicht auch offen der Belagerungszustand proklamiert wurde, hatte seinen Grund in persönlichen Differenzen zwischen dem Präsidenten und den Kammern, deren Zu-



stimmung der Präsident hätte einholen müssen. Gleichzeitig ging die Regierung mit allen Mitteln der „Demokratie“ gegen die Arbeiterorganisationen und deren Presse vor — allerdings nicht, ohne sich eine Hintertüre offen zu halten. D. h. sie griff nicht selbst ein, sondern benutzte einen willigen Richter, um gegen die Verfasser des Manifests der Chauffeure Anklage wegen Aufreizung zur Verfassungsverletzung erheben zu lassen und auf Grund dieser Anklage gegen alle revolutionären Vereinigungen (oder solche, die sie für revolutionär hielt) und deren Presse als der Beihilfe verdächtig vorzugehen. Zunächst wurden alle Distriktlokale der K.P. und des (anarchistischen) Gewerkschaftsverbandes des V. Kongresses, der F.O.R.A. Comunista, sowie einige Lokale des (reformistisch-syndikalistischen) Gewerkschaftsverbandes des X. Kongresses (F.O.R.A.) polizeilich geschlossen und die Gewerkschaftszeitungen beschlagnahmt. Dann wurden diesen Organisationen auch ausdrücklich alle Versammlungen verboten. Die Chauffergewerkschaft wurde nicht nur von all diesen Maßnahmen betroffen, sondern sogar „außerhalb der Gesetze“ gestellt (Ausspruch des Polizeichefs). Natürlich bemächtigte sich nun der Arbeiterschaft größte Erregung. Die F.O.R.A.C. wollte sofort, von sich aus, den Generalstreik erklären; es gelang aber, sie zu veranlassen, auf den Beschluß der Gesamtarbeiterschaft zu warten. Am 30. abends traten die Delegierten der Gewerkschaften der beiden Verbände und der „autonomen“ Gewerkschaften, 180 Mann stark, zusammen, um als höchstes Organ des Proletariats über die Lage zu diskutieren und über den Generalstreik abzustimmen. Diese Versammlung wurde nun zwar vom Polizeichef ausdrücklich genehmigt. Das war jedoch nur eine Falle, um die Bewegung führerlos zu machen. Denn gleich nach Beginn der Versammlung erschienen einige Hundert Polizisten und führten sämtliche Teilnehmer ab. Gleichzeitig wurde auch die kommunistische Zeitung *La Internacional* verboten, die Parteidruckerei des P.C.A. geschlossen und die anwesenden Mitglieder des Exekutivkomitees verhaftet. Die Gewerkschaften erklärten nun einzeln den Generalstreik — ohne Fühlung miteinander und ohne Führung. Kapital und Regierung ihrerseits arbeiteten mit Hochdruck, um den Streik zu brechen. Die A.T.L. warb im Innern Tausende von Streikbrechern an und brachte sie in Extra-

zügen herbei. Die Regierung wieder stellte reichlichen Schutz für die „Arbeitswilligen“ zur Verfügung, gestattete ihnen, Waffen zu tragen, ließ die Streikposten verhaften usw. Am 3. Juni, wo der Streik schon offensichtlich verloren war, da immer mehr organisierte Arbeiter zur Arbeit zurückkehrten, wendeten sich noch die Gewerkschaften an die Kommunistische Partei mit dem Vorschlag, die Führung zu übernehmen. Die Bedingungen der K.P. wurden jedoch nicht angenommen, worauf diese ihre offizielle Teilnahme ablehnte. Die von den beiden Gewerkschaftsverbänden gebildete Streikleitung konnte sich fortan nicht mehr durchsetzen. Selbst uneinig, löste sie sich nach dreitägiger Existenz auf, nachdem der Polizeichef, an den sich wegen Freilassung der Verhafteten zu wenden ihre einzige wirkliche Handlung gewesen war, sie auch nur anzuhören abgelehnt hatte. Immer mehr Arbeiter nahmen nun die Arbeit wieder auf, und der Generalstreik brach am 6. Juni zusammen.“

Ursache dieses Zusammenbruchs war aber nicht in erster Linie die ökonomische Lage, sondern die Kopflösigkeit und Undiszipliniertheit der Gewerkschaften selbst. Manche Gewerkschaften waren der Streikparole überhaupt nicht gefolgt, so z. B. jene der Trambahner (die auch am 1. Mai nicht gestreikt hatten); ebenso die Eisenbahner, welche die Parole „Abwarten“ ausgaben und inzwischen die Züge mit Streikbrechern beförderten; ebenso die Seeleute, die nach 1 oder 2 Tagen zur Arbeit zurückkehrten, allerdings auch durch ihren fast ein ganzes Jahr dauernden Streik, der erst einige Wochen vorher geendet hatte, erschöpft waren. In den meisten Städten im Innern und den Hafenstädten war die Arbeiterschaft ebenfalls dem Rufe des Verbandes kaum gefolgt. Zwischen dem 6. und 9. Juni bliesen die Gewerkschaften eine nach der andern den Streik ab, d. h. sie konnten nur noch die Tatsache feststellen, daß die Mitglieder die Arbeit bereits wieder aufgenommen hatten. Die (über 1000) Verhafteten wurden freigelassen. Am 9. Juni mußte auch der V.-Kongreß-Verband angesichts des völligen Fiaskos der Bewegung Schluß erklären.

„Durch den unglücklichen Ausgang der Bewegung wurden nicht nur die Streikziele nicht erreicht, sondern es gingen auch alle früheren Errungenschaften verloren. Die Delegados sind

abgeschafft und das Kapital, das dank der Uneinigkeit der Arbeiterschaft auf der ganzen Linie gesiegt hat, bereitet bereits die Lohnherabsetzung vor.“

Wie schon in diesem Bericht erwähnt, hat der Zusammenbruch des Generalstreiks<sup>10)</sup> die Gewerkschaftsbewegung auf lange Zeit hinaus sehr geschwächt. Die Arbeiterschaft reagierte zunächst mit der Massenflucht aus den Organisationen: von rund 180 000 organisierten Arbeitern im Jahr 1920 verließ fast die Hälfte ihre Gewerkschaften. Allerdings sind solche Schwankungen im Bestande von Gewerkschaften für Argentinien nichts Ungeohntes; die schon erwähnte Eisenbahnergewerkschaft La Fraternidad, die allerdings keine Gewerkschaft wie die übrigen ist, sondern mehr zunftmäßigen, wirtschaftsfriedlichen Charakter hat, verlor Anfang 1912 einen Generalstreik nach 52 Tagen; vor dem Streik zählte sie angeblich 7000, nachher 200 Mitglieder, aber nach wenigen Monaten hatte sie ihre frühere Stärke wieder erreicht und im Jahre 1919 12 000 Mitglieder.

Seit der Niederlage von 1921 hat es keine gewerkschaftlichen Kämpfe von Bedeutung mehr gegeben. Ganz langsam nur erholt sich die Arbeiterklasse von dem Schlage. Das Bedürfnis nach Einigung ist dagegen wieder lebhafter geworden.

Am 6. März 1922 trat ein neuer Einigungskongreß zusammen, führte aber immer noch nicht zum Ziele. Die anarchistischen Gewerkschaften waren für eine gemeinsame Linie nicht zu haben. Nach anfänglicher Weigerung haben sie sich in erheblicher Anzahl im letzten Moment noch zum Kongreß eingefunden — aber nur, um ihn zu sprengen. Das ist ihnen zwar nicht gelungen, obwohl es mehrmals zu Prügeleien gekommen ist, aber immerhin erreichten sie, daß der kommunistische Stadtverordnete PENE-LÓN als „Politiker“ vom Kongreß ausgeschlossen wurde, obwohl er in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Buchdrucker-gewerkschaft erschienen war; ferner haben sie zusammen mit einem Teil der reformistischen Syndikalisten der F.O.R.A. den

---

10) Ein paar Tage danach veranstalteten Anarchisten ein Attentat auf einen Schnellzug (dem verschiedene Reisende zum Opfer fielen), „um sich für die Niederlage und die verräterische Haltung der Eisenbahner zu rächen“. Derartige Verzweiflungstaten sind für die Stimmung vieler Proletarier nach einem verlorenen Streik in Argentinien typisch.

Anschluß der neu gegründeten U(nion) S(indical) A(rgentina) an die Rote Gewerkschafts-Internationale verhindert, für den beinahe eine Majorität dagewesen wäre.

Die U.S.A. besteht aus der bisherigen F.O.R.A. und einer bedeutenden Anzahl bisher autonomer Gewerkschaften und wird von ungefähr den gleichen Leuten und in der gleichen Tendenz wie die F.O.R.A. geleitet, gehört aber der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale nicht an.

Die Stärke der F.O.R.A. einigermaßen exakt anzugeben, ist nicht ganz so aussichtslos wie bei der F.O.R.A.C. Die offiziellen Angaben sind allerdings ebenfalls gefärbt: sie beruhen auf den von den einzelnen Gewerkschaften eingezahlten Quoten. Da nach der durch die Quotenzahlung angegebenen Mitgliederzahl auf den Kongressen abgestimmt wird, so pflegen alle Gewerkschaften für mehr Mitglieder Beiträge zu zahlen, als sie tatsächlich zählen. Eine offizielle Statistik der F.O.R.A. gibt die durchschnittliche Gesamtstärke des Verbands für 1915—1920 (erstes Halbjahr) wie folgt an:

Jahr	Zahl der Gewerkschaften	Mitgliederzahl
1915	51	2 666
1916	70	3 427
1917	199	13 233
1918	350	35 726
1919	530	39 683
1920 I	535	68 138

Die Zahlen sind aber irreführend, denn in der Statistik der Einzeljahre werden alle Gewerkschaften mitgerechnet, die in ihnen bestanden haben, auch wenn sie schon längst wieder zerfallen sind, und außerdem werden die einzelnen Meldungen nicht kontrolliert. Ein anderes irreführendes Moment in den Veröffentlichungen der F.O.R.A. ist die Unterscheidung zwischen „nominellen“ und „zahlenden“ Mitgliedern. Als „nominelle“ werden alle gerechnet, die einmal eine Mitgliedskarte bekommen haben. In der vorstehenden Tabelle habe ich die Rubrik „nominelle Mitglieder“ fortgelassen, denn deren Ziffern sind ganz phantastisch. Während für Januar 1919 die Zahl der „zahlen-

den“ Mitglieder 7841 (man bemerkt die Leere der Gewerkschaftskassen als Folge des Generalstreiks) und für Dezember desselben Jahres 45 000 beträgt, werden für dieselben Monate 83 000 bzw. 118 200 „nominelle“ Mitglieder aufgewiesen! Wie wenig Wert den Angaben der F.O.R.A. beizulegen ist, kann man auch daraus entnehmen, daß der Sekretär der F.O.R.A. mir im Februar 1922 vor Zeugen erklärt hat, sie hätten derzeit 125 000 zahlende Mitglieder, während ihre wirkliche Stärke in diesem Zeitpunkt mit 40 000 reichlich hoch geschätzt ist.

Solche Zahlengymnastik ist umso schlimmer, als die Leiter der F.O.R.A. sich über die Unzuverlässigkeit ihres Materials recht wohl im klaren sind. Im September 1917 schrieb SEBASTIAN MAROTTA, damaliger F.O.R.A.-Sekretär: „Es ist uns schwer, festzustellen, welche Zahl von Anhängern die F.O.R.A. gelegentlich ihres letzten Kongresses vertrat. Der Verbandsrat, der den Kongreß vorbereitete, konnte es nicht feststellen, konnte auch keine entsprechenden Berichte vorlegen. Die innere Verwaltung war bis dahin völlig vernachlässigt. Einer so elementaren Sache wie dieser hatte man keine Aufmerksamkeit geschenkt. Die Gewerkschaft, der es beliebte, sandte ihren Beitrag an die Verbandskasse, und die, die es nicht tat, war nicht Gegenstand einer Reklamation. Es genügte einfach der formelle Anschluß.“

Außerhalb der beiden Landesverbände existieren viele „autonome“ Gewerkschaften, die alle möglichen Tendenzen aufweisen. Die autonome Bewegung ist recht stark; ihr Gesamtbestand kommt dem der F.O.R.A. ziemlich gleich. Auf dem Einigungskongreß im März 1922 haben sich viele autonome Gewerkschaften der neuen U.S.A. angeschlossen.

Zwischen der F.O.R.A.C., der F.O.R.A. bzw. jetzt U.S.A. und den autonomen Gewerkschaften findet eine beständige Fluktuation statt. Manche Gewerkschaften, ja sogar ganze Fachverbände gehören bald dem einen, bald dem anderen Verband und bald den autonomen Organisationen an. Die wirklichen Stärkeverhältnisse der argentinischen Gewerkschaftsorganisationen in den Jahren 1919—1922 (März) zeigt nachstehende Tabelle, die ich aus den Schätzungen einer Reihe führender Gewerkschaftler und Politiker zusammengestellt habe:

	F.O.R.A.C.	F.O.R.A.	Autonome	Gesamtzahl d. Organisierten
1919	35 000	45 000	60 000	140 000
1920	40 000	70 000	70 000	180 000
1921	20 000	40 000	40 000	100 000
1922	25 000	80—100 000	30 000	140—160 000
(seit März 1922)		(U.S.A.)		

In der gesamten Gewerkschaftsbewegung Argentiniens lassen sich heute fünf Richtungen feststellen:

1. die anarchistische (F.O.R.A.C. und einige autonome Gewerkschaften). Ihr Organ La Organizacion Obrera (Die Arbeiterorganisation) erscheint unregelmäßig. Seine Auflage schwankt von 5000 bis zu 15 000 Exemplaren;

2. die reformistisch-syndikalistische (U.S.A.). Ihr Organ Union Sindical (Gewerkschaftsunion) erscheint wöchentlich in einer Auflage von 25 000 Exemplaren;

3. die „kommunistisch“-syndikalistische, eine schwache Gruppe von autonomen Gewerkschaften, die sich als antipolitisch-kommunistische bezeichnet. Sie ist „für die russische Revolution, aber gegen die Bolschewiki und Kommunisten“;

4. die sozialdemokratische, einige Gewerkschaften in der U.S.A. (Städtische und staatliche Arbeiter);

5. die kommunistische (im Sinne der III. Internationale), einige Gewerkschaften der U.S.A. (Buchdrucker und Tabakarbeiter in Buenos Aires, Tischler in Rosario), sowie Minderheiten in vielen anderen Gewerkschaften. Ihr Organ La Internacional ist das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Argentiniens.

Die erste und zweite Richtung sind antipolitisch und gegen den Anschluß an eine der internationalen Organisationen, wobei zu bemerken ist, daß die F.O.R.A.C. neuerdings für das Wiederaufleben der „I. Internationale in BAKUNINSchem Sinne“ agitiert; die dritte Richtung ist ebenfalls antipolitisch, aber für den Anschluß an die Rote Gewerkschafts-Internationale. „Politisch“ bedeutet hier, daß eine Verbindung von politischer und gewerkschaftlicher Bewegung angestrebt wird. Die Anhänger der Richtungen drei bis fünf fallen zahlenmäßig sehr wenig ins Gewicht.

## Die politische Bewegung.

### a) Die sozialistische Partei.

Am 14. Dezember 1892 trat eine Gruppe von Mitgliedern der „Seccion Varia“, des letzten überlebenden Teils der F.O.A. von 1890, zusammen und beschloß, „um ihre Stellung festzulegen und ermüdet, sich mit den verschiedenen anarchistischen Elementen der F.O.A. herumbuzalgen“, die Seccion Varia aufzulösen und sich als Agrupacion Socialista de Buenos Aires (Sozialistische Gruppe von B. A.) zu konstituieren. Aus der letzteren, die sich als Ortsgruppe der „Internationalen Sozialistischen Arbeiterpartei“, d. h. der II. Internationale, betrachtete, entwickelte sich dann die Sozialistische Partei Argentinien.

Die Arbeiterbewegung war um diese Zeit ohne politische Presse. Wie El Obrero, so waren auch die anderen damaligen Blättchen Union Obrera (Arbeiter-Union), das Organ der Eisenbahnwerkstattarbeiter von Sola bei Buenos Aires, L'amico del popolo (Der Volksfreund), das Organ italienischer Anarchisten, El Perseguido (Der Verfolgte), das Organ spanischer Anarchisten<sup>11)</sup>, wieder verschwunden. Unter der Redaktion des Spaniers ESTÉBAN GIMÉNEZ erschien dann am 11. März 1893 als Organ der Agrupacion die Zeitschrift El Socialista (Der Sozialist), ging aber mit der 6. Nummer am 1. Mai desselben Jahres wieder ein. Aber die Agrupacion ließ mit Versuchen, ein politisches Arbeiterorgan zu schaffen, nicht nach. Sie berief zu diesem Zweck auf den 2. August 1893 eine Konferenz ein, zu der aber, außer ihren drei Delegierten, dem deutschen Schriftgießer AUGUST KÜHN, dem spanischen Schreiner ISIDRO SALOMÓ, und dem ebenfalls spanischen Schriftsetzer ESTÉBAN GIMÉNEZ, dem Herausgeber des gerade eingegangenen El Socialista, keiner der eingeladenen Gewerkschaftsvertreter erschien. Dagegen nahm an ihr der junge argentinische Arzt Dr. JUAN B. JUSTO teil, der in Deutschland studiert hatte und sich für die sozialistische Bewegung lebhaft interessierte<sup>12)</sup>. Mit seiner Hilfe gelang es end-

11) An dessen Kopf die Bemerkung zu lesen war: „Erscheint, wann es möglich ist“.

12) Justo hat später den ersten Band des Kapital ins Spanische übersetzt. Die beiden anderen Bände sind ebenso wie der größte Teil der marxistischen Literatur bis heute unübersetzt geblieben.

lich, ein auf festerer Grundlage stehendes Organ zu schaffen. Am 7. April 1894 erschien die erste Nummer von „La Vanguardia (Der Vortrupp) als Wochenblatt, mit dem Untertitel „Sozialistisches wissenschaftliches Wochenblatt, Verteidiger der Arbeiterklasse“. Eine Bekanntmachung aus dieser Zeit zeigt, daß sich La Vanguardia auch mit dem Vertrieb von Literatur befaßte und das Kommunistische Manifest, MARXENS Elend der Philosophie, sowie Schriften von LAFARGUE, GUESDE usw. verbreitete. Am 15. April 1894 beschlossen die damaligen politischen sozialistischen Organisationen von Buenos Aires — der Verein Vorwärts, die Agrupacion Socialista, sowie zwei kurz zuvor begründete nationale Gruppen: Les 'Egaux und Fascio dei lavoratori (Arbeiterbund) — eine gemeinsame Maifeier. Die Agrupacion änderte im Juli ihren Namen in Centro Socialista Obrero (Sozialistische Arbeitergruppe), um nicht mit Staatssozialisten usw. verwechselt zu werden. Von den politischen Gruppen war das Centro, das sich vorwiegend aus Argentinern zusammensetzte, weitaus die aktivste. Im September 1894 ließ Justo in dessen Namen einen Antrag an das Stadtparlament von Buenos Aires gelangen, der den Achtstundentag für städtische Arbeiter forderte. Im folgenden Monat organisierte das Centro eine Demonstration für den Achtstundentag, die erste große Arbeiterdemonstration in den Straßen von Buenos Aires. Am 5. Dezember bildete sich an der Universität das Centro Socialista Universitario und gleich darauf begannen die Arbeiten für die Zusammenfassung der fünf Gruppen. Am 23. Dezember bildete sich aus ihnen ein Zentralkomitee, in das jeder Verein drei Mitglieder entsendete und das den Auftrag erhielt, die Grundlagen für die Vereinigung auszuarbeiten. Am 5. April 1895 trat es zusammen und am 13. Oktober vollzog sich der Zusammenschluß zum P(artido) S(ocialista) A(rgentino), zur Sozialistischen Partei Argentiniens.

Die parteigründende „Konvention“ der fünf Gruppen — an die Stelle von Les 'Egaux, die damals für einige Zeit von der politischen Bühne verschwanden, war inzwischen ein neuer Verein aus einer Vorstadt von Buenos Aires getreten — beschloß, daß sich die Partei bei den Nationalwahlen im kommenden März mit eigenen Kandidaten beteiligen solle. Ferner



wurden Resolutionen des Inhaltes angenommen, daß nur argentinische Staatsbürger Mitglieder des Exekutivkomitees werden könnten und daß jedes Wahlbündnis mit anderen Parteien abgelehnt werde. Der „Fascio“, der sich diesem Beschluß nicht fügen wollte, trat aus und löste sich bald darauf auf. Am 30. Oktober schloß sich sodann die junge Partei der II. Internationale an.

Für die nächstfolgenden Wahlen stellte die Partei am 9. Februar 1896 fünf Kandidaten zur Deputiertenkammer auf: Dr. JUSTO, den deutsch-argentinischen Ingenieur HERMANN A. LALLEMENT (Herausgeber des eingegangenen *El Obrero*), den Anstreicher ADRIAN PATRONI, den deutschen Schuhmacher JOHANN SCHAPFER (Redakteur des *Vorwärts* in Buenos Aires) und den Heizer GABRIEL ABAD. Sie nahm an der Wahlkampagne mit großem Kraftaufwand teil, verbreitete ein Manifest in einer Auflage von 20000 Exemplaren, sowie 8000 Plakate usw. Aber der Wahlgang vom 8. März brachte ihr nach amtlicher Angabe nur 134 Stimmen in Buenos Aires. In Wirklichkeit allerdings war die Stimmzahl höher (später hat die Partei eine eigene Kontrolle zur Nachprüfung der Wahlbeteiligung eingeführt), allein die Wahlvorstände fälschten einfach die Abstimmungsergebnisse oder trieben andere Wahlschwindeleien, wie sie damals allgemein üblich waren.

In der Folge verschwanden die sprachlich-nationalen Gruppen aus der Gründungszeit des P.S.A. allmählich, da die sozialistischen Ideen auch unter den Einheimischen sich zu verbreiten begannen. Am 28. Juni 1896 trat der I. Kongreß des P.S.A. in Buenos Aires zusammen. Aus dem Bericht des Exekutivkomitees ist folgendes hervorzuheben: 87 Delegierte vertraten 531 Mitglieder aus Buenos Aires (wovon 219 argentinische Staatsangehörige) und 445 Mitglieder aus den Provinzen (davon 209 Argentinier). *La Vanguardia* erreichte eine wöchentliche Auflage von 1500 Exemplaren. Die Aktiva der Partei bestanden in 400 Exemplaren von ENRICO FERRIS „Sozialismus und positive Wissenschaft“ und 61 Pesos in bar.

Die Probleme, die den Kongreß hauptsächlich beschäftigten, waren: Freihandel, Agrarpolitik, Währung. Die wichtigsten Punkte des neu beschlossenen Programms sind: Beseitigung der

Steuern, die das Leben des Volkes erschweren; Einstellen jeder Förderung der Einwanderung durch öffentliche Gelder; Gesetzliche Arbeitsregelung; Planmäßige Abschaffung der Papierwährung, sowie Maßnahmen, um dem Peso einen größeren und stabilen Wert zu geben, oder das Goldagio herabzusetzen; Vertretung der Minderheiten in den gesetzgebenden Körperschaften; Erleichterung der Naturalisation.

Die Diskussion über das Parteistatut bot manches recht Interessante. So wurde auf Antrag der Universitätsgruppe ein Artikel in das Statut aufgenommen, der das Duell verbot; Justo setzte die Annahme des Referendums für wichtige Angelegenheiten durch; dagegen gelang es ihm nicht, den Artikel durchzubringen, der eine Koalition mit anderen Parteien gestattete. Wie er später erklärt hat, wollte er mit der Aufnahme dieser damals garnicht aktuellen Bestimmung eine Bresche in die anarchistische Tradition der „Intransigenz“ schlagen. Der Kongreß beschloß jedoch die Teilnahme an einer solchen Koalition mit Ausschluß zu bestrafen. Erst auf dem II. Kongreß am 12. Juli 1898 hat Justo dann schließlich jenen Antrag mit der Klausel durchgesetzt: „unter Zustimmung der zuständigen Parteieninstanzen.“

Am 1. Mai 1897 beging die sozialistische Partei zum ersten Male die Maifeier durch eine Straßendemonstration. Am 26. September desselben Jahres demonstrierten über 8000 Arbeiter und die Partei überreichte dem Parlament eine Petition mit folgenden drei Forderungen: 1. Streichung des Verfassungsartikels, der die katholische Religion als offizielle Staatsreligion anerkennt; 2. Änderung des Verfassungsartikels über die Naturalisation derart, daß diese schon nach nur einjährigem (statt zweijährigem) Aufenthalt in Argentinien durch einfache Eintragung in das Wahlregister (statt durch richterlichen Akt) möglich sein solle; 3. Achtstundentag für die Staatsarbeiter.

Am 10. April 1898 nahm die Partei zum zweiten Male an den Nationalwahlen teil. Nach der offiziellen Zählung erhielt sie bei derselben 105 Stimmen, nach ihrer eigenen Kontrolle aber 1387<sup>13)</sup>.

13) Wie dreist der Wahlbetrug damals in Buenos Aires gehandhabt wurde, geht daraus hervor, daß eine konservative Zeitung, also ein Regierungsblatt, offen von einem Mann erzählte, der 108mal abgestimmt hatte.

Die Tätigkeit der Partei nahm nun zu. Bei der Maifeier von 1901 wurde die Zahl der Anwesenden auf rund 14000 geschätzt.

Der IV. Parteitag am 7. Juli 1901 beschloß u. a., sich mit den die religiöse Frage betreffenden Anträgen nicht zu befassen, und nahm nur die Resolution an, „bei den Wahlen zum Exekutivkomitee danach zu trachten, diejenigen Genossen von der Kandidatur auszuschließen, welche religiöse Kulte ausüben“. Er stellte ein Minimalprogramm auf, das in seinen wesentlichen Teilen noch heute gilt und das deshalb ungekürzt wiedergegeben werden soll. Es forderte:

1. Abschaffung der Steuern, welche die Konsumartikel des Volkes belasten;
2. Abschaffung der Steuern, welche Agrikultur und Viehzucht, sowie Handel und nützliche Berufe belasten;
3. direkte progressive Besteuerung der Grundrente;
4. Befreiung der Arbeiterhäuser und des kleinen landwirtschaftlichen Besitzes von der direkten Steuer;
5. Planmäßige Abschaffung der Papierwährung und im allgemeinen alle Maßnahmen, um dem Geld einen gleichmäßigen bleibenden Wert zu geben;
6. Entschädigung der Pächter für von ihnen vorgenommene Meliorationen;
7. Unterlassung jeder künstlichen Förderung der Einwanderung;
8. Achtstundentag für Erwachsene und den Sechstundentag für Jugendliche von 14—18 Jahren, das Verbot der Industriearbeit für Kinder unter 14 Jahren, eine obligatorische Ruhezeit von ununterbrochen 36 Stunden pro Woche;
9. Hygienische Vorschriften für industrielle und landwirtschaftliche Arbeiter;
10. Verpflichtung zu hygienischer Unterbringung der Landarbeiter;
11. Haftung der Unternehmer für Arbeitsunfälle;
12. Einführung von Arbeitsinspektion und Arbeitsstatistik;

Auch heute ist es im Inneren noch kaum besser geworden, und es ist nach wie vor nichts Ungewohntes, daß Leute abstimmen, die schon seit Jahren tot sind.

13. Gemischte Schiedsgerichte von Unternehmern und Arbeitern zur Schlichtung von Streitigkeiten;
14. Gesetzliche Anerkennung der Arbeitervereinigungen;
15. Naturalisation der Ausländer nach zweijährigem Wohnsitz durch einfache Eintragung in die Wählerlisten.
16. Gemeindeautonomie;
17. Dauernde Wählerlisten, Vertretung der Minderheiten, geheime Abstimmung;
18. die obligatorische Laienschule für alle Kinder bis zum 14. Jahr;
19. Trennung von Staat und Kirche, Aufhebung der Vorrechte des Klerus und Rückgabe der der Kirche vom Staat überlassenen Güter;
20. Einführung der Geschworenengerichte;
21. Abschaffung der Todesstrafe;
22. Gesetzliche Gestattung der Ehescheidung;
23. Demokratische Organisation der Nationalgarde und Abschaffung des stehenden Heeres.

Das Jahr 1904 brachte eine Änderung des Wahlsystems. Bis zu diesem Jahre hatte die ganze Stadt Buenos Aires einen einzigen Wahlbezirk gebildet. Nun wurde die Stadt in Distrikte eingeteilt, von denen jeder einen Abgeordneten durch einfache Mehrheit direkt wählen sollte. Unter diesen Umständen gelang es PALACIOS, in einem Arbeiterviertel ein Mandat zu erlangen, worauf die Regierung schleunigst zum alten Wahlsystem zurückkehrte.

PALACIOS, dessen erstes Auftreten im Parlament dem Protest gegen die ley de residencia gewidmet war, entwickelte eine sehr fruchtbare sozialpolitische Tätigkeit. Bis 1915, wo er wegen wiederholter Duelle aus der Partei ausgeschlossen wurde, hat er der Deputiertenkammer angehört und stand auf dem rechten Flügel der sozialistischen Fraktion. Unter seiner Mitwirkung, zum Teil auch direkt auf seine Initiative hin, sind viele für das Proletariat bedeutungsvolle Gesetze entstanden, z. B. die Gesetze betr. Sonntagsruhe, Frauen- und Kinderarbeit, Prostitution und Mädchenhandel, Beschlagnahmefreiheit des Lohnes, Arbeitsunfälle, endlich das Gesetz über die Erbschaftssteuer, deren Sätze bis zu 23 % gestaffelt sind und deren Ertrag ausschließlich für

Unterrichtszwecke verwendet werden muß. PALACIOS war lange Zeit einer der populärsten Männer in Argentinien. Nach seinem Ausschluß aus der Partei hat er noch einen vergeblichen Versuch gemacht, eine sozialistischnationale Partei am Leben zu erhalten, und sich sodann von der Politik zurückgezogen.

Im Jahre 1911 wurde eine große Verwaltungsreform durchgeführt, bei der auch das Wahlsystem gänzlich geändert wurde. Die Reform brachte die geheime Wahl und die Wahlpflicht<sup>14)</sup>, sowie das System der „unvollständigen Liste“, wonach die stärkste Minderheit ebenfalls eine Vertretung bekommt, die also ein Surrogat für das Verhältniswahlsystem darstellt.

Bei den nächsten Wahlen — im April 1912 — entfielen infolgedessen auf Kandidaten der Partei, statt wie im März 1910 7006 Stimmen, 18844. PALACIOS wurde wieder- und JUSTO neugewählt. Im März 1913 gelang der Partei mit 48 377 Stimmen die Gewinnung der „Mehrheitsliste“ von zwei weiteren Deputierten und eines Senators. Die Hauptursache dieses Erfolges war aber nicht etwa das wachsende Klassenbewußtsein der Wählermassen, sondern die allgemeine Opposition gegen die herrschende konservative Partei. Von nun an ist deutlich zu beobachten, wie die Partei um der Wahlerfolge willen eines ihrer Prinzipien nach dem andern aufgibt, im Kriege sogar eine ententefreundliche kriegshetzerische Haltung annimmt und so ihren proletarisch-sozialistischen Charakter immer mehr verliert, bis sie schließlich heute zu einer an Stimmenzahl starken, an Mitgliedern aber schwachen Reformpartei der Angestellten, Beamten, Kaufleute usw., kurz: des Kleinbürgertums geworden ist.

Die opportunistische Taktik der Partei, die im allgemeinen im Anschluß an die ersten großen Wahlen einsetzte und von der durch sie gegebenen Hoffnung, Regierungspartei zu werden, beherrscht ist, mögen nachfolgende Beispiele illustrieren.

Obwohl die Partei noch 1912 auf der Tagung der Internationale der Resolution VAILLANT-KEIR-HARDIE — die den Generalstreik im Kriegsfall forderte — zugestimmt hatte (in

14) Die Nichtausübung des Wahlrechts erscheint mit Geldstrafe bedroht, die aber in der Praxis nur verhängt wird, wenn der Nichtwähler es gelegentlich mit der Polizei usw. zu tun hat und in seinen Legitimationspapieren das Fehlen des Nachweises der Wahlbeteiligung bemerkt wird.

Europa!), genehmigte sie doch die Heeres- und Marinekredite und trat für den Defensivkrieg ein (in Argentinien!), und einer ihrer Abgeordneten erklärte im Juni 1914 in der Kammer: „Wir sind keine Feinde des Heeres.“ — Aus derselben Einstellung heraus legte die Leitung der Partei den antimilitaristischen Bestrebungen der sozialistischen Jugend die größten Schwierigkeiten in den Weg und setzte einen Statutenzusatz durch, wonach niemand gleichzeitig der Jugendbewegung und der Partei zugehören darf. — Im Mai 1914 brachte die sozialistische Kammerfraktion ein Gesetzesprojekt betreffend den Achtstundentag ein, das die Aufhebung des Achtstundentages im Kriegsfall vorsah. — Ein anderes Gesetzesprojekt derselben Abgeordneten, das, wie offen zugegeben wurde, auf einem älteren Projekt des konservativen Ministers TORINO basiert, verlangte die Schaffung von Bauerngütern in der Weise, daß der Großgrundbesitz und die Staatsländereien aufgeteilt und gegen Anzahlung von 20 % des Kaufpreises zu Eigentum abgegeben werden sollten, — eine Forderung, die vom sozialistischen Standpunkt aus verhängnisvoll erscheint in einem Lande, das wie kein anderes infolge des Fehlens von Bauern und der technischen Notwendigkeit des Großbetriebs die besten Vorbedingungen für die Sozialisierung der Landwirtschaft aufweist. — Ein typisches Beispiel für das Streben der Führer, die Wählermassen nicht vor den Kopf zu stoßen, bietet ferner der Vorschlag des Referenten über den Programmpunkt „Ehescheidungsgesetz“: diese Programmforderung nur auf nicht-katholische Ehen zu erstrecken. Ein Vorschlag, der allerdings selbst dem sonst so opportunistischen Parteikongreß zu weit ging und abgelehnt wurde. — Das gleiche Schicksal erlitt der Beschluß des Exekutivkomitees vom Juni 1916, am Nationalfeiertage vom 9. Juli (Zentenarfeier der Unabhängigkeit) das Parteibüro nur mit nationalen Fahnen zu schmücken — nachdem es bei der Ausschmückung des Kongreßsaales die roten Fahnen schon aus eigener Initiative beseitigt hatte.

Diese Beispiele für die opportunistische Taktik der Führer des P.S.A. werden aber übertrumpft durch die Haltung dieser Führer während des Krieges. Daß die parlamentarische Vertretung der P.S.A. von sich aus auf eine Kriegserklärung an Deutschland hinarbeitete, gegen die Regierung der „bürgerlich-

radikalen“ Partei, welche die Neutralität aufrecht erhalten wissen wollte (und dadurch in den Geruch der Deutschfreundlichkeit kam), ist ein in der Geschichte der sozialistischen Bewegung so unerhörter Fall, daß es angebracht erscheint, darüber genauer zu berichten.

Zu Beginn des Weltkrieges war die Partei gegen den Krieg. Ihr Delegierter auf der Haager Konferenz von 1916, Abgeordneter REPETTO, gab dem Ausdruck und pries den Freihandel als Mittel, Kriege zu verhindern. Bald aber gab La Vanguardia der allgemeinen Volksstimmung nach und schlug sich auf die ententefreundliche Seite. Die Zeitung, die einst mit dem Untertitel „Sozialistisches wissenschaftliches Wochenblatt“ erschienen war, erblickte den Kriegsgrund, wie ein Deputierter auch öffentlich darlegte, im „Wahnsinn WILHELMS II.“ Sie verschwieg nicht nur deutsche Meldungen, sondern auch Nachrichten, wie die von der konsequenten Kriegsgegnerschaft der italienischen sozialistischen Partei usw. Auf WILSONS pazifistische Erklärungen reagierte die Partei mit begeisterten Kommentaren, sendete Telegramme an ihn ab und nahm noch am 10. Februar 1917 eine Tagesordnung an, die im Sinne der WILSONSchen Erklärungen gehalten war. Ein paar Tage später aber, nachdem ein deutsches Unterseeboot den kleinen argentinischen Dampfer „Monte Protegido“ versenkt hatte, veröffentlichte plötzlich die parlamentarische, aus neun Deputierten, darunter JUSTO, und einem Senator bestehende Fraktion eine äußerst kriegerische Erklärung, in der sie der Regierung den Gebrauch der argentinischen Kriegsmarine zum Schutze des Handels empfahl und die Beschlagnahme der deutschen und österreichischen Schiffe in den argentinischen Gewässern verlangte.

Dieser Vorstoß war darauf berechnet, die Tausende von Wählern, die mit der neutralen Haltung der Regierung nicht einverstanden waren, für die sozialistische Partei zu gewinnen. „Ihre nationale Haltung empfiehlt die Partei als Regierungspartei“, schrieb damals ein Parteifunktionär und deckte damit die der Aktion zugrunde liegenden Motive auf.

Innerhalb der Parteimitgliedschaft selbst löste allerdings die Erklärung der Parlamentarier peinliche Überraschung und stürmischen Widerspruch aus. Das Exekutivkomitee, in dem die

kriegerischen Abgeordneten die Mehrheit hatten, sah sich durch die allgemeine Opposition genötigt, einen außerordentlichen Kongreß auf den 28. April 1917 einzuberufen. La Vanguardia versuchte vergeblich, die Haltung der Fraktion zu rechtfertigen. Diese Zeitung, die „den Eintritt der großen Demokratie des Nordens, der Vereinigten Staaten, in den Krieg“ begrüßte, vertrat den Gedanken: die Versenkungen nähmen dem argentinischen Proletariat die Arbeitsmöglichkeit, da dadurch der „Außenhandel, die Basis für das Wohlergehen des Volkes“ geschädigt werde, weshalb die Arbeiterschaft die Bestrebungen zur Abwehr der „Piraterei“ unterstützen müsse. Ungeachtet aller Propaganda war aber der Kongreß in der Verurteilung der Kriegspolitik so einig, daß die Fraktion ihre Erklärung zurückzog und durch JUSTO die Resolution einbringen ließ, daß die Partei sich von kriegerischen Bestrebungen fernhalten wolle. Angenommen wurde aber trotzdem mit 4204 Stimmen der weit schärfere Antrag, der von zwei Mitgliedern des Exekutivkomitees geführten Parteiopposition, während auf JUSTOS Resolution nur 3564 Stimmen entfielen — die Stimmen nämlich derjenigen Delegierten, die glaubten, die Fraktion habe ihren Fehler eingesehen.

Daß die Fraktion aber ihren Fehler nicht eingesehen hatte, daß sie sogar den Kongreßbeschuß einfach ignorierte, zeigten die nächsten Ereignisse. Die ententefreundliche Kampagne von La Vanguardia ging ungeschwächt weiter. Dann kam der Fall LUXBURG. Der deutsche Gesandte in Argentinien, Graf LUXBURG, hatte an das Auswärtige Amt telegraphiert: wenn man schon argentinische Schiffe versenke, so solle man sie wenigstens spurlos verschwinden lassen, und dieses Telegramm, in dem auch der argentinische Außenminister für einen „notorischen Esel“ erklärt wurde, wurde von der nordamerikanischen Regierung aufgefangen, entziffert und veröffentlicht. Die Wogen nationaler Entrüstung gingen hoch, und nun stimmte auch die sozialistische Kammerfraktion für den von den Oppositionsparteien (den Konservativen usw.) eingebrachten Antrag auf Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland. Sie ließ sogar deutlich erkennen, daß sie auch für die Kriegserklärung gestimmt hätte. DEL VAILE IBERLUCEA, der sozialistische Senator, erklärte nämlich am 20. September: „Ich muß zum Ausdruck bringen, daß es



m. E. kräftigere Maßnahmen gibt als eine einfache Aufhebung oder den Abbruch der Beziehungen, um die Rechte und Interessen der Republik zu schützen.“ Justo seinerseits erklärte, um die Abstimmung der Fraktion zu rechtfertigen: „Es hat weiter keine große Bedeutung, diese Beziehungen für abgebrochen zu erklären und, ohne unserer Abstimmung viel Wichtigkeit beizulegen, stimmten wir dafür als für eine mehr oder weniger gleichgültige Resolution, aus Gründen bloßer Konvenienz oder Höflichkeit gegenüber den Bürgern<sup>15)</sup>, die diese Erklärung als eine große Sache anzustreben schienen.“ Dies Kriterium hat er noch vor kurzem mir gegenüber aufrecht erhalten.

Als die Parteioption hierauf energisch gegen die Politik der Parlamentarier protestierte und Einberufung eines neuen außerordentlichen Kongresses forderte, beschloß die parlamentarische Gruppe, der Partei ihren Gesamtrücktritt zu unterbreiten. Entgegen den Statuten aber berief das Exekutivkomitee, in dem die Abgeordneten die Majorität hatten, keinen Kongreß ein, sondern unterwarf die Frage dem Referendum. Die Drohung mit der Mandatsniederlegung war aber nur ein Schreckschuß, der auch seinen Zweck erreichte. Die Mitgliedschaft, von der Parteipresse ohne Orientierung gelassen, da die Artikel der Opposition nicht abgedruckt wurden, lehnte die Rücktrittserklärung ab und zwar in der Befürchtung, durch die Mandatsniederlegung ihrer 10 Vertreter jeglichen politischen Einfluß sowie den pekuniären Rückhalt für die Parteikasse, an welche die Abgeordneten die Hälfte der Diäten abzuliefern haben, zu verlieren.

Die beiden oppositionellen Mitglieder des Exekutivkomitees waren inzwischen aus dem Komitee ausgetreten und hatten zusammen mit anderen das Komitee zur Verteidigung der Resolution des außerordentlichen Kongresses gegründet. Da diesem die Parteipresse verschlossen blieb, versuchte es mit Flugblättern usw. die Parteimitgliedschaft aufzuklären. Aber seine Tätigkeit dauerte nicht lange. Das Exekutivkomitee schloß die gesamte Opposition — 22 Ortsgruppen mit rund 750 Mitgliedern — kurz hintereinander aus der Partei aus.

15) „Ciudadano“ ist die im politischen Sprachgebrauch übliche Bezeichnung. Der Zusammenhang mit dem „citoyen“ der französischen Revolution ist evident.

Damit war aber die Partei des aktivsten Teils ihrer Mitglieder beraubt. Später, als das fühlbar wurde, nahm sie, der Arbeiterstimmung folgend, eine „Linksorientierung“ vor, trat anfangs Januar 1921 auf dem Kongreß von Bahia Blanca aus der II. Internationale aus und ließ durch den Senator DELL VALLE IBERLUCEA bei dieser Gelegenheit eine Rede für den Anschluß an die III. Internationale halten, die diesem Würdenträger die Mandatsaberkennung „wegen Verfassungsverletzung“ zuzog, obgleich er diese Rede nach einigen Tagen selbst desavouiert hatte. Allein das half alles nicht. Der P.S.A. konnte die revolutionierten Proletarier nicht mehr in seinen Reihen halten. Kurz nach dem Kongreß trat im März 1921 die gesamte Linke, die Terceristas, d. h. die Anhänger der III. Internationale, deren Organ das Wochenblatt Claridad (Klarheit) war, — 75 von 200 Ortsgruppen, rund 2000 Mitglieder — aus der Partei aus und schloß sich größtenteils der von der ausgeschlossenen Opposition gegründeten Kommunistischen Partei an.

Seit dem Ausscheiden dieser aktiven Elemente ist deutlich wahrzunehmen, daß der P.S.A. stagniert, sogar zurückgeht. Mit den proletarischen Massen in den Gewerkschaften hat die Partei fast keine Verbindung. Kaum 5 % der Mitglieder sind gewerkschaftlich organisiert. Das Exekutivkomitee hat sich gegen die Beschäftigung mit der Gewerkschaftsbewegung mit der Erklärung gewandt, „die Partei sei eine Vereinigung, die für rein politische Ziele kämpfe und dürfe also keine intimen und direkten Beziehungen mit der Gewerkschaftsbewegung haben, die autonom sei und ihre eigenen Ziele und Taktik habe.“ Der Grund zu dieser Haltung ist die Aussichtslosigkeit, bei den antipolitisch eingestellten Massen der Gewerkschaftsorganisationen Verständnis für „Politik“ zu finden.

So ist denn der P.S.A. heute zur Partei des Kleinbürgertums geworden. Das zeigt u. a. die Wahlstatistik der letzten Wahlen vom 2. April 1922. In den Arbeitervierteln hat sie erheblich Stimmen verloren, dagegen in den bürgerlichen Stadtteilen bedeutend gewonnen, und zwar ist die Zunahme an bürgerlichen Stimmen größer, als die Abnahme an proletarischen<sup>16)</sup>. Die hohe Stimmenzahl (59 000 in Buenos Aires) erklärt sich aus der Tat-

16) Vgl. die Tabelle unten S. 50/51.

sache, daß die Partei die einzige große Oppositionspartei ist und daß ihr somit die Stimmen vieler Unzufriedener zufallen. Schrieb ja die konservative Zeitung *Critica* am Tage vor der letzten Wahl: „Alle, die nicht Sklaven des ‚Peludo‘ (= Gürteltier, Spitzname des Präsidenten IRIGOYEN) sind, müssen morgen für die sozialistische Partei stimmen. Es macht dabei garnichts aus, wenn sie selbst ihrer Weltanschauung nach antisozialistisch sind...“ Die „Wahlplattform“ lautete:

„1. Gesunde Währung. Öffnung der Konversionskasse (Wiederaufnahme der Einlösbarkeit der Banknoten). Freie Goldausfuhr. Lohnauszahlung in einlösbaren Noten oder in Gold;

2. Abschaffung der Steuern, die das Leben und die Arbeit erschweren. Einführung einer progressiven nationalen Steuer auf den Bodenwert (ohne Meliorationen) und des Rechtes der Gemeinden auf eine gleiche Grundstücksbelastung. Erhebung einer Wertzuwachssteuer. Gleichmäßige Festsetzung der ländlichen Pachten. Einkommenbesteuerung;

3. Verfassungsreform. Parlamentarische Regierungsform. Wahl des Präsidenten der Republik durch den Kongreß. Parlamentarische Vertretung der Territorien. Trennung von Staat und Kirche. Abschaffung des Senats. Leitung der auswärtigen Angelegenheiten durch das Parlament;

4. Wahl des Oberbürgermeisters der Bundeshauptstadt durch allgemeine direkte Abstimmung;

5. Vorzugsweise Verausgabung der Staatseinnahmen für Zwecke des elementaren, weltlichen, unentgeltlichen und obligatorischen Unterrichts;

6. Aufhebung aller gesetzlichen Beschränkungen der Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit;

7. Gesetzliche Zulassung der Ehescheidung;

8. Aufhebung des „Niederlassungsgesetzes“;

9. Zugestehung der zivilen und politischen Gleichberechtigung an die Frauen;

10. Einführung der nationalen Versicherung gegen Krankheit, Invalidität und Alter sowie staatlicher Mutterschaftsfürsorge.

Die Mitgliederzahl des P.S.A. im ganzen Lande hat sich in den letzten Jahren zwischen 8—10 000 bewegt. Noch im September 1921 wurden 8339 Mitglieder gezählt; heute aber werden

es kaum mehr als 6000 sein. Wenigstens haben beim letzten Referendum in den 180 Ortsgruppen kaum 5000 Mitglieder abgestimmt und allein in Buenos Aires ist die Mitgliederzahl von 4067 im Januar 1921 auf 2130 im März 1922, also um 47% gesunken. Das Zentralorgan La Vanguardia — neben dem in den Provinzen 11 andere Wochenschriften mit einer Gesamtauflage von 6000 Exemplaren existieren — erscheint zurzeit in einer Tagesauflage von 9—12 000 Exemplaren. In der Deputiertenkammer nimmt die Partei 9 Sitze ein; im Stadtparlament von Buenos Aires ist sie die stärkste Fraktion und stellt daher den Vorsitzenden. Die sozialistische Frauen- und Jugendbewegung ist unbedeutend. Die Frauenarbeit ist in Argentinien ja auch relativ wenig verbreitet.

#### b) Die kommunistische Partei.

Die marxistisch-revolutionäre Minderheit in der S.P.A. gründete 1912 die Studiengruppe KARL MARX und gab zur Bekämpfung des Revisionismus seit dem Juli 1912 zwei Jahre lang die Zeitschrift Palabra Socialista (Das sozialistische Wort) heraus. Als der ideologische Kampf sich im Kriege verschärfte, erschienen eine Anzahl Zeitschriften ihrer Tendenz, u. a. seit dem April 1916 das Organ der sozialistischen Jugend Adelante (Vorwärts), im August 1917 La Internacional (Die Internationale) und Revista Socialista (Sozialistische Rundschau). Sie vermochten sich aber meist nicht lange zu halten. Nach dem Ausbruch aus der P.S.A. konstituierten sich die ausgeschlossenen Gruppen als P(artido) S(ocialista) I(nternacional) (Internationale Sozialistische Partei) am 5. Januar 1918. Ihr Programm entsprach dem der revolutionären Parteien Europas. In den Statuten wirkten sich die Erfahrungen mit dem Exekutivkomitee der sozialistischen Partei aus. So wurde bestimmt, daß kein Abgeordneter Mitglied des Exekutivkomitees sein dürfe. Ferner verpflichteten die Statuten jedes Mitglied, gewerkschaftlich organisiert zu sein.

Zwei Monate nach ihrer Gründung beteiligte sich die junge Partei bereits an den Nationalwahlen — unter den Kandidaten befand sich auch der alte AUGUST KÜHN — und erzielte in Buenos Aires 2750 Stimmen, 6 Monate später aber bei den Kommunal-

wahlen bereits 3258 Stimmen und damit einen Sitz im Stadtparlament; ein zweiter fiel ihr im November 1920 zu. Im Dezember 1920 schloß sie sich der Kommunistischen Internationale an und änderte dementsprechend ihren Namen in **P**(artido) **C**(omunista) **A**(rgentino). Im März 1921 erhielt sie starken Zustrom infolge des Austritts der „Linken“ aus der sozialistischen Partei.

Zurzeit zählt die Kommunistische Partei 90 Ortsgruppen mit rund 3500 Mitgliedern. Bei den letzten Nationalwahlen am 2. April 1922 erhielt sie in Buenos Aires 4200 Stimmen, in ganz Argentinien rund 8000<sup>17)</sup>. Das Parteiorgan *La Internacional* erscheint in einer Tagesauflage von 5000 Exemplaren; dazu kommen vier kommunistische Wochenschriften mit einer Gesamtauflage von 3000. Augenblicklich verfügt die Partei nur über einen Vertreter im Stadtparlament, da der im September 1922 zuerst gewählte wegen „reformistischer“ Tendenzen ausgeschlossen worden ist.

Der Einfluß der Kommunistischen Partei in den Gewerkschaften ist im Verhältnis zu ihrer zahlenmäßigen Schwäche bedeutend. Sie hat in vielen wichtigeren Gewerkschaften „kommunistische Zellen“ gebildet; manche, wie z. B. die Drucker in Buenos Aires, stehen ganz unter ihrem Einfluß. Der letzte Einigungskongreß der Gewerkschaften, auf dem die U.S.A. entstand, ist vorwiegend infolge der Agitation der Kommunisten zustande gekommen.

Ziemlich lebhaft ist die Jugendbewegung, die in Buenos Aires 500 Mitglieder zählt, und die eine alle 14 Tage in einer Auflage von 2000 Exemplaren erscheinende Zeitung *La Juventud Comunista* (Die kommunistische Jugend) besitzt. Eine Frauengruppe von 50 Mitgliedern ist vor kurzem in Buenos Aires ins Leben getreten.

### Die Lage der Arbeiterschaft in den Städten.

In den wenigen Städten Argentinien konzentriert sich eine unverhältnismäßig große Bevölkerung. Soweit es Industrie gibt, befindet sie sich in Buenos Aires und den wenigen anderen

17) Vgl. unten S. 50/51.

Hafenstädten. Die Arbeiterbewegung beschränkt sich dementsprechend auf die Städte, insbesondere auf die Bundeshauptstadt.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft in den Städten hat sich seit Kriegsende verschlechtert. „Die allenthalben zu beobachtende Preissteigerung hat auch in Argentinien beträchtlichen Umfang angenommen; schon für 1917 wurde gegenüber dem Stande von 1910 eine Erhöhung von rund 50 % errechnet . . . Regelmäßige Ersparnisse dürfte der argentinische Arbeiter zurzeit kaum machen können, da die Löhne nicht im gleichen Verhältnisse wie die Preise gestiegen sind“<sup>18)</sup>. Infolge der lang anhaltenden Exportverminderung hat sich eben die argentinische Valuta verschlechtert, wodurch die Preise aller Importwaren gestiegen sind. Die Preise für Brot und Fleisch haben sich aber nicht so erniedrigt, wie man bei der Stockung der Ausfuhr erwarten mußte, denn der gute Verdienst der Kriegszeit hat die Grundbesitzer lange Zeit in die Lage versetzt, mit dem Verkauf ihrer Ernten und des Viehs zu warten.

Der gesetzliche Minimallohn für Staatsarbeiter beträgt in Buenos Aires 120 Pesos Papier pro Monat. Der Normallohn für qualifizierte Arbeiter beträgt zurzeit 5—6 Pesos für den achtstündigen Arbeitstag, der in fast allen Industrien eingeführt ist, also durchschnittlich pro Monat etwa 160, für Angestellte etwa 200, für ungelernete Arbeiter etwa 150 Pesos Papier<sup>19)</sup>. Diese Lohnsätze sind durchaus nicht hoch, wenn man bedenkt, daß ein Zimmer in einer Art Mietskaserne — mehr hat eine 4—5-

18) MARTIN a. a. O. S. 43.

19) Setzt man den Preis des zum Konsum bestimmten Fleisches im Jahre 1917 = 100, so ergibt sich folgende Preisentwicklung: 1918: 103; 1919: 134; 1920: 146; 1921: 121. Während ich dies schreibe, erhalte ich die letzte amtliche Veröffentlichung des Nationalen Arbeitsamts von Ende Mai 1922. Sie beziffert das Durchschnittseinkommen des Arbeiters für Buenos Aires bei einem Familienstand von 4,5 Personen auf monatlich 167 Pesos. Die Verteilung der Kosten der Lebenshaltung (in Prozenten vom Einkommen) ist folgende: Ernährung 52,2, Kleidung 10,3, Miete 19,6, Brennmaterial 2,9, Licht 1,1, Bücher und Zeitungen 0,3, Arzt und Apotheke 1,1, Wein und andere Getränke 3,7, Tabak 2,9, Vergnügungen 0,4, andere Ausgaben 5,5. Doch sind diese Angaben (vgl. oben Anm. 1) mit Vorsicht aufzunehmen.

Ein Vergleich der heutigen Lohnziffer mit der von 1917 — für qualifizierte Arbeiter 120—130, für ungelernete 100 Pesos Papier — zeigt die Wirkung der Gewerkschaftsarbeit.

köpfige Arbeiterfamilie in der Regel nicht — 35–45 Pesos kostet, im Zentrum der Stadt sogar das Doppelte, so daß ohne Übertreibung gesagt werden kann, daß zurzeit  $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{3}$  des Arbeitslohnes auf Wohnungsmiete entfallen.

Die wachsende Teuerung hat zwar die Entwicklung der Genossenschaften gefördert; sie sind aber dennoch relativ unbedeutend.

Was bei der Beobachtung der argentinischen Arbeiterbewegung und beim Vergleich mit der europäischen auffällt, ist die anarchistische und antipolitische Tendenz, die ihren Grundcharakter ausmacht.

Die bürgerliche Presse Argentinens pflegt diese Tendenzen darauf zurückzuführen, daß die aus Spanien und Italien eingewanderten Arbeiter die bakunistische Tradition ihres Landes nach Argentinien zu verpflanzen bestrebt seien. Daran ist gewiß viel Richtiges, ebenso wie an der Feststellung, daß der temperamentvolle Südländer eher zum Anarchismus und zu spontanen Gewalttaten neigt als etwa der Deutsche. Aber diese Erklärungsversuche bleiben zu sehr an der Oberfläche der Erscheinungen haften. Wenn man den Dingen tiefer auf den Grund geht, findet man, daß die anarchistisch-antipolitische Tendenz in erster Linie aus den besonderen Verhältnissen des jungkapitalistischen Landes entspringt.

Eine Ursache für die Ohnmacht der Arbeiterorganisationen liegt in der Einwanderung. Die Einwanderer kommen hinüber, um schnell Geld zu verdienen, sind also gewerkschaftlichen Kämpfen abgeneigt und lassen sich leicht als Streikbrecher anwerben. Der beständige Zustrom von Einwanderern verhinderte bis zum Kriege größere Erfolge der Arbeiterorganisationen, weil die Unternehmer fast stets die Streiker durch neu angekommene Einwanderer ersetzen konnten. Man wird es also verstehen können, daß sich der Arbeiterschaft, deren Streiks immer wieder infolge des Einsatzes von Einwanderern scheitern, eine gewisse Verzweiflung bemächtigt, die sich in anarchistischer Praxis — Sabotage, Bombenattentaten etc. — äußert.

Aber nicht nur die Einwanderung ist die Ursache des Versagens der Arbeiterorganisationen: in vielleicht noch stärkerem Maße wirkt hemmend der Mangel an Klassenbewußtsein innerhalb der argentinischen Arbeiterschaft. Bis vor wenigen Jahren

war es in dem jung-kapitalistischen Land nichts gerade sehr Außergewöhnliches, daß ein Arbeiter zum reichen Mann wurde. Eine ganze Reihe heute führender Grundbesitzer oder Kaufleute hat drüben als Sackträger im Hafen oder als Landarbeiter angefangen. Da auch heute noch viele argentinische Arbeiter allen Ernstes darauf hoffen, aus eigener Kraft (oder durch Gewinne aus dem Lotteriespiel, dem in Argentinien außerordentlich stark gehuldigt wird!) in die besitzende Klasse aufzusteigen, im Gegensatz etwa zum deutschen Durchschnittsarbeiter, dem bestenfalls ein Aufrücken zum Werkmeister oder dergl. vorschwebt, wobei er seine Chancen nüchterner einschätzt als sein argentinischer Standesgenosse, so erscheint ihnen ein gemeinsames Vorgehen als Klasse noch nicht so notwendig, noch nicht als der einzig übrigbleibende Weg zur Durchsetzung ihrer Interessen. Sie sind also leicht geneigt, ihren persönlichen Wünschen nach Vorwärtskommen die allgemeinen Interessen der Klasse unterzuordnen. Aus diesem Grunde fehlt es der Gewerkschaftsbewegung an Zielbewußtheit, und aus demselben Grunde kommt es in der Politik gar nicht selten vor, daß Arbeiter gegen gewisse Versprechungen oder Zugeständnisse ihre Stimmen bald der einen, bald der anderen bürgerlichen Partei verkaufen. Aber im allgemeinen beteiligt sich die Arbeiterschaft nicht am politischen Leben. Die besonderen politischen Verhältnisse des Landes haben ein Vorurteil der Arbeiter gegen Politik überhaupt hervorgerufen, das gerade den Parteien der Arbeiterklasse ihre Tätigkeit außerordentlich erschwert.

Bis zum Anfang dieses Jahrhunderts etwa gab es in Argentinien noch keine Parteien im modernen Sinne. Die damaligen Parteien gruppieren sich um einen bestimmten Mann, ihren Caudillo, nach dem sie sich auch nannten. Ein programmmäßiger Unterschied zwischen ihnen existierte nicht. Sie hatten alle das gleiche Ziel: die Eroberung der Regierungsgewalt mit allen Mitteln. Die Regierung war damals in noch viel stärkerem Maße als heute das beste Bereicherungsmittel. Heute hat sich das etwas geändert. Dem entwickelteren Kapitalismus des Landes entsprechend, beginnen sich die Parteien mit sozialem Inhalt zu erfüllen. Die konservative Partei ist heute die bewußte Partei der Großgrundbesitzer. Eine Partei des Industrie- und Finanz-



kapitals existiert nicht, weil Industrie und Handel fast ausschließlich in der Hand von Ausländern sind, denen die politische Korruption genug Gelegenheit gibt, ihre Wünsche durchzusetzen, ohne sich in die Politik offiziell einzulassen. Die übrigen bürgerlichen Parteien — außer dem zurzeit herrschenden Partido Radical existieren noch eine ganze Anzahl anderer — haben noch keine bestimmte soziale Färbung. Alle haben sie von europäischen Parteien Programmphrasen übernommen. Methoden und Ziele sind aber noch die gleichen wie früher zur Zeit der Caudillos. Ein Unterschied gegen früher besteht nur insofern, als man unter dem Einfluß Europas von einem Teil der damals üblichen Kampfmittel — Putsch und Revolution — abgekommen ist<sup>20)</sup>. Dagegen hat man alle übrigen — Wahlschwindel, Verleumdung, Skandal, Korruption bis einschließlich Meuchelmord — beibehalten. Besonders von der in Argentinien üblichen Korruption in der Politik macht man sich in Europa nur schwer eine Vorstellung. Daß ein führender Politiker heute das Gegenteil von dem propagiert, was er gestern noch gefordert hat, daß er heute dieser, morgen jener Partei angehört, daß ein anarchistischer Führer plötzlich von der Regierung zum Beamten ernannt wird, daß sozialistische Deputierte plötzlich die Prinzipien des Sozialismus so aufgeben, wie es im Kriege der Fall war; diese ganze politische Schwindel- und Korruptionsatmosphäre, die sogar eine besondere Bezeichnung *politica criolla*<sup>21)</sup> bekommen hat, hat zu einem ausgeprägten Ekel der Arbeiter vor Politik überhaupt geführt.

Ihre antipolitische Einstellung erschwert aber die Aufklärungsarbeit der Arbeiterorganisationen sehr. Die Arbeiterschaft geht ungern in Versammlungen, liest Bücher und Broschüren garnicht und Zeitungsartikel, besonders theoretische, kaum, — wobei allerdings der Umstand mitspielt, daß 35—40 % der Bevölkerung Analphabeten sind<sup>22)</sup>. Im Laufe der Zeit hat sich daher ein den besonderen Landesverhältnissen angepaßtes neuartiges Agitationsmittel als wirksam herausgestellt: das Pic-Nic, d. h. ein

20) In Paraguay ist es noch nicht so weit, wie die letzten Ereignisse dort zeigen.

21) „Criollo“ nennt sich der einheimische Argentinier.

22) Vgl. unten S. 51.

Ausflug, zu dem öffentlich eingeladen wird und auf dem im Freien gelagert, musiziert, gesungen, getanzt — und ein politischer Vortrag gehalten wird.

### Die Lage der Arbeiterschaft auf dem Land.

Die Entfernungen auf dem Lande in Argentinien darf man nicht mit europäischen Maßstäben messen. Besonders darf man sich von einem durch Eisenbahn erschlossenen Gebiet nicht vorstellen, daß es mit einem dichten Liniennetz überzogen sei. Die Eisenbahnen laufen fast alle nur in der Ost-West-Richtung: von der Küste ins Innere; Querverbindungen gibt es noch kaum. Die Schnellzugstationen bestehen oft nur aus einem kleinen Häuschen mitten in der Steppe oder den Feldern. Von der Station bis zum nächsten Gut reitet man oft viele Stunden. Von einer Station zur andern sind es oft mehrere hundert Kilometer. Die Riesenentfernungen unterstützen noch die politische Willkürherrschaft der Großgrundbesitzer. Soweit das Land durch Eisenbahnen erschlossen ist, befindet es sich in den Händen einer geringen Zahl von Großgrundbesitzern, die es aber meistens nicht selbst bewirtschaften, sondern durch einen *Mayordomo* verwalten lassen oder es verpachten. Die wirtschaftliche Schwäche der Pächter wird sehr ausgenutzt<sup>23)</sup> und ihre Lage ist nicht gerade gut zu nennen<sup>24)</sup>. Ihre Kontrakte sind im allgemeinen kurzfristig. Sie laufen nur 2—3 Jahre. Die Pächter müssen beim Verlassen des Kamps alle von ihnen errichteten Baulichkeiten, Brunnen, Zäune usw. stehen lassen, ohne eine Entschädigung dafür beanspruchen zu können. Die Pächter haben sich daher eine eigene Organisation in der **F**(ederacion) **A**(graria) **A**(rgentina) geschaffen und haben Anfang 1922 ein Gesetz, das wesentliche Erleichterungen für sie brachte, durchgesetzt.

23) Bezeichnend hierfür ist ein 1907 vom Landwirtschaftsministerium veröffentlichter Kontrakt. Die Firma X liefert dem Pächter P. alles, was er für den gepachteten Karp benötigt. Er verpflichtet sich dagegen, nichts von anderen Firmen zu kaufen, der Firma X seine gesamte Ernte abzuliefern, auf die Vorschüsse 12% jährlich Zinsen zu zahlen, seine Ernte bei der Gesellschaft zu versichern, deren Agent die Firma X ist, und sich von dem Tagespreis bei der Übernahme des Getreides 25 centavos pro 100 kg zugunsten der Firma abziehen zu lassen.

24) Vgl. MARTIN a. a. O. S. 19 und PFANNENSCHMIDT, ebenda. S. 67, 142.

Da dieses Gesetz aber eine Maximalfläche von 300 ha für seine Anwendbarkeit vorsieht, kann es durch Neuverpachtung des Landes in größeren Flächen umgangen werden.

Eine andere Bewirtschaftungsmethode als die extensive ist in Argentinien nicht möglich. Infolgedessen findet man sowohl bei Pächtern wie bei Großgrundbesitzern maschinellen Großbetrieb in weitestem Umfang, was die zeitweise Verwendung großer Arbeitermassen bedingt.

In Europa kann man feststellen, daß die Arbeiterbewegung auf dem Lande in erheblichem Abstand hinter der städtischen zurückzubleiben pflegt. In Argentinien haben wir dieselbe Erscheinung. Ist die städtische Arbeiterbewegung, wie geschildert, noch wenig entwickelt, so fehlen Arbeiterorganisationen auf dem Lande ganz.

Nur in der Nähe der Städte bilden sich ab und zu unter dem Einfluß der städtischen Organisationen Landarbeitergewerkschaften, aber sie haben kein langes Leben. Nach kurzer Zeit lösen sie sich auf, weil die Mitgliederschaft sich zerstreut, indem sie der Arbeit nachzieht. Mit Recht bezeichnet man in Argentinien die Landarbeiter als Golondrinas (Schwalben). Sie sind in steter Fluktuation. Allein nicht nur diese ist dem Aufkommen von Gewerkschaftsorganisationen hinderlich, sondern auch der Umstand, daß in geringer Entfernung schon von der Stadt ein politischer Zustand herrscht, den man mit Feudalismus bezeichnen kann. Der Unterschied zwischen Stadt und Land ist ganz kraß. Während man in der Stadt noch von Verwaltung, Polizei und Justiz im allgemeinen europäischen Sinne reden kann, begegnet man auf dem Lande reiner Gewaltherrschaft. Verwaltung, Polizei und Justiz werden hier völlig von den Grundherren beherrscht, soweit sie nicht selbst diese Funktionen inne haben. Das bedeutet vollständige Rechtlosigkeit der Arbeiter.

Die Arbeiterschaft, die sich zum allergrößten Teil aus Einwanderern zusammensetzt, lebt auf den Gütern bestenfalls in erbärmlichen Schuppen. Für Verheiratete gibt es keine besondere Wohnungsgelegenheiten. Der Lohn beträgt außer Verpflegung etwa 1—2 Peso pro Tag. In den fünf wichtigsten Ackerbaidistrikten betrug er 1910 im Durchschnitt monatlich 38 Pesos, 1917: 35 Pesos. Nur in der Erntezeit erhöht er sich vorüber-

gehend auf das Doppelte bis Dreifache. Die Arbeiter bei Pächtern haben es nicht besser, als die auf den Gütern, weil die Ausbeutung, der die Pächter selbst unterliegen, sie außerstande setzt, selbst wenn sie wollten, den Arbeiterforderungen nachzugeben. Von den während der Ernte gemachten Ersparnissen muß der Arbeiter während der folgenden arbeitslosen Monate leben<sup>25)</sup>. Vor dem Kriege pflegten viele Einwanderer während dieser Zeit in die Heimat zurückzukehren und zur neuen Ernte wiederzukommen. Das geht heute nicht mehr. Damals konnten sich die Arbeiter auch in einigen Jahren ein Sümmchen ersparen — besonders die enorm genügsamen Italiener leisteten darin Unglaubliches —, womit sie in ihrem Heimatland unter Ausnützung der höheren Kaufkraft des argentinischen Geldes in Europa eine Zeitlang ein ziemlich behagliches Dasein führen konnten. Die Statistik zeigt uns, daß die Einwanderer in erheblicher Zahl nach etlichen Jahren zurückzuwandern pflegten. Bei der allgemeinen Teuerung dürfte heutzutage von Ersparnissen kaum noch die Rede sein. Der Verdienst des Arbeiters fließt, wenn das Landgut, die Estancia, nicht so weit von einem Städtchen (Dörfer gibt es nicht) entfernt liegt, daß die Leute nicht in einigen Stunden hinreiten könnten, des Sonntags in die Taschen der Schankwirte und Bordellbesitzer. Bei den weiter entfernten Gütern hat in der Regel der Besitzer eine Verkaufsstelle für Tabak und Alkohol auf dem Gute eingerichtet.

Es wird nichts getan, um der Unwissenheit der Arbeiterschaft abzuhelpfen. Über ihre Lektüre wird Zensur ausgeübt. Sozialistische Zeitungen zum Beispiel, auf die der eine oder andere Arbeiter abonniert ist, werden, wenn nicht schon auf der Post, dann meistens im Estanciabüro vernichtet. Bei Wahlen wird der Landarbeiter mit Alkohol gefügig gemacht. Im übrigen aber wird jeder Organisationsversuch unterdrückt. Das Agitieren für eine Gewerkschaft ist mit Lebensgefahr verknüpft. Von einer Arbeiterbewegung kann auf dem Lande keine Rede sein. Ab und zu kommen Streiks vor, die mit Gewalt niedergeschlagen werden. Wo das wegen allzugroßer Nähe der Stadt nicht ohne weiteres geht, pflegt man durch agents provocateurs einen Grund zum

25) Vgl. MARTIN a. a. O. S. 11.

Eingreifen zu schaffen oder die Streiker durch neu angekommene Einwanderer zu ersetzen.

Ich sagte oben, daß auf dem Lande noch Feudalismus herrsche. In den nördlichen und südlichen Gegenden der Republik sind aber die Zustände derart, daß man sie noch nicht einmal mehr als feudalistisch bezeichnen kann; dort herrscht vielmehr, zwar nicht rechtlich, aber tatsächlich, Sklaverei.

Der sozialistische Abgeordnete PALACIOS hat 1915 auf einer Studienreise durch die Gegend der Zucker- und Yerbapflanzungen im Norden (Misiones, Corrientes, alto Parana usw.) festgestellt, daß vielerorts noch das, gesetzlich natürlich verbotene, Trucksystem besteht und zwar in der Form, daß die Löhne nicht in Geld, sondern in privaten Wertmarken ausgezahlt werden, die nur im Laden der betreffenden Gesellschaft gegen Waren einlösbar sind. Hierdurch soll die Flucht der Arbeiter unmöglich gemacht werden. Flüchtet aber dennoch ein „Peón“ aus der Pflanzung, so „wird er — nach einem Bericht des Richters von Misiones an den Minister des Innern vom 6. August 1906 — im Gebirge mit Schüssen oder mit dem Lasso wieder eingefangen und dem Patrón übergeben, damit ihn dieser weiterhin zu seinem Vorteil arbeiten läßt“. Ein Bericht des Inspektors NICKLISON vom Nationalen Arbeitsamt, der 1913/14 diese Gegenden bereist hat, erzählt Ähnliches. Ein Kontrakt, wie ihn der meist des Lesens und Schreibens unkundige Peón unterzeichnen muß, lautet ungefähr so: „Jeder Peón, der die Arbeit ohne Erlaubnis niederlegt und die Plantage verläßt, wird für den verursachten Schaden verantwortlich gemacht, als flüchtig betrachtet, und der Patrón darf ihn verfolgen lassen — durch die Behörden oder durch besondere Kommissionen —, um ihn zur Einhaltung seines Kontrakts zu zwingen . . . Der Peón ist verpflichtet, nach Ermessen des Patróns jeden Tag zu arbeiten, auch Sonn- und Feiertags oder, wenn es regnet, auch nachts, wenn es tagsüber nicht möglich war . . . Das Fehlen von ein oder zwei Artikeln zum Lebensunterhalt ist kein Grund zur Arbeitsverweigerung . . . Die Nichterfüllung . . . seitens des unterzeichneten Peóns wird als Betrug behandelt . . .“ Und mit Recht vergleicht PALACIOS die Verfolgung flüchtiger Arbeiter wegen Betrugs durch die Polizei oder durch besondere Kommissionen „mit den Zuständen im alten

Rom, wo ein flüchtiger Sklave von fugitivarii verfolgt und angeklagt wurde, sich selbst seinem Herrn gestohlen zu haben“. Die Zustände in den Gebieten der Zucker- und Yerbaplantagen sind zu vergleichen mit denen im zaristischen Rußland, über die PRICE berichtet, daß schon 1886 auf Antrag des Adelsrats ein Gesetz angenommen worden war, das den Grundbesitzern die kündigungslöse Entlassung ihrer Lohnarbeiter ermöglichte, den letzteren aber das Recht absprach, ihren Kontrakt selbst auf Grund schlechter Behandlung zu brechen, und das auch verfügte, daß der Arbeiter, im Fall der Entweichung, verhaftet, gewaltsam zurückgebracht und, falls er die Arbeit verweigere, ins Gefängnis geworfen und geschlagen werden solle<sup>26</sup>). Ganz ähnlich auch in Rumänien<sup>27</sup>).

Ärztliche Berichte aus dem Norden Argentiniens besagen, daß die Peónes nur ein Alter von durchschnittlich 35 Jahren erreichen; die meisten, obwohl spanisch-indianische Mischlinge, halten die Unterernährung, Übermüdung und Alkoholvergiftung nicht aus und gehen an Tuberkulose zugrunde.

1918 hat die F.O.R.A. damit begonnen, Propagandisten in diese Gegenden zu senden und zu versuchen, die Arbeiterschaft zu organisieren; die Aufgabe ist schwierig und hat dementsprechend kaum Erfolge gezeitigt.

Wenn man sich diese Zustände vor Augen hält, so hat man eine Erklärung für die Verzweiflungstaktik der Landarbeiter. Man wird begreifen, weshalb sie bei Streiks die Ernten anzünden; man wird es auch verständlich finden, daß im Oktober/November 1921 im tiefen Süden Argentiniens (Patagonien, Chaco), wo die Lage der Arbeiterschaft ähnlich ist wie im Norden, die Belegschaft einiger Estancias in Bewegung geraten ist. Die Ursache war, daß der Arbeitsvertrag von den Grundbesitzern nicht eingehalten und eine Anzahl Arbeiter, die gewerkschaftlichen Widerstand zu organisieren versuchten, wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ verhaftet und sofort auf ein nach Buenos Aires fahrendes Schiff gebracht wurden, ohne daß die Polizei ihnen Zeit gelassen hätte, ihre Familien zu benachrichtigen oder etwas

26) Vgl. PRICE, Die russische Revolution. Hamburg 1921.

27) Vgl. GRÜNBERG, Die rumänische Agrargesetzgebung im Hinblick auf ihre Reform, im Archiv f. soz. Gesetzgebung und Statistik (1889). S. 74 ff.

mitzunehmen. Die Deportierung nach Buenos Aires aber bedeutete die Unmöglichkeit der Rückkehr für sie, weil nur eine Schiffsverbindung besteht, die sie nicht befördert. Die Arbeiterschaft trat erst in den Generalstreik, und als dann eine von den Grundbesitzern angeworbene private Polizei aus neu angekommenen, der Landessprache unkundigen deutschen Einwanderern in Aktion trat, kam es zu Konflikten, in deren Verlauf die Arbeiter verschiedene Estancias stürmten, in Brand steckten, die Besitzer oder Verwalter erschlugen oder mit sich schleppten und sich zu Banden vereinigten, die erst nach monatelangen Kämpfen von Regierungstruppen zerstreut werden konnten.

Schon ein oberflächlicher Vergleich des bisherigen Verlaufes der argentinischen Arbeiterbewegung mit der anderer Länder zeigt, daß nur wenige Züge spezifisch argentinisch, daß sie vielmehr typisch sind für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in einem Kolonialland, vielleicht sogar in jedem jungkapitalistischen Land. Die eingehende Untersuchung dieser Zusammenhänge muß jedoch einer künftigen Arbeit vorbehalten bleiben.

\* \* \*

## Anhang: Einige statistische Daten.

## I. Überseeische Ein- und Auswanderung 1912—1921 I. Sem.

	Einwanderer	Auswanderer
1912	323 403	120 260
1913	302 047	156 829
1914	115 321	178 684
1915	45 290	111 459
1916	32 990	73 348
1917	23 530	56 268
1918	13 701	24 075
1919	41 299	42 279
1920	91 642	162 139
1921/I. Sem.	43 741	30 491

II. Streiks in Buenos Aires 1907—1920<sup>28)</sup>.

## a) Streikursachen bezogen auf die Zahl der Streiks.

Jahr	Gesamt- zahl	Lohn		Arbeitszeit		Organi- sation		Arbeitsbe- dingungen		Diverse	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1907	231	67	29,0	46	19,9	91	39,4	9	3,9	18	7,8
1908	118	31	26,3	21	17,8	52	44	2	1,7	12	10,2
1909	138	62	44,9	32	16	49	35,5	—	—	5	3,6
1910 <sup>29)</sup>	298	175	58,7	27	9,1	75	25,2	—	—	21	7
1911	102	36	35,3	9	8,8	46	45,1	2	2	9	8,8
1912	99	37	37,4	16	16,1	27	27,3	6	6,1	13	13,1
1913	95	34	35,8	11	11,5	40	42,1	5	5,3	5	5,3
1914	64	32	50	5	7,8	21	32,8	5	7,8	1	1,6
1915	65	32	49,2	4	6,2	19	29,2	10	15,4	—	—
1916	80	32	40	2	2,5	25	31,3	15	18,7	6	7,5
1917	138	56	40,6	9	6,5	47	34	3	2,2	23	16,7
1918	196	78	39,8	23	11,7	62	31,6	3	1,5	30	15,4
1919	387	240	65,4	21	5,7	90	24,6	6	1,6	10	2,7
1920	206	92	44,7	8	3,8	82	39,9	19	9,2	5	2,4

28) Nach Angaben des Nationalen Arbeitsamts.

29) 1910 wurde die ley de defensa social eingeführt; man beachte ihre Wirkung in der Folgezeit.



## b) Streikursachen bezogen auf die Zahl der Streiker.

Jahr	Gesamtzahl	Lohn		Arbeitszeit		Organisation		Arbeitsbedingungen		Diverse	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1907	169 017	49 018	29,0	33 643	19,9	66 592	39,4	6 591	3,9	13 183	7,8
1908	11 561	3 041	26,3	2 058	17,8	5 087	44,0	196	1,7	1 179	10,2
1909	4 762	2 138	44,9	762	16,0	1 691	35,5	—	—	171	3,6
1910	18 806	11 089	58,7	1 712	9,1	4 739	25,2	—	—	1 316	7
1911	27 992	19 211	68,7	1 524	5,4	2 152	7,7	197	0,7	4 908	17,5
1912	8 992	6 600	73,4	542	6,0	1 246	13,9	477	5,3	127	1,4
1913	23 698	4 153	17,6	800	3,3	1 984	8,3	387	1,6	16 374	69,2
1914	14 137	7 616	53,9	142	1,0	659	4,7	5 501	38,9	219	1,5
1915	12 077	2 247	18,6	284	2,4	8 326	68,9	1 220	10,1	—	—
1916	24 321	9 054	37,3	220	0,9	4 615	18,9	9 866	40,6	566	2,3
1917	136 062	73 586	54,2	2 129	1,5	53 260	39,1	128	0,1	6 959	5,1
1918	133 042	20 263	15,3	4 170	3,1	18 036	13,6	37 227	27,9	53 346	40,1
1919	303 967	80 878	26,2	4 269	1,4	202 444	65,5	3 058	1,0	18 318	5,9
1920	134 015	21 921	16,4	552	0,4	84 241	62,9	10 561	7,8	16 740	12,5

## c) Streikausgang.

Jahr	Zahl der Streiker					Zahl der Streiks					Streiks mit einer Teilnehmerzahl v.				
	mit Erfolg	mit Teilerfolg	ohne Erfolg	in %		mit Erfolg	m. Teilerfolg	ohne Erfolg	in %		1 bis 50	51 bis 100	101 bis 500	501 bis 1000	über 1000
				mit (auch Teil-Erfolg)	ohne Erfolg				mit (auch Teil-Erfolg)	ohne Erfolg					
1907	4 366	1 178	163 473	3,3	96,7	39	31	161	30,3	69,7	158	26	32	6	9
1908	1 945	70	9 546	17,4	82,6	18	12	88	25,4	74,6	85	17	13	1	2
1909	527	522	3 713	22,1	77,9	36	5	97	29,7	70,3	118	9	9	2	—
1910	13 499	1 912	3 395	82,0	18,0	185	47	66	77,8	22,2	218	45	32	2	1
1911	4 216	3 242	20 534	26,6	73,4	7	3	92	9,8	90,2	65	18	10	3	6
1912	1 627	663	6 702	25,4	74,6	25	6	68	31,9	68,1	72	14	11	1	1
1913	775	3 769	19 154	19,1	80,9	18	15	62	34,7	65,3	65	16	12	—	2
1914	6 277	5 644	2 216	84,3	15,7	18	4	42	34,2	65,8	46	6	9	1	2
1915	1 605	990	9 482	21,4	78,6	17	6	42	34,4	64,6	38	12	12	2	1
1916	9 600	11 830	2 891	88,1	11,9	19	15	46	42,5	57,5	50	9	11	2	8
1917	22 924	76 472	36 666	73,0	27,0	26	38	74	46,3	53,7	56	24	34	3	21
1918	23 978	27 002	82 062	38,3	61,7	71	42	83	57,6	42,4	91	24	53	10	18
1919	181 064	39 026	88 377	71,2	28,8	146	75	147	59,8	40,2	154	62	101	20	30
1920 <sup>30)</sup>	17 867	9 228	96 005	22,1	77,9	66	20	103	45,5	54,5	86	41	51	8	20

30) 17 Streiks mit 10 915 Streikern waren bei Abschluß dieser Statistik noch nicht beendet.

Leider fehlt eine Statistik der Streikdauer, ohne die man sich kein richtiges Bild formen kann, denn gerade aus der Streikdauer läßt sich ein Rückschluß auf die Offensiv- und Defensivkraft der Gewerkschaftsorganisationen ziehen. Mitunter kommen nämlich sehr langdauernde Streiks vor. So hat z. B. die F.O.M. 1920/21 1 1/2 Jahre hindurch im Ausstand verharrt.

### III. Wahlstatistik Wahlbezirk Buenos Aires 1896—1922.

#### a) Sozialistische Partei.

Monat	Jahr	Erreichte Stimmzahl	Bemerkungen
III.	1896	134	Einheitsbezirk.
IV.	1898	105	
III.	1900	135	
III.	1902	166	
III.	1904	1 257	distriktweise Wahl. 1 Deputierter (PALACIOS).
III.	1906	1 660	wieder Einheitsbezirk.
XI.	1906	3 495	
III.	1908	5 100	
X.	1908	5 078	
III.	1910	7 006	2 Deputierte (Minoritätsliste). und 1 Senator (Majoritätsliste). (Minoritätsliste). " "
IV.	1912	18 844	
III.	1913	48 877	
III.	1914	42 662	
IV.	1916	40 564	3 " "
			neues System (unvollständige Liste).
III.	1918	46 501	3 Deputierte (Minoritätsliste).
[X.	1918	47 971	10 Stadtverordnete (Verhältniswahlrecht bei Gemeindewahlen!)
III.	1919	52 001	1 Deputierter (Minoritätsliste).
III.	1920	52 579	7 Deputierte "
[XI.	1920	52 082	8 Stadtverordnete].
IV.	1922	59 000	4 Deputierte "

#### b) Kommunistische Partei.

III.	1918	2 753	
[X.	1918	3 258	1 Stadtverordneter].
III.	1919	3 018	
III.	1920	2 938	
[XI.	1920	5 601	1 Stadtverordneter].
IV.	1922	4 242	

Die Wahlbeteiligung ist (auch infolge der Wablpflicht) ziemlich stark. Im März 1922 stimmten in Buenos Aires 73,05 % der Wahlverpflichteten ab [180 141 von 246 568]. Diese Ziffer ist aber deshalb so hoch, weil das anti-politische Proletariat ja größtenteils und in Buenos Aires etwa die Hälfte

der Einwohnerschaft überhaupt aus Ausländern besteht. Die Ziffern der Gemeindewahlen dürfen mit denen der Nationalwahlen nicht verglichen werden, da bei den Gemeindewahlen nicht nur Verhältniswahlrecht herrscht, sondern auch Ausländer unter gewissen Bedingungen stimmberechtigt sind. Über die Stärkeverhältnisse der verschiedenen Parteien gibt die nachstehende Tabelle Aufschluß:

Bei den letzten Wahlen in Buenos Aires erhielten: die

Radikale Partei . . . . .	64 928	Stimmen = 37,56 %
Sozialistische Partei . . . . .	59 128	" = 34,22 %
Concentración Nacional <sup>31)</sup> . . . . .	21 316	" = 12,33 %
Radicales Disidentes <sup>32)</sup> . . . . .	10 302	" = 5,96 %
Fortschrittlichen Demokraten . . . . .	10 067	" = 5,82 %
Kommunistische Partei . . . . .	4 242	" = 2,40 %

#### IV. Die Analphabeten in Argentinien. (Zensus von 1914.)

	Analphabeten	Halbanalphabeten (Lese- aber nicht Schreibkundige)	Alphabeten
Einheimische . . . . .	1 471 225	112 682	2 420 406 = 60,5 %
Spanier . . . . .	213 222	29 819	561 820 = 69,8 %
Franzosen . . . . .	10 788	1 901	65 955 = 83,9 %
Italiener . . . . .	332 146	16 826	565 817 = 61,8 %
Türken etc. . . . .	43 233	764	18 184 = 29,1 %
Russen . . . . .	32 753	3 255	53 052 = 59,5 %
Uruguayyer . . . . .	18 159	1 495	68 781 = 76,4 %
Zusammen	2 213 916	172 096	3 915 949 = 64,8 %
davon Einwanderer	742 691	59 414	1 495 543 = 73,5 %

Ein Mangel dieser Tabelle — sagt der Arzt und sozialistische Deputierte Dr. BUNGE in seinem 1919 in Buenos Aires erschienenen Buche *La inferioridad economica de los argentinos nativos* (Die wirtschaftliche Rückständigkeit der einheimischen Argentinier) — ist der, daß sie die Bevölkerung vom 7. Jahr, statt erst vom 10. Jahr umfaßt. Die Altersklasse von 7—10 Jahren — die schulpflichtigen Kinder — ist bei den Einwanderern nur in geringem, bei den Einheimischen in hohem Maße vertreten. BUNGE schätzt den Unterschied nach Richtigstellung auf 6,5 % bei den Einheimischen und 2,5 % bei den Einwanderern, d. h. auf der Basis „von 10 Jahren an“ gibt es statt 60,5:67 % Leute, die lesen und schreiben können unter den Einheimischen und 76 % unter den Einwanderern.

Von den 20jährigen Rekruten der Jahre 1914—1919 konnten 30 % weder lesen noch schreiben, 10 % lesen, aber nicht schreiben.

31) Nationaler Zusammenschluß, die neue Bezeichnung der konservativen Gruppen. — 32) Die in Opposition gegen den offiziellen Führer der Radikalen IRIGOYEN stehende Gruppe.

# Marxismus und Philosophie.

Von

Karl Korsch (Jena)<sup>1)</sup>.

Motto: „Wir müssen ein systematisches, von materialistischen Gesichtspunkten geleitetes Studium der Dialektik Hegels organisieren.“ (N. LENIN 1922.)

Daß in der Frage nach dem Verhältnis zwischen Marxismus und Philosophie ein theoretisch und praktisch höchst wichtiges Problem enthalten sein könnte, ist eine Behauptung, die noch bis vor sehr kurzer Zeit sowohl unter den bürgerlichen wie unter den marxistischen Gelehrten nur wenig Verständnis gefunden hätte. Für die Professoren der Philosophie bedeutete der Marxismus im besten Falle einen ziemlich nebensächlichen Unterabschnitt aus einem auch im ganzen sehr kursorisch zu behandelnden Kapitel der Geschichte der Philosophie im 19. Jahrhundert u. d. T. „Die Zersetzung der HEGELSchen Schule“<sup>2)</sup>. Aber

1) Diese Abhandlung bildet die erste Abteilung einer größeren Schrift: Historisch-logische Untersuchungen zur Frage der materialistischen Dialektik.

2) So widmet KUNO FISCHER in seiner 9bändigen Geschichte der neueren Philosophie eine Seite (1170) des der HEGELSchen Philosophie gewidmeten Doppelbandes dem (BISMARCKschen) „Staatssozialismus“ und dem „Kommunismus“, als deren Begründer er einerseits FERDINAND LASSALLE, andererseits in zwei Zeilen erledigten KARL MARX nennt. FRIEDRICH ENGELS zitiert er nur, um durch diese Zitate indirekt die philosophischen Fachkollegen ein wenig zu verunglimpfen. — In ÜBERWEG-HEINTZES Grundriß der Gesch. der Phil. vom Beginn des XIX. Jahrhunderts bis auf die Gegenwart (11. Aufl. 1916 ed. Österreich) beschäftigen sich mit MARX-ENGELS' Leben und Lehre immerhin zwei Seiten (208/09) und es wird dabei auf einigen Zeilen als eine Lehre, die für die Philosophiegeschichte Bedeutung habe, auch die materialistische Geschichtsauffassung erwähnt, die als „die genaue Umkehrung der idealistischen Auffassung“ HEGELS definiert wird. — F. A. LANGE kennt in seiner Geschichte des Materialismus MARX nur in einigen historischen Quellennotizen als den „gründlichsten jetzt lebenden Kenner der Geschichte der

auch die „Marxisten“ legten, wenn gleich aus ganz anderen Motiven heraus, auf die „philosophische Seite“ ihrer Theorie im allgemeinen keinen großen Wert. Schon MARX und ENGELS <sup>2a)</sup> selbst, die doch so häufig mit großem Stolz auf die geschichtliche Tatsache hingewiesen haben, daß in dem „wissenschaftlichen Sozialismus“ die deutsche Arbeiterbewegung die Erbschaft der klassischen deutschen Philosophie angetreten habe <sup>3)</sup>, wollten diesen Ausspruch doch keineswegs in dem Sinn verstanden haben, daß der wissenschaftliche Sozialismus oder Kommunismus wesentlich eine „Philosophie“ darstellte <sup>4)</sup>. Vielmehr sahen sie die Aufgabe ihres „wissenschaftlichen“ Sozialismus darin, nicht nur alle bisherige bürgerliche Idealphilosophie, sondern damit zugleich auch alle Philosophie überhaupt formell und inhaltlich endgültig zu überwinden und „aufzuheben“. Wir werden später näher zu erklären haben, worin diese Überwindung und Aufhebung nach der ursprünglichen M.-E.schen Auffassung bestand

Nationalökonomie“, ohne von den Theoretikern MARX und ENGELS Notiz zu nehmen. — Selbst für die monographischen Bearbeiter des „philosophischen“ Gehalts des Marxismus ist die im Text angedeutete Stellungnahme typisch. Vgl. z. B. BENNO ERDMANN, Die philosophischen Voraussetzungen der materialistischen Geschichtsauffassung, Jahrb. f. Gesetzgeb., Verw. u. Volksw., XXXI (1916), 919 ff., bes. 970/72. — Weitere Belege weiter unten in anderem Zusammenhang.

2a) Die Namen MARX und ENGELS sind in folgendem in M. u. E. abgekürzt.

3) So wörtlich in dem bekannten Schlußsatz v. E. Schrift: LUDWIG FEUERBACH und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie (1888); ähnliche Wendungen aber in fast allen Werken von M. und E. aus den verschiedensten Perioden ihres Lebens. Vgl. z. B. den Schlußsatz des Vorworts zur I. Auflage von E., Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (1882).

4) Man vergleiche hierzu besonders die Polemik des Kommunistischen Manifestes von 1847/48 gegen den deutschen oder „wahren“ Sozialismus und die einleitenden Ausführungen eines Aufsatzes über den deutschen Sozialismus, den E. im Almanach du Parti Ouvrier pour 1892 veröffentlicht hat (deutsch in der Neuen Zeit 10/I, 580 ff.) E. charakterisiert hier, scheinbar in völliger Übereinstimmung mit der bürgerlichen Philosophiegeschichte, die „von vornherein durch den Namen Marx beherrschte“ Richtung des vormärzlichen deutschen Sozialismus als „eine theoretische Bewegung, entsprungen aus dem Zerfall der HEGELschen Philosophie“, und stellt die Anhänger dieser Richtung kurzer Hand als „Exphilosophen“ den „Arbeitern“ gegenüber, die nach seiner Darstellung die andere der beiden 1848 zum deutschen Kommunismus verschmolzenen Strömungen ausmachten.

oder bestehen sollte. Einstweilen verzeichnen wir nur die geschichtliche Tatsache, daß in dieser Frage für die meisten Marxisten der Folgezeit irgendein Problem überhaupt nicht mehr zu liegen schien. Man kann die Art, wie sie mit der Frage der Philosophie fertig wurden, am besten charakterisieren durch das sehr anschauliche Wort, mit dem einmal E. das Verhalten FEUERBACHS gegenüber der HEGELschen Philosophie bezeichnet hat: FEUERBACH habe die HEGELsche Philosophie einfach „ungeniert beiseite geschoben“<sup>5)</sup>. Ganz ähnlich ungeniert verfahren tatsächlich später sehr viele Marxisten in scheinbar sehr „orthodoxer“ Befolgung der von den Meistern gegebenen Weisung nicht nur mit der HEGELschen, sondern mit aller Philosophie überhaupt. So hat z. B. FRANZ MEHRING seinen eigenen, orthodox marxistischen Standpunkt zur Frage der Philosophie mehr als einmal kurz und bündig dadurch charakterisiert, daß er sich zu jener „Absage an alle philosophischen Hirnwebereien“ bekannte, die „für die Meister (M. und E.) die Voraussetzung ihrer unsterblichen Leistungen gewesen ist“<sup>6)</sup>. Dieses Wort eines Mannes, der mit Recht von sich sagen durfte, daß er sich „eingehender als irgendwer mit den philosophischen Anfängen von M. und E. beschäftigt habe“, ist für die unter den marxistischen Theoretikern der Zweiten Internationale (1889—1914) durchaus vorherrschende Einstellung gegenüber allen „philosophischen“ Problemen außerordentlich bezeichnend. Selbst die Beschäftigung mit solchen Fragen, die im Grunde gar nicht philosophisch im engeren Sinne waren, sondern nur die allgemeinen erkenntnis-kritischen und methodologischen Grundlagen der marxistischen Theorie betrafen, wurde von den maßgebenden marxistischen Theoretikern der damaligen Zeit im besten Fall als eine höchst überflüssige Zeit- und Kraftverschwendung angesehen. Man ließ die Diskussion solcher philosophischer Streitigkeiten inner-

5) FEUERBACH, S. 12.

6) Neue Zeit 28, I, 686. — Ähnliche Äußerungen auch im Kapitel über Die deutsche Ideologie in der MEHRINGSchen MARX-Biographie, S. 116/117. Wie wenig MEHRING die Bedeutung dieses leider bis zum heutigen Tage noch nicht vollständig veröffentlichten philosophischen Werkes von M.-E. erkannt hat, zeigt besonders deutlich ein Vergleich der MEHRINGSchen Ausführungen mit den entsprechenden Teilen der ENGELS-Biographie von GUSTAV MAYER (1920), S. 234/261).

halb des marxistischen Lagers nolens volens zu und nahm unter Umständen auch selbst daran teil, erklärte aber dabei ausdrücklich, daß die Klärung derartiger Probleme für die Praxis des proletarischen Klassenkampfes ganz irrelevant wäre und auch immer bleiben müsste<sup>7)</sup>. Eine solche Auffassung war aber selbstverständlich logisch gerechtfertigt nur unter der Voraussetzung, daß der Marxismus als solcher eine Theorie und Praxis sei, zu deren wesentlichem und durch nichts anderes ersetzbarem Bestand keinerlei bestimmte Einstellung gegenüber irgendwelchen philosophischen Fragen gehörte, — so daß es z. B. auch nicht als eine Unmöglichkeit anzusehen war, wenn etwa ein führender marxistischer Theoretiker in seinem philosophischen Privatleben ein Anhänger der Philosophie ARTHUR SCHOPENHAUERS war.

So bestand denn in jener Zeit, so groß im übrigen die Gegensätze zwischen der bürgerlichen und der marxistischen Wissenschaft waren, in diesem einen Punkt zwischen den beiden Extremen eine scheinbare Übereinstimmung. Die bürgerlichen Philosophieprofessoren versicherten sich gegenseitig, daß der Marxismus einen eigenen philosophischen Gehalt nicht besäße — und glaubten damit etwas Großes gegen ihn gesagt zu haben. Die orthodoxen Marxisten ihrerseits versicherten sich ebenfalls gegenseitig, daß ihr Marxismus seinem Wesen nach mit der Philosophie nichts zu tun habe — und glaubten damit etwas Großes

---

7) Einen sehr interessanten Beleg hierzu liefert ein kleiner Zusammenstoß, von dem man die Spuren in der Neuen Zeit 26/I (1907/08), 695/898 finden kann. Die Redaktion (KARL KAUTSKY) hatte bei der Veröffentlichung eines Artikels von BOGDANOFF über „ERNST MACH und die Revolution“ eine Vorbemerkung mit abdrucken lassen, in der sich der anonyme Übersetzer der Abhandlung bemüht fühlte, die russische Sozialdemokratie zu rügen, weil in Rußland die „sehr ernsthaften taktischen Differenzen“ der Bolschewiki und Menschewiki „verschärft“ würden durch „die in unseren Augen davon ganz unabhängige Frage, ob der Marxismus erkenntniskritisch mit SPINOZA und HOLBACH oder mit MACH und AVENARIUS in Einklang steht“. Demgegenüber hielt es die Redaktion des bolschewistischen russischen „Proletarier“ (LENIN) für notwendig, zu erklären, daß „dieser philosophische Streit in Wirklichkeit keine Fraktionsfrage bildet und es, nach Meinung der Redaktion, auch nicht werden dürfe“. — Bekanntlich aber veröffentlichte der Urheber dieses formellen Dementis, der große Taktiker LENIN, noch im gleichen Jahr 1903 sein philosophisches Buch: „Der Empirio-Kritizismus und der historische Materialismus“ (russ.).

für ihn zu sagen. Und von derselben theoretischen Grundansicht ging schließlich auch noch jene dritte Richtung aus, die in dieser ganzen Zeit die einzige gewesen ist, die sich mit der philosophischen Seite des Sozialismus überhaupt etwas eingehender beschäftigt hat: jene verschiedenen Spielarten „philosophierender“ Sozialisten, die ihre Aufgabe darin sahen, das marxistische System durch allgemeine kulturphilosophische Anschauungen oder durch Gedanken der KANTISCHEN, DIETZGENSCHEN, MACHSCHEN oder irgendeiner sonstigen Philosophie zu „ergänzen“. Denn gerade indem sie das marxistische System nach der philosophischen Seite hin für ergänzungsbedürftig hielten, offenbarten sie damit deutlich genug, daß auch in ihren Augen der Marxismus für sich allein genommen des philosophischen Gehaltes entbehrte<sup>8)</sup>.

8) Indem sie hierin einen Mangel der marxistischen Theorie und nicht, wie die „orthodoxen Marxisten“, einen Vorzug des von der Philosophie zur Wissenschaft entwickelten Sozialismus erblickten, gleichwohl aber den übrigen Inhalt der sozialistischen Theorie ganz oder teilweise zu retten suchten, stellten sie sich im Streit zwischen bürgerlicher und proletarischer Wissenschaft grundsätzlich von vornherein auf den Standpunkt des bürgerlichen Gegners, und suchten nur den notwendigen weiteren Konsequenzen hieraus so lange wie möglich auszuweichen. Als aber infolge der Ereignisse der Kriegs- und Krisenzeit seit 1914 ein weiteres Ausweichen gegenüber der Frage der proletarischen Revolution unmöglich wurde, da trat auch der wirkliche Charakter aller Spielarten dieses philosophierenden Sozialismus mit wünschenswertester Deutlichkeit zutage. Nicht nur offen antimarxistische und unmarxistische philosophierende Sozialisten wie BERNSTEIN und KOIGEN, sondern auch die meisten philosophierenden Marxisten (Kantianer-, Dietzgenianer, Machianer-Marxisten) haben seitdem mit Wort und Tat bewiesen, daß sie nicht bloß in ihrer Philosophie, sondern in notwendigem Zusammenhang damit auch in ihrer politischen Theorie und Praxis die Loslösung vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft in Wirklichkeit noch nicht vollzogen haben. — Über den bürgerlich-reformistischen Charakter des Kantianer-Marxismus brauchen besondere Belege nicht angeführt zu werden, da ein Zweifel daran kaum möglich ist. Den Weg, auf den der Machianer-Marxismus seine Anhänger notwendig führen muß (und die meisten von ihnen inzwischen auch schon geführt hat), hat LENIN bereits 1908 in seiner Auseinandersetzung mit dem Empirio-Kritizismus deutlich aufgewiesen. Daß der Dietzgenianer-Marxismus auf dem gleichen Weg sein Ziel teilweise schon erreicht hat, bestätigt einwandfrei eine kleine Broschüre von DIETZGEN-SOHN (1923), in der dieser einigermaßen naive „Neu-Marxist“ nicht nur seinen „Eidshelfer“ KAUTSKY zu dessen Preisgabe der meisten „altmarxistischen“



Es läßt sich nun heute ziemlich leicht zeigen, daß diese rein negative Auffassung der Beziehungen zwischen Marxismus und Philosophie, die wir in scheinbarer Übereinstimmung bei den bürgerlichen Gelehrten ebenso wie bei den orthodoxen Marxisten festgestellt haben, auf beiden Seiten aus einer sehr oberflächlichen und unvollständigen Erfassung des geschichtlichen und logischen Sachverhalts hervorgegangen ist. Da aber die Bedingungen, unter denen die eine und die andere Seite zu diesem Ergebnis gekommen ist, teilweise sehr stark auseinandergehen, wollen wir sie für die beiden Gruppen getrennt darstellen. Es wird sich dann zeigen, daß trotz des großen Unterschiedes der beiderseitigen Motive beide Ursachenreihen an einer wichtigen Stelle doch auch zusammentreffen. Wir werden nämlich sehen, daß ganz ähnlich wie bei den bürgerlichen Gelehrten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem totalen Vergessen der HEGELschen Philosophie auch jene „dialektische“ Betrachtung des Verhältnisses von Philosophie und Wirklichkeit, Theorie und Praxis gänzlich verloren gegangen ist, die in der HEGELschen Epoche das lebendige Prinzip der gesamten Philosophie und Wissenschaft gebildet hatte, auf der anderen Seite auch bei den Marxisten in der gleichen Epoche die ursprüngliche Bedeutung dieses dialektischen Prinzips, das in den 40er Jahren die beiden jugendlichen HEGELianer M. und E. bei ihrer Abwendung von HEGEL mit vollem Bewußtsein „aus der deutschen idealistischen Philosophie“ in die „materialistische“ Auf-

Auffassungen beglückwünscht, sondern dazu noch ausdrücklich bedauert, daß KAUTSKY, nachdem er schon in so vielem umgelernt, doch immer noch einige Überreste von „altmarxistischen“ Auffassungen beibehalten habe (S. 2). Den besten Beleg aber dafür, wie gut der politische Instinkt war, der solchen philosophischen Hirnwebereien gegenüber einen MEHRING lieber gleich aller Philosophie absagen ließ, erbringt DAVID KOIGEN. Um sich davon zu überzeugen, braucht man nur die außerordentlich schonungsvolle Kritik nachzulesen, mit der MEHRING (Neo-Marxismus, Neue Zeit 20/I, 385 ff. und MARX-ENGELS Nachlaß II, 348) das durchaus unreife philosophische Erstlingswerk KOIGENS beurteilt hat, und sich dann das äußerst rapide Tempo zu gegenwärtigen, in dem sich dieser Philosoph in der Folge zunächst zum flachsten „kultursozialistischen“ Antimarxisten unter BERNSTEINSCHEM Patronat (1903) und schließlich zu einem der verschwommensten Reaktionsromantiker entwickelt hat. (Über die letzte Phase vgl. z. B. den Aufsatz KOIGENS i. d. Zeitschrift für Politik 1922, S. 304 ff.)

fassung des geschichtlich gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses hinübergerettet hatten<sup>9)</sup>, mehr und mehr in Vergessenheit geraten war.

Wir sprechen zunächst kurz von den Gründen, aus denen die bürgerlichen Philosophen und Historiker sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts von der dialektischen Auffassung der philosophischen Ideengeschichte mehr und mehr abgewandt haben und infolgedessen auch unfähig wurden, das selbständige Wesen der marxistischen Philosophie und ihre Bedeutung innerhalb der Gesamtentwicklung der philosophischen Ideen des 19. Jahrhunderts adäquat zu erfassen und darzustellen.

Man kann vielleicht sagen, daß sie für die Ignorierung und Mißdeutung der marxistischen Philosophie sehr viel näherliegende Gründe gehabt haben, so daß wir es also gar nicht nötig hätten, ihr Verhalten aus dem Verlorengehen der Dialektik zu erklären. Und wirklich läßt sich ja die Tatsache, daß bei der stiefmütterlichen Behandlung des Marxismus — und ebenso übrigens auch schon solcher bürgerlicher „Atheisten“ und „Materialisten“, wie DAVID FRIEDRICH STRAUSS, BRUNO BAUER und LUDWIG FEUERBACH — in der bürgerlichen Philosophiegeschichte der 19. Jahrhunderts ein bewußter Klasseninstinkt eine gewisse Rolle spielt, durchaus nicht verkennen. Aber wir würden uns von dem hier vorliegenden, in Wirklichkeit sehr komplizierten Sachverhalt doch nur eine sehr grobe Vorstellung machen, wenn wir den bürgerlichen Philosophen einfach impu-  
tierten, daß sie ihre Philosophie oder Philosophiegeschichte bewußt in den Dienst eines Klasseninteresses gestellt hätten. Gewiß gibt es auch Fälle, für welche diese grobe Annahme durchaus zutrifft<sup>10)</sup>. In der Regel aber ist das Verhältnis der philosophi-

9) ENGELS, *Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, S. XIV (Vorwort zur 2. Aufl. von 1885). Vgl. auch die gleichgerichteten Ausführungen von M. am Ende des Nachworts zur 2. Aufl. des *Kapital* (1873).

10) Das beste Beispiel hierfür bieten folgende Ausführungen E. von SYDOWS in seinem Buche *Der Gedanke des Idealreichs in der idealistischen Philosophie von Kant bis Hegel* (1914, S. 2/3): „Indem solchermaßen (im deutschen Idealismus, der die Geschichte „logifiziert“, sie aus einer „Kette von Taten“ in eine „Reihe von Begriffen“ verwandelt) der Idealgedanke historisiert wird, verliert er seine explosive Kraft. Wenn das Ideal eine logisch-historische Notwendigkeit ist, wird alles Streben dorthin voreilig und

schen Vertreter einer Klasse zu der Klasse, die sie vertreten, denn doch ein sehr viel komplizierteres. Die ganze Klasse — sagt M. im 18. Brumaire, wo er sich mit solchen Zusammenhängen etwas näher befaßt hat — schafft und gestaltet aus ihren „materiellen Grundlagen“ heraus einen „ganzen Überbau verschiedener und eigentümlich gestalteter Empfindungen, Illusionen, Denkweisen und Lebensanschauungen“, und zu dem in diesem Sinne „klassenmäßig bedingten“ Überbau gehört dann als ein von der „materiellen, ökonomischen Grundlage“ besonders weit entfernter Teil auch die Philosophie der betreffenden Klasse, zunächst in ihren inhaltlichen und letzten Endes dann auch in ihren formellen Elementen<sup>11)</sup>. So dürfen wir uns also, wenn wir die völlige Verständnislosigkeit der bürgerlichen Philosophie-Geschichtsschreiber für den philosophischen Gehalt des Marxismus im Sinne von M. wirklich „materialistisch und daher wissenschaftlich“ begreifen wollen<sup>12)</sup>, nicht damit begnügen, diese

unnütze Mühe. — Diese Präparierung des Idealgedankens ist das Verdienst der absoluten Idealisten gewesen. Ihnen haben wir es zu verdanken, wenn unsere heutige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auf absehbare Zeit hinaus herrschend bleiben wird. Während die regierenden Klassen sich von der historischen Phantasmagorie des Idealismus freimachten und mit dem Willen zur Tat auch öfters den Mut zur Tat fanden, glaubt das Proletariat immer noch dem materialisierten Abhub der idealistischen Auffassung; und es ist zu wünschen, daß dieser erfreuliche Zustand noch recht lange währt. — Das Hauptverdienst an dieser Arbeit hat, wie bei allen sonstigen prinzipiellen Fragen, FICHTE gehabt“ usw. — In einer Fußnote bemerkt SYDOW hierzu noch ausdrücklich, man könnte diese Tatsache „denen zu Gemüte führen, die mehr oder minder offen die politische Belanglosigkeit der Philosophie behaupten“!

11) Vgl. hierzu MARX, Der 18. Brumaire, bes. S. 34 u. 37 (über das Verhältnis der ideologischen Vertreter einer Klasse zu der von ihnen vertretenen Klasse im allgemeinen); ferner ENGELS, Feuerbach S. 52 (über die Philosophie). Hier kann man dann auch noch jene Bemerkung in M.ens Doktorarbeit vergleichen, wo M. sich im allgemeinen dagegen wendet, daß man die von einem Philosophen begangenen Fehler durch eine „Verdächtigung seines partikulären Gewissen“ zu erklären versucht, statt in objektiver Weise seine „wesentliche Bewußtseinsform zu konstruieren, in eine bestimmte Gestalt und Bedeutung zu erheben, und damit zugleich darüber hinauszugehen“ (Nachlaß I, 114).

12) Vgl. MARX, Kapital I, 336 Anm. 89, wo M. (mit Bezug auf die Religionsgeschichte!) die im Text angegebene Methode als „die einzig materialistische und daher wissenschaftliche Methode“ bezeichnet. Näheres hierüber wird weiter unten ausgeführt werden.

Tatsache direkt und ohne alle Vermittelungen aus ihrem „irdischen Kern“ (dem Klassenbewußtsein und den dahinter stehenden, „letzten Endes“ ökonomischen Interessen) zu erklären. Wir müssen vielmehr im einzelnen jene Vermittelungen aufzeigen, durch die verständlich wird, warum auch solche bürgerliche Philosophen und Historiker, die subjektiv mit der größten „Voraussetzungslosigkeit“ die „reine“ Wahrheit zu erforschen suchen, das Wesen der im Marxismus enthaltenen Philosophie notwendig entweder ganz übersehen mußten oder doch nur sehr unvollständig und schief auffassen konnten. Und die wichtigste dieser Vermittelungen besteht in unserem Fall tatsächlich darin, daß seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die gesamte bürgerliche Philosophie und insbesondere auch die bürgerliche Philosophiegeschichte aus ihrer realen geschichtlich-gesellschaftlichen Lage heraus sich von der HEGELschen Philosophie und ihrer dialektischen Methode losgesagt hat und zu einer Methode der philosophischen und philosophiegeschichtlichen Forschung zurückgekehrt ist, mit der es für sie dann allerdings fast unmöglich wurde, mit solchen Erscheinungen wie dem wissenschaftlichen Sozialismus von M. „philosophisch“ irgend etwas anzufangen.

In den üblichen, von bürgerlichen Autoren herrührenden Darstellungen der Geschichte der Philosophie des 19. Jahrhunderts kluft an einer bestimmten Stelle ein tiefer Spalt, der entweder überhaupt nicht oder nur sehr künstlich überbrückt zu werden pflegt. Und tatsächlich ist auch gar nicht zu sehen, wie diese Historiker, die die Entwicklung des philosophischen Gedankens in gänzlich ideologischer und hoffnungslos undialektischer Weise als einen rein „ideengeschichtlichen“ Vorgang darstellen wollen, eine rationale Erklärung für die Tatsache finden sollten, daß diese große HEGELsche Philosophie, deren allmächtigem geistigen Einfluß sich noch in den 30er Jahren selbst ihre erbittertsten Gegner (z. B. SCHOPENHAUER, HERBART) nicht zu entziehen vermochten, schon in den 50er Jahren in Deutschland fast keine Anhänger mehr zählte und bald darauf überhaupt nicht mehr verstanden wurde. Die meisten haben denn auch einen derartigen Erklärungsversuch gar nicht erst unternommen, sondern sich statt dessen damit begnügt, alle jene inhaltlich sehr bedeutsamen und auch formell auf einem für heutige Begriffe

überaus hohen philosophischen Niveau geführten Auseinandersetzungen, die nach HEGELS Tod zwischen den verschiedenen Richtungen seiner Schule (der Rechten, der Mitte, den verschiedenen Richtungen der Linken, besonders STRAUSS, BAUER, FEUERBACH, M. und E.) lange Jahre hindurch stattgefunden haben, kurzerhand unter dem höchst unzureichenden, rein negativen Begriff „Zersetzung der HEGELSchen Schule“ in ihre Annalen einzuregistrieren und als Abschluß dieser Periode einfach eine Art absolutes „Ende“ der philosophischen Bewegung anzusetzen, um dann in den sechziger Jahren mit dem Rückgang auf KANT (HELMHOLTZ, ZELLER, LIEBMANN, LANGE) eine anscheinend an nichts unmittelbar Vorhandenes anknüpfende neue Epoche der philosophischen Bewegung zu beginnen. Von den drei großen Borniertheiten, an denen eine derartige „Philosophiegeschichte“ leidet, können zwei schon durch eine kritische Revision offenbar gemacht werden, die ihrerseits selbst noch mehr oder weniger vollständig auf dem rein „ideengeschichtlichen“ Standpunkt stehen bleibt, — und an diesen beiden Stellen haben denn auch einige gründlichere Philosophiehistoriker der neueren Zeit, besonders DILTHEY und seine Schule, das beschränkte Blickfeld der üblichen Philosophiegeschichtsschreibung schon sehr erheblich erweitert. Diese beiden Schranken können daher grundsätzlich schon als überwunden angesehen werden, und nur tatsächlich bestehen sie noch bis zum heutigen Tage fort und werden so voraussichtlich auch noch sehr lange Zeit bestehen bleiben. Die dritte Schranke aber ist vom Standpunkt der reinen Ideengeschichte aus überhaupt unüberwindbar und ist infolgedessen von der heutigen bürgerlichen Philosophiegeschichte auch grundsätzlich noch nicht überwunden.

Die erste dieser drei Schranken der bürgerlichen Philosophiegeschichte der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kann bezeichnet werden als die „hochphilosophische“ Schranke: Die philosophischen Ideologen übersahen, daß der Ideengehalt einer Philosophie (wie dies gerade bei der HEGELSchen Philosophie in hohem Grade eingetreten ist) nicht nur in Philosophien, sondern ebensogut auch in positiven Wissenschaften und in gesellschaftlicher Praxis fortleben kann. Die zweite Schranke, die besonders für die deutschen Philosophieprofessoren in der zweiten Hälfte

des vergangenen Jahrhunderts sehr typisch gewesen ist, ist eine „lokale“ Schranke: Die guten Deutschen ignorierten, daß es auch außerhalb der deutschen Grenzpfähle noch „Philosophen“ gab, und übersahen daher, von wenigen Ausnahmen abgesehen, vollständig die Tatsache, daß das in Deutschland jahrzehntelang totgesagte HEGELSche System um dieselbe Zeit in mehreren außerdeutschen Ländern nicht nur in seinem materiellen Gehalt, sondern sogar auch als System und Methode ununterbrochen wirksam blieb. Dadurch, daß in den letzten Jahrzehnten der philosophiegeschichtlichen Entwicklung diese beiden ersten Schranken des philosophiegeschichtlichen Blickfeldes grundsätzlich überwunden worden sind, hat sich das weiter oben von uns gezeichnete Bild der normalen deutschen Philosophiegeschichtsschreibung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts neuerdings bereits erheblich zu seinem Vorteil verändert. Dagegen kann nun die dritte Schranke der philosophiegeschichtlichen Erkenntnis von den bürgerlichen Philosophen und Philosophiehistorikern überhaupt nicht überwunden werden, weil diese „bürgerlichen“ Philosophen und Philosophiehistoriker dazu jenen bürgerlichen Klassenstandpunkt aufgeben müßten, der das wesentlichste a priori ihrer gesamten philosophischen und philosophiegeschichtlichen Wissenschaft bildet. Auch der scheinbar rein „ideengeschichtliche“ Prozeß der Entwicklung der Philosophie im 19. Jahrhundert läßt sich in Wahrheit nur unter der Bedingung in seiner wesentlichen und vollständigen Gestalt begreifen, daß er im Zusammenhang mit der gesamten wirklichen geschichtlichen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft begriffen wird, — und gerade diesen Zusammenhang vermag die bürgerliche Philosophiegeschichte in ihrer heutigen Entwicklungsphase nicht mehr in wirklich rücksichtsloser und voraussetzungsloser Forschung zu erfassen. So erklärt es sich, warum für diese bürgerliche Philosophiegeschichte bestimmte Teile der philosophiegeschichtlichen Gesamtentwicklung des 19. Jahrhunderts bis zum heutigen Tage tatsächlich „transzendent“ bleiben mußten und daher nun auf der Landkarte jeder heutigen bürgerlichen Philosophiegeschichte jene merkwürdigen „weißen Flächen“ in die Erscheinung treten, über die wir weiter oben berichtet haben (das „Ende“ der philosophischen Bewegung

in den 40er Jahren und der dann folgende leere Raum bis zum „Wiedererwachen“ der Philosophie in den 60er Jahren). Und so erklärt sich ferner, warum die bürgerliche Philosophiegeschichte heute auch nicht einmal mehr jene Epoche der deutschen Philosophiegeschichte richtig und vollständig erfassen kann, deren wirkliches Wesen sie in einer früheren Periode schon einmal ganz richtig begriffen hatte. Wie die Weiterentwicklung des philosophischen Gedankens nach HEGEL, so läßt sich auch schon die ihr vorhergehende Entwicklungsphase des philosophischen Gedankens, die philosophische Entwicklung von KANT bis HEGEL, als ein rein „ideengeschichtlicher“ Vorgang schlechterdings nicht begreifen. Ein jeder Versuch, die Entwicklung dieser großen Zeit des philosophischen Gedankens, die in den Geschichtsbüchern gewöhnlich als die Epoche des „deutschen Idealismus“ verzeichnet ist, in ihrem wesentlichen Gehalt und in ihrer vollen Bedeutung zu verstehen, muß hoffnungslos scheitern, solange man bei der Betrachtung dieser Epoche entweder gar nicht oder nur in der äußerlichen Weise einer nachträglichen Reflexion jene für die ganze Gestalt und den gesamten Verlauf dieser philosophischen Entwicklung höchst wesentlichen Zusammenhänge übersieht, welche die „Bewegung des Gedankens“ in dieser Epoche mit der gleichzeitigen „revolutionären Bewegung“ verbinden. Für die ganze Epoche des sogenannten „deutschen Idealismus“ einschließlich ihres krönenden „Abschlusses“, des HEGELschen Systems, und einschließlich auch der darauf folgenden Kämpfe zwischen den verschiedenen HEGELianischen Richtungen in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts, gelten jene Sätze, mit denen HEGEL in seiner „Geschichte der Philosophie“ und auch sonst in seinen Werken das Wesen der Philosophie seiner unmittelbaren Vorgänger (KANT, FICHTE, SCHELLING) bezeichnet hat. In den philosophischen Systemen dieser ganzen, in ihrer wirklichen geschichtlichen Bewegung durchaus revolutionären Epoche ist wesentlich „die Revolution als in der Form des Gedankens niedergelegt und ausgesprochen“<sup>13)</sup>. Daß HEGEL bei diesem Wort nicht etwa dasjenige im Sinne hatte, was auch die heutigen bürgerlichen Philosophiehistoriker sehr gern eine Revolution

13) HEGEL, Werke XV, 485.

des Gedankens nennen, nämlich einen Vorgang, der sich fern vom rauhen Reich wirklicher Kämpfe still und sauber im reinen Reich der Studierstube abspielt, sondern daß der größte Denker, den die bürgerliche Gesellschaft in ihrer revolutionären Epoche hervorgebracht hat, die „Revolution in der Form des Gedankens“ als einen wirklichen Bestandteil des realen gesellschaftlichen Gesamtvorgangs der wirklichen Revolution betrachtet hat<sup>14</sup>), lassen seine anschließenden Ausführungen klar erkennen. „An dieser großen Epoche der Weltgeschichte, deren innerstes Wesen in der Philosophie der Geschichte begriffen wird, haben nur zwei Völker teilgenommen, das deutsche und das französische, so sehr sie entgegengesetzt sind, oder gerade weil sie entgegengesetzt sind. Die andern Nationen haben innerlich keinen Teil daran genommen: wohl aber politisch, sowohl ihre Regierungen als auch die Völker. In Deutschland ist dies Prinzip als Gedanke, Geist, Begriff, in Frankreich in die Wirklichkeit hinausgestürmt; was dagegen in Deutschland von Wirklichkeit hervorgetreten ist, erscheint als eine Gewaltbarkeit äußerer Umstände und eine Reaktion dagegen“<sup>15</sup>). Wenige Seiten weiter

14) Nebenbei sei hier darauf hingewiesen, daß auch bei KANT der von ihm im Reich des reinen Denkens mit Vorliebe gebrauchte Ausdruck Revolution eine viel realere Bedeutung hat, als für die heutigen bürgerlichen KANTIANER. Man muß ihn nur im Zusammenhang lesen mit jenen zahlreichen Äußerungen KANTS (im Streit der Fakultäten und sonst) über die wirkliche Begebenheit der Revolution: „Die Revolution eines geistreichen Volkes, die wir in unseren Tagen vor sich gehen sehen — so erklärt er — findet doch in den Gemütern aller Zuschauer (die nicht selbst in diesem Spiel mit verwickelt sind) eine Teilnehmung dem Wunsche nach, die nahe an Enthusiasmus grenzt.“ — „Ein solches Phänomen in der Menschengeschichte vergißt sich nicht mehr.“ — „Jene Begebenheit ist zu groß, zu sehr mit dem Interesse der Menschheit verwebt und ihrem Einflusse nach auf die Welt, in allen ihren Teilen zu sehr ausgebreitet, als daß sie nicht den Völkern, bei irgend einer Veranlassung günstiger Umstände, in Erinnerung gebracht und zu Wiederholung neuer Versuche dieser Art erweckt werden sollte.“ — Vgl. die Zusammenstellung dieser und ähnlicher Äußerungen KANTS im I. Bd. der 1847 (!) im WIGANDSchen Verlag erschienenen Politischen Literatur der Deutschen im 18. Jahrh., herausg. von GEISMAR, S. 121 ff.

15) Daß M. sich diese HEGELSche Auffassung von der Rollenverteilung der Deutschen und Franzosen im Gesamtprozeß der bürgerlichen Revolution voll zu eigen gemacht und sie bewußt weiter gebildet hat, ist hinlänglich bekannt. Vgl. dazu sämtliche Schriften seiner ersten Periode (MEHRINGSche



unten (S. 501) kommt er, bei der Darstellung der KANTISCHEN Philosophie, auf denselben Gedanken zurück: „Schon ROUSSEAU hat in der Freiheit das Absolute aufgestellt: KANT hat dasselbe Prinzip, nur mehr nach theoretischer Seite. Die Franzosen fassen es nach der Seite des Willens auf; denn nach ihrem Sprichwort heißt es: Il a la tête près du bonnet. Frankreich hat den Sinn der Wirklichkeit, des Fertigwerdens, weil die Vorstellung da unmittelbar in Handlung übergeht, so haben sich die Menschen dort praktisch an die Wirklichkeit gewandt. So sehr die Freiheit nun aber in sich konkret ist, so wurde sie doch daselbst als unentwickelt in ihrer Abstraktion an die Wirklichkeit gewendet; und Abstraktionen in der Wirklichkeit geltend machen, heißt Wirklichkeit zerstören. Der Fanatismus der Freiheit, dem Volke in die Hand gegeben, wurde fürchterlich. In Deutschland hat dasselbe Prinzip das Interesse des Bewußtseins für sich in Anspruch genommen, ist aber nur theoretischerweise ausgebildet worden. Wir haben allerhand Rumor im Kopfe und auf dem Kopfe; dabei läßt der deutsche Kopf aber eher seine Schlafmütze ganz ruhig sitzen und operiert innerhalb seiner. — IMMANUEL KANT wurde 1724 in Königsberg geboren“ usw. usw. In diesen Sätzen HEGELS ist tatsächlich dasjenige Prinzip ausgesprochen, welches das innerste Wesen dieser großen Epoche der Weltgeschichte erst begreiflich macht: jener dialektische Zusammenhang zwischen Philosophie und Wirklichkeit, der, wie HEGEL an anderer Stelle allgemeiner ausgesprochen hat, bewirkt, daß jede Philosophie weiter nichts sein kann als „ihre Zeit in Gedanken erfaßt“<sup>16)</sup>, und der, auch sonst unentbehrlich für das wirkliche Begreifen der Entwicklung des philosophischen Gedankens, es vollends wird, wenn es gilt, die Entwicklung des Gedankens in einer revolutionären Epoche der Entwicklung des

Nachlaßausg. I), wo man z. B. Wendungen finden wird wie: daß „die Deutschen in der Politik gedacht haben, was die anderen Völker getan haben“; daß „Deutschland nur mit der abstrakten Tätigkeit des Denkens die Entwicklung der modernen Völker begleitet hat“, und daß infolgedessen das Schicksal der Deutschen in der wirklichen Welt am Ende darin bestanden hat, daß sie „die Restaurationen der modernen Völker geteilt haben, ohne ihre Revolutionen zu teilen“ (alle diese Wendungen a. a. O. in der Kritik der HEGELSCHEN Rechtsphilosophie S. 386, 391, 393).

16) Vorrede zur Rechtsphilosophie, Meinersche Ausgabe, S. 15.

gesellschaftlichen Lebens zu begreifen. Und hierin besteht nur gerade das durch eine übermächtige Gewalt über die Weiterentwicklung der philosophischen und philosophiegeschichtlichen Forschung der bürgerlichen Klasse im 19. Jahrhundert verhängte Schicksal, daß diese Klasse, die um die Mitte des Jahrhunderts in ihrer gesellschaftlichen Praxis aufgehört hatte, eine revolutionäre Klasse zu sein, von diesem Augenblick an mit innerer Notwendigkeit auch in ihrem Denken die Fähigkeit verlor, die dialektischen Zusammenhänge zwischen der ideellen und der reellen geschichtlichen Entwicklung und besonders zwischen der Philosophie und der Revolution in ihrer wirklichen Bedeutung zu begreifen. So mußte jener wirkliche Niedergang und jenes wirkliche Ende, das die revolutionäre Bewegung der bürgerlichen Klasse Mitte des 19. Jahrhunderts in der gesellschaftlichen Praxis tatsächlich gefunden hat, seinen ideologischen Ausdruck finden in jenem scheinbaren Niedergang und Ende der philosophischen Bewegung, von dem uns die bürgerlichen Philosophie-Geschichtsschreiber noch bis heute erzählen. Typisch hierfür sind die Ausführungen über die Philosophie in der Mitte des 19. Jahrhunderts im allgemeinen, mit denen ÜBERWEG-HEINTZE (a. a. O. S. 180/1) den betreffenden Abschnitt seines Buches einleitet: Die Philosophie befände sich um diese Zeit „in einem Zustand allgemeiner Ermattung“, und „büßte ihren Einfluß auf das Kulturleben immer mehr ein“. Diese traurige Erscheinung beruht nach ÜBERWEG „zuletzt auf primären psychischen Umschlagstendenzen“, während alle „äußeren Momente“ nur „sekundär“ wirken. Das Wesen dieser „psychischen Umschlagstendenzen“ „erklärt“ der berühmte bürgerliche Philosophiehistoriker sich und seinen Lesern folgendermaßen: „Man wurde des gesteigerten Idealismus der Lebensanschauung wie der metaphysischen Spekulation müde (!), und verlangte nach substantiellerer Geistesnahrung.“ Dagegen erscheint nun von einem Standpunkt aus, der die von der bürgerlichen Philosophie seither vergessene dialektische Auffassung auch nur in jener unentwickelten und ihrer selbst noch nicht vollbewußten Form, in der sie HEGEL angewendet hat (also die idealistische Dialektik HEGELS im Gegensatz zur materialistischen Mens!), wieder aufnimmt und auf die Betrachtung der philosophiegeschichtlichen Entwicklung des

19. Jahrhunderts folgerichtig und rücksichtslos anwendet, diese ganze Entwicklung sofort in ganz anderer und auch ideengeschichtlich viel vollendeterer Gestalt. An die Stelle eines Abflauens und endlichen Aufhörens der revolutionären Bewegung im Reich des Gedankens tritt von diesem Standpunkt aus in den 40er Jahren nur eine tiefgreifende und bedeutsame Veränderung des Charakters dieser revolutionären Bewegung. An die Stelle des Ausgangs der klassischen deutschen Philosophie tritt der Übergang dieser Philosophie, die den ideologischen Ausdruck der revolutionären Bewegung der bürgerlichen Klasse gebildet hatte, in jene neue Wissenschaft, die nunmehr als der allgemeine Ausdruck der revolutionären Bewegung der proletarischen Klasse auf der Bühne der ideengeschichtlichen Entwicklung auftritt, d. h. ihr Übergang in die Theorie des „wissenschaftlichen Sozialismus“ in der Gestalt, in der diese Theorie von M. und E. in jenen 40er Jahren zuerst formuliert und begründet worden ist. Um also diesen notwendigen und wesentlichen Zusammenhang zwischen dem deutschen Idealismus und dem Marxismus richtig und vollständig zu begreifen, den die bürgerlichen Philosophiehistoriker bis auf die jüngste Zeit entweder völlig übersehen und ignoriert oder doch nur unvollständig und verkehrt aufgefaßt und dargestellt haben, haben wir nur von der gewöhnlichen, abstrakten und ideologischen Denkweise der heutigen bürgerlichen Philosophiehistoriker überzugehen zu einem noch gar nicht spezifisch marxistischen, sondern zunächst nur einfach (hegelianisch und marxistisch) dialektischen Standpunkt. Dann begreifen wir mit einem Schlag nicht nur die Tatsache der zwischen der deutschen Idealphilosophie und dem Marxismus bestehenden Zusammenhänge, sondern auch deren innere Notwendigkeit. Wir begreifen, daß das marxistische System, der theoretische Ausdruck der revolutionären Bewegung der proletarischen Klasse, zu den Systemen der deutschen Idealphilosophie, dem theoretischen Ausdruck der revolutionären Bewegung der bürgerlichen Klasse, ideengeschichtlich (ideologisch) in ganz demselben Verhältnis stehen muß, in dem auf dem Gebiet der gesellschaftlichen und politischen Praxis die revolutionäre Klassenbewegung des Proletariats zur revolutionären bürgerlichen Bewegung steht. Es ist ein und derselbe geschichtliche

Entwicklungsprozeß, in dem einerseits aus der revolutionären Bewegung des dritten Standes eine „selbständige“ proletarische Klassenbewegung hervorgeht, andererseits der bürgerlichen Idealphilosophie die neue materialistische Theorie des Marxismus „selbständig“ gegenübertritt. Alle diese Vorgänge stehen in Wechselwirkung. Die Entstehung der marxistischen Theorie ist, hegelisch-marxistisch gesprochen, nur die „andere Seite“ der Entstehung der realen proletarischen Klassenbewegung; beide Seiten zusammen erst bilden die konkrete Totalität des geschichtlichen Prozesses.

Mit dieser dialektischen Betrachtungsweise, die uns vier verschiedene Bewegungen — die revolutionäre Bewegung des Bürgertums; die idealistische Philosophie von KANT bis HEGEL; die revolutionäre Klassenbewegung des Proletariats; die materialistische Philosophie des Marxismus — als 4 Momente eines einheitlichen geschichtlichen Entwicklungsprozesses begreifen läßt, gewinnen wir die Möglichkeit, das wirkliche Wesen jener neuen Wissenschaft zu begreifen, die den, von M. und E. theoretisch formulierten, allgemeinen Ausdruck der selbständigen revolutionären Klassenbewegung des Proletariats bildet<sup>17</sup>). Und wir begreifen zugleich auch die Gründe, warum die bürgerliche Philosophiegeschichte diese aus den höchst entwickelten Systemen der revolutionären bürgerlichen Idealphilosophie hervorgegangene materialistische Philosophie des revolutionären Proletariats entweder ganz ignorieren mußte oder ihr Wesen doch nur in negativer und — im wörtlichen Sinne — verkehrter Form auffassen konnte<sup>18</sup>). So wenig innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft

17) Vgl. den bekannten Satz aus dem Kommunistischen Manifest, der den HEGELschen Gedanken über den dialektischen Zusammenhang zwischen Philosophie und Wirklichkeit aus der immer noch etwas mystifizierten Form, in der er von HEGEL selbst ausgedrückt worden war (die Philosophie ist „ihre Zeit in Gedanken erfaßt“), in eine rationellere Gestalt übersetzt: „Die theoretischen Sätze der Kommunisten sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer vor unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.“

18) „Produkt der Zersetzung der HEGELschen Philosophie“ (herrschende Auffassung); Titanensturz des deutschen Idealismus (PLENKE); eine „in der Wertverneinung wurzelnde Weltanschauung“ (SCHULZE-GÄVERNITZ). Die

und ihres Staates die wesentlichen praktischen Ziele der proletarischen Klassenbewegung realisiert werden können, so wenig vermag auch die Philosophie dieser bürgerlichen Gesellschaft das Wesen jener allgemeinen Sätze zu begreifen, in denen die revolutionäre proletarische Klassenbewegung ihren selbständigen und selbstbewußten Ausdruck gefunden hat. Der bürgerliche Standpunkt muß also auch in der Theorie an der Stelle Halt machen, an der er in der gesellschaftlichen Praxis Halt machen muß — sofern er nicht aufhören will, ein „bürgerlicher“ Standpunkt zu sein, d. h. also nicht sich selbst aufheben will. Erst indem die Philosophiegeschichte diese Schranke transzendiert, hört für sie der wissenschaftliche Sozialismus auf, ein transzendentes Jenseits zu sein und wird zum Gegenstand möglicher Erkenntnis. Die eigentümliche und das richtige Verständnis des Problems Marxismus und Philosophie außerordentlich erschwerende Situation besteht nun aber darin, daß es so scheint, als ob gerade durch dieses Überschreiten der Grenzen des bürgerlichen Standpunktes, durch welches der wesentlich neue Inhalt der Philosophie des Marxismus grundsätzlich überhaupt erst ein begreiflicher Gegenstand wird, dieser Gegenstand als ein philoso-

eigentümliche Verkehrtheit dieser Auffassung des Marxismus zeigt sich besonders deutlich darin, daß gerade die Elemente des marxistischen Systems, in denen diese Auffassung Ausflüsse des bösen Geistes des von der Höhe des deutschen Idealismus in den Höllenpfehl des Materialismus hinabgestürzten Marxismus erblickt, durchweg solche sind, die schon in den Systemen der bürgerlichen Idealphilosophie enthalten gewesen waren, und die M. aus ihnen scheinbar unverändert übernommen hat: z. B. der Gedanke der Notwendigkeit des Bösen für die Entwicklung des Menschengeschlechts (KANT, HEGEL); der Gedanke des notwendigen Zusammenhangs von wachsendem Reichtum und wachsendem Elend in der bürgerlichen Gesellschaft (vgl. HEGEL, Rechtsphilosophie, §§ 243, 244, 245). Es sind dies also gerade die Formen, in denen sich schon die bürgerliche Klasse auf der höchsten Höhe ihrer Entwicklung ein gewisses Bewußtsein von den in ihr enthaltenen Klassengegensätzen gebildet hat. Der Fortschritt M.ens besteht demgegenüber darin, daß er diesen im bürgerlichen Bewußtsein verabsolutierten und darum so theoretisch wie praktisch unauf lösbar gestalteten Klassengegensatz nicht mehr als natürlich und absolut, sondern als historisch und relativ, daher praktisch wie theoretisch in einer höheren Form der gesellschaftlichen Organisation aufhebbar, begriffen hat. Jene bürgerlichen Philosophen erfassen also auch den Marxismus selbst noch in einer bürgerlich beschränkten und darum negativen und verkehrten Form.

phischer zugleich aufgehoben und vernichtet würde.

\* \* \*

Wir haben schon am Anfang unserer Untersuchung darauf hingewiesen, daß die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, M. und E., weit davon entfernt gewesen sind, eine neue Philosophie aufstellen zu wollen. Beide waren sich zwar im Gegensatz zu den Bürgerlichen des engen geschichtlichen Zusammenhangs zwischen ihrer materialistischen Theorie und der bürgerlichen idealistischen Philosophie voll bewußt. Der wissenschaftliche Sozialismus ist (nach E.) seinem Inhalt nach das Erzeugnis der neuen Anschauungen, die in einer bestimmten Phase der gesellschaftlichen Entwicklung in der proletarischen Klasse infolge ihrer materiellen Lage mit Notwendigkeit entstehen — hat aber seine spezifische wissenschaftliche Form (durch die er sich vom utopischen Sozialismus unterscheidet) durch Anknüpfung an die deutsche Idealphilosophie, besonders das System HEGELS, ausgebildet. Der von der Utopie zur Wissenschaft entwickelte Sozialismus ist also formell aus der deutschen idealistischen Philosophie hervorgegangen<sup>19)</sup>. Aber mit diesem (formellen) philosophischen Ursprung ist natürlich durchaus noch nicht gegeben, daß dieser Sozialismus nun auch in seiner selbständigen Gestalt und weiteren Entwicklung eine Philosophie geblieben sein müßte. M. und E. haben spätestens von 1845 ab ihren neuen materialistisch-wissenschaftlichen Standpunkt als einen nicht mehr philosophischen bezeichnet<sup>20)</sup>. Und wenn man hierbei auch in Rech-

19) Vgl. ENGELS, Dührings Umwälzung der Wissenschaft, S. 1, 5 ff. — Darüber, daß auch theoretisch die klassische deutsche Philosophie nicht den einzigen Anknüpfungspunkt für den wissenschaftlichen Sozialismus gebildet hat, vgl. die Bemerkung von E. in der nachträglich hinzugefügten Anmerkung zum Vorwort der I. Aufl. der Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Vgl. auch seine Ausführungen zu FOURIERS Fragment Über den Handel (Nachlaß II, 407 ff.)

20) Aus diesem Jahre stammen einerseits die später näher zu besprechenden M.schen Thesen über Feuerbach. Andererseits haben M. und E. (vgl. den M.schen Bericht im Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie von

nung stellen muß, daß für sie eben Philosophie gleichbedeutend mit bürgerlicher, idealistischer Philosophie gewesen ist, so darf man doch die Bedeutung gerade dieser Gleichsetzung aller Philosophie mit der bürgerlichen Philosophie nicht übersehen. Denn es handelt sich hierbei um ein ganz ähnliches Verhältnis wie bei der Frage des Verhältnisses von Marxismus und Staat. So wie M. und E. nicht nur eine bestimmte historische Staatsform bekämpft, sondern den Staat überhaupt historisch-materialistisch mit dem bürgerlichen Staat gleichgesetzt und auf dieser Grundlage die Aufhebung jedes Staates für das politische Endziel des Kommunismus erklärt haben, so bekämpfen sie auch nicht nur bestimmte philosophische Systeme, sondern wollen durch ihren wissenschaftlichen Sozialismus letzten Endes die Philosophie überhaupt überwinden und aufheben <sup>21</sup>). Gerade hierin besteht der prinzipielle

1859) in diesem Jahre in Form einer Kritik der gesamten nachhegelschen Philosophie (Die deutsche Ideologie) mit ihrem „ehemaligen“ philosophischen Gewissen abgerechnet. Von da ab bezweckt die Polemik von M. und E. über philosophische Fragen nur noch, ihre Gegner (z. B. PROUDHON, LASSALLE, DÜRRING) aufzuklären oder zu vernichten, aber nicht mehr eine „Selbstverständigung“.

21) Vgl. hierzu vorläufig die hier in Frage kommende Stelle aus dem Kommunistischen Manifest (DUNCKERSche Ausg., S. 28): „Aber, wird man sagen, religiöse, moralische, philosophische, politische, rechtliche Ideen usw. modifizierten sich allerdings im Lauf der geschichtlichen Entwicklung. Die Religion, die Moral, die Philosophie, die Politik, das Recht erhielten sich stets in diesem Wechsel. — Es gibt zudem ewige Wahrheiten, wie Freiheit, Gerechtigkeit usw., die allen gesellschaftlichen Zuständen gemeinsam sind. Der Kommunismus aber schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral, statt sie neu zu gestalten. Er widerspricht also allen bisherigen geschichtlichen Entwicklungen. — Worauf reduziert sich diese Anklage? Die Geschichte der ganzen bisherigen Gesellschaft bewegte sich in Klassengegensätzen, die in verschiedenen Epochen verschieden gestaltet waren. — Welche Form sie aber auch immer angenommen, die Ausbeutung des einen Teils der Gesellschaft durch den anderen ist eine allen vergangenen Jahrhunderten gemeinsame Tatsache. Kein Wunder daher, daß das gesellschaftliche Bewußtsein aller Jahrhunderte, aller Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit zum Trotz, in gewissen gemeinsamen Formen sich bewegt, in Bewußtseinsformen, die nur mit dem gänzlichen Verschwinden des Klassengegensatzes sich vollständig auflösen. — Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird.“ — Das Verhältnis

Gegensatz zwischen der „realistischen“ (d. h. „materialistisch-dialektischen“) Auffassung des Marxismus, und den „ideologischen Rechts- und anderen Fäulsen“ (MARX) des Lassalleanismus und aller anderen, älteren und neueren Spielarten jenes „Vulgär-Sozialismus“ der über das „bürgerliche Niveau“, d. h. über den Standpunkt der „bürgerlichen Gesellschaft“, grundsätzlich noch nicht hinausgeschritten ist<sup>22)</sup>. Wir müssen also, wollen wir die Frage des Verhältnisses von „Marxismus und Philosophie“ grundsätzlich klären, hierbei unbedingt davon ausgehen, daß nach den unmißverständlichen eigenen Worten von M. und E. nicht nur die Aufhebung der bürgerlichen Idealphilosophie, sondern damit zugleich auch die Aufhebung der Philosophie, d. h. aller Philosophie, als eine notwendige Konsequenz ihres neuen materialistisch-dialektischen Standpunkts erscheint<sup>23)</sup>. Wir dürfen die große grundsätzliche Bedeutung dieser marxistischen Einstellung zur Philosophie auch nicht dadurch verwischen, daß wir diesen ganzen Streit als bloßen Wortstreit auffassen, indem wir etwa sagen, M. und E. hätten bestimmte, auch in der materialistischen Umformung der HEGELschen Dialektik sachlich aufrechterhaltene Prinzipien der theoretischen Erkenntnis, die nach der HEGELschen Terminologie gerade „das Philosophische an Wissenschaften“ ausmachen, nun bloß nicht mehr mit diesem Namen bezeichnet<sup>24)</sup>. Es gibt aller-

des Marxismus zu der Philosophie, Religion usw. ist also grundsätzlich das gleiche wie sein Verhältnis zur ökonomischen Grundideologie der bürgerlichen Gesellschaft, dem Warenfetisch oder Wert. Vgl. dazu vorläufig Kapital I, 37 ff., bes. Note 31/33 und die M.schen Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei von 1875, S. 25 ff. (Wert), 31—32 (Staat), 34 (Religion).

22) Vgl. hierzu die M.schen Randglossen (passim); die im Text zitierten Wendungen dort S. 27 und 31.

23) Vgl. z. B. die (in der Ausdrucksform einigermaßen ideologisch klingende) Bemerkung von E., Feuerbach S. 8: „Mit HEGEL schließt die Philosophie überhaupt ab; einerseits weil er ihre ganze Entwicklung in seinem System in der großartigsten Weise zusammenfaßt, andererseits weil er uns, wenn auch unbewußt, den Weg zeigt aus diesem Labyrinth der Systeme zur wirklichen positiven Erkenntnis der Welt.“

24) Es gibt tatsächlich bürgerliche und sogar auch (vulgär-)marxistische Theoretiker, die sich allen Ernstes einbilden, daß die marxistisch kommunistische Forderung der Aufhebung des Staates (im Gegensatz zur Bekämpfung bestimmter historischer Staatsformen) wesentlich diese rein terminologische Bedeutung hätte!



dings in den Schriften von M. und namentlich vom älteren E. auch einige Ausführungen, die eine solche Auffassung nahezu legen scheinen<sup>25</sup>). Aber es ist leicht einzusehen, daß man durch eine bloße Aufhebung des Namens der Philosophie die Philosophie selbst noch nicht aufgehoben hat<sup>26</sup>). Solche bloß terminolo-

25) Vgl. besonders: Dührings Umwälzung der Wissenschaft, S. 11; Feuerbach S. 56. Wir zit. diese an beiden Stellen inhaltlich ganz übereinstimmenden Ausführungen in der Form, in der sie im Anti-Dühring stehen: „In beiden Fällen (mit Bezug auf die Geschichte und mit Bezug auf die Natur) ist er (der moderne Materialismus) wesentlich dialektisch und braucht keine von den anderen Wissenschaften stehende Philosophie mehr. Sobald an jede einzelne Wissenschaft die Forderung herantritt, über ihre Stellung im Gesamtzusammenhang der Dinge und der Kenntnis von den Dingen sich klar zu werden, ist jede besondere Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang überflüssig. Was von der ganzen bisherigen Philosophie dann noch selbständig bestehen bleibt, ist die Lehre vom Denken und seinen Gesetzen — die formelle Logik und die Dialektik. Alles andere geht auf in die positive Wissenschaft von Natur und Geschichte.“

26) Daß die eben zit. Ausführungen von E., so wie sie dastehen, zunächst weiter nichts als eine solche Namensänderung enthalten, ist augenscheinlich. Denn sachlich scheint zwischen dem, was E. hier als angebliche Konsequenz der marxistischen oder materialistischen Dialektik entwickelt, und dem, was schon aus der idealistischen Dialektik HEGELS folgt, und was HEGEL auch schon tatsächlich als eine Konsequenz seines idealistisch-dialektischen Standpunktes ausgesprochen hat, gar kein Unterschied zu bestehen. Auch HEGEL läßt an die einzelnen Wissenschaften die Forderung ergehen, sich über ihre Stellung im Gesamtzusammenhang klar zu werden, und fährt dann (dem Sinne nach) fort: Infolgedessen wird jede wahrhafte Wissenschaft notwendig philosophisch. Damit entsteht, terminologisch betrachtet, das gerade Gegenteil von E.' Umwandlung der Philosophie in Wissenschaft. Sachlich aber scheinen beide zunächst durchaus dasselbe zu meinen. Beide wollen den Gegensatz zwischen den einzelnen Wissenschaften und der über den Wissenschaften stehenden Philosophie vernichten. HEGEL drückt dies terminologisch dadurch aus, daß er die besonderen Wissenschaften in der Philosophie aufhebt, während E. umgekehrt die Philosophie in den besonderen Wissenschaften aufgehen läßt. Damit scheint also sachlich ganz das Gleiche erreicht zu sein: daß die einzelnen Wissenschaften aufhören, besondere Wissenschaften zu sein, und eben damit auch die Philosophie als besondere, über den einzelnen Wissenschaften stehende Wissenschaft aufhört. Wir werden aber später sehen, daß hinter dieser scheinbar rein terminologischen HEGEL-ESchen Differenz in Wirklichkeit doch noch etwas anderes steckt, was nur in diesen ESchen Sätzen und überhaupt in allen Äußerungen des älteren E. nicht mehr so deutlich zum Ausdruck kommt, wie in den von M. allein oder von M. und E. gemeinsam herrührenden Äußerungen der früheren Zeit.

logischen Fragen müssen wir also bei der grundsätzlichen Prüfung des Verhältnisses zwischen Marxismus und Philosophie ganz beiseite lassen. Für uns handelt es sich vielmehr um die Frage, was wir uns denn unter der Aufhebung der Philosophie, von der M. und E. besonders in ihrer ersten Periode in den 40er Jahren, aber auch später noch oft gesprochen haben, sachlich vorzustellen haben. Wie soll sich dieser Vorgang vollziehen oder schon vollzogen haben? Durch welche Akte? In welchem Tempo? Und für wen? Sollen wir uns diese Aufhebung der Philosophie sozusagen uno actu durch eine Gehirntat von M. und E. für die Marxisten oder für das gesamte Proletariat oder für die ganze Menschheit ein für allemal vollzogen vorstellen<sup>27)</sup>? Oder vielmehr (ähnlich der Aufhebung des Staates) als einen sehr langen und langwierigen, durch die verschiedensten Phasen hindurch fortgesetzten, revolutionären geschichtlichen Prozeß? Und im letzteren Falle: In welchem Verhältnis steht dann der Marxismus zur Philosophie, solange dieser langwierige geschichtliche Prozeß sein endgültiges Ziel, die Aufhebung der Philosophie, noch nicht erreicht hat?

Wird die Frage nach dem Verhältnis von Marxismus und Philosophie so formuliert, so tritt klar hervor, daß wir es hier mit keiner sinn- und zwecklosen Spintisiererei über längst erledigte Dinge, sondern mit einem auch heute noch, und gerade in der heutigen Entwicklungsphase des proletarischen Klassen-

---

Wichtig ist in diesem Zusammenhang schon die Tatsache, daß E. bei all seinen Bekenntnissen zur „positiven Wissenschaft“ zugleich doch ein bestimmtes, beschränktes Gebiet der „bisherigen Philosophie“ (die Lehre vom Denken und seinen Gesetzen — die formelle Logik und die Dialektik) „selbständig bestehen“ lassen will. Das entscheidend wichtige Problem liegt freilich erst in der Frage, was denn der Begriff Wissenschaft oder positive Wissenschaft für M.-E. in Wirklichkeit überhaupt bedeutet!

27) Wir werden später sehen, daß gerade sehr gute Materialisten einer so vollständig ideologischen Vorstellung manchmal bedenklich nahe gekommen sind! Und auch die oben (Anm. 23) zit. Bemerkung des älteren E. kann so aufgefaßt werden, als ob dieser angenommen hätte: die Philosophie sei unbewußt schon von HEGEL selbst, bewußt dann durch die Entdeckung des materialistischen Prinzips, jedenfalls aber wesentlich auf geistigem Wege überwunden und aufgehoben worden. Wir werden aber sehen, daß auch hier die, durch die Esche Ausdrucksweise zunächst nahegelegte Auslegung den wirklichen Sinn der M.-E.schen Auffassung durchaus nicht trifft.

kampfs wieder, theoretisch und praktisch sehr bedeutsamen Problem zu tun haben. Das Verhalten jener orthodoxen Marxisten, die so viele Jahrzehnte lang getan haben, als läge hier entweder überhaupt kein Problem vor oder doch nur ein solches, dessen Klärung für die Praxis des Klassenkampfes gleichgültig wäre und auch immer bleiben müßte, erscheint infolgedessen jetzt selbst höchst problematisch. Und dieser Eindruck verstärkt sich noch erheblich, wenn man den eigentümlichen Parallelismus erwägt, der auch an dieser Stelle wieder zwischen den beiden Problemen Marxismus und Philosophie und Marxismus und Staat zu bestehen scheint. Bekanntlich hat auch dies letztere Problem, wie LENIN in seinem Buche Staat und Revolution<sup>28)</sup> sagt, „die bedeutendsten Theoretiker und Publizisten der zweiten Internationale (1889—1914) sehr wenig beschäftigt“. Es fragt sich daher: ob, ähnlich wie zwischen dem sachlichen Problem der Aufhebung des Staates und der Aufhebung der Philosophie, auch zwischen der Vernachlässigung dieser beiden Probleme durch die Marxisten der Zweiten Internationale ein bestimmter Zusammenhang besteht. Genauer gesprochen: Wir müssen die Frage aufwerfen, ob etwa jener allgemeinere Zusammenhang, auf den der scharfe Kritiker der Verflachung des Marxismus durch die Opportunisten die Vernachlässigung des Staatsproblems durch die Marxisten der Zweiten Internationale zurückführt, auch in unserem Fall vorliegt, d. h. ob auch die Vernachlässigung des philosophischen Problems durch die Marxisten der Zweiten Internationale damit zusammenhängt, daß „überhaupt die Fragen der Revolution sie wenig beschäftigt haben“. Um hierüber Klarheit zu verschaffen, müssen wir uns mit dem Wesen jener größten aller bisher in der Geschichte der marxistischen Theorie eingetretenen Krisen, die im letzten Jahrzehnt die Marxisten in drei feindliche Heerlager auseinandergebroschen hat, und mit ihren Ursachen etwas näher auseinandersetzen.

Als mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts die lange Periode der rein evolutionären Entwicklung ihrem Ende entgegenging und eine neue Periode revolutionärer Kämpfe herannahte, mehrten sich die Anzeichen, daß mit dieser Veränderung der prak-

28) 6. Kap. „Die Verflachung des Marxismus durch die Opportunisten“.

tischen Bedingungen des Klassenkampfes auch die Theorie des Marxismus in eine kritische Lage geraten war. Es zeigte sich, daß jener außerordentlich flache und versimpelte, sich der Totalität seiner eigenen Probleme nur höchst unvollkommen bewußte Vulgärmarxismus, zu dem die Epigonen die marxistische Lehre hatten verfallen lassen, über eine ganze Reihe von Fragen eine bestimmte Auffassung überhaupt nicht mehr besaß. Am deutlichsten zeigte sich diese Krise der marxistischen Theorie in der Frage des Verhaltens der sozialen Revolution zum Staat. Als diese große Frage, die seit der Niederwerfung der ersten proletarischen Revolutionsbewegung in der Mitte des 19. Jahrhunderts und dem in Blut erstickten Kommuneaufstand von 1871 praktisch in größerem Maßstabe niemals wieder gestellt gewesen war, jetzt durch den Weltkrieg, die erste und die zweite russische Revolution von 1917 und den Zusammenbruch der Mittelmächte von 1918 wieder konkret auf die Tagesordnung gesetzt wurde, da zeigte sich, daß über alle solche wichtigen Übergangs- und Endzielprobleme wie: die „Ergreifung der Staatsgewalt durch die proletarische Klasse“, die „Diktatur des Proletariats“ und das endliche „Absterben des Staates“ in der kommunistischen Gesellschaft, innerhalb des marxistischen Lagers eine einmütige Auffassung überhaupt nicht bestand. Vielmehr traten sich mit Bezug auf alle diese Fragen, sobald sie konkret und unausweichlich gestellt wurden, mindestens drei verschiedene Theorien gegenüber, die alle beanspruchten, marxistisch zu sein und deren hervorragendste Vertreter (RENNER, KAUTSKY, LENIN) in der Vorkriegszeit sämtlich nicht nur als Marxisten, sondern sogar als orthodoxe Marxisten gegolten hatten<sup>29</sup>). Und gerade an der Stellungnahme der verschiedenen sozialistischen Richtungen zu diesen Fragen enthüllte sich jetzt die Tatsache, daß jene scheinbare Krise, die schon seit einigen Jahrzehnten im Lager der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften der Zweiten Internationale in der Form des Streits zwischen dem orthodoxen

---

29) Zur Information über die Form, in der sich diese Theorien im Weltkriege zunächst entgegengetreten sind, vgl. man RENNER, „Marxismus, Krieg und Internationale“; KAUTSKYS Schrift gegen RENNER, „Kriegssozialismus“ i. d. Wiener Marx-Studien IV/1; LENINS Polemik gegen RENNER, KAUTSKY usw. in „Staat und Revolution“ und in „Gegen den Strom“.

Marxismus einerseits und den Revisionisten andererseits aufgetreten war<sup>30</sup>), nur eine vorläufige und verkehrte Erscheinungsform gewesen war für einen viel tieferen Riß, der mitten durch die Front des orthodoxen Marxismus selber hindurchging. Auf der einen Seite dieses Risses bildete sich ein marxistischer Neureformismus, der sich bald mehr oder weniger eng mit den früheren Revisionisten verbündete. Auf der anderen Seite nahmen unter dem Schlachtruf der Wiederherstellung des reinen oder revolutionären Marxismus die theoretischen Vertreter der neuen, revolutionären proletarischen Partei den Kampf zugleich gegen den alten Reformismus der Revisionisten und gegen den neuen Reformismus des „marxistischen Zentrums“ auf.

Es wäre nun eine sehr oberflächliche, durchaus nicht marxistisch-materialistische, ja nicht einmal hegelisch-idealistische, sondern vielmehr ganz und gar undialektische Auffassung des geschichtlichen Prozesses, wenn wir die Ursache für diese im Lager des Marxismus bei der ersten Feuerprobe ausgebrochene Krise lediglich in der Feigheit oder mangelnden revolutionären Gesinnung derjenigen Theoretiker und Publizisten erblicken würden, bei denen diese Verflachung und Verarmung der marxistischen Gesamtheorie zum orthodoxen Vulgär-Marxismus der Zweiten Internationale eingetreten ist. Und gleich oberflächlich und undialektisch wäre es andererseits auch, wenn wir uns etwa ernstlich einbilden wollten, daß es sich in den großen Polemiken zwischen LENIN und KAUTSKY und anderen „Marxisten“ wirklich nur um eine Art Reformation des Marxismus, um eine quellenmäßig treue Wiederherstellung der reinen Lehre M.ens handelte<sup>31</sup>). Die einzige, wirklich „materialistische und daher wis-

30) Vgl. darüber z. B. KAUTSKY, Drei Krisen des Marxismus, in Neue Zeit 21/I (1903), 723 ff.

31) Für denjenigen, der ohne tiefere Kenntnis der praktischen und theoretischen Gesamtanlage an die Schriften LENINS herantritt, kann durch die ungeheure scharfe und persönliche Form, in der dieser Autor (auch hierin ein getreuer Nachfolger M.ens!) seine Polemik gegen den „Vulgär-Marxismus“ führt, und andererseits durch die philologische Ausführlichkeit und Genauigkeit, mit der LENIN die M.-Eschen Texte behandelt, leicht das Mißverständnis entstehen, als ob LENIN sich eine so bürgerlich moralische, psychologische und ideologische Auffassung tatsächlich zu eigen machte. Aber genauere Prüfung ergibt ganz klar, daß LENIN den persönlichen Faktor niemals als

senschaftliche Methode“ (MARX) einer solchen Untersuchung besteht vielmehr darin, daß wir den von HEGEL und M. in die Geschichtsbetrachtung eingeführten dialektischen Gesichtspunkt, den wir bisher nur auf die Philosophie des deutschen Idealismus und die aus ihr hervorgehende marxistische Theorie angewendet haben, jetzt auch auf deren weitere Entwicklung bis zur Gegenwart anwenden. D. h., wir müssen sämtliche formellen und inhaltlichen Um-, Weiter- und Rückbildungen dieser marxistischen Theorie seit ihrer ursprünglichen Entstehung aus der Philosophie des deutschen Idealismus als notwendige Produkte ihrer Zeit zu begreifen suchen (HEGEL), oder genauer gesprochen, sie begreifen in ihrer Bedingtheit durch die Totalität desjenigen geschichtlich-gesellschaftlichen Prozesses, dessen allgemeinen Ausdruck sie bilden (MARX). Wenn wir so verfahren, werden wir sowohl die wirklichen Ursachen des Verfalls der marxistischen Theorie zum Vulgär-Marxismus begreifen, als auch den wirklichen Sinn jener scheinbar so ideologisch gefärbten Reformationsbestrebungen erkennen, mit denen sich die marxistischen Theo-

Erklärungsgrund für die jahrzehntelang im internationalen Maßstab sich abspielende Gesamtentwicklung heranzieht, in der während der ganzen zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Verfälschung und Verarmung der marxistischen Lehre zum Vulgär-Marxismus allmählich eingetreten ist. Vielmehr verwendet er diesen Erklärungsgrund immer nur zur Erklärung einzelner bestimmter geschichtlicher Erscheinungen innerhalb jener letzten Zeitspanne vor dem Weltkrieg, in der die kommende politische und soziale Krise sich bereits ankündigte. Und es wäre tatsächlich ein großes Mißverständnis des Marxismus, wollte man behaupten, daß nach ihm der Zufall und die persönlichen Eigenschaften von Einzelpersonen überhaupt keine Bedeutung für die Weltgeschichte hätten, auch nicht für die Erklärung einzelner bestimmter geschichtlicher Erscheinungen. (Man vgl. hierüber den bekannten Brief M.xens an KUGELMANN v. 17. IV. 1871, in Neue Zeit 20/I, 710; ferner die allgemeine Bemerkung über die „Berechtigung des Zufalls“ usw. in dem aphoristischen letzten Abschnitt der Einleitung z. Kritik d. polit. Ökon., 1857). Dagegen muß der persönliche Faktor nach der marxistischen Lehre selbstverständlich als Erklärungsgrund desto mehr zurücktreten, über je größere Zeiten und Räume die zu erklärende geschichtliche Erscheinung sich ausbreitet. Und so echt „materialistisch“ verfährt, wie man sich leicht überzeugen kann, auch LENIN in allen seinen Schriften. — Daß er ebenso auch weit davon entfernt ist, die ideologische „Wiederherstellung“ der wahren M.schen Lehre für den wirklichen Hauptzweck seiner theoretischen Arbeiten zu halten, zeigen gleich das Vorwort und die erste Seite von „Staat und Revolution“.

retiker der Dritten Internationale gegenwärtig so leidenschaftlich um die Wiederherstellung der „wahren M.schen Lehre“ bemühen.

Wenden wir in dieser Weise das materialistisch-dialektische Prinzip M.ens auf die gesamte Geschichte des Marxismus an, so können wir drei große Entwicklungsperioden unterscheiden, welche die Theorie des Marxismus nach ihrer ursprünglichen Entstehung durchlaufen hat und im Zusammenhang mit der realen gesellschaftlichen Gesamtentwicklung dieser Epoche notwendig durchlaufen mußte. Die erste beginnen wir etwa mit dem Jahre 1843 — ideengeschichtlich mit der Kritik der HEGELschen Rechtsphilosophie. Sie endet mit der Revolution von 1848 — ideengeschichtlich mit dem Kommunistischen Manifest. Die zweite beginnt mit der blutigen Niederwerfung des Pariser Proletariats in der Juni-Schlacht des Jahres 1848 und mit der darauf folgenden, in der M.schen Inauguraladresse von 1864 meisterhaft geschilderten Zermalmung aller Organisationen und aller Emanzipationsträume der Arbeiterklasse „in einer Epoche fieberhafter Industrietätigkeit, sittlicher Versumpfung und politischer Reaktion“. Diese zweite Periode lassen wir, da wir hier nicht proletarische Klassengeschichte im allgemeinen, sondern nur die innere Entwicklungsgeschichte der M.schen Theorie in ihrem Zusammenhang mit der allgemeinen proletarischen Klassengeschichte schreiben, unter Vernachlässigung aller minder wichtigen Einschnitte (Gründung und Untergang der I. Internationale; Intermezzo des Kommuneraufstandes; Kampf der Lassalleaner und Marxisten; Sozialistengesetz; Gewerkschaften; Gründung der II. Internationale) andauern bis etwa um die Jahrhundertwende. Von da ab bis zur Gegenwart und in eine noch unbestimmte Zukunft reicht die dritte der von uns angenommenen Entwicklungsperioden.

So gliedert, bietet die Entwicklungsgeschichte der marxistischen Theorie folgendes Bild: In ihrer ersten Erscheinungsform (in der sie natürlich im Bewußtsein von M. und E. selbst auch in jener späteren Zeit noch wesentlich unverändert fortlebt, wo in den M.-E.schen Schriften ihr Charakter nicht ganz unverändert geblieben ist!) ist sie eine trotz aller Absagen an die Philosophie mit philosophischem Denken durch und durch ge-

sättigte Theorie der als lebendige Totalität gesehenen und begriffenen gesellschaftlichen Entwicklung, genauer: der als lebendige Totalität begriffenen und betätigten sozialen Revolution. Eine einzelwissenschaftliche Trennung der ökonomischen, politischen und geistigen Momente dieser lebendigen Totalität kommt auf dieser Stufe, so historisch treu auch alle konkreten Eigentümlichkeiten jedes einzelnen Moments erfaßt, analysiert und kritisiert werden, überhaupt nicht in Frage. Selbstverständlich schließen sich nicht nur Ökonomie, Politik und Ideologie, sondern ebenso sehr auch geschichtliches Werden und bewußtes gesellschaftliches Handeln zur lebendigen Einheit der „umwälzenden Praxis“ (Thesen über FEUERBACH) zusammen. Die beste Manifestation dieser ersten jugendlichen Erscheinungsform der marxistischen Theorie als Theorie der sozialen Revolution bietet natürlich das Kommunistische Manifest dar <sup>32)</sup>.

Es ist nun vom Standpunkt der materialistischen Dialektik durchaus begreiflich, daß diese erste Erscheinungsform der marxistischen Theorie in der langen, praktisch durchaus unrevolutionären Epoche, welche die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts in Europa im wesentlichen ausgefüllt hat, nicht unverändert fortbestehen konnte. Auch für die langsam ihrer Selbstbefreiung entgegenreifende Arbeiterklasse muß natürlich gelten, was M. im Vorwort zur Politischen Ökonomie über die Menschheit im ganzen sagt: daß sie sich „immer nur Aufgaben stellt, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet, wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind“. Und hieran ändert sich auch dadurch nichts, daß die für die nunmehrigen Verhältnisse transzendente Aufgabe in einer früheren Epoche theoretisch schon einmal formuliert gewesen ist. Eine Auffassung, welche der Theorie eine selbständige Existenz außerhalb der realen Bewegung zusprechen wollte, wäre selbstverständlich weder materialistisch noch auch nur hegelisch-dialektisch, sie wäre einfache idealistische Metaphysik. Aus der dialektischen Auffassung aber, die ausnahmslos jede Form

32) Aber auch die chronologisch später liegenden Schriften, Klassenkämpfe in Frankreich und 18. Brumaire des Louis Napoleon, gehören historisch durchaus noch dieser Entwicklungsphase an.



am Flusse der Bewegung begreift, folgt notwendig, daß auch die M.-E.sche Theorie der sozialen Revolution im Laufe ihrer weiteren Entwicklung sehr große Veränderungen erfahren mußte. Als M. 1864 die Inauguraladresse und die Statuten für die Erste Internationale entwarf, war er sich völlig klar darüber, daß es natürlich „Zeit bedarf, bis die wiedererwachte Bewegung die alte Kühnheit der Sprache erlaubt“<sup>33)</sup>. Und dies gilt natürlich nicht nur für die Sprache, sondern ebenso für alle andern Bestandteile der Theorie der Bewegung. So stellt denn der wissenschaftliche Sozialismus des Kapital von 1867—1894 und der übrigen späteren Schriften von M. und E. eine in vieler Hinsicht veränderte und weiter entwickelte Erscheinungsform der marxistischen Gesamtheorie dar gegenüber dem unmittelbar revolutionären Kommunismus des Manifests von 1847/48, bzw. auch des Elend der Philosophie, der Klassenkämpfe in Frankreich und des 18. Brumaire. In ihrem wichtigsten Grundzug aber bleibt die marxistische Theorie auch in den spätesten Schriften von M.-E. wesentlich unverändert. Auch in seiner weiterentwickelten Erscheinungsform als wissenschaftlicher Sozialismus bleibt der Marxismus von M. und E. das umfassende Ganze einer Theorie der sozialen Revolution. Die Veränderung besteht nur darin, daß in der späteren Phase die verschiedenen Bestandteile dieses Ganzen: Ökonomie, Politik, Ideologie — wissenschaftliche Theorie und gesellschaftliche Praxis, weiter auseinander treten. Wir können mit einem M.schen Ausdruck sagen, es wird die Nabelschnur ihrer naturwüchsigen Verbindung zerrissen. Durch diese Zerreißung tritt aber an die Stelle des Ganzen nun bei M. und E. niemals eine Vielheit selbständiger Elemente, sondern es wird nur eine andere, wissenschaftlich exakter ausgeführte und überall auf der Kritik der politischen Ökonomie als Unterbau aufgebaute Verbindung der einzelnen Bestandteile des Systems geschaffen. Das System

33) Briefwechsel III, 191. — Diesen für das richtige Verständnis der Inauguraladresse sehr wichtigen Passus hat KAUTSKY im Vorwort zu der von ihm besorgten 1922er Ausgabe, wo er große Teile dieses Briefes im Wortlaut anführt (S. 4/5), bezeichnenderweise ganz weggelassen und sich so (a. a. O. S. 11 ff.) die Möglichkeit geschaffen, die in einem gedämpfteren Tone gehaltene Inauguraladresse von 1864 gegen den feurig flüssigen Stil des Manifests von 1847/48 und gegen die „illegalen Agenten der 3. Internationale“ auszuspielen.

des Marxismus löst sich also bei seinen Schöpfern selbst niemals in eine Summe von Einzelwissenschaften, samt einer äußerlich noch dazu tretenden praktischen Anwendung ihrer Ergebnisse, auf. Wenn z. B. viele bürgerliche M.-Interpreten und auch manche Marxisten in der späteren Zeit im M.schen Hauptwerk *Das Kapital* einen Unterschied machen zu können geglaubt haben zwischen den historischen und den theoretisch-ökonomischen Stoffmassen, so haben sie allein hierdurch schon bewiesen, dass sie von der wirklichen Methode der M.schen Kritik der politischen Ökonomie überhaupt noch nichts verstanden haben. Denn es gehört zu den wesentlichen Merkmalen dieser materialistisch-dialektischen Methode, daß es für sie diesen Unterschied nicht gibt, sondern sie vielmehr wesentlich im theoretischen Begreifen des Historischen besteht. Und auch jener unzerreißbare Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis, der für die erste kommunistische Erscheinungsform des marxistischen Materialismus das allerbezeichnendste Merkmal bildet, ist in der späteren Form des Systems durchaus nicht aufgehoben. Nur bei oberflächlicher Betrachtung scheint es, als hätte die reine Theorie des Denkens die Praxis des revolutionären Willens zurückgedrängt. An allen entscheidenden Stellen, besonders im 1. Bande des *Kapital*, bricht aber dieser unterirdisch in jedem Satze des Werkes gegenwärtige revolutionäre Wille auch äußerlich wieder hervor. Man denke nur an den berühmten 7. Unterabschnitt des 24. Kapitels über die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation<sup>34)</sup>.

Dagegen muß man mit bezug auf die Anhänger und Nachfolger M.ens nun allerdings feststellen, daß bei ihnen, trotz aller theoretisch-methodologischen Bekenntnisse zur materialistischen Geschichtsauffassung, eine solche Auflösung der einheitlichen Theorie der sozialen Revolution in *disjecta membra* tatsächlich eingetreten ist. Während es nach der richtig, nämlich theoretisch

34) Andere gute Beispiele bieten der Schlußabsatz des 8. Kapitels über den Arbeitstag: „Zum Schutz gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen“ usw. Ferner die berühmte Stelle (III 2, 355), wo M. auf diesen Gedanken zurückkommt. Und so noch hunderte anderer Stellen im *Kapital*, so daß wir es gar nicht nötig haben, hier auf solche unmittelbar revolutionäre Schriften der späteren M.schen Periode hinzuweisen, wie die Adresse des Generalrats über den Kommuneaufstand (D. Bürgerkrieg i. Frankreich, 1871).

dialektisch und praktisch revolutionär verstandenen materialistischen Geschichtsauffassung isolierte, selbständig nebeneinander bestehende Einzelwissenschaften ebenso wenig geben kann wie eine von der revolutionären Praxis getrennte, wissenschaftlich voraussetzungslose, rein theoretische Forschung, haben die späteren Marxisten den wissenschaftlichen Sozialismus tatsächlich mehr und mehr als eine Summe von rein wissenschaftlichen Erkenntnissen ohne unmittelbare Beziehung zur politischen und sonstigen Praxis des Klassenkampfes aufgefaßt. Als Beleg hierfür genügt der Hinweis auf die Ausführungen eines einzigen, aber im besten Sinne repräsentativen marxistischen Theoretikers der Zweiten Internationale über das Verhältnis der marxistischen Wissenschaft zur Politik. RUDOLF HILFERDING schrieb Weihnachten 1909 im Vorwort zu seinem Finanzkapital, das die ökonomischen Erscheinungen der jüngsten kapitalistischen Entwicklung „wissenschaftlich zu begreifen, d. h. aber diese Erscheinungen in das theoretische System der klassischen Nationalökonomie einzureihen“ versucht, über diese Frage folgendes: „Hier braucht bloß gesagt zu werden, daß auch die Betrachtung der Politik für den Marxismus nur die Aufdeckung von Kausalzusammenhängen zum Ziele haben kann. Die Erkenntnis der Gesetze der warenproduzierenden Gesellschaft zeigt zugleich die determinierenden Faktoren, die den Willen der Klassen dieser Gesellschaft bestimmen. Die Aufdeckung der Determination des Klassenwillens ist nach marxistischer Auffassung die Aufgabe wissenschaftlicher, d. h. aber Kausalzusammenhänge beschreibender Politik. Wie die Theorie, so bleibt auch die Politik des Marxismus frei von Werturteilen. Es ist deshalb eine, wenn auch intra et extra muros weit verbreitete, so doch falsche Auffassung, Marxismus mit Sozialismus schlechthin zu identifizieren. Denn logisch, nur als wissenschaftliches System betrachtet, also abgesehen von seinen historischen Wirkungen, ist Marxismus nur eine Theorie der Bewegungsgesetze der Gesellschaft, die die marxistische Geschichtsauffassung allgemein formuliert, während sie die marxistische Ökonomie auf die Epoche der Warenproduktion anwendet. Die sozialistische Konsequenz ist Resultat der Tendenzen, die in der warenproduzierenden Gesellschaft sich durchsetzen. Aber die Einsicht in die Richtigkeit des Marxismus, die

die Einsicht in die Notwendigkeit des Sozialismus einschließt, ist durchaus keine Abgabe von Werturteilen und ebenso wenig eine Anweisung zu praktischem Verhalten. Denn etwas anderes ist es, eine Notwendigkeit zu erkennen, etwas anderes, sich in den Dienst dieser Notwendigkeit zu stellen. Es ist ganz gut möglich, daß jemand, von dem schließlichen Sieg des Sozialismus überzeugt, sich dennoch in den Dienst seiner Bekämpfung stellt. Die Einsicht in die Bewegungsgesetze der Gesellschaft, die der Marxismus gibt, gewährt aber stets eine Überlegenheit dem, der sie sich zu eigen macht, und von den Gegnern des Sozialismus sind sicher jene die gefährlichsten, die am meisten von der Frucht seiner Erkenntnis genossen.“ — Die merkwürdige Tatsache, daß man gleichwohl den Marxismus, d. h. also eine Theorie, die logisch „wissenschaftliche, objektive, von Werturteilen freie Wissenschaft“ ist, so häufig mit den sozialistischen Bestrebungen identifiziert, erklärt sich HILFERDING an dieser Stelle „leicht“ aus der „unüberwindlichen Abneigung der herrschenden Klasse, die Resultate des Marxismus anzuerkennen“ und sich zu diesem Zwecke auch noch den „Mühen“ des Studiums eines so „komplizierten Systems“ zu unterziehen. „Nur in diesem Sinne ist er Wissenschaft des Proletariats und der bürgerlichen Ökonomie entgegengesetzt, während er den Anspruch jeder Wissenschaft auf die objektive Allgemeingültigkeit ihrer Ergebnisse unbeugsam festhält“<sup>35</sup>). Aus der materialistischen Geschichtsauffassung, die bei M. und E. wesent-

35) Wer bis zum Jahre 1914 oder 1918 als proletarischer Leser dieser Sätze etwa geglaubt haben sollte, daß HILFERDING und andere orthodoxe Marxisten, die ähnliche Dinge gesagt haben, diesen Anspruch auf objektive (d. h. hier über den Klassen stehende) Allgemeingültigkeit ihrer Sätze nur aus praktisch-taktischen Erwägungen zum Nutzen der proletarischen Klasse erhoben hätten, hat seitdem Gelegenheit gehabt, sich von der Irrtümlichkeit seiner Auffassung auch praktisch zu überzeugen. Er kann am Beispiel solcher Marxisten wie PAUL LENSCH sehen, daß sich diese Art von „wissenschaftlicher Wissenschaft“ (!) allerdings „ganz gut“ auch gegen den Sozialismus gebrauchen läßt. — Nebenbei sei erwähnt, daß die hier kritisierte Unterscheidung HILFERDINGS zwischen Marxismus und Sozialismus in ihre absurden Konsequenzen hinein verfolgt worden ist durch den bürgerlichen M.-Kritiker SIMKHOVITSCH in seinem nur aus diesem Grunde originellen und interessanten Buche Marxismus gegen Sozialismus. (Übers. aus d. Engl. 1913). Eine ausführliche Würdigung dieser Schrift von M. RUBINOW (Marx' Prophezeiungen im Lichte der modernen Statistik) in diesem Archiv VI, 129/156.

lich materialistische Dialektik gewesen war, wird so bei ihren Epigonen schließlich etwas wesentlich undialektisches: Bei der einen Richtung verwandelt sie sich in eine Art heuristisches Prinzip für die wissenschaftliche Einzelforschung; bei der andern gerinnt das flüssige methodische Prinzip der materialistischen Dialektik M.ens zu einer Anzahl theoretischer Sätze über den kausalen Zusammenhang der geschichtlichen Erscheinungen auf den verschiedenen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, d. h. also zu etwas, was man am richtigsten als eine allgemeine systematische Soziologie bezeichnen würde. Die einen behandeln also das materialistische Prinzip M.ens als einen „subjektiven Grundsatz bloß für die reflektierende Urteilskraft“ im Sinne KANTS<sup>36</sup>), während die anderen die Lehren der marxistischen „Soziologie“ als ein je nachdem mehr ökonomistisches oder mehr geographisch-biologisches System dogmatisch hinnehmen<sup>37</sup>). Alle diese und

36) Vgl. Kritik der Urteilskraft, Reklamausg., S. 283. KANT bezeichnet an der gleichen Stelle eine solche Maxime auch als „Leitfaden, die Natur zu studieren“, ganz ähnlich wie M. im Vorw. z. Krit. d. polit. Ök. jene Sätze mit denen er seine materialistische Geschichtsauffassung beschreibt, als einen aus seinen philosophischen und wissenschaftlichen Studien abgeleiteten „Leitfaden“ seines weiteren Studiums bezeichnet hat. Man könnte also geradezu sagen, M. hätte sein materialistisches Prinzip selbst für einen bloßen Leitfaden, die Gesellschaft zu studieren, im Sinne der kritischen Philosophie KANTS erklärt. Und man könnte als weiteren Beweis hierfür noch alle jene Äußerungen heranziehen, in denen M. sich seinen Kritikern gegenüber dagegen verwahrt hat, als ob er in seiner Kritik der politischen Ökonomie irgendwelche Konstruktionen a priori oder eine allgemeine, sozusagen überhistorisch gültige, geschichtsphilosophische Theorie aufgestellt hätte. (Vgl. Nachwort zur 2. Aufl. des Kapital v. 1873, S. XIV ff., und den bekannten Brief an MICHAYLOWSKY von 1877.) Ich habe aber schon in meiner vorjährigen Schrift: Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung (Berlin 1922) die Gründe dargelegt, warum man den Sinn des von M. aufgestellten materialistischen Prinzips durchaus nicht damit erschöpft, daß man es als bloß heuristisches Prinzip auffasst. (Vgl. dort besonders S. 16 ff. und die beiden ersten Anhänge.

37) Vgl. hierzu besonders das Vorwort und die gegen LUDWIG WOLTMAN gerichteten Ausführungen in meinen Kernpunkten, S. 18 ff. — Eine sehr starke Annäherung an diese Gleichsetzung der m. G. mit einer „allgemeinen Soziologie“ findet sich auch bei einigen modernen marxistischen Theoretikern, die in ihrer praktischen Politik dem revolutionären Kommunismus zugehören. Vgl. BUCHARIN, Theorie des historischen Materialismus, S. 7, 8 und WITTFOGEL, Die Wissenschaft der bürgerlichen Gesellschaft, S. 50 (beide erschienen 1922).

noch eine Reihe anderer, weniger eingreifender Deformationen, die der Marxismus in der zweiten Periode seiner Entwicklung in den Händen der Epigonen erlitten hat, können wir charakterisieren mit dem einen, alles zusammenfassenden Satz: Die einheitliche Gesamtheorie der sozialen Revolution ist umgewandelt in eine wissenschaftliche Kritik der bürgerlichen Wirtschaftsordnung und des bürgerlichen Staates, des bürgerlichen Erziehungswesens, der bürgerlichen Religion, Kunst, Wissenschaft und sonstigen Kultur, die nicht mehr nach ihrem ganzen Wesen notwendig verläuft in einer revolutionären Praxis<sup>38</sup>), sondern ebenso gut verlaufen kann und tatsächlich in ihrer wirklichen Praxis meist verläuft in allerhand Reformbestrebungen, die grundsätzlich den Boden der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Staates nicht überschreiten. Mit großer Deutlichkeit tritt diese Deformation der ihrem Wesen nach revolutionären marxistischen Theorie zu einer entweder überhaupt nicht mehr oder nur noch zufällig in revolutionäre praktische Aufgaben auslaufenden wissenschaftlichen Kritik hervor, wenn man das Kommunistische Manifest oder auch noch die von M. verfaßten Statuten der Ersten Internationale von 1864 vergleicht mit den Programmen der sozialistischen Parteien Mittel- und Westeuropas und besonders der deutschen sozialdemokratischen Partei in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Es ist hinlänglich bekannt, mit welcher Bitterkeit und Schärfe sich M. und E. darüber geäußert haben, daß die deutsche Sozialdemokratie, die führende marxistische Partei Europas, in ihren Programmen von Gotha (1875) und von Erfurt (1891) auf politischem wie auf kulturellem und ideologischem Gebiet fast nur reformistische Forderungen aufstellte, in denen von dem wirklichen, materialistisch-revolutionären Prinzip des Marxismus kein Hauch mehr zu spüren

---

38) Vgl. hierzu M., Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie (Nachlaß I, 391/2, 393/4, 397/8), wo M. erklärt, daß sich die Kritik des modernen Staats und der mit ihm zusammenhängenden Wirklichkeit und der ganzen bisherigen Weise des deutschen politischen und rechtlichen Bewußtseins verlaufen müsse in Praxis, und zwar in einer „Praxis à la hauteur de principes“, d. h. in einer Revolution, und zwar nicht in einer „teilweisen, nur politischen Revolution“, sondern in der Revolution des Proletariats, die nicht nur den politischen Menschen, sondern den ganzen gesellschaftlichen Menschen emanzipiert.

war<sup>39)</sup>. Aus dieser Situation heraus ergab sich dann zunächst gegen Ende des Jahrhunderts die Erschütterung des orthodoxen Marxismus durch den Ansturm des Revisionismus, und schließlich im Beginn des 20. Jahrh., als die ersten Sturmzeichen die wiederanbrechende Epoche großer Konflikte und revolutionärer Auseinandersetzungen ankündigten, jene entscheidende Krise des Marxismus, in der wir uns noch heute befinden.

Beide Vorgänge erscheinen dem, der die Entwicklung der ursprünglichen marxistischen Theorie der sozialen Revolution zu einer nicht mehr wesentlich in revolutionäre Aufgaben ausmündenden wissenschaftlichen Gesellschaftskritik materialistisch-dialektisch als notwendigen Ausdruck der gleichzeitigen Veränderung in der gesellschaftlichen Praxis des proletarischen Klassenkampfes begriffen hat, nur noch als zwei notwendige weitere Phasen dieser ideologisch-materiellen Gesamtentwicklung. Der Revisionismus erscheint als der Versuch, den unter dem Einfluß veränderter geschichtlicher Bedingungen praktisch reformistisch gewordenen Charakter des ökonomischen Klassenkampfes der Gewerkschaften und des politischen Klassenkampfes der proletarischen Parteien auch in einer folgerichtig reformsocialistisch durchgeführten Gesamtheorie zum Ausdruck zu bringen. Dagegen erscheint der zum Vulgär-Marxismus verfallene sog. orthodoxe Marxismus dieser Periode größtenteils als ein Versuch traditionsbelasteter Theoretiker, jene Theorie der sozialen Revolution, die die erste geschichtliche Erscheinungsform des Marxismus gebildet hatte, in Form einer durchaus abstrakten und in Wirklichkeit zu nichts verpflichtenden reinen Theorie auch fernerhin festzuhalten und die neue, reformistische Theorie, in der der wirkliche Charakter der Bewegung jetzt zum Ausdruck kam, als unmarxistisch zu verleugnen. Man begreift daher auch sehr gut die Gründe, warum in der wiederanbrechenden revolutionären Periode in solchen Fragen, wie nach dem Verhältnis von Staat und proletarischer Revolution, gerade die orthodoxen Marxisten der Zweiten Internationale am hilflosesten dastehen mußten. Die

39) Vgl. die in meiner Ausgabe der M.schen Randglossen (Berlin 1922) zusammengestellten Äußerungen von M. und E. über den Gothaer Programm-entwurf, und ferner E., Glossen zum Erfurter Programm-entwurf (Neue Zeit 20/I, 5 ff.).

Revisionisten waren doch wenigstens im Besitz einer Theorie des Verhaltens des „Arbeitervolks“ zum Staat, wenn diese Theorie auch nicht eben eine marxistische gewesen ist. Sie hatten längst theoretisch wie praktisch die politischen, sozialen und kulturellen Reformen im bürgerlichen Staat an die Stelle der ihn erobernden, zerschlagenden und an seiner Stelle die Diktatur des Proletariats errichtenden sozialen Revolution gesetzt. Die Orthodoxen aber hatten sich damit begnügt, diese Lösung der Fragen der Übergangsepoche als Frevel an den Grundsätzen des Marxismus zurückzuweisen. Sie hatten aber mit all ihrem orthodoxen Festhalten am abstrakten Buchstaben der marxistischen Theorie deren ursprünglich revolutionären Charakter doch nicht wirklich festhalten können. Auch ihr wissenschaftlicher Sozialismus war unvermeidlich etwas anderes geworden als eine Theorie der sozialen Revolution. In jener langen Periode, da der sich langsam ausbreitende Marxismus in seiner Praxis tatsächlich keine revolutionären Aufgaben zu lösen hatte, hatten für die große Mehrzahl aller, der orthodoxen ganz ebenso wie der revisionistischen Marxisten, die revolutionären Probleme auch theoretisch aufgehört, als irdisch diesseitige zu existieren. Für die Reformisten waren sie völlig verschwunden, aber auch für die Orthodoxen waren sie aus der unmittelbaren Nähe, in der die Verfasser des Kommunistischen Manifests sie vor Augen gehabt hatten, immer weiter weggerückt in eine ferne, und schließlich ganz und gar transzendente Zukunft<sup>40)</sup>. Im gegenwärtigen Diesseits hatte man sich daran gewöhnt, diejenige Politik tatsächlich zu treiben, als deren theoretischer Ausdruck die von den Parteikongressen offiziell verdammt, von den Gewerkschaften aber schließlich auch offiziell akzeptierten Lehren des sog. Revisionismus anzusehen sind. So war es denn nur die notwendige Folge seiner längst vollzogenen inneren Aushöhlung, wenn dieser orthodoxe Marxismus der reinen Theorie, der die bis zum Kriegsausbruch in der Zweiten Internationale offiziell festgehaltene Gestalt der marxistischen

40) Vgl. hierzu den von LENIN 1917 in Staat und Revolution kritisierten Satz aus KAUTSKYS Polemik gegen BERNSTEIN (Bernstein und das sozialdemokratische Programm, S. 172): „Die Entscheidung über das Problem der proletarischen Diktatur können wir wohl ganz ruhig der Zukunft überlassen.“



Lehre bildete, vollständig versagte und in sich zusammenbrach, als in der um die Jahrhundertwende beginnenden neuen Entwicklungsperiode die Frage der sozialen Revolution des Proletariats als wirkliche irdische Frage in voller Lebensgröße auf die Tagesordnung gesetzt wurde<sup>41)</sup>. Und in dieser Zeit ist es denn auch, wo wir in den verschiedenen Ländern, am stärksten unter den russischen Marxisten, jene dritte Entwicklungsperiode anheben sehen, die von ihren Hauptträgern gewöhnlich als die Wiederherstellung des Marxismus bezeichnet wird.

Die Gründe, aus denen sich diese abermalige Umgestaltung und Weiterentwicklung der marxistischen Theorie unter jener eigentümlichen Ideologie der Rückkehr zur reinen Lehre des ursprünglichen oder wahren Marxismus vollzogen hat und noch vollzieht, sind ebenso leicht zu verstehen wie der unter dieser ideologischen Verkleidung verborgene wirkliche Charakter des ganzen Vorgangs. Was solche Theoretiker wie ROSA LUXEMBURG in Deutschland und LENIN in Rußland auf dem Gebiet der marxistischen Theorie wirklich vollbracht haben und noch vollbringen, ist die durch die praktischen Bedürfnisse der neuen revolutionären Periode des proletarischen Klassenkampfes geforderte Befreiung von jenen hemmenden Traditionen des sozialdemokratischen Marxismus der zweiten Entwicklungsperiode, die heute „wie ein Alp“ auf dem Gehirn auch derjenigen Arbeitermassen lasten, deren objektiv revolutionäre ökonomische und gesellschaftliche Lage mit diesen evolutionären Doktrinen schon

41) Vgl. hierzu die von KAUTSKY in seinem letzten Buche Die proletarische Revolution und ihr Programm (1922, S. 196) aufgestellte „Variation“ der Marx'schen Diktaturlehre:

„In seinem berühmten Artikel zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms sagt M.: *„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“* — Diesen Satz können wir heute auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre für die Frage der Regierung dahin variieren, daß wir sagen: *„Zwischen der Zeit des rein bürgerlich und des rein proletarisch regierten demokratischen Staates liegt eine Periode der Umwandlung des einen in den anderen. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Regierung in der Regel eine Form der Koalitionsregierung bilden wird.“*“

längst nicht mehr übereinstimmt<sup>42)</sup>. Die scheinbare Wiederauferstehung der ursprünglichen Gestalt der marxistischen Theorie in der kommunistischen Dritten Internationale erklärt sich also einfach dadurch, daß in einer neuen revolutionären Geschichtsepoche natürlich mit der proletarischen Klassenbewegung selbst auch die theoretischen Sätze der Kommunisten, die den Ausdruck dieser Bewegung bilden, wieder die Form einer ausgesprochen revolutionären Theorie annehmen müssen. Hierauf beruht es, daß wir heute so große Teile des marxistischen Systems, die in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts fast vergessen schienen, in neuer Kraft wieder aufleben sehen. Und aus dieser Situation heraus wird auch der Zusammenhang verständlich, in dem der führende Kopf der proletarischen Revolution in Rußland wenige Monate vor der Oktoberrevolution ein Buch verfaßte, von dem er selber sagte, daß seine Aufgabe „in erster Linie in der Wiederherstellung der wahren M.schen Lehre vom Staat“ bestünde. Die Frage der Diktatur des Proletariats war durch die Ereignisse selbst als eine praktische Frage auf die Tagesordnung gesetzt worden. So war es schon ein erster Beweis für den mit Bewußtsein wiederhergestellten innigen Zusammenhang von Theorie und Praxis im revolutionären Marxismus, wenn LENIN die gleiche Frage im entscheidenden Zeitpunkt auch theoretisch auf die Tagesordnung gesetzt hat<sup>43)</sup>.

Als ein wichtiger Teil dieser großen Wiederherstellungsaufgabe erscheint aber auch eine erneute Aufrollung des Problems Marxismus und Philosophie. Von vornherein klar ist das Negative, daß auch die weiter oben festgestellte Geringschätzung aller philosophischen Probleme durch die meisten marxistischen Theoretiker der Zweiten Internationale nur einen Teilausdruck darstellt von jenem Verlorengehen des praktisch-revolutionären Charakters der marxistischen Bewegung, welches seinen theore-

42) Vgl. hierüber näher M., 18. Brumaire, S. 7 ff.

43) Mit größter Klarheit tritt dieser dialektische Zusammenhang zwischen dem Theoretiker und Praktiker LENIN hervor in den wenigen Worten des am 30. XI. 1917 in Petrograd geschriebenen Nachworts zu Staat und Revolution: „Die zweite Lieferung der Broschüre (die den Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917 gewidmet ist) wird vielleicht lange auf sich warten lassen müssen. Es ist angenehmer und nützlicher, die Erfahrungen der Revolution mitzumachen als über sie zu schreiben.“

tischen Gesamtausdruck im gleichzeitigen Absterben des lebendigen materialistisch-dialektischen Prinzips in dem Vulgärmarxismus der Epigonen gefunden hat. Zwar haben, wie bereits erörtert wurde, auch M. und E. sich stets dagegen gewehrt, daß ihr wissenschaftlicher Sozialismus noch eine Philosophie sei. Es ist aber ziemlich leicht, zu zeigen, und wir werden es an Hand der Quellen einwandfrei darlegen, daß für die revolutionären Dialektiker M. und E. der Gegensatz zur Philosophie etwas vollständig anderes bedeutet hat, als für den späteren Vulgärmarxismus. Nichts lag einem M. und E. ferner, als ein Bekenntnis zu jener voraussetzungslosen, über den Klassen stehenden, rein wissenschaftlichen Forschung, zu der sich ein HILFERDING und die meisten anderen Marxisten der Zweiten Internationale schließlich bekannt haben<sup>44</sup>). Vielmehr steht der richtig verstandene wissenschaftliche Sozialismus eines M. und E. zu diesen voraussetzungslosen, reinen Wissenschaften der bürgerlichen Gesellschaft (Ökonomie, Geschichte, Soziologie usw.) sogar in noch viel schärferem Gegensatz, als zu der Philosophie, in der einst die revolutionäre Bewegung des dritten Standes ihren höchsten theoretischen Ausdruck gefunden hat<sup>45</sup>). Von hier aus bewundere man den Scharfsinn derjenigen neueren Marxisten, die, verleitet durch einige bekannte Redewendungen von M. und besonders von dem älteren E., sich unter der M.-E.schen Aufhebung der Philosophie eine Ersetzung dieser Philosophie durch ein System abstrakter und undialektischer positiver Wissenschaften vorgestellt haben. Der wirkliche Gegensatz zwischen dem wissenschaftlichen Sozialismus M.ens und allen bürgerlichen Philosophien und Wissenschaften beruht vielmehr allein darauf, daß dieser wissenschaftliche Sozialismus der theoretische

44) Man vgl. hierzu vorläufig nur die Ausführungen M.ens im Elend der Philosophie (S. 107/09) über das Verhältnis der Theoretiker der Klasse des Proletariats, der Sozialisten und Kommunisten, zu den verschiedenen Schulen der Ökonomen, der wissenschaftlichen Vertreter der Bourgeois-Klasse, — sowie über den Charakter des materialistisch wissenschaftlichen, im Gegensatz zum doktrinären utopischen Sozialismus und Kommunismus: „Von diesem Augenblick an wird die Wissenschaft bewußtes Erzeugnis der historischen Bewegung, und sie hat aufgehört, doktrinär zu sein, sie ist revolutionär geworden.“

45) Vgl. hierzu meine Kernpunkte, S. 7 ff.

Ausdruck eines revolutionären Prozesses ist, der mit der völligen Aufhebung dieser bürgerlichen Philosophien und Wissenschaften, zugleich mit der Aufhebung derjenigen materiellen Verhältnisse, die in diesen Philosophien und Wissenschaften ihren ideologischen Ausdruck gefunden hatten, endigen wird<sup>46)</sup>.

So würde also eine Wiederaufrollung des Problems Marxismus und Philosophie schon rein theoretisch zum Zweck einer Wiederherstellung des wahren und vollständigen Sinns der von den Epigonen entstellten und verflachten M.schen Lehre durchaus notwendig sein. Selbstverständlich aber entspringt auch hier, ganz ebenso wie bei der Frage Marxismus und Staat, die theoretische Aufgabe in Wirklichkeit aus den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der revolutionären Praxis. In jener revolutionären Übergangsperiode, in der das Proletariat nach Ergreifung der Staatsgewalt auf dem ideologischen Gebiet ganz ebenso bestimmte revolutionäre Aufgaben zu erfüllen hat, wie auf dem politischen

46) Die Nachweise darüber, daß der Ausdruck „positive Wissenschaft“ bei M. und E. wirklich nur diese Bedeutung hat, werden später gegeben werden. Einstweilen können sich diejenigen Marxisten, die sich der im Text angedeuteten Vorstellung hingegeben hatten, über ihren katastrophalen Irrtum von einem bürgerlichen M.forscher belehren lassen. In dem sehr oberflächlichen und mit sehr vielen primitiven Irrtümern durchsetzten Buch des Schweden SVEN HELANDER (Marx und Hegel, Jena 1922), das im ganzen genommen gleichwohl viel tiefer ins Verständnis der (von ihm Sozialdemokratische Weltanschauung titulierten) philosophischen Seite des Marxismus eingedrungen ist als die sonstige bürgerliche M.-Kritik und der normale Vulgärmarxismus, finden sich (S. 25 ff.) sehr treffende Hinweise darauf, daß von einem „wissenschaftlichen“ Sozialismus nur in dem gleichen Sinne gesprochen werden kann, in dem HEGEL „die Gesellschaftskritiker kritisiert und ihnen den Rat gibt, sie möchten die Wissenschaft studieren und die Notwendigkeit und Richtigkeit des Staates einsehen lernen, was ihnen gegen ihre kritischen Grübeleien helfen werde“. — Diese Stelle ist für das HELANDERSche Buch im Guten und Bösen sehr charakteristisch. Die HEGELSchen Sätze, deren Quelle HELANDER nicht angibt, stehen tatsächlich in der Vorrede zur Rechtsphilosophie. Dort spricht HEGEL aber, wörtlich genommen, nicht von der Wissenschaft, sondern von der Philosophie. Auch besteht die Bedeutung der Wissenschaft bei M. nicht, wie bei HEGEL die Bedeutung der Philosophie, in der Versöhnung mit der Wirklichkeit, sondern vielmehr im Umwälzen dieser Wirklichkeit. (Vgl. die in Anm. 44 zit. Stelle aus dem Elend der Philosophie.)

und ökonomischen, und alle diese Aufgaben sich wechselseitig fortwährend beeinflussen, muß auch die wissenschaftliche Theorie des Marxismus wieder, und zwar nicht im Wege einfacher Rückkehr, sondern in einer dialektischen Weiterentwicklung, das werden, was sie für die Verfasser des Kommunistischen Manifestes gewesen ist: eine alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens als Totalität erfassende Theorie der sozialen Revolution. Und dazu muß dann nicht nur „die Frage des Verhaltens des Staates gegenüber der sozialen Revolution und der sozialen Revolution zum Staat“ (LENIN) materialistisch-dialektisch gelöst werden, sondern ebenso auch „die Frage des Verhaltens der Ideologie gegenüber der sozialen Revolution und der sozialen Revolution zur Ideologie“. Ein Ausweichen vor diesen Fragen muß in der Zeit vor der proletarischen Revolution ganz ebenso den Opportunismus begünstigen und eine innere Krise des Marxismus heraufbeschwören, wie das Ausweichen der Marxisten der Zweiten Internationale vor dem revolutionären Staatsproblem den Opportunismus tatsächlich begünstigt und eine innere Krise im marxistischen Lager wirklich heraufbeschworen hat. Das Ausweichen vor einer konkreten Stellungnahme zu diesen ideologischen Übergangsproblemen kann aber auch noch in der Zeit nach der Ergreifung der Staatsgewalt durch das Proletariat verhängnisvolle praktische Folgen haben, da durch theoretische Unklarheiten und Uneinigkeit die rechtzeitige und energische Inangriffnahme der dann auf dem ideologischen Gebiet gestellten Aufgaben sehr gestört und erschwert werden kann. Auch darum muß in der neuen, revolutionären Epoche des Klassenkampfes, in die wir bereits eingetreten sind, die große Teilfrage des Verhältnisses der proletarischen Revolution zur Ideologie, die von den sozialdemokratischen Theoretikern ganz ebenso sehr vernachlässigt worden ist, wie das politisch-revolutionäre Problem der Diktatur des Proletariats, grundsätzlich erneut gestellt und auch mit Bezug auf diese Frage die wahre, d. h. dialektisch revolutionäre Auffassung des ursprünglichen Marxismus wieder hergestellt werden. Diese Aufgabe kann aber gründlich nur so gelöst werden, daß wir zunächst die Frage untersuchen, von der aus auch M. und E. an das Problem der Ideologie im allgemeinen zuerst herangetreten sind: In wel-

chem Verhältnis steht die Philosophie zur sozialen Revolution des Proletariats und die soziale Revolution des Proletariats zur Philosophie? Der Versuch, auf diese Frage auf Grundlage der von M. und E. selbst gegebenen Hinweise diejenige Antwort zu geben, die aus den Prinzipien der M.schen materialistischen Dialektik mit Notwendigkeit folgt, wird uns dann weiterführen zu der größeren Frage: In welchem Verhältnis steht der M.-E.sche Materialismus zu jeder Ideologie überhaupt?

\* \* \*

In welchem Verhältnis steht der wissenschaftliche Sozialismus von M. und E. zur Philosophie? — In gar keinem, erwidert der Vulgär-Marxismus und fügt hinzu, daß ja eben durch den neuen, materialistisch-wissenschaftlichen Standpunkt des Marxismus der alte, idealistisch-philosophische Standpunkt ganz widerlegt und überwunden sei. Alle philosophischen Ideen und Spekulationen seien damit als unwirkliche, gegenstandslose Hirnwebereien erwiesen, die nur noch als eine Art Aberglaube in manchen Köpfen herumspukten, da die herrschende Klasse an seiner Aufrechterhaltung ein sehr reales und irdisches Interesse hätte. Sei einst die kapitalistische Klassenherrschaft gestürzt, so würden damit zugleich auch die Überreste dieser Wahnvorstellungen sich von selbst auflösen.

Man braucht sich diese ganze wissenschaftliche Einstellung gegenüber der Philosophie nur so, wie eben versucht wurde, in ihrer ganzen Seichtigkeit vor Augen zu führen, um sofort zu erkennen, daß eine solche Lösung des philosophischen Problems mit dem Geist des modernen dialektischen Materialismus von M. nicht das mindeste zu tun hat. Sie gehört ganz und gar in jenes Zeitalter, in dem das „Genie in der bürgerlichen Dummheit“, JEREMIAS BENTHAM, in seiner Enzyklopädie hinter das Wort „Religion“ die Erklärung schrieb: „S. abergläubische Vorstellungen“<sup>47)</sup>. Und in jene auch heute natürlich noch weit verbreitete, geistig aber durchaus im 17. und 18. Jahrhundert beheimatete

<sup>47)</sup> Vgl. hierzu die M.schen Äußerungen über BENTHAM in Kapital I, bes. 573/4.

'Atmosphäre, aus der heraus EUGEN DÜHRING in seiner Philosophie schrieb, daß es in der nach seinem Rezept konstruierten Zukunftsgesellschaft keinen religiösen Kultus mehr geben würde, vielmehr ein richtig verstandenes Sozialitätssystem alle Zurechtstellungen zur geistlichen Zauberei und mithin alle wesentlichen Bestandteile der Kulte abzutun habe<sup>48</sup>). Im schroffen Gegensatz zu dieser leicht aufklärerischen und rein negativen Einstellung zu solchen ideologischen Phänomenen, wie Religion, Philosophie usw., steht die Auffassung, mit der diesen geistigen Gebilden die neue und nach M.-E.' Ausdruck einzig wissenschaftliche Weltansicht des modernen oder dialektischen Materialismus gegenübertritt. Wollen wir diesen Gegensatz in seiner ganzen Schroffheit hervortreten lassen, so können wir sagen: Für den modernen dialektischen Materialismus ist es wesentlich, daß er solche geistige Gebilde, wie die Philosophie und jede andere Ideologie, vor allem einmal als Wirklichkeiten theoretisch auffaßt und praktisch behandelt. Mit dem Kampf gegen die Wirklichkeit der Philosophie haben M. und E. in ihrer ersten Periode ihre gesamte revolutionäre Tätigkeit begonnen, und wir werden zeigen, daß sie in der späteren Zeit zwar ihre Ansicht über das Verhältnis der philosophischen Ideologie zu anderen Ideologien innerhalb der ideologischen Gesamtwirklichkeit radikal geändert, dabei aber niemals aufgehört haben, alle Ideologien und also auch die Philosophie als reale Wirklichkeiten und durchaus nicht als leere Hirngespinnste zu behandeln.

Als M. und E. in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts den revolutionären Kampf für die Emanzipation der Klasse, die „in keinem einseitigen Gegensatz zu den Konsequenzen, sondern in einem allseitigen Gegensatz zu den Voraussetzungen“ des gesamten bestehenden Gemeinwesens steht<sup>49</sup>), zunächst theoretisch und philosophisch aufnahmen, waren sie überzeugt, hiermit einen höchst wichtigen Teil dieses bestehenden Gesellschaftszustandes anzugreifen. Schon im leitenden Artikel der Nr. 79 der Kölnischen Zeitung vom Jahre 1842 hatte M. ausgesprochen: daß „die Philosophie nicht außer der Welt steht, so wenig das Gehirn

48) Vgl. hiergegen den grimmigen Spott von E. in seiner Streitschrift gegen Dühring, S. 342 ff.

49) Nachlaß I, 397.

außer dem Menschen steht, weil es nicht im Magen liegt“<sup>50)</sup>. Im gleichen Sinne heißt es auch später in der Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie — also in jener Schrift, von der M. 15 Jahre später, im Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie, gesagt hat, daß er in ihr den endgültigen Übergang zu seinem späteren materialistischen Standpunkt vollzogen hätte! — daß „die seitherige Philosophie selbst zu dieser Welt gehört und ihre wenn auch ideelle Ergänzung ist“<sup>51)</sup>. Und ausdrücklich legt hier der gerade von der idealistischen zur materialistischen Auffassung übergehende Dialektiker M. dar, daß der Fehler, den die alle Philosophie wegwerfende praktische politische Partei in Deutschland zurzeit begehe, im Grunde ebenso groß sei, wie der Fehler der die Philosophie als Philosophie nicht negierenden theoretischen politischen Partei. Die letztere glaube, daß sie vom philosophischen Standpunkt aus, also mit den wirklich oder angeblich aus der Philosophie abgeleiteten Forderungen (wie später der an FICHTE anknüpfende LASSALLE), die Wirklichkeit der bisherigen deutschen Welt bekämpfen könnte, und vergesse dabei, daß der philosophische Standpunkt selbst mit zu dieser bisherigen deutschen Welt gehört. Aber auch die praktische politische Partei, die da glaubt, die Negation der Philosophie „dadurch zu vollbringen, daß sie der Philosophie den Rücken kehrt und abgewandten Hauptes einige ärgerliche und banale Phrasen über sie hermurmelte“, sei im Grunde in gleicher Beschränktheit befangen; sie zähle „die Philosophie ebenfalls nicht in den Bering der deutschen Wirklichkeit“. Wenn also die theoretische Partei glaube, „die Philosophie (praktisch) verwirklichen zu können, ohne sie (theoretisch) aufzuheben“, so wolle, mit gleichem Unrecht, die praktische Partei die Philosophie (praktisch) aufheben, ohne sie (theoretisch) zu verwirklichen (d. h. ohne sie als Wirklichkeit zu begreifen)<sup>52)</sup>.

Man erkennt deutlich, in welchem Sinne M. (und ganz ähnlich E., bei dem sich, wie er selbst und M. später sehr häufig erklärt haben, um dieselbe Zeit die gleiche Entwicklung vollzogen

---

50) Nachlaß I, 259.

51) Nachlaß I, 390.

52) Nachlaß I, 390/1.



hat<sup>53)</sup>, in dieser Phase den philosophischen Standpunkt seiner Studentenjahre tatsächlich bereits überschritten hat, in welchem Sinne aber zugleich diese Überschreitung hier selbst noch einen philosophischen Charakter hat. Die Gründe, warum wir von einer Überschreitung des philosophischen Standpunkts sprechen können, sind dreierlei Art: 1. steht der theoretische Standpunkt, auf den sich M. jetzt stellt, nicht bloß in einem einseitigen Gegensatz zu den Konsequenzen, sondern in einem allseitigen Gegensatz zu den Voraussetzungen aller bisherigen deutschen Philosophie — die für ihn und E. jetzt, wie später, völlig ausreichend repräsentiert wurde durch die Philosophie HEGELS; 2, tritt er in diesen Gegensatz nicht bloß zu der Philosophie, die ja nur der Kopf, nur die ideelle Ergänzung der bestehenden Welt ist, sondern zur Totalität dieser Welt; 3. und vor allem aber ist dieser Gegensatz nicht bloß theoretisch, sondern zugleich praktisch-tätig. „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern“, heißt es hierüber abschließend in der letzten These über Feuerbach. Der philosophische Charakter, der dieser ganzen Überschreitung des rein philosophischen Standpunktes gleichwohl noch anhaftet, tritt deutlich hervor, wenn wir uns einmal kurz vergegenwärtigen, wie wenig diese neue Wissenschaft des Proletariats, die M. hier an die Stelle der bisherigen bürgerlichen Idealphilosophie gesetzt hat, und die in ihrer Richtung, ihren Zielen, der bisherigen Philosophie allerdings radikal entgegengesetzt ist, sich von dieser letzteren in ihrem theoretischen Wesen unterscheidet. Schon die gesamte Philosophie des deutschen Idealismus hatte, wie wir es auf Grund ihres früher erörterten dialektischen Zusammenhangs mit der gleichzeitigen praktisch revolutionären bürgerlichen Bewegung schon erwarten können und wie wir in einer späteren Abhandlung noch näher nachweisen werden, auch theoretisch stets die Tendenz gehabt, mehr als eine Theorie, mehr als eine Philosophie, zu sein. Selbst HEGEL, bei dem diese für alle seine Vorgänger — KANT, SCHELLING und namentlich FICHTE — charakteristische Tendenz dem äußeren Anschein nach ins Gegenteil umschlägt, hat in Wahrheit der Philosophie doch ebenfalls eine den eigentlichen

53) Vgl. darüber z. B. die Bemerkung von M. im Vorw. z. Kritik d. polit. Ök. (1859), S. LVI, LVII.

theoretischen Bereich überschreitende und in gewissem Sinne praktische Aufgabe zugewiesen, die allerdings nicht, wie bei M., darin besteht, die Welt zu verändern, sondern umgekehrt darin, die Vernunft als selbstbewußten Geist mit der Vernunft als vorhandener Wirklichkeit durch Begriff und Einsicht zu versöhnen<sup>54</sup>). So wenig aber durch die Übernahme einer solchen weltanschaulichen Aufgabe (in der bekanntlich der gemeine Sprachgebrauch sogar das eigentliche Wesen jeder Philosophie erblickt) die idealistische deutsche Idealphilosophie von KANT bis HEGEL aufgehört hatte, eine Philosophie zu sein, so wenig scheint es gerechtfertigt, die materialistische Theorie M.ens allein aus dem Grunde, weil sie nicht eine rein theoretische, sondern zugleich eine praktisch revolutionäre Aufgabe zu erfüllen hat, für eine nicht mehr philosophische zu erklären. Vielmehr wird man sagen müssen, daß der dialektische Materialismus von M.-E. in der Form, wie er in den 11 Thesen über Feuerbach und in den gleichzeitigen, gedruckten und ungedruckten Schriften zum Ausdruck kommt<sup>55</sup>), seinem theoretischen Wesen nach durchaus als

54) Vgl. Vorrede z. Rechtsphilosophie (Meinersche Ausg.) S. 15/16; dazu auch die Bemerkungen über HELANDER, oben Anm. 46.

55) Hierher gehört außer der schon öfter erwähnten Kritik d. HEGEL'schen Rechtsphil., der Kritik der BAUERSchen Judenfrage von 1843/4 und der Heiligen Familie von 1844 (sämtlich in Nachlaß I u. II) vor allem jene große Abrechnung mit der nachhegelschen Philosophie, die M. und E. 1845 in dem Manuskript der Deutschen Ideologie gemeinsam ausgeführt haben. Die Wichtigkeit gerade dieses Werks für unsere Frage läßt sich schon aus der Bemerkung in der Vorrede zur Heiligen Familie vermuten, worin die Autoren ankündigen, daß sie in ihren nächsten Arbeiten ihre eigene positive Ansicht und damit ihr positives Verhältnis zu „den neueren philosophischen und sozialen Doktrinen“ darstellen würden. Leider ist dieses für eine erschöpfende quellenmäßige Untersuchung des Problems Marxismus und Philosophie allerwichtigste Werk bekanntlich bisher noch nicht vollständig veröffentlicht. Aber schon die veröffentlichten Teile, bes. St. Max (Dokumente d. Sozialism. III, 17 ff.) und Das Leipziger Konzil (Arch. f. Sozialwiss. XLVII, 773 ff.), sowie die außerordentlich interessanten Mitteilungen GUSTAV MAYERS über die noch nicht veröffentlichten Teile des Manuskripts (vgl. seine E.-Biographie I, bes. 239–260) lassen erkennen, daß gerade hier diejenigen Formulierungen des materialistisch-dialektischen Prinzips von M.-E. zu finden sind, die dieses Prinzip in seiner Ganzheit zum Ausdruck bringen und nicht, wie das Kommunistische Manifest einerseits und das Vorw. z. Krit. d. polit. Ökon. andererseits, dieses materialistische Prinzip vorwiegend nur nach der

eine Philosophie zu bezeichnen ist: nämlich als eine revolutionäre Philosophie, die ihre Aufgabe als Philosophie darin sieht, den in allen Sphären der gesellschaftlichen Wirklichkeit gleichzeitig gegen den gesamten bisherigen Gesellschaftszustand geführten revolutionären Kampf in einer bestimmten Sphäre dieser Wirklichkeit, in der Philosophie, wirklich zu führen, um auf diese Weise am Ende, zugleich mit der Aufhebung der gesamten bisherigen gesellschaftlichen Wirklichkeit, auch die Philosophie, die dieser Wirklichkeit als ihr wenn auch ideeller Teil mit angehört, wirklich aufzuheben. Nach dem M.schen Wort: „Ihr könnt die Philosophie nicht aufheben, ohne sie zu verwirklichen.“

Es steht somit fest, daß die Aufhebung der Philosophie für die vom dialektischen Idealismus HEGELS zum dialektischen Materialismus fortschreitenden Revolutionäre M. und E. u n d i e s e Z e i t keineswegs eine bloße Beiseiteschiebung der Philosophie bedeutet hat. Und auch wenn wir uns nun über die spätere Stellung der beiden zur Philosophie Rechenschaft

einen Seite hin darstellen, nämlich entweder vorwiegend in seiner praktisch-revolutionären oder vorwiegend in seiner theoretisch-ökonomischen und geschichtlichen Bedeutung. — Daß die berühmten Sätze im Vorw. z. Krit. d. polit. Ökon. über die materialistische Geschichtsauffassung unmittelbar nur den Zweck haben, den Lesern den „Leitfaden, die Gesellschaft zu studieren“, dessen M. sich bei seinem Studium der politischen Ökonomie bedient hatte, ebenfalls in die Hand zu geben, und daß M. aus diesem Grunde das Ganze seines neuen materialistisch-dialektischen Prinzips an dieser Stelle gar nicht hat aussprechen wollen, wird häufig übersehen, obwohl es ganz klar, sowohl aus dem Inhalt dieser Bemerkungen, als auch schon aus ihrer Diktion hervorgeht. Z. B. heißt es: In der Epoche sozialer Revolution würden die Menschen sich des eingetretenen Konflikts bewußt und fechten ihn aus; die Menschheit stellt sich gewisse Aufgaben nur unter bestimmten Bedingungen, und sogar die Umwälzungsepoche selbst hat ein bestimmtes Bewußtsein. Man sieht also, die Frage nach dem geschichtlichen Subjekt, das die Entwicklung der Gesellschaft in der Wirklichkeit mit einem sei es falschen, sei es richtigen Bewußtsein vollzieht, wird hier überhaupt nicht berührt. Nach dieser Richtung hin muß man also die hier von M. gegebene Beschreibung seiner neuen Geschichtsauffassung aus seinen und E.' sonstigen Werken, besonders aus den oben angeführten Schriften der 1. Periode (dazu noch Das Kapital und die kleineren historischen Schriften der späteren Zeit) ergänzen, wenn man das materialistisch-dialektische Prinzip in seiner Ganzheit erfassen will. Einen ersten Anfang dazu habe ich im vorigen Jahre in meiner kleinen Schrift „Kernpunkte der m. G.“ zu machen versucht.

geben, müssen wir hierbei die Tatsache als Ausgangspunkt nehmen und fortwährend im Auge behalten: M. und E. waren eher Dialektiker, als sie Materialisten wurden. Man verfehlt den Sinn ihres Materialismus von vornherein in verhängnisvoller und nicht wieder gutzumachender Weise, wenn man übersieht, daß der M.-E.sche Materialismus von Anfang an ein dialektischer gewesen ist und auch in der späteren Zeit, im Gegensatz zum abstrakt naturwissenschaftlichen Materialismus FEUERBACHS und aller früheren oder späteren, bürgerlichen und vulgär-marxistischen, abstrakten Materialismen, stets ein geschichtlicher und dialektischer Materialismus geblieben ist, d. h. ein die Totalität des geschichtlich-gesellschaftlichen Lebens theoretisch begreifender und praktisch umwälzender Materialismus. Daher konnte es wohl eintreten und ist in der weiteren Entwicklung des materialistischen Prinzips bei M. und E. tatsächlich eingetreten, daß die Philosophie für sie ein weniger wichtiger Bestandteil der geschichtlich-gesellschaftlichen Gesamtentwicklung wurde, als sie anfangs gewesen war. Es konnte aber für eine wirklich dialektisch-materialistische Auffassung des geschichtlichen Gesamtprozesses niemals dahin kommen und ist auch tatsächlich bei M. und E. nie dahin gekommen, daß für sie die philosophische Ideologie oder am Ende gar jede Ideologie überhaupt aufhörte, ein materieller (d. h. hier: ein theoretisch-materialistisch in seiner Wirklichkeit zu begreifender und praktisch-materialistisch in seiner Wirklichkeit umzuwälzender) Bestandteil der geschichtlich-gesellschaftlichen Gesamtwirklichkeit zu sein.

Ganz ebenso, wie in den Thesen über FEUERBACH der junge M. seinen neuen Materialismus nicht nur zum philosophischen Idealismus, sondern mit der gleichen Schärfe auch zu allem bisherigen Materialismus in Gegensatz gestellt hat, ganz ebenso haben M. und E. auch in allen ihren späteren Schriften den Gegensatz ihres dialektischen zum gewöhnlichen abstrakten und undialektischen Materialismus betont und sind sich im besonderen auch darüber klar gewesen, daß dieser Gegensatz gerade für die theoretische Auffassung und praktische Behandlung der sog. geistigen (ideologischen) Wirklichkeiten eine besonders große Bedeutung besitzt. „Es ist in der Tat viel leichter — erklärt M. mit Bezug auf die geistigen Vorstellungen im allgemei-

nen und die Methode einer wirklich kritischen Religionsgeschichte im besonderen —, durch Analyse den irdischen Kern der religiösen Nebelbildungen zu finden, als umgekehrt aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln. Die letztere ist die einzig materialistische und daher wissenschaftliche Methode<sup>56</sup>). Und ebenso abstrakt und undialektisch, wie eine solche theoretische Denkmethode, die sich auf gut FEUERBACHISCH damit begnügt, alle ideologischen Vorstellungen auf ihren materiellen irdischen Kern zurückzuführen, würde natürlich auch eine revolutionäre Praxis sein, die sich auf eine direkte Aktion gegen den irdischen Kern der ideo-

56) Vgl. Kapital I, 336, Anm. 89, und dazu die hiermit durchaus übereinstimmende 4. der 11 Thesen über FEUERBACH. — Daß das, was M. hier die einzig materialistische und daher wissenschaftliche Methode nennt, gerade die dialektisch materialistische im Gegensatz zu der mangelhaften abstrakt-materialistischen Methode ist, ist leicht zu sehen. — Man vgl. hierzu noch die Bemerkungen von E. in seinem Brief an MEHRING vom 14. VII. 1893 (abgedr. in meinen Kernpunkten, S. 55/6) über den Punkt, der in der von MEHRING in der Lessing-Legende angewandten materialistischen Methode fehlt, der „aber auch in den Sachen von M. und mir regelmäßig nicht genug hervorgehoben ist“. „Nämlich wir alle haben zunächst das Hauptgewicht auf die Ableitung der politischen, rechtlichen und sonstigen ideologischen Vorstellungen und durch diese Vorstellungen vermittelten Handlungen aus den ökonomischen Grundtatsachen gelegt und legen müssen. Dabei haben wir denn die formelle Seite über der inhaltlichen vernachlässigt: die Art und Weise, wie diese Vorstellungen etc. zustande kommen.“ — Wir werden in der Folge sehen, daß die Selbstkritik, die E. hier an seinen und den M.schen Schriften übt, auf die von M. und E. wirklich angewandte Methode tatsächlich nur in geringem Maße zutrifft. Die gerügte Einseitigkeit findet sich bei M. unvergleichlich viel seltener, als bei E. selbst und auch bei diesem längst nicht so oft, wie man es nach der scharfen E.schen Selbstkritik erwarten könnte. Wohl aber hat E. gerade aus dieser Befürchtung heraus, die formelle Seite bisher nicht genügend berücksichtigt zu haben, in seiner späteren Zeit bisweilen den Fehler begangen, sie in einer falschen, nicht dialektischen Weise zu berücksichtigen. Wir meinen damit alle jene Bemerkungen im ANTI-DÜHRING, im FEUERBACH und bes. in den von BERNSTEIN (Dok. d. Sozialism. II, 65 ff.) zusammengestellten E.schen Altersbriefen über den „Geltungsbereich der materialistischen Geschichtsauffassung“, in denen ENGELS u. E. dazu tendiert, genau denselben Fehler zu begehen, den HEGEL im Zusatz zum 156. Paragraphen seiner Enzyklopädie (Werke VI, 308/9) als ein „durchaus begriffloses Verhalten“ nachgewiesen hat. Er kehrt, Hegelisch gesprochen, von der Höhe des Begriffs zurück an seine Schwelle, zu den Kategorien Rückwirkung, Wechselwirkung usw.

logischen Nebelbildungen beschränkte, und sich um die Umwälzung und Aufhebung dieser Ideologien selbst überhaupt nicht mehr kümmern wollte.

Indem der Vulgärmarxismus zur Wirklichkeit der Ideologie diese abstrakt-negative Stellung einnimmt, verfällt er in einen ganz ähnlichen Fehler wie jene Theoretiker der proletarischen Klasse, die in älterer und neuerer Zeit aus der marxistischen Einsicht in die ökonomische Bedingtheit von Rechtsverhältnissen und Staatsformen und jeder politischen Aktion die Lehre haben ableiten wollen, daß sich das Proletariat auf die direkte, ökonomische Aktion beschränken könnte und sollte<sup>57</sup>). Es ist bekannt genug, mit welcher Schärfe M. besonders in der Polemik gegen PROUDHON, aber auch sonst allen derartigen Tendenzen entgegengetreten ist. Wo immer er in den verschiedenen Zeiten seines Lebens einer solchen (im heutigen Syndikalismus noch fortlebenden) Ansicht begegnet ist, hat er stets mit der größten Energie betont, daß diese „transzendente Geringschätzung“ gegenüber dem Staat und der politischen Aktion gänzlich unmaterialistisch, daher theoretisch ungenügend und praktisch verhängnisvoll ist<sup>58</sup>). Und diese dialektische Auffassung des Ver-

57) Als besonders typischen Ausdruck dieser Ansicht aus der älteren Zeit kann man die Bemerkungen betrachten, in denen PROUDHON in seinem bekannten Brief an M. vom Mai 1846 (vgl. Nachlaß II, 336) diesem auseinandersetzt, wie er sich jetzt das Problem gestellt habe: „Der Gesellschaft durch eine ökonomische Kombination die Reichtümer zurückzugeben, die durch eine andere ökonomische Kombination aus der Gesellschaft gegangen sind, m. a. W. die Theorie des Eigentums in politische Ökonomie umzuschlagen, gegen das Eigentum, und so das zu erzeugen, was ihr deutschen Sozialisten Gütergemeinschaft nennt.“ Dagegen hatte M. schon in der Zeit, als er seinen späteren dialektisch-materialistischen Standpunkt noch gar nicht erreicht hatte, sehr klar jenen dialektischen Zusammenhang erkannt, der bewirkt, daß ökonomische Fragen so theoretisch wie praktisch auch auf politische Weise zum Ausdruck kommen und zum Austrag gebracht werden müssen. Man vgl. hierzu z. B. den Brief an RUGE, vom September 1843, worin M. jenen „krassen Sozialisten“, nach deren Ansicht solche politische Fragen, wie der Unterschied von ständischem und repräsentativem System „unter aller Würde sind“, mit dem dialektischen Hinweis antwortet, daß doch „diese Frage nur auf politische Weise den Unterschied von der Herrschaft des Menschen und der Herrschaft des Privateigentums ausdrückt“ (Nachlaß I, 382).

58) Vgl. hierzu besonders die letzten Seiten aus dem Elend der Philosophie.

hältnisses zwischen Ökonomie und Politik ist so zum festen Bestand der marxistischen Theorie geworden, daß auch der Vulgär-Marxismus der Zweiten Internationale die Klärung der revolutionären politischen Übergangsprobleme zwar in concreto vernachlässigen, aber ihre Existenz in abstracto doch nicht verleugnen könnte. Es gab unter den orthodoxen Marxisten keinen, der auch grundsätzlich behauptet hätte: die theoretische und praktische Beschäftigung mit politischen Fragen sei für den Marxismus ein überwundener Standpunkt. Dergleichen überließ man den Syndikalisten, die zwar teilweise ebenfalls auf M. sich beriefen, aber doch niemals den Anspruch erhoben, orthodoxe Marxisten zu heißen. Dagegen nahmen und nehmen nun mit bezug auf die ideologischen Wirklichkeiten tatsächlich sehr viele gute Marxisten theoretisch und praktisch einen Standpunkt ein, der sich mit der syndikalistischen Stellungnahme zu den politischen Wirklichkeiten durchaus auf eine Linie stellen läßt. Dieselben Materialisten, die gegenüber der syndikalistischen Negierung der politischen Aktion mit M. ausrufen: „Man sage nicht, daß die gesellschaftliche Bewegung die politische ausschließt“, und die dem Anarchismus gegenüber so oft die Tatsache betont haben, daß auch nach der siegreichen Revolution des Proletariats trotz aller Formveränderungen, die der bürgerliche Staat jetzt erleiden wird, die Realität der Politik noch lange fortbestehen wird, dieselben Leute werden von einer gut syndikalistisch-anarchistischen transzendentalen Geringschätzung befallen, wenn man ihnen davon spricht, daß weder durch die gesellschaftliche Bewegung des proletarischen Klassenkampfes allein, noch durch die vereinigte gesellschaftliche und politische Bewegung, die auf dem ideologischen Gebiet zu vollziehende geistige Bewegung ersetzt und überflüssig gemacht werden kann. Und noch heute faßt wohl die Mehrzahl der marxistischen Theoretiker die Wirklichkeit aller sog. geistigen Tatsachen in rein negativem, durchaus abstraktem und undialektischem Sinn auf, statt auch auf diesen Teil der gesellschaftlichen Gesamtwirklichkeit die von M. und E. eingeschärfte, einzig materialistische und daher wissenschaftliche Methode folgerichtig anzuwenden. Statt neben dem sozialen und politischen Lebensprozeß auch den geistigen, neben dem gesellschaftlichen Sein und Werden im weitesten

Sinn des Wortes (als Ökonomie, Politik, Recht usw.) auch das gesellschaftliche Bewußtsein in seinen verschiedenen Erscheinungsformen als wirklichen, wenn auch ideellen (oder „ideologischen“) Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtwirklichkeit zu begreifen, erklärt man in gänzlich abstrakter und im Grunde geradezu metaphysisch dualistischer Weise alles Bewußtsein für einen völlig unselbständigen oder doch nur relativ selbständigen, letzten Endes aber unselbständigen Reflex des eigentlich allein wirklichen, materiellen Entwicklungsprozesses<sup>59)</sup>.

Bei diesem Stand der Dinge muß der theoretische Versuch, die (nach M.) einzig wissenschaftliche, dialektisch-materialistische Methode auch mit bezug auf die Auffassung und Behandlung der ideologischen Wirklichkeiten wiederherzustellen, theoretisch sogar noch größere Widerstände überwinden, als sie der Wiederherstellung der wahren, dialektisch materialistischen Staatstheorie des Marxismus im Wege gestanden haben. Denn mit bezug auf den Staat und die Politik bestand ja die bei den marxistischen Epigonen eingetretene Verflachung des Marxismus nur darin, daß sich die bedeutendsten Theoretiker und Publizisten der Zweiten Internationale mit den wichtigsten revolutionären Übergangsproblemen der Politik nicht genügend konkret beschäftigt hatten. Sie hatten aber doch wenigstens in abstracto zugegeben und es sogar in ihren eigenen langjährigen Kämpfen zunächst gegen die Anarchisten und später gegen die Syndikalisten sehr stark betont, daß nach der materialistischen Geschichtsauffassung nicht nur die allen anderen geschichtlich-gesellschaftlichen Erscheinungen letzten Endes zugrunde liegende reale Basis, die ökonomische Struktur der Gesellschaft, sondern auch das Recht und der Staat, der juristische und politische Überbau, eine Wirklichkeit ist, daher nicht anarchistisch-syndikalistisch ignoriert und beiseite geschoben werden kann, sondern durch eine politische Revolution wirklich umgewälzt werden muß. Dagegen wird die Wirklichkeit der gesellschaftlichen Bewußtseinsformen, des geistigen Lebensprozesses, von sehr vielen Vulgärmarxisten bis zum heutigen Tage nicht einmal in abstracto zugestanden. Die gesamte geistige (ideolo-

59) Über die Frage, inwieweit der ältere E. solcher Auffassung am Ende auch gewisse Konzessionen gemacht hat, vgl. die Bemerkungen oben Anm. 56.



gische) Struktur der Gesellschaft wird vielmehr, unter Berufung auf gewisse Äußerungen von M. und namentlich E.<sup>60)</sup>, ganz einfach für eine Scheinwirklichkeit erklärt, die nur als Irrtum, Einbildung, Illusion in den Köpfen der Ideologen existiere, aber nirgends in der Wirklichkeit einen realen Gegenstand hätte. Jedenfalls soll dies für alle sog. „höheren“ Ideologien gelten. Was die politischen und juristischen Vorstellungsweisen betrifft, so haben sie zwar ebenfalls einen ideologisch unwirklichen Charakter. Sie beziehen sich aber wenigstens noch auf etwas wirkliches, nämlich auf die staatlichen und rechtlichen Einrichtungen, die den Überbau der betr. Gesellschaft bilden. Dagegen soll den „noch höheren“ ideologischen Vorstellungsweisen (den religiösen, künstlerischen, philosophischen Vorstellungen der Menschen) überhaupt kein wirklicher Gegenstand mehr entsprechen. Wir könnten, indem wir diese Denkweise zur größeren Deutlichkeit ein wenig zuspitzen, geradezu sagen, es gibt für sie drei Abstufungen von Wirklichkeit: 1. die wirkliche und letzten Endes einzig reale, überhaupt nicht ideologische Wirklichkeit der Ökonomie; 2. die schon nicht mehr ganz so wirkliche, vielmehr schon bis zu einem gewissen Grade ideologisch verkleidete Wirklichkeit von Recht und Staat; 3. die gänzlich gegenstandslose und unwirkliche reine Ideologie (der „reine Blödsinn“).

\*

\*

\*

Zur theoretischen Wiederherstellung der wirklichen Konsequenzen des dialektisch-materialistischen Prinzips für die Auffassung der geistigen Wirklichkeiten sind zunächst einige vorwiegend terminologische Feststellungen erforderlich. Der Hauptpunkt, der dann zu klären sein wird, besteht in der Frage:

60) Bekanntlich hat E. einmal in seiner späteren Zeit (in dem Brief an CONRAD SCHMIDT vom 27. X. 1890, i. Dok. d. Sozialism. II, 69) über solche „noch höher in der Luft schwebende ideologische Gebiete“ wie Religion, Philosophie etc. erklärt, daß sie einen vorgeschichtlichen Bestand von „urzuständlichem Blödsinn“ enthielten. Und in den Theorien über den Mehrwert (I, 44) spricht auch M. speziell von der Philosophie in ähnlicher, scheinbar ganz negativer Weise.

wie denn das Verhältnis zwischen dem Bewußtsein und seinem Gegenstand vom dialektisch-materialistischen Standpunkt aus überhaupt zu denken ist.

Terminologisch ist vor allem festzustellen, daß es M. und E. nie eingefallen ist, das gesellschaftliche Bewußtsein, den geistigen Lebensprozeß, schlechthin als eine Ideologie zu bezeichnen. Ideologie heißt nur das verkehrte Bewußtsein, speziell dasjenige, das eine Teilerscheinung des gesellschaftlichen Lebens für ein selbständiges Wesen versieht, z. B. jene juristischen und politischen Vorstellungen, welche das Recht und den Staat als selbständige Mächte über der Gesellschaft betrachten<sup>61</sup>). Dagegen heißt es an der Stelle, wo M. die präzisesten Angaben über seine Terminologie gemacht hat<sup>62</sup>), ausdrücklich: daß innerhalb jener Gesamtheit der materiellen Lebensverhältnisse, die HEGEL die bürgerliche Gesellschaft genannt hatte, die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse (die ökonomische Struktur der Gesellschaft) die reale Basis bilden, über welcher sich einerseits ein juristischer und politischer Überbau erhebt und der andererseits bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Zu diesen in der Gesellschaft ebenso wirklich wie Recht und Staat vorhandenen gesellschaftlichen Bewußtseinsformen gehört vor allem der von M. und E. in der Kritik der politischen Ökonomie kritisierte Warenfetisch oder Wert und die aus ihm abgeleiteten sonstigen ökonomischen Vorstellungen. Und es ist nun für die M.-E.sche Auffassung außerordentlich charakteristisch, daß gerade diese ökonomische Grundideologie der bürgerlichen Gesellschaft von ihnen niemals als Ideologie bezeichnet wird. Ideologisch sein können also nach der M.-E.schen Terminologie überhaupt nur die juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen

61) Vgl. hierzu besonders E.' Bemerkungen über den Staat, Feuerbach S. 51.

62) Vgl. Krit. d. polit. Ökon., S. LIV ff. — Eine sehr sorgfältige Zusammenstellung des gesamten philologisch-terminologischen Materials zu dieser Frage findet man in dem Buche des bürgerlichen MARXForschers HAMMACHER, Das philosophisch-ökonomische System des Marxismus (1909), bes. S. 190—206. HAMMACHER unterscheidet sich von anderen bürgerlichen M.-Kritikern dadurch, daß er bei seinem Versuch zur Lösung dieses Problems wenigstens das ganze Quellenmaterial herangezogen hat, während andere, wie TÖNNIES und BARTH, hier immer nur an einzelnen Ausdrücken und Sätzen von M. herumstabielt hatten.

oder philosophischen Bewußtseinsformen, und auch diese brauchen es, wie wir sehen werden, nicht unter allen Umständen zu sein, sondern werden es nur unter bestimmten, oben schon angedeuteten Voraussetzungen. In dieser Sonderstellung der ökonomischen Bewußtseinsformen kommt sehr deutlich die veränderte Auffassung der Philosophie zum Ausdruck, durch die sich der voll ausgereifte dialektische Materialismus der späteren Zeit von dem noch nicht voll entwickelten der ersten Phase unterscheidet. Die theoretische und praktische Kritik der Philosophie tritt an die zweite, ja wir können sagen an die dritte, vierte oder vorletzte Stelle in der theoretischen und praktischen Gesellschaftskritik von M. und E. Aus der „kritischen Philosophie“, in der noch der M. der Deutsch-Französischen Jahrbücher seine wesentliche Aufgabe gesehen hatte<sup>63</sup>), ist eine radikalere, d. h. die Sache tiefer an der Wurzel anfassende<sup>64</sup>), auf die „Kritik der politischen Ökonomie“ fundierte Gesellschaftskritik geworden. Der Kritiker, von dem es früher hieß, daß er „an jede Form des theoretischen und praktischen Bewußtseins anknüpfen und aus den eigenen Formen der existierenden Wirklichkeit die wahre Wirklichkeit als ihr Sollen und ihren Endzweck entwickeln“ könnte<sup>65</sup>), hat erkannt, daß sowohl alle Rechtsverhältnisse und Staatsformen, als auch alle gesellschaftlichen Bewußtseinsformen nicht aus sich selbst, und auch nicht aus der allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes (d. h. also aus der HEGELschen und nachhegelschen Philosophie) zu begreifen sind, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln, die „die materielle Grundlage, gleichsam den Knochenbau“, der gesamten gesellschaftlichen Organisation bilden<sup>66</sup>). Eine radikale Kritik der bürgerlichen Gesellschaft kann also jetzt nicht mehr, wie sich M. darüber noch 1843 ausgedrückt hatte<sup>67</sup>), an „jeder“ beliebigen Form des theo-

63) Vgl. Nachlaß I, 383.

64) So definiert M. das Wort „radikal“ in der Kritik der HEGELschen Rechtsphilosophie (Nachlaß I, 392).

65) Ebenda S. 381.

66) Vgl. hierzu das Vorw. und die Einleitung z. Krit. d. pol. Ökon., S. LIV, LV und XLVIII.

67) Auch 1843 hatte dieser Satz die wirkliche Auffassung M.ens nicht ganz richtig ausgedrückt. In dem gleichen Brief an RUEGE vom September 1843,

retischen und praktischen Bewußtseins anknüpfen, sondern muß an jenen bestimmten Bewußtseinsformen anknüpfen, die ihren wissenschaftlichen Ausdruck in der politischen Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft gefunden haben. Die Kritik der politischen Ökonomie rückt also — theoretisch wie praktisch — an die erste Stelle. Aber auch diese tiefere und radikalere Erscheinungsform der theoretisch und praktisch revolutionären Gesellschaftskritik M.ens hört deshalb keineswegs auf, eine Kritik der ganzen bürgerlichen Gesellschaft und also auch aller ihrer Bewußtseinsformen zu sein. Auch die von M. und E. in ihrer späteren Zeit scheinbar nur noch selten und beiläufig betriebene Kritik der Philosophie wird also von ihnen jetzt in Wirklichkeit keineswegs beiseitegeschoben, sondern vielmehr nur in vertiefter, radikalerer Weise ausgeführt. Um dies zu zeigen, brauchen wir nur gegenüber gewissen irrtümlichen Vorstellungen,

in dem die im Text angeführten Worte stehen, erklärt M. wenige Zeilen vorher, daß diejenigen Fragen, um die sich die Vertreter des sozialistischen Prinzips bekümmern, die Realität des wahren menschlichen Wesens betreffen; nur gilt es daneben auch noch, als die andere Seite dieses Wesens, die theoretische Existenz des Menschen zu kritisieren, also Religion, Wissenschaft etc. — Man kann den Entwicklungsgang M.ens in dieser Hinsicht in die kurze Formel zusammenfassen: er habe zunächst die Religion philosophisch, dann die Religion und Philosophie politisch, und schließlich die Religion, Philosophie, Politik und alle anderen Ideologien ökonomisch kritisiert. Als Marksteine auf diesem Wege vgl. man: 1. die Bemerkungen im Vorw. zu M.ens philosophischer Dissertation (Philosophische Kritik der Religion); 2. die über FEUERBACH im Brief an RUGE vom 13. III. 1843: „Feuerbachs Aphorismen sind mir nur in dem Punkte nicht recht, daß er zu sehr auf die Natur und zu wenig auf die Politik hinweist. Das ist aber das einzige Bündnis, wodurch die jetzige Philosophie eine Wahrheit werden kann.“ — Dazu auch die bekannte Bemerkung an RUGE in dem öfter zit. Septemberbrief darüber, daß die Philosophie „sich verweltlicht“ habe und dadurch auch „das philosophische Bewußtsein selbst in die Qual des Kampfes nicht nur äusserlich, sondern auch innerlich hineingezogen“ sei; 3. die Ausführungen in der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, wonach „das Verhältnis der Industrie, überhaupt der Welt des Reichtums zu der politischen Welt“ ein „Hauptproblem der modernen Zeit“ sei, gerade dieses durch „die moderne politisch-soziale Wirklichkeit selbst“ aufgegebene Problem aber notwendig außerhalb des status quo der deutschen Staats- und Rechtsphilosophie, selbst in ihrer „konsequentesten, reichsten und letzten“ HEGELschen Fassung, stünde. (Vgl. hierzu Nachlaß I, 68; Dok. d. Sozialism. I, 396/7, Nachl. I, 380; Nachl. I, 388/9, 391).

die heute mit Bezug auf die M.sche Kritik der politischen Ökonomie verbreitet sind, den vollen revolutionären Sinn dieser ökonomischen Kritik M.s wiederherzustellen. Damit wird dann zugleich auch ihre Stellung im Gesamtsystem der M.schen Gesellschaftskritik und also auch ihr Zusammenhang mit der Kritik solcher Ideologien wie der Philosophie wieder an den Tag gebracht werden.

Daß auch die Kritik der politischen Ökonomie, der theoretisch und praktisch wichtigste Bestandteil der dialektisch-materialistischen Gesellschaftskritik des Marxismus, ganz ebenso sehr eine Kritik von bestimmten gesellschaftlichen Bewußtseinsformen der kapitalistischen Epoche darstellt, wie eine Kritik der materiellen Produktionsverhältnisse dieser Epoche, ist eine Tatsache, die allgemein anerkannt wird. Auch die reine und voraussetzungslose „wissenschaftliche Wissenschaft“ des orthodoxen Vulgärmarxismus erkennt diese Tatsache durchaus an. Die wissenschaftliche Erkenntnis der ökonomischen Gesetze einer Gesellschaft zeigt auch nach HILFERDING (vgl. oben S. 83 f.) „zugleich die determinierenden Faktoren, die den Willen der Klassen dieser Gesellschaft bestimmen“, und ist insofern zugleich eine „wissenschaftliche Politik“. Nur soll trotz dieses Zusammenhanges von Ökonomie und Politik nach der völlig abstrakten, ganz und gar undialektischen Vorstellung der Vulgärmarxisten die marxistische „Kritik der politischen Ökonomie“ als „Wissenschaft“ gleichwohl eine rein theoretische Aufgabe haben: Sie kritisiert die wissenschaftlichen Irrtümer der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre, der klassischen ebenso wie der vulgären Ökonomie. Dagegen benutzt die politische Arbeiterpartei die Ergebnisse dieser kritisch-wissenschaftlichen Forschung für ihre praktischen Zwecke, die letzten Endes auf die Umwälzung der wirklichen ökonomischen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft, der materiellen Produktionsverhältnisse, abzielen. (Bezw. die Ergebnisse dieses Marxismus werden von SIMKHOVITSCH oder PAUL LENSCH gelegentlich auch gegen die Arbeiterpartei praktisch angewandt.)

Der große Grundmangel dieses Vulgärsozialismus besteht in seinem, marxisch gesprochen, völlig „unwissenschaftlichen“ Festhalten an jenem naiven Realismus, mit dem der sog. gesunde

Menschenverstand, dieser „ärgste Metaphysiker“, und mit ihm auch die gewöhnliche, positive Wissenschaft der bürgerlichen Gesellschaft, zwischen dem Bewußtsein und seinem Gegenstand eine scharfe Trennungslinie ziehen. Sie ahnen nichts davon, daß dieser Gegensatz, der schon für die transzendente Betrachtung der kritischen Philosophie nicht mehr ganz bestehen bleibt<sup>68)</sup>, für die dialektische Auffassung völlig aufgehoben ist<sup>69)</sup>. Im

68) Besonders lehrreich sind in dieser Beziehung die Ausführungen von LASK im 2. Abschn. seiner Rechtsphilosophie in der Festgabe für KUNO FISCHER II, 28 ff.

69) Eine sehr gute Illustration hierzu liefert das 3. Kap. des 2. Buchs „Vom Kriege“ des vom Geist und der Methode der deutschen Idealphilosophie tief beeinflußten Kriegsphilosophen General KARL VON CLAUSEWITZ. Dort untersucht CLAUSEWITZ: ob man richtiger von einer Kriegskunst oder einer Kriegswissenschaft zu sprechen habe, und gelangt zum Ergebnis, daß es „passender sei, Kriegskunst als Kriegswissenschaft zu sagen“. Dieses Ergebnis genügt ihm aber nicht. Er setzt noch einmal an und erklärt, daß, tiefer zugesehen, der Krieg „weder eine Kunst noch eine Wissenschaft sei in der eigentlichen Bedeutung“ und in seiner modernen wahren Erscheinungsform auch nicht (wie in der Vergangenheit einmal zur Zeit der Condottieri) ein „Handwerk“. Vielmehr sei der wahren Vorstellung nach der Krieg „ein Akt des menschlichen Verkehrs“. „Wir sagen also, der Krieg gehört nicht in das Gebiet der Künste und Wissenschaften, sondern in das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens. Er ist ein Konflikt großer Interessen, der sich blutig löst, und nur darin ist er von den anderen verschieden. Besser als mit irgend einer Kunst ließe er sich mit dem Handel vergleichen, der auch ein Konflikt menschlicher Interessen und Tätigkeiten ist, und viel näher steht ihm die Politik, die ihrerseits wieder als eine Art Handel in größerem Maßstabe angesehen werden kann. Außerdem ist sie der Schoß, in welchem sich der Krieg entwickelt. In ihr liegen die Lineamente desselben schon verborgen angedeutet, wie die Eigenschaften der lebendigen Geschöpfe in ihren Keimen.“ (Erstausgabe 1832, I, 143; SCHLIEFFENSche Ausg., S. 94). — Mancher moderne, in starren metaphysischen Kategorien befangene, positivwissenschaftliche Denker möchte wohl auch zu dieser Lehre kritisch anmerken: der berühmte Autor habe hier den Gegenstand der Kriegswissenschaft mit dieser Wissenschaft selbst verwechselt. In Wahrheit aber hat natürlich CLAUSEWITZ ganz gut gewußt, was eine Wissenschaft in der gewöhnlichen und undialektischen Bedeutung ist. Er erklärt ausdrücklich, daß es eine solche Wissenschaft „in der eigentlichen Bedeutung“ mit Bezug auf den Gegenstand dessen, was der gemeine Sprachgebrauch bald Kriegskunst, bald Kriegswissenschaft nennt, eben nicht geben kann, weil man es hier nicht mit einem „toten Stoff“ zu tun habe, wie bei den mechanischen Künsten (und Wissenschaften) oder mit einem „lebendigen, aber doch leidend sich hingebenden Gegenstand“

besten Fall glauben sie, daß so etwas bei der idealistischen Dialektik HEGELS vorkommen könnte, und denken, daß gerade hierin wohl jene „Mystifikation“ bestehen mag, die die Dialektik, nach M., „in HEGELS Händen erleidet“, daß aber diese Mystifikation selbstverständlich in der rationellen Gestalt dieser Dialektik, in der materialistischen Dialektik M.ens, radikal ausgetilgt wäre. In Wahrheit aber waren, wie wir gleich zeigen werden, M. und E. nicht nur in ihrer ersten, philosophischen, Periode, sondern auch in der zweiten, positiv-wissenschaftlichen, von solch (dualistisch) metaphysischer Auffassung des Verhältnisses von Bewußtsein und Wirklichkeit so weit entfernt, daß es ihnen nicht einmal eingefallen ist, man könnte ihre Worte in dieser verhängnisvollen Weise mißverstehen, und daß sie deshalb in einzelnen Wendungen (die aber durch hundertmal so viele andere leicht zu berichtigen sind!) solchen Mißverständnissen sogar in hohem Grade Vorschub geleistet haben. Von aller Philosophie abgesehen ist es aber ganz klar, daß ohne dieses für jede, auch die marxistisch-materialistische, Dialektik charakteristische Zusammenfallen von Bewußtsein und

wie bei den idealen Künsten (und Wissenschaften), sondern mit einem „lebendigen reagierenden“ Gegenstand. Auch ein solcher Gegenstand könne aber, wie jeder nicht transzendente Gegenstand, „durch einen untersuchenden Geist aufgeheilt, und in seinem inneren Zusammenhang mehr oder weniger deutlich gemacht werden“, und „das allein reicht schon hin, den Begriff der Theorie zu verwirklichen“ (a. a. O. S. 141–144, bzw. 92–95). Die Ähnlichkeit dieses CLAUSEWITZschen Theorie-Begriffs mit dem Wissenschafts-Begriff des wissenschaftlichen Sozialismus von M.-E. ist so außerordentlich groß, daß darüber nichts weiter gesagt zu werden braucht. Sie ist zugleich durchaus nicht auffallend, weil beide aus der gleichen Quelle, dem dialektischen Philosophie- und Wissenschaftsbegriff HEGELS, entstanden sind. Übrigens erinnern die Glossen der CLAUSEWITZ-Epigonen über diesen Punkt der Theorie ihres Meisters in Ton und Inhalt so frappant an die entsprechenden Bemerkungen mancher moderner wissenschaftlicher Marxisten über die Theorie von M., daß wir einige solche Sätze aus dem SCHLIEFFENschen Vorwort (S. IV) hier wiedergeben wollen: „Nicht den Wert einer gesunden Theorie an sich hat Clausewitz bestritten, sein Buch ‚Vom Kriege‘ ist nur durchzogen von dem Bestreben, die Theorie mit dem wirklichen Leben in Einklang zu bringen. Dadurch erklärt sich zum Teil das Überwiegen einer philosophierenden Betrachtungsweise, die den heutigen Leser nicht immer anmutet.“ — Man sieht, daß die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht bloß den Marxismus vulgarisiert hat!

Wirklichkeit, welches bewirkt, daß auch die materiellen Produktionsverhältnisse der kapitalistischen Epoche das, was sie sind, nur zusammen mit denjenigen Bewußtseinsformen sind, in denen sie sich sowohl im vorwissenschaftlichen als auch im (bürgerlich) wissenschaftlichen Bewußtsein dieser Epoche widerspiegeln, und ohne diese Bewußtseinsformen in Wirklichkeit nicht bestehen könnten, eine Kritik der politischen Ökonomie nie und nimmer zu dem wichtigsten Bestandteil einer Theorie der sozialen Revolution hätte werden können. Woraus dann freilich umgekehrt auch folgt, daß für solche marxistische Theoretiker, für die der Marxismus nicht mehr wesentlich eine Theorie der sozialen Revolution war, ganz konsequent auch jene dialektische Auffassung über das Zusammenfallen von Bewußtsein und Wirklichkeit überflüssig werden und ihnen infolgedessen schließlich auch theoretisch falsch (unwissenschaftlich) scheinen mußte <sup>70</sup>).

Bei allen Äußerungen, in denen sich M. und E. in den verschiedenen Perioden ihrer theoretisch-praktischen revolutionären Tätigkeit über das Verhältnis zwischen Bewußtsein und Wirklichkeit sowohl auf dem Gebiet der Ökonomie als auch auf den höheren Gebieten der Politik und Jurisprudenz und den noch höheren der Kunst, Religion und Philosophie ausgesprochen

70) Besonders deutlich tritt dieser Zusammenhang zwischen unrevolutionärer Gesinnung und völligem Unverständnis für das Dialektische in der marxistischen Kritik der politischen Ökonomie bei EDUARD BERNSTEIN hervor, der seine Abhandlung *Allerhand Werttheoretisches* im V. Bd. d. *Dokum. d. Sozialism.* (1905), 559 mit der dem wirklichen Sinne der M.schen Wertlehre gegenüber wahrhaft rührend anmutenden Bemerkung abschliesst: „Die Gesetze der Preisbildung erforschen wir (!) heute auf einem direkteren Wege als auf dem Umwege über die Verschlingungen des metaphysischen Dinges, ‚Wert‘ genannt.“

In genau gleicher Weise fielen für die Zurück zu KANT- und sonstige Idealisten des Sozialismus auch das Sein und das Sollen wieder auseinander. Vgl. hierzu die naive Kritik von HELANDER, Marx und Hegel, S. 26: „Die meisten Menschen pflegen von Natur (!) kantianisch zu denken, d. h. einen Unterschied von Sein und Sollen zu kennen!“ Und hierzu wieder die Bemerkung von M. über JOHN LOCKE i. *Krit. d. polit. Ökon.*, S. 62, wo es heißt, dieser penetrant bürgerliche Philosoph habe „in einem eigenen Werke sogar den bürgerlichen Verstand als menschlichen Normalverstand nach-  
wiesen“



haben, muß man stets genau beachten, an welche Adresse diese Bemerkungen (um mehr als gelegentliche Bemerkungen handelt es sich, namentlich in der späteren Zeit, gewöhnlich nicht!) gerichtet sind. Sie lauten nämlich grundverschieden, je nachdem sie gegen die idealistische und spekulative Methode HEGELS und der HEGELIANER gerichtet sind oder gegen „die ordinäre, jetzt wieder Mode gewordene, wesentlich WOLFFISCH-metaphysische Methode“, die nach der „Aufkündigung des spekulativen Begriffs“ durch FEUERBACH in dem neuen naturwissenschaftlichen Materialismus der BUECHER, VOGT und MOLESCHOTT wieder eingerissen war und in der „auch die bürgerlichen Ökonomen ihre zusammenhanglosen dicken Bücher geschrieben“<sup>71</sup>). Einer Selbstverständigung bedürfen M. und E. von allem Anfang an nur gegenüber der ersteren, der HEGELschen dialektischen Methode. Daß sie an sie anzuknüpfen hatten, daran haben sie überhaupt nicht gezweifelt. Das Problem bestand für sie nur in der Frage, welche Veränderungen diese HEGELsche dialektische Methode erfahren müßte, nachdem sie nun nicht mehr, wie bei HEGEL, die Methode einer insgeheim materialistischen, oberflächlich aber idealistischen Weltauffassung bildete, sondern als Organon für eine ausgesprochen materialistische Geschichts- und Gesellschaftsauffassung dienen sollte<sup>72</sup>). Schon HEGEL hatte gelehrt, daß die (philosophisch-

71) Die beste Darlegung dieses ganzen methodologischen status causae findet man im zweiten der beiden von E. am 6. und 20. VIII. 1859 in der Londoner deutschen Wochenschrift Das Volk veröffentlichten Aufsätze zur Kritik der eben erschienenen M.schen Kritik der politischen Ökonomie. — Die Aufsätze wurden neu abgedruckt im 4. Bande der Dok. d. Sozialism. (1900). Am leichtesten zugänglich sind sie heute im Friedrich Engels-Brevier von ERNST DRAHN (1920) S. 113 ff. Die im Text zit. und noch eine Reihe andere in gleicher Richtung gehende Bemerkungen E. findet man dort S. 118/9. („Es schien, als habe das Reich der alten Metaphysik mit ihren fixen Kategorien von neuem in der Wissenschaft begonnen“, — in einer „Epoche, in der der positive Inhalt der Wissenschaft wieder die formelle Seite überwog“; — mit dem „Modewerden“ der Naturwissenschaften „riß auch die alte metaphysische Manier des Denkens bis auf die äußerste Wolffsche Plattheit wieder ein“; — „bis zur äußersten Platitüde reproduziert die bornierte Philisterdenkweise der vorkantischen Zeit“; — „der steife Karrengaul des bürgerlichen Alltagsverständes“ usw. usw.).

72) Vgl. über diese Trennung der Beziehungen zwischen der HEGELschen

wissenschaftliche) Methode nicht eine bloße Form des Denkens ist, der es gleichgültig wäre, auf welchen Inhalt sie angewendet wird, sondern daß sie vielmehr nichts anderes ist, als „der Bau des Ganzen in seiner reinen Wesenheit aufgestellt“. Und M. selbst hatte schon in einer Jugendschrift im gleichen Sinn erklärt: „Die Form hat keinen Wert, wenn sie nicht die Form des Inhalts ist“<sup>73</sup>).“ So kam es denn, mit M. und E. zu sprechen, jetzt in logisch-methodologischer Hinsicht darauf an, „die dialektische Methode entkleidet von ihren idealistischen Umhüllungen in der einfachen Gestalt herzustellen, in der sie die allein richtige Form der Gedankenentwicklung wird“<sup>74</sup>). So formulieren denn M. und E. gegenüber der abstrakten spekulativen Gestalt, worin HEGEL die dialektische Methode hinterlassen hatte und in der sie von den verschiedenen HEGELschen Schulen noch viel abstrakter und formeller weiterentwickelt worden war, mit aller Schärfe solche Sätze wie: daß alles Denken weiter nichts sei als „eine Verarbeitung von Anschauungen und Vorstellungen zu Begriffen“; daß also auch alle, selbst die allgemeinsten Kategorien des Denkens weiter nichts seien als „abstrakte einseitige Beziehungen eines schon gegebenen konkreten und lebendigen Ganzen“; und daß der durch das Denken begriffene Gegenstand als realer gleichwohl „nach wie vor außerhalb des Kopfes in sei-

und M.schen Geschichtsauffassung einerseits, und der Beziehungen zwischen der HEGELschen und M.schen logischen Methode andererseits E., a. a. O. S. 120.

73) Vgl. Nachlaß I, 319. — Den angeführten Satz HEGELS (aus der Phänomenologie des Geistes) findet man zit. und weiter ausgeführt in meinen Kernpunkten, S. 38 ff. — Die Unfähigkeit, dieses Identitätsverhältnis von Form und Inhalt zu begreifen, unterscheidet den transzendentalen Standpunkt, der die Inhalte für empirisch und historisch, die Form aber für allgemeingültig und notwendig erklärt, von dem (idealistisch oder materialistisch) dialektischen Standpunkt, der auch die Form als solche in die Vergänglichkeit des Empirischen und Historischen und damit zugleich in die „Qual des Kampfes“ mit hineinbezieht. Man sieht an dieser Stelle deutlich, wie reine Demokratie und reine Transzendentalphilosophie zusammenhängen.

74) Vgl. ENGELS a. a. O., der hinzufügt, daß er die Herausarbeitung dieser Methode in der M.schen Krit. der pol. Ökon. für ein Resultat halte, das „an Bedeutung kaum der materialistischen Grundanschauung nachsteht“. — Vgl. hierzu dann auch noch die bekannten eigenen Ausführungen von M. im Nachw. z. 2. Aufl. des Kapital (1873).

ner Selbständigkeit bestehen bleibe“<sup>75</sup>). Wie weit sie aber bei alledem zeit lebens von jener undialektischen Denkweise entfernt blieben, die der unmittelbar gegebenen Wirklichkeit das Denken, Wahrnehmen, Erkennen und Begreifen dieser Wirklichkeit als ebenso unmittelbar gegebene selbständige Wesenheiten gegenüberstellt, wird am besten illustriert durch einen Satz aus der E.schen Streitschrift gegen DÜHRING, der darum doppelt beweiskräftig ist, weil ja bekanntlich nach einer sehr weit verbreiteten Lesart gerade der ältere E. im Gegensatz zu seinem philosophischeren Freunde M. einer durchaus naturalistisch-materialistischen Weltanschauung verfallen sein soll. Gerade bei diesem älteren E. aber finden wir im gleichen Atemzuge mit der Bezeichnung des Denkens und des Bewußtseins als Produkten des menschlichen Hirns und des Menschen selbst als Naturprodukt einen unmißverständlichen Protest gegen jene ganz „naturalistische“ Auffassung, die das Bewußtsein, das Denken, „als etwas Gegebenes, von vornherein dem Sein, der Natur Entgegengesetztes, so hin-nimmt“<sup>76</sup>). Für die nicht abstrakt-naturalistische, sondern vielmehr dialektische und daher einzig wissenschaftliche Methode des M.-E.schen Materialismus steht dagegen sowohl das vorwissenschaftliche und außerwissenschaftliche, als auch das wissenschaftliche Bewußtsein<sup>77</sup>) der natürlichen und erst recht

75) Alle diese Wendungen sind entnommen aus der posthum veröffentlichten Einleitung zur Krit. d. pol. Ökon., der reichsten Quelle für die Erkenntnis des wirklichen methodologischen Standpunktes von M. und E.

76) Vgl. DÜHRINGS Umwälzung der Wissenschaft, S. 22. — Eine genauere Analyse dieser Ausführungen und der späteren Schriften von E. überhaupt zeigt, daß E. nur, in stärkerer Betonung einer auch bei M. schon vorhandenen Tendenz, der „letztendigen“ Bedingtheit aller geschichtlich-gesellschaftlichen Erscheinungen (einschl. der geschichtlich-gesellschaftlichen Bewußtseinsformen) durch die Ökonomie nun in letzter Instanz noch eine (allerletztendige!) „Naturbedingtheit“ unterbaut. Aber an der dialektischen Auffassung des Verhältnisses zwischen dem Bewußtsein und der Wirklichkeit wird durch diese, den geschichtlichen Materialismus ergänzende und unterbauende letzte E.sche Wendung, wie der im Text zit. Satz deutlich zeigt, nicht das geringste geändert!

77) Der Terminus „vorwissenschaftliche Begriffsbildung“ ist bekanntlich von dem Kantianer RICKERT aufgestellt worden. Sachlich muß der Begriff natürlich überall auftreten, wo entweder ein transzendentaler oder dialektischer Standpunkt auf die Gesellschaftswissenschaften angewandt wird (z. B. auch bei DILTHEY). Sehr scharf und präzise unterscheidet M. (Einleitung

der geschichtlich-gesellschaftlichen Welt nicht mehr selbständig gegenüber, sondern als ein realer, wirklicher „wenn auch geistig ideeller“ Teil dieser natürlichen und geschichtlich-gesellschaftlichen Welt. in dieser Welt mitten darin. Hierin liegt die erste spezifische Differenz zwischen der materialistischen Dialektik von M.-E. und der idealistischen Dialektik HEGELS, der zwar einerseits auch schon erklärt hatte, daß das theoretische Bewußtsein des Individuums über seine Zeit, seine gegenwärtige Welt nicht „hinausspringen“ könne, der aber andererseits doch noch viel mehr die Welt in die Philosophie, als die Philosophie in die Welt hineingestellt hatte. — Mit dieser ersten Differenz zwischen HEGELScher und M.scher Dialektik hängt die zweite aufs engste zusammen: „Die kommunistischen Arbeiter“ — sagt M. schon 1844 in der Heiligen Familie (Nachlaß II, 151) — „wissen sehr gut, daß Eigentum, Kapital, Geld, Lohnarbeit u. dgl. durchaus keine ideellen Hirngespinnste, sondern sehr praktische, sehr gegenständliche Erzeugnisse ihrer Selbstentfremdung sind, die also auch auf eine praktische, gegenständliche Weise aufgehoben werden müssen, damit nicht nur im Denken, im Bewußtsein, sondern im (massenhaften) Sein, im Leben der Mensch zum Menschen werde.“ In diesem Satze ist mit voller materialistischer Klarheit ausgesprochen, daß infolge des unzerreißbaren Zusammenhanges aller wirklichen Erscheinungen im ganzen der bürgerlichen Gesellschaft auch deren Bewußtseinsformen durch das Denken allein nicht aufgehoben werden können. Diese gesellschaftlichen Bewußtseinsformen können vielmehr auch im Denken, auch im Bewußtsein nur aufgehoben werden unter gleichzeitiger praktisch-gegenständlicher Umwälzung der in diesen Formen bisher begriffenen materiellen Produktionsverhältnisse selbst. Das gleiche gilt auch für die höchsten gesellschaftlichen Bewußtseinsformen, z. B. für die Religion, und ebenso auch für solche mittlere Schichten des gesellschaftlichen Seins und Bewußtseins, wie etwa die Familie<sup>78</sup>). Am klarsten ausgesprochen und nach

XXXVII) die „durch den denkenden Kopf vollzogene geistige Aneignung“ der Welt von ihrer „künstlerisch-religiös-praktisch-geistigen Aneignung“.

78) Vgl. hierzu die Entwicklung der Konsequenzen des neuen materialistischen Standpunkts für Religion und Familie, die M. zuerst in der 4. These über Feuerbach, später an verschiedenen Stellen im Kapital gegeben hat.

allen Richtungen hin entwickelt finden wir diese Konsequenz des neuen Materialismus, die andeutungsweise auch schon in der Kritik der HEGEL'SCHEN Rechtsphilosophie zum Ausdruck gekommen war, wieder in den 1845 zur eigenen Selbstverständigung niedergeschriebenen Thesen MARXENS ÜBER FEUERBACH: „Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme, ist keine Frage der Theorie, sondern eine praktische Frage. In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, d. h. die Wirklichkeit und Macht, die Diesseitigkeit seines Denkens beweisen. Der Streit über die Wirklichkeit oder Nichtwirklichkeit eines Denkens, das sich von der Praxis isoliert, ist eine rein scholastische Frage.“ Man würde aber diese Sätze in verhängnisvoller Weise mißverstehen und aus der philosophischen Abstraktion der reinen Theorie nur in die entgegengesetzte, anti-philosophische Abstraktion einer ebenso reinen Praxis hineintaumeln, wenn man meinte, daß hiermit die praktische Kritik einfach an die Stelle der theoretischen getreten wäre. Nicht in der „menschlichen Praxis“ allein, sondern nur „in der menschlichen Praxis und im Begreifen dieser Praxis“ liegt für den dialektischen Materialisten M. die rationelle Lösung für alle Mysterien, welche „die Theorie zum Mystizismus verleiten“. Die Übersetzung der Dialektik aus der Mystifikation, welche sie in HEGEL'S HÄNDEN erlitten hatte, in die „rationelle Gestalt“ der M.'schen materialistischen Dialektik besteht also zweitens wesentlich darin, daß sie zu einem Organon für diese einheitliche, praktisch und theoretisch kritische, umwälzende Tätigkeit, zu einer „ihrem Wesen nach kritischen und revolutionären Methode“ wurde<sup>79)</sup>. Auch schon nach HEGEL war „das Theoretische wesentlich im Praktischen enthalten“. „Man muß sich nicht vorstellen, daß der Mensch einerseits denkend, andererseits wollend sei und daß er in der einen Tasche das Denken, in der anderen das Wollen habe, denn dies wäre eine leere Vorstellung.“ Die praktische Aufgabe, die der „denkend tätige“ Begriff (d. h. die Philosophie) zu erfüllen hat, besteht aber nach HEGEL gerade nicht in der gewöhnlichen, „praktischen, menschlich sinnlichen Tätigkeit“ (MARX), sondern vielmehr darin, „das, was ist,

79) Vgl. hierzu die öfter angeführten Sätze am Ende des Nachw. z. 2. Aufl. des Kapital von 1873.

zu begreifen, denn das, was ist, ist die Vernunft<sup>80)</sup>. Dagegen beschließt M. die Selbstverständigung über seine dialektische Methode in der 11. These über FEUERBACH mit dem Satze: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ Durch diesen Satz wird nicht, wie die Epigonen sich eingebildet haben, alle Philosophie für ein bloßes Hirngespinnst erklärt, sondern es wird vielmehr nur eine schroffe Absage an alle solche, philosophische oder wissenschaftliche, Theorie ausgesprochen, die nicht zugleich Praxis ist, und zwar wirkliche, irdisch diesseitige, menschlich sinnliche Praxis — und nicht die spekulative Tätigkeit der im Grunde nichts als sich selbst begreifenden philosophischen Idee. Theoretische Kritik und praktische Umwälzung, und zwar diese beiden als untrennbar zusammenhängende Aktionen begriffen und beide als Aktionen nicht in irgendeiner abstrakten Bedeutung des Wortes, sondern als konkrete, wirkliche Veränderung der konkreten wirklichen Welt der bürgerlichen Gesellschaft — in diesem Worte ist das Prinzip der neuen, materialistisch-dialektischen Methode des wissenschaftlichen Sozialismus von M. und E. in der präzisesten Form ausgesprochen.

Indem wir die wirklichen Konsequenzen des materialistisch-dialektischen Prinzips des Marxismus für die Auffassung des Verhältnisses von Bewußtsein und Wirklichkeit aufgezeigt haben, haben wir zugleich auch schon die Irrtümlichkeit all jener abstrakten und undialektischen Auffassungen nachgewiesen, die unter den Vulgärmarxisten der verschiedenen Richtungen mit Bezug auf die theoretische und praktische Einstellung zu den sog. geistigen Wirklichkeiten verbreitet sind. Nicht bloß für die im engeren Sinne ökonomischen Bewußtseinsformen, sondern für alle gesellschaftlichen Bewußtseinsformen überhaupt gilt der M.sche Satz, daß sie durchaus keine Hirngespinnste sind, sondern „sehr praktische, sehr gegenständliche“ gesellschaftliche Wirklichkeiten, die also auch „auf eine praktische, gegenständliche Weise aufgehoben werden müssen“. Nur von jenem naiv metaphysischen Standpunkt des gesunden bürgerlichen Men-

80) Vgl. hierzu einerseits den Zusatz zu § 4, anderseits die letzten Absätze der Vorrede zur Rechtsphilosophie.

schenverstandes aus, der das Denken dem Sein als etwas Selbständiges entgegenstellt und die Wahrheit als die Übereinstimmung der Vorstellung mit einem außerhalb ihrer stehenden und durch sie „abgebildeten“ Gegenstand definiert, kann die Meinung aufrechterhalten werden, daß zwar die ökonomischen Bewußtseinsformen (d. h. also die ökonomischen Begriffe des vorwissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Bewußtseins und der wissenschaftlichen Ökonomie) eine gegenständliche Bedeutung hätten, da ihnen eine Wirklichkeit (die Wirklichkeit der durch sie begriffenen materiellen Produktionsverhältnisse) entspräche, alle höheren Vorstellungsweisen aber bloße gegenstandslose Hirnwebereien wären, die sich nach der Umwälzung der ökonomischen Struktur der Gesellschaft und der Aufhebung ihres juristischen und politischen Überbaus von selbst in das Nichts auflösen würden, was sie im Grunde auch jetzt schon sind. Auch die ökonomischen Vorstellungen stehen zur Wirklichkeit der materiellen Produktionsverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft nur scheinbar im Verhältnis des Bildes zu dem abgebildeten Gegenstand, in Wirklichkeit aber in dem Verhältnis, in welchem ein besonderer, eigentümlich bestimmter Teil eines Ganzen zu den anderen Teilen dieses Ganzen steht. Die bürgerliche Ökonomie gehört, zusammen mit den materiellen Produktionsverhältnissen, zum Ganzen der bürgerlichen Gesellschaft. Zu diesem Ganzen gehören aber ganz ebenso auch die politischen und juristischen Vorstellungen und ihre scheinbaren Gegenstände, die von dem bürgerlichen Politiker und dem bürgerlichen Juristen, den „Ideologen des Privateigentums“ (MARX), in ideologisch verkehrter Weise für selbständige Wesenheiten gehalten werden. Und ganz ebenso endlich auch jene noch höheren Ideologien, die Kunst, die Religion und die Philosophie der bürgerlichen Gesellschaft. Wenn wir bei diesen Vorstellungen scheinbar keinen Gegenstand mehr antreffen, den sie, richtig oder verkehrt, abbilden könnten, so sind wir uns doch andererseits schon darüber klar geworden, daß auch die ökonomischen, politischen, juristischen Vorstellungen einen besonderen, selbständig für sich bestehenden, von allen anderen Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft isolierten Gegenstand durchaus nicht besitzen, sondern daß es eine abstrakte und ideologische bürgerliche Vor-

stellungsweise ist, wenn wir ihnen solche Gegenstände gegenüberstellen. Auch sie drücken nur, in ihrer besonderen Weise, das Ganze der bürgerlichen Gesellschaft aus. Und ebenso tut dies die Kunst, die Religion und die Philosophie. Sie alle zusammen bilden jene geistige Struktur der bürgerlichen Gesellschaft, welche der ökonomischen Struktur dieser Gesellschaft entspricht, in dem gleichen Sinne, wie sich über dieser ökonomischen Struktur der juristische und politische Überbau dieser Gesellschaft erhebt. Sie alle müssen durch die, die Totalität der gesellschaftlichen Wirklichkeit umfassende, revolutionäre Gesellschaftskritik des materialistisch-dialektischen wissenschaftlichen Sozialismus theoretisch kritisiert und praktisch umgewälzt werden, so gut wie die ökonomische, juristische und politische Struktur der Gesellschaft, und zugleich mit dieser<sup>81)</sup>. So wenig durch die ökonomische Aktion der revolutionären Klasse die politische Aktion überflüssig gemacht wird, so wenig wird auch durch die ökonomische und die politische Aktion zusammen die geistige Aktion überflüssig gemacht: Sie muß vielmehr, als revolutionäre wissenschaftliche Kritik und agitatorische Arbeit vor der Ergreifung der Staatsgewalt durch das Proletariat, und als organisierende wissenschaftliche Arbeit und ideologische Diktatur nach der Ergreifung der Staatsgewalt, ebenfalls theoretisch und praktisch bis zu Ende durchgeführt werden. Und was für die geistige Aktion gegen die Bewußtseinsformen der bisherigen bürgerlichen Gesellschaft im allgemeinen gilt, das gilt speziell auch für die philosophische Aktion. Das bürgerliche Bewußtsein, welches notwendig der Welt als reine kritische Philosophie und voraussetzungslose Wissenschaft selbständig gegenüberzustehen meint, so wie der bürgerliche Staat und das bürgerliche Recht scheinbar selbständig über der Gesellschaft stehen, muß durch die revolutionäre materialistische Dialektik, die Philosophie der proletarischen Klasse, auch philosophisch bekämpft werden, bis es am Ende dieses Kampfes, zugleich mit der vollständigen praktischen Umwälzung der gesamten bisherigen Gesellschaft mit samt ihren ökonomischen Grundlagen, auch

81) Vgl. hierzu besonders die Ausführungen von LENIN in dem Aufsatz Unter dem Banner des Marxismus, Kommunistische Internationale Nr. 21 (Herbst 1922), S. 8 ff.



theoretisch vollständig überwunden und aufgehoben sein wird. „Ihr könnt die Philosophie nicht aufheben, ohne sie zu verwirklichen.“

### Ein Nachwort statt Vorwort

Erst während der Niederschrift dieser Abhandlung erschien das Buch von GEORG LUKÁCS, Geschichte und Klassenbewußtsein (Berlin, Malik-Verlag, 1923). Den auf einer breiteren philosophischen Grundlage aufgebauten Darlegungen des Verf., die vielfach die in dieser Abhandlung aufgeworfenen Fragen betreffen, kann ich, soweit ich bisher feststellen konnte, grundsätzlich freudig zustimmen. Soweit im einzelnen inhaltliche und methodische Meinungsverschiedenheiten zwischen uns noch bestehen sollten, behalte ich mir eine ausführliche Stellungnahme für später vor.

## Die erste Frankfurter Arbeiterzeitung.

Von

Max Quarck (Frankfurt a. Main).

Ein Dokument der politischen Bewegung des Sturmjahres 1848 in Frankfurt a. M. ist, soweit ich feststellen kann, für die Geschichtschreibung jener Zeit noch nicht verwertet worden: die erste Frankfurter Arbeiterzeitung, vom Mai bis Juni des Revolutionsjahres in 5 Nummern erschienen, von der die Frankfurter Stadtbibliothek neuerdings eines der ganz seltenen Exemplare besitzt. Die historische Bedeutung dieses kleinen Journals geht weit über die Stadt hinaus, in der und für die es erschien. Es liefert einen urkundlichen Beitrag zu der allgemeinen Frage: inwieweit eine besondere Interessiertheit und Rührigkeit der deutschen Arbeiter von damals die revolutionäre Bewegung beeinflusste. Die Zahl solcher Arbeiterzeitungen in Deutschland, die von einer politischen oder sozialen Bewegung in Arbeiterkreisen Kunde gaben oder eine solche hervorzurufen suchten, war gegenüber dem Heer der Zeitungen überhaupt, die plötzlich aus dem Leider nur auf kurze Zeit befreiten Boden sprosseten, sehr gering. Die Neue Rheinische Zeitung in Köln, die MARX und ENGELS herausgaben, ist das geistig hochstehendste sozialistische Organ bis heute geblieben, stellte aber keine Arbeiterzeitung im engeren Sinne dar. In Berlin gab STEPHAN BORN, der Schüler von MARX und ENGELS, vom 1. Juni ab das „Volk“ heraus, ohne auf die Dauer mit ihm Glück zu haben. Das Organ der großen Deutschen Arbeitervereinigung, die er versuchte und die sich bis in das Jahr 1850 hielt, erschien in Leipzig vom 3. Oktober ab unter dem Titel Die Arbeiterverbrüderung. Ich habe den Hauptinhalt der letzteren vor Jahren in einer kleinen Schrift mit geschichtlicher Einleitung gegeben, die längst vergriffen ist<sup>1)</sup>. Als reine Gewerkschaftsblätter erschienen in erster Linie, und

1) Die Arbeiterverbrüderung 1848/49. Erinnerungen an die Klassenkämpfe der ersten deutschen Revolution. Zur Märzfeier herausgegeben und eingel. v. MAX QUARCK. Frankfurt a. M. 1900. 144 S.

zwar schon seit Ende März in Berlin, später in Breslau der Guttenberg, das Organ der Buchdrucker, und seit 1849 die Concordia, ein Zigarrenarbeiterblatt, das sich später mit der Arbeiterverbrüderung verschmolz. Da ist es in der Tat nicht unwichtig, zu wissen, ob und wie etwa in Südwestdeutschland sich eine Arbeiterbewegung auslöste, die mit derjenigen in Norddeutschland übereinstimmte oder von ihr abwich, und welchen Ausdruck diese Entwicklung etwa in der ersten Frankfurter Arbeiterzeitung gefunden hat.

Das Blättchen der Frankfurter Arbeiter vom Jahre 1848, das in mittlerem Buchformat herauskam und seine fünf Nummern bis zur Seite 40 durchnumerierte, trug den Titel: Allgemeine Arbeiter-Zeitung. Organ für die politischen und sozialen Interessen des arbeitenden Volkes, zugleich Zeitung des Arbeiter-Vereins zu Frankfurt a. M. Sie sollte 2mal wöchentlich am Mittwoch und Sonnabend erscheinen und ist tatsächlich mit Nr. 1 am 18. Mai, mit Nr. 2 am 20., mit Nr. 3 am 24. Mai, dagegen mit Nr. 4 und 5 erst am 7. und 10. Juni herausgegeben worden. Drucker und Verleger war für die erste Nummer J. G. MÜLLER, hinter der schlimmen Mauer, für die 2. und 3. Nummer C. ADELMANN, große Eschenheimergasse Nr. 25, beide in Frankfurt a. M.; für die beiden letzten Nummern zeichnen als Kommissionsverleger FRIEDRICH KÖNIG und als Drucker die KITTSTEINERSche Druckerei, beide in Hanau. Schon diese rein technischen Angaben spiegeln das drangvolle und wechselvolle Schicksal der Zeitung wieder. Die Einzelnummer kostete 2 Kreuzer, der Monat 15 Kreuzer. Inserate, „wofür sich das Blatt nach seiner großen Verbreitung unter dem Handwerkerstande besonders eignen wird“, sollten mit 2 Kreuzern für die gespaltene Zeile berechnet werden. Indessen ist die Expedition nach Ausweis der fünf völlig inseratenleeren Nummern nie in diese Verlegenheit gekommen.

Redakteure „unter Verantwortlichkeit des Verlegers“ waren EDUARD PELZ und CHRISTIAN ESSELEN. Das sind dieselben beiden Männer, von deren Ausweisung HERMANN WENDEL in seiner Frankfurter Geschichte<sup>2)</sup> wohl berichtet, merkwürdiger-

2) H. WENDEL, Frankfurt a. Main von der großen Revolution bis zur Revolution von oben (1789—1866). Frankfurt a. M. 1910. 187 S.

weise aber ohne jede Erwähnung ihres Zusammenhanges mit dem Erscheinen des ersten Frankfurter Arbeiterblattes. Am 24. Mai, so heißt es bei ihm, habe das Frankfurter Polizeiamt drei Männer ausgewiesen, „die ihm als Haupthähne der Rebellion galten“. Das war EDUARD PELZ aus Altwasser, der gleich seinem schlesischen Landsmanne WILHELM WOLFF aus der Welt der Erbuuntertänigkeit und der Bauernunterdrückung Stoff zu sozialen Schriften geschöpft hatte, der Westfale CHRISTIAN ESSELLEN aus Hamm und der Orientalist Dr. LÖWENSTEIN aus Steinbach, der seit 21 Jahren in der Stadt lebte. Der letztere scheidet hier aus. Von PELZ und ESSELLEN aber wissen wir jetzt, daß sie in den Anfangstagen der Frankfurter Revolution die geistigen Führer des Arbeitervereins und des Arbeiterblattes waren, aus dessen verblichenen Druckzeilen manches neue Licht auf ihre politische Tätigkeit fällt. Man kann nicht sagen, daß diese Beleuchtung günstig für die Maßnahme der Frankfurter Polizei von damals ausfiele. Im Gegenteil, man lernt die beiden Männer noch höher schätzen und die amtliche Frankfurter Polizeipolitik noch tiefer verachten.

In der Einleitung der ersten Nummer wird angekündigt, daß das Blatt die Zeitfragen vom „*Standpunkt des arbeitenden Volkes*“ aus besprechen würde. Der bisher so gedrückte, verachtete und gefürchtete vierte Stand bilde eigentlich das ganze Volk. Denn unter Arbeiter „*verstehen wir jeden, der von seiner eigenen Arbeit und nicht von der Ausbeutung anderer Arbeiter lebt*“, auch jeden, der „*durch die Arbeit des Kopfes seinen Beitrag zur Befreiung, Bildung und Veredlung des Volkes liefert*“. Die politische Bildung und damit die politische Macht dürfe nicht mehr „*wie leichter Schaum auf der Oberfläche der menschlichen Gesellschaft schwimmen, sondern muss einen solchen Grad von Dichtigkeit und Schwere erreichen, dass sie in die untersten Schichten des Volkes hinabsinkt*“. Das arbeitende Volk sei der politischen Bildung und Verständigung sehr leicht zugänglich. Es dürste förmlich nach Aufklärung. Überdies sei „*das deutsche Arbeitervolk so gut, so bieder, so treu, so fleissig, dass man nicht mit Misstrauen, sondern nur mit Zuneigung und Achtung dasselbe betrachten kann*“. Es werde „*vorderhand mit den notwendigsten, we-*

*sentlichen Rechten und Grundbedingungen seiner Wohlfahrt und Freiheit sich zufrieden stellen“.* Es wisse, daß jahrtausendelanges Elend und Unrecht nicht in einem Tage abgeschafft werden könne. Nur müsse das Parlament an der Volkssouveränität festhalten, sonst werde die Blutsaat aufgehen, welche die Reaktion schon lange gesät habe. Dieses Programm darf taktisch und materiell als recht klar und nüchtern umschrieben angesprochen werden. In Nr. 2 stellt der leitende Artikel dann noch folgende praktische Forderung auf: *„Damit also die Erklärung der Grundrechte des Volkes mehr wie Phrase werde, so ist es unbedingt notwendig, dass man gesetzlich den Arbeiter gegen die tyrannische Macht des Capitals schütze. Es muss also gesetzlich durch ganz Deutschland der geringste Lohn, welcher einem Arbeiter gezahlt werden kann, bestimmt werden, und derselbe so hoch angenommen werden, dass dem Arbeiter ausser den Bedürfnissen auch noch die Genüsse des Lebens freistehen, und er durch Bildung befähigt werde, eine geachtete und ehrenvolle Stelle in der bürgerlichen Gesellschaft einzunehmen. Wir werden als Minimum des Lohnes das Doppelte von dem vorschlagen, was der Arbeiter zur Bestreitung der Lebensbedürfnisse für sich und seine Familie notwendig hat. Ferner muss die höchste Arbeitszeit und eine kontraktliche, auf beiden Seiten gleiche Kündigung zwischen Arbeiter und Arbeitsgeber gesetzlich festgestellt werden.“*

Wer die unheilvolle Verwirrung kennt, die später die Arbeiterbewegung des Jahres 1848 beherrschte und sie unrettbar zwischen Zünftelei und moderner Arbeiterauffassung hin und her trieb, vermag erst zu beurteilen, wie richtig und politisch geschickt die kleine Frankfurter Arbeiterzeitung ein absolut klares und proletarisch gedachtes Ziel für die beginnende soziale Bewegung herausstellte. Ganz sicher hat dann auch die polizeiliche Unterdrückung aller Möglichkeiten, jene richtig erkannten Fragen des Arbeiterrechts ruhig und gründlich weiter zu erörtern, dazu beigetragen, die anfangs gewonnene Klarheit zu verwischen und der unheilvollen Konfusion von später Eingang zu verschaffen. Die neuere deutsche Geschichtschreibung, die diese Perioden noch vielfach aufzuhellen hat und hoffentlich unter der Republik kräftigen Aufschwung nehmen wird, wird jene Tatsache, im Gegen-

satz zu der bisherigen üblichen Darstellung, vielfach bestätigen müssen. Diejenigen, die in der wissenschaftlichen Geschichtsauffassung die Rolle des geistigen Einflusses ganz besonders hoch anschlagen zu sollen glauben, haben nämlich bisher merkwürdig wenig dazu geholfen, in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts die unheilvolle Rolle roher Gewaltpolitik zur Zurückdrängung hochstehenden geistigen Einflusses auf die Volksbewegung gebührend klarzustellen. Natürlich gab es auch noch allgemeine Verzögerungsgründe. Sie liegen in der langsamen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der ersten zwei Drittel des 19. Jahrhunderts deutscher Geschichte. Aber es ist und bleibt doch frappant, daß die freie und ungehinderte Aussprache zwischen Arbeitern an der Schwelle des Jahres 1848 bereits die Grundzüge einer wirklichen Arbeiterpolitik herausarbeitet, die sich heute ganz folgerichtig in dem Mindestlohn der Tarifverträge, in ihrer nahe bevorstehenden Erhebung zum Gesetz, sowie in den gewerberechtlichen Vorschriften über Arbeitszeit und Kündigung durchsetzen. Jedenfalls muß auf Grund unseres neuen Materials die bisherige Annahme als geschichtlicher Irrtum aufgegeben werden, daß die Arbeiterorganisation des Jahres 1848 im engeren Sinne von vornherein und überall mit hilfloser Unklarheit behaftet gewesen sei.

Der Frankfurter Arbeiterverein, dessen Organ die allgemeine Arbeiterzeitung war, wurde am 14. Mai 1848 in der städtischen offenen Reitbahn gegründet. Die erste Nummer enthält bereits den Gründungsbericht und kann mit Recht bedauern, daß sich die Frankfurter Stadtregierung auch aus diesem Anlaß einmal wieder mehr als bloßstellte. Aus Furcht vor der angekündigten Arbeiterversammlung war nämlich die gesamte Militärmacht der freien Reichsstadt nebst Bürgerwehr seit Mittag unter Waffen gestellt worden. Diese Herausforderung hatte nicht den geringsten Erfolg. Die Versammlung war von mehreren tausend Menschen besucht und verlief durchaus ruhig. Man hatte nebenbei wohl auch Bürger und Soldaten von der Versammlung fernhalten wollen. Ein in früheren Arbeiterversammlungen gewähltes Arbeiterkomitee, dem die Einladung aller Berufe aufgetragen war, sowie eine Kommission des „Vaterländischen Vereins“, einer neu entstandenen bürgerlich-demokratischen Vereinigung, waren die

gemeinsamen Einberufer. ESSELLEN führte den Vorsitz, der Arbeiterverein wurde gegründet und nochmals ausdrücklich ausgesprochen, daß auch alle Kopfarbeiter willkommen seien. Der Zweck des Vereins bestehe darin, eine Art von Frankfurter Gewerkschaftskommission zur Vereinigung und gemeinsamen Vertretung aller Berufsangelegenheiten zu bilden, durch die politische Bildung die politische Macht der Arbeiter zu fördern und letztens das Gefühl der Gemeinsamkeit im ganzen deutschen Volke hervorzurufen. Die Leitung der Organisation bestand in der Hauptsache aus Vertretern der einzelnen Gewerke, worunter nicht nur die Handwerkerinnungen, sondern ausdrücklich alle Berufsarten verstanden sein sollten, unter Führung eines politisch geschulten Vorsitzenden und Schriftführers. *„Einen Unterschied verschiedener Stände kennt der Arbeiterverein nicht; niemand ist von ihm ausgeschlossen, niemand in ihm bevorzugt.“* Vom 18. Lebensjahre ab konnte man Mitglied sein. Statt auf regelmäßige verließ man sich auf freiwillige Beiträge. Man kann diesen Bestimmungen eine gewisse Großzügigkeit nicht absprechen. Bis zum 18. Mai sollen 1695 Mitglieder, einige Tage darauf 1972 und später „zwei bis dreitausend“ Mitglieder vorhanden gewesen sein.

Seine zweite Versammlung hielt der Verein am 18. Mai anläßlich der Eröffnung der Nationalversammlung. Zu Beginn sprach sich der Vorsitzende gegen alle Demonstrationsspielerei („Straßenskandal und Katzenmusik“) aus, die nur Vorwände zur Truppenansammlung in Frankfurt geben könnten. Dann wurden Berufsbeschwerden zur Sprache gebracht. Aber schon hatte man mit der Disziplinlosigkeit der Handwerksgesellen zu kämpfen. Man besprach den Streik und den Auszug der Bäcker Gesellen, von denen WENDEL in seiner Frankfurter Geschichte berichtet, und unterstützte durchaus die mehr als begründeten Arbeitsbeschwerden der Kameraden. *„Aber es muss der Grundsatz festgestellt werden, dass, wer einem Verein angehört, auch eben der Stimme des Vereins sich unterwerfen und die Hilfe des Vereins in Anspruch nehmen muss. Die Vertreter des Bäckerwerks wurden in der Komitésitzung vom 16. Mai von allen Mitgliedern des Komités gebeten, bis zum Schlusse der Woche auf die durch die Mitwirkung des Vereins hervorzubringende Abhilfe ihrer Beschwerden zu warten. Nach*

*Ablauf dieser Zeit würde der ganze Verein ihre Schritte billigen und teilen. Trotzdem erklärten die Vertreter des Bäckergewerkes am andern Tag dem Präsidenten, dass sie aus der Stadt ausgezogen seien. In einem solchen Betragen liegt keine Achtung vor dem Verein und keine Anerkennung seiner Wirksamkeit, deshalb konnte der Verein nur seine Missbilligung darüber kund geben.“*

Soweit der wörtliche Bericht. Er bekundet ein außergewöhnliches Maß von Verantwortlichkeit und gewerkschaftlicher Grundsatztreue bei der Leitung des jungen Vereins, die auch den nötigen Mut nach unten aufbrachte. Und Männer mit solchem Charakter wies der Frankfurter Senat aus! Durch die Disziplin, die sie den ungeschulten Massen beibringen wollten, hätten sie ja die Arbeiterbewegung des Jahres 1848 in ungeahnte Bahnen lenken können! Da war den Frankfurter Regierungsgewaltigen für ihre Machtzwecke die undisziplinierte und lärmende Masse der Handwerksgesellen schon lieber. Aber dem sozialen Fortschritte in Deutschland wurden tatsächlich unendliche Hemmnisse bereitet.

Aus der dritten Versammlung vom 21. Mai ist der Hervorhebung wert, daß der Vorsitzende ESSELLEN wiederum vor Zersplitterung der Kräfte warnte und den Mitgliedern sagte: *„Wir wollen den Beschwerden der hiesigen Arbeiterklassen mit den verschiedensten Mitteln unverzüglich abzuhelfen suchen, aber es wird sich die Unmöglichkeit einer gründlichen Hebung und Besserstellung des arbeitenden Volkes herausstellen, solange wir nicht bessere allgemeine Gesetze und politische Einrichtungen haben.“* Zum ersten Male waren Mitglieder des Parlaments erschienen, die Abgeordneten GRUMBRECHT-Lüneburg, Dr. LIEBELT-Posen und Dr. JUCHO-Frankfurt a. M. Es entspann sich eine Polendebatte, während der nach dem Blatte *„ein Haufen zusammenstehender Leute laut und drohend rief, sie wollten nichts von Politik wissen, sie wollten sich um ihre Arbeiterverhältnisse kümmern“*. Trotzdem diese Unterbrechung von der Versammlung entrüstet mißbilligt wurde, hieb JUCHO später in dieselbe Kerbe. Der Vorsitzende parierte den Versuch, die Tätigkeit des Vereins politisch zu begrenzen, sehr geschickt und der Vorstoß hatte keinen Erfolg. Nachträglich erhält JUCHO in Nr. 4 des Blattes noch eine sehr scharfe Zensur. Er



habe den Arbeiterverein gewarnt, sich von einem deutschen BLANQUI zur Erstürmung der Paulskirche mißbrauchen zu lassen. Herr JUCHO habe den Mut, sein Parlament mit der französischen Nationalversammlung zu vergleichen, dessen erste Tat die feierliche Erklärung der demokratischen Einheitsrepublik gewesen sei. Das Frankfurter Parlament dagegen habe in den 18 Tagen, während welcher in der Paulskirche „geschwätzt“ werde, noch kein Recht des deutschen Volkes festgestellt, noch keine Freiheit proklamiert und noch keine Polizeiwilkkür und Soldatenherrschaft abgeschafft. Es verdiene eher mit der französischen Deputiertenkammer der Zeit LOUIS PHILIPPES, als mit der republikanischen Nationalversammlung verglichen zu werden. Die Frankfurter Arbeiter erwarteten also von Anfang an recht wenig von der Paulskirche. Ihr revolutionäres Temperament war eher mit demjenigen der Pariser verwandt, weil diese anfangs gründlicher durchgriffen. Im übrigen berücksichtigte der Vergleich nicht die größere Reife der politischen Verhältnisse in Frankreich. Und das spätere Schicksal der französischen Nationalversammlung, die einem zweiten NAPOLEON unterlag, hat sogar manche Ähnlichkeit mit dem früheren Schicksal der Paulskirche.

Die nächste und letzte Versammlung scheint der Frankfurter Arbeiterverein am 4. Juni in Offenbach gehalten zu haben. Die Allgemeine Arbeiter-Zeitung teilt einige Kundgebungen an die Kölner und Wiener Kameraden mit. Die Ausweisung von PELZ und ESSELEN am 24. Mai störte die Vereinsgeschäfte offenbar ganz wesentlich. Sie wird zwar am Schluß der Nr. 3 zunächst nur lakonisch mit den Worten erwähnt: *„Die Ausweisung der beiden Redakteure dieser Zeitung aus Frankfurt hat durchaus keinen störenden Einfluss auf das Erscheinen derselben. Die Expedition der Allgemeinen Arbeiter-Zeitung.“* An der Spitze der nächsten Nummer 4 vom 7. Juni 1848 muß dann aber *„zur Entschuldigung“* mitgeteilt werden, daß die Zusicherung nicht habe gehalten werden können. Der Drucker C. ADELMANN habe sich geweigert, die fernere Verantwortlichkeit der Zeitung zu übernehmen. Infolgedessen sei nichts übriggeblieben, als die Verlegung des Druckorts nach Hanau, *„wo die Freiheit der Presse noch nicht zu leeren Redensarten geworden ist“*. Sonst gehen weder diese, noch die letzte Nummer des Blattes auf die

näheren Umstände und die amtliche Begründung der Ausweisung ein. Statt dessen steht am Schlusse der letzten Nummer die Anzeige einer kleinen Schrift, die in allen Buchhandlungen zu haben sei und die sich betitelt: „*Offener Protest gegen unsere Ausweisung aus Frankfurt a. Main am 24. Mai 1848 von Eduard Pelz und Chr. Essellen.*“ Ein Exemplar dieses Schriftchens aufzutreiben, ist mir bisher nicht gelungen. Aus einem Protest- und Sympathieschreiben des Kölner Arbeitervereins vom 30. Mai geht noch hervor, daß die Nationalversammlung auf den Antrag, „sich dieser Ausgewiesenen anzunehmen“, nicht eingegangen sei. In der Tat verzeichnet der „*Stenographische Bericht über die Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. vom 3. Juni 1848 (Nr. 8, VII. Sitzung)*“ unter 13 (183) der selbständigen Anträge aus dem Hause einen Antrag des Mainzer Abgeordneten ZITZ (Demokrat), „die Zurücknahme der Ausweisung etc. von ESSELLEN, LÖWENSTEIN und PELZ aus Frankfurt betreffend“. Eine Verhandlung über diesen Antrag habe ich nicht finden können. Vielmehr bestätigt der Abgeordnete WELCKER schon in derselben Sitzung die Kölner Darstellung, indem er ausführt (S. 109 des St.B.): „In dem Fall, wo zwei Bürger aus Frankfurt ausgewiesen waren, haben Sie gesagt: ‚Nun, wenn es auch eine Ungerechtigkeit ist, so ist es eine, die sich auf dem gewöhnlichen Wege erledigen wird; keine, wo die Intervention einer so großen Versammlung nötig ist.‘“ Im übrigen sei die Ausweisung „unter einem ganz nichtigen Vorwande“ erfolgt, meint der Kölner Arbeiterverein. Das Dankschreiben des Frankfurter Arbeitervereins versichert, man habe die Frankfurter Arbeiter durch die willkürliche Ausweisung ihres Vereinsrechtes berauben wollen.

Nach außen hin trat der Frankfurter Arbeiterverein sofort mit mehreren politischen Kundgebungen hervor, denen man politisches Geschick und Zielbewußtsein nicht absprechen kann. Er petitionierte bei der Nationalversammlung um eine alsbaldige Amnestie „für alle sogenannten politischen Verbrecher“, sowie für den Schutz der politischen Unabhängigkeit. Vor allem ersuchte er das Parlament um Bildung eines „Arbeiterkomitees“, d. h. „um die schleunigste Niedersetzung einer Kommission, die im Verein mit Arbeitern und solchen, welche die Lage

*und Wünsche des arbeitenden Volkes kennen, der herrschenden Not schleunigst abhelfe und die durchgreifenden und entschiedenen Mittel berathe, welche die Wiederkehr dieser Noth unmöglich mache*“. Diese Formulierung vermeidet es offenbar absichtlich, schon von den in der Arbeiter-Zeitung aufgestellten bestimmteren Forderungen zu sprechen, nämlich von dem Mindestlohn und der gesetzlichen Regelung von Arbeitszeit und Kündigung. Vielleicht hätte die Erwähnung dieser „Mittel“ umgekehrt dem Verlangen der Arbeiter eine gewinnende Begrenzung gegeben, die ihr in der allgemeinen Fassung fehlte. Klug ist ohne Zweifel folgende Begründung: *„In Norddeutschland haben viele unserer Brüder sich gegen die Bedeutung des Parlaments erklärt, weil nach dem Doppelwahlsystem die unverfälschte Stimme des Volks sich beim Wahlakte nicht habe aussprechen können. Wenn das hohe Parlament sich entschieden und entschlossen auf die Seite des arbeitenden Volkes stellt und wenigstens die allgemeinsten und wesentlichsten Forderungen der Gerechtigkeit erfüllt, wird auch gewiss dieser Theil unseres deutschen Arbeitervolkes mit Anerkennung und Vertrauen zu Ihrer Versammlung hinaufblicken.“*

Leider scheint aber die Ausweisung der beiden Arbeiterredakteure den Zweck der Einschüchterung der Frankfurter Arbeiter nur zu gut erreicht zu haben. Man merkt ganz deutlich am Inhalt der beiden letzten Nummern der Arbeiter-Zeitung, wie das Lichtlein der noch schwachen Organisation unter dem scharfen Polizeiwind bedenklich flackert und vor dem baldigen Erlöschen steht. Man kann sich denken, daß der Druck der Meister und Prinzipale auf ihre Gesellen und Angestellten nach der Ausweisung nicht gering war. Außerdem war der Boden gerade einer Handelsstadt nicht sehr günstig für das Gedeihen einer frühzeitig selbständigen Arbeiterbewegung. Die Handelsangestellten, die ziffernmäßig eine Rolle zu spielen begannen, erwiesen sich der sozialen Belehrung und Organisation sehr unzugänglich. Im Leitartikel der Nummer 5 der ersten Frankfurter Arbeiter-Zeitung wird als Schwanenlied eine Klage *„über den Mangel an Theilnahme des Kaufmannsstandes bei Arbeitervereinen“* angestimmt. Unter den Kaufleuten habe sich ein aristokratisches

Abschließen von dem Handwerkerstand eingeschlichen, so daß in der Regel ein Kaufherr auf den Handwerksmeister nicht minder herabsehen zu müssen glaube, wie der Handlungsdienier auf den Handwerksgesellen. In welchen wirtschaftlichen Verhältnissen diese Erscheinung begründet ist, wird noch nicht untersucht. Dagegen wird die Zuschrift eines Frankfurter Handlungsdieners mitgeteilt, die davon ausgeht, daß die Kommis mit wenigen Ausnahmen *„die verhältnismässig schlechtest bezahlten Arbeiter seien“* und daß sie *„hinsichtlich ihrer subjektiven Freiheit und der Anerkennung ihrer Tätigkeit grösstenteils gegen den gewöhnlichen Tagelöhner im Nachteil sind“*. Der Gründung eines Vereins von Handlungsdienern, für die der Einsender am Schlusse spricht, tritt das Arbeiterblatt ganz entschieden entgegen. Ein solcher Berufsverein werde kaum imstande sein, *„so durchgreifende Schritte . . . in Hinsicht auf die Lage vieler Handlungsbeflissener zu thun, als ein allgemeiner, über ganz Deutschland verbreiteter Arbeiterverein“*. Bekanntlich haben nicht bloß in Frankfurt a. M., sondern in ganz Deutschland die Handelsangestellten bis in die neuere Zeit dem gewerkschaftlichen und sozialistischen Gedanken sehr teilnahmslos gegenübergestanden. Erst die Entstehung großer kapitalistischer Betriebe auch im Handel und für Deutschland schließlich der Umschwung von 1918 hat ihre größeren Standesorganisationen in die allgemeine Arbeiterbewegung hineingezogen. Aber der Prozeß der sozialen Angleichung zwischen Arbeitern und Angestellten ist heute noch nicht vollendet; geschweige denn, daß er im Frankfurt von 1848 schon hätte irgendwelche Wirkung äußern können.

Die Verlegung des Wohnsitzes der beiden Redakteure und des Druckortes nach Hanau taten anscheinend das übrige dazu, den viel verheißenden Frankfurter Anfang zu gefährden. Ein nicht übler Abschied des Redakteurs ESSELLEN ist das politische Glaubensbekenntnis, das er im Schlußartikel der letzten Nummer ablegt. Der Arbeiterverein hatte ihn als Kandidaten für eine nachträgliche Parlamentswahl aufgestellt, von der noch festzustellen wäre, ob sie überhaupt zustande kam. Der Arbeiterkandidat formulierte jedenfalls *„das Notwendigste, was jetzt augenblicklich geschehen muss, um wenigstens die drückendsten Lasten vom Rücken des arbeitenden Volkes zu wälzen“*. in folgenden

sechs Punkten: „1) vollständige Reorganisation des Unterrichts auf humaner, nicht mehr religiöser Basis und Erziehung auf Staatskosten; 2) vollständige gesetzliche Gleichstellung der Arbeiter und Arbeitgeber auch in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse, Kündigungsfristen u. s. w.; 3) eine nach den Lokalverhältnissen und den Lebensmittelpreisen sich modifizierende und durch ganz Deutschland gesetzlich normierte Bestimmung der grössten Arbeitszeit und des geringsten Lohnes. Die bescheidenen Wünsche der Arbeiter, welche die Arbeitszeit auf 11 bis 12 Stunden festgestellt wissen wollen, und in Bezug auf die Bestimmung des Lohnes auch mit geringen Verbesserungen zufrieden sind, müssen in jeder Weise und augenblicklich erfüllt werden; 4) die Volksbewaffnung muss auch auf das arbeitende Volk ausgedehnt werden. Bisher hat man fast überall nur die Bourgeoisie bewaffnet und deshalb nur der Reaktion in die Hände gearbeitet; 5) Einkommen und Erbschaftssteuern, welche in geometrischer, nicht in arithmetischer Progression ansteigen, wodurch besonders die grossen Capitale stark belastet und für die Dauer unmöglich gemacht werden sollen; 6) Schutz der Arbeiter vor jeder Polizeiwillkür und Ausnahmsmassregel. Allgemeines freies Staatsbürgerrecht für sie, wie für alle Deutsche.“

\*  
\*  
\*

So klein die geschichtliche Episode ist, die hier auf Grund einer neu entdeckten Quelle aufgehellert werden konnte, so groß will uns ihre Bedeutung für die Beurteilung der Entwicklungsgeschichte der sozialen Bewegung in Deutschland erscheinen. Man erkennt jetzt, daß auch schon am Beginn der Volksbewegung von 1848 Arbeiterbestrebungen mit durchaus klaren und nüchternen demokratisch-sozialen Zielen vorhanden waren, deren Realisierbarkeit sich im Laufe der Geschichte durchaus erwiesen hat. In dieser kleinen Bewegung gehen politische Aktivität und klare wirtschaftlich-soziale Erkenntnis eine Verbindung ein, die zu dem Schönsten gehört, was die deutsche Geschichtsbetrachtung des 19. Jahrhunderts an Eindrücken gewähren kann. Offenbar wirkten bei alledem ältere Einflüsse der frühesten deutschen Arbeiterbewegung unter WILHELM WEITLING mit. Der Schwung

und die Weite jenes religiösen Frühsozialismus, der in Deutschland, Frankreich und der Schweiz von wandernden Handwerksge-  
sellten verbreitet worden war, hatten bekanntlich selbst dem strengen MARX einen Ausruf ungeteilter Bewunderung entlockt. Und aus den Akten der Demagogenverfolgungen früherer Jahrzehnte wußte man, daß auch in und um Frankfurt Sammelpunkte für die Frühorganisationen dieser Bewegung bestanden hatten. Das blinde und plumpe Zutappen der Frankfurter Polizei aber half zu seinem Teile wieder einmal, die verständigen Frankfurter Anläufe einer demokratisch-sozialen Arbeiterpolitik des Jahres 1848 vernichten, die weit davon entfernt war, sich außerhalb des Kreises politischer Möglichkeiten und organischer sozialer Entwicklung zu stellen. Wenn die geistige Führung gerade des Frankfurter Arbeitervereins hätte Kraft und Umfang gewinnen können, so wären der politischen Weiterentwicklung Deutschlands manche Irrungen und Wirrungen erspart geblieben. Natürlich hat auch die Unreife der Wirtschafts- und Bildungsverhältnisse in der Mitte des 19. Jahrhunderts ihren reichlichen Anteil an dem Steckenbleiben der Arbeiterbewegung. Aber wir sollen dabei doch niemals vergessen, wie viele Keime zum Besserwerden die brutale Gewalt der alten Mächte damals und später zertrat. Wir sollen die verhängnisvolle Wirkung dieser volksfeindlichen Unterdrückungspolitik endlich ernster einschätzen und entschiedener verurteilen lernen, als uns die Schule und die Wissenschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts leider gelehrt haben. Die merkwürdige Auffassung, daß die politische Sonderorganisation der deutschen Arbeiter in der Sozialdemokratie, wie sie sich nachher mit verdoppelter Wucht in den 60er Jahren vollzog, die Ursache für die Machtlosigkeit des deutschen Volkes bis in den Anfang des 20. Jahrhunderts hinein gewesen sei, wird in diesen Zusammenhängen wohl vollends als ein gründlicher Irrtum erkannt. Das Eigentümliche seiner unsicheren sozialen Lage machte den deutschen Arbeiter auch schon 1848 zum schärferen politischen Beobachter und Erkenner, als den Bürger. Daraus erwuchs schon früh der Gegensatz zwischen sozialistischer und bürgerlicher Politik. Dieser Gegensatz ist nicht erst durch Gründung der deutschen Sozialdemokratie in die deutsche Entwicklung hineingetragen worden.

# Allgemeine Arbeiter-Zeitung.

Organ für die politischen und sozialen Interessen  
des arbeitenden Volkes, zugleich Zeitung des  
Arbeiter-Vereins zu Frankfurt a/M.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers  
von Eduard Pelz und Chr. Effellen.

N<sup>o</sup>. 1.

Frankfurt a. M.,

den 18. Mai 1848.

Diese Zeitung erscheint zweimal wöchentlich, am Mittwoch und Sonnabend. Die einzelne Nummer kostet 2 fr. Man abonniert bei allen Buchhandlungen und Postexpeditionen, sowie auch im Lokale des Arbeitervereins in Frankfurt a. M., im Gräber'schen Hause am Graben und in der Expedition der Arbeiterzeitung bei J. G. Müller hinter der Schlimmenauer. Der Pränumerationspreis ist für den Monat 15 fr., für das Vierteljahr 45 fr. Insertionen, wofür sich das Blatt bei seiner großen Verbreitung unter dem Handwerkerstande besonders eignen wird, werden mit 2 fr. für die gespaltene Zeile berechnet.

## Einleitung.

Der Titel unseres Blattes sagt schon, welche politischen Ansichten dasselbe vertreten und verteidigen wird. Wir wollen die Fragen des Tages und die Ereignisse unserer bedeutungsvollen Zeit vom Standpunkt des arbeitenden Volkes aus besprechen. Es leitet uns hierbei die Überzeugung, daß das deutsche Volk so weit an politischer Freiheit, an sittlicher Kraft und wissenschaftlicher Bildung vorangeschritten sei, daß ein solcher Standpunkt als der vorzüglich, ja als der allein berechtigte sich anzukündigen das Recht habe. Wir sind der Ansicht, daß der bisher so gedrückte, verachtete und gefürchtete vierte Stand, der Stand der Arbeiter, heutzutage nicht mehr einen Stand, sondern das ganze Volk bilde, und daß in ihm die Kraft und Größe des ganzen Volkes enthalten sei. Unter Arbeiter verstehen wir jeden, der von seiner eigenen Arbeit und nicht von der Ausbeutung anderer Arbeiter lebt, jeden, der durch seine persönliche Thätigkeit dem Ganzen, entweder der Gemeinde oder dem Volksganzen nützt, mag er als Fabrikarbeiter, als Handwerker den Bedürfnissen der Menschheit genügen und den Wohlstand der Nation schaffen, oder durch die Arbeit des Kopfes seinen Beitrag zur Befreiung, Bildung und Veredlung des Volkes liefern.

(S. 2 im Original.) Ein anderes Volk, als das der Arbeiter in diesem Sinne, kennen wir nicht, und können ihm keinerlei Berechtigung zuerkennen.

*Wir glauben, daß es jetzt an der Zeit sei, die Moose und Wucherpflanzen, welche die Eiche deutscher Volkskraft bedecken, von derselben zu trennen, damit sie in diesem schönen Völkerfrühling herrlicher und kräftiger blühe, wie je zuvor. Die politische Bildung und damit die politische Macht darf nicht mehr, wie leichter Schaum, auf der Oberfläche der menschlichen Gesellschaft schwimmen, sondern muß einen solchen Grad der Dichtigkeit und Schwere erreichen, daß sie in die untersten Schichten des Volkes hinabsinkt.*

*Die Mittel, um dieses bewirken zu können, sind den Freunden des Volkes und der Freiheit durch die neueren politischen Veränderungen und Umwälzungen in die Hand gegeben; wir besitzen das Vereinsrecht und die freie Presse. Dies sind die beiden Hebel, welche die Menschheit in eine andere, glücklichere Lage bringen, und auch eine schwache Hand wird durch diese Hebel Bedeutendes leisten können. Das arbeitende Volk ist der politischen Bildung und Verständigung sehr leicht zugänglich. Es dürstet nach Aufklärung mehr, wie die Natur am heißen Sommertag nach Regen. Die nächste Zukunft schon wird lehren, ob dieser Durst der Völker durch einen wilden Gewittersturm, oder durch einen milden, erquickenden Frühlingsregen befriedigt wird. Je weiter wir in den Sommer hineinkommen, ohne daß das Fieber und Herzklopfen der Völker durch entschiedene Mittel geheilt wird, desto mehr sind wir den Gewitterstürmen ausgesetzt. Der Freund des Friedens und der Freiheit kann nur wünschen, daß die warme Maisonne schon hinreiche, das Glück und die Freiheit des Volkes zum Keimen zu bringen, und es nicht nöthig sei, daß die heißere Julisonne das Herzblut des Volkes zum Kochen bringe.*

*„Wer etwas auf dem Herzen hat, der eile  
Es noch bei Zeiten vor sein Volk zu bringen:  
Schon rührt der Hader seine schwarzen Schwingen,  
Schon liegt das Haupt des Friedens unterm Beile.“*

*Diese Worte des Dichters haben auch uns veranlaßt, mit unserer kleinen, bescheidenen Zeitung uns in das Gewoge der Ansichten und in das Gedränge der Parteien zu stürzen. Sie ist auf den Leserkreis berechnet, für die die anderen hiesigen und fremden Zeitungen ihrer äußeren und inneren Beschaffenheit nach nicht existiren. Dieser Leserkreis ist nicht nur der Zahl nach groß. Wenn wir diesem Teil des Publikums genügen, wenn es uns gelingen sollte, zur Bildung, zur Verständigung, zur Beruhigung des arbeitenden Volkes etwas beitragen zu können, dann werden wir nicht die Angriffe derjenigen betrauern und uns auf die Verständigungen derjenigen einlassen, welche für die sogenannten „höheren, gebildeten“ Stände die Freiheit monopolistisch ausbeuten wollen, welche das arbeitende Volk durch sein Blut und seinen Barrikadenmuth erobert und durch jahrhundertlange märtyrerhafte Entsagung im vollsten Maße verdient hat. Man wird den verhassten Namen Kommunismus, welcher in unseren Tagen denselben Klang hat und zu denselben polizeilichen Zwecken und Verdächtigungen gebraucht wird, wie vor achtzehn Jahren das Wort Demagogie, auch auf unsere Bestrebungen schleudern; wir werden aber solche Angriffe mit derselben Gleichgültigkeit*



hinnehmen, mit welcher wir vor einigen Tagen die Bewaffnung einer ganzen Stadt bei Gelegenheit einer harmlosen (S. 3 im Original) Arbeiterversammlung betrachteten. Wir begreifen die Furcht, welche gewisse Leute vor dem arbeitenden Volke und vor allen Bestrebungen zu Gunsten dieses arbeitenden Volkes haben, recht wohl. Es ist die Furcht vor der ewigen Gerechtigkeit in der Weltgeschichte. Für diese Furchtsamen, für diese Fanatiker der Ruhe, welche nöthigenfalls zu den Waffen greifen, um die nirgend gestörte Ruhe wiederherzustellen, für diese Leute reden und schreiben wir nicht. Sie sind durch ihre Furcht besser gestraft, als durch unsere Kritik.

Das deutsche Arbeitervolk ist so gut, so bieder, so treu, so fleißig, daß man nicht mit Mißtrauen, sondern nur mit Achtung und Zuneigung dasselbe betrachten kann. Was hat dieses Volk nicht geleistet? Was alles hat es nicht erduldet? Die Leiden eures Heilands, ihr Christen, hat es zehnfach ertragen. Es hat ganze Provinzen, wie Schlesien, verhungern sehen und — geschwiegen. Aber es ist nicht mehr Willens, länger zu verhungern und zu schweigen. Seine letzten Hoffnungen hat es auf das Parlament gesetzt. Das Volk wird vor der Hand mit den notwendigsten, wesentlichen Rechten und Grundbedingungen seiner Wohlfahrt und Freiheit sich zufrieden stellen, es weiß, daß jahrtausendlanges Elend und Unrecht nicht in einem Tag abgeschafft werden kann. Aber wenn das Parlament, das größtenteils nach einem ungerechten, sinnlosen Doppelwahlsystem gewählt ist, sich nicht auf die Seite der Freiheit schlägt und unbedingt den durch Revolution eroberten und durch das Vorparlament ausgesprochenen Grundsatz der Volkssouveränität festhält; wenn die edlen Männer aus dem Volke, welche für des Volkes Wohlfahrt und Freiheit sprechen, von den geheimen Agenten der Fürsten, welche der Bundestag vorschlug, von den öffentlichen Beamten derselben, von dem Adel und den Banquiers überstimmt werden; wenn man endlich soweit gehen sollte, zu unseren 33 Fürsten und 500 Prinzen noch einen deutschen Kaiser hinzuzuwählen, welcher das Blut, die Tränen und den Schweiß des Volkes bei üppigen Hofgelagen in Champagnergläsern hinuntertrinkt; dann ist der Augenblick gekommen, wo, wie der Herr von Vincke auf dem ersten preußischen Landtag sagte, „der Patriot weinend sein Haupt verhüllt,“ wo die Blutsaat aufgeht, welche die Reaktion schon so lange gesäet hat. Wer noch an Gott glaubt, der bete, daß er solches Unglück verhüte.

Wie gesagt, wir wollen nicht die Revolution, sondern unsere Gegner. Die Partei des Volkes ist stets ruhig; die Partei, deren Losungswort die Gerechtigkeit ist, handelt stets gesetzlich, die Partei, deren Kennzeichen die Liebe (sic!) zum Volke ist, kennt keinen Haß. Aber das Volk ist nicht so feige, den Fehdehandschuh liegen zu lassen, wenn er ihm muthwillig hingeworfen wird.

Das Gesagte wird hinreichend sein, um die friedliche aber entschiedene Politik dieser kleinen Zeitung vor Verdächtigungen und Mißverständnissen zu schützen. Von den Personen der Redakteure zu sprechen, glauben wir nicht aus übelverstandener Bescheidenheit unterlassen zu müssen, Eduard Pelz hatte in Schlesien hinreichend Gelegenheit, die Lage und die Ansichten

des arbeitenden Volkes kennen zu lernen, was er in mehreren Schriften und Broschüren bewiesen zu haben glaubt, und noch in der letzten Zeit hat er als Mitredakteur der deutschen Volkszeitung bewiesen, daß er unbedingt auf der Seite des Volkes stehe. Der andere Redakteur hat wenigstens vorläufig als Vorstand des hiesigen Arbeitervereins Gelegenheit, besonders die hiesigen Arbeiterzustände (S. 4 im Original) kennen zu lernen, für deren Besprechung dieses Blatt vorzugsweise bestimmt ist. Wir glauben, daß zwei Redakteure, trotz der Kleinheit des Blattes durchaus nicht überflüssig sind, da bei dem geringen Raum, der dem ungeheuren Stoff zu Gebote steht, die Redaktion sehr sorgfältig vorgenommen werden muß. Entsagen und sich beschränken, ist das Losungswort des arbeitenden Volkes. Es ist auch das unsere. Da wir unsere politischen Ansichten nicht in einem größeren, täglich erscheinenden Blatt vertheidigen können, so werden wir wenigstens dem kleinen Amte mit der Treue und Gewissenhaftigkeit nachkommen, welche der Ernst der Zeit und die Liebe zur guten Sache mit sich bringt.

Bei dem Mangel demokratischer, entschiedener Zeitungen in Süddeutschland wird unser Blatt auch auf einen weiteren Kreis von Lesern rechnen können, als den Arbeiterverein, für den sie (sic!) zunächst bestimmt ist.

\* \* \*

### Ein politisches Glaubensbekenntnis.

Da der Arbeiterverein mich als Kandidaten für die bevorstehende Parlamentswahl der Permissionisten<sup>1)</sup> aufgestellt hat, bin ich aufgefordert, in allgemeinen Grundzügen mein politisches Glaubensbekenntnis abzulegen. Ich füge mich dieser Aufforderung, nicht als ob ich es nothwendig fände, meinen Freunden gegenüber meine politische Überzeugungen und Bestrebungen darzulegen, denn diese kennen mich in dieser Beziehung bereits schon zur Genüge, oder als wenn ich mich in den Augen meiner Feinde rechtfertigen und vertheidigen wollte, denn ich weiß sehr wohl, daß man diesen Leuten gegenüber nicht durch Gedanken, sondern nur durch Ereignisse gerechtfertigt und geschützt wird; aber ich will nur (sic!) die Gelegenheit nicht entgehen lassen, diejenigen Überzeugungen, von denen meine beginnende politische Tätigkeit ausgegangen ist, und welche die Mitglieder des Arbeitervereins schon aus meinem Munde gehört haben, in wenigen kurzen bestimmten Sätzen zusammenzufassen, damit man mit einem Blick meine politische Richtung erkennen und beurtheilen könne. Ich denke aber, die Zeit ist schon so weit vorgerückt, daß wir kein Bekenntniß, was wir glauben, sondern, wie wir zu handeln gedenken, abzulegen haben. Denn das deutsche Volk ist noch nicht wieder in einen solchen Zustand der Ruhe und Untätigkeit zurückgekehrt, daß seine politischen Kämpfe, wie in der Zeit vor der

1) Das ist die damalige Bezeichnung der nach Frankfurt a. M. Zugezogenen, die einer besonderen Erlaubnis (Permission) zum Wohnen in der Stadt bedurften. D. H.

Revolution<sup>2)</sup>, durch Wort und Schrift, in Büchern oder in Zeitungen ausgekämpft werden könnten. Wir stehen nur erst am Anfang der Revolution<sup>2)</sup>, von welcher Viele glauben, sie sei schon zu Ende. Ich bin nicht der Ansicht, daß nur in einem kurzen politischen Rausche die Barrikaden in Wien und Berlin errichtet wurden und daß die Besiegung der Republikaner im Großherzogthum Baden das Strohfeuer unserer politischen Leidenschaft ausgelöscht habe. Das deutsche Volk vermeint es wirklich ernstlich mit der Revolution, und wird sie mit der Consequenz und Entschiedenheit, aber auch freilich mit der Langsamkeit und Schwerfälligkeit, die ihm seit Jahrtausenden eigen ist, durchführen. Der Aufschub, den die Revolution in der letzten Zeit erlitten hat, und der durch den Glauben des deutschen Volkes an die revolutionäre Thätigkeit des Parlaments herbeigeführt worden ist, macht die Revolution nur noch erbitterter und hartnäckiger; je mehr man sie zu unterdrücken droht, desto hitziger und heißblütiger wird sie sich wieder erheben. Der in unsern Tagen so schaaam- und sahrankenlos auftretenden Reaktion ist es dephalb zuzuschreiben, wenn die deutsche Revolution einen finstern, blutigeren Charakter annimmt, als sie in ihrem Anfang zeigte, und als zum humanen Wesen des deutschen Volkes paßt. Jeder humane, friedliebende Politiker muß deshalb wünschen, daß die Revolution sobald wie möglich fortgesetzt und zu Ende gebracht werden möge. Dies Verlangen liegt nicht nur in unserer inneren, sondern auch in unserer auswärtigen Politik begründet. An allen Grenzen von Deutschland wächst Krieg. Wenn wir uns nicht bald zu einem einigen, freien und damit starken Staate entschließen, wenn wir nicht bald die Sonderbündnisse und Sonderzwecke unserer Fürsten unterdrücken, so fehlt uns jede Kraft und Macht, um dem von allen unsern Grenzen andringenden Kriege Widerstand entgegenzusetzen. Deutschland wird, wenn es sich nicht vereinigt, wenn es sich keine mächtige, fast diktatorische Centralgewalt schafft, die alle geistigen und materiellen Kräfte des deutschen Volkes zu einem Zwecke und nach einem Plan gebrauchen kann, das Schlachtfeld werden, auf dem unsere Nachbarvölker ihre Kriege führen. Der Krieg zwischen Österreich und Italien wird auf deutschen Boden verpflanzt werden; der Kaiser von Rußland bricht, gerufen von den Fürsten der heiligen Alliance, mit seinen asiatischen Horden herein; die Franzosen werden mit scharfem Schwerte dem unglücklichen Polenwolke beistehen, das durch unsere Fürsten und das Parlament wiederum hingeschlachtet und getheilt werden soll. Dazu wird der Bürgerkrieg im Innern wüthen; die Bourgeoisie zieht gegen den vierten Stand zu Felde und die Fürsten werden, wie bisher, ihre Soldateska gegen ihre Unterthanen hetzen, Deutschland wird, wenn es nicht noch bei Zeiten die Gefährlichkeit seiner Lage einsieht, eine Zeit erleben, die den dreißigjährigen Krieg und die Napoleonische Herrschaft an Schmach und Unglück tausendfach überbietet.

Die einzige Hoffnung auf den Frieden und auf eine glückliche Entwicklung der Ereignisse liegt in einer schnellen, ehrlichen entschiedenen

2) Das Wort wechselt fortwährend die Schreibweise. D. H.

*Fortsetzung und Beendigung der Revolution. Das Ende dieser begonnenen, und unterbrochenen Revolution ist die eine, untheilbare deutsche Republik. Eine Theilung der Gewalt zwischen Fürst und Volk, die sich immer gegenseitig mit Eifersucht beobachten und ihre Kraft zu schwächen suchen, kann zu einer Zeit nicht mehr beibehalten werden, wo unser Vaterland nur durch Vereinigung und Entwicklung aller seiner Kräfte gerettet werden kann. Die republikanische Reform sichert dadurch, daß sie alle Kräfte des Staates vereinigt und der Exekutivgewalt zum freien Gebrauche anheimstellt, uns jene politische Macht und Würde, die zu unserm Bedürfniß eben so gut wie zu unserm Ehrgefühl paßt. Ein freies, republikanisches Deutschland wird nicht der Spielball diplomatischer Intriguen sein, wozu sich unsere drei und dreißig Monarchien hergeben.*

*Wir entscheiden durch unsere Freiheit zugleich auch das Schicksal der uns umwohnenden Nationen. Polens Freiheit ist die schönste Frucht der unsrigen. Wenn der Süden von Deutschland nicht mehr unter österreichischem Kaiserscepter trauert, wird auch der Krieg in Italien beendet sein. Wenn wir uns zu den socialen Reformen entschließen, die Frankreich für sich allein nicht durchführen kann, so machen wir es unserm französischen Brudervolke möglich, auf friedlichem Wege die Consequenzen seiner glorreichen Revolution zu ziehen. Unsere Freiheit verbreitet nach allen Seiten hin Freiheit, Glück und Frieden; unsere Unentschiedenheit, unsere Halbheit und Feigheit dagegen verwirrt alle Fäden der Weltgeschichte so gründlich, daß der Knoten nur durch das Schwert eines Alexander durchhauen werden kann.*

*Wir haben jetzt noch die Wahl. Nur wenn wir uns schnell und entschlossen zu der Staatsform entschließen, deren Vernünftigkeit und Nothwendigkeit unsere Gegner nicht einmal zu bestreiten oder zu bezweifeln wagen, können wir das einige und starke Deutschland erzielen, welches herbeizuführen das Bestreben aller bestehenden politischen Parteien ist. Wer den Frieden wünscht, muß auch die Kraft und Einheit unserer politischen Einrichtungen erstreben. Diese sind mit dem Institut einer schwankenden, balancirenden, konstitutionellen Monarchie nicht vereinbar. Der Freund der Friedens ist auch der Freund der Republik.*

*Aber die Republik ist nicht Ziel unserer Wünsche, sie ist uns nur Mittel zum Zweck, sie ist nur Voraussetzung unserer socialen Bestrebungen, die Republik, die reine, consequente Volksherrschaft, ist nur die Grundbedingung der socialen Reform, auf die unser Hauptstreben und unsere Haupttätigkeit gerichtet sein muß. Wir erkennen in der Organization der Arbeit die Aufgabe der nächsten Jahrhunderte. Daß wir diesen großen Zeitraum hier bestimmen, zeigt schon, daß wir uns nicht überstürzen, sondern einen Schritt nach dem andern, fest, ruhig und besonnen thun wollen. Die sociale Reform kann nur mit der immer steigenden und sich verallgemeinenden (sic!) Bildung Hand in Hand gehen, und eben so wenig, wie diese, kann auch jene durch Revolutionen gemacht und durch Parlamentsbeschlüsse dekretirt werden; sie muß sich von innen heraus durch die all-*

*gemeine Verbesserung und Vernünftigung (sic!) der einzelnen Menschen und Zustände entwickeln.*

*In diesen allgemeinen Grundzügen ist ein Bild derjenigen Politik angedeutet, welche der Meinung des Verfassers nach, allein mit der Größe unserer Zeit und mit den Anforderungen, welche schon die nächste Zukunft an uns machen wird, im Einklange steht. Die einzelnen Stufen der socialen Reform können hier nicht angedeutet werden, weil ihre Bestimmung von tatsächlichen Verhältnissen abhängt, die man nicht im Voraus bestimmen kann. Das Nothwendigste, was jetzt augenblicklich geschehen muß, um wenigstens die drückendsten Lasten vom Nacken des arbeitenden Volkes zu wälzen, ist folgendes:*

1) *vollständige Reorganisation des Unterrichts auf humaner, nicht mehr religiöser Basis und Erziehung auf Staatskosten;*

2) *vollständige gesetzliche Gleichstellung der Arbeiter und Arbeitgeber auch in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse, Kündigungsfristen u. s. w.;*

3) *eine nach den Lokalverhältnissen und den Lebensmittelpreisen sich modifizirende und durch ganz Deutschland gesetzlich normirte Bestimmung der größten Arbeitszeit und des geringsten Lohnes. — Die bescheidenen Wünsche der Arbeiter, welche die Arbeitszeit auf 11 bis 12 Stunden festgestellt wissen wollen und in Bezug auf die Bestimmung des Lohnes auch mit geringen Verbesserungen zufrieden sind, müssen in jeder Weise und augenblicklich erfüllt werden.*

4) *Die Volksbewaffnung muß auch auf das arbeitende Volk ausgedehnt werden. Bisher hat man fast überall nur die Bourgeoisie bewaffnet, und deßhalb nur der Reaktion in die Hände gearbeitet.*

5) *Einkommen und Erbschaftssteuern, welche in geometrischer, nicht in arithmetischer Progression ansteigen, wodurch besonders die großen Capitale stark belastet und für die Dauer unmöglich gemacht werden sollen.*

6) *Schutz der Arbeiter vor jeder Polizeiwillkühr und Ausnahmsmaßregel. Allgemeines freies Staatsbürgerrecht für sie, wie für alle Deutsche.*

*Daß die andern Grundrechte des deutschen Volkes, welche theilweise schon gewährt sind, wie Press-, Rede- und Glaubensfreiheit, u. s. w. im ausgedehntesten Maße festgestellt werden müssen, versteht sich von selbst und geht aus der vorgeschlagenen republikanischen Grundform des Staates unmittelbar hervor. Namentlich ist die Aufhebung alles Census für Wahlen, wie für Geschworenengerichte, eine der Reformen, deren augenblickliche Herbeiführung wir erstreben müssen. Daß wir das System der direkten Wahlen als das einzig vernünftige und ehrliche anerkennen, braucht wohl nicht mehr erwähnt zu werden.*

*Das Gesagte wird genügen, um den politischen Standpunkt des Verfassers nach rechts, wie nach links hin festzustellen. Die reine Demokratie ohne Concessionen und Rücksichten für veraltete unvolksthümliche Staatseinrichtungen, ist das Losungswort nicht nur der Zukunft, sondern schon der Gegenwart. Es ist auch mein Losungswort.*

*Hanau, den 7. Juni 1848.*

*Chr. Essellen.*

## Urkommunismus und Urreligion.

Eine Erwiderung auf Heinrich Cunows Besprechung.

Von

Heinrich Eildermann (Bremen).

Es war unschwer vorauszusehen, daß C. von der Lektüre meines Buches „Urkommunismus und Urreligion“ nicht auf das angenehmste berührt werden würde, und man kann es nur verständlich finden, wenn er in seiner Betrachtung desselben in diesem „Archiv“ (X, 428/433) zum Resultat gelangt, es wäre besser ungeschrieben geblieben. Ich habe mich eben recht viel gerade mit den Schriften von C. befaßt, weil er vielen als der führende Theoretiker des Rechtssozialismus gilt, und es ist von Interesse zu beobachten, daß seine unfruchtbare, fehlerhafte und opportunistische „marxistische“ Einstellung gegenüber dem tagespolitischen Kampf, wie sie unter anderem sich in seinem neuen theoretischen Werke „Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie“ ausspricht, auch bereits in seinen Schriften über die menschlichen Urstufen („Ursprung der Religion“, „Die Verwandtschaftsorganisationen der Australneger“ usw.) sich offenbart. Auf diese Tatsache das Augenmerk zu lenken, war um so notwendiger, als bisher auf diesem Gebiete C.s Autorität von sozialistischer Seite überhaupt nicht angefochten wurde. Es war dies nicht die einzige Aufgabe, die ich mir in dem Buche „Urkommunismus und Urreligion“ stellte; aber sich den Marxismus derer anzusehen die sich Marxisten nennen, erscheint mir wichtiger als die Bekehrung der Gegner der materialistischen Geschichtsauffassung. Gern will ich C. zugestehen, daß er letztere Aufgabe mit mehr Erfolg versieht. Die wahre revolutionäre Lehre von MARX ist dazu auch weniger tauglich. Ich konnte an C. deshalb nicht vorbeigehen, weil er sich ausdrücklich auf den Boden des historischen Materialismus stellt. Hinzukommt, daß er theoretisch in vielem recht gut Bescheid weiß, aber in

der Praxis seiner besseren Erkenntnis immer wieder ins Gesicht schlägt. Beispiele werden folgen.

Zunächst müssen wir die Tatsache verzeichnen, daß C. nicht zwischen Forschungsweise und Darstellungsweise unterscheidet und darum zu einer langen Reihe von Angriffen und Vorwürfen gegen meine Forscherqualitäten und zu indirekten Lobeserhebungen seiner selbst gelangt, wie sie jemandem, der das Nachwort zur II. Auflage von MARX' Kapital (S. 821) gelesen hat, eigentlich fern liegen sollten. MARX setzt dort sehr klar auseinander: Es „muß sich die Darstellungsweise formell von der Forschungsweise unterscheiden. Die Forschung hat den Stoff sich im Detail anzueignen, seine verschiedenen Entwicklungsformen zu analysieren und deren inneres Band aufzuspüren. Erst nachdem diese Arbeit vollbracht, kann die wirkliche Bewegung entsprechend dargestellt werden. Gelingt dies und spiegelt sich nun das Leben des Stoffes ideell wieder, so mag es aussehen, als habe man es mit einer Konstruktion a priori zu tun<sup>1)</sup>.“

C. ist diese Stelle gewiß bekannt. Wie nun, wenn ich den Umstand, daß er ihre Wahrheit bei der Beurteilung meines Werkes so gröblich außer Acht läßt, nach seiner eigenen Methode ausbeuten wollte? Ich müßte jetzt den Schluß ziehen, C. habe in seinem Leben MARX' Kapital noch nicht in der Hand gehabt. Wohl verstanden, so argumentiert C. gegen mich! Zum Beispiel zählt er eine Reihe von Schriften auf, die ich nicht kennen, nicht gelesen, nie in der Hand gehabt haben soll! Und warum nicht? Weil ich absichtlich nicht immer, auch wo ich es konnte, die sogenannten „Quellenwerke“ zitierte, sondern möglichst ihn selbst, C. Das aber geschah, wie schon angedeutet, mit einem gewissen Vorbedacht. Denn ich zog aus den Tatsachen, die C. mitteilt, andere Schlüsse als er und leider Schlüsse, die sich gegen ihn selbst richten.

Er folgert auch wahrscheinlich, weil ich in meiner Darstellung des Urkommunismus der Australierstufe nicht genug mit australischen Brocken um mich werfe: „Von der Sprache der australischen Eingeborenen hat E. natürlich erst recht keine Ahnung.“ Wie dem auch sei, ich hatte immerhin soviel „Ahnung“, um C. mit dem mir zu Gebote stehenden Wissen glatt auf den Sand

1) Kapital I. II. Aufl. 1872. S. 821.

zu setzen. Ich brauche nur daran zu erinnern, wie er den Ausdruck „von zu gleichem Fleisch“ mißverstanden hat. Er bezieht ihn auf das Fleisch zu naheverwandter Menschen, die einander nach australischen Sitten nicht heiraten dürfen, während ich ihn, in der Auffassung, daß dem Primitiven die modernen Blutsverwandtschaftsbegriffe fernliegen, auf das Fleisch der verschiedenen Nahrungstiere beziehe. Es wird noch bei dem Punkte „Exogamie“ die Rede davon sein. Natürlich behauptet C. trotz alledem, daß nicht er, sondern ich die dicke „Kulturbrille“ trage.

Ebenso zog ich aus der Tatsache, daß in der australischen Horde die älteste und jüngste Altersschicht, im Gegensatz zur mittleren, den jagdtüchtigen Männern und deren Frauen, übereinstimmend benannt sind, wichtige Schlüsse auf den Ursprung dieser sozialen Gruppierung, die C. lediglich als Generationsschichtung bezeichnet. Die Namengebung deutet in interessanter Weise das Aufkeimen des Klassegegensatzes an durch die Scheidung der wandernden Horde in den Trupp der vorauseilenden eigentlichen Jäger und den Schwarm der Nachzügler, der, abgesehen von den Weibern, aus den ältesten und jüngsten, d. h. den von Natur aus bedürftigsten Mitgliedern der Horde besteht. Daß diese Gegensätze einschneidende soziale Gegensätze sind, ist aus vielen Tatsachen, nicht nur aus der Namengebung, abzuleiten. Aber wenn C. diese selbstverständlichen Zusammenhänge zwischen der sozialen Struktur und der Namengebung nicht sieht — und es ist dies nur ein Beispiel seiner „Ahnungslosigkeit“ — so muß sich doch die Frage aufdrängen: Was nützen ihm eigentlich seine Kenntnisse der australischen Sprache?

Natürlich ist die wissenschaftliche Analyse zu meiner Arbeit der Niederschrift vorangegangen. Niemand, wenigstens kein Marxist, dürfte mir einen Vorwurf daraus machen, daß ich hier, wo von Grund aus neu zu bauen war, konstruktiv aufbauend verfuhr; denn der Beweis war wesentlich durch den Zusammenhang, in dem die Tatsachen erschienen, zu erbringen. Die historische Entwicklungsreihe, die ich aufstellte, empfing ihr konkretes Material selbstredend aus den bestehenden Verhältnissen der Naturvölker, so daß also meine „wissenschaftliche Grundlegung“, der Ausgangspunkt meiner Untersuchungen nach dieser Seite, mindestens so solide ist wie bei C. Der Unterschied zwischen



ihm und mir liegt in meiner Anwendung der geschichtlichen Methode und zwar in dem erstmaligen Versuch einer geschichtlichen Darstellung dieser Materie überhaupt. Wie wenig C. im Grunde vom Wesen der Geschichtsschreibung versteht, falls es sich um die selbständige Anwendung der marxistischen Methode handelt, zeigt er immer wieder dadurch, daß er das von mir scharf betonte Vor- und Nacheinander der verschiedenen Entwicklungsstufen vollkommen außer Acht läßt und die Stufen, wie wir sehen werden, einfach durcheinander wirft, um dann aus den als gleichzeitig nebeneinander gestellten, entwicklungsgeschichtlich aber auseinander liegenden Dingen — ohne große Kunst natürlich — Witze, er sagt „faule Witze“, zu konstruieren, die er mir dann in die Schuhe schiebt.

Die eigentliche Besprechung meines Buches, die sachlichen Einwendungen, sind über dem Vergleich, den C. zwischen unseren persönlichen Forschungseigenschaften anstellt, leider nur kurz ausgefallen. Auf den größten Teil des Buches, den religionsgeschichtlichen, der den Ursprung der Religion in völlig neue Beleuchtung rückt, kommt C. wohlweislich mit keiner Silbe zu sprechen. Er greift überhaupt im Grunde nur einen einzigen Punkt heraus, bei dem er aber dann auch gründlich danebenhaut: die Jagd-gefährtschaft. In der Tat hätte sich C. seine Mühe gänzlich sparen können, wenn er nur die ersten Seiten des ersten Kapitels meines Buches, wo es von „Jagdgefährtschaft“ und Horde handelt, genau genug gelesen hätte. Schon die Unterscheidung zwischen der australischen Horde und der als ungeteilt zu denkenden Urhorde zu fassen, ist C. nicht möglich. Während ich von der Urhorde sage, sie möge im ganzen 50 Mitglieder gezählt haben, macht C. daraus: „Gleich zu Beginn seines Buches unterstellt er zum Beispiel, daß die australische Horde, die, wie er sagt, im ganzen ‚höchstens 50 Köpfe‘ zählt, in eine Reihe Jagdgefährtschaften geteilt ist, und zwar stellten diese Gefährtschaften feste Verbindungen, ‚Produktionsgruppen‘, wie er sagt, dar, deren jede in der Lieferung von bestimmter Nahrung, namentlich dem Fleisch bestimmter Tiere, groß war.“ Wie heißt es aber im Wortlaut auf S. 16 meines Buches?

„Zur Erklärung gewisser ethnologischer, uns im weiteren be-  
gegnenden Tatsachen ist es notwendig, schon für die Urhorde

diese Tendenz voranzusetzen, die für den späteren Entwicklungsverlauf bezeugt ist, sich zeitweilig in Jagdgesellschaften mit besonders bevorzugten Jagdarten zu zersplittern, in verschiedene Produktionsgruppen, deren jede in der Lieferung von bestimmter Nahrung, namentlich dem Fleisch bestimmter Tierarten, groß war. Doch wird im allgemeinen festzuhalten sein, daß jedes männliche Hordenmitglied mehr oder weniger in alle Jagdarten und Jagdmethoden seiner Gefährten eingeweiht war, was vor allem auf die älteste, hier in Rede stehende Zeit angenommen werden muß.“

Daß diese Gefährtschaften in der Urhorde schon „feste Verbindungen“ bilden sollen, wie C. mir unterstellt, davon ist also absolut nicht die Rede. In der australischen Horde freilich liegt die Sache wesentlich anders. Daß, wie C. bei ERHARD EYLMANN zitiert, der australische Jäger selten „in der Absicht den Jägerplatz verläßt, nur auf eine ganz bestimmte Tierart Jagd zu machen“, wird schon stimmen. Aber was besagt das gegen mich? Ich behaupte, und C. leugnet diese unzweifelhaften Tatsachen ja auch nicht: der australische Jäger geht in der Absicht aus, eine ganz bestimmte Tierart zu schonen, nämlich die seiner Totemgenossenschaft. In dieser Schonung liegt das Wesen des Totemismus, aber nicht in ihr allein; oder sagen wir lieber: diese Erscheinung muß im Zusammenhang mit verwandten und zunächst liegenden Verhältnissen begriffen werden.

Ich behaupte weiter, und das ist es, was C. mir vorhält: die Jagdgesellschaft, weil sie Produktionsgruppe ist, ist für mich diejenige soziale Einheit, von der alle anderen Gruppenbildungen und Organisationen ausgehen, resp. zu erklären sind, so z. B. auch die Totemgenossenschaft. Die Sache verhält sich einfach so, daß die Totemgenossenschaft der australischen Eingeborenen nicht nur auf den Gesetzen der Speiseverteilung, sondern auch auf einer unzweifelhaft bestehenden Arbeitsteilung beruht, resp. auf eine solche zurückgeht. Die einzelnen Totemgruppen benennen sich in der Regel nach einem Jagdtier, das aber merkwürdigerweise vielfach gar nicht gejagt und gegessen, sondern von der betreffenden Gruppe geschont wird. C. fragt: Welchen Zweck verfolgt denn eine Jagdgesellschaft damit, ein Tier zum Totemtier der Horde erwählt zu sehen, das sie gar nicht

jagen oder zum wenigsten nicht essen darf? Darauf ist zu erwidern: auf höherer, nicht auf niedrigster Entwicklungsstufe, tritt zur Jagd die Schonung der Tiere hinzu, und der Zweck der Schonung ist alsdann der gleiche wie der Zweck des Jagens, nämlich die Produktion der betreffenden Nahrung. Wir haben es hier mit einer Regelung der Produktion nach dem jeweiligen Bedarf oder Nichtbedarf an dieser oder jener Speise zu tun, die wesentlich, wie ich zeige, im Interesse der herrschenden Klasse der alten Männer liegt. Die Produktion wird aber ursprünglich, bevor diese Regelung sich durchsetzte, weniger in der Schonung als in der eigentlichen Jagd bestanden haben, wie ja auch die Totemleute teils durch Jagd, teils durch Schonung für das Vorhandensein der betreffenden Speise sorgen, dafür verantwortlich sind. Es dürfte also für die ursprüngliche Produktionsgruppe, in eine noch ungeteilte Urhorde projiziert, der Name „Jagdgefährtschaft“ wohl nicht unpassend sein. Die Arbeitsteilung, die wir vorfinden, muß doch einmal ihren Anfang genommen haben. C. aber, das australische Festland vergeblich nach der „Jagdgefährtschaft“ durchstöbernd, ruft: „Entstellung“, „bloße Voraussetzung“, „gewagteste Hypothesen und Konstruktionen!“ Würde bei MARX über die Bedeutung der Produktionsverhältnisse für die übrigen Gesellschaftsverhältnisse nachforschen, er würde vielleicht verstehen, warum sich die australischen Totemgruppen in ihrer großen Mehrheit nach Nahrungstieren benennen, daß sie diese anfangs gejagt haben, und daß sie ihre Totemtiere ursprünglich nicht schonten, nur um ihrem „Großen Geist“ nicht zu nahe zu treten, oder um lediglich bei der Eheschließung nicht eine verkehrte Blutmischung zu erzielen. Das sollte für Anhänger des historischen Materialismus, ganz gleich welcher Nuance, eine Selbstverständlichkeit sein.

C. hat ganz recht: Wir finden „nicht nur Vierfüßler, sondern auch Raupen, Käfer, Ameisen, ferner Bäume (besonders den australischen Teebaum) und Kräuter, ja auch den Regen und den Mond als Totembenennungen“. Aber er knüpft daran den billigen Witz: „Gibt es denn auch Gefährtschaften, die speziell Raupen, Käfer oder Teebäume jagen oder im Mond ihr besonderes Nahrungstier sehen?“ Im Buche „Urkommunismus und Urreligion“, namentlich im Abschnitte „Übertragung der Totem-

idee“, hätte C. ausführliche Antwort auf seine Frage finden und aus ihr entnehmen können, daß Regen und Mond keine ursprünglichen Totembenennungen sind, wenn auch die Bedeutung des Regens — nicht für die Jagd sondern — für die Produktion unschwer zu erkennen ist. Und was die Gestirne betrifft, so liefern sie den primitiven Jägervölkern ebenfalls wirtschaftlichen Nutzen; zum Teil freilich nur solchen eingebildeter Natur, in welchem Falle wir es mit einer späteren „Übertragung der Totem-idee“ zu tun haben. Man muß schon glauben, daß C. um rein polemischer Zwecke willen hier ernste wissenschaftliche Untersuchungen ins Lächerliche zu ziehen sucht. Jedenfalls kann er mit solchen grotesken Verzerrungen Eindruck nur bei Lesern erzielen, die der Sache selbst fernstehen.

Sowenig wie in dem eben behandelten Punkte brauche ich meine Darstellung in dem folgenden, eng damit verknüpften, zu revidieren: in der Frage der Exogamie (der Heirat von einer Horde zur anderen). Gerade in dieser Frage ist mir von Lesern meines Buches, die sicher so sachverständig sind wie C., besonders entschiedene Zustimmung geworden. Ich bestreite nicht, daß ich die Exogamie aus den Verhältnissen der Produktion und Konsumtion bei diesen Jägervölkern ableite, d. h. sie aus der Geschlechts- und Produktionsgenossenschaft, letzten Endes aus der Produktionszelle, der Jagdgefährtschaft, erkläre. C. scheint empört über die Einfachheit meiner Lösung der von ihm offenen Fragen. Darum sagt er: Auch die Exogamie „weiß E. mit kühner Hinwegsetzung über alle festgestellten Tatsachen einfach aus der von ihm erfundenen Jagdgefährtschaft abzuleiten.“ Eine Tatsache, die nicht von mir erfunden, sondern nur festgestellt zu werden brauchte, ist der Zusammenhang zwischen der bei den primitiven Völkern vorhandenen Arbeitsteilung und Speiseverteilung und der Heiratsordnung; was C. aber „festgestellte Tatsache“ nennt, ist die fixe Idee von der Entstehung der Außenheirat aus der anfänglichen „Raubhe“ (dem ständigen Frauenraub), die er von bürgerlichen Schriftstellern und schlechten Beobachtern übernommen hat.

Die australischen Rechtsgewohnheiten suchen durch die Heirat stets verschiedenes Fleisch miteinander zu verbinden; die von „zu gleichem Fleisch“ dürfen keine Ehe eingehen. Der Vater,

resp. seine Genossenschaft, gibt die Tochter nicht wahllos fort, sondern stets dem Jäger eines anderen Fleisches. Der Jäger wird dadurch verpflichtet, bestimmte Fleischprodukte oder andere Erzeugnisse der Jagd- und Sammeltätigkeit seiner neuen Verwandtschaft zu liefern. Vielfach ist aber die Jagd und Sammelarbeit bereits in die Schonung der betreffenden Nahrung übergegangen. Doch ändert das an den Heiratsnormen, sowie an deren Ursprung aus der beschriebenen Arbeitsteilung nichts. Die Formen der Eheschließung sind zwar verschieden, doch ist die ökonomische Regel, die hineinspielt, nicht zu übersehen. Niemals kann innerhalb einer Jagdgefährtschaft, resp. Totemgruppe geheiratet werden. Das ist des „zu gleichen Fleisches“ wegen ökonomisch und daher sozial unzulässig. Liegen die Gruppen, die ineinander heiraten, in verschiedenen Horden, so findet ein Hinüber- und Herüberheiraten zwischen den Horden statt, ein Frauentausch. Manchmal ein wirklicher Frauenkauf, indem die Frau gegen Geschenke aus einer anderen Horde eingetauscht wird. Manchmal wird die Frau geraubt. Für die Urhorde, bei der die Gefährtschaften, und für die spätere endogame Horde, bei der die Totemgruppen in einer und derselben Horde vereinigt sind, ist das erwähnte Dienstverhältnis zwischen dem Schwiegersohn und Schwiegervater jedoch das gegebene. Man wird hiernach die Schwierigkeit, die C. mit Recht für den Fall, daß der Schwiegervater nicht mit dem Schwiegersohn in einer und derselben Horde zusammen ist und also nicht unmittelbar und dauernd von den Jagderzeugnissen des Schwiegersohns profitieren kann, auf das richtige Maß zurückzuführen, zumal, wenn man die Tatsache in Rechnung setzt, daß die neue Verwandtschaft nicht nur aus dem Schwiegervater besteht, sondern daß auch andere Anverwandte des Weibes dem Jäger auf der Tasche liegen oder vielmehr seinen Spuren folgen, um einen Teil der Beute zu erwischen. Frauentausch, Frauenkauf, Frauenraub sind die Formen der ehelichen Verbindung, wenn die ineinander heiratenden Gruppen auf verschiedene Horden verteilt sind. Für den Ursprung der Exogamie aber kommen die ursprünglichen Produktionsverhältnisse der ungeteilten Horde in Frage, die sich in der Urhorde bereits anbahnende Arbeitsteilung. Dieser entspricht die Heiratsordnung aufs beste. Daher kann die „Raub-

ehe“ als die Regel und als ursprüngliche Form nicht angesprochen werden. Ein permanenter Kriegszustand, der die Eingeborenenstämme längst aufgerieben hätte, müßte die direkte Folge dieses unmethodischen Wahnsinns sein.

Zweifellos ist die Frau für den australischen Jäger, da sie die pflanzliche Nahrung sammelt, ihm auf der Wanderung die Geräte nachträgt, sowie am Lagerplatz Holz sammelt, Wasser schleppt usw., eine wertvolle Helferin, kein Luxustier. Warum sollte er sie rauben, wenn er die Möglichkeit hat, sie auf legale Art sich zu verschaffen. Wäre sie dem Australier nur ein unter Umständen auch entbehrlicher Gegenstand der Lust, so möchte man eher geneigt sein zuzugeben, daß der gesetzliche Frauenraub die Regel oder nahezu die Regel bildete. Aber es ist schon so, daß C. den Brunstschrei zu einem „die Geschichte in letzter Instanz bestimmenden Moment“ erheben möchte.

In seinen Schriften über den Ursprung der primitiven Verwandtschaftsorganisationen erklärt er stets Verwandtschaft durch Verwandtschaft, die er von den übrigen sozialen Verhältnissen loslöst, so daß das rein Sexuelle für ihn der letzte Erklärungsgrund wird. Alt und jung passen in der Ehe nicht zusammen, das ist z. B. eine Begründung C.s für die wichtigen australischen Heiratsvorschriften, die mit großer Strenge die Verwischung der Grenzen zwischen den sozial scharf getrennten Altersschichten verhindern sollen. Ich hatte es mir zur wesentlichen Aufgabe gestellt, die Kongruenz der Verwandtschaftsorganisationen mit den ökonomisch-sozialen Bildungen auf den Urstufen nachzuweisen. Zwar bezieht sich C. auf seine Erklärung in der „Neuen Zeit“ 1897, daß die Familienordnung sich geschichtlich ändern könne und daß deren Entwicklung nicht selbständig neben der wirtschaftlichen einhergehe, sondern von ihr abhängig sei. Aber von diesem geselligen Zusammenleben der Geschlechter, der Art der Heiratsschließung, der rechtlichen Stellung der Ehegatten zueinander, der Erziehung der Kinder usw., kurz von der Familienordnung trennt er die Menschenproduktion selbst. In dieser Beziehung behauptet er: Es „vollzieht sich die Fortpflanzung der Menschengattung, die Zeugung, Empfängnis, Fötalbildung usw. noch nach denselben uralten Gesetzen“. Mit andern Worten, und das ist C.s tiefste Meinung: alles in der Welt ist der Ent-

wicklung unterworfen, aber die Natur und darunter namentlich die „innere“ menschliche Natur, die auch in seinen Schriften zum Ursprung der Religion spukt, ist ein ruhender unveränderlicher Pol, vielleicht kein „Gott, der nur von außen stieße“, aber einer, dem es ziemt, „die Welt im Innern zu bewegen“. Ein unwandelbares, göttliches Wesen, daß darum auch ein „die Geschichte in letzter Instanz bestimmendes Moment“ darstellt! C. faßt nur die Familienordnung sozial auf, nicht aber die Menschenproduktion; hier gibt es einen abstrakt individualistischen, mystischen Kern für ihn, das geheimnisvolle „innere“ Wesen des Menschen. Es ist das individualistische Wesen des bürgerlich-kapitalistischen Menschen, das C. unverändert und unveränderlich sein läßt und das er sich nicht nehmen lassen möchte. Würde er sich nur neben den vielen anderen hier in Betracht kommenden sozialen Ursachen auch solcher Massenerscheinungen erinnern, wie der Prostitution, Fruchtabtreibung, Frauenleiden, Geschlechtskrankheiten, so würde er nicht mehr behaupten dürfen, daß der Organismus des sozialen Menschen sich nicht unablässig ändere. Indem C. den Schwerpunkt der Entwicklung, den letzten Erklärungsgrund aller Dinge, aus der veränderlichen menschlichen Gesellschaft in eine abstrakte, unveränderliche „Natur“ verlegt, hebt er das Entwicklungsprinzip überhaupt auf. Das ist seine „Methode für exakte historische Forschungen“!

---

# Ein neues System der Soziologie.

Von

**Adolf Menzel (Wien).**

Die Beteiligung der deutschen Wissenschaft an der soziologischen Forschung war bis vor einiger Zeit nicht so lebhaft als in den westlichen Staaten; Frankreich, England und namentlich Nordamerika nahmen eine führende Stellung ein. In den letzten Jahren zeigt sich jedoch in Deutschland ein reges literarisches Schaffen auf dem Gebiete der jungen, noch viel umstrittenen Wissenschaft der Soziologie. Neben zahlreichen Monographien und Einzel Forschungen treten Versuche auf in der Richtung von systematischen Gesamtdarstellungen. Der neueste stammt aus der Feder FRANZ OPPENHEIMERS<sup>1)</sup>. Obgleich erst nur der kleinere Teil des Werkes vorliegt und daher ein Urteil über dessen Wert und Bedeutung zurzeit nicht gut möglich ist, dürfte es doch von Interesse sein die Leser des „Archiv“ über den Inhalt des bisher Gebotenen zu informieren und einige kritische Betrachtungen daran zu knüpfen.

## I.

In der Vorrede schildert der Verf. seinen wissenschaftlichen Entwicklungsgang. Als Arzt in einem Arbeiterviertel Berlins lernte er die furchtbaren Volkskrankheiten und ihre sozialen Wirkungen kennen. Dies führte ihn zu nationalökonomischen Studien; insbesondere suchte er die Ursachen der sozialen Klassenbildung zu erforschen, sowie die Mittel aufzufinden, um den kranken sozialen Körper der Heilung zuzuführen. Dadurch war er genötigt Geschichte, Ethnographie und Staatslehre heranzuziehen; durch deren Verbindung mit der Ökonomie war ihm von selbst die Soziologie gegeben. Die verschiedenen bisherigen Schriften erscheinen ihm sohin nur als Vorarbeiten zu einem System der Soziologie.

Der Plan des Werkes, von welchem bisher die Grundlegung der allgemeinen Soziologie vorliegt, wird von O. in der Vorrede dahin gekennzeichnet, daß der 2. Halbband die Lehre vom sozialen Prozesse bringen wird; damit ist die allgemeine Soziologie abgeschlossen. Der II. Band soll die Soziologie des Staates zum Gegenstande haben, der III. die der Gesellschaftswirtschaft. Der IV. Band soll den Abriss einer sozialen Wirtschaftsgeschichte Europas von der Völkerwanderung bis zur Gegenwart bringen. Das ganze Werk ist, wie der Verf. in der Vorrede bemerkt, von einer bestimmten Weltanschauung getragen, welche an dem Begriff der Menschheit orientiert ist.

1) System der Soziologie. I. Band: Allgemeine Soziologie. I. Halbband: Grundlegung. Jena, Gustav Fischer, 1923. gr. 8°. XXV u. 412 S. 6 Mk.



Denn auch die Soziologie hat, wie O. meint, dem Leben zu dienen; sie soll den sozialen Prozeß nicht bloß verstehen, sondern auch beherrschen und lenken. Ob sich aber eine solche Aufgabe mit der Methode einer objektiven Wissenschaft lösen läßt, möchte ich dahingestellt sein lassen. Ich komme übrigens auf diese Frage später noch einmal zu sprechen. Vorher soll eine Übersicht von den Lehren gegeben werden, welche O. in dem bisher publizierten Teile seiner Soziologie darbietet.

In einer Einführung werden die Hauptrichtungen und Hauptprobleme der älteren Soziologie gekennzeichnet (S. 1—67). Der „westeuropäischen“ Soziologie in den bekannten Systemen von COMTE und SPENCER — das letztere wird von O. als Rückschritt angesehen — wird die „deutsche“ Soziologie, hauptsächlich vertreten von LORENZ STEIN, gegenübergestellt. Dieser bis vor kurzem nahezu vergessene Forscher wird mit Recht hochgewertet, wobei die Monographien von ERNST GRÜNFELD und G. SALOMON über ihn zugrunde gelegt werden. Die neueren Schulen der Soziologie werden nur ganz kurz erwähnt. Hierbei wird die Lehre vom sozialen Organismus als ein erledigtes Problem behandelt; mir scheinen die betreffenden Ausführungen doch nicht erschöpfend zu sein. Es fehlt namentlich eine Auseinandersetzung mit der Lehre des Biologen OSKAR HERTWIG über den Staat als Organismus.

Der Hauptstoff der „Grundlegung“ wird nun in zwei Abschnitten gegliedert; der erste Abschnitt behandelt den Begriff und die Methode der Soziologie; der zweite Abschnitt ihre psychologische Grundlegung. Die Soziologie ist die Theorie vom sozialen Prozesse; dieser ist die Betätigung menschlicher Massen. Unter Massen versteht der Verf. im Anschluß an MAX WEBER Vielheiten von Menschen, die aneinander orientiert sind, d. h. unter dem Drucke der gleichen Motive handeln. Den Ausgangspunkt für eine solche Untersuchung bildet die Individualpsychologie. Freilich ist der Begriff des Individuums problematisch, ein Gradbegriff. Dies gilt schon vom Individuum im biologischen Sinne; die individuelle Psyche ist ein Geschöpf der Gesellschaft; die Einzelseele, isoliert gedacht, ist eine Abstraktion. Dies hat schon die bisherige Soziologie erkannt; namentlich hat OTHMAR SPANN diesen Gedanken energisch durchgeführt. Ihm ist die Gemeinschaft logisch und historisch vor dem Einzelnen gegeben. O. billigt diesen Gedanken, findet aber die Auffassung von SPANN insofern zu eng, als sie nur statisch gerichtet ist, d. h. ausschließlich das Nebeneinander und nicht das Nacheinander betrachtet; es fehle die Rücksicht auf das Werden und die Veränderung.

Das Individualbewußtsein hat zwei Bestandteile: I. das Kollektivbewußtsein, d. i. die Summe von Vorstellungen, Gefühlen und Willensantrieben, welche die Gruppe der Einzelseele eingeprägt hat: II. das Instinktbewußtsein, das der einzelne als Erbteil aus der vorsozialen tierischen Vergangenheit in die Gesellschaft eingebracht hat. Im Kollektivbewußtsein lassen sich wieder zwei Bestandteile unterscheiden: das Ich-Bewußtsein und das Wir-Bewußtsein. Das erstere ist das Bewußtsein meiner Abhängigkeit von der Gruppe, mein Interesse an den gleichen Gefühlen und Handlungen der Mitmenschen, um persönliche Nachteile zu vermeiden. Das Wir-Bewußtsein hingegen enthält das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gruppe; es bewirkt

kategorische Imperative, während das Ich-Bewußtsein nur hypothetische Imperative zur Folge hat. O. verwendet diese Unterscheidung im Verlaufe seiner Darstellung in eingehender Weise. Sie ist sachlich sicherlich begründet. Es scheint mir jedoch, daß das von ihm sog. Wir-Bewußtsein nichts anderes ist, als das bisher unter dem Namen des Solidaritätsgefühls bekannte psychische Phänomen.

Der folgende Abschnitt behandelt das Verhältnis der Soziologie zu den einzelnen Gesellschaftswissenschaften, namentlich die Frage, ob die Soziologie als Einzeldisziplin oder als Universalwissenschaft aufzufassen ist. O. entscheidet sich für das letztere, indem er insbesondere die Lehre von SIMMEL „Soziologie als Lehre von den Formen der Vergesellschaftung“ als zu eng bezeichnet. Er weist auf das Beispiel der Biologie hin, welche gleichfalls als Universalwissenschaft vom Leben sich ausgebildet hat. Es ergeben sich Fragestellungen, welche die einzelnen Gesellschaftswissenschaften für sich allein nicht lösen können. Die Spezialisten werden dadurch oft zu Soziologen wider Willen; der Historiker, der Nationalökonom, der Jurist und Politiker sind genötigt, einzelne Begriffe der Nachbarwissenschaft zu entnehmen, so z. B. bei der Frage der Klassenbildung im Staate. Gegenüber solchen zufälligen Grenzüberschreitungen gewährt nur eine systematische Wissenschaft vom sozialen Prozesse Aussicht auf Lösung der Probleme. Freilich hat diese Wissenschaft auch ihre besonderen Gefahren. „Nirgends ist die Vorurteilslosigkeit eine so schwere Aufgabe wie in der Gesellschaftswissenschaft. Darum muß der Forscher auf diesem Gebiete dasjenige genau kennen, was SPENCER die „persönliche Gleichung“ nennt; er muß wissen, wie stark der Mensch überhaupt und daher er, der Forscher selbst, durch die Lagerung seiner Gruppe „sozialpsychologisch determiniert“ ist, d. h. inwiefern seine Vorstellungen und Wertungen nicht Urteile sondern Vorurteile sind. Von solcher Selbstbestimmung ist aber fast nirgends die Rede“ (S. 139). Das ist durchaus zutreffend. Ich habe selbst in meiner Schrift „Naturrecht und Soziologie“ (Wien 1912) den Nachweis versucht, daß die meisten bisherigen soziologischen Systeme, ganz ähnlich wie die naturrechtlichen Systeme, unter dem Scheine von sog. Entwicklungsgesetzen bestimmte politische oder soziale Postulate aufstellen. Es wird sich zeigen, daß auch O. dieser Gefahr nicht entgangen ist, so sehr er sich auch bemüht, die soziologische Theorie von der Sozialphilosophie zu trennen.

Der folgende Abschnitt behandelt die Methode der Soziologie (S. 146 ff.). Der Verf. berichtet ausführlich über den Methodenstreit im Anschluß an die diesbezüglichen Erörterungen von TROELTSCH, DILTHEY und RICKERT. Das Verhältnis zur Geschichtswissenschaft wird dahin umschrieben, daß sie das gleiche Objekt wie die Soziologie besitzt, nämlich die menschlichen Massenerscheinungen. Jedoch hat die Soziologie auch die soziale Statik zu behandeln und die Geschichtswissenschaft wieder als Sondergebiet das Individuelle. Weiter wird erwogen, inwiefern die Soziologie als Gesetzeswissenschaft gelten kann, dies im Anschluß an die bekannte Abhandlung von EULENBURG „Naturgesetze und soziale Gesetze“. Hinsichtlich der letzteren gibt der Verf. zu, daß bisher noch nicht viel geleistet wurde; allein es sei

doch schon hie und da einmal gelungen, ein soziales Gesetz im strengen Sinne abzuleiten, so das „geozentrische Grundgesetz“ O.s. Dabei sind verschiedene Betrachtungsweisen miteinander zu verbinden, einerseits jene, die von Ursachen und Wirkungen ausgeht, andererseits jene, die Motive und Handlungen betrachtet (S. 191). Dazu kommt noch die sog. organische Betrachtungsweise, welche Reiz und Reaktion in sich begreift. Der Verf. schließt sich hier hauptsächlich an die „verstehende Soziologie“ MAX WEBERS an. Wieder hebt er die Schwierigkeiten der sozialen Forschung hervor, insbesondere die Vorurteile, welche durch die Angehörigkeit zu einer sozialen Gruppe, durch die Erziehung und Weltanschauung des Forschers gegeben sind. Diese Gefahren ließen sich aber überwinden, wenn der Soziologe mit genügendem Mißtrauen gegen sich selbst an die Arbeit geht (S. 207).

Nun wird das Programm des Werkes skizziert. Der Ausgangspunkt muß die Individualpsychologie sein; es sind zunächst die menschlichen Motive des Handelns ins Auge zu fassen. Hieran schließt sich eine sozialpsychologische Grundlegung. Den Hauptgegenstand bildet die Schilderung des sozialen Prozesses, die Lehre von der Entstehung und dem Wachstum der menschlichen Gesellschaft, von ihrem Aufbau und ihrer Lebenstätigkeit, von ihrer Gesundheit und den krankhaften Störungen. Die Aufgabe sei ungeheuer, der Versuch des Verf. nur ein schwacher Schritt zu dem fernen Ziele. „Mag es noch Jahrhunderte währen, bis das Dach des Domes auf die Pfeiler gesetzt werden kann, deren Fundamente wir heute zu legen versuchen; der Plan des Ganzen steht schon lebendig vor den Männern der Bauhütte und mit demütigem Stolz tun sie die geringste Arbeit an dem hohen Werke“ (S. 209).

## II.

Die individualpsychologische Grundlegung beginnt mit einer kurzen Schilderung des menschlichen Motivationsapparats, wobei der Verf. die These vertritt, daß alle Menschen in der Hauptsache gleich geartet und daher gleich motiviert sind; eine Bestätigung dieses Satzes findet er in der Entwicklungsgeschichte und in der Ethnologie. Dabei erscheint ihm als der elementarste aller Begriffe der des „Interesses“, welchen er im Anschluß an NELSON und DOUGALL analysiert (S. 210—232). Er versucht nunmehr eine Psychogenese der Triebe zu entwickeln. Der Urtrieb, der sich schon bei den am tiefsten stehenden Lebewesen findet, sei gerichtet auf Gewinnung der im Lebensprozeß verlorenen Energie. Als primitive Auszweigungen dieses Urtriebs erscheinen der Kampftrieb, der Beutetrieb und der Abwehrtrieb. Daran schließt sich der Trieb der Selbsterhaltung und der der Arterhaltung; der erstere gerichtet auf Deckung des Defizits, letzterer auf Auswerfung des Überschusses von Energie. Ein weiterer Grundtrieb ist der Kausaltrieb, welcher zunächst in Gestalt der Neugier auftritt. Neben diesen vom Verf. sog. finalen Grundtrieben gebe es modale Grundtriebe die nicht auf einen Zustand hinzielen sondern auf Handlungen, welche als Mittel zur Erreichung eines Zieles dienen. Mit Hilfe dieser Gruppierung entwirft O. auf einer besonderen Tafel (S. 244) ein „natürliches System der menschlichen Triebe und Bedürfnisse“ in den drei Stufen, nämlich in der subsozialen, sozialen und

suprasozialen. Die Probe für die Richtigkeit dieser Lehre liege darin, daß auch die Schöpfungen der einzelnen Triebe in der gleichen Stufenfolge festgestellt werden können.

Es folgt nunmehr eine Aufzählung der verschiedenen Ausgestaltungen jener Grundtriebe: der Sammeltrieb, der Schmucktrieb, der Herdentrieb, der Instinkt der Selbsterniedrigung gegenüber überlegenen Wesen, der Machttrieb, der Paarungstrieb, der Bildnertrieb, der Wandertrieb, der Spieltrieb, der Trieb der Rivalität, der Religionstrieb als Ausfluß des Kausaltriebes, endlich der Solltrieb in Gestalt des ökonomischen Imperativs (Erwerbstrieb, Tauschtrieb, Trieb zum Reichtum); die höchsten Gestaltungen der modalen Triebe bilden die Imperative der Vernunft, der Moral, der Sitte und des Rechts. Die Verzweigung dieser Triebe in den verschiedenen sozialen Stufen ist der Gegenstand, welcher im Schlußkapitel der „individualpsychologischen Grundlegung“ (S. 307—333) behandelt wird. Dabei erscheint dem Verf. die Familie als der Ausgangspunkt aller sozialen Triebe, insbesondere der Reziprozität gegenüber den Gruppengenossen. Die höchste Stufe bedeutet die Ausbildung der führenden und schöpferischen Persönlichkeiten. Ein besonderer Exkurs beschäftigt sich mit der Dogmengeschichte des Begriffes und der Klassifikation der Bedürfnisse. Ich muß es den Psychologen, vom Fach überlassen, ein Urteil über diese eigentlich zur Soziologie nicht gehörigen Lehren O.s Stellung zu nehmen. Bei aller Anerkennung seines Scharfsinns scheint es mir doch, daß durch die Aufstellung zahlreicher Kategorien von „Trieben“ noch keine tiefere Einsicht in das menschliche Seelenleben gewonnen wird. Mindestens hätte durch ein reicheres historisches und ethnographisches Material die schematische Darstellung an Lebendigkeit gewonnen.

Die zweite Abteilung soll nunmehr, nachdem die individualpsychologischen Anlagen des Individuums zur Darstellung gelangt sind, die Beziehungen der einzelnen, ihre Wechselwirkung untersuchen, mit anderen Worten von der Sozialpsychologie handeln. Im Anschluß an VIERKANDT werden einige Grundverhältnisse der Gesellschaft hervorgehoben und insbesondere die Lehren von SIMMEL und TOENNIS berücksichtigt. Gegenüber dem letzteren bemerkt O.: „Die moderne Gesellschaft und der Staat sind nicht durch ungestörte Entwicklung aus Familie und Horde entstanden, sondern sie sind Folgen einer äußeren Störung; die Periode in der wir leben, ist eine der Krankheit. Da jede Krankheit der Versuch des Organismus ist, der Schädlichkeit durch Ausstoßung oder Anpassung Herr zu werden, so ergibt sich daraus die Möglichkeit der Heilung, d. h. der Wiedergewinnung einer gesunden Gemeinschaft“ (S. 346). Auch später betont der Verf. wiederholt, daß unsere Zivilisation krank ist und der Heilung bedürftig und fähig sei (S. 435). Ich glaube, daß eine solche kritische Betrachtung des gesellschaftlichen Lebens, mag sie auch an sich berechtigt sein, mehr in das Gebiet der Sozialphilosophie als in das der Soziologie gehört. Dabei operiert der Verf. mit den Begriffen des sog. Ich-Interesses und Wir-Interesses, ohne zu merken, daß die Abgrenzung dieser beiden Bewußtseinsinhalte gar nicht scharf gezogen werden kann.

Als Urformen der gesellschaftlichen Beziehungen erscheinen demnach das Wir-Verhältnis (Frieden, Sittlichkeit, natürliches Recht) und das Nicht-Wir-

Verhältnis (Kampf, Gewalt und Ausbeutung). Daran schließen sich die Mischformen der gesellschaftlichen Beziehungen, nämlich Herrschaft und Genossenschaft, Gewalt und Macht, Staat und Gesellschaft, natürliches und positives Recht, positives Recht und Sitte, Religion und Superstition, Kultur und Zivilisation (S. 336—442). So beruht die herrschaftliche Organisation auf Unterdrückung, während die Genossenschaft einen Verband der Gleichen darstellt. Gewalt ist rücksichtsloser Kampf; sie wird zur Macht, wenn sie mit einem Tropfen demokratischen Öles gesalbt wird. Der Staat ist seiner Entstehung nach nichts als nackte Gewalt; er mischt sich aber mit Bestandteilen der Gemeinschaft, namentlich durch Übernahme des Rechtsschutzes wandelt er die Gewalt zur Macht. Alle Staaten sind aber auch jetzt noch Klassenstaaten. Dagegen ist die Gesellschaft die gegen den Druck der Herrschaft ankämpfende Gemeinschaft (S. 393). Das natürliche Recht entspringt dem Grundgesetze der Gleichheit und Würde der Person; es ist ein Ausfluß der Gerechtigkeit. Das positive Recht hat hingegen zunächst den Zweck der Rechtssicherheit; die Gerechtigkeit ist nur ein entfernterer Zweck. Auch die Religion ist eine Mischform; sie hat einen unverlierbaren Kern und einen Aberglauben. Die Hoffnung gehe dahin, daß allmählich dieser zweite Bestandteil der Religion verschwinden wird. Zivilisation ist der Inbegriff aller aus dem negativen Grundtriebe, Kultur der Inbegriff aller aus dem positiven Grundtriebe erwachsenen höheren Gestaltungen innerhalb der Gesellschaft (S. 436). Zur ersteren rechnet der Verf. die Technik, die Wissenschaft, den Staat und das positive Recht, zur letzteren die Religion, die Kunst und die Philosophie. Wenn auch die Kultur das Höhere darstellt, so hat doch die Zivilisation auch einen bestimmten Wert, da ja das Ich-Interesse gebilligt werden muß, soweit es nicht mit dem Wir-Interesse kollidiert.

Das Urteil O.s über die gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände ist, wie schon oben kurz erwähnt wurde, ein sehr ungünstiges. „Wir haben eine kranke Gesittung, eine kranke Zivilisation und eine kranke, in Paroxysmen aufschießende und ebenso rasch wieder versinkende krampfhaftige Kultur, wie wir eine kranke Wirtschaftsgesellschaft, einen kranken Staat, ein krankes Recht und eine kranke Sitte oder Konvention haben.“ O. fühlt dabei selbst, daß es sich hier um ein Werturteil handelt und sucht die Berechtigung desselben in einer soziologischen Untersuchung darzutun. Sowie der Arzt in den Schranken der Wissenschaft bleibt, wenn er eine Krankheitsdiagnose aufstellt, könne auch der Gesellschaftsforscher krankhafte Störungen feststellen, wenn eine Abweichung von einem als Norm oder Gesundheit mit genügender Genauigkeit bestimmbar Zustande vorliegt. Demgegenüber aber muß ich betonen, daß eine Norm sich in der Gesellschaftswissenschaft nicht objektiv feststellen läßt. Die Diagnose eines Arztes ist unabhängig von dessen Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe, von seiner Weltanschauung und seiner religiösen Überzeugung. Ferner braucht sich der Arzt nicht erst ein Ideal eines gesunden Körpers zu konstruieren, um an einem menschlichen Körper krankhafte Veränderungen festzustellen. In allen diesen Beziehungen steht der Sozialphilosoph auf schwankendem Boden. Ich erwähne nur kurz die starken Meinungsdivergenzen, welche in bezug auf die

Bewertung der mittelalterlichen Gesellschaft unter den Soziologen hervorgetreten sind. AUGUSTE COMTE hat jene Geschichtsepoche hoch bewertet, das Mittelalter als organische und gesunde Epoche angesehen, während die liberalen Soziologen in ihm einen ungeheuren Rückschritt und einen krankhaften Zustand erblicken.

### III.

Wiederholt kommt O. in seinem System der Soziologie auf jene Lehren zurück, welche er in früheren Schriften mit großer Energie vertreten hat. Dazu gehört vor allem sein Kampf gegen das sog. Gesetz der ursprünglichen Akkumulation der Güter, d. h. die Lehre von der Entstehung der sozialen Klassen aus ökonomischen Ursachen. Er nennt sie (S. 46) die verhängnisvolle Lehre, welche heute noch die Welt der weißen Rasse in zwei feindliche Heerhaufen spaltet und ihre Zivilisation mit Vernichtung bedroht. Darin liegt wohl eine starke Übertreibung des Einflusses von theoretischen Meinungen. Aber davon abgesehen ist es auch gegenwärtig noch in der Wissenschaft durchaus nicht anerkannt, daß die Klassenbildung tatsächlich, so wie O. lehrt, nur aus dem politischen Kampfe, insbesondere aus der Unterwerfung eines fremden Volksstammes abzuleiten sei. Erst eingehende historische Detailforschung wird über diese Frage Klarheit bringen können (vgl. die Abhandlung von ALBRECHT im Oktoberheft 1922 der „Jahrbücher für Nationalökonomie“). Es ist übrigens eine willkürliche Annahme von O., daß die Stellung zu jener Streitfrage von dem sozialen Milieu des Gelehrten bedingt sei, daß die „bürgerliche“ Wissenschaft die Klassenbildung auf rein ökonomische Faktoren, insbesondere auf Unterschiede in der Begabung, dem Fleiße usw. zurückführen müsse. In Wirklichkeit hat auch die sozialistische Theorie die Bildung der Klassen ohne Annahme kriegerischer Ursachen zu erklären versucht.

Damit hängt auch die bekannte Lehre O.s von der Entstehung und dem Wesen des Staates zusammen. Er wird zwar diesem Gegenstande eine besondere Abteilung seines Systems der Soziologie widmen, allein schon der vorliegende Teil enthält zahlreiche Hinweise auf diese Materie, die der Verf. ja auch schon früher in seiner Monographie „Der Staat“ behandelt hat. Im Anschluß an den österreichischen Soziologen GUMPOVICZ wird hier die These vertreten und ausführlich begründet, daß der Staat niemals anders entstanden ist als durch kriegerische Unterwerfung. Die von einem Hirtenvolke besiegten Ackerbauer werden zu Hörigen gemacht; so entsteht der Gegensatz zwischen Herrschern und Beherrschten, welcher in der primitiven Horde noch nicht vorhanden war. Für diese ökonomische Ausbeutung der unterworfenen Bevölkerung gibt es verschiedene Formen, denen gewisse historische Stadien entsprechen. Der Charakter des Klassenstaates besteht aber bis in die Gegenwart fort und wird erst in der Zukunft der von O. sog. Freibürgerschaft Platz machen, wenn die Aufteilung des Großgrundbesitzes vorgenommen und damit das Bodenmonopol beseitigt sein wird.

Auf die Reformfrage gehe ich selbstverständlich hier nicht ein. Was aber die eigentliche Staatstheorie betrifft, so muß ich, wie ich das schon einmal getan habe, neuerdings betonen, daß O. den historischen Beweis für

seine Lehre bisher nicht erbracht hat. Alle geschichtlichen Beispiele, die er anführt, haben den Zusammenstoß von schon bestehenden Staaten zum Inhalt. Daß in dieser Richtung der Krieg eine große Rolle gespielt hat, ist zweifellos. Allein es fehlt der Nachweis, daß der Staat ursprünglich stets nur aus dem Zusammenstoß zweier bisher staatlich nicht organisierter Stämme entstanden ist und auf keinem anderen Wege. Hervorragende Gelehrte, wie der Historiker EDUARD MEYER und der Geograph RATZEL vertreten übrigens die Anschauung, daß die staatliche Verbindung etwas Ursprüngliches sei und der kriegerische Zusammenstoß eine solche Organisation schon voraussetzt. Auch ist es unzutreffend, wenn O. behauptet, daß die bisherige Staatslehre in dem Grundirrtum befangen sei, die Herrschaft diene tatsächlich den Interessen der Gesamtheit. Schon der griechische Sophist THRASYMACHOS lehrte, daß die Herrschaft im Staate im Interesse der Regierenden ausgeübt werde. Selbst ARISTOTELES anerkannte diesen Sachverhalt, den er allerdings als eine Ausartung des Staates bezeichnet. Übrigens gesteht ja O. selbst zu, daß die Hauptfunktionen des Staates, Rechtspflege und Schutz nach außen, allen Staatsgenossen zugute kommen.

Ziemlich unklar und widerspruchsvoll sind die Ausführungen des Verf. über das Naturrecht. Er gibt zunächst zu (S. 395), daß es ein Naturrecht im Sinne eines Rechtskodex für alle Zeiten und Zonen nicht geben könne. Wohl aber gebe es ein natürliches Recht, welches die notwendigen Kriterien für die Aufstellung eines Rechtskodex enthalte, für alle Zeiten und Zonen gelte, weil es in der allgemeinen menschlichen Natur begründet sei. Er stimmt der Formulierung STAMMLERS zu: „Naturrecht mit wechselndem Inhalt“; gleich darauf erklärt er aber, daß es auch einen andern unwandelbaren Inhalt des Naturrechts gibt, die Gerechtigkeit. O. fügt hinzu: „Wir glauben auch hiermit die uns verbotene Grenze zur Philosophie nicht überschritten, sondern uns im Rahmen der Psychologie gehalten zu haben. Sollte es aber dennoch der Fall sein, so wollen wir uns besüßen festzustellen, daß diese Grenzüberschreitung keinen nachteiligen Einfluß auf den Fortgang unserer Untersuchung ausüben kann.“ Allein später (S. 401) heißt es wieder: „Das natürliche Recht ist die notwendige Ordnung und der Wert jeder Gesellschaft, das positive Recht ist die Ordnung dieser gegebenen historischen Gesellschaft.“ Allein, wenn das natürliche Recht die notwendige Ordnung jeder Gesellschaft bildet, dann wohl auch jeder historischen Gesellschaft; gibt es denn andere als historische Gesellschaften?

Auch in dem Abschnitte über die Religion finden sich einige vom Standpunkte einer objektiven Soziologie bedenkliche Behauptungen. O. wiederholt hier (S. 409) die Versicherung, daß es nicht seines Amtes sei, zu werten, sondern lediglich in rein psychologischer Analyse festzustellen, welche Wertungen unter den Menschen im allgemeinen oder doch wenigstens unter denen galten und gelten, die dem Ideal der vollkommen gebildeten Person am nächsten waren oder sind. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß für ein solches Ideal jede objektive Grundlage fehlt und nicht einzusehen ist, warum gerade die von diesen bevorzugten Personen vorgenommene Wertung und nicht jene der großen Masse maßgebend sein

soll. Die Scheidung von Superstition und wahrer Religion, welche O. vorschlägt, hängt daher völlig in der Luft.

Das Problem „Gewalt, Macht, Recht“ wird vom Verf. nicht in befriedigender Weise behandelt (S. 376 f.). Die bisherige Literatur über diese Frage, welche an der Grenze der Soziologie und Rechtswissenschaft liegt, scheint ihm nicht bekannt zu sein, so die Schriften von ADOLF MERKEL, FRIEDRICH WIESER, JULIUS BINDER u. a. Er bringt nur seitenlange Zitate aus einer kleinen Schrift von VIERKANDT<sup>1)</sup>, die ebenso oberflächlich wie unklar ist. Hier wird zunächst die allbekannte Tatsache festgestellt, daß nicht bloß die physische Gewalt sondern die Furcht vor ihr maßgebend ist, desgleichen der Trieb zur Unterwerfung<sup>2)</sup> (S. 15). Wenn VIERKANDT bemerkt (S. 17), daß die Macht in der Herrschaft der fremden Seele in der eigenen bestehe, so muß darauf verwiesen werden, daß bereits SPINOZA wörtlich dasselbe gesagt hat<sup>3)</sup>.

Wenn ferner VIERKANDT lehrt, daß sich die Macht feste Formen schafft und dadurch zum Recht werde, so scheint er nicht zu wissen, daß bereits IHERING in seinem Werke „Der Zweck im Recht“ das Recht als Selbstbeschränkung der Gewalt ausführlich dargelegt hat. Irreführend ist es, wenn VIERKANDT das Recht als die Form und die Macht als den Inhalt des Verhältnisses bezeichnet (S. 20, 21); auch der materielle Inhalt der Herrschaft wird durch das Recht bestimmt. VIERKANDT operiert mit zwei verschiedenen Begriffen der Macht, nämlich einmal soviel als psychische Gewalt, dann soviel als rechtlich beschränkte Gewalt. Von der Bedeutung des Problems „Recht des Stärkeren“ hat er nur eine sehr unklare Vorstellung<sup>4)</sup>. Der größte Teil seiner sonstigen Ausführungen sind moralisierende Betrachtungen über die Ausübung der Macht. Dieselben haben mit Soziologie nichts zu tun.

Hoffentlich wird O. in der Fortsetzung seines Systems der Soziologie Gelegenheit haben dieses Problem „Macht und Recht“ etwas gründlicher zu erörtern, als dies bisher geschehen ist. Erst dann wird es überhaupt möglich sein, die Bedeutung seines Werkes richtig einzuschätzen. Empfehlenswert dürfte es jedenfalls sein, wenn der Verf. künftig davon Abstand nehmen würde, seitenlange wörtliche Zitate zum Abdruck zu bringen. Sie belasten den Umfang des Werkes und stören die straffe Zusammenfassung der eigenen Gedanken. Im übrigen verdient die Darstellung volles Lob. Sie zeichnet sich durch große Lebhaftigkeit, zuweilen durch schwungvolle Diktion aus. Wir wünschen O. von Herzen die Kraft und Ausdauer, um sein groß angelegtes Werk zur glücklichen Vollendung zu bringen.

1) Vgl. VIERKANDT, Machtverhältnis und Machtmoral. 1916.

2) Vgl. schon KIRCHMANN, Die Grundbegriffe des Rechts und der Moral. 2. Aufl. 1873.

3) Tract. polit. II, 10: Is alterum sub potestate habet . . . , ut ei potius quam sibi morem gerere et potius ex ipsius quam ex sui animi sententia vivere velit etc.

4) Vgl. darüber jetzt meine Schrift „Kallikles. Eine Studie zur Geschichte der Lehre vom Recht des Stärkeren.“ Wien u. Leipzig, F. Deuticke, 1922.



# Böhm-Bawerks Hauptwerk in seinem Verhältnis zur sozialistischen Theorie des Kapitalzinses <sup>1)</sup>.

Von

L. von Bortkiewicz (Berlin).

Die vierte Auflage von BÖHM-BAWERKS „Kapital und Kapitalzins“, die sieben Jahre nach dem Tod des Verfassers erschienen ist, stellt einen unveränderten Abdruck der dritten dar. Es ist nur zu jeder der beiden Abteilungen, in die das Werk zerfällt, ein Geleitwort im Umfange von 1 bzw. 1½ Druckseiten aus der Feder FRIEDRICH WIESERS hinzugekommen, welches darüber Auskunft gibt, weshalb von jeglichen Ergänzungen des Textes Abstand genommen worden ist. Was die I. Abteilung anlangt, die der Wiedergabe und Würdigung fremder Theorien gewidmet ist, so sei sie „ein abgeschlossenes Meisterwerk, das dazu bestimmt ist, als eines der klassischen Werke der ökonomischen Wissenschaft erhalten zu bleiben“. „Die ökonomische Wissenschaft — bemerkt WIESER — besitzt keine zweite dogmengeschichtliche Darstellung, die an ihre Höhe heranreicht, und es dürfte sich kaum in irgendeiner Wissenschaft eine dogmengeschichtliche Darstellung finden, die sie überträfe. E. BÖHM-BAWERK besaß die seltene Gabe fruchtbarer Kritik. Er ging nicht darauf aus, den Irrtum um des Irrtums willen aufzudecken, sondern ihm war es darum zu tun, Irrtum und Wahrheit zu dem Zwecke zu sondern, um die tragfähigen Unterlagen abschließender Erkenntnis zu finden.“ B.-B. hätte, wie er es selbst im Vorwort zur dritten Auflage sagt, in seiner I. Abteilung eine „in großen Zügen zusammenfassende Geschichte und nicht eine sich in Einzelheiten verlierende Chronik“ bieten wollen. Bei diesen Qualitäten und diesem Charakter der I. Abteilung verbot es sich nach WIESER von selbst, irgend etwas an der Fassung, die ihr der Autor gegeben hatte, zu ändern. Wenn aber auch die II. Abteilung in unverändertem Zustand neu herausgegeben worden ist, so bedürfe dies, meint WIESER, einer anderen Begründung. Denn während B.-B. für die Stellung des Zinsproblems, wie sie die I. Abteilung seines Werkes bringt, allgemeine Zustimmung erlangen habe, sei ihm dies nicht auch für die positive Lösung gelungen, die

---

1) EUGEN VON BÖHM-BAWERK, Kapital und Kapitalzins. I. Abteilung: Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien, XXVI u. 546 S. II. Abteilung: Positive Theorie des Kapitals, 1. Bd. (Buch I—IV), XXIV u. 488 S.; 2. Bd. (Exkurse), VIII u. 350 S. Vierte unveränderte Auflage. Jena, Gustav Fischer, 1921.

er in der II. Abteilung vorträgt. Neben unbedingten Anhängern seien ihn ebenso unbedingte Gegner erstanden<sup>1)</sup>; und so sei auch B.-B. bis auf seine letzten Tage rastlos bemüht gewesen, den Grundgedanken seiner Zinstheorie, den er schon in seiner ersten Seminararbeit vertreten hatte, auszubilden und gegen die vorgebrachten Einwendungen, von welchem Gedankenkreise immer sie herkommen mochten, zu sichern. „Hätte er selber noch die vierte Auflage herausbringen können, so hätte sie uns — meint WIESER — viel des Neuen geboten. Wer aber dürfte es auf sich nehmen, die Gedanken zu finden, die auszusprechen ihn der Tod gehindert hat?“

Ohne das Geringste dagegen einwenden zu wollen, daß weder an der I. noch an der II. Abteilung des B.-B.schen Werkes irgendwelche posthume Änderungen vorgenommen worden sind, wird man sich fragen können, ob WIESER darin Recht hat, daß er bei Begründung dieses Intaktklassens der Fassung der dritten Auflage zwischen den beiden Abteilungen einen wesentlichen Unterschied macht. Geht es wirklich an, die „Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorien“ als etwas abgeschlossenes und allgemein anerkanntes und im Gegensatz hierzu die „Positive Theorie des Kapitals“ als etwas noch gleichsam in der Entwicklung begriffenes und nicht zuletzt gerade deswegen Umstrittenes hinzustellen? Mit dieser „dualistischen“ Auffassung steht WIESER nicht allein da. Auch DIEHL hat gelegentlich der Meinung Ausdruck gegeben, „daß die rückhaltlose Zustimmung und Anerkennung, die dem Dogmenhistoriker und Dogmenkritiker B.-B. gezollt wird, dem Dogmatiker B.-B. gegenüber nicht Platz greifen kann“<sup>2)</sup>. Ähnlich SAX: er glaubt, daß B.-B. die Stellung und die Rolle der älteren Kapitalzinstheorien in der nationalökonomischen Wissenschaft endgültig bestimmt hätte, lehnt aber die eigne Theorie B.-B.s, wie er selbst sagt, durchweg ab<sup>3)</sup>. Es soll nun demgegenüber in nachfolgendem versucht werden, den Nachweis zu führen, daß, soweit wenigstens die sozialistische Auffassung vom Kapitalzins in Frage kommt, die von B.-B. an ihr

1) Hierzu kann man nicht umhin, zu bemerken, daß unter den bekannteren Nationalökonomern „unbedingte Anhänger“ der B.-B.schen Kapitalzinstheorie kaum zu finden sind. Nicht einmal K. WICKSELL gehört zu ihnen (vgl. meine Bemerkungen in SCHMOLLERS Jahrbuch XXXVIII, 975); IRVING FISHER, der von dem „dritten Grund“ des Kapitalzinses, den B.-B. selbst als die Hauptstütze seiner Theorie ansieht, nichts wissen will, erst recht nicht. Ähnlich verhält es sich mit A. LANDRY. N. G. PIERSON (Principles of Economics, translated from the dutch by A. A. WOTZEL, I, London 1902, 209) erklärt ausdrücklich für die „letzte Ursache“ des Kapitalzinses die relative Knappheit des Kapitals und weicht somit von B.-B., dem er sich im übrigen bei seinen Erörterungen über den Kapitalzins eng anschließt, grundsätzlich ab. Es möge in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß B.-B. mit seiner „Agiotheorie“ im engeren Kreise der Österreichischen Schule so gut wie keinen Anklang gefunden hat.

2) KARL DIEHL, Zur Kritik der Kapitalzinstheorie von BÖHM-BAWERK, Conrads Jahrbücher, 3. Folge, Bd. 50 (1915), 606.

3) EMIL SAX, Der Kapitalzins. Kritische Studien. Berlin 1916, Vorrede, S. III.

geübte Kritik geradezu orientiert ist an der von ihm selbst vertretenen Theorie, und daß daher derjenige, der diese verwirft, sich mit sich selbst in Widerspruch setzt, wenn er jene gutheißt.

Für den bedeutendsten sozialistischen Theoretiker hält B.-B., darin mit ADOLPH WAGNER übereinstimmend, ROBERTUS, und seinen prinzipiellen Einwendungen gegen die sozialistische Lehre vom Kapitalzins legt er vornehmlich die ROBERTUSSCHE Konstruktion zugrunde. An dieser findet er drei Thesen verfehlt: 1. daß alle Güter, wirtschaftlich betrachtet, nur Produkte der Arbeit seien; 2. daß naturgemäß und nach der „reinen Rechts-idee“ dem Arbeiter das ganze Produkt, das er allein hervorgebracht, bzw. dessen ganzer Wert ohne Abzug gehören müsse; und 3. daß der Wert der Güter sich ausschließlich nach der Menge der Arbeit richte, die ihre Herstellung gekostet hat.

Während es sonst bei Bekämpfung der sozialistischen Auffassung vom Kapitalzins ziemlich allgemein üblich ist, die ganze Wucht des Angriffs gegen die erste der obigen drei Thesen zu richten, tritt diese These in B.-B.s Kritik ganz in den Hintergrund. Das erklärt sich dadurch, daß B.-B. im Unterschied von der Mehrzahl der „bürgerlichen“ Nationalökonomem dem Kapital den Charakter eines selbständigen Produktionsfaktors sehr entschieden abspricht. Ja, kein sozialistischer Theoretiker hat auch nur entfernt so viel Mühe wie B.-B. daran gewendet, den Nachweis zu führen, daß Kapitalgüter jeglicher Art nichts anderes als „Zwischenprodukte“ seien, und daß es daher ungereimt sei, sie eine gleichsam aktive Rolle in der Produktion spielen zu lassen, geschweige mit der Arbeit als Produktionsfaktor in eine Linie zu stellen (II/1, 2. Buch). Im Laufe dieser Darlegungen bezeichnet B.-B. ROBERTUS geradezu als denjenigen Theoretiker, bei dem „die klarsten Einsichten in das Wesen der kapitalistischen Produktion“ zu finden seien (II/1, 107 Fußn.). Die erste der obigen drei Thesen sei also nicht deshalb irrig, weil sie den Anteil des Kapitals, sondern weil sie den Anteil der Natur an der Gütererzeugung verkenne; darum brauchen, meint B.-B., die Folgerungen, die ROBERTUS aus der in Frage stehenden These in bezug auf den Kapitalgewinn herleitet, nicht notwendig falsch zu sein, und um keinen ungebührlichen Nutzen aus dem von ROBERTUS bei Aufstellung dieser These begangenen Versehen zu ziehen, nimmt B.-B. im folgenden an, daß die Produktion durch alle Stadien hindurch nur freie Naturgaben und Arbeit oder solche Produkte anwendet, die ihrerseits ausschließlich aus freien Naturgaben und Arbeit entstanden sind; die erste ROBERTUSSCHE These wird also für die Zwecke der Kritik als wahr unterstellt, wodurch B.-B. eben zum Ausdruck bringt, daß der Irrtum, den diese These seiner Meinung nach involviert, für die Beurteilung der sozialistischen Theorie des Kapitalzinses bedeutungslos sei.

Was alsdann die zweite der obigen drei ROBERTUSSCHEN Thesen anlangt, so erklärt B.-B. auch ihr unter der gemachten begrenzenden Voraussetzung vollkommen zuzustimmen, sofern man sie richtig deutet; sie erweise sich jedoch als schwerwiegender Irrtum im Munde von ROBERTUS und sämtlicher

Sozialisten, weil sie sich von deren Verwirklichung eine falsche Vorstellung machen und, durch diese mißleitet, die Herstellung eines Zustandes begehren, der jenem Satze nicht entspricht, sondern widerspricht. Der „vollkommen gerechte Satz, daß der Arbeiter den ganzen Wert seines Produktes erhalten soll“, könne nämlich vernünftigerweise nur eines von beidem bedeuten: entweder daß der Arbeiter den unverkürzten jetzigen Wert seines Produktes jetzt, oder daß er den unverkürzten künftigen Wert seines Produktes künftig erhalten soll. „ROBERTUS und die Sozialisten legen ihn aber so aus — heißt es weiter bei B.-B. — daß der Arbeiter den ganzen künftigen Wert seines Produktes jetzt erhalten solle, und tun dabei, als ob das die ganz selbstverständliche und einzig mögliche Auslegung jenes Satzes wäre“ (I, 345). Den so formulierten Einwand erläutert B.-B. an dem Fall einer Dampfmaschine, die fünf Arbeitsjahre kostet und einen Tauschwert von 5500 fl. erzielt. Dieser Betrag gebühre, in der Voraussetzung, daß ein Arbeiter allein durch die kontinuierliche Arbeit von fünf Jahren die Maschine herstelle, diesem Arbeiter, jedoch offenbar erst nach Ablauf der fünf Jahre. Kann aber der Arbeiter, wie es sehr oft vorkomme, nicht so lange warten und wünscht er z. B. schon nach Ablauf eines Jahres eine entsprechende Teilentlohnung zu empfangen, so habe er Anspruch auf den Wert dessen, was er bis dahin produziert hat. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man leicht dazu kommen, die Höhe dieses Anspruchs einfach in der Weise zu bestimmen, daß man den Wert des fertigen Produktes, somit den Betrag von 5500 fl., durch 5 dividiert. Der Arbeiter sollte demnach einen Jahreslohn von 1100 fl. erhalten. Dies sei jedoch falsch, behauptet B.-B. Denn 1100 fl. seien ein Fünftel des Wertes einer fertigen, gegenwärtigen Dampfmaschine. Was aber der Arbeiter bis jetzt produziert hat, sei nur ein Fünftel einer Maschine, die erst in vier Jahren fertig sein wird. Jenes Fünftel habe einen anderen Wert als dieses, ebenso wie eine ganze gegenwärtige Maschine für die heutige Wertschätzung einen anderen Wert habe als eine Maschine, die erst in vier Jahren verfügbar sein wird, und zwar ergebe sich stets ein Wertunterschied zugunsten des gegenwärtigen bzw. zuungunsten des zukünftigen Gutes. Sei es doch eine der verbreitetsten und wichtigsten wirtschaftlichen Tatsachen, daß gegenwärtige Güter in der Schätzung der Gegenwart, in der sich die Wirtschaft vollzieht, einen höheren Wert haben als völlig gleiche Güter der Zukunft. Fürs nähere bezüglich der Gründe, denen diese Tatsache ihren Ursprung verdankt, und bezüglich der Modalitäten, unter denen sie sich äußert, verweist B.-B. auf die II. Abteilung seines Werkes. Ebendasselbst werde auch von dem Ausmaß des in Frage stehenden Wertunterschiedes ex professo gehandelt. Für die Zwecke der Kritik, meint B.-B., genüge die Bemerkung, daß sich dieser Wertunterschied nach der Höhe des landesüblichen Zinsfußes und zugleich nach der Entlegenheit des Zeitpunktes richte, in dem das ganze Produkt vollendet sein wird. Setzt man den landesüblichen Zinsfuß mit 5 % an, so werde das Produkt des ersten Arbeitsjahres an dessen Schluß ungefähr 1000 fl. wert sein, und ebensoviel werde nach dem Grundsatz, daß dem Arbeiter der ganze Wert seines Produktes zukomme, der Lohn für das erste Arbeitsjahr betragen. Dem

Zweifler, der den Eindruck haben sollte, daß dies zu wenig sei, gibt B.-B. zu bedenken, daß wenn der Arbeiter je 1000 fl., die er am Ende des ersten, zweiten, dritten und vierten Jahres erhält, für die Dauer von 4 Jahren, bzw. 3 Jahren, bzw. 2 Jahren, bzw. 1 Jahr zu 5% verzinslich anlegt, er am Ende der fünf Jahre vom Beginn der Produktion an gerechnet, d. h. in dem Zeitpunkt der Fertigstellung der Maschine über einen Betrag von 4500 fl. verfügen werde, der, durch 1000 fl. als Lohn für das fünfte Arbeitsjahr ergänzt, auf 5500 fl., d. h. genau auf den Wert der fertigen Maschine anwächst (hierbei wird der Einfachheit halber von den Zinseszinsen abgesehen). Bei einem Jahreslohn von 1000 fl. werde also, bemerkt B.-B., der Arbeiter nach einem Maßstab entlohnt, der offenbar nicht ungünstiger ist, als wenn der Arbeiter für das Ganze nach Ablauf von 5 Jahren 5500 fl. bekommen würde. ROBERTUS und die Sozialisten gäben sich aber damit nicht zufrieden; sie verlangten vielmehr, daß der ganze Wert, den das fertige Produkt am Ende der Arbeit haben wird, zu Lohnzahlungen verwendet werde, und diese nicht erst am Schluß der Produktion, sondern ratenweise schon im Laufe der Arbeit flüssig gemacht werden. Das bedeutet im gegebenen Fall, daß der Arbeiter die 5500 fl., die die fertige Maschine nach 5 Jahren wert sein wird, im Durchschnitt der Teilzahlungen bereits nach 2½ Jahren empfangt.

„Wie soll es — apostrophiert B.-B. den Gegner — naturgemäß und in der reinen Rechtsidee begründet sein, daß jemand ein Ganzes, das er erst nach fünf Jahren geschaffen haben wird, schon nach 2½ Jahren bekommt? Es ist selbst dann nicht ausführbar, wenn man den Arbeiter aller Fesseln des viel geschmähten Lohnkontrakts entledigt und ihn in die denkbar günstigste Stellung des Unternehmers auf eigne Faust versetzt. Als Arbeiter-Unternehmer wird er freilich die ganzen 5500 fl. bekommen, aber nicht früher als bis sie produziert sind, das ist nach fünf Jahren. Und wie soll das, was die Natur der Dinge dem Unternehmer selbst versagt, im Namen der reinen Rechtsidee durch den Lohnkontrakt zustande gebracht werden (I, 348)?“ Um der Wirklichkeit des Wirtschaftslebens näher zu kommen, modifiziert B.-B. sein Beispiel dahin, daß an der Anfertigung der Dampfmaschine fünf verschiedene Arbeiter, jeder ein Jahr lang, arbeitsteilig partizipieren. Ob sie nun dabei auf sich selbst gestellt sind, oder im Dienst eines Unternehmers stehen, mehr als 1000 fl. am Schluß des jeweiligen Arbeitsjahres werde der einzelne nicht erhalten können. Nur bei Hinausschiebung der Zahlungen bis ans Ende des fünfjährigen Zeitraums, den die Herstellung der Maschine in Anspruch nimmt, würden sich die betreffenden Lohnbeträge für alle Arbeiter mit Ausnahme desjenigen, der im letzten Jahr tätig gewesen ist, auf mehr als 1000 fl. stellen, nämlich der Reihe nach, von dem im ersten Jahr bis zu dem im vierten Jahr tätigen Arbeiter fortschreitend, auf 1200 fl., 1150 fl., 1100 fl. und 1050 fl. Aber genau in dieselbe Lage kämen diese vier Arbeiter, wenn sie die 1000 fl., die jeder von ihnen unmittelbar nach geleisteter Arbeit erhielte, bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Maschine verzinslich stehen lassen würden. Was aber die sozialistische Forderung angeht, daß der unmittelbar nach Ableistung der Arbeit jedem der fünf Ar-

beiter auszuzahlende Lohn 1100 fl. betragen solle, so wäre diese Forderung nur unter der Voraussetzung erfüllbar, daß sei es den Arbeitern (im Fall, wo sie selbständig die Produktion ausführen), sei es dem Unternehmer (im Fall, wo ein solcher die Arbeiter gegen Lohn beschäftigt) die Zeitdifferenz völlig gleichgültig wäre, d. h. daß sie Geldbeträge lediglich nach ihrer Höhe, ohne Rücksicht auf die Zeit ihres Fälligwerdens schätzten. Gerade mit dieser Voraussetzung dürfe jedoch unter keinen Umständen operiert werden. Nicht nur die gewinnsüchtigen Kapitalisten, sondern auch jeder Arbeiter, überhaupt jeder Mensch mache einen „Wertunterschied zwischen Gegenwart und Zukunft“, und das sei „nicht etwa eine Folge anfechtbarer sozialer Institutionen“, sondern ergebe sich daraus, „daß unser aller Leben in der Zeit sich abspielt, das Heute mit seinen Bedürfnissen und Sorgen vor dem Morgen kommt, und das Übermorgen vielleicht uns schon überhaupt nicht mehr sicher ist“ (I, 349). Die Arbeiter werden also, folgert hieraus B.-B., in ihrem Anspruch auf den ganzen Wert ihres Produktes nicht verkürzt, solange die ihnen zufallende Lohnsumme um nicht mehr als um den Betrag der landesüblichen Zinsen hinter dem Endwerte des Produktes zurückbleibt; und nur wenn diese Spannung zwischen Lohnsumme und Produktwert größer ausfiele, ohne daß hierin eine Risikoprämie für die Gefahr des Mißlingens der Produktion oder eine Entlohnung für die eigne Arbeit des Unternehmers erblickt werden könnte, würde eine wirkliche Ausbeutung der Arbeiter vorliegen (I, 354–355). Ein Hinausgehen des Arbeitslohns über den auf dieser naturgemäßen Grundlage beruhenden Betrag, z. B. eine Entlohnung des Arbeitsjahrs mit 1100 fl. in dem Fall der Dampfmaschine, wäre nur denkbar, führt B.-B. aus, „wenn entweder das, was den Arbeitern nicht gleichgültig ist, nämlich die Zeitdifferenz, dem Unternehmer völlig gleichgültig wäre, oder wenn der Unternehmer den Arbeitern mit der Wertdifferenz zwischen gegenwärtigen und künftigen 1100 fl. ein Geschenk machen wollte“ (I, 353). Weder das eine noch das andere sei aber von privaten Unternehmern wenigstens als Regel zu erwarten, „ohne daß man ihnen deshalb den mindesten Vorwurf und am wenigsten den der Ungerechtigkeit, Ausbeutung oder Beraubung machen könnte“. Es gebe nur eine Person, von der die Arbeiter ein solches Benehmen als Regel erwarten könnten — den Staat. Denn dieser brauche einerseits als Wesen von ewiger Dauer auf die zeitliche Differenz in der Hingabe und Erstattung von Gütern nicht die gleiche Rücksicht zu nehmen wie die kurzlebenden Individuen und könne andererseits, da sein Endzweck die Wohlfahrt der Gesamtheit seiner Glieder ist, den strengen Standpunkt von Leistung und Gegenleistung verlassen und statt zu feilschen schenken, wo es sich um die Wohlfahrt einer großen Zahl dieser Glieder handelt. So wäre es denn denkbar (jedoch nicht ohne weiteres angezeigt!), daß der Staat, freilich nur der Staat als riesiger Produktionsunternehmer, somit als Sozialistenstaat gedacht, den Arbeitern den vollen künftigen Wert ihres Produktes schon jetzt, das ist unmittelbar nach Leistung ihrer Arbeit als Lohn darböte. Hierin wäre aber keine Erfüllung des Grundsatzes, daß dem Arbeiter der volle Wert seines Produktes zustehe, sondern eine aus sozialpolitischen Motiven eingeschlagene Abweichung von diesem Grundsatz zu erblicken. Es

läge da ein „künstlicher Eingriff“ zu dem Zwecke vor, „um etwas im natürlichen Lauf der Dinge nicht Durchführbares dennoch möglich zu machen, und zwar möglich zu machen durch ein verhülltes perpetuierliches Geschenk des großmütigen Gemeinwesens Staat an seine ärmeren Glieder“ (I, 354). Wie man aus dem Vorstehenden ersieht, verwirft B.-B. die zweite ROBERTUSsche These oder genauer: deren Auslegung durch ROBERTUS aus dem Grunde, weil sie dem in der Wirtschaftswelt allgemein herrschenden „Gesetz“, daß der jetzige Wert künftiger Güter kleiner ist als der gegenwärtiger Güter, keine Rechnung trage.

Die dritte ROBERTUSsche These, derzufolge der Tauschwert der Güter dem zu deren Produktion erforderlichen Arbeitsaufwand direkt proportional sei, erklärt B.-B. für „unzweifelhaft falsch“ (I, 355). Während bereits RICARDO gewissenhaft verzeichnet hätte, daß der in Frage stehende Proportionalitätsgrundsatz durch Anwendung von stehendem Kapital und seine ungleiche Dauerhaftigkeit, sowie durch die ungleiche Länge der Perioden, in denen das umlaufende Kapital umschlägt, mehr oder weniger erhebliche Modifikationen erleidet, und zwar zugunsten derjenigen Güter, deren Herstellung relativ viel stehendes Kapital, oder stehendes Kapital von verhältnismäßig großer Dauerhaftigkeit, oder, sofern das umlaufende Kapital in Frage kommt, vergleichsweise lange Umschlagsperioden beansprucht, wäre dies von ROBERTUS „merkwürdigerweise völlig außer acht gelassen“ worden<sup>1)</sup>, und gerade dadurch hätte er sich den Weg zu einer richtigen Auffassung vom Kapitalzins versperrt. Denn in jenen Abweichungen des Tauschwertes vom „reinen Arbeitswert“ (so möge der Kürze halber der Tauschwert bezeichnet werden, der sich auf der Grundlage des Proportionalitätsprinzips ergeben würde), von denen RICARDO ausführlich handelt, ROBERTUS aber nichts wissen will, stecke eigentlich die Hauptursache des ursprünglichen (d. h. durch Verwendung des Kapitals in der Produktion zustande kommenden) Kapitalzinses. Sei doch das Plus an Tauschwert, das jene Güter erlangen, deren Erzeugung einen Vorschuß an vorgetaner Arbeit erfordert, nichts anderes als der bei Austeilung des Produktwertes an den Händen der Unternehmer-Kapitalisten haften bleibende Kapitalzins. „Existierte jene Wertdifferenz nicht, so würde — bemerkt B.-B. — auch der ursprüngliche Kapitalzins nicht existieren; jene Wertdifferenz ermöglicht ihn, enthält ihn, ist identisch mit ihm“ (I, 356—357). Da nun aber die verschiedenen Momente, die nach RICARDO Abweichungen des Tauschwertes vom reinen Arbeitswert verursachen, sich sämtlich auf ein und dieselbe Tatsache zurückführen lassen, nämlich auf die ungleiche Dauer des Zeitabstandes zwischen Arbeitsaufwand und Produktionsvollendung (worauf RICARDO selbst hinweist), so formuliert

1) In Wirklichkeit ist die Tatsache, daß ROBERTUS die von RICARDO aufgezeigten Abweichungen vom Proportionalitätsprinzip nicht gebührend berücksichtigt hat, nicht ganz so überraschend und unerklärlich, wie es B.-B. hinstellt. Vgl. hierzu meinen Artikel „Die Robertussche Grundrententheorie und die Marxsche Lehre von der absoluten Grundrente“ in diesem Archiv I, 12—37 und 405 Fußn.

B.-B. seinen Einwand gegen die dritte RODBERTUSSCHE These in Kürze dahin, daß RODBERTUS hierbei „den Einfluß der Zeit auf den Produktwert übersah“ (I, 359). Damit ist aber zugleich gesagt, daß B.-B. die dritte RODBERTUSSCHE These von demselben Standpunkte aus bekämpft wie die zweite. Nur daß es sich in dem einen Fall um Geldbeträge, in dem anderen Fall um Arbeitsleistungen handelt, deren Bewertung, B.-B. zufolge, von der Zeit, in die sie fallen, abhängig gemacht werden muß. B.-B. selbst bringt übrigens die beiden Thesen im Laufe seiner kritischen Ausführungen in engsten Zusammenhang miteinander, indem er den Irrtum, den die dritte These involviere, geradezu als die Quelle des in der zweiten These enthaltenen Irrtums bezeichnet (I, 355). Der Umstand, daß RODBERTUS die Abweichungen des Tauschwertes von dem reinen Arbeitswert ignoriert hat, hätte ihn dazu verleitet, „die Nichtexistenz des Kapitalzinses zu erschleichen“ (I, 359 Fußn.), d. h. einen Zustand ohne Kapitalzins, wie ihn seine zweite These postuliert, als wirtschaftlich möglich hinzustellen.

Nachdem man so von der Haltung B.-B.s den drei Thesen gegenüber, die, ihm zufolge, der von RODBERTUS vertretenen Auffassung vom Kapitalzins zugrunde liegen, Kenntnis genommen hat, wird man wohl zu der Behauptung berechtigt sein, daß die Kritik dieser Auffassung durch B.-B. sich ganz und gar auf seine Ansicht von der wertbildenden Funktion der Zeit stützt. B.-B.s Kritik hat also in diesem Fall mit seiner eigenen Kapitalzinstheorie die Basis gemein. Wohlgemerkt handelt es sich hierbei nicht etwa darum, daß B.-B.s Ansicht von der wertbildenden Funktion der Zeit oder anders: von dem naturgemäßen Wertunterschied zwischen Gegenwarts- und Zukunftsgütern in seine Kritik der RODBERTUSSCHEN Konstruktion irgendwie hineinspielen würde; diese Ansicht ist vielmehr die Waffe, deren er sich zur Widerlegung von RODBERTUS bedient.

Zu einem analogen Ergebnis gelangt man in bezug auf B.-B.s Kritik der MARXSCHEN Kapitalzinstheorie. Allerdings beziehen sich B.-B.s kritische Ausführungen über MARX zum Teil, ja sogar überwiegend, auf solche Punkte, die mit der Frage von der wertbildenden Funktion der Zeit nichts zu tun haben. Insbesondere wird hierbei die Vernachlässigung der Nützlichkeit als Wertfaktors zu einem schwerwiegenden Fehler der MARXSCHEN Lehre gestempelt und dementsprechend die Zurückführung des Tauschwertes auf die Arbeit allein als unverzeihliche Einseitigkeit, ja gelegentlich sogar als krasse Willkür charakterisiert. So heißt es einmal bei B.-B., „der Satz, daß aller Wert auf Arbeit beruhe“, sei „nichts als eine von einem großen Mann einmal erzählte und von einer gläubigen Menge seither nachgesprochene Fabel“ (I, 374). Man darf jedoch aus dieser und ähnlichen polemischen Wendungen nicht darauf schließen, daß B.-B.s Haltung MARX gegenüber von seiner Haltung RODBERTUS gegenüber, sofern die „Ausbeutungstheorie“ in Frage kommt, wesentlich verschieden wäre. Tritt uns bei B.-B. eine radikale Ablehnung der Ansicht, daß die Arbeit „das universelle Prinzip des Wertes“ sei, erst dort entgegen, wo er sich mit der MARXSCHEN Lehre beschäftigt und nicht schon im Rahmen seines kritischen Kommentars zu RODBERTUS, so erklärt sich dies dadurch, daß die von MARX gegebene „dialektische“ Ab-



leitung seines Wertgesetzes, zu der sich bei ROBERTUS kein Gegenstück findet, auf B.-B. gleichsam wie eine Herausforderung gewirkt hat. Es galt für ihn, deutlich auszusprechen, daß der Satz, wonach der Wert der Güter sich ausschließlich nach der Menge der in ihnen verkörperten Arbeit richte, so wie MARX diesen Satz begründet, schlechterdings unhaltbar ist (und hierin hatte B.-B. unbedingt Recht). Aber nicht von hier aus führt B.-B. den eigentlichen Stoß gegen die MARXsche Auffassung von dem Ursprung des Kapitalzinseszinses. Da bleibt er dem ROBERTUS gegenüber eingekommenen Standpunkt treu: nicht darauf legt er Gewicht, daß MARX von der Nützlichkeit, von den seltenen Naturgaben, von den an der Arbeit sich zeigenden Qualitätsunterschieden und anderem mehr abstrahiert; als ausschlaggebend betrachtet B.-B. vielmehr die bei MARX an entscheidender Stelle fehlende Berücksichtigung des Einflusses, den neben der in dem Produkt verkörperten Arbeitsmenge die Zeit, die zwischen dem Arbeitsaufwand und der Realisierung des Produkts jeweils verstreicht, auf seinen Tauschwert ausübt. Und wenn die Ausführungen zu diesem Punkt in dem Abschnitt über MARX quantitativ nicht vorherrschen, so findet das seine einfache Erklärung nicht zuletzt darin, daß B.-B. eine Wiederholung der einschlägigen kritischen Betrachtungen über ROBERTUS hat vermeiden wollen (vgl. I, 373). Er konnte sich in dieser Beziehung auf einige Ergänzungen beschränken.

Solche Ergänzungen waren aber namentlich deshalb geboten, weil ja im dritten Bande des Hauptwerkes von MARX jene bereits von RICARDO zugegebenen und eingehend erörterten Abweichungen des Tauschwertes vom reinen Arbeitswert, die ROBERTUS vernachlässigt hatte, den Gegenstand durchaus origineller theoretischer Betrachtungen bilden. B.-B. geht denn auch auf diese Betrachtungen näher ein, prüft sie aber ausschließlich darauf hin, inwiefern sie mit der im ersten Band des „Kapital“ vorgetragenen Wertlehre im Einklang stehen. Er glaubt da — in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrzahl der MARXkritiker — einen „eklatanten Widerspruch“ (I, 395) konstatieren zu müssen und fragt nicht erst danach, ob die „Preisgabe“ des im ersten Band des „Kapital“ aufgestellten Wertgesetzes mit logischer Notwendigkeit dazu führe, auch die Ausbeutungstheorie preisgeben zu müssen. B.-B. hält dies vielmehr für selbstverständlich. Für ihn bedeutet die Tatsache, daß MARX im dritten Bande des „Kapital“ die Existenz der Abweichungen des Tauschwertes vom reinen Arbeitswert, mithin den Einfluß der zwischen Arbeitsaufwand und Realisierung des Produkts verstreichenden Zeit auf den Wert, „einräumt“ (wobei es gleichgültig sei, daß er in diesem Zusammenhang den Wert nicht als Wert, sondern als „Produktionspreis“ bezeichnet), einen, wenn auch uneingestandenen, Verzicht auf die Erklärung des Kapitalzinseszinses aus der Mehrarbeit. B.-B. betrachtet eben die „Ausbeutungstheorie“ als mit der „Arbeitswerthypothese“ (derzufolge „in der verkörperten Arbeit die ausschließliche Ursache des Tauschwertes und seiner Größe zu suchen ist“) unzerreißbar verbunden<sup>1)</sup>.

1) Eingehender als in seinem Hauptwerke beschäftigt sich B.-B. mit dem dritten Bande des „Kapital“ in der Abhandlung „Zum Abschluß des Marxschen

Auch KONRAD SCHMIDT gegenüber macht B.-B. geltend, daß durch Einräumung der bewußten Abweichungen die Ausbeutungstheorie zu Fall gebracht würde. „Nur wenn und weil kein Atom des Tauschwertes einer anderen Ursache als der Arbeit entspringen kann, steht es auch fest — führt B.-B. aus —, daß ein Wertanteil, den ein Nichtarbeiter vom Produktwert empfängt, nur auf Kosten der Arbeiter, also als Ausbeutungsgewinn bezogen werden kann. In dem Augenblick jedoch, als zugegeben werden muß, daß der Tauschwert der Waren von der verkörperten Arbeitsmenge abweicht, ist es auch klar, daß sich in die Tauschwertbildung außer der Arbeit noch ein anderer ursächlicher Faktor einmischt: und in demselben Augenblick steht jedenfalls schon nicht mehr fest, daß der Wertanteil des Kapitalisten einer Ausbeutung der Arbeiter entspringt, da er ja denkbarer und sogar recht wahrscheinlicher Weise auch jener anderen mit der Arbeit konkurrierenden Ursache der Tauschwertbildung entspringen könnte“ (I, 401—402). Es braucht nicht erst hinzugefügt zu werden, daß diese andere Ursache nach B.-B. die wertbildende Funktion der Zeit ist.

Wie man sieht, kommt B.-B. im Verlauf seiner Auseinandersetzungen mit den sozialistischen Theoretikern immer wieder auf dasjenige Moment zurück, das den Ausgangspunkt seiner eigenen Erklärung des Kapitalzinses bildet, und er sucht nachzuweisen, daß die Sozialisten, sofern sie dieses Moment übersehen, in Widerspruch zu der ökonomischen Wirklichkeit und sofern sie es, mehr oder weniger unumwunden, anerkennen, in Widerspruch zu dem Fundament ihrer eignen Lehre geraten.

Eine so geführte Argumentation gegen die „Ausbeutungstheorie“ gibt zu einer Reihe von Einwendungen Anlaß. Zunächst fragt es sich, ob das Ignorieren einer — allerdings unbestrittenen — Tatsache, wie es die Abweichungen des Tauschwertes vom reinen Arbeitswert sind, wirklich als ein unzulässiges „Abstraktionsmanöver“ erscheint, wo es sich um die Erklärung des Ursprungs — bloß des Ursprungs — des Kapitalzinses handelt. Nicht etwa aus Abneigung gegen Abstraktionen im allgemeinen leitet sich im gegebenen Fall B.-B.s Widerspruch her. Das wäre auch bei einem Nationalökonomener seiner Richtung unverständlich. Er begründet vielmehr sein Veto gegen die hier in Frage stehende Abstraktion damit, daß man mit ihr auch die zu erklärende Erscheinung „hinweg abstrahiert“ (I, 359 Fußn.). Verhielte es sich damit wirklich so, so läge hier in der Tat eine illegitime Abstraktion vor. Aber der wahre Sachverhalt ist ein anderer: die der Wirklichkeit widersprechende Annahme, daß der Tauschwert mit dem reinen Arbeitswert übereinstimme, führt doch nicht zu einer Ausschaltung des Kapitalzinses, sondern sie führt lediglich dazu, daß sich für verschiedene Produktionszweige verschiedene Zinsraten (Profitraten) ergeben. Der Kapitalzins als solcher bleibt bestehen,

Systems“ (Festgaben für Karl Knies. Berlin 1896), aber auch hier reduziert sich seine Kritik der „Ausbeutungstheorie“ auf den Nachweis, daß MARX selbst ihr durch die Umdeutung seines Wertgesetzes, die er im dritten Band vornimmt, den Boden entzogen hätte. Vgl. meine Ausführungen im Archiv f. Soz.-Wiss. u. Soz.-Pol. XXIII, 7—14.

und darum schlägt B.-B.s Einspruch gegen das Operieren mit dem reinen Arbeitswert zwecks Erklärung des Kapitalzinses nicht durch.

B.-B. geht sodann fehl, wenn er in dem Umstand, daß die sozialistischen Theoretiker auf einer bestimmten Stufe der Untersuchung die Abweichungen des Tauschwertes von dem reinen Arbeitswert in die Betrachtung doch mit hereinziehen, eine Absage ihrerseits an die „Ausbeutungstheorie“ erblickt. Hätten diese Abweichungen immer den Charakter eines Zusatzes zu dem reinen Arbeitswert, dann läge allerdings der Gedanke nahe, daß neben der Arbeit ein anderer wertbildender Faktor im Spiel ist, auf dessen Rechnung der Kapitalzins kommt; aber eine derartige Abweichung kann sich ebensogut als Abstrich am reinen Arbeitswert äußern, wodurch die Angelegenheit ein ganz anderes Gesicht erhält<sup>1)</sup>. Nicht außer acht zu lassen ist auch, daß die in Frage stehenden Abweichungen von den sozialistischen Theoretikern als eine Eigentümlichkeit der kapitalistischen Verkehrswirtschaft, d. h. einer gesellschaftlichen Wirtschaftsverfassung, die eine Teilung des Arbeitsprodukts zwischen Arbeiter und Nichtarbeiter involviert, angesehen werden. Vom sozialistischen Standpunkte aus sind die Abweichungen eine Folge dieser Teilung, während sie B.-B. allerdings als eine von jedweder Teilung des Produkts unabhängige Werterscheinung auffaßt. Was sich mit der „Ausbeutungstheorie“ nicht verträgt, wäre also nicht schon das „Zugeständnis“, daß der Tauschwert von dem reinen Arbeitswert in der Regel abweicht, sondern erst eine bestimmte Auslegung dieser Tatsache — und zwar die B.-B.sche Auslegung, die doch dem sozialistischen Standpunkt durchaus fernliegt.

Es ist schließlich ein Leichtes, B.-B. gegenüber zu zeigen, daß, selbst wenn seine Auffassung, wonach „die Wertdifferenz zwischen gegenwärtigen und zukünftigen Gütern eine von allen menschlichen Einrichtungen unabhängige Wirtschaftserscheinung ist“, zuträfe, damit noch nicht die Unmöglichkeit bewiesen wäre, das Recht auf den vollen Arbeitsertrag im Sinne eines aufgeklärten Sozialismus zu verwirklichen, ohne daß es sich hierbei um eine nachträgliche Verschenkung des von der sozialistischen Gemeinschaft zuvor eingestrichenen Zinses an die Arbeiter zu handeln brauchte<sup>2)</sup>.

1) Daß sich die positiven und die negativen Abweichungen die Wage halten müssen, wie MARX zu zeigen versucht, trifft freilich nicht zu. Ob da ein völliger Ausgleich stattfindet, oder ein Saldo zugunsten sei es des summierten Tauschwertes (Produktionspreises), sei es des summierten reinen Arbeitswertes herauskommt, hängt vielmehr davon ab, wie die Produktionsverhältnisse bei demjenigen Gut liegen, das man als Wertmaß benutzt. Näheres darüber in meiner Abhandlung im Archiv f. Soz.-Wiss. u. Soz.-Pol. XXV, 17—22.

2) B.-B. widmet der Frage des Zinses im Sozialistenstaat eine besondere Betrachtung (II/1, 431—437), worin er, ähnlich wie in seinen gegen ROBERTUS gerichteten Darlegungen, den Nachweis zu führen versucht, „daß im Sozialistenstaate die Gemeinschaft selbst gegenüber den Volksgliedern das Prinzip des Zinses, die heute als ‚Ausbeutung‘ gescholtene Praxis des Abzugs vom Arbeitsprodukt, ausüben würde und ausüben müßte“. Es sei allerdings

Der Einfachheit halber nehme man an, daß nur zwei verschiedene Güter, A und B, produziert werden. Von je 10 Arbeitern seien 6 mit der Produktion von A und 4 mit der Produktion von B beschäftigt. Pro Tag mögen von je einem Arbeiter der ersten Gruppe 20 Mengeneinheiten von A und von je einem Arbeiter der zweiten Gruppe 45 Mengeneinheiten von B erzeugt werden, wobei das Produkt A sofort, das Produkt B hingegen erst nach einem Jahr reif wird. Würde man auf letzteren Umstand keine Rücksicht nehmen, so ständen 20 A gleich hoch im Werte wie 45 B; wenn also z. B. 1 A mit 81 Geldeinheiten, sage Pfennigen, taxiert würde, so ergäbe sich 36 Pf. als Wert von 1 B. Der entsprechende Geldlohn (pro Tag) wäre 1620 Pf. und der Reallohn würde sich (durchschnittlich) aus 12 A und 18 B zusammensetzen. Sollte nun aber auf den Umstand, daß es sich bei A um eine „unmittelbare“ Produktion, bei B dagegen um eine Produktion von einjähriger Dauer handelt, Rücksicht genommen werden, so würde man 45 B höher als 20 A zu taxieren haben. Setzt man die „Zinsrate“ gleich 20% und sucht man die Werte von A und B so zu fixieren, daß der Geldlohn unverändert bleibt, so erhält man jetzt als Wert von 1 A 75 Pf. und als Wert von 1 B 40 Pf. In der Tat beträgt dementsprechend der Wert von 20 A 1500 Pf. und der Wert von 45 B 1800 Pf., somit 20% mehr. Der (durchschnittliche) Reallohn setzt sich nach wie vor aus 12 A und 18 B zusammen, da diese Mengen auch zu den neuen Wertsätzen für 1620 Pf. erstanden werden können ( $12 \cdot 75 + 18 \cdot 40 = 1620$ ). Wie man sieht, hat die neue Art der Wertfestsetzung, die auf die Zeitdifferenz zwischen Arbeitsaufwand und Realisation (Reifwerden) des Produkts Rücksicht nimmt, zu keiner Herabsetzung des Lohnes geführt. Nach wie vor erhalten die Arbeiter den unverkürzten Ertrag ihrer Arbeit. Freilich wäre es bei der zweiten Art der Wertfestsetzung nicht möglich, jeder der beiden Arbeitergruppen das von ihr hergestellte Produkt zu überlassen und den Austausch von A gegen B bzw. von B gegen A nach Maßgabe der festgesetzten Werte anheimzugeben: das würde zu einem ungerechtfertigten Nachteil für die Produzenten von A bzw. zu einem ungerechtfertigten Vorteil für die Produ-

wahrscheinlich, daß die sozialistische Gemeinschaft den ihr zufallenden Zins zu einer allgemeinen Aufbesserung der Arbeiterlöhne verwenden würde. „Aber — bemerkt B.-B. — eine solche nachträgliche gemeinnützige Widmung des eingestrichenen Zinses ändert nichts an der Tatsache, daß der Zins als Zins eingestrichen wurde. Der Sozialistenstaat handelt da nur ähnlich, wie ein heutiger Kapitalist handeln würde, der aus eingestrichenem Mehrwert ein Vermögen von Millionen anhäuft und über dieses dann zu gemeinnützigen Zwecken verfügt. Man kann über erworbenen Lohn egoistisch oder altruistisch verfügen; man kann über erworbenen Zins egoistisch oder altruistisch verfügen; aber so wenig jemand die Behauptung wird wagen wollen, daß ein Arbeitslohn dadurch, daß man ihn egoistisch verwendet, zum Zinse wird, ebensowenig wird man behaupten dürfen, daß ein erworbener Zins dadurch, daß man über ihn altruistisch verfügt, nachträglich seine Natur ändert und vielleicht in Arbeitslohn umschlägt (a. a. O., 435)!“

zenten von B ausschlagen. Aber hat nicht MARX im „Elend der Philosophie“ (mit Bezugnahme auf J. F. BRAY) den „individuellen Tausch“ als unvereinbar mit den Forderungen des Sozialismus hingestellt? Und auch ROBERTUS hat nicht im entferntesten an ein „individuelles Eigentum des Arbeiters an seinem unmittelbaren Produkt“ gedacht<sup>1)</sup>. Als realisierbar erschien ihm vielmehr nur ein „individuelles Eigentum des Arbeiters an seinem ganzen Produktwert“, wobei seine näheren Erläuterungen dieser Formel zeigen, daß er sie nicht allzu rigoros verstanden wissen wollte<sup>2)</sup>. Kommt doch überhaupt das „Recht auf den vollen Arbeitsertrag“ für den modernen Sozialismus, um mit ANTON MENGER zu reden, eigentlich nur in der „negativen Bedeutung“ dieses Ausdrucks, d. h. lediglich im Sinne einer Beseitigung jedes arbeitslosen Einkommens in Frage<sup>3)</sup>. B.-B.s Ansicht, daß der Sozialismus als solcher für die Berücksichtigung der bewußten „Zeitdifferenzen“ in seiner „Wertordnung“ („régime de la valeur“ nach M. BOURGUIN), d. h. bei Tarifierung der (aus den Staatsmagazinen gegen Arbeitsbescheinigungen abzugebenden) Produkte keinen Raum böte, beruht demnach auf einer etwas engherzigen Auffassung der sozialistischen Aspirationen. Die eigentlichen Probleme des Sozialismus werden von der Frage, ob eine verschiedene Bewertung gegenwärtiger und zukünftiger Güter im Wesen der Wirtschaft liege und daher in jeder gesellschaftlichen Verfassung der Wirtschaft sich geltend machen müsse oder nicht, kaum berührt.

Im vorstehenden konnten nur die Grundzüge der von B.-B. an der sozialistischen Kapitalzinstheorie geübten Kritik und nur die Haupteinwände, zu denen diese Kritik Anlaß gibt, zur Sprache gebracht werden<sup>4)</sup>. Das Gebotene dürfte aber wohl genügen, um dem Leser eine Vorstellung davon zu geben, wie tief die eigene Kapitalzinstheorie B.-B.s in seine Polemik gegen die Sozialisten eingreift. Kritik und Dogma lassen hier keine Trennung zu. Eine Halbheit begehen daher bei Beurteilung B.-B.s alle diejenigen, welche ihm in seiner Eigenschaft eines Kritikers fremder Kapitalzinstheorien einschließlich der sozialistischen unbedingt zustimmen und gleichzeitig seine Agiotheorie ablehnen. Hiermit stellt man zudem die Einheitlichkeit und Geschlossenheit, d. h. die hervorstechendsten Vorzüge seines Hauptwerkes in Frage.

1) ROBERTUS, Das Kapital. Berlin 1884, 112—113.

2) Ebda, 116—160, insbesondere 143—147.

3) A. MENGER, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, 2. Aufl., Stuttgart 1891, S. 107, 155. Die Stellung von MARX zu dem Recht auf den vollen Arbeitsertrag hat bekanntlich in seinen Auslassungen aus dem Jahr 1875 über das Gothaer sozialdemokratische Parteiprogramm (Neue Zeit IX, 561—575) ihren Ausdruck gefunden. Vgl. auch K. KAUTSKY, Das Erfurter Programm, 5. Aufl. Stuttgart 1904, S. 157—159, und Die proletarische Revolution und ihr Programm, Stuttgart-Berlin 1922, S. 162—163.

4) Fürs Nähere vgl. RUDOLF STOLZMANN, Der Zweck in der Volkswirtschaft. Berlin 1909, besonders S. 209—272; SAX a. a. O., besonders S. 214—227; M. HAINISCH, i. d. Ztschr. f. Volkswirtschaft, Soz.-Pol. u. Verw., XXVI, 265—333; OTTO CONRAD, ebenda XX, 699—729.

## Zur Würdigung Victor Adlers<sup>1)</sup>.

Von

**Max Adler** (Wien).

Die österreichische Sozialdemokratie ist darangegangen, dem Manne ein Denkmal zu setzen, der die sozialistische Arbeiterbewegung in Österreich aus Zwiespalt und Verwirrung zur machtvollen Einheit und historischen Bedeutung hinaufgeführt hat, dessen Wirken in den zwei letzten Jahrzehnten vor dem Kriege die Geschichte des Habsburgerstaates entscheidend beeinflusste und der darüber hinaus in der sozialistischen Internationale eine ihrer wirksamsten Kräfte war: VICTOR ADLER. Es ist ein Denkmal, das nicht bloß das Andenken dieser bedeutenden Persönlichkeit lebendig erhalten soll, sondern durch Sammlung ihrer Reden und Schriften ihrer geistigen Wirksamkeit die Fortdauer sichern will. Besonders unerläßlich ist diese Art der Denkmalsetzung dort, wo es die besondere geschichtliche Situation mit sich gebracht hat, daß eine große geistige und sittliche Kraft gerade aus eigener Einsicht und moralischer Verpflichtung heraus nicht dazu gelangt ist, in großen theoretischen Werken sich selbst eine geistige Nachwirkung zu schaffen, sondern sich dazu bestimmt fand, ihr ganzes Denken und Wirken in den unmittelbar drängenden Aufgaben des politischen und sozialen Tageskampfes aufgehen zu lassen. Dann kann es leicht den Fernerstehenden und vor allem den Nachgeborenen erscheinen, als hätten sie es bei V. A. nur mit der zeitgeschichtlichen Bedeutung eines großen Volksführers zu tun, und es muß ihnen völlig entgehen, wie gerade diese Leistung des Mannes als Politikers und Volksführers einer umfassenden Geistigkeit entsprang, in welcher sich eine über die bloße Aktualität des Tages hinausreichende Bedeutung verbarg. Und deshalb ist es mehr als eine bloße Pietätsübung, auch mehr als Abzahlung einer großen Dankesschuld, wenn der Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie die Herausgabe der Aufsätze, Reden und Briefe V. A.s beschlossen hat.

Schon das Programm dieser Publikation, die auf 12 Hefte berechnet ist, erweckt eine Vorstellung von der Vielseitigkeit und dem geistigen Reichtum dieses Lebens, das allzu früh am 11. XI. 1918, am Vortage, da Österreich als Republik konstituiert wurde, geendet hat. Die Hefte sollen enthalten: 1. V. A. und FRIEDRICH ENGELS. 2. V. A. und ENGELBERT PERNERS-

1) VICTOR ADLERS Aufsätze, Reden und Briefe. Herausg. vom Parteivorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs. Wien, Verlag d. Wiener Volksbuchhandlung. Heft I, 1922. 8° XII u. 192 S.

TORFER; Briefe aus der Jugendzeit. 3. V. A. und die Gründung der österreichischen Sozialdemokratie. 4. V. A.s Reden und Aufsätze über sozialdemokratische Taktik. 5. V. A. und der Wahlrechtskampf in Österreich. 6. V. A. und die „Arbeiterzeitung“. 7. V. A. als Parlamentarier. 8. V. A., die Gewerkschaften und Genossenschaften. 9. V. A. als Arzt, Hygieniker und Sozialpolitiker. 10. V. A. und AUGUST BEBEL. 11. V. A. und die Internationale. 12. Materialien zu einer Biographie V. A.s; Bibliographie.

Das vorliegende erste Heft dieser Sammlung, redigiert von FRIEDRICH ADLER, bildet mit dem in ihm enthaltenen Briefwechsel mit FRIEDRICH ENGELS einen mächtigen Auftakt zu dem ganzen Werke<sup>2)</sup>. Diese Briefe umfassen die Zeit von 1889 bis zu ENGELS' Tode im Jahre 1895. Es ist dies ein Zeitraum, der für die Entwicklung der Sozialdemokratie in dem alten Österreich von entscheidender Bedeutung war, der sozusagen ihre heroische Zeit darstellt. Es ist die Zeit nach der Einigung am Hainfelder Parteitag, die A.s große Tat war, mit dem stürmischen Wachstum der jungen Bewegung und mit ihrer Aufgipfelung zum ersten großen Wahlrechtssturm. Außer diesem Briefwechsel enthält das Heft noch Reden und Aufsätze, die der Bedeutung von MARX und ENGELS gewidmet sind und aus verschiedenen Zeiten bis in das letzte Lebensjahr A.s stammen.

Was dieses erste Heft umfaßt, ist gerade wegen des in den Aufsätzen über MARX und ENGELS uns entgegentretenden wesentlich theoretischen Inhaltes bereits vorzüglich geeignet, uns jenen Gesamteindruck von der geistigen Persönlichkeit A.s zu verschaffen, der zu einer tieferen Würdigung dieses vielumstrittenen Mannes führen kann. Insbesondere wird sich von da aus eine sehr verbreitete Ansicht über A. als eine durchaus unzulängliche Anschauung erweisen. Gilt er doch vielfach als ein Virtuose des Opportunismus. Und in der Tat, seine angleichende und meisterhaft vermittelnde Tätigkeit sowohl in der großen Internationale als auch in dem nationalen Wirrwarr des alten Österreichs, seine skeptische Zurückhaltung gegenüber theoretischen Streitigkeiten, seine oft recht sarkastische Ablehnung allzu eifriger Dogmatiker des Marxismus, seine gern zur Schau getragene Voranstellung praktischer Bedürfnisse, — dies alles hat von ihm die Vorstellung eines Mannes entstehen lassen, dem die Politik alles und die Theorie nur eines der Mittel für sie war. — Die Briefe A.s an ENGELS und besonders seine Aufsätze über die beiden Begründer des Marxismus zerstören diese Meinung vollständig und lassen sie als eine bloße Oberflächenanschauung erscheinen. Hier tritt uns vielmehr eine starke und sich selbst völlig klar gewordene theoretische Denkweise entgegen, die entschlossen alle revolutionäre Glut des Wollens und Handelns in die Schranken der Erkenntnis bannen will: und diese Erkenntnis ist für V. A. die Lehre von KARL MARX. Die Gedankreden, die er über MARX und ENGELS aus verschiedenen Anlässen gehalten hat, gehören zu dem Besten,

2) Nach Abschluß dieser Abhandlung ist auch erschienen Heft II, 1923, 375 S., redigiert von MICHAEL SCHACHERL, welches die Materialien enthält zu: A. als Angeklagter, -Ankläger, -Verteidiger, -Zeuge, bei Demonstrationen, im Arrest.

was über die Grundgedanken des Marxismus gesagt worden ist. Sie enthalten zugleich den Schlüssel zu dem scheinbar widerspruchsvollen „Opportunismus“ dieses großen Taktikers der Arbeiterbewegung. Denn nicht um eine Akkomodation der prinzipiellen Grundanschauungen an momentane praktische Forderungen handelte es sich bei ihm, sondern im Gegenteil um ihre Erhaltung und Durchsetzung in schwierigen Situationen, für welche es nicht eine einfache, ein- für allemal feststehende Formel ihrer Lösung geben konnte.

Der Marxismus war für V. A., wie er dies selbst in dem Nachruf auf ENGELS sagte, keine bloß ökonomische Doktrin, sondern eine Weltanschauung, deren eigentliche Bedeutung er nicht so sehr in gegebenen Erkenntnissen erblickte, als darin, daß sie „ein Teil der Umwälzung der Gehirne ist, die unser Jahrhundert zu einem Zeitalter der Revolution macht“ (S. 136). Darum hebt er ein anderes Mal, am 20. Todestag von MARX, den immer noch zu wenig gewürdigten dialektischen Sinn des Marxismus hervor, der uns nicht fertige, zum Gebrauche adaptierte Maximen geliefert habe, „sondern das Beste, was er uns gegeben, sind Methoden des Erkennens geschichtlicher, wirtschaftlicher und politischer Zusammenhänge“ (S. 147).

In dieser Auffassung war der Marxismus für V. A. nicht so sehr eine Lehre, die gleichsam ein wohlabgegrenzter, bloß intellektueller Besitz der Menschen ist, als eine den ganzen Menschen durchdringende Denk- und Fühlweise, ein modernes Bewußtsein. „So erfüllt und angezogen,“ sagt er in der Rede, „Was uns Karl Marx ist“, „haben wir uns mit den Gedanken, die MARX zuerst gedacht, daß es unmöglich ist, festzustellen, was in uns von ihm herührt“ (S. 147). Darum hatte er auch nur ein mäßiges Interesse für die Streitigkeiten um einzelne Theoreme des Marxismus. Ihm handelte es sich weniger um die Erhaltung jedes Buchstabens bei MARX und ENGELS, als um die Betätigung in ihrem Geiste. Marxismus war ihm das, was er auch bei seinen Begründern war, Erkenntnis und Tat in einem, ein neuer Blick ins Leben der Gesellschaft und eine grundsätzliche Orientierung für das Schaffen in ihr. So lehrte er es auch bei der MARXfeier im Jahre 1913 seinen Arbeitern: „Es hat noch keine ökonomische Theorie gegeben, die so fruchtbringend war für die Wissenschaft und — ich scheue mich nicht, es zu sagen — was höher steht: so fruchtbringend für das Leben. Mit seiner Theorie gab MARX der Arbeiterklasse das Auge, ihre eigene Lage zu sehen; er gab ihr aber auch die Möglichkeit, zum erstenmal ihre geschichtliche Würde zu empfinden“ (S. 161).

Aus solcher Auffassung der Theorie folgt nun auch, daß V. A. auch in dem, was den Außenstehenden als Vermittlung, Kompromiß, ja sogar Abschwächung der marxistischen Grundanschauungen erschien, doch immer nur aus diesen heraus handelte. Denn immer war Machterhaltung und Machtverstärkung der Arbeiterklasse im Interesse der letzten Ziele des Sozialismus der Kern eines solchen Verhaltens. Und alle Akkomodationen, zu denen ihn politische Situationen zwingen mochten, nahmen bei ihm noch nicht, wie wir dies bei späteren Marxisten erleben mußten, die Form von „Verbesserungen“ oder „Ergänzungen“ der marxistischen Theorie an, sondern galten ihm nicht anders, denn als taktische Umwege. „Die Kritiker der Taktik — schrieb



er einmal an ENGELS — glauben immer, sie sei oder könne sein eine gerade Linie, während sie eine Wellenlinie sein muß, gerade wie die Weltgeschichte“ (S. 43). Und was er einmal bei der MARXfeier im Jahre 1893 über das Verhältnis der Arbeiterschutzreformen zum revolutionären Kampf des Proletariates gesagt hat, das gilt von seiner ganzen Auffassung dieser taktischen Umwege überhaupt: „Ihr bietet uns „Arbeiterschutz“? Arbeiterschutz wird die Frage des Proletariats nicht lösen, Arbeiterschutz kann die Kette der Lohnsklaven nicht brechen. Was ihr uns vorspiegeln wollt, das glauben wir nicht; wir brauchen aber den Arbeiterschutz, und nur immer mehr davon. Warum? Weil wir ihn brauchen, damit derjenige Faktor, der allein imstande ist, die Lohnsklaverei zu brechen, auch die Macht bekomme, es zu tun; damit das Proletariat fähig wird, seine Aufgabe zu erfüllen“ (S. 64, 65). V. A. war sich dabei unausgesetzt der Gefahren bewußt, die gerade in einer solchen Taktik lagen; aber eben die Orientierung an der MARXschen Theorie gab ihm die Sicherheit und Gewähr, diesen Gefahren trotzen zu können. Seine Briefe an ENGELS während des Wahlrechtskampfes, in denen er über seine innersten Gedanken wie zu einem Beichtvater sprach, sind voll von diesen Befürchtungen, ob nicht durch die restlose Hingabe an diese politische Tagesfrage, an Gegenwartsziele der revolutionäre Schwung der Arbeiterbewegung und die theoretische Klarheit über ihre notwendigen Ziele Schaden leiden könnte. Schon am Anfang der Wahlrechtskampagne schreibt er an ENGELS: „Die ernste Schwierigkeit für uns wird zunächst die sein, uns in die Diskussion von Reformen zu wagen, was wir müssen, ohne in den Schein des Opportinismus oder der Solidarität mit anderen Parteien, die zusehends radikaler werden, zu geraten“ (S. 25). Ein anderes Mal später: „Ich habe sehr empfindliche Tentakel und glaube zu spüren, daß die einseitige politische Geschichte uns verflacht“ (S. 87). Und gerade von dem erst nach seinem Tode bei so vielen Marxisten herrschend gewordenen Gedanken, den wachsenden Einfluß des Proletariates auf die Staatsverwaltung, als einen Weg zum Sozialismus zu betrachten, sagte er bereits, er „ist voll Gefahren und von der gutgläubigen Selbsttäuschung über den Wert kleinerer und vorübergehender Vorteile bis zu der mehr oder minder bewußten Preisgebung jeder selbständigen proletarischen Politik droht da jede Art von Irrtum“. Aber er kennt auch das Gegenmittel, und dies ist die unausgesetzte lebendige Korrektur durch die Überprüfung des eigenen Weges mit den Denkmitteln marxistischer Erkenntnis. Nur die Anwendung der marxistischen Theorie, „die uns gelehrt hat, vor nichts mehr auf der Hut zu sein, als vor unseren eigenen Vorurteilen“, kann uns helfen, solche Irrtümer, wenn schon nicht immer zu vermeiden, so doch zu erkennen und zu überwinden. „Dem Klassenkampfe seine unabänderliche Bahn zu weisen, haben unsere Meister weder vermocht noch gewollt, aber ihm Licht zu schaffen auf den Weg, daß er ihn zu finden und sehend zu wandeln vermöge, das war ihre große Tat.“ (S. 148.)

So sehr also V. A. immer ein heftiger und sarkastischer Gegner der Ansicht war, daß der Marxismus für alle Fälle schon im vorhinein eine Feststellung der Taktik enthielte, so sehr er es gerne zu betonen pflegte, wie

schon MARX und ENGELS es gewußt hätten, „daß die Dinge stärker sind als alle unsere Überlegungen“ (S. 165), so war er doch weit entfernt, diesen „Dingen“ die revolutionäre Grundanschauung des Marxismus irgendwie zu opfern. Was er einmal von der Gewerkschaftspolitik sagte, das hat er recht eigentlich von seiner gesamten Tätigkeit gemeint: nämlich zwar „den Inhalt der gewerkschaftlich organisierten Kraft der Arbeiterschaft auszunützen im täglichen Kampfe der Gegenwart, aber diese Gegenwartsarbeit zur Zukunftsarbeit zu machen, indem sie benützt wird zur Organisation der Armee des Proletariats, die die Befreiung bringen soll“ (S. 164). Und es klingt aus dieser MARXrede vom Jahre 1903 wie eine besonders eindringliche Mahnung gerade für unsere Zeit, in der so manche neue Sozialreformen, wie insbesondere die Errungenschaft des Betriebsrätesystems, nicht wenigen als die Eröffnung eines neuen Weges des Proletariates gelten, der ohne Klassenkampf, durch bloße Ausweitung der sogenannten ökonomischen Demokratie zu seiner Emanzipation führen werde, wenn wir hören, was V. A., gerade dieser „opportunistische“ A., dazu sagt: „Wenn wir von den Parlamentsmandaten bis hinab zu den Gewerbegerichtsmandaten Besitz ergreifen wollen, wenn wir uns einnisten und festkrallen in diese alte Gesellschaft, wenn wir Stück für Stück die Macht der Arbeiterschaft zur Geltung bringen, so ist all dies nur erträglich, weil wir revolutionär sind, weil die Idee unsere Arbeit belebt. Sonst müßte jeder von uns längst zugrunde gegangen sein in dieser kleinen, elenden Stückarbeit! . . . Jede Reform ist wichtig und wert jeder Mühe, aber jede Reform ist soviel wert, als Revolution in ihr steckt! Wenn man uns fragt: Revolution oder Reform? so antworten wir: Revolution und Reform! Oder: Reform nur um der Revolution willen!“

Kein Wunder, daß bei solcher Einstellung V. A.s zur Gegenwartsarbeit und politischen Machtausnützung jeden Augenblick das ganze revolutionäre Feuer des proletarischen Klassenkämpfers die scheinbare Kühle bloß taktisch zweckmäßiger Erwägungen durchbricht. Sein Herz war immer auf der Seite der Revolution, und wenn wir bedenken, wie viele heutige Marxisten sich durch eine billige Weisheit über die „Irrtümer“ des Bolschewismus dazu haben verleiten lassen, die ungeheure Wucht und Größe proletarischer Entschlossenheit und opfermutiger Hingebung nicht bloß zu übersehen, sondern sogar zu verkleinern, die in diesem welthistorischen Ereignis noch bis auf den heutigen Tag enthalten ist, dann mögen ihnen die Worte A.s in die Ohren klingen, mit denen er über die Kommune sprach: „Heute hebt sich die Weisheit mancher hoch und sieht zurück auf die armen Irreführten, die ihr Blut gelassen haben um eine Täuschung, um ein verunglücktes Experiment! Wir aber sagen: Weiser war der Naivste, weiser war der Einfältigste von denen, die dort liegen, weiser war er und fruchtbringender als diese Weisen, die heute wissen, wie kostbar jeder ihrer Blutstropfen ist, die heute wissen, daß man ja nichts anfangen darf, dessen Ende man nicht absehen kann. Weiser, sage ich, und fruchtbringender war jene Torheit, als es die altkluge Philisterhaftigkeit unserer Tage ist“ (S. 158).

Was die Taktik V. A.s so über jeden wirklichen Opportunismus hinaus hob,

das war dies, daß er eben nie bloß Politiker war, sondern daß er Politik von allem Anfang an nur marxistisch verstand als in Tat umgesetzte soziale Erkenntnis, als eine Politik, die, wie er selbst sagte, „auf einer deutlichen Erkenntnis der Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung fußt, die die Mittel kennt und abzuwägen weiß, die der Arbeiterklasse zu Gebote stehen, und die den Weg kennt, den sie zu gehen hat“ (S. 144). Dieser Erkenntnischarakter der Politik selbst ist es, der mit Notwendigkeit zu Anwendungen der marxistischen Grundgedanken des Klassenkampfes führt, die sich nicht als Abschwächungen darstellen, sondern als Bewährung, weil sie notwendige Anpassungen an die Mannigfaltigkeit geschichtlicher Situationen darstellen. Es waren vor allem zwei Momente, die solche Anpassung der Taktik nötig machten. Erstens die Ausbreitung der marxistischen Denkweise auf die Arbeiterbewegung aller kapitalistischen Länder, also die immer größere politische Aktualität des Marxismus, der aufgehört hatte, eine einsame Theorie zu sein und überall die Aufgaben der Lenkung von Massenpolitik erhielt; und zweitens der Aufstieg des Proletariates innerhalb dieser einzelnen Länder zu immer wachsender politischer und ökonomischer Macht. Aus dem ersten Moment ergab sich das große Problem der Internationale, d. h. die Feststellung eines einheitlichen Kurses der proletarischen Politik. Hier hat V. A., was wir heute auf Grund der vollkommenen Einsicht in die MARX-ENGELSSchen Schriften und Briefe deutlicher sehen können als früher, in vollem Einklang mit diesen ersten Begründern der Internationale jenen Grundsatz vertreten, der auch heute, und gerade heute, gegenüber dem verhängnisvollen taktischen Irrtum von Moskau seine aktuelle Bedeutung hat: „Unsere Bewegung ist international, das will aber keineswegs heißen, daß sie gleichmäßig in Form und Tempo in allen Ländern vorrückt. Sie ist weit hinausgewachsen über die Möglichkeit, durch einen Bund, wie die alte ‚Internationale‘ war, geleitet zu werden. Die Verständigung zwischen den Bruderparteien der einzelnen Länder ist jedoch notwendiger als je, aber freilich schwerer als je geworden, seitdem die proletarische Revolution aus einer Vorstellung und einem Wunsche in den Köpfen einzelner zur Tatsache und Massenbewegung geworden ist. Denn die Verständigung hat zur Voraussetzung das Verständnis, die Kenntnis der besonderen Bedingungen der Bewegung in jedem einzelnen Lande“ (S. 136, 137). Noch ist die neue Internationale des Proletariats erst im Werden. Aber es ist kein Zweifel, daß sowohl die Wege von Hamburg wie die von Moskau nur durch Einmündung in die Richtung dieses von V. A. aufgestellten Grundsatzes des Verständnisses eines für den anderen, ihr Ziel erreichen werden, das dann aber auch sofort ein gemeinsames sein wird.

Das andere Moment, der Aufstieg des Proletariates zu größerem ökonomischen und politischem Einfluß innerhalb des Staates, zu größerer „Staatsnähe“, wie dies später RENNEN sehr unglücklich und doch bezeichnend für die von ihm vertretene Richtung der prinzipiellen Abschwächung des Klassenkampfgedankens genannt hat, führt in jene verhängnisvolle Zone, in welcher der Sozialismus in seine größte, noch fortdauernde Krise geraten sollte. Sie begann, sich selber noch in den breiten Schichten der Parteianhängerschaft

unbewußt, mit der sozialimperialistischen Infektion vor dem Kriege, gelangte in den schrecklichen Tagen des Kriegsbeginnes und in der noch furchtbareren Zeit der Kriegs- und Burgfriedenspolitik zu einem akuten Ausbruch und ist heute im Zeitalter des Friedens der Reparationen und Resistenzen noch keineswegs überwunden. Hier hat jedenfalls zu Anfang dieser Periode V. A. den richtigen Weg gesehen und ihn auf der Höhe seiner Wirksamkeit kraftvoll eingehalten. Das besondere Problem, das sich hier eröffnet und bis heute alle Gedanken der marxistischen Theoretiker und Taktiker anspannt, hat er selbst mit der ihm eigenen Klarheit und Selbstkritik formuliert. Es liegt nicht darin, daß die Grundlage der sozialistischen Politik strittig wäre. „Nicht die prinzipielle Grundlage steht in Frage, proletarische Klassenpolitik wollen alle machen.“ Sondern darin liegt die Schwierigkeit, daß die stetig sich vergrößernde Verflechtung dieser auf die soziale Zukunft gerichteten Klassenpolitik mit nicht mehr zu ignorierenden Gegenwartsaufgaben des Proletariats sie immer wieder vor die Frage stellt, welche Stellungnahme zu diesen jetzt und hier durchzuführenden und von dieser Stellungnahme auch abhängigen Reformen die richtige sozialistische Klassenpolitik sei. „Die Politik der revolutionären Minorität war einfach im Vergleiche zur Politik einer stetig wachsenden revolutionären Partei, die sich dem Punkte nähert, wo sie die entscheidende Macht im Staate werden kann“ (S. 147—148). Die Lösung, die V. A. für dieses Problem fand, war durchaus keine opportunistische, sondern eine solche, die ebenso in die Linie des theoretischen wie des revolutionären Charakters des Marxismus — im Grunde ein und dasselbe — einbiegt, nämlich daß nur eine Orientierung im Sinne der von MARX aufgezeigten ökonomischen Gesamtentwicklung den richtigen Weg einer Politik der Arbeiterklasse zu zeigen vermag. Diese Lösung des „opportunistischen“ V. A. sollte gerade heute eine nie zu vergessende Mahnung in allen politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen sein. Sie lautet: Klassenpolitik, nicht Parteipolitik. „Lassen Sie sich noch eines sagen — sprach A. zu den Arbeitern in einem feierlichen Augenblicke, bei der MARXfeier im Jahre 1903 — was MARX charakterisiert hat, MARX war nicht der Führer einer Partei: MARX hat nicht Parteipolitik gemacht. MARX hat Klassenpolitik gemacht, und von ihm sollen wir lernen und in seinem Geist denken und handeln, wenn wir uns über die Politik der Partei, über die täglichen Pflichten des Parteimannes erheben und den Blick auf die gesamte Arbeiterklasse und ihren Fortschritt richten, deren Diener, deren Mittel, deren Werkzeug die Partei ist“ (S. 172).

Ob und wie stark dieser Gedanke einer Klassenpolitik statt bloßer Parteipolitik auch noch in der letzten Zeit die Stellungnahme V. A.s geleitet hat, diese Frage muß einer späteren Würdigung vorbehalten bleiben. Sie führt in das leidvolle Kapitel der sozialistischen Politik unmittelbar vor dem Krieg und während desselben. Über diesen Zeitraum enthält das vorliegende I. Heft, das ja nur das auf MARX und ENGELS sich beziehende Material bringen will, nichts zur Sache Gehöriges. Bloß ein Artikel, der den Schluß des Heftes bildet, fällt in diesen Zeitraum. Er stammt aus dem letzten Lebensjahr A.s und ist gelegentlich der MARXfeier 1918 geschrieben. Einen Überblick über

das Jahrhundert seit MARXENS Geburt will er geben, aber es liest sich zugleich in seinen dem Krieg gewidmeten Absätzen wie ein Resumee, das A. über seine eigene, vielen unbegreifliche und schmerzliche Stellung zum Kriege gibt. Daß auch er für die nationale Selbstbehauptung, für die Landesverteidigung und demnach für den „Burgfrieden“ eingetreten ist, ist eine Tatsache. Aber wie anders vollzog sich doch dies alles bei ihm, als bei so vielen Wortführern der Kriegspolitik innerhalb der Reihen der Rechtssozialisten. Diese sahen in ihr eine Fortentwicklung des Sozialismus zu neuen höheren Formen, eine Epoche, welche nicht bloß die Kraft einer Klasse, sondern die ganze einheitliche Volkskraft schließlich in seinen Dienst stellen mußte; sie datierten von ihr geradezu eine neue Ära des Marxismus, die durch Verarbeitung politischer und ökonomischer Erfahrungen, „die MARX noch nicht gekannt habe“, sich habe berichtigen müssen, um noch modern bleiben zu können. Und gestützt auf solche „Erkenntnis“ nahmen sie den Krieg „entschlossen auf ihre Schultern“. Demgegenüber sah V. A. in all dieser Kriegspolitik nur den bittersten Zwang einer übermächtigen geschichtlichen Situation, aus der er nirgends einen Ausweg fand, den er aber, weit entfernt, aus ihm eine Theorie des verbesserten Marxismus zu machen, wie etwa CUNOW oder RENNER, als einen grausamen Widerspruch „zu dem bereits klar erkannten Besitztum der Arbeiterklasse“ empfand, zu dem „Bewußtsein der internationalen Solidarität des Proletariates“ (S. 189). Und er legt den Finger auf die Wurzel dieser Tragik, die ja in dem heutigen Erpresserfrieden noch unvermindert wirksam ist, und genau so von dem Kriegsunglück gilt, wie von dem Friedensverbrechen, indem er wie zur eigenen Rechtfertigung betont, „daß das Proletariat noch zu schwach war, um es zu hindern, aber schon zu stark, um sich aller Verantwortungen zu entledigen, und wie einst mit mutigem Protest zur Seite stehen zu dürfen“ (S. 189).

Aber wenn auch V. A. sicherlich darin geirrt hatte, die Notwendigkeiten der staatlichen Selbstbehauptung, der Landesverteidigung, allzu hoch für das kämpfende Proletariat einzuschätzen, und so dazu beigetragen hat, die nationale Schicksalsgemeinschaft des Staates stärker werden zu lassen, als die internationale des Proletariates, so hatte seine Stellungnahme doch gar nichts gemein mit der jener sozialistischen Kriegsbejaher, die sich von dem Siege „ihres“ Staates einen Aufschwung des Sozialismus selbst versprochen und die daher Sieg der Mittelmächte und Sieg des Sozialismus in eine ebenso seltsame wie lächerliche Verbindung brachten. Wenn auch V. A. von dem Vorwurf des „Sozialpatriotismus“ nicht ganz losgesprochen werden kann, so verstand er ihn doch ganz anders, als jene anderen, die noch mehr Sozialimperialisten als Sozialpatrioten waren. Ihm handelte es sich auch da nur um eine Frage der Taktik im Sinne des alten klassenkämpferischen Marxismus, nicht um eine Neuorientierung des letzteren. Wie ist das Proletariat mit seinem bereits errungenen politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Besitz aus diesem furchtbaren Zusammenbruch in die Friedensära hinüberzuretten? — das war der Kern und die tiefe Sorge der „Kriegspolitik“ V. A.s. Und alles, was zu diesem Zwecke ihm notwendig schien, betrachtete er nicht als eine Korrektur an der alten marxisti-

schen Lehre, sondern als bloße taktische Schwenkungen, die ihm gefahrlos erscheinen mochten, weil er sich selbst in seiner marxistischen Grundanschauung unbeirrt fühlte. Erinnern wir uns daran, was er viele Jahre zuvor einmal an ENGELS geschrieben hatte, daß die Taktik keine gerade Linie sein könne, sondern einer Wellenlinie zu vergleichen sei. In einem solchen Wellental der Geschichte sah sich V. A. mit der Politik des Sozialismus im Kriege. Der furchtbare Verlauf der ökonomischen und politischen Entwicklung, die zur europäischen Katastrophe geführt hatte, war augenblicklich zu gewalttätig. Er für seine Person fürchtete nicht, von dieser Woge des Nationalismus und Imperialismus fortgespült zu werden; er mochte im Gegenteil die Bewegung, der er sein Leben gewidmet hatte, wieder hochgetragen sehen, gerade von derselben Flut ökonomischer Notwendigkeiten, die jetzt ihn und den Sozialismus in dieses Wellental gestürzt hatte. Er hat dies auch direkt ausgesprochen in jenem letzten Artikel seiner Feder. „Wenn sich der Blutnebel verzogen haben wird, wenn vor unseren Blicken das Neue liegen wird, das sich dem Mutterschoße des Gewesenen unter furchtbaren Krämpfen entwunden hat, wenn die neuen Aufgaben erkennbar sein werden, die dem Proletariat gestellt sind, dann wird auch die Einheit wieder kommen, weil sie kommen muß“ (S. 191).

Schließlich noch einige Worte über die in vorliegendem Hefte enthaltenen Briefe und Aufsätze FRIEDRICH ENGELS', die geeignet sind, durch die Hochschätzung, die ENGELS V. A. entgegenbringt und durch die unausgesetzte Billigung seines Verhaltens, die hier versuchte Würdigung V. A.s nur zu bestätigen. Sie bilden aber auch an sich eine wertvolle Bereicherung des gesammelten Schrifttums dieses großen Mitbegründers des Marxismus. Es gilt von diesen Briefen in hohem Masse, was V. A. einmal über ENGELS sagte: „Jeder seiner Briefe über politische Dinge brachte volles Licht.“ Und in der Tat, um nur einiges zu nennen, die Briefe resp. Beiträge über die französische Revolution (Nr. 3), über den Antisemitismus (Nr. 5), über die Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung (Nr. 6), über die Entwicklung des Sozialismus in Österreich (Nr. 25 und 39), über die Strömungen im französischen Sozialismus (Nr. 50), lassen uns immer wieder die Meisterschaft ENGELS' bewundern, mit der er geschichtliche Personen und Situationen nicht nur der Vergangenheit, sondern der unmittelbaren Gegenwart mit historischer Würdigung zu erfassen versteht. Besonders für unseren Zusammenhang wichtig ist aber das große Interesse, das ENGELS an der Entfaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung in Österreich nimmt, und die erstaunliche Informiertheit über die ökonomischen und politischen Zustände in diesem für einen Fremden gar nicht leicht verständlichen Wirrwarr, der sich Österreich-Ungarn nannte. In der Zeitperiode von 1891 bis zu seinem Tode ist ENGELS nicht nur der ständig interessierte Zuschauer an der gerade während dieser Jahre im Wahlrechtskampfe mächtig aufstrebenden österreichischen Sozialdemokratie, sondern, wie dieser Briefwechsel jetzt erkennen läßt, der unermüdlige Berater und auch materielle Unterstützung gewährende Helfer. Über alle wichtigen Peripetien dieser Bewegung erhält er von V. A. eingehende Berichte und Anfragen, und ganz von selbst gestaltet sich seine

Stellung zu einer Art Beaufsichtigung und Kontrolle der Aktion V. A.s. Und da ist es denn für die Würdigung, die wir hier von V. A.s eigentlichem Wesen in seinem Verhältnis zum Marxismus zu geben versucht haben, schon bedeutungsvoll, daß ENGELS ihn durchaus als echten Schüler des Marxismus behandelt, daß er, der mit Recht gerühmte große Taktiker des Marxismus, an den V. A. einmal schrieb, er bedeute ihm in gewissem Sinne „mehr, oder sagen wir, anderes als MARX: Politik und Taktik, Anwendung der Theorie in corpore vivo“ (S. 5), — daß gerade dieser Strategie des marxistischen Sozialismus die Tätigkeit V. A.s stets mit rückhaltloser Zustimmung begleitet hat, ja über A.s wiederholt ihm gegenüber geäußerte Bedenken eines drohenden Opportunismus ihn durch den Hinweis auf die geschichtlichen Notwendigkeiten beruhigt hat. So hat er ihm gerade mit Bezug auf solche Selbstkritik einmal geschrieben: „Was Du wegen der Taktik sagst“ (nämlich daß sie nicht geradlinig sein kann), „ist nur zu wahr. Aber es gibt auch zu viele, die aus Bequemlichkeit und um ihren Schädel nicht plagen zu müssen, die für den Augenblick passende Taktik für die Ewigkeit anwenden wollen. Die Taktik machen wir nicht aus nichts, sondern aus den wechselnden Umständen; in unserer jetzigen Lage müssen wir sie uns nur zu oft vom Gegner diktieren lassen“ (S. 45). Auch für ENGELS lag marxistische Konsequenz und Prinzipientreue nicht in der Betonung von wortgerechten Formeln der marxistischen Lehre, sondern in der Festhaltung der durch sie gezeigten Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung und in der Beziehung aller Gegenwartsarbeit auf sie nur als eines Mittels ihrer Beschleunigung.

So untermalen die Briefe von ENGELS uns das Charakterbild V. A.s mit einer Stimmung persönlicher Wertung und Anerkennung seines Wirkens durch einen Mann, der ebensowenig wie MARX sonst bereit war, aus persönlicher Rücksicht Schonung gegenüber Sünden an der Theorie oder Praxis der sozialistischen Arbeiterbewegung hingehen zu lassen. Und wie immer der Ausgang dieses an Denken und Tun gleich reichen Lebens nicht nur in die große Krise des Sozialismus fällt, sondern selbst ein Stück derselben war, so haben wir gesehen, wie auch diese für ihn nicht eine Krise der Theorie des Marxismus war, sondern nur eine solche der Partei des Marxismus.

V. A. war kein Theoretiker des Sozialismus und wollte es nicht sein; aber die Theorie des Marxismus hat in ihm kräftiger gelebt, als in so manchem derjenigen Marxisten, die aus dieser Theorie nicht die Kraft schöpften, sie in schwierigen geschichtlichen Situationen durchzuhalten, sondern nur die Geschicklichkeit, ihre bequemen Anpassungen an momentane Konstellationen, ihre intellektuelle und praktische Not gegenüber den Grundgedanken des alten Marxismus zur Tugend einer neuen Theorie zu erheben. Für sie und alle, die ihnen gleichen, könnte der Briefwechsel ENGELS' mit V. A. eine sehr nachdenkliche Beschäftigung sein. Aber auch darüber hinaus ist er eines der bedeutsamsten Dokumente, an dem nicht nur die Geschichte des modernen Sozialismus studiert, sondern die Lebendigkeit seiner Theorie verfolgt werden kann.

## Ein Brief von Friedrich Engels (Oswald) an den Herausgeber der Deutschen Jahrbücher.

Mitgeteilt von

**N. (D.) Rjasanoff** (Moskau).

Mit einer Vorbemerkung von **CARL GRÜNBERG** (Wien).

Oft ist die Frage nach der Persönlichkeit jenes **FRIEDRICH OSWALD** aufgeworfen worden, der zu Beginn der 40er Jahre des abgelaufenen Jahrhunderts in der Literatur der radikalen Junghegelianer eine Rolle gespielt und namentlich auch durch seine gegen **SCHELLING** gerichtete Schrift „Schelling und die Offenbarung. Kritik des neuesten Reaktionsversuchs gegen die freie Philosophie“ die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte <sup>1)</sup>. Manche rieten auf **FRIEDRICH ENGELS**, andere wieder lehnten diese Hypothese ab — bis dann **GUSTAV MAYER** in seinem Artikel „Ein Pseudonym von Friedrich Engels“ (in diesem Archiv IV, 86/89) ihre Richtigkeit mit inneren und äußeren Gründen verfocht und sehr wahrscheinlich machte. Absolute Gewißheit konnte allerdings auch er nicht schaffen, und zwar weder im zitierten Artikel noch in seiner ausgezeichneten **ENGELS**-Biographie (I, 73 f.). Nun bietet sie der nachfolgende — inzwischen von **RJASANOFF** in seiner russischen Ausgabe der Werke von **MARX** und **ENGELS** (M. i. E., Sotschenenja. Moskau 1923. 2. Bd. S. X) veröffentlichte — Brief **ENGELS'** selbst und zugleich auch Klarheit über die Urheberschaft einer zweiten Schrift gegen „den Philosophen in Christo“, deren voller Titel, nach einem photographischen Faksimile **RJASANOFFS**, lautet:

*Schelling der Philosoph in Christo, oder die Verklärung der Weltweisheit zur Gottesweisheit. — Für gläubige Christen, denen der philosophische Sprachgebrauch unbekannt ist. Berlin 1842. Verlag von A. Eyssenhardt. 43 S. Gedruckt bei Julius Sittenfeld.*

\* \* \*

*Geehrter Herr Doctor! Inliegend einen Art.(ikel) für die Jahrb. (Jahrbücher). Die Dante-Geschichte hab' ich einstweilen bei Seite gelegt. Ich würde bereits eher geschickt haben, wenn ich einiger Maßen Zeit gehabt hätte.*

1) **OSWALD** hat sich als ihren Verfasser in den Deutschen Jahrbüchern vom 9. VII. 1842, S. 646, I. Sp., ausdrücklich selbst bekannt.



Ihren Brief empfing ich, nachdem er viele Irrfahrten gemacht hatte. Warum ich „Schelling u(nd) d(ie) Off(enbarung)“ nicht für die Jahrb. einsandte? 1) weil ich auf ein Buch von 5—6 Bogen rechnete und erst im Laufe der Unterhandl.(ungen) mit dem Verleger auf den Raum von  $3\frac{1}{2}$  Bogen beschränkt wurde; 2) weil die Jahrb. bis dahin über Schelling noch immer etwas zurückgehalten hatten; 3) weil mir hier abgerathen wurde, Sch(elling) fernerhin in einem Journale anzugreifen, dagegen lieber gleich eine Broschüre gegen ihn loszulassen. „Schelling der Philosoph in Christo“ rührt ebenfalls von mir her.

Doktor bin ich übrigens nicht und kann es nie werden, ich bin nur Kaufmann und k. preuß. Artillerist; erlassen Sie mir also gütigst jenen Titel.

Ich denke mich recht bald wieder mit einigem Manuscript bei Ihnen einzustellen, einstweilen empfehle ich mich Ihnen

Hochachtungsvoll

F. Engels (Oswald), Dorotheenstraße 56.

Berlin, 15. Juni 42.

# Georg Weerth auf dem internationalen Kongreß der Volkswirte in Brüssel 1847.

Von  
Ernst Drahn (Berlin).

Im Frühjahr 1922 ist zum hundertsten Male der Geburtstag des ersten Dichters des deutschen Proletariats, GEORG WEERTHS<sup>1)</sup>, vorübergegangen, ohne daß die Allgemeinheit besondere Notiz davon genommen hätte; nur die Berliner „Rote Fahne“ brachte Erinnerungsartikel und Bruchstücke aus W.s Feuilletons für die Neue Rheinische Zeitung<sup>2)</sup>. Wie W. über das poetische Schaffen, über seine satirischen Prosawerke hinaus zur jungen Bewegung seiner Zeit, zum Bund der Gerechten, zum Chartismus, zum Bund der Kommunisten stand, ist mit Ausnahme weniger Stellen im Briefwechsel zwischen MARX und ENGELS und in dem von FRANZ MEHRING herausgegebenen literarischen Nachlaß von MARX und ENGELS, sowie in MEHRINGS Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bisher nicht urkundlich festgestellt worden. Erst jetzt ist dies durch Einsichtnahme in den treu bewahrten Briefwechsel W.s mit seinen Angehörigen<sup>3)</sup> möglich. In den flott geschriebenen Zeugnissen

1) GEORG WEERTH, geb. am 17. II. 1822 in Detmold als Sohn des dortigen Generalsuperintendenten und fürstl. lippeschen Schuldezernenten . . . W. Er besuchte bis 1836 das Gymnasium, trat dann in die kaufmännische Lehre über, war von 1840 bis 1843 in Köln und Bonn als Kaufmann tätig. Von 1843 an arbeitete er auch feuilletonistisch an der von PÜTTMANN redigierten Kölner Zeitung mit und ging im selben Jahre als deren Korrespondent nach Bradford. Seit 1847 lebte er als Agent englischer Häuser in Brüssel. Inzwischen war er auch Mitarbeiter der Zeitschriften des deutschen Sozialismus, des Pariser Vorwärts und der Deutschen Brüsseler Zeitung. Mitglied des Bundes der Gerechten, gehörte er dann auch nach dessen Umwandlung in den Bund der Kommunisten diesem an. 1848/1849 war er Feuilletonredakteur der Neuen Rheinischen Zeitung. Nachher war er bis zu seinem am 24. VII. 1856 in Havanna erfolgten Tode für englische und hamburgische Häuser kaufmännisch tätig und machte Einkaufsreisen nach Spanien, Westindien, Mittel- und Südamerika. In Buchform hat W. nur veröffentlicht: Leben und Taten des berühmten Ritters Schnapphanski. Hamburg 1849.

2) Sie wurden bibliographisch zusammengestellt in meinem Artikel: Untern Strich der „Neuen Rheinischen Zeitung“, in D. Neue Zeit XXXVI/2 (1918), S. 115.

3) Die reiche Sammlung des Materials über W. ist mir von dessen Familie freundlichst für eine größere Arbeit zur Verfügung gestellt worden,

vergangener Tage taucht die Zeit der dreißiger, vierziger und zu Beginn der fünfziger Jahre lebendig vor den Augen des Forschers wieder auf.

Aus ihrer Fülle seien hier zwei Stücke wiedergegeben, die darum von besonderem Interesse sind, weil sie W. als Vertreter des eben erst gegründeten Bundes der Kommunisten, also des internationalen Proletariats, auf dem Internationalen Kongreß der Volkswirte in Brüssel am 18. September 1847 in der Diskussion über Freihandel und Arbeiterklasse zeigen. Es war das erstmal, daß die bürgerliche und die sozialistische Weltanschauung vor einem internationalen Forum in der Debatte aufeinanderprallten. MEHRING erwähnt diese Episode nur kurz mit den Worten<sup>4)</sup>: „*Marx wohnte diesem Kongreß bei, ohne daß es ihm gelungen wäre, seine Ansicht zu entwickeln; dagegen kam Georg Weerth zum Wort, der etwa im Sinne von Marxens späterer Freihandelsrede sprach . . .*“ Inwieweit diese Auffassung den Tatsachen entspricht, lehrt der unten folgende Brief W.s an seinen Bruder WILHELM. Jedenfalls erregte das Auftreten eines Kommunisten in der Versammlung großes Aufsehen, wie sich aus den eingehenden Preßberichten über diese Rede ergibt. Auch ENGELS schreibt noch am 28. September 1847 an MARX: „*Die Rede von Weerth auf dem free trade Kongreß erscheint morgen in dem Supplement des Atelier*<sup>5)</sup>, *qui se rendra séparément !!!*“<sup>6)</sup> Und in einer — vielleicht von MARX selbst herrührenden — Notiz in der Deutschen Brüsseler Zeitung vom 30. IX. 1847 heißt es: „*Herr Weerth hat Deutschland doch wenigstens etwas vor der großartigsten Blamage gerettet*“.<sup>7)</sup>

Über den Eindruck und den Inhalt seiner Rede berichtet W. eingehend in seinem Briefe an den Bruder. Da nun auch das Konzept der Rede erhalten ist, so ist es möglich, auch diesen brieflichen Bericht nachzuprüfen. W. hatte sich übrigens für die Frage des Freihandels bereits längere Zeit interessiert. Schon Briefe an seine Mutter aus dem Jahre 1845 erwähnen die Bewegung gegen die Kornzölle in England, und seinen Standpunkt erläutert er ganz im Sinne seiner Rede vom 28. IX. 1847 im Januar 1846 folgendermaßen: „*. . . Ich fing das neue Jahr damit an, daß ich mich die Neujahrsnacht mit einem reichen Bourgeois tüchtig wegen der Abschaffung der Kornzölle herumzankte. Diese Angelegenheit setzt freilich hier alles in Bewegung, und es ist auch kein Zweifel daran, daß sie abgeschafft werden. Denke aber nur ja nicht, daß es gut für die armen Leute wäre; für die ist es ganz einerlei. Sobald die Lebensmittel billiger werden, erniedrigt man auch die Arbeitslöhne, und dann kommt alles wieder auf eins heraus. Den armen Leuten ist also weniger an der ganzen Sache gelegen, wenigstens nicht viel. Die reichen Leute, solche Menschen wie Herr Ch. schreien um Abschaffung der Zölle — dann*

nachdem Dr. FRANZ DIEDERICH über der begonnenen gleichen Arbeit verstorben war.

4) Vgl. MEHRING, Marx-Engels Nachlaß II, 377.

5) Atelier démocratique redigiert von Heilberg in Brüssel.

6) Briefwechsel I, 67/68.

7) Nachlaß II, 378. — Vor der Blamage nämlich durch eine schutzzöllnerische Rede RITTINGHAUSENS auf demselben Kongreß.

wird die Speise billiger — kann man den Arbeitern weniger Lohn geben und besser mit den ausländischen Fabrikanten konkurrieren. Den armen Leuten gibt man stets nur so viel, daß sie gerade nicht vor Hunger sterben; und den armen Leuten wird nicht eher geholfen sein, als bis man solche Menschen wie Herrn Ch. beim Kragen faßt und sie von Haus und Hof jagt und sich in ihr zusammengestohlenen Gut teilt . . .“ Im Hinblick auf den Freihandel begegnen wir hier schon der eineinhalb Jahre später in Brüssel vertretenen Auffassung, während allerdings die Lösung des sozialen Problems noch im Sinne des rohen Kommunismus, wie ihn der Bund der Gerechten etc. aufgefaßt hatte, gesucht wird.

MARX selbst scheint das Problem zurzeit des September-Kongresses noch nicht klar durchgearbeitet zu haben. Dafür spricht seine Weigerung am 18. September, sich zum Wort zu melden, von der W. berichtet. Wahrscheinlich war W.s Auftreten erst der Anstoß für MARX, im nächsten Jahre seine Freihandelsrede zu halten.

## I.

Brüssel, den 27. September 1847.

Lieber Wilhelm! Ich habe Dir so lange nicht geschrieben, weil ich fest davon überzeugt war, daß Dich meine Briefe nicht glücklicher machen könnten, als Du von Gottes und Rechts wegen sein solltest. Wenn man mit jungen Weibern zu tun hat, da bedarf es weiter des Irdischen nichts mehr. Hoffentlich geht es Dir und Deiner Auguste wohl, grüße sie aufs herzlichste von mir. Lange Zeit ist mein Leben einförmig fortgegangen, daß ich mich wirklich ernstlich besinnen müßte, ehe ich Dir irgend ein Ereignis aufzischen könnte; da will es plötzlich der Zufall, daß mir der 18. September zu einem sonderbaren Tage wird. Ich habe gerade einige Augenblicke Zeit, ich will Dir die Geschichte erzählen.

Du wirst vielleicht aus den Zeitungen gesehen haben, daß die Association belge pour la liberté commerciale vor kurzem die Ökonomen aller Länder und Völker zu einem großen Kongreß nach Brüssel eingeladen hatte, damit man überlege, wie die durch die englische Anti-Corn-Law-League begonnene Bewegung zur Abschaffung der Barrieren zwischen den verschiedenen Ländern, auch auf dem Continent fortzusetzen und zu vollenden sei.

Ich will nicht weiter über die Wichtigkeit eines solchen Aufrufs sprechen — genug, 13 Völker waren bei dem Kongreß vertreten. Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Holland, Spanien, Schweden, Dänemark, Amerika, England, Rußland, die Schweiz und Portugal hatten dem Aufruf gehorcht und ihre Repräsentanten geschickt.

Am 16. des Mts. eröffnete der belgische Ex-Minister de Brouckere die Sitzung, indem er der Versammlung 4 Fragen vorschlug, welche man debattieren sollte. Ich will Dir die 2 ersten Fragen nicht weiter auseinander setzen, — sie betrafen die Vorteile des freien Handels im Allgemeinen. Während 2 Tagen am 16. u. 17. ds. wurde von 10 Uhr morgens bis 6 Uhr abends von den ausgezeichnetsten Leuten darüber diskutiert. Die Protektionisten wurden total geschlagen; die Anhänger des freien Handels errangen den vollständigsten Sieg.

Da nahte der dritte Tag. Es handelte sich darum zu beweisen, daß der freie Handel zur Prosperität der „arbeitenden“ Klasse führen werde. Wenn mich die 2 ersten Fragen interessierten, so kannst Du leicht denken, daß mich die dritte mehr als alle andern in Anspruch nahm. Ich gehöre seit mehreren Jahren zu einer Partei, die es sich zum Ziele gestellt hat, die soziale Misere unseres Jahrhunderts ans Licht herauf zu zerren. Wo liegt diese Misere entsetzlicher am Tage als in dem Zustand, in dem sich die arbeitenden Klassen, die Grundlage der ganzen jetzigen Gesellschaft, befindet? Der Kongreß gab uns durch eine dritte Frage eine herrliche Gelegenheit, mit all unsern Argumenten, mit unsrer ganzen Wut und Begeisterung in die Schranken zu treten und das zur Sprache zu bringen, was uns Tag und Nacht keine Ruhe ließ.

Ich selbst hielt mich für zu unfähig, persönlich aufzutreten; ich lief deswegen von vorn herein zu einem der talentvollsten unserer Anhänger; ich beschwor ihn vom Himmel bis zur Erde, diesen günstigen Moment nicht verstreichen zu lassen — vergebens! er schlug es aus. Ich bearbeitete den zweiten, dritten, den vierten, den einen nach dem andern — aber keiner hatte Mut — keiner Entschlossenheit.

Die zwei ersten Tage verstrichen daher, ohne daß ein Redner die Freihandels-Frage vom sozialen Standpunkte aus behandelt hätte — es wurde Abend — ich war in einer fürchterlichen Aufregung — ich weiß nicht, ob Du so etwas kennst — die Galle steht einem bis oben im Halse — das Blut ruort einem im Leibe, als sollte es aus allen Poren herausspritzen — wie wahn-sinnig lief ich in der Stadt herum; es ist unterdeß Mitternacht geworden — ich konnte nicht anders mehr, ich nahm mir fest vor, am nächsten Morgen auf die Tribüne zu steigen.

Einen Bekannten, der sehr flüssig französisch schreibt, störte ich aus dem Bette auf und diktirte ihm eine Rede. Gegen 3 Uhr morgens waren wir fertig. Ich schlief einige Stunden, stand um 8 Uhr auf, las meine Rede noch einmal durch und war mehr als je entschlossen, es aufs äußerste ankommen zu lassen.

Ich kann Dir versichern, daß mir das Herz etwas klopfte. Man hatte die Chance, sich entweder unendlich zu blamieren oder einen enormen Triumph davon zu tragen. Die Aussicht auf den letzteren überwand zuletzt alle Furcht. Es lockte mich, dieser Versammlung von größtenteils heuchlerischen und aufgeblasenen Gesellen einmal den Handschuh keck ins Gesicht zu schleudern. Dabei dann auch der Gedanke, daß die Versammlung nichts desto weniger aus der Elite der jetzigen europäischen Welt bestand, — daß man in dem alten gothischen Saale des Hotel de Ville sprach, — in demselben Raume, der einst von der Stimme Egmonts, Albas und so vieler Männer der französischen Revolution wieder tönte, kurz, alles hatte Reiz — ich konnte nicht widerstehn. Um 9 Uhr stand ich vor dem Tisch des Präsidenten und verlangte das Wort. Ich hatte gehofft, zuerst gekommen zu sein; ich wollte zuerst sprechen, ich wollte hintereinander die Frage stellen, über welche die Debatte rollen sollte — denke Dir meinen Schrecken, ich fand, daß schon 7 Redner vor mir eingeschrieben waren. Ich gab alles verloren. Wenn 7 alte Philister vor mir gesprochen hatten, da war es nur zu gewiß, daß man die Frage längst auf ein sehr un-

schuldiges Feld hinübergespielt hatte — die ganze Technik bestand darin, die Leute von vornherein *ad coram* zu nehmen — ich war untröstlich; ich ersuchte den Präsidenten flehentlich, mich dennoch zuerst auftreten zu lassen — er konnte es nicht erlauben — ich mußte abtreten.

Die Sitzung war indessen eröffnet. Das englische Parlaments-Mitglied „Brown“, ein alter trockener Mann, begann mit einer langen Rede in englischer Sprache. Ausnahmsweise hatte man ihm erlaubt englisch zu sprechen; die Diskussion sollte sonst französisch geführt werden. Die meisten verstanden ihn daher nicht. Er sprach eine  $\frac{1}{2}$  Stunde lang — er sprach noch viel länger — alles wurde unruhig und unbehaglich — man scharrte und spuckte und jeder atmete erquickt auf, als Mr. Brown endlich fertig war. Als zweiter Redner hatte sich der bekannte Dr. Bowering, ebenfalls englisches Parlaments-Mitglied, einschreiben lassen. Man harnte diesem interessanten Mann schon ungeduldig entgegen, da erklärte der Präsident plötzlich, daß Dr. Bowering heute Morgen sehr heiser sei und nicht zu sprechen wünsche, er gebe deshalb diesen vakanten Platz auf der Tribune à Monsieur George Weerth aus der Rheinprovinz, der dringend gebeten habe, das Wort im Anfang der Sitzung ergreifen zu dürfen.

Ich konnte jetzt nicht mehr zurücktreten, ich dränge mich durch die dichten Reihen von Staatsmännern und Gelehrten, die mich erstaunt betrachten und spränge auf die Tribüne. Der Lärm, der während der Rede des alten Brown entstanden war, hört plötzlich auf — es entsteht eine Totenstille.

Ich hatte noch einen Augenblick Zeit, mein Auditorium zu überschauen. Auf einer Erhöhung saß der Präsident der Versammlung, der frühere belgische Minister de Brouckere. Neben ihm der Herzog d'Harcourt, Pair de France, der italienische Graf Arrivabene, der Dr. Asher aus Berlin und mehrere belgische Advokaten als Vizepräsidenten und Sekretäre. Die ersten Reihen der Zuhörer-Bänke nahmen die Franzosen ein. An ihrer Spitze die berühmten Schriftsteller Blanqui, Horace Say, Dunoyer, ferner der P. Anisson Duperron, der Redakteur der Demokratie „Parreymont“, der Professor Wolowski und andere. Dann folgten einige Spanier unter Anführung des Staatsrats Ramon de Le Sagra. Dann die Florentiner und Genuesen unter Leitung des Marquis Rodolphi. Weiter die Holländer, den Philanthropen Suringar an ihrer Spitze. Die Deutschen repräsentiert durch John Prince Smith. Schweden, Dänen, Russen und Portugiesen nebst einigen Schweizern saßen mehr zurück. Den Hintergrund bildete ein gemischtes Publikum. Links von der Tribüne saßen unter den Hallen des alten Saales die Brüsseler Damen und das jetzige belgische Ministerium. Rechts etwa 40 Stenographen und Korrespondenten englischer, französischer und deutscher Zeitungen und zuguterletzt rings um die Tribüne herum Engländer und Amerikaner, die wichtigsten Leute der ganzen Versammlung. Unter den Engländern waren die Parlamentsmitglieder Bowering, Brown, Ewart, Thompson und Pearson die hervorragendsten. Den Vater der englischen Anti-Corn-Law League: „Wilson aus Manchester“ vermifste man ebenfalls nicht.

In einer solchen Versammlung, die zwar höchstens 500 Menschen groß

war, die aber die Koryphäen der europäischen Politik und Wissenschaft umschloß, wagte ich das Wort zu nehmen. Es war eine lächerliche Dreistigkeit; — ich stand nun aber einmal auf dem verhängnisvollen Orte, auf der Tribune, und nun mußte gesprochen sein.

Ich machte kurzen Prozeß. Ich schlug mit der Faust auf die Tribune und drückte der Versammlung meine Verwunderung darüber aus, daß an diesem Orte, wo alle Klassen der Gesellschaft vertreten seien, niemand an direkter Repräsentant der arbeitenden Klasse auftrate. Ich warf mich dann zu ihrem Anwalt auf, und weil ich mehrere Jahre unter den englischen Charlisten gelebt hatte, und diese besser als alle andern kenne, so nähme ich das Wort im Namen der 3 Millionen englischer Arbeiter, mit denen ich einer Meinung und Ansicht sei und an die ich mit vieler Liebe zurückdächte. —

Diese wenigen Worte reichten hin, um alle Ohren zu spitzen, um alle Federn in Bewegung zu bringen. Ich meine, ich sehe noch den Dr. Bowring, diesen alten Commis voyageur der Whigs, der seit 30 Jahren alle Handelsverträge für Großbritannien abschloß, wie er mürrisch nach seiner Schreibtischgriff, — wie der kleine Duc d'Harcourt vom Sessel emporspringt, und wie mich der Minister Rogier mit zornigen Augen betrachtet. Es war etwas Unerhörtes, in einer so hohen Versammlung geradezu für die Arbeiter aufzutreten. Ich hatte aber das Wort. Ich schildere, wie infam man die Arbeiter bisher behandelt hat und setze mit allen meinen ökonomischen Argumenten auseinander, daß man ihre Lage nicht um ein Haar breit durch die Einführung des freien Handels bessern werde. Ich gehe auf die Geschichte der englischen Free-Trade-Agitation ein und beweise, wie die Arbeiter auf praktischem Wege zu derselben Ansicht gekommen sind wie ich auf theoretischen. Ich verlange daher, au nom de l'humanité, daß man zu anderen Mitteln greife, um die Lage der Parias unseres Jahrhunderts zu bessern. Ich mache persönliche Angriffe auf einige Parlaments-Mitglieder und stelle sie als Heuchler bloß. Ich drohe der Versammlung mit der Revolte ihrer weißen Sklaven. Les ouvriers sont las de se faire payer de leurs souffrances avec des traites non acceptées sur la Banque céleste du bon Dieu. (Allgemeines Gemurmel.) Lorsque en 1830 les ouvriers se sont battus pour vous dans les rues de Paris et de Bruxelles, ils étaient les bien-venus, on les a fêtés et embrassés, mais lorsque plus tard ils ont crevé de faim et, lors qu'ils vous ont demandé du pain — on les a fait fusiller. Die Franzosen springen von ihren Sitzen auf, einige schreien „Non! Non!“, andere „Oui! Oui!“, ein allgemeiner Tumult entsteht. Ich fahre ruhig fort und mache mich bald wieder hörbar, — ich denke in dem Augenblick daran, daß es immer gut ist, alle Seiten bei seinem Zuhörer anzuschlagen; — ich hatte sie bei ihrem Verstand angepackt, bei ihren Leidenschaften, bei manchem andern, ich fasse sie zuletzt noch bei ihrem Herzen an. Ob die Engländer auch brummen und knurren, die Franzosen verleugnen ihre Natur nicht — ihre Wut legt sich, sie lassen sich hinreißen — sie sehen für einen Moment ein, daß ich Recht habe, daß ich die Wahrheit sagte; — Auf den Rest der Versammlung geht dies ebenfalls über, und als ich endlich von der Tribune herunter springe, wird mir der wildeste Beifall zu Teil. „Voilà du courage! Voilà! La vérité“, so geht es durch den ganzen Saal. Man sieht

mir nach, bis ich wieder auf meinem Platz sitze, und der Aufruhr legt sich erst, als der Präsident in den Verhandlungen fortfährt.

Ich will wahrhaftig nicht mit meinem Redner-Talent, mit Kenntnissen und dergleichen renommieren, aber ich hatte ein rechtes Wort am rechten Ort gesagt. Das ist mein Verdienst. Es machte mir nicht wenig Vergnügen, als kaum auf meinem Platz angelangt, ein alter Engländer mit schneeweißen Haaren sich gegenüber von der Bank erhob. Er verneigte sich vor mir, reichte mir die Hand und dankte mir im Namen des englischen Volkes.

Sir Dr. Bowring, der früher auf das Wort verzichtet hatte, glaubte denn doch nach meiner Rede, ebenfalls sprechen zu müssen und verfügte sich trotz seiner Heiserkeit auf die Tribüne, die ich eben verlassen hatte. Er griff mich ebenso unerbittlich an, wie ich frech über ihn gespottet hatte, und suchte in einer Rede, die von Zahlen und Tarifdaten strotzte, zu beweisen, daß ich im Irrtume sei und daß der freie Handel eine wahre Panacee für die Arbeiter sei. Er sprach über eine Stunde lang und zwar ausgezeichnet, wie man übrigens von einem Menschen, der schon seit 30 Jahren im engl. Parlament das Wort führt, auch nicht anders erwarten kann.

Der Professor Wolowski beehrte mich dann mit einer Antwort — dann das Parlaments-Mitglied Ewart — auch ein alter Holländer und schließlich noch der Herzog d'Harcourt, der sich am meisten über meine Kühnheit geärgert zu haben scheint. Da er die Sache aber rein persönlich auffaßte und nur meinte, daß ich die Association parisienne hätte angreifen wollen, so verfehlte er allen Eindruck.

Von 11 Uhr an, wo ich gesprochen hatte, dauerte die Debatte bis 6 Uhr Nachmittags ununterbrochen fort. Es wurden noch viele schöne Reden gehalten, namentlich von Blanqui und von dem belgischen Radikalen Bartels. Es ist aber nur eine Stimme darüber, daß mir niemand etwas Gründliches auf meine Argumente erwidert hat. Blanqui soll erklärt haben: „Notre position sociale ne permet pas cela.“ Da liegt eben der Punkt — da liegt die ganze Heuchelei der hohen Herren. Welche Sensation meine Rede gemacht hat, geht daraus hervor, daß unter allen belgischen Blättern mehrere französische und namentlich 7 englische Journale dieselbe ausführlich erwähnen. Die London Times und die Sun geben sie fast ganz. Die Berliner Zeitungshalle vom 23. ds., welche mir heute hier in die Hand kam, bringt eine ziemlich gute Übersetzung. Die Kölnische Zeitung von heute, Sonntag den 26., bringt einen leitenden Artikel über meine Rede. — Der Rheinische Beobachter gibt sie ebenfalls fast ganz. Der Comptes-rendu des ganzen Kongresses erscheint in nächster Woche als Broschüre und ich werde dann ein Exemplar nach Detmold schicken.

Die ganze Geschichte ist schon von sehr wichtigen Folgen für mich gewesen, da ich dadurch mit vielen hiesigen und französischen Notabilitäten bekannt geworden bin. Offiziere, Beamte, Kaufleute, Schriftsteller, Journalisten und eine Menge anderer Menschen machten mir am selben Abend Komplimente und luden mich ein, sie zu besuchen; alle Salons waren mir geöffnet. Der Congrès pénitentiaire, der dem Congresse des Economistes auf dem Fuße folgte, ernannte mich zu seinem Mitglied. — Die Fourieristen baten mich ihren Versammlungen beizuwohnen und ein Mitglied der flandrischen Armen-Verwaltung ersuchte



*mich sogar, ihm meine englischen Erfahrungen in Betreff der Aufhülfe der armen Bevölkerung weiltlüftiger auseinander zu setzen. — In Preußen würde man mich nach meiner Rede nach Magdeburg geschickt haben. — Hier leben wir in einem freien Lande.*

*In einer viertel Stunde habe ich unter Belgiern und Franzosen das erlangt, was ich bei den Eseln von deutschen Buchhändlern in Jahren nicht fertig bringen konnte.*

*Ich will sehen, ob ich auf der einmal betretenen Bahn weiter fortschreiten kann. Bei meiner nächsten Anwesenheit in Paris werde ich im Saale Montaigne das Wort verlangen. Außerdem werde ich zu dem über ein Jahr stattfindenden Congreß, wenn es eben geht, nach Lyon reisen. Meine Stellung als Kaufmann und homme de lettres à la fois bietet mir zu diesen Unternehmungen prächtig die Hand.*

*So ist das Leben! So treiben wir Possen mit der Zeit, und die Geister der Weisen sitzen in den Wolken und lachen über uns.*

*Lebe wohl, lieber Wilhelm! Hoffentlich sehe ich Dich bald wieder.*

*Mit den herzlichsten Grüßen Dein*

*Georg.*

## II.

### Konzept zur Rede Georg Weerths.

*J'ose prendre la parole, quoique je ne sois pas du rang des hommes célèbres qui ont parlé hier pour la grande question dont il s'agit ici, quoique je sois jeune et peu connu et quoique je sois un étranger, qui ne sait pas du tout s'exprimer parfaitement dans la langue française. Néanmoins j'ose prendre la parole parceque je me présente devant vous avec l'orgueil d'une bonne intention.*

*Allemand par naissance, il se peut bien que je suis encore un peu idéaliste, comme tous les enfants de ce pays de la philosophie, de la poésie et de la musique; mais ayant parcouru bien souvent l'ouest de l'Europe, ayant vu de mes propres yeux toutes les grandes révolutions qui se sont passées là dans le dernier temps, je crois que mes idées sont devenues plus cosmopolitiques et plus matérielles qu'elles ne sont généralement auprès de mes compatriotes.*

*C'est pour cela que je suis aussi du parti des libres Échangistes. Je suis d'opinion qu'il est temps enfin que les facultés des différents peuples se développent librement. Je suis heureux d'avoir entendu hier ces discours pleins d'esprit et de bon sens, qui retentirent dans toute l'Europe, et je suis sûr que ces efforts entraineront une victoire complète et universelle.*

*Mais, messieurs, je dois vous dire que je ne trouve pas dans ces discours cette franchise et cette sincérité que j'ai droit d'attendre d'une assemblée aussi noble et distinguée. Je trouve que la plupart des orateurs qui ont parlé ont eu le courage de commencer une chose, d'entreprendre une agitation, mais ils n'ont pas eu le courage d'en tirer toutes les conséquences, d'avouer avec les conséquences heureuses que amenera le libre échange les conséquences malheureuses qui en résulteront. En abolissant les droits sur tous les produits agricoles et manufacturiers vous établissez tout-à-fait la libre concurrence. Alors la bataille commerciale commencera, le plus fort battera celui qui est*

plus faible, et des pays entiers, qui ne peuvent pas produire aussi avantageusement que les autres, qui ne sauront se tenir dans cette lutte, retomberont de leur position actuelle de nouveau en barbarie ils deviendront des déserts. J'ose prouver mon opinion même par la situation de l'Angleterre, de cette île fameuse, dont Mirabeau disait qu'elle fleurirait encore longtemps pour l'éternelle instruction du monde. Il avait raison. L'Angleterre a donné une nouvelle grande leçon à tous les peuples en prenant l'initiative dans l'agitation pour le libre échange en abolissant les droits de céréales.

On a félicité cet événement. Les agriculteurs anglais même le félicitent maintenant. Croyez vous qu'ils le féliciteront toujours? Les deux années dernières ont été des années exceptionnelles. Il manquait de grain dans tout le monde; la concurrence étrangère ne pouvait pas être redoutable pour les agriculteurs anglais. Mais attendez, messieurs, après les vaches maigres de Pharaon nous aurons peut être les vaches grasses. De la Russie et de l'Amérique, où la production des céréales est moins chère que dans beaucoup d'autres pays, l'Angleterre recevra par le moyen des communications améliorées, bientôt tant de grain que l'agriculture anglaise sentira très-bien les douceurs de la libre concurrence. Les propriétaires anglais verront alors peut être plus de profit à changer leurs campagnes en paturages, comme on l'a fait déjà beaucoup en Ecosse, et une grande partie de la population, qu'on ne sait plus occuper, fera place aux moutons et sera abandonnée à leur sort. — Croyez vous que je regretterai cela? Pas du tout, je suis libre Échangiste.

Voyons un exemple de l'industrie. J'ai voyagé dernièrement dans le Département du Nord et dans les Flandres. J'ai visité plusieurs filatures de fil de lin et en venant de l'Angleterre j'avais l'occasion de comparer les produits anglais à ceux de la France et de la Belgique tant à rapport de la qualité que du prix. — J'ai trouvé que les Belges et les Français savent très bien filer leurs qualités sont aussi bonnes que celles des Anglais — mais, messieurs, les prix. O les prix — c'est quelque chose de très-drôle. Je vous assure que pour les mêmes numéros de fil et pour la même qualité les Anglais sont à même, malgré les hauts droits, de presque battre leurs voisins dans leur pays même. Qu'est ce que cela prouve? Que les Anglais, qui pour les produits agricoles seront battus par les Russes et par les Américains, resteront vainqueurs pour les produits industriels en France et en Belgique, aussitôt que les droits d'entrée sont abolis ou seulement diminués un peu. Le Département du Nord et les Flandres sentiront alors aussi les douceurs de la libre concurrence, ils seront envahis par leur honorable voisin et il seront détruits comme pays industriels.

Croyez-vous que je regretterai cela? Pas du tout, je suis libre échangiste.

L'oiseau que Dieu fait chanter, qui a longues jambes, qu'il coure! Les hommes aux quels Dieu a donné des facultés et des positions différentes, qu'ils les développent différemment d'après leur nature!

Celui qui ne sait que produire des céréales, eh bien, qu'il ne fasse que cela; — celui qui ne sait que produire avantageusement pour tout le monde, des choses industrielles eh bien, qu'il ne produise que cela. Comme libre-Échangistes nous devons demander cela. Vous le demandez vous-même, messieurs, parceque vous êtes des libres-échangistes.

*Vous nous expliquez tous les avantages que le monde aura de l'exécution de vos idées ; j'en suis content. Mais, messieurs, n'oubliez pas non plus quels sacrifices seront à faire pour atteindre votre but. J'ai avoué les sacrifices en vous disant que je suis d'opinion que des pays entiers, renommés et heureux jusque maintenant, retomberont dans un état barbare aussitôt qu'ils seront portés en relation réellement libre avec d'autres pays, et je vous ai dit aussi que je ne regrette pas cela, parceque je m'incline devant une nécessité. Mais tous les orateurs qui ont parlé jusque maintenant, n'ont pas avoué ni l'un ni l'autre.*

*Soyez donc, messieurs, du moins aussi sincères que les jésuites, qui disent tout bonnement que les mesures leur sont égales quand leur but est bon et soyez plus que les jésuites, en débattant, dans ce congrès avec les résultats heureux du libre échange, aussi les mesures qui sont à prendre pour en éviter les conséquences facheuses.*

*Monsieur le Président vous a félicités hier au nom de la science et de l'humanité. C'est au nom de l'humanité que je demande que vous vous occupez des conséquences de votre agitation pour des pays aussi malheureux qui vous entoureront, pas seulement dans les Flandres mais dans beaucoup d'autres.*

*Notre projet soit réalisé, mais notre œuvre ne soit pas taché des larmes de toute une population.*

*L'honorable Monsieur Blanqui a répondu hier avec des plaisanteries et des contes d'aiguilles très connus déjà des œuvres d'Adam Smith, au discours d'un protectionniste, messieurs, je ne donne pas un sou pour un protectionniste, mais je crois qu'on doit les respecter, parcequ'ils nous rappellent qu'il y a encore une masse d'intérêts de nos frères, qui sont à considérer.*

*Vous avez parlé bien de fraternité, soyez donc frères par sincérité et par respect.*

*Lorsque j'ai assisté en Angleterre à ces luttes de l'Aristocratie contre la Bourgeoisie, dans l'agitation pour le libre échange, je suis retourné bien souvent chez moi avec la conviction, que ces aristocrates nobles et fiers quoique battus étaient plus grands que leurs vainqueurs. Car intéressés, il est vrai, dans ces luttes par leurs poches, ils n'ont néanmoins jamais négligé de défendre aussi le sort de la troisième classe, de la société des ouvriers.*

*Voyez cette Belgique, devenue fameuse en si peu de temps par le talent et l'ardeur de ses citoyens, admirez ces prairies florissantes et cette ville qui vous montre dans ce moment par son exposition d'industrie un exemple éclatant de ce qu'une nation sait produire et réaliser, si elle veut — admirez cela et voyez alors, que votre agitation ne nuise jamais aux ouvriers braves qui ont créé de tels miracles.*

*Vous avez dit, que leur sort vous est bien au cœur et que vous voulez vous en occuper — mais, messieurs, cela est impossible aussi longtemps que vous n'avouez pas tout-à-fait les conséquences facheuses du libre échange.*

*Nous libres échangistes, nous n'avons plus rien à redouter des kosaques, mais nous aurons à redouter nos ouvriers, si nous ne garantissons leur bonheur.*

# Bibliographische Beiträge zur Geschichte des deutschen Sozialismus in der Bewegung von 1848.

Von

Paul Wentzcke (Düsseldorf).

## I. Eine sozialdemokratische Bibliographie.

Seit Jahren, ja seit Jahrzehnten ist die parteiamtliche wie die allgemeine Forschung eifrig bemüht, die zerstreuten Zeugnisse über Ausbreitung, Stärke und Bedeutung der sozialistischen Anfänge in Deutschland zu sammeln und vor weiterer Vernichtung zu bewahren. Trotzdem aber finden sich immer wieder neue Bruchstücke, die von der bisherigen Überlieferung übersehen wurden, und die doch in jedem einzelnen Falle meist weit über die lokalgeschichtliche Merkwürdigkeit hinaus besondere Teilnahme erregen. Aus meinem früheren Arbeitsgebiet, der Geschichte der deutschen Volksbewegung von 1848, darf ich selbst hier einige derartige Funde und Hinweise aufzählen, die vielleicht auch weitere Kreise interessieren werden. Während der zweite Beitrag mittelbar wenigstens eine bislang ganz unbekannte sozialistische Zeitschrift aus diesem Sturmjahre aufdeckt, soll der erste eindringlich auf eine sozialdemokratische Bibliographie verweisen, die in der Überlieferung, wie mir scheint, noch nicht die gebührende Beachtung fand.

Schon JOSEPH STAMMHAMMER hat in seiner bewährten und grundlegenden Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus (3 Bde. Jena 1893/1909) den „Neujahrs-Almanach für Unterthanen und Knechte“ aufgeführt, der 1850 ohne Angabe des Verfassers in dem damals sehr rührigen demokratischen Verlag von E. O. WELLER in Leipzig erschien. Ich selbst habe dann in meiner kritischen Bibliographie der Flugschriften zur deutschen Verfassungsfrage 1848–1851 (Halle a. S. 1911) unter Nr. 896 das Büchlein ebenfalls erwähnt und insbesondere dabei auf den angefügten wichtigen „Wegweiser auf dem Gebiete der sozialdemokratischen Literatur Deutschlands“ aufmerksam gemacht. Beide Vermerke blieben leider gerade im Kreise der Spezialforscher unbeachtet, so daß es mir durchaus möglich, ja nötig erscheint, diesen „Wegweiser“ nochmals zum Abdruck zu bringen, zumal das Buch selbst nach einer Umfrage des Auskunftsbüros der Deutschen Bibliotheken außer in der Berliner Staatsbibliothek nur noch in der Sächsischen Landesbibliothek in Dresden und in der Bayerischen Staatsbibliothek in München vorhanden ist, also zu den Seltenheiten auf dem Flugschriftenmarkte gehört.

Der Titel des schmalen, 40 Seiten zählenden Heftes zeigt schon den satirischen Unterton des Inhalts, der sich gegen „die Helden der konsti-

tionellen Monarchie“ wendet. Nach den Erfahrungen des Jahres 1849, das ja den Zusammenbruch der ersten deutschen Nationalversammlung und des großen demokratischen Aufstandes im deutschen Südwesten, in Elberfeld und vor allem in Dresden brachte, stehen die trockenen Gesellen nun „als treue Anwälte der Legitimität, der Monarchie ohne Phrase“ da. *„Neun Monate hatte dieses schmähliche Gaukelspiel gedauert“*, so deutet der Verfasser auf sein besonderes Interesse für Preußen hin, denn dort allein wurde die Herrschaft der „Märzerrungenschaften“ bereits nach neun Monaten, im Dezember 1848, durch eine neue oktroyierte Verfassung abgelöst. *„Man hatte das Füllhorn der Verheißungen ausgeschüttet, aber sie waren eitel Moder und Staub geworden. Nachdem sich die Minister des März zu untertänigen Knechten des Metternichianismus einer feilen Beamtenrotte gemacht, die Regungen des Volkes durch Soldatenmassen, die freie Kritik durch Prozesse unterdrückt, scheußliche Wahlgesetze, noch scheußlichere Preßgesetze fabriziert, mit den Arbeitern geliebäugelt, die Demokraten und Republikaner eingekerkert und auf jede Weise verfolgt, durch höhere Steuern den ohnehin gedrückten Handwerker ausgesaugt, die alten nichtswürdigen Aristokraten in ihren Ämtern gelassen und die aristokratischen Rechtsbegriffe in voller Kraft erhalten, und alles dies unter dem Schutze einer kleinen Kaste unverschämter, auf Volksunterdrückung spekulierenden Vorrechtler, — haben jene Regierungen eines der errungenen Volksrechte nach dem andern bestritten und das konstitutionelle Regiment in seinem Glanze gezeigt. . . . Die konstitutionelle Afterweisheit triumphierte.“*

*„Das Volk wird diesen schmachvollen, aber notwendigen Triumph nicht ungestraft lassen; es wird die Stube und das Haus räumen, welche voll sind von Unrat und Ungeziefer. . . . Das Volk kann, wenn es überhaupt etwas will, nur die Volksherrschaft wollen. . . . Wer ihm von Anderem vorredet, ist ein Betrüger. . . . Unsere einzigen Freunde sind die Rücksichtslosen, die Entschiedenen, die Freien; denn das Volk muß frei werden von jeder äußeren Fessel. Folgen wir also den Männern, die zum Handeln auffordern, wo guter Rat teuer ist.“* —

Aus diesen Auszügen geht klar hervor, daß das Büchlein nach Farbe und Inhalt durchaus und in allem hineinpaßt in die übrige demokratisch-republikanische Flugschriftenliteratur, deren Flut im Herbst 1849 langsam abebbt. Auch die folgenden Abschnitte, die wir in folgedessen hier nicht näher zu verfolgen brauchen, wiederholen zunächst nur die Klagen über den finanziellen Ruin, den die 500 Mitglieder der 34 Fürstenfamilien Deutschlands dem Volke bringen. Stärker läßt ein neuer Absatz aufhorchen, der die *„Notwendigkeit der Reaction“* überschrieben ist und ökonomische Werturteile einführt. *„Die politische und industrielle Geltung — heißt es da — ist ein und dasselbe, nur von verschiedenen Punkten aus betrachtet. Die Industrie ist der innere, die Politik der äußere Teil. . . . Die Reaction der Regierungen treibt die Demokratie zum Siege, und der Sieg der Demokratie wird eine Reaction bilden gegen die letzte Klasse, gegen die Arbeiterklasse, welche den Kampf gegen die letzten Privilegien zu bestehen hat.“*

Zwei weitere kurze Kapitel: *„Politik der Gegensätze“* und *„Meister und*

*Arbeiter“ bringen die Forderung eines Arbeiterstaates: „Die Arbeiter wollen nicht den Unterschied zwischen Geist, Besitz und Arbeitskraft, sondern alles dieses vereinigt ohne Unterschied. Sie wollen keine äußere Befähigung der Person, sie wollen nicht nur Gleichheit im Rechte, sondern vor allem in der Tat“, und leiten dann mit Stichproben aus einem „Proletarier-Katechismus“ zum Hauptstück vom „Wesen des Sozialismus“ über. Was man so seit dem Jahre 1834 nennt — meint der Verfasser —, ist die Zerstörung aller Schranken, welche der allgemeinen Berechtigung, dem Genusse aller Güter des Lebens, der freien Arbeit, im Wege stehen. . . . Die Interessen der Besitzlosen sind den Interessen des Besitzenden entgegengesetzt. . . . Die Arbeiterassoziationen sind das erste Gefühl von der Ohnmacht des Einzelnerwerbes, welches die Grundlage der Herrschaft einer bevorrechteten Klasse ist. Der Einzelnerwerb erstrebt bis ins Unendliche die Teilung des Besitzes; dem Sozialismus, dieser Politik des Proletariats, wird der gemeinsame Erwerb eine Notwendigkeit. . . . Die Gemeinsamkeit ist also das Wesen des Sozialismus.“*

Den Abschluß des Büchleins endlich bildet eine scharfe Ablehnung eines „Geschenks der Linken“, die durch den sächsischen Abgeordneten zur Paulskirche J. v. DIESKAU, den „Entwurf einer demokratisch-republikanischen Verfassung für die vereinigten Staaten von Deutschland“ ausarbeiten ließ (vgl. meine Bibliographie a. a. O. Nr. 483). Nicht minder kräftig ist die Absage gegen die bislang übliche Parteilehre, von denen nur EDGAR BAUER mit seiner „Politischen Revue“ über „Die Parteien“ (vgl. a. a. O. Nr. 584 und 699) in besonderer eingehender Kritik gewürdigt wird. „Das ganze Repräsentationssystem mit konstituierenden Elementen — so lautet die fürchtbare Folgerung — ist Harlekinade, welche das Volk blendet und vertröstet, welche es in den Glauben versetzt, sein Wille geschehe und kein anderer. Kammern und Nationalversammlungen repräsentieren Alles eher als das Volk! . . . Eine revolutionäre Diktatur ist das politische Mittel, dem Volke sein geraubtes Eigentum zu verschaffen; eine industriell-kommerzielle Verwaltung ist das politische Ziel, welches der Arbeit des Volkes eine freiere organische Entwicklung sichert.“

Man sieht: zwischen den altgewohnten republikanischen Leitsätzen der überzeugten Demokraten treten bereits neue Kampfpaparn deutlich hervor. Die „Proletarier-Millionen“, denen ein ebenfalls hier abgedruckter Aufruf von H. BAUER gilt, melden ihr Recht an, über das sich der Verfasser der Flugschrift in der bisher erschienenen sozialdemokratischen Literatur eingehend unterrichtet hat. So wenig also ein fortlaufender Kommentar zur Darstellung nötig schien, so wenig ist ein solcher bei dem nun folgenden Abdruck dieses Wegweisers am Platze. Das Eine nur soll und will die Übersicht ja zeigen: welche bibliographische Kenntnisse wir im Jahr 1849 bereits bei einem hochgebildeten Vertreter der jungen Lehre voraussetzen dürfen. Fehlt auch für unser Wissen das eine oder andere, dessen grundlegende und bahnbrechende Bedeutung uns selbstverständlich ist, so ist dafür auch so manches verschollen, was wir gern einer näheren Betrachtung unterzögen. Daß das Verzeichnis der hier gebotenen Zeitschriften vor allem bei weitem nicht vollständig ist, zeigt ja ein flüchtiger Blick in die STAMMHAMMERSche Biblio-

graphie — das zeigt aber vor allem auch die Ergänzung, die der zweite Beitrag aus verschollener Quelle zu bieten vermag. Nur anzuregen und zu weiteren Forschungen gerade auf diesem Gebiete anzuleiten ist daher der Zweck des kleinen Beitrags.

\* \* \*

*Wegweiser  
auf dem Gebiete der sozialdemokratischen Literatur Deutschlands.*

*I. Zeitschriften.*

- Hilferuf der deutschen Jugend*, von W. Weitling. Genf 1841. 4 nos; fortges. als: *Die junge Generation*. Bern, Vivis, Langenthal, 1842—43. 17 nos.
- Vorwärts!* von A. v. Bornstedt. Paris. Jan.—Dez. 1844.
- Weserdampfboot*, von O. Lüning und Osterwald. Minden 1844. 2 Hefte; fortges. als: *Westfälisches Dampfboot*. Bielefeld 1845, 46; Paderborn 1847 bis Mai 1848.
- Blätter der Gegenwart für soziales Leben*, von W. Marr. Lausanne 1844—45. 8 nos.
- Deutsch-Französische Jahrbücher*, von A. Ruge u. K. Marx. Paris 1844. 2 Hefte.
- Allgemeines Volksblatt*. Köln. Jan.—Sept. 1845. 9 nos.
- Der Bote aus dem Katzbachthale*. Liegnitz 1845—46. April.
- Die fröhliche Botschaft von der religiösen und sozialen Bewegung*, von A. Becker Lausanne. April—Sept. 1845. 8 nos.
- Gesellschaftsspiegel*, von M. Hess. Elberfeld. Juli 1845—Juni 1846. 12 Hefte.
- Allgemeines Noth- und Hilfsblatt*, von J. J. Treichler. Uster, Wädensweil, Birsfeld. Okt. 1845—46.
- Die Gegenwart*, von C. Riesberg. Vermold. Januar—März 1846. 3 Hefte.
- Blätter der Zukunft*. Paris 1846. 8 nos.
- Der Volkstribun*, von H. Kriege. New-York. Jan.—Dez. 1846.
- Prometheus*, von H. Püttmann. Herisau 1846. 2 Hefte.
- Volksspiegel*, von F. Behrend. Breslau. Januar 1847—März 1848.
- Fliegende Blätter*, von F. Behrend. Ebd. 1848. 6 nos.
- Telegraph*, von G. Schirges. Hamburg, bis Juli 1848, wöchentlich.
- Pariser Horen*, von G. Mürer und F. Braun. 1847. 6 Hefte.
- Deutsche Brüsseler Zeitung*, von A. v. Bornstedt. 1847—48.
- Deutscher Zuschauer*, von G. Struve. Mannheim. Jan. 1847—15. Okt. 1848. — 1 Probenr. vom 13. Juni 1849. Neustadt a. H.
- Berliner Zeitungshalle*, von G. Julius, seit 1847 täglich; Dez. 1848—März 1849, red. von Wolf in Neustadt-Eberswalde.
- Kommunistische Zeitschrift*. London 1847 im Sept. 1 nos.
- Nord und Süd*. Flawyl 1848. 2 Hefte.
- Politischer Monatskalender*, von Samter; Königsberg. Jan.—Sept. 1848. 8 Hefte.
- Freie Blätter*. Offenbach. 11. März—21. April 1848. 12 nos.
- Das Blatt des Volkes*, von H. M. Auerbach. Breslau. 25. März—Mai 1848, wöchentlich 3mal.

- Die Stimme des Volkes*, von H. Semmig. Leipzig. 1. no. vom 25. März 1848.  
*Die Arbeit*. Köln. April—23. Juli 1848. 12 nos.  
*Der Volksfreund*, von E. Weller. Leipzig. April—Juni 1848.  
*Die Republik*. Heidelberg. 1. April 1848—Juli 1849 täglich.  
*Der Volksfreund*, von G. A. Schöffel. Berlin. 5. April—30. Juni 1848. 9 nos.  
*Der Republikaner*, von A. Prinz. Hamburg. 5. April—Dez. 1848, wöchentlich;  
 Jan.—März 1849 als demokrat. Zeitung. Altona.  
*Zeitung des Arbeitervereins*, red. von A. Gottschalk. Köln. 23. April—26. Okt.  
 1848, wöchentlich 2mal; fortges. als: *Freiheit, Arbeit!* von W. Prinz,  
 bis 24. Juni 1849, wöchentlich.  
*Der Volksfreund*, von F. Hecker, dann von Schnauffer. Rheinfelden. Mai bis  
 Dez. 1848, wöchentlich 2mal.  
*Die Sonne*, von F. Mühlecker, früher von G. Rau. Stuttgart. 18. Mai 1848 bis  
 30. Juni 1849, täglich.  
*Der Demokrat*, von Wiss und Baader. Berlin. 22. Mai—29. Juni 1848,  
 wöchentlich 3mal.  
*Das Volk*, von Born. Berlin. 25. Mai—29. Aug. 1848.  
*Neue Rheinische Zeitung*, von K. Marx. Köln. 1. Juni 1848—19. Mai 1849,  
 täglich.  
*Die Lichtputze*, von A. Behr. Cöthen. 2. Juni—Dez. 1848.  
*Die Barrikade*, von A. Peters. Meissen. 14. Juni—20. Dez. 1848.  
*Der Radikale*, von A. J. Becher. Wien. Juli—Okt. 1848, täglich.  
*Der Arbeiter*. St. Gallen. Juli 1848—Juli 1849, wöchentlich.  
*Thüringer Volkstribun*, von Lafaurie. Jena. 19. Juli—9. Dez. 1848; 5. Mai  
 bis 17. Juli 1849.  
*Volksblätter*, von A. Röckel. Dresden. 26. Aug. 1848—29. April 1849.  
*Demokratische Zeitung*. Neustadt a. d. H. Okt.—Dez. 1848. 13 nos.  
*Der Urwähler*, von W. Weiling. Berlin. 4 nos. im Okt. 1848.  
*Der Freischärler*, von Luise Aston. Berlin. 1. Nov.—16. Dez. 1848. 7 nos.  
*Anhaltische Volkszeitung*, von A. Behr und C. Stein. Cöthen. 12. Dez. 1848  
 bis Mai 1849, wöchentlich 3mal.  
*Es muß Tag werden*, von Nissle. München. 6. Dez. 1848—18. Jan. 1849. 9 nos.  
*Der Volksfreund*, von F. Löwe. Hamburg. 1848—49.  
*Die freie Presse*, von C. Henseler. Elberfeld. 1848—Juni 1849, wöchentlich 4mal.  
*Volksblatt*, von Fr. Crüger. Danzig 1849.  
*Die Evolution*, von J. P. Becker. Biel. 5. Jan.—30. März 1849. 11 nos.  
*Soziale Reform*, von L. Dittmar. Leipzig. Jan.—April 1849. 4 Hefte.  
*Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit!* von C. Esser. Köln 1849.  
*Der Verfolger der Bosheit*, von M. Wessel. Köln. 17. Febr.—30. Juni 1849.  
 20 nos.  
*Der Demokrat*, von C. Braun, früher L. Kalisch. Mainz. 16. April 1848 bis  
 Sept. 1849, wöchentlich 2mal.  
*Westdeutsche Zeitung*, von H. Becker. Köln, seit 25. Mai 1849 täglich.  
*Triersche Zeitung*, von F. Walther, seit 1844 täglich.  
*Westfälische Volkshalle*, von F. Marquardt, früher O. Mirbach. Münster, seit  
 1. Jan. 1849 täglich.



- Neue Bonner Zeitung*, von J. Kinkel, früher von G. Kinkel, seit 1. Mai 1848 täglich; bis Neujahr 1849 als *Bonner Zeitung*.
- Neue Deutsche Zeitung*, von O. Lilning, G. Günther, J. Weydemeier. Frankfurt a. M., seit 1. Juli 1848 täglich.
- Freie Zeitung*, red. von J. Oppermann in Wiesbaden, seit März 1848 täglich.
- Neue Kölnische Zeitung*, von A. Heynemann, früher von F. Annecke. 10. Sept. 1848—Juni 1849, täglich.
- Neue Deutsche Dorfzeitung*, von F. Streit. Coburg, seit 15. Jan. 1849 täglich.
- Volksblatt*, von W. Seelhoff und P. C. Sternberg. Trier, seit 1848 wöchentlich 4mal.
- Wehr' Dich*, von A. Becker. Gießen, seit 6. März 1848 wöchentlich 3mal; bis 1. Jan. 1849 als: *Der jüngste Tag*.
- Der Volksmann*, von H. Püttmann. Barmen, seit Okt. 1849.
- Verbrüderung*, von Schwenninger, früher von Born. Leipzig, seit 3. Okt. 1848 wöchentlich 2mal.
- Die Hornisse*, von Heise und Kellner. Kassel, seit 1848 wöchentlich 3mal.
- Der Volksfreund*, von G. A. Wolff. Lemgo; früher von Rempel in Bielefeld, seit 10. Juni 1848 wöchentlich.
- Der Unabhängige*, von J. Karlen. Bern, seit 6. Jan. 1849 wöchentlich.

## II. Geschichtliche Schriften.

- I. Stein, *Der Sozialismus und Communismus des heutigen Frankreichs*. Leipzig bei O. Wigand, 1842. 2. Aufl. 1847.
- , *Die sozialistischen und communistischen Bewegungen seit der dritten französischen Revolution*. Ebd. 1848.
- , *Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich*. 1. Band. Ebd. 1849.
- Die Kommunisten in der Schweiz nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren*. Zürich bei Orell, 1843.
- Das Eigenthum in Gefahr! oder: Was haben Deutschland und die Schweiz vom Kommunismus und Vernunftglauben zu fürchten?* (Von S. Seiler.) Bern bei Jenni Sohn, 1843.
- Der Schriftsteller Wilhelm Weitling und der Kommunistenlärm in Zürich*. (Von Dems.) Ebd. 1843.
- Die Bewegung des Sozialismus und Communismus*. Von Th. Oelkers. Leipzig bei Fest, 1844.
- Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien*. Von K. Grün. Darmstadt bei Leske, 1845.
- Das junge Deutschland in der Schweiz*. Von W. Marr. Leipzig bei Jurany, 1846.
- Generalbericht an den Staatsrath von Neufchatel über die geheime deutsche Propaganda*. Zürich bei Meyer und Zeller, 1846.
- Die Proletarier*. Von H. W. Bensen. Stuttgart bei Frankh, 1847.
- Die französische Volksliteratur seit 1833*. Von Max. Leipzig bei E. O. Weller, 1847; 2. verm. Aufl. 1850.
- Die Bewegung des Sozialismus, Humanismus und Demokratismus unserer Tage*. (Von Buchner.) Bautzen bei A. Weller, 1848.
- Memoiren von Caussidière*. 2 Bde. Verlagsc. in Grimma, 1849.

## III. Unterhaltungsschriften.

## a) Deutsch:

- Berliner Novellen*, von A. Weil und Edgar Bauer. Verlagshandlung in Berlin, 1843.  
*Tagebuch und Reisenotizen*, von A. Dietsch. Aarau 1845.  
*Schicksale eines Proletariers*, von E. Eichholz. Leipzig bei Reclam jun., 1845.  
*Sächsische Zustände*, von H. Sämmig. Hamburg bei Vogel, 1846.  
*Berliner Skizzen*, von A. Fränkel und F. Köppen. 3 Bde. Berlin bei Ries, 1846.  
*E. Dronke, Polizeigeschichten*. Leipzig bei Lorck, 1846.  
 —, *Die Maikönigin*. Ebd. 1846.  
 —, *Aus dem Volke*. Lit. Anstalt in Frankfurt, 1846.  
 —, *Berlin*. 2 Theile. Ebd. 1846.  
*Berlin in seiner neuesten Zeit und Entwicklung*, von F. Sass. Leipzig bei Koffka, 1847.  
*Aus dem Leben einer Frau*, von Luise Aston. Hamburg bei Hoffmann u. Campe, 1847.  
*Freiherr von Eulenspiegel oder Lebensbilder aus der Neuzeit*. 2 Bde. Breslau bei Trewendt, 1847.  
*Egeria*. Taschenbuch für 1848. Breslau bei Trewendt.  
*Arm und Reich*, von Elisabeth Sangalli. Leipzig bei Jurany, 1848.  
*Louise Aston, Lydia*. Magdeburg bei Baensch, 1848.  
 —, *Revolution und Contre-Revolution*. Mannheim bei Grohe, 1849.

## b) Französisch:

- G. Sand, *Der Handwerker*.  
 —, *Der Müller von Angibault*.  
 —, *Der Aristokrat und der Industrielle*.  
 —, *Der Piccinino*.  
 —, *Franz der Champi*.  
 E. Sue, *Der ewige Jude*.  
 —, *Martin, Das Findelkind*.  
 —, *Sieben Todsünden*. 4 Theile.  
 —, *Der Hirte von Kravan*. 2 Hefte. Leipzig bei O. Wigand, 1849.

## c) Englisch:

- Douglas Jerrold, *Eine Chronik von Kleefeld*. Leipzig bei Brockhaus u. Avenarius, 1846.  
 —, *Arm und Reich, oder die Geschichte von St. James und St. Giles*. 3 Theile. Verlagscompt. in Grimma, 1847.  
 —, *Eine Laune und ihre Folgen*. 3 Theile. Ebd. 1847; Wien bei Hartleben, 1848.

## IV. Belehrende Schriften.

## a) Deutsch:

- W. Weitling, *Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte*. Paris 1838.  
 2. Auflage. Bern bei Jenni Sohn, 1845.

- , *Garantien der Harmonie und Freiheit*. Vevay 1842; 2. Aufl. 1845; 3. Aufl. Hamburg 1849.
- Die Religion der Zukunft*, von F. Feuerbach. I. Heft. Zürich u. Winterthur 1843; 2. u. 3. Heft. Nürnberg bei Cramer, 1844/45.
- Die Volksphilosophie unserer Tage*, von A. Becker. Neumünster 1843.
- Aufruf zur Bildung eines allgemeinen Vereins*. Langenthal 1843.
- Ein und zwanzig Bogen aus der Schweiz*, herausgeg. von G. Herwegh. Zürich u. Winterthur, 1843.
- Die Religion der Zukunft*. (Volksausgabe.) Von W. Marr. Lausanne; 2. Aufl. bei Jenni Sohn, 1846.
- Das tausendjährige Reich*, von A. Dietsch. Aarau; N. Aufl. Leipzig bei E. O. Weller, 1849.
1844. — *Was wollen die Kommunisten?* von A. Becker. Lausanne.
- Dies gehört dem Volke*. (Von W. Marr.) Glarus.
- Gedichte und Gedanken eines Deutschen in Paris*, von G. Mäurer. 2 Bändchen. Zürich und Winterthur.
- Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat*, von Edgar Bauer. Bern b. Jenni Sohn. Preßprozeß wegen dieses Werkes. Ebd.
- Brief eines Pfarrers in Basel an einen Communisten*. Ebd.
- Berliner Monatsschrift*, herausg. von L. Buhl. Mannheim.
- Die schlechte Zeit, oder Geld, Speculation und Arbeit*, von F. A. Stilch. Breslau bei Schulz.
- Über wahre Bildung*, von K. Grün. Bielefeld bei Helmich.
1845. — *Die Noth und Rettung*. (Von Sutermeister.) Langenthal.
- Keine Armennoth mehr!* (Von Dems.) Ebd.
- Die neue Welt, oder das Reich des Geistes auf Erden*. (Von Kuhlmann.) Genf
- Ein Buch für die Leute die denken*. (Von G. Mäurer.) Zürich bei Orell.
- Die heilige Familie, oder Kritik der kritischen Kritik*, von F. Engels und K. Marx. Liter. Anstalt in Frankfurt.
- Neue Anekdoten*, von K. Grün. Darmstadt bei Leske.
- Die letzten Philosophen*, von M. Hess. Ebd.
- Deutsches Bürgerbuch für 1845*, herausg. von H. Püttmann Ebd.; — für 1846. Mannheim bei Hoff.
- Rheinische Jahrbücher*, herausg. von H. Püttmann. I. Darmstadt bei Leske.; II. Bellevue, 1846.
- Dies Buch gehört dem Volke*, herausg. von O. Lünning. 1. Jahrgang Bielefeld bei Helmich; 2. Jahrg. Ebd. 1846; 3. Jahrg. Paderborn bei Crüwell, 1847.
- Hebung der Noth der arbeitenden Klassen*, von J. Behrends. Leipzig b. O. Wigand.
- Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, von F. Engels. Ebd.
1846. — *Der Mensch und sein Gott in und außer dem Christenthum*. (Von Louise Dittmar.) Offenbach bei André.
- Das Evangelium der armen Sünder*, von W. Weitling. Bern bei Jenni, 2. Aufl. Birsfeld 1846; 3. Aufl. New-York 1847; — französisch als *Critique religieuse du communisme*. Vevay 1846.
- Beiträge zum Feldzuge der Kritik*. 2 Bde. Berlin bei Riess.
- K. Grün, *Goethe vom menschlichen Standpunkte*. Darmstadt bei Leske.

- (— —) *Die preussischen Landtagsabschiede. Birwinken. Vorträge über Vergnügen und öffentliche Feste, von J. Berends. Berlin bei Krause. Civilisation und Musik, von Th. Hagen. Leipzig bei Jurany. Adresse des Bildungsvereins in London an die deutschen Proletarier. Brüssel bei Vogler.*
- Meine Emancipation, Verweisung und Rechtfertigung, von Louis Aston. Ebd. Libertas, von Th. Bruno (Buchner). Herisau bei Schläpfer.*
1847. — *Die Kirche der Zukunft, von F. Feuerbach. Bern bei Jenni.*
- Ein Nothruf an die Männer der Arbeit und Sorge, von W. Weitling. New-York; 2. Aufl. Ebd. 1848.*
- Schwarz, Roth, Gold! Über deutsche Freiheit und Einheit. 3 Hefte. Leipzig bei E. O. Weller, 1847, 48.*
- Der Volkswille. (Will das Volk eine Constitution?) Ebd.*
- Die Freiheitsbestrebungen der Deutschen im 18. und 19. Jahrhundert, von E. Weller. Ebd.*
- Der Mensch und die Ehe, von W. Marr. Leipzig bei Jurany.*
- Prozeßverhandlungen gegen Dronke. Ebd.*
- Sendschreiben an das Haus Israel. Leipzig bei Naumburg.*
- Der Heinzensche Staat, von Stephan (Born). Bern.*
- Verteidigung der Schrift: „Schicksale eines Proletariers“, von Volkmar. Altenburg bei Helbig.*
- Vier Zeitfragen, von L. Dittmar. Offenbach bei André.*
- Der deutsche Hunger und die deutschen Fürsten. N. Aufl. 1848.*
1848. — *Demokratisches Taschenbuch. Leipzig bei Weller.*
- Die Ermordung der Herzogin von Praslin, von L. G. Bernays. Flawyl, Liter. Anstalt.*
- Gruß zum neuen Jahr an unsere Brüder, die deutschen Proletarier. Deutschland bei Schlagdrauf und Hilfdirselsbst.*
- Im preussischen Heere, von Willich. Mannheim bei Hoff.*
- Die Februar-Revolution von Paris. Von einem Augenzeugen. Hamburg bei Berendsohn.*
- Sammlung politischer Flugschriften d. J. 1848. Leipzig bei Weller.*
- Entwurf einer provisorischen Regierung der Republik Polen. Dresden.*
- Demokratie und Sozialismus, von F. A. Stilch. Breslau bei Schulz.*
- Forderung der kommunistischen Parthei in Deutschland.*
- Manifest der kommunistischen Partei. London.*
- Geschichte des Handels, von Dr. Lafaurie. Stuttgart bei Frankh.*
- Die Organisation der Arbeit und deren Ausführbarkeit, von Lüchow. 2 Hefte. Berlin (bei Schneider).*
- J. Ronge, Das Verhältniß der jungen Kirche zur sozialen Frage. München bei Franz.*
- *Ein Zuruf an die Nichtbevorrechteten. Breslau.*
- Die Kolonie Rapp. Basel.*
- Sozialismus, von Dr. Pinhoff. Breslau bei Trewendt.*
- Emancipation. Ebd.*
- Was! Wie! Wohin! 2 Hefte. Ebd.*

- Getreue Darstellung des Prozesses von Schlöffel.* Berlin.  
*Dokumente der Revolution der Gegenwart. Schlöffels Preßprozeß.* Berlin bei Stargardt.  
*Gedanken zu einem Staatsgrundgesetz.* Ebd.  
*La république s'amuse,* von F. Crüger. Ebd.  
*Wahrheiten eines Volksfreundes,* von O. Reichenbach. 2 Hefte. Oppeln bei Rabe.  
*Fliegende Blätter aus Norddeutschland,* von G. Lenz. I. Greifswald bei Herwig.  
*Zwei politische Glaubensbekenntnisse,* von Nees von Esenbeck und Th. Hoffrichter. Breslau.  
*Die deutschen Revolutionen im Jahre 1848.* Birsfeld.  
*Rede Doviats.* Berlin bei Hirschfeld.  
*Paragraphen über das wahre Wesen des Communismus, oder wird einst der Communismus Naturnotwendigkeit?* I. Brieg bei Schwarz.  
*Programm des demokratisch-sozialen Vereins zu Kassel.* Kassel bei Appel.  
 1849. — *Der Communismus als Ziel der Zeitbestrebungen,* von Hölscher. Köln (bei Eisen).  
*A. Gottschalk, Meine Rede.* Bonn bei Sulzbach.  
 — *An die Arbeiter Kölns.* Köln.  
*Der politische Tendenzprozeß gegen Gottschalk, Anneke und Esser.* Köln (bei Lengsfeld).  
*Beiträge zur Bauernpolitik,* von F. Neff. Philadelphia (Basel bei Fischer).  
*Die Gründung der Demokratie in Deutschland, oder der Volksstaat und der sozial-demokratische Freistaat,* von A. Ruge. Leipzig, Verlagsbureau.  
*Anti Guizot, oder der neue soziale Frieden.* Leipzig bei Weller.  
*Die Reaktion und die moderne Finanzweisheit.* Ebd.  
*Der deutsche Michel auf breiterer demokratischer Grundlage.* Almanach für Deutschlands 34 Einheiten. Ebd.  
*Katechismus für freie Gemeinden,* von J. Schneider. Ebd.  
*Der Prozeß der Juni-Insurgenten Barthelemy und Racary.* Köln.  
*Revolutionäre Studien aus Paris,* von A. Meissner. 2 Bde. Frankfurt, Liter. Anstalt.  
*Kleines politisches Wörterbuch,* von F. Mühlecker. Stuttgart bei Lubrecht.  
*Soziale Blätter, herausg. vom Sozialen Club zu Leipzig.* I. II. Leipzig b. Weller.  
*Das Criminalgesetz am Pranger des gesunden Menschenverstandes.* Ebd.  
*Neujahrsalmanach für Unterthanen und Knechte.* Ebd. 1850.

b) Französisch:

- F. Lamennais, Worte eines Glaubenden.* Deutsch von L. Börne. Paris. Hamburg etc., 1834.  
 — *Buch eines Volkes.* Biel 1838.  
*R. Lahautière, Kleiner Katechismus der Sozialreform.* Ebd. 1841.  
 — *Über das gesellschaftliche Gesetz.* Ebd. 1841.  
*Cabet, Glaubensbekenntnis.* Genf 1842; Paris 1847.  
 — *Stand der sozialen Frage in England, Irland, Schottland und Frankreich.* Genf 1843.  
 — *Das Weib.* Langenthal 1844.

- Cabet, Der dem Communismus vom Jesuiten Fournier geworfene Handschuh.* Bern bei Jenni Sohn, 1844.
- *Reise nach Ikarien (deutsch von Ewerbeck).* Paris 1847.
- *Wie ich Communist bin.* Ebd. 1847.
- *Th. Dezamy, Der Sieg des Sozialismus über den Jesuitismus, herausg. von E. Weller.* Leipzig bei Jurany, 1846.
- *Organisations-Entwurf.* Leipzig bei Weller, 1848.
- Kleiner republikanischer Katechismus, von M. Macé.* Köln 1848.
- Das Naturrecht, oder die Rechtsphilosophie nach dem gegenwärtigen Zustande dieser Wissenschaft in Deutschland, von Ahrens.* Braunschweig bei Westermann, 1846.
- Kritische Darstellung der Sozialtheorie Fouriers, von A. L. Churoa.* Braunschweig bei Meyer sen., 1840.
- P. J. Proudhon, Was ist das Eigenthum? Bern bei Jenni, 1844.*
- , *Philosophie der Staatsökonomie oder Nothwendigkeit des Elends.* 2 Bde. Darmstadt bei Leske; Leipzig bei O. Wigand, 1847.
- Als Gegenschrift: *Misère de la philosophie, par K. Marx.* Brüssel b. Vogler, 1847.
- , *Die französische Februar-Revolution, von K. Grün.* Trier bei Lintz, 1848.
- , *Theoretischer und praktischer Beweis des Sozialismus oder Revolution durch den Credit, von Th. Opitz.* Leipzig bei Fernau, 1849.
- , *Manifest.* Leipzig bei Weller, 1849.
- , *Die Volksbank, von L. Bamberger.* Frankfurt, Lit. Anstalt, 1849.
- , *Das Recht auf Arbeit, das Eigenthumsrecht und die Lösung der sozialen Frage.* Leipzig, Verlagsbureau, 1849.
- , *Die Sonntagsfeier.* Cassel bei Raabe, 1849.
- Publizistische Stimmen aus Frankreich über politische, religiöse und soziale Zustände, herausg. von E. Weller.* Breslau bei Schulz, 1846.
- Neue Stimmen aus Frankreich über Politik und soziales Leben.* 2 Theile. Leipzig bei Weller, 1847/48.
- Geschichte der sozialen Ideen vor der Revolution, von F. Villegardelle.* Berlin bei Riess, 1846.
- L. Blanc, Geschichte der letzten zehn Jahre.* 5 Bde. Zürich und Winterthur 1845; Berlin bei Hermes; — ein Auszug; Offenbach bei André.
- , *Organisation der Arbeit.* Nordhausen bei Fürst; Leipzig bei Schäfer, 1847.
- , *Geschichte der französischen Revolution.* 2 Bde. Leipzig bei Brockhaus und Aven; Berlin bei Riess, 1848.
- Das Volk, von Michelet.* Mannheim bei Hoff; Nordhausen bei Fürst, 1846.
- K. Marx, Zwei Reden über die Freihandels- und Schutzzollfrage.* Aus dem Französischen von J. Weydemeyer. Hamm bei Schulz, 1848.
- M. Lepelletiers Plan einer Nationalerziehung, von G. Thaulow.* Kiel b. Schröder, 1848.
- Die Erziehung der Kinder auf natürlichen Grundlagen, von V. Considerant.* 2. Aufl. Leipzig bei Brüglmann, 1849.
- Louis Blanc u. Thiers.* Aus dem Französischen. Breslau bei Schuhmann, 1849.

c) *Englisch:*

- Das Buch der neuen moralischen Welt, von R. Owen. Nordhausen b. Fürst 1840.*  
*Thomas Morus und sein berühmtes Werk Utopia. Leipzig bei Reclam jun., 1846.*  
*Channing, 2 Reden über die Erhebung der niederen Volksklassen. Zürich und Winterthur 1843; Freiburg bei Engelhardt, 1846.*  
 —, *Der große Endzweck des Christenthums. Berlin bei H. Schultze, 1847.*

## II. Aus Eduard Laskers sozialistischen Anfängen.

Wie schon der Untertitel sagt, tritt in diesem zweiten bibliographischen Beitrag zugleich ein biographisches Problem von besonderem Reiz zutage. So stark EDUARD LASKER<sup>1)</sup>, der bekannte Führer der nationalliberalen Partei, auf dem Höhepunkt seines Wirkens in den siebziger Jahren nicht nur von den engeren Freunden, sondern von dem größten Teil des deutschen Mittelstandes gefeiert wurde — von der „Ansteckung“ durch sozialistische Lehren schien er wie wenige verschont. Selbst als politische Gegner den kommunistischen Anfängen des jungen JOHANNES MIQUEL wohlgefällig nachspürten, glitten die Späher doch über ähnliche Zeugnisse in L.s Leben rasch hinweg, da man bei diesem philosophisch und juristisch gleich fein gebildeten Manne solche „Verirrungen“ am allerwenigsten erwartete. Meine eigenen Forschungen zur Geschichte der nationalliberalen Partei, die mir die politischen Nachlässe eigentlich aller älteren Führer dieser Gruppe zum ersten Male öffneten, gestatteten auch hier einen unerwarteten Einblick<sup>2)</sup>.

Ungebändigter Wissensdurst, den sie im stillen Heimatstädtchen Jarotshin (Provinz Posen) nicht zu stillen vermochten, hatte den damals erst 13jährigen E. L. zusammen mit seinem zwei Jahre älteren Bruder MAX zum

1) Im folgenden in E. L. abgekürzt.

2) Der größte Teil des so erschlossenen Stoffes, der in die politischen Anschauungen und Verbindungen innerhalb der liberalen Parteien Deutschlands einführt, ist in einer „politischen Briefsammlung“ verwertet, die unter dem Gesamttitel: Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks in 4 Bänden die Jahre 1859 bis 1890 behandeln soll. Trotzdem bereits 1920/21 der weitaus größte Teil des Werkes druckfertig vorlag, zog die Deutsche Volkspartei im letzten Augenblick die von ihr fest verheißene buchhändlerische Sicherung aus parteitaktischen Gründen zurück. Aus dem gleichen Grunde mußte die Herausgabe einer wissenschaftlich fundierten „Geschichte der nationalliberalen Partei Deutschlands“, für die die erwähnte Briefsammlung den Boden bereitete, vertagt werden. Einen einzelnen Ausschnitt nur aus dieser Darstellung, deren erster Teil (bis 1877) ebenfalls in der Handschrift vollendet ist, bietet ein Teildruck von ED. W. MEYER in den von mir herausgegebenen Beiträgen zur deutschen Partei- und Ideengeschichte: Deutscher Staat und deutsche Parteien. München 1922. An der gleichen Stelle habe ich selbst die hier abgedruckten Briefe aus dem Nachlaß E. L.s als „Glaubensbekenntnis“ einer politischen Jugend in das Lebensbild des angehenden Parlamentariers eingefügt, so daß die dort gebotene Darstellung diese Ausführungen mannigfach ergänzt.

Mittelpunkt der deutschen Kultur des Ostens, nach Breslau, hinübergetrieben. Die Versöhnung mit dem Vater, der sich als Kaufmann und als emsiger Forscher in der überlieferten jüdischen Philosophie einen geachteten Namen in der Gemeinde errungen hatte, glättete sehr bald das Zerwürfnis dieser abenteuerlichen, knabenhaften Flucht und ermöglichte beiden Brüdern den geregeltten Besuch des St. Elisabeth-Gymnasiums in Breslau. Im Frühjahr 1847 folgte die Reifeprüfung und der Besuch der Schlesischen Landesuniversität, wo philosophische und mathematische Vorlesungen den jungen L. zunächst allein fesselten, bis die große Volksbewegung von 1848 auch ihn ins politische Leben hinüberriß. Mit Leib und Seele ging er dabei, wie die folgenden Briefe zeigen, in der großen demokratischen Bewegung auf, die hier in Schlesien in der Hungersnot der Jahre 1846 und 1847 starke Teilnahme auch für die soziale Frage zeigte. Der Breslauer Universitätsprofessor NEES VON ESENBECK, dessen Nachlaß bereits GEORG ADLER in seiner Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland verwertet hat, war ihr Führer, während HEINRICH SIMON und MORITZ ELSNER den Fraktionen der Linken in der preußischen und deutschen Nationalversammlung neue Kräfte zuführten. Mehrere Arbeitervereine weckten und hegten das politische und soziale Interesse. Eine überaus große Zahl von Zeitschriften und Zeitungen ernsten und satyrischen Charakters zeigt deutlich, wie alle Kreise der Bevölkerung schließlich in den Kampf hineingezogen werden. Mehrere Aufsätze in der Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Altertum Schlesiens und ein eigenes Buch über die Breslauer politische Presse bringen eine Fülle von Material<sup>3)</sup>, das trefflich in das Verständnis dieser großen Bewegung einführt, der nun auch der 19jährige E. L. folgt. Zwei Briefe, die in seinem Nachlaß ruhen<sup>4)</sup>, erschließen uns durch Kritik und Beifall den Inhalt eines „Tagblatts“ *Der Socialist*, mit dem der junge Student tatkräftig ins politische Leben Breslaus einzugreifen hoffte. Da ich an anderer Stelle bereits das ganze Unternehmen als „Glaubensbekenntnis einer politischen Jugend“ gewertet habe, genügt hier zur Mehrung unserer bibliographischen Kenntnisse der Abdruck beider Schreiben. Nachdrücklich soll ja lediglich das Eine hervorgehoben werden, wie lückenhaft auch heute noch unsere Kenntnis von den Anfängen der sozialistischen Literatur ist.

\*       \*       \*

3) Vgl. H. NATHAN, Aus dem Leben eines Achtundvierzigers [Graf Eduard Reichenbach] (Zeitschrift usw. XLVIII, 1914); L. KUSCHE, Schlesiens Anteil in der national-deutschen Entwicklung von 1840 bis 1848 und die schlesischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament (ebenda LIII, 1919) und L. MÜLLER, Die Breslauer politische Presse von 1742—1861. Breslau 1908.

4) Den Einblick und die Erlaubnis zur Benutzung verdanke ich der freundlichen Vermittlung des Herrn Geheimrat Prof. Dr. ERICH BRANDENBURG in Leipzig.



## 1. Nees von Esenbeck an Eduard Lasker.

Berlin, den 30.<sup>5</sup>) Juli 1848.

Sie haben mir mit Ihrem werthen Briefe vom 25. d. M. den Prospect und die beiden ersten Nummern Ihres Tageblatts: „Der Socialist“ freundlich mitgetheilt. Haben Sie dafür meinen herzlichen Dank!

Daß die Zeit sich begreift, beweist uns ganz vorzüglich das augenblickliche Bedürfnis von litterarischen Productionen entsprechender Art, sobald eine neue Phase der Entwicklung aus unsrer Revolution hervorgeht. Seit ich hier bin, und zwar hauptsächlich in den letzten 14 Tagen, bin ich bei Unterhandlungen über sociale Zeitschriften zugezogen worden und habe dabei, neben der Klarheit des Bedürfnisses zugleich auch die trübe Einsicht in den Ursprung unsrer meisten Zeitschriften gewonnen. (Activ betheilig't bin ich dabei nicht.)

Ich muß daher dem Socialisten Glück wünschen, daß er in einfacher Richtung an der Hand eines uneigennütigen Herausgebers seine Reise antritt. Meine besten Wünsche begleiten Sie. Ohne Collision wird nichts abgehen, das muß ich Ihnen voraussagen; aber Ihr Blatt hat etwas voraus; ich meine die klare Einfachheit seines Plans: Berichtigung des Begriffs des Socialismus und Thatsächliches von Nah und Fern in strenger Beziehung auf diesen Begriff. Ihre leitenden Artikel haben mir sehr gut gefallen und sind mir, wie man sagt, aus der Seele geschrieben: Die Forderungen der Jetztzeit und Adel und Kapital, — nicht Monarchie oder republicanische Aristokratie (des Adels, des Kapitals oder der geistigen Überlegenheit), sondern der sociale Menschenstaat, also die Wohlfahrt der Bürger unter einer der speculativ nothwendigen Staatsformen in ihrer Realisirung durch irgend eine bestimmte, zum Volk geeinte Menschengesellschaft, — das ist unser Grundgesetz. Bleiben Sie dabei, doch ohne sanguinisches Hoffen. Wir sind noch nicht so nahe am Lande, daß wir unsern Kräften dessen Erreichung durch Schwimmen versprechen dürften. Wir thun aber das Unsre.

Wenn ich mit bei Ihnen im Rath säße, würde ich sagen: leitende Artikel, wie die genannten, Thatsächliches, wo und wie es paßt, zugleich aber eine laufende Kritik der Verhandlungen der Nationalversammlungen und Vereine in ihrem Verhältnisse zum wahren Volkswohl (der socialen Frage) — damit rundete sich das Blatt ab. Freilich ist der letztere Punct schwierig; aber man könnte oft kurz sein. Die amtlichen Nationalversammlungen kommen nach ihrem politischen Geschäftsgange nicht oft zu entscheidenden Beschlüssen, z. B. die beschlossene Commission für Handwerksangelegenheiten kann doch nur bezeichnet werden; „Commission beschlossen für u.s.w. Wir werden also sehn, was weiter folgt.“

Über die Klubs berichten die Zeitungshalle, die Reform, die Abendzeitung<sup>5)</sup> ziemlich gründlich, man könnte also auch da das soziale Element suchen und hervorheben. Vor Allem möchte ich die Arbeiter- und Handwerker-Vereine

5) Der Poststempel zeigt das Datum vom 28. und 29. Juli.

6) Sämtlich Berliner Zeitungen. Vgl. über sie G. LÜDERS, Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848. 1909.

und Congressse, besonders die beiden Frankfurter Congressse empfehlen<sup>7)</sup>. Da wollte etwas werden, scheint aber auch wieder an dem Zunftzopf der Philisterei zu scheitern. Spüren Sie aber dem nach. Neben dem Frankfurter Parlament ein vernünftiger, seiner bewußter, in dem Bewußtsein gemeinschaftlicher Interessen, Verluste und Vortheile geeinter und zur That gereifter Arbeitercongreß aus alt und jung, reich und arm, Meister oder Gesell, gleich dem Parlamente gegliedert, an der Spitze ein General-Zunftmeister im rechten Sinne und mit der Energie, die das Leben liebt und den Todt nicht scheut, — das wäre so etwas! Frankfurt war gut gewählt.

Kann ich Ihnen etwas bei dem Werke helfen, so thue ich's gern. Hier fängt die Reaction an in Gegenrevolution überzugehen, das Preußenthum siegt, schwarz-weiße Fahnen wehen von den Casernen, die Opposition in der Nat.-Vers. lächelt, geht öfter zum Frühstück und läßt nur den zum Sieg der Stimmen genügenden Theil der Glieder zurück, — die Linke sucht, statt sich offen auf die sociale Frage zu werfen und dadurch der conservativen Einseitigkeit der Opposition eine Barrikade entgegenzubauen, hinter welcher das ganze Volk mitkämpfen könnte und würde, mit Anstrengung, aber wahrscheinlich ohne Erfolg, ihr Heil in politischer Taktik, die mir, ohne Volkskraft und Volksvertrauen nicht viel fester als ein schwaches Brett für den Schiffbrüchigen erscheint.

Aus Ihrer Zeitschrift sehe ich, daß Sie einen Professor des Socialismus berufen wollen. Recht so! So war's ehemals auch. Ich empfehle Ihnen drei Männer für einen, von außen, denn die nächsten kennen Sie ja, — ich mache Sie aber aufmerksam auf Dr. Püttmann<sup>8)</sup>, der jetzt hier ist, auf Ferd. Crueger aus Königsberg, der bald wieder hier sein wird, und auf Julius Fröbel<sup>9)</sup>, dessen vortreffliches System der socialen Politik Sie kennen werden (die erste Ausgabe hieß: Neue Politik von Junius). Sie könnten aus diesem Buche: Mannheim 1847, 2 Bde 8<sup>o</sup>, auch manchmal kleine Artikelchen ziehen, wenn grade nicht Original-Beiträge vorhanden sind.

Auf den Socialisten werde ich für das n. Quartal bei hiesiger Post pränumeriren.

Treulichst ergeben Ihr

Nees v. Esenbeck.

(Nachschrift.) Fürchten Sie sich nicht, mit humoristischen Artikeln aufzutreten. Nicht zu oft, — das versteht sich von selbst. Die Leute thun jetzt allzu ernsthaft und vergessen, daß die Vernunft eben nicht im Zopf sitzt.

Schon dieser eine Widerhall, den die Zeitschrift L.s fand, scheint interessant und anregend genug, um auch an dieser Stelle wörtlich wiederholt zu

7) Am 15. Juli trat am Sitz der deutschen Nationalversammlung der Allgemeine Handwerker- und Gewerbekongreß zusammen, dem im August-September der Allgemeine deutsche Arbeiterkongreß folgte. Vgl. V. VALENTIN, Frankfurt a. M. und die Revolution von 1848/49. 1908. S. 303 ff.

8) Der bekannte westdeutsche Vorkämpfer des Sozialismus.

9) Der spätere Führer der großdeutschen Partei.

werden. Ein eifriger preußischer Demokrat, der sich neben seinen naturwissenschaftlichen Fachstudien ein warmes Herz für das Elend der schlesischen Arbeiterbevölkerung wahr, gibt hier Ratschläge für die praktische Durchführung eines Zeitungsunternehmens, von dem er trotz seines jugendlichen Leiters viel erwartet. Besonders kennzeichnend für NEES VON ESENBECK und somit auch für L. ist der durchaus kleinbürgerliche Glaube an eine Erneuerung des Handwerks, in der beide die Lösung der „sozialen Frage“ sehen — charakteristisch auch für den Zuschnitt des sozialen Lebens in der zweitgrößten Stadt der preußischen Monarchie. Zugleich vertieft ein zweiter Brief, den ebenfalls der L.sche Nachlaß birgt, unsere so gewonnene Kenntnis vom Inhalt des Breslauer Sozialist. Über Persönlichkeit und Leben des Absenders, dessen Unterschrift F. ZETTRACH oder ZUTTRACH zweifellos zu entziffern ist, war leider weder in Breslau noch in Bunzlau Näheres zu erfahren, trotzdem doch der ganze Inhalt des Schreibens zeigt, daß wir es hier mit einem kenntnisreichen Manne zu tun haben, der Ansehen und Achtung auch weit über sein eigenes Städtchen hinaus genoß.

## 2. F. Zettrach an Eduard Lasker.

*Bunzlau, den 11ten September 1848.*

*Euer Wohlgeboren gefälliges Schreiben mit den 2 Blättern des Socialisten habe ich erhalten und diese beiden Blätter soeben geprüft, indem sie mir durch die betreffende Appun'sche Buchhandlung erst heute zugegangen sind. Ich bin so frei Euer Wohlgeboren das, was ich an der Zeitschrift auszusetzen habe, offenherzig mitzutheilen und werden Sie es meinem Interesse zur Sache zu Gut halten, falls ich vielleicht hier und da mit Ihren eignen Ansichten in Conflict treten sollte.*

*Zunächst erlaube ich mir den Plan einer socialistischen Zeitschrift vorzuschicken, wie ich mir ihn gedacht habe.*

*Euer Wohlgeboren ist bekannt, daß wie früher der Republikanismus, so jetzt der Socialismus und Communismus derjenige Popanz ist, welcher dem ruhigen Bürger vorgehalten wird, um ihn zu dem alten Absolutismus zurückzuführen. Es hommt deshalb vor allem darauf bei einer socialistischen Zeitschrift (an), zu zeigen, daß nicht anarchistische Tendenzen, sondern ein neu organisirendes Bestreben zum Grunde liegt. Dies könnte am Besten durch strenge Wissenschaftlichkeit in der Form geschehen und in so fern würde es für(s) erste das geeignetste erscheinen, eine wissenschaftliche Zeitschrift für Socialismus zu gründen. Dem steht jedoch auf der andern Seite das Bedenken entgegen, daß die größtmögliche Verbreitung der Zeitschrift erzielt werden muß und daß die streng wissenschaftliche Form in unsrer jetzigen erregten Zeit nicht beliebt und von vielen auch nicht verdaut wird. Mit Rücksicht hierauf würde ich eine populäre Sprache, allein mit wissenschaftlichem Inhalt für eine socialistische Zeitschrift für jetzt als das Richtige halten und glaube ich, daß in dieser Beziehung Nees von Esenbeck und Fröbel die rechten Männer sind. Daß falls das Blatt in politischer Beziehung Anklang finden sollte, alle republicanischen Tendenzen, was die Form der einzelnen deutschen Staaten*

betrifft, streng ausgeschlossen werden müssen, bedarf wohl keiner weitläufigen Ausführung, da die demokratisch constitutionelle Richtung offenbar in Deutschland von der Mehrzahl der Nation getheilt wird. Eine derartige Tendenz, sowie eitles Phrasenmachen, wo es sich um Thaten, d. h. um das Finden neuer organischer Grundlagen für die Gesellschaft handelt, würde die Zeitschrift gleich untergraben.

Wäre dies m. E. die Tendenz einer socialistischen Zeitschrift, wie sich solche jetzt halten kann, so würde die innere Einrichtung m. E. folgende sein

I. Allgemeine leitende Artikel, welche die socialistischen Fragen namentlich in ihrer Beziehung zur Politik und zur Nationalöconomie behandeln und umgekehrt da auch eine socialistische Zeitschrift sich nicht von Politik frei halten kann, politische und nationalöconomische Fragen vom socialen Standpunkt.

II. Was das letzte, die nationalökonomischen Fragen anbetrifft, so möchten diese vielleicht besser dem speciellen Theil vorbehalten bleiben, der die speciellen socialen Fragen, z. B. die neue Gewerbeordnung, die Zwangsanleihe, die Darlehncassen usw. zu besprechen hätte. Hier ist ein sehr weites Feld zu bebauen, namentlich in nationalökonomischer Hinsicht, indem bekanntlich die Nationalöconomie diejenige Wissenschaft ist, welche theilweise noch die Gesellschaftswissenschaft absorbiert und zeitweise auch noch absorbieren wird. Zur Bearbeitung dieser Artikel gehört aber vor allem ein Literat, der schon mit dergleichen Fragen sich beschäftigt hat und mir ist zur Zeit nur der Dr. Rutenberg bekannt<sup>10)</sup>, welcher jetzt in Berlin eine nationalökonomische Monatsschrift herausgibt.

III. Rundschau des a) deutschen, b) französischen, c) des englischen Socialismus.

Was den deutschen Socialismus betrifft, so existiren schon viele Zeitschriften, welche den Socialismus zwar nicht als Firma führen, aber doch dasselbe Feld mitbearbeiten, ich meine hier die Leipziger Arbeiterzeitung, die Berliner Arbeiterzeitung<sup>11)</sup> u.s.w. In Frankreich erscheint bekanntlich der Représentant du peuple von Proudhon, welcher jetzt ungetauft ist, die Réforme u.s.w., in England der Nordstern u.s.w. Ich halte es für wesentlich in einer socialistischen deutschen Zeitung ein Resumé dieser Zeitungen insgesamt zu geben, bekanntlich ist die ganze socialistische Idee erst aus Frankreich und England nach Deutschland gekommen. Es ist deshalb nicht nur interessant, sondern m. E. auch nothwendig, England und Frankreich, diese großen Werkstätten des Socialismus, zu beleuchten.

An diese Rundschau in Betreff der Zeitungen würde sich ein Referat über die verschiedenen Vereine in Deutschland z. B. Arbeiterverein in Leipzig, Berlin, Handwerkercongrèß in Frankfurt a. O.<sup>12)</sup> und Breslau u.s.w. knüpfen.

IV. Besprechung sämtlicher einschlagender socialistischer Litteratur u.s.w. Falls diese Rubrik der Zeitung gut geführt wird, muß sie m. E. allein im

10) Wie der obenerwähnte HUGO PÜTTMANN früher einer der ersten Redakteure der bekannten Rheinischen Zeitung in Köln.

11) Beide fehlen in der Aufzählung bei GEORG ADLER a. a. O.

12) Offenbar Schreibfehler für Frankfurt a. M.

Stande sein, das Blatt aufrecht zu erhalten. Es wird nämlich jetzt ein solcher Wust von Schriften producirt, daß es einem Privatmann mit gewöhnlichen Mitteln an Zeit und Geld gar nicht möglich ist, sie zu kaufen und zu lesen.

V. Aphorismen oder Vermischtes. Auszüge aus einzelnen Schriften, sogen. Allostria.

Die Zeitschrift würde alsdann m. E. einmal wöchentlich und zwar am besten Montags erscheinen, wo jetzt viele Zeitungen nicht ausgegeben werden, wo also bei der Gewöhnung des Publicums an Zeitungslectüre das Publicum Zeit und Muße hat, eine solche Zeitschrift zu lesen.

Zur Ausführung des von mir entworfenen Plans gehören allerdings bedeutende Geldmittel von vorn herein, denn die fremden und auch die einheimischen Zeitschriften kosten Geld; ich habe nun aus der Zeitung ersehen, daß in Breslau ein s.g. Lesecabinet besteht und es würde sich fragen falls der betreffende Verlagsbuchhändler meint durch Anschaffung eines solchen Materials nicht zu seinen Kosten zu kommen, ob sich hier nicht ein Ausweg treffen ließe.

Ich bin überzeugt, daß, falls die Zeitschrift wirklich Gediegenes liefert, sämtliche demokratischen Vereine Deutschlands nicht anstehn würden, Actien darauf zu zeichnen.

Nachdem ich diesen meinen Plan vorausgeschickt habe, wende ich mich zur Prüfung des Socialisten, wie er mir in den ersten Blättern vorliegt zurück.

Zunächst vermisste ich an demselben, daß derselbe sich nicht gleich von vorn herein auf den demokratisch-constitutionellen Standpunct frei und frank gestellt hat. Sodann hat das Blatt bis jetzt eine rein demokratische Färbung, von Socialismus ist eigentlich bis dahin nichts zu finden, man müßte den Aufsatz „Adel und Kapital“ ausnehmen. Auch die Correspondenzen unterscheiden sich in nichts von gewöhnlichen Zeitungsarticeln wie man sie in allen Zeitungen zu Dutzenden finden kann. Die beiden Blätter erhalten nur eine, sage eine statistische Nachricht!! — Dabei sind sämtliche Aufsätze reich an Phrasen, eine Andeutung des eigentlichen Principis, wie die Lösung unsrer gesellschaftlichen Wirren zu finden, vermisste ich überall. Ich glaube kein falscher Prophet zu sein, wenn ich voraussage, daß auf dem betretenen Wege Euer Wohlgeboren schwerlich dem Blatte Verbreitung verschaffen werden können. Mir scheint es, als ob das Unternehmen zu sehr beeilt worden ist, ehe tüchtige Mitarbeiter gewonnen wurden; dieses ist deshalb die Hauptsache und davon gewiß das Bestehen des Blattes abhängig. Ich bin überzeugt, daß falls Euer Wohlgeboren sich an Knees (sic!) von Esenbeck oder Dr. Elsner<sup>13)</sup> nach Berlin wenden, diese Ihnen von dort vielleicht Männer, die der Aufgabe gewachsen sind, als Mitarbeiter zuführen könnten. Jedenfalls würde ich vorschlagen dies zu versuchen. Geschieht dies aber nicht bald, so fürchte ich, daß Euer Wohlgeboren die Idee werden angeregt haben und daß ein anderer glücklicherer Concurrent die Früchte davon ziehen werde.

Sollten Euer Wohlgeboren in diesen meinen Andeutungen etwas gefunden haben, was der Sache förderlich sein könnte, so würde ich mich herzlich

13) Abgeordnete Breslaus bei der preußischen Nationalversammlung.

*freuen, so wie ich mich jedenfalls weiter für die Zeitschrift interessiren werde. Sollten Euer Wohlgeboren vielleicht in betreff einiger Sachen, die ich nur habe andeuten können, nähere Auskunft wünschen, so bin ich zu deren Ertheilung gern bereit, vielleicht daß ich zu dem behufs Berathung der Gemeinde-Ordnung in Breslau abzuhaltenden Provinzialcongreß im Namen der hiesigen städtischen Ressource dorthin komme, wo sich das Weitere mündlich besser und rascher besprechen läßt.*

*Euer Wohlgeboren ergebenster*

*F. Zettrach.*

---

### Nachtrag.

Nach Abschluß des Druckes erst weist mich ERNST DRAHN freundlichst auf seinen Aufsatz „Zur Vorgeschichte des Kommunistischen Manifestes und der Arbeiterinternationale“ (Die Neue Zeit. 37. Jahrg. II. S. 131 ff.) hin, wo ein dem „Neujahrs-Almanach“ ähnliches „Demokratisches Taschenbuch für das deutsche Volk“ (Leipzig 1847, Verlag E. O. Weller) bereits als Quellschrift verwertet ist. Da mir das Stück selbst zurzeit infolge der starren Abschließung des von Frankreich und Belgien besetzten Gebiets nicht zugänglich ist, wiederhole ich hier nur die für die Textgestaltung des „Almanachs“, sowie überhaupt für die bibliographischen Bestrebungen der Zeit wichtige Feststellung DRAHNS, daß unser „Wegweiser auf dem Gebiete der sozialdemokratischen Literatur Deutschlands“ einen Vorläufer im Anhang zum „Demokratischen Taschenbuch für 1848“ hat. Ein Vergleich beider Bibliographien und eine nähere Untersuchung über die Persönlichkeit des Verfassers (für das Taschenbuch nennt DRAHN a. a. O. STEPHAN BORN) muß unter den heutigen Verhältnissen der Forschung im freien Deutschland vorbehalten bleiben. Interessant ist auch die weitere Vermutung meines Gewährsmanns, daß GEORG ADLER 1885 seine eigenen Literaturangaben im Anhang der oben S. 208 erwähnten „Geschichte“ lediglich dem „Taschenbuch“ entnahm, so daß das Fehlen der später im „Almanach“ aufgezählten Schriften leicht zu erklären wäre.

---

## Literaturbericht.

WILHELM MAUTNER, Der Bolschewismus. Voraussetzungen, Geschichte, Theorie. Zugleich eine Untersuchung seines Verhältnisses zum Marxismus. Stuttgart, W. Kohlhammer, 1920, II. unveränd. Aufl. 1922. Gr. 8°. XXIV u. 368 S. Preis 4 Mk.

Diese überaus gründliche und kenntnisreiche Schrift, die bald nach ihrem ersten Erscheinen verdienftermaßen in zweiter Auflage herausgegeben werden mußte, unternimmt es, das Problem des Bolschewismus nach allen Seiten hin zu untersuchen. Zunächst werden seine Voraussetzungen dargestellt.

Die Grundlage wird in der russischen Seele erkannt, mit ihrer Gegensätzlichkeit, ihrer die ungeheure Weite des Landes spiegelnden Maßlosigkeit, ihrer Erlösungssehnsucht und ihrem von Urväterzeiten her eingepflanzten Gleichheitsideal, der Rolle der unverhältnismäßig kleinen Intelligenzschichte, den geistigen Druck des Zarismus und schließlich dem großen Krieg. Auf dieser allgemeinsten Grundlage erhebt sich als besondere Voraussetzung die russische Wirtschaft. Zunächst wird die Agrarfrage untersucht, deren Kern die eigentümliche Agrarverfassung des Mir und die aus der Auflösung desselben sich ergebenden Probleme bilden. Es wird gezeigt, wie an den Gegensatz von kommunistischen und individualistischen Vorstellungen, die den russischen Bauer beherrschen, die bolschewistische Agrargesetzgebung anknüpft. Daran schließt sich eine Darstellung der russischen Industrie vor der Revolution.

Der zweite Teil der M.schen Schrift ist der Geschichte des Bolschewismus gewidmet. In drei großen, sehr übersichtlich gegliederten Kapiteln werden die unorganisierte Streikbewegung und ihre Wirkung auf die Gesetzgebung, dann die Gewerkschaftsbewegung und schliesslich die politische Bewegung geschildert. Gerade diese Partie des angezeigten Buches ist überaus instruktiv. In gedrängtester Form werden alle wesentlichen Daten dieser hochbedeutsamen Entwicklung vorgeführt.

Der dritte Teil bringt dann die Theorie des Bolschewismus. In seinem Mittelpunkt steht eine eingehende Analyse der LENINSCHEN Schrift „Staat und Revolution“ und ihres Verhältnisses zur Lehre von MARX und ENGELS. Es wird anerkannt, daß LENIN die halb und halb in Vergessenheit geratene MARX-ENGELSSCHE Theorie vom Absterben des Staates wieder restituiert habe. Sehr wertvoll ist, daß M. den Zusammenhang der marxistischen Staatsauffassung mit der liberalen aufzeigt, indem er ein Zitat aus ADAM SMITH bringt, in welchem der Staat bloß als ein Schutzapparat für die Besitzenden charakterisiert wird, der überflüssig wird, sobald die Besitzunter-

schiede verschwinden. Es ist das im Wesentlichen auch die Anschauung von MARX und ENGELS, die behaupten, daß der Staat nur eine Maschine zur Erhaltung des Ausbeutungsverhältnisses sei und mit der Aufhebung des Klassengegensatzes verschwinden müsse.

Besonders hervorzuheben ist auch die M.sche Darstellung der Frage Demokratie oder Diktatur. Sehr lehrreich eine zusammenfassende Gegenüberstellung der Ansichten MARX-ENGELS, und LENINS.

Der II. Abschnitt des dritten Teils des M.schen Werkes beschäftigt sich mit der Anschauung des Bolschewismus nach seiner weiteren Literatur. In diesem Zusammenhange findet sich eine sehr wertvolle Darstellung des Rätegedankens und ein überaus interessanter Vergleich des Bolschewismus mit dem Syndikalismus und Anarchismus.

Den Beschluß bildet ein Kapitel über den Bolschewismus als „neue Heilslehre“ und eine Würdigung der Persönlichkeit LENINS. Gerade in diesen Ausführungen tritt einer der größten Vorzüge der Arbeit besonders deutlich hervor: ihre strenge Objektivität. Es wird dem Bolschewismus zugebilligt, daß er einen Idealzustand herbeizuführen die Absicht habe, aber es wird festgestellt, daß der Erfolg im Gegensatz zur Absicht steht. „Manches scheint Verhängnis, vieles eigene Schuld“. Das ist das Schlußurteil M.s, dem man zustimmen kann.

HANS KELSEN (Wien).

N. BUCHARIN, Theorie des historischen Materialismus. Gemeinverständliches Lehrbuch der marxistischen Soziologie. Hamburg 1922. Verlag der Kommunistischen Internationale. 8°. X u. 372 S.

Das neue Werk B.s stellt eine längst erwünschte systematische Zusammenfassung des historischen Materialismus vom marxistischen Standpunkt dar. Da im marxistischen Lager, seit ENGELS' Antidühring — mit Ausnahme des Büchleins von PLECHANOW — nichts Ähnliches versucht und die Zusammenfassung der Lehre den Gegnern des Marxismus, zumeist solchen, die ihn sehr oberflächlich verstanden, überlassen wurde, wäre B.s Versuch auch dann sympathisch zu begrüßen, wenn an seiner Methode und seinen Resultaten noch mehr ausgesetzt werden müßte, als es in diesen Zeilen geschehen muß. Denn es muß anerkannt werden, daß es B. gelungen ist, alle wichtigen Fragen des Marxismus in einheitlich-systematischen Zusammenhang zu bringen, der — im großen und ganzen — marxistisch ist; ferner, daß die Darstellung überall klar und leicht verständlich ist, so daß das Buch seine Bestimmung: ein Lehrbuch zu sein, gut zu erfüllen geeignet erscheint.

Diese Zielsetzung B.s, ein gemeinverständliches Lehrbuch zu schreiben, muß den Kritiker seinen Einzelresultaten gegenüber, besonders wenn sie sich auf etwas abseitsgelegene Gebiete beziehen, nachsichtig stimmen. Diese Zielsetzung, sowie die Schwierigkeit, in Rußland die nötige Literatur zu beschaffen, entschuldigt, daß B. bei der Behandlung von Kunst, Literatur und Philosophie fast durchweg aus zweiten Quellen schöpft und die Resultate der fortgeschrittensten Forschung zumeist unberücksichtigt läßt. Die Gefahr die hieraus entsteht, wird jedoch dadurch gesteigert, daß B. im Bestreben,



ein allgemein verständliches Lehrbuch zu schreiben, die Neigung hat, die Probleme selbst allzusehr zu vereinfachen. Seine Darstellung wird solcherart zwar sehr hell und durchsichtig, sie verwischt und verdeckt aber zugleich vielfach die Zusammenhänge, statt sie wirklich zu erläutern. Eine simplifizierende Darstellung aber, die nicht in der Vereinfachung der sachlich richtigen Problemstellungen und Resultate, sondern in der Vereinfachung von Problem und Resultat selbst beruht, kann niemals anerkannt werden. Um so weniger, als diese Vereinfachungstendenz sich bei B. nicht auf die entfernteren ideologischen Gebilde beschränkt, sondern auch in die zentraleren Fragen eindringt. So führt z. B. B. aus, eine wie genaue Parallelität zwischen der Hierarchie und den Herrschaftsverhältnissen in der ökonomischen Struktur der Produktion einerseits und derjenigen im Staate andererseits obwaltet (S. 168—170), und schließt mit der Bemerkung: „Wir sehen hier also, daß der Bau des staatlichen Apparates selber den ökonomischen Bau widerspiegelt, d. h. dieselben Klassen stehen an denselben Stellen“. Dies ist als Tendenz der Entwicklung zweifellos richtig. Es ist auch richtig, daß ein dauernder und scharfer Widerspruch zwischen beiden Hierarchien zu einer revolutionären Umwälzung zu führen pflegt. Der konkreten Geschichte gegenüber ist aber die Formulierung B.s allzu vereinfachend, schematisch. Denn es ist durchaus möglich, daß das ökonomische Kräftegleichgewicht zwischen den konkurrierenden Klassen zeitweilig einen Staatsapparat entstehen läßt, der von keiner der beiden Klassen wirklich beherrscht wird (wenn er auch zu mannigfachen Kompromissen mit ihnen gezwungen ist), der deshalb ihre Struktur keineswegs einfach widerspiegelt. Das gilt z. B. von der absoluten Monarchie in der beginnenden Neuzeit. Es ist ferner möglich, daß eine Klasse ökonomisch zur Herrschaft gelangt, ohne in der Lage zu sein, den Staatsapparat vollständig ihren Bedürfnissen anzupassen, ihm ihr Klassengepräge aufzudrücken. MEHRING hat für Deutschland überzeugend nachgewiesen, wie die Bourgeoisie aus Angst vor einer proletarischen Hilfe bei der bürgerlichen Revolution, ja selbst beim energischen Kampfe um bürgerliche Reformen gerade zur Zeit ihres stärksten ökonomischen Aufstiegs den Staatsapparat den Junkern überließ und ruhig zusah, daß in diesem die feudal-absolutistische Herrschaftsordnung bestehen blieb. Freilich kann ein Lehrbuch alle diese Fragen unmöglich in ihrer konkreten Breite behandeln. Daß aber selbst der Hinweis auf die Wichtigkeit solcher Abweichungen vom Schema fehlt, macht die Darstellung B.s doch etwas bedenklich. PLECHANOW und MEHRING haben in Einzeluntersuchungen oft gezeigt, wie popularisierende Darstellung mit wissenschaftlicher Gründlichkeit in der Problembehandlung vereinigt werden kann. B., der die recht zeitgemäße und wichtige Aufgabe der Zusammenfassung sämtlicher Probleme des Marxismus auf sich nimmt, fällt in mancher Hinsicht unter das von ihnen erreichte Niveau der Forschungshöhe herab.

Doch wir wollen uns nicht bei Einzelheiten aufhalten. Denn viel wichtiger als derartige Flüchtigkeiten und Entgleisungen ist, daß B. in einigen nicht unwesentlichen Punkten von der richtigen Tradition des historischen Materialismus abweicht, ohne hierbei sachlich recht zu behalten, ohne das bereits er-

reichte Niveau seiner besten Vorgänger zu übertreffen, ja selbst zu erreichen. (Es versteht sich von selbst, daß wir die auch in ihren Fehlern achtenswerte Leistung B.s stets an den besten Traditionen des Marxismus messen; gewöhnliche Vulgarisatoren kommen hier nicht einmal als Vergleichsobjekte in Betracht.) Diese Feststellung bezieht sich in erster Linie auf die einleitenden philosophischen Kapitel. B.s Einstellung kommt hier in eine recht bedenkliche Nähe zum bürgerlichen (nach MARX' Worten anschauenden) Materialismus. „Die Kritik, die — um von MARX und ENGELS gar nicht zu reden — z. B. MEHRING und PLECHANOW an dieser Lehre geübt haben, die scharfe Abgrenzung ihrer Unfähigkeit, den geschichtlichen Prozeß zu begreifen, von dem speziellen Zugeschnittensein des historischen, des dialektischen Materialismus auf die Geschichte scheint für B. gar nicht zu existieren. Es ist ja verständlich, daß nachdem von BERNSTEIN bis CUNOW alle „Idealisten“ den sachlichen Kern des Marxismus vollkommen ins Gegenteil gewendet haben, hier eine — letzten Endes gesunde — Reaktion eingetreten ist. Aber B. entfernt in seinen philosophischen Betrachtungen — stillschweigend, ohne sie selbst einer Widerlegung zu würdigen — sämtliche Elemente aus der marxistischen Methode, die aus der klassischen deutschen Philosophie stammen. Wohl wird HEGEL hier und da episodisch erwähnt; zu einer wesentlichen Auseinandersetzung der Differenz zwischen seiner Dialektik und der von MARX kommt es aber nirgends. Und sehr charakteristischerweise wird über FEUERBACH nur so viel gesagt, daß durch ihn „die Sache vorwärtskam“; „er übte einen Einfluß auf MARX und ENGELS aus, die die vollkommenste Theorie des Materialismus lieferten“. (S. 56.) Das Problem der Beziehung von FEUERBACHS Humanismus zur materialistischen Dialektik wird überhaupt nicht erörtert.

Diesen Punkt haben wir besonders hervorgehoben, weil sich hieraus die wesentlichsten Fehler der B.schen Auffassung des historischen Materialismus am leichtesten begreifen lassen. Die sehr stark dem bürgerlichen — naturwissenschaftlichen — Materialismus angenäherte Theorie B.s erhält dadurch den Typus einer „Science“ (nach dem französischen Wortgebrauch), und in ihrer konkreten Anwendung auf Gesellschaft und Geschichte verwischt sie deshalb zuweilen das Entscheidende der marxistischen Methode: sämtliche Phänomene der Ökonomie und der „Soziologie“ auf gesellschaftliche Beziehungen der Menschen zueinander zurückzuführen. Die Theorie erhält den Akzent einer falschen „Objektivität“: sie wird fetischistisch.

Dieser Rest von unaufgelöster Dinghaftigkeit, von falscher „Objektivität“ kommt am schärfsten zum Ausdruck in der Behandlung der Rolle der Technik in der gesellschaftlichen Entwicklung. B. mutet ihr eine Rolle zu, die ihr sachlich ganz bestimmt nicht zukommt; und er tut dies in einer Weise, die keineswegs dem Geist des dialektischen Materialismus entspricht. (Daß Zitate von MARX und ENGELS auffindbar sind, die auch in dieser Richtung ausgelegt werden können, versteht sich von selbst.) B. sagt: „Jedes gegebene System der gesellschaftlichen Technik bestimmt<sup>1)</sup> auch das

<sup>1)</sup> Von mir gesperrt.

System der Arbeitsverhältnisse zwischen den Menschen“. (S. 150.) S. 158 wird die Schwäche des Austausches, das Überwiegen der Naturalwirtschaft im Altertum als Folge der Schwäche der Technik bestimmt. S. 164 wird hervorgehoben: „Denn, wenn sich die Technik ändert, so ändert sich auch die Arbeitsteilung in der Gesellschaft“. S. 206 wird die Abhängigkeit „letzten Endes“ von der technischen Entwicklung der Gesellschaft, vom „Niveau der Produktivkräfte“ geradezu als „grundlegende Gesetzmäßigkeit“ ausgesprochen usw. Es ist einleuchtend, daß die zuletzt angeführte Identifizierung der Technik mit den Produktivkräften weder richtig noch marxistisch ist. Die Technik ist ein Teil, ein allerdings sehr wichtiges Moment der Produktivkräfte der Gesellschaft, sie ist aber weder einfach identisch mit ihnen, noch — wie dies aus den früher angeführten Sätzen B.s hervorzugehen scheint — das letzthin oder schlechthin entscheidende Moment der Umwandlung dieser Kräfte. Daß jeder Versuch, in einem anderen Prinzip als in der gesellschaftlichen Beziehung der Menschen zueinander im Produktionsprozeß (und demzufolge in Distribution, Konsumtion usw.), also in der richtig aufgefaßten ökonomischen Struktur der Gesellschaft die grundlegende Bestimmung der Gesellschaft mit ihrer Entwicklung zu erblicken, zu einem Fetischismus führt, erkennt B. selbst an. So kritisiert er z. B. die Auffassung CUNOWS, daß die Technik an Naturbedingungen gebunden sei, daß das Vorkommen von bestimmten Rohmaterialien über das Vorkommen einer bestimmten Technik entscheide (S. 132), ebenso scharf wie treffend, indem er nachweist, daß CUNOW Rohmaterialien mit Arbeitsgegenständen verwechselt, daß er vergißt, „daß die entsprechende Technik notwendig ist, damit Bäume, Erze, Fasern usw. die Rolle von Rohmaterialien spielen können . . . Der Einfluß der Natur im Sinne der Materialbeschaffung usw. ist selbst ein Produkt der Entwicklung der Technik“. (S. 132—33.) Muß aber diese richtige und kritische Einstellung nicht auch der Technik selbst gegenüber vollzogen werden? Ist die Annahme, daß die Entwicklung der Gesellschaft von der Entwicklung der Technik abhängt, nicht ebenso ein falscher „Naturalismus“ wie die Theorie CUNOWS, die freilich letzten Endes, wenn auch in etwas verfeinerter Form, auf die „Milieu“-theorien des 18. und 19. Jahrhunderts zurückgeht? Freilich begeht B. nicht den groben Fehler eines solchen „Naturalismus“, die Veränderung aus dem Bestehenden erklären zu wollen (S. 133); denn die Technik wandelt sich ja im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung. Er erklärt also — formal-logisch richtig — die Veränderung aus einem variablen Moment. Jedoch die verselbständigte Technik als Grundlage der Entwicklung macht aus dem groben Naturalismus bloß einen dynamisch verfeinerten. Denn die Technik ist, wenn sie nicht als Moment des jeweiligen Produktionssystems gefaßt wird, wenn ihre Entwicklung nicht aus der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte erklärt wird (statt diese zu erklären), genau so ein den Menschen transzendent gegenüberstehendes fetischistisches Prinzip wie die „Natur“, wie Klima, Milieu, Rohstoffe usw. Daß auf jeder bestimmten Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte die von diesen bestimmte Entwicklung der Technik auf die Produktivkräfte wieder Rückwirkungen ausübt, wird selbstredend niemand bezweifeln. B. betont dies in bezug auf alle

Ideologien (hier den wichtigen methodischen Anregungen des alten ENGELS folgend); es geht aber nicht an, es ist sachlich unrichtig und unmarxistisch, die Technik aus der Reihe der ideologischen Formen herauszunehmen und ihr der ökonomischen Struktur der Gesellschaft gegenüber ein selbständiges Dasein zuzusprechen.

Es ist sachlich unrichtig, denn sehr wichtige Richtungsänderungen der Technik, die, wenn auch vielleicht nicht unmittelbar, für die gesellschaftliche Entwicklung doch entscheidend geworden sind, werden hierdurch unerklärbar. So z. B. der Unterschied zwischen der Technik des Altertums und der des Mittelalters. Denn so primitiv auch die Technik des Mittelalters in ihren Resultaten gewesen sein mag, in wie mannigfachen Beziehungen sie einen Rückschritt gewissen technischen Leistungen des Altertums gegenüber bedeutet haben mag: das Prinzip der mittelalterlichen Technik bedeutet dennoch eine Weiterentwicklung: nämlich die Rationalisierung des Arbeitsvollzugs im Gegensatz zum Altertum, wo sich die Rationalisierung ausschließlich auf das Arbeitsergebnis gerichtet hat und der Vollzug selbst weniger durch technische Rationalität als „auf dem Auswege sozialer Gewalttat“ erreicht worden ist<sup>1)</sup>. Erst dadurch wurden aber die Grundlagen zur Möglichkeit einer modernen Technik niedergelegt, wie dies GOTTL an der Wassermühle, am Bergwerk, an den Feuerwaffen usw. einleuchtend demonstriert. Die Grundlage dieser entscheidenden Richtungsänderung der Technik ist aber die Veränderung der ökonomischen Struktur der Gesellschaft: die Veränderung der Arbeitsmöglichkeiten und der Arbeitsbedingungen. Die Unmöglichkeit für das Altertum, die soziale Basis seiner Produktionsorganisation, den Raubbau an einem unerschöpflichen Sklavenmaterial, aufrecht zu erhalten, war ganz gewiß eine wesentlich mitbestimmende Ursache des wirtschaftlichen Zusammenbruches, der Notwendigkeit einer neuen ökonomischen Organisation der Gesellschaft, deren Grundlagen gerade im Mittelalter geschaffen wurden. Daß z. B. das Nebeneinanderbestehen von Sklaven und freier Arbeit im Altertum die Entwicklung der Zünfte und damit die Entwicklung der modernen Stadt — wieder im Gegensatz zu Orient und Altertum — verhindert hat, hat MAX WEBER<sup>2)</sup> überzeugend nachgewiesen. Das Mittelalter begann seine ökonomische Organisation unter völlig entgegengesetzten gesellschaftlichen Bedingungen (Mangel an Arbeitskräften usw.), was dann die Richtungsänderung der Technik im wesentlichen verursacht hat. Wenn also B. (S. 153) ausführt: „Bei einer anderen Technik wäre die Sklavenarbeit unmöglich gewesen: die Sklaven ruinieren komplizierte Maschinen und die Sklavenarbeit zahlt sich nicht aus“, so stellt er den ursächlichen Zusammenhang auf den Kopf. Nicht die unvollkommene Entwicklung der Technik macht die Sklaverei möglich, sondern umgekehrt die Sklaverei als herrschende Arbeitsform macht eine Rationalisierung des Arbeitsprozesses und — dadurch

<sup>1)</sup> Vgl. GOTTL, *Wirtschaft und Technik. Grundriß der Sozialökonomik*. II, 236—239.

<sup>2)</sup> *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der Sozialökonomik* III, 584 bis 585.

vermittelt — die Entstehung einer rationellen Technik unmöglich. Die Modifikationen, die entstehen, wenn Sklaverei als — relativ isoliertes — Moment in einem wesentlich auf Lohnarbeit basierten Milieu im Weltmaßstabe betrachtet wird, gehören nicht hierher<sup>1)</sup>.

Noch klarer erscheint das Verkehrte dieses Zusammenhanges, wenn wir den Übergang von der mittelalterlichen Produktion zum modernen Kapitalismus ins Auge fassen. MARX betont ausdrücklich, daß der Übergang vom zunftmäßigen Handwerk zur Manufaktur keine Umwälzung der Technik bedeutet hat: „Mit Bezug auf die Produktionsweise selbst unterscheidet sich z. B. die Manufaktur in ihren Anfängen kaum anders von der zünftigen Handwerksindustrie als durch die größere Zahl der gleichzeitig von demselben Kapital beschäftigten Arbeiter. Die Werkstatt des Zunftmeisters ist nur erweitert. Der Unterschied ist also zunächst bloß quantitativ.“ (Kapital, Ausgabe 1919, I. 286.) Der Umschlag in Qualität erfolgt dadurch, daß hierbei die kapitalistische Arbeitsteilung, die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse im Betrieb, die sozialen Bedingungen eines Massenkonsums (Auflösung der Naturalwirtschaft) usw. geschaffen werden. Erst dann sind die sozialen Voraussetzungen für die moderne Maschinenteknik gegeben; sie entsteht als Frucht eines jahrhundertelangen gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses; sie ist die Krönung und Vollendung, nicht aber die hervorbringende Ursache des modernen Kapitalismus. Sie tritt hervor, wenn ihre gesellschaftlichen Vorbedingungen geschaffen sind, wenn die primitiven Formen des Manufakturkapitalismus in dialektische Widersprüche geraten, d. h. wenn die „enge technische Basis“ der Manufaktur „auf einem gewissen Entwicklungsgrad mit den von ihr selbst geschaffenen Produktionsbedürfnissen in Widerspruch“ kommt. (Kapital I, 333.) Daß dann die technische Entwicklung die ökonomische außerordentlich beschleunigt, versteht sich von selbst. Aber die so entstehende Wechselwirkung hebt keinesfalls die sachliche, geschichtliche und methodische Priorität der Ökonomie vor der Technik auf. So führt z. B. MARX (III/1 53) aus: „Diese ganze Ökonomie, die aus der Konzentration der Produktionsmittel und ihrer massenhaften Anwendung entspringt . . . , entspringt daher ebenso gut aus dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, wie der Mehrwert aus der Mehrarbeit jedes einzelnen Arbeiters, für sich isoliert betrachtet.“

Wir sind bei dieser Frage ein wenig auf die Einzelheiten eingegangen. Es mußte geschehen wegen der methodischen Wichtigkeit dieser Frage. Und ihre Wichtigkeit beruht nicht nur darauf, daß hier von einem zentralen Problem des Marxismus die Rede ist, sondern auch darauf, daß B. gerade hier das Opfer seiner falschen methodischen Einstellung wurde. Wir haben früher auf seinen Versuch, aus der Dialektik eine „Science“ zu machen, hingewiesen. Diese Tendenz äußert sich wissenschafts-theoretisch darin, daß er den Marxismus als eine „allgemeine Soziologie“ aufgefaßt sehen möchte. (S. 7

<sup>1)</sup> Vgl. darüber die Bemerkungen von MARX (Elend der Philosophie S. 93—94) über die Sklaverei im Süden der Vereinigten Staaten, wobei aber das rein technische Moment ebenfalls nur ein Moment des gesellschaftlich-ökonomischen Gesamtprozesses bildet.

bis 8.) Hier gerät aber seine naturwissenschaftelnde Tendenz mit seinem — oft richtigen — dialektischen Instinkt in einen unlösbaren Widerspruch. ENGELS hat die Dialektik „auf die Wissenschaft von den allgemeinen Gesetzen der Bewegung sowohl der äußeren Welt als des menschlichen Denkens“ reduziert (FEUERBACH S. 38). Damit befindet sich die allgemeine Seite der Theorie B.s von der Soziologie als „Methode für die Geschichte“ im Einklang. Indem aber bei ihm — was notwendig aus seiner naturwissenschaftlichen Einstellung folgt — diese Soziologie nicht reine Methode bleibt, sondern sich zu einer eigenen, eine spezielle inhaltliche Erfüllung suchenden Wissenschaft entwickelt, gerät sie in Widerspruch zu dem geschichtlichen Wesen ihrer materiellen Grundlage. Denn die Dialektik kann auf eine spezielle inhaltliche Erfüllung verzichten: ist sie doch auf das Ganze des Geschichtsprozesses gerichtet, dessen individuelle, konkrete, sich niemals wiederholende Momente gerade in ihrer qualitativen Verschiedenheit voneinander, gerade in dem ununterbrochenen Wechsel ihrer gegenständlichen Struktur ihre dialektischen Wesenszüge offenbaren und dadurch als Totalität zum Erfüllungsgebiet der Dialektik werden. Dagegen muß eine „science“-artige allgemeine Soziologie auch eine eigene spezielle inhaltliche Erfüllung, eigene allgemeine Gesetzmäßigkeiten liefern, wenn sie sich nicht selbst aufheben, zur bloßen Erkenntnistheorie werden soll. B. schwankt hier ziemlich unentschieden hin und her. Einerseits sieht er klar ein, daß es eine Gesellschaft „überhaupt“ gar nicht gibt (S. 270); er vermag aber hieraus nicht die notwendigen Folgerungen zu ziehen, da die historische Variation für ihn theoretisch (die Anwendungen seiner Theorie sind oft viel besser als die Theorie selbst) nur eine „bestimmte historische Hülle“<sup>1)</sup>, eine „Uniform“ vorstellt (ebd.). Andererseits versucht er (S. 8) „Theorie“ und „Methode“ voneinander zu trennen und sie doch als eine einheitliche Wissenschaft zu behandeln — eine Aufgabe, die wegen der Unklarheit der Fragestellung von vornherein unlösbar sein muß. Und die von uns analysierte grundfalsche Theorie von der Priorität der Technik ist eben nichts anderes als die inhaltliche Erfüllung der von B. geforderten allgemeinen Soziologie: keine zufällige Entgleisung, sondern die notwendige Folge eines nicht bis ans Ende geklärten Ausgangspunktes.

Diese Unklarheit zeigt sich fast überall, wo der Gesetzesbegriff B.s in Funktion tritt. Zum Glück vergißt B. bei seinen konkreten Analysen oft seinen theoretischen Ausgangspunkt. So will er aus dem „Gleichgewicht“ und seinen Störungen innerhalb bestimmter Systeme allgemeine Gesetzestypen sowohl für die unorganische und organische Natur, wie für die Gesellschaft ableiten. (S. 73—81.) Hier wird HEGEL mit MARX in einer nicht allzu organischen Weise zusammengekoppelt. Jedoch obwohl B. theoretisch nur so viel zugibt, daß diese Zusammenhänge „am besten am Beispiel“<sup>1)</sup> „des kompliziertesten Systems, an der menschlichen Gesellschaft, ersichtlich“ werden, so vergißt er glücklicherweise bei der konkreten Analyse der Gesellschaft diese Theorie, so daß er oft — seiner Grundeinstellung zum Trotz — zu sehr interessanten Resultaten gelangt. Dazu kommt, daß die verschiedenen „orga-

<sup>1)</sup> Von mir gesperrt.

nischen“ etc. Theorien der Gesellschaft in ihm eine gesunde Abwehr hervorgerufen, die sich oft in treffenden kritischen Auseinandersetzungen äußert. (z. B. S. 81.)

In der Feststellung des Erkenntnisziels der Soziologie tritt aber diese naturwissenschaftliche Orientiertheit B.s ganz krass zutage. Er führt aus: „Aus all dem, was hier vorgebracht wurde, folgt, daß in den Gesellschaftswissenschaften, ebenso wie in den Naturwissenschaften<sup>1)</sup>, ein Voraussagen möglich ist. Wir können einstweilen den Zeitpunkt für den Eintritt dieser oder jener Entscheidung nicht voraussagen. . . . Dies kommt daher, weil wir noch nicht über solche Kenntnisse der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung verfügen, die sich in genauen Zahlen ausdrücken ließen. Wir kennen die Geschwindigkeit der sozialen Prozesse nicht, aber wir haben die Möglichkeit, deren Richtung zu kennen.“ (S. 44—45.) B. verkennt aber in seiner naturwissenschaftlichen Voreingenommenheit, daß zwischen der Erkenntnismöglichkeit der „zahlenmäßigen“ „Tatsachen“ und der der Richtungen oder Tendenzen nicht der subjektive Unterschied der Entwicklungsstufe unserer Erkenntnis liegt, sondern die objektive qualitative Differenz der Gegenstände selbst. Dies haben MARX und ENGELS stets klar erkannt. Ich will die klugen und methodisch sehr besonnenen Bemerkungen von ENGELS (in der Einleitung zu MARX' Klassenkämpfe in Frankreich, Berlin 1911, S. 8) über die methodische Unmöglichkeit, die unmittelbare Gegenwart zahlenmäßig exakt zu erfassen, bloß beiläufig erwähnen und weise nur darauf hin, daß MARX in der sachlich wie methodisch gleich grundlegenden Lehre von der Durchschnittsprofitrate zwischen einzelner zahlenmäßig fixierter „Tatsache“ und gesellschaftlichen Tendenzen des Gesamtprozesses eine scharfe methodische Scheidungslinie zieht. „Die beständig fluktuierende Marktrate des Zinses — führt er aus — ist in jedem Moment als fixe Größe gegeben, wie der Marktpreis der Waren . . . Dagegen existiert<sup>1)</sup> die allgemeine Profitrate beständig nur als Tendenz . . .“ (Kapital III/1. 851.) Und diese Auffassung der Tendenzen der Entwicklung, deren Tendenzcharakter also nicht bloß auf dem Mangel unserer Erkenntnis beruht, sondern im Wesen der Gegenständlichkeit des gesellschaftlichen Geschehens begründet ist, auf welcher Struktur wiederum die theoretische Möglichkeit des gesellschaftlichen Handelns, der die Wirklichkeit „unwälgenden Praxis“ fundiert ist, wird von keinem Geringeren als LENIN auf Schritt und Tritt wiederholt und hervorgehoben. So z. B. in seiner Kritik der Juniusbroschüre (Gegen den Strom, S. 419 f.), wo er in bezug auf die These: daß im Zeitalter des Imperialismus nationale Kriege unmöglich sind, das Unmarxistische einer solchen These scharf hervorhebt. Er betont, daß dies sehr unwahrscheinlich ist; aber eine Analyse der Entwicklungstendenzen kann niemals eine absolute Unmöglichkeit nachweisen. Dadurch wird das Problem der Erkennbarkeit des „Zeitpunktes“ von vornherein zur methodischen Unmöglichkeit gestempelt. Noch schärfer wird diese methodische Unmöglichkeit in seiner auf dem II. Kongreß der kommunistischen Internationale gehaltenen Rede über die

<sup>1)</sup> Von mir gesperrt.

internationale Lage betont: „Hier müssen wir vor allem zwei weit verbreitete Irrtümer erwähnen . . .; es gibt Revolutionäre, die zu beweisen versuchen, daß es keinen Ausweg aus der Lage gibt. Dies ist ein Fehler.\* Unbedingt aussichtslose Lagen gibt es nicht . . . Der Versuch, von vornherein die ‚unbedingte‘ Aussichtslosigkeit zu ‚beweisen‘, ist leere Kleinlichkeitskrämerei oder Spiel mit Begriffen und Worten.“ Einen wirklichen Beweis dieser oder jener Frage kann nur die Erfahrung, nur die Praxis bringen. (Protokoll des II. Kongresses d. kommunist. Internationale, Wien 1920, S. 43—44.)

Wir haben uns hier auf MARX, ENGELS und LENIN nicht als auf „Autoritäten“ berufen. Es sollte nur gezeigt werden, daß das Erkenntnisziel B.s von dem Weg der großen und fruchtbaren Traditionen des historischen Materialismus, der von MARX und ENGELS über MEHRING und PLECHANOW zu LENIN und ROSA LUXEMBURG führt, abbiegt. (Es ist, beiläufig bemerkt, sehr bedauerlich, wenn auch aus der methodischen Einstellung B.s heraus durchaus begreiflich, daß B. die grundlegenden ökonomischen Theorien ROSA LUXEMBURGS gar nicht berücksichtigt.) Denn eine sachliche, eingehende Diskussion dieses Erkenntniszieles selbst würde über den Rahmen einer Rezension hinausgreifen. Bei einer solchen Diskussion müßte gezeigt werden, daß die ganze philosophische Grundlegung der Theorie B.s auf dem Standpunkt des „anschauenden“ Materialismus verharret, daß er, statt die Naturwissenschaften und ihre Methode einer geschichtsmaterialistischen Kritik zu unterwerfen, d. h. sie als Produkte der kapitalistischen Entwicklung zu begreifen, ihre Methode unbesehen, unkritisch, unhistorisch und undialektisch auf die Erkenntnis der Gesellschaft anwendet. Eine solche Kritik aber, die in PLECHANOWS Arbeiten über HOLBACH, HELVETIUS und HEGEL gute Vorarbeiten besitzt, gehört nicht hierher. Hier sollten bloß jene Folgen der Einstellung B.s dargelegt werden, die geeignet sind, seine konkreten gesellschafts-wissenschaftlichen Ergebnisse zu trüben oder in falsche Richtungen zu lenken.

Auch die so beschränkte Kritik konnte nicht auf alle Einzelheiten eingehen. Sie mußte sich damit begnügen, die methodische Quelle dieser Irrtümer nachzuweisen. Daß das Buch B.s allen diesen Fehlern zum Trotz einen verdienstvollen Versuch vorstellt, die Ergebnisse des Marxismus systematisch und gemeinverständlich zusammenzufassen, ist bereits hervorgehoben worden. Es soll aber zum Schluß nochmals betont und zugleich der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß bei späteren Auflagen der angezeigten Schrift möglichst viele von deren Fehlern ausgemerzt werden und sie als Ganzes auf das Niveau ihrer — vielen — gelungenen Partien erhoben wird.

GEORG LUKÁCS (Wien).

KARL AUGUST WITTFOGEL, Die Wissenschaft der bürgerlichen Gesellschaft. Berlin, Malik Verlag, 1922. 8°. 96 S.

Wert und Verdienst dieses Buches liegen mehr im Aufwerfen von Problemen als in den positiven Lösungen, die es bietet. Der Versuch, den gegenwärtigen wissenschaftlichen Betrieb einer marxistischen Analyse und



Kritik zu unterwerfen, ist wichtig und aktuell; ebenso wichtig und aktuell ist der Versuch, von dieser Analyse aus die Wege aufzuzeigen, die Hierarchie und Organisation des wissenschaftlichen Lebens im Laufe der proletarischen Revolution — voraussichtlich — gehen werden. Es muß nun W. sogleich zugestanden werden, daß seinem Buche nicht nur dieses Verdienst der ersten Fragestellung zukommt, sondern daß er in vielen Einzelheiten mit richtiger und feiner Analyse das Wesentliche trifft. So ist z. B. seine Soziologie des Popularisierens in den verschiedenen Wissensgebieten richtig und wird auf die Klasseninteressen der Bourgeoisie richtig zurückgeführt. So hebt er treffend hervor, daß der Mangel an Hierarchie, an Gliederung und organisierter Zusammenfassung den bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb — besonders den der Geisteswissenschaften — nicht einmal zu der Höhe gelangen läßt, die vom Standpunkt der bürgerlichen Klasse möglich und erreichbar wäre usw.

Da es sich aber um den ersten Versuch einer derartigen Kritik und Zusammenfassung handelt, scheint es mir wesentlicher auf die methodischen Fehler und Unklarheiten von W.s Schrift hinzuweisen, um auf diese Weise eine fruchtbare Diskussion und eine Weiterentwicklung des von ihm Begonnenen einzuleiten. Der Grundmangel seines Buches scheint mir darin zu liegen, daß der Verf. seinen kritischen Standpunkt der bürgerlichen Wissenschaft und dem wissenschaftlichen Betrieb gegenüber nicht zu Ende denkt und zu Ende führt. So hebt er z. B. wiederholt hervor, der methodische Standpunkt von AVENARIUS und MACH sei der höchste Standpunkt der bürgerlichen Wissenschaft. Dies scheint mir vor allem recht zweifelhaft. Aber selbst wenn wir W. recht gäben, wäre für ihn die Aufgabe gestellt: die Beziehung dieses Standpunktes zu dem des Marxismus klar, einleuchtend und für seine Forschungen eindeutig festzulegen. Dies versäumt aber W. vollständig. Er arbeitet mit einem gänzlich unanalysierten Begriff des Marxismus. Kein Wunder, daß demzufolge seine Gegenüberstellungen oft als zu gekürzt, ja verzerrt erscheinen und die sehr wichtigen Komplikationen, die aus den oft höchst verwickelten ideologischen Problemen entstehen, verewaltigen müssen. Ich verweise nur als bezeichnendes Beispiel auf die Behandlung von DARWIN, der nur als „naturwissenschaftlicher Sozialdemokrat“ betrachtet wird, ohne daß seine Beziehungen zu der reaktionären Philosophie des Hochkapitalismus (Typus NIETZSCHE), die keineswegs zufällig sind, näher untersucht worden wären. Ebenso scheint W. — auf Grund der MACH-AVENARIUSSchen Theorien — stets als Ideal eine Art der geistigen Taylorisierung vorzuschweben, wobei die kapitalistische, klassenmäßige Bedingtheit dieser ganzen Einstellung und ihrer erkenntnistheoretischen Begründung ebenfalls außer Acht bleibt. Diese Bemerkungen führen mich zu meinem zentralen Einwand gegen W.s Buch zurück: W. steht der naturwissenschaftlichen Methode — soziologisch — unkritisch gegenüber. Wohl hebt er hervor, daß der Betrieb der Naturwissenschaften, ihre Forschungsinteressen, die Art ihrer Popularisierung etc. von den Interessen des Kapitalismus weitgehendst beeinflusst sind. Aber das soziologische Problem des Zusammenhangs zwischen naturwissenschaftlich = rationalisierender Methode und kapitalistischer Wirt-

schaftsentwicklung, das schon von bürgerlichen Forschern wie TÖNNIES scharf formuliert worden ist, berührt W. überhaupt nicht. Damit kommt aber etwas Schiefes und marxistisch-Inkonsequentes in seine ganze Einstellung. Für den Marxisten, als geschichtlichen Dialektiker sind die Natur, sowie alle Formen ihrer theoretischen und praktischen Bewältigung, soziale Kategorien, und es geht nicht an, daß ein Marxist hier etwas Übergeschichtliches, Übergesellschaftliches finden zu können meine.

Freilich setzt eine solche Auffassung eine tiefgreifende Analyse der ökonomischen Struktur der Gesellschaft und ihrer ideologischen Folgen voraus, als sie W. vornimmt. Sie darf nicht bei den — relativ — einfachen Analogien zu Großbetrieb und Kleinbetrieb, Akkumulation etc. stehen bleiben, sondern muß von den methodisch grundlegenden Kapiteln der marxistischen Lehre, vom Warenfetischismus ausgehend, die verschiedenen Wissenschaften auf ihre Struktur hin untersuchen, um von hier aus auf die klassenmäßig bedingte Soziologie ihrer Fragestellungen, ihrer Methode usw. zu stoßen. Erst dann könnten die typischen Probleme der modernen bürgerlichen Wissenschaft, ihr „Formalismus“, die spezifische Art ihrer „Arbeitsteilung“ (die Probleme der scharf abgegrenzten und höchstens eklektisch zusammengefaßten „Einzelwissenschaften“) usw. als konkrete, soziologische Probleme beleuchtet werden. Wie wenig W. dieser Problemstellung nahe kommt, zeigt z. B. die auffallende Tatsache, daß in seiner Analyse der einzelnen „Geisteswissenschaften“ die der Jurisprudenz vollständig fehlt (nur beiläufig spricht er von dem Klassencharakter der richterlichen Praxis). Obwohl gerade die Analyse der Entstehung des modern-juristischen Formalismus, der Staatstheorien, des Naturrechts usw. den besten Schlüssel zu einer soziologischen Betrachtung des „Formalismus“ und der „Spezialisierung“ als Wesenszeichen der bürgerlichen Wissenschaft bieten würde.

Diese allzu vereinfachte Fragestellung W.s verursacht weiter, daß in seiner Darstellung der ganze ideologische Apparat der Bourgeoisie als etwas Einheitliches erscheint. Und dabei wird einerseits nicht berücksichtigt, daß die — objektiv klassenmäßig — uneinheitliche Beschaffenheit der modernen herrschenden Schichten sehr oft eine tiefgehende und richtige Kritik der bürgerlichen Gesellschaft hervorbringt. (Ich verweise bloß auf SISMONDIS Stellung in der Geschichte der Nationalökonomie.) Andererseits, daß der Antagonismus der kapitalistischen Produktionsordnung, der sich selbstredend in allen ihren ideologischen Äußerungen widerspiegelt, die bürgerliche Wissenschaft sehr oft zu einer klaren Feststellung von Tatbeständen zwingt (RICARDO), ja sie zuweilen über die Grenzen der bürgerlichen Methodologie hinaustreibt (HEGEL). Und zwar nicht bloß zu Beginn dieser Entwicklung. Wir können in der reaktionären Kritik des Naturrechts (BERGBOHM), in einzelnen geschichtlichen Darstellungen (DELBRÜCKS Kriegsgeschichte usw.) vielfach ähnliche — ihren Verfassern selbstredend unbewußt gebliebene — Tendenzen beobachten.

Doch wir wollen uns nicht allzusehr in Einzelheiten verlieren. Das Wesentliche an unseren Einwänden gegen W.s Buch wird ja dem Leser wohl bereits hinlänglich klar sein: der Mangel einer wirklich kritischen (wirklich historischen)

und darum wirklich konkreten Analyse des Phänomens, das behandelt werden soll. An diesem Punkt wird und muß seine Arbeit vielfach korrigiert werden. Dies hindert uns jedoch natürlich nicht daran, W.s Arbeit als einen sehr verdienstvollen Versuch, diese Fragen endlich als Probleme aufzuwerfen, freudig zu begrüßen und zugleich seinen einzelnen trefflichen Analysen und Feststellungen unsere warme Anerkennung auszusprechen.

GEORG LUKÁCS (Wien).

GEORG LUKÁCS, Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik. Berlin, Malikverlag 1928. Gr. 8°. 343 S.

Die Frage nach der Rolle der Dialektik im MARXschen System ist gleichbedeutend mit der Frage nach dem Verhältnis zwischen MARX und HEGEL<sup>1)</sup>. Eine einheitliche Auffassung in dieser Frage war im Lager des Marxismus nicht vorhanden. Die neu-marxistische M.-Literatur, stark beeinflußt von der neukantianistischen Richtung in der Philosophie, sah im Marxismus eine Einzelwissenschaft, die sich mit dem kausal-gesetzmäßigen Ablauf der Vorgänge in der Gesellschaft und Geschichte beschäftigt, die also in gar keinem inneren, sachlichen Zusammenhang mit „Weltanschauungsfragen“ steht. Diese Auffassung vom Marxismus, als einer „positiven Wissenschaft“, war um so mehr möglich, als der Neu-Kantianismus selbst aus der Philosophie, selbst aus dem KANTSchen System alle „Weltanschauungsfragen“ ausgemerzt, aus der Philosophie eine Einzelwissenschaft gemacht<sup>2)</sup> hat. Ein positivistisch gewendeter KANT und ein kantianisch umgedeuteter M. standen zueinander in einem Verhältnis, in dem eine jede Naturwissenschaft zu ihrer positivistischen Erkenntnistheorie steht. Nach einer solchen Auffassung, nach der die Aufgabe der Philosophie bloß in der Untersuchung der transzendentalen Voraussetzungen jeder Erkenntnis bestand, war es selbstverständlich, daß der M.-Interpret im M.schen „Materialismus“ eine persönliche Angelegenheit M.s zu sehen gezwungen war, der zwar in der gesellschaftlichen Kampfrolle des Materialismus des XVIII. Jahrhunderts seine historische Erklärung findet, im System selbst jedoch sachlich überhaupt nicht verankert ist. Seien also die Auffassungen über das Verhältnis M.-H. inhaltlich noch so verschieden: ihre gemeinsame Voraussetzung ist die Annahme, der Marxismus sei eine ebensolche Einzelwissenschaft wie jede andere. Dieser Gesichtspunkt war es, aus dem die Frage der Dialektik betrachtet und beantwortet wurde. Von ihm aus sah EDUARD BERNSTEIN in der Dialektik, als der H.schen Erbschaft des Marxismus, einen „Fallstrick“, eine die empirischen Tatsachen verfälschende, die Wertfreiheit der wissenschaftlichen Urteile zunichtemachende apriorische Begriffskonstruktion. Dies war der Standpunkt, der MAX ADLER zur Annahme führte, daß die Zerreißung der „mystischen Hülle“ der H.schen Dialektik in nichts anderem bestand, als in der Auseinanderhaltung und Unterscheidung der Dialektik als einer wissenschaftlichen Arbeitsmethode von den „realen

1) Die Namen MARX und HEGEL sind im folgenden in M. und H. abgekürzt.

Antagonismen“ der Geschichte. Und hierauf fußend durfte HEINRICH CUNOW umgekehrt sagen, daß die M.sche Dialektik bloß die Dialektik des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses „widerspiegelt“.

Auf Grund dieser Einstellung konnte das Wesen der H.schen Dialektik nicht einmal wahrgenommen werden: Denn die Voraussetzung dieser Dialektik bildet die Lehre von einem bestimmten Verhältnis des Seins zum Denken. Wird aber dieses Problem als ein „metaphysisches“ von vornherein abgelehnt oder aber so beantwortet, daß es ein Scheinproblem, ein „Mißverständnis von KANT“ sei (MAX ADLER folgt hier SCHOPENHAUER), denn auf Grund eines Verhältnisses zwischen Sein und Denken als des zu Erkennendem und des Erkennenden, kann das Problem in dieser Form nicht einmal auftauchen, so muß die Dialektik entweder eine phantastische Konstruktion oder aber ein Rätsel bleiben. Und wird das Problem dennoch behandelt, so müssen gewisse zentrale Probleme der Dialektik von vornherein ausgeschaltet, ihre einzelnen, auseinandergerissenen Elemente zusammenhangslos als rein äußerliche Bestimmungen des Denkens oder eines realen Vorganges behandelt werden. Tatsächlich wurde in der philosophischen Literatur des Sozialismus bei der Behandlung der Dialektik diese ihre zentrale Frage: das spezifische, dialektische Verhältnis des Seins zum Denken, nicht in den Mittelpunkt gestellt und dementsprechend der Unterschied zwischen H.scher und M.scher Dialektik nicht aus diesem Punkte einheitlich entwickelt.

Denn auch die älteren Marxisten, vor allem PLECHANOW und selbst ENGELS, behandelten die Frage nach dem Verhältnis zwischen Sein und Denken nicht in dialektischem, sondern im Sinne einer naturalistischen Metaphysik. Diese letztere führte dann allerdings zur Ablehnung der durch den Kritizismus durchgeführten Dualität zwischen Sein und Denken, aber diese Art der Einheit hatte mit der H.schen nur den Namen gemein. Betrachtet man die H.sche Dialektik oder den M.schen Materialismus vom Standpunkt einer naturalistischen Metaphysik, so gelangt man einerseits zu rein äußerlicher Beurteilung der H.schen Dialektik als einer „idealistischen“ und unterschiebt dem H.schen Begriff des „Geistes“ die Bedeutung, die dieses Wort im System der dogmatischen Metaphysik besitzt, und andererseits kommt man zu dem geradezu ungeheuerlichen Resultat, wie z. B. PLECHANOW, als er sogar den „Monismus“ HAECKELS, eines philosophischen Dilettanten, in denselben Topf des „Materialismus“ warf wie den Marxismus und die M.sche Form der Subjekt-Objekt-Identität auf den Satz HUXLEYS gründete: „daß die Grundlagen der Psychologie in der Physiologie des Nervensystems zu suchen sind“.

Bei ENGELS, PLECHANOW und ihren Nachfolgern geht diese H.sche Einbeziehung der Natur in den Bereich der Dialektik Hand in Hand mit völliger Ablehnung des H.schen Naturbegriffs und mit einer bei einem Dialektiker und Historiker geradezu unverständlichen Verherrlichung und Verabsolutierung der naturwissenschaftlichen Erkenntnis. Die Auffassung des dialektischen Materialismus als eines mit dem naturalistischen nahe verwandten oder sogar identischen verschloß zwar nicht alle Wege zum Verständnis der H.schen Dialektik und der Kritik derselben durch M.; im Gegenteil, die Hüter der H.schen

Tradition des Marxismus waren meist gerade jene „orthodoxen“ Marxisten, die den Marxismus philosophisch mit dem naturalistischen Materialismus verbanden: aber der Versuch, in Anlehnung an die Naturwissenschaften die Natur dialektisch zu machen, führte unvermeidlich zum umgekehrten Resultat. Die Dialektik wurde naturalisiert. Wohl waren die Folgen dieser Umdeutung zunächst rein philosophische und bezüglich der Entstellung des Wesens des Marxismus weniger gefährlich als die Umdeutungsversuche umgekehrter Art. Denn der Versuch, die Natur geschichtlich, d. h. dialektisch zu machen, läßt die geschichtliche Dialektik selbst im allgemeinen unberührt, während der Versuch, die Geschichte in den Bereich der Natur einzubeziehen, die dialektische Struktur der Geschichte selbst entstellen und das theoretische und praktische Verhalten der Menschen zu ihr verändern muß. Es ist also kein Zufall, daß sich die politisch-revolutionäre Orthodoxie des Marxismus zum dogmatischen „bürgerlichen“ Materialismus naiv-unbekümmert verhalten konnte, während sie im KANTIANISMUS, MACHISMUS usw. eine unmittelbare politische Gefahr witterte. Es ist kein Zufall, daß die Dialektik als theoretische Waffe doch von jenen Marxisten gebandhabt wurde, bei denen sie in ihrer philosophischen Bedeutung nur entstellt und äußerlich bewußt geworden ist, während diejenigen, die sich über den primitiven Materialismus kritisch erheben wähten, nicht nur philosophisch sondern auch in der politischen Theorie die Dialektik fallen lassen mußten. PLECHANOW z. B. hob zwei Bestimmungen der Dialektik als ihre am meisten charakteristischen Züge hervor: 1. die Entwicklung in Widersprüchen, 2. das dialektische Verhältnis zwischen Quantität und Qualität. Diese einzelnen Momente der Dialektik verstand er vorzüglich, aber er glaubte die Selbstbewußtseinslehre H.s, welche die einzelnen Momente der Dialektik zu einem organischen Ganzen verbindet, vernachlässigen und den ganzen Unterschied zwischen M. und H. darin erblicken zu dürfen, daß M. an Stelle des H.schen „Weltgeistes“ den Begriff der „Produktionsverhältnisse“ gesetzt hat. Er erkannte die Bedeutung der Auffassung H.s von der Wechselwirkung, wonach „die beiden Seiten desselben nicht als ein unmittelbar Gegebenes belassen, sondern als Momente eines Dritten, Höheren“ begriffen werden sollen. Allein dieses „Höhere“ wurde bei ihm zu einem neuen, vorangehenden Glied der Kausalreihe und infolge dieser Einstellung mußte er dem H.schen Verhältnis zwischen Weltgeist und Geschichte das Kausalverhältnis unterschieben. Infolge dieses Mißverstehens und Unverständnisses gegenüber H. wurde aus dem Marxismus philosophisch ein innerlich zusammenhangloses Nebeneinander der verschiedensten Elemente.

\* \* \*

Das angezeigte Buch von L. ist der erste systematische Versuch, das H.sche im Marxismus, die Dialektik philosophisch bewußt zu machen. Aber nicht nur als solchem kommt ihm große Bedeutung zu, sondern auch wegen der originellen Wendung, die L. der philosophischen Interpretation des Marxismus, der Interpretation der H.-Kritik von M. zu geben versteht. L.s Buch ist an Tiefe, Inhaltsreichtum, Fähigkeit zur Erprobung allgemeiner

scheinbar „rein“ philosophischer Sätze an konkreten Einzelproblemen denjenigen Werken weit überlegen, die bisher die philosophischen Grundlagen des Marxismus als Spezialproblem behandelt haben. Aber es ist überdies der erste Versuch historisch-materialistischer Behandlung der Geschichte der Philosophie (besonders im XVIII. und XIX. Jahrhundert) und auch in rein philosophischer Hinsicht die erste bedeutende Durchbrechung der als Nichts-als-Erkenntnistheorie erstarrten Philosophie. Von vornherein muß darauf verzichtet werden, sämtliche in ihm behandelte oder berührte Fragen erschöpfend zu besprechen. L. selbst formuliert einleitend seine Absicht dahin: die Frage der Dialektik von neuem zur Erörterung zu stellen. Ich begnüge mich daher mit der Wiedergabe seiner Gedankengänge im allgemeinen, um daran einige ebenfalls allgemeine kritische Bemerkungen zu knüpfen.

L.s zentrale Fragestellung lautet: kann die Dialektik anders als revolutionär sein? D. h. muß nicht als ihr innerstes Wesen die Einheit von Theorie und Praxis betrachtet werden und ist es kein Widerspruch zu ihren eigenen Voraussetzungen, wenn diese Einheit in ihr nicht durchgeführt wird? Mit diesem Maßstab mißt L. die H.sche Dialektik und zeigt ihre eigenen, inneren Widersprüche auf. Er betrachtet also die FEUERBACH-These M.s: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern“, als Wesen und Ausgangspunkt des Marxismus. Und zwar für die „Philosophie“ kommt es darauf an. Die Aufgabe, die Welt zu verändern, darf nicht so verstanden werden, wie etwa die Anwendung der Naturwissenschaften, die Technik, eine „Veränderung“ der Natur, eine „Herrschaft“ über sie bedeutet, sondern in der Theorie selbst, in ihrer Beziehung zu ihrem Gegenstand müssen die praktischen Momente gegeben sein. Denn die Technik, die „Praxis“ der Naturwissenschaften setzt gerade ein unveränderliches Gelten der Naturgesetze voraus, während die „Veränderung der Welt“ im Sinne von M. die Aufhebung der „auf der Bewußtlosigkeit der Beteiligten“ beruhenden „gesellschaftlichen Naturgesetze“ zu bedeuten hat. Das Bewußtsein vom Gesetze, die Erkenntnis des Gegenstandes muß also gleichbedeutend sein mit der Veränderung des Gegenstandes. Eine derartige Erkenntnis ist aber nur möglich, wenn zwischen Subjekt und Objekt der Erkenntnis keine unaufhebbare starre Fremdheit besteht, wenn der Gegenstand nicht nur als Objekt sondern ebensosehr als Subjekt gefaßt wird, wenn die Erkenntnis des Gegenstandes demnach eine Selbsterkenntnis des Subjekts, das Selbstbewußtsein des Gegenstandes bedeutet. Alle Bestimmungen der Dialektik: die Aufhebung der Starrheit der Begriffe, die These — Antithese — Synthese usw. bekommen nur dann ihren Sinn, wenn sie verstanden werden als Bestimmungen des Selbsterkenntnisprozesses des Gegenstandes. Dieser kann aber nur als Totalität verändert werden. Denn seine Veränderlichkeit und Veränderbarkeit bedeutet die Aufhebung der Selbständigkeit und der Isolierung seiner einzelnen Momente. Die Dialektik besteht gerade darin, daß sie die Selbständigkeit der einzelnen Momente als Schein enthüllt. Die wahre Wirklichkeit sind nicht die isolierten Tatsachen, sondern die Totalität. Die einzelnen „Tatsachen“ können nur in die Totalität aufgelöst und eingefügt verstanden werden. Welches ist aber das Gebiet, wo ein identisches Subjekt

— Objekt auffindbar ist? Diese Frage hat H. noch gar nicht aufgeworfen. Er hat die gesamte Welt von vornherein vom Standpunkt des Selbstbewußtwerdens betrachtet. In der M.-Interpretation von L. wird die Natur, als der Gegenstand, dessen Erkenntnis ihre eigene Selbsterkenntnis bedeuten könnte, von vornherein ausgeschaltet und die Gültigkeit der Dialektik auf die Geschichte, als die Geschichte des Menschen, beschränkt. (Gerade durch diese methodische Trennung der Geschichte von der Natur konnte L. der noch bei allen Marxisten vorherrschenden, noch durchaus anti-geschichtlichen, aufklärerischen Auffassung der Naturwissenschaften entgegen und in diesen selbst ein geschichtliches Produkt erblicken.) M.s großer Fortschritt gegenüber H. besteht darin, daß er das identische Subjekt — Objekt der Geschichte im Proletariat konkret aufgefunden hat. Er hat die Geschichte nicht wie H. als einen prinzipiell vollendeten Prozeß *post festum*, rein kontemplativ betrachtet, sondern im Kampf des Proletariats um die sozialistische Gesellschaft, in der dialektischen Auffassung der Gegenwart den Punkt gefunden, von dem aus die bisherige Geschichte als Geschichte, als sinnvolles, notwendiges Geschehen überhaupt erfaßt werden kann. Denn „die sogenannte historische Entwicklung beruht überhaupt darauf, daß die letzte Form die vergangenen als Stufen zu sich selbst betrachtet . . .“ (MARX.) Der Geschichtsprozeß als Totalität konnte nur erfaßt werden, wenn die Gegenwart die vergangene Geschichte als ihre eigene Vergangenheit zu begreifen imstande war. Die vergangenen Epochen konnten als Geschichte nur vom Standpunkt desjenigen Subjekts begriffen werden, das die Gegenwart, als Gegenstand, verändert. Nur durch Verneinung des H.schen Satzes, wonach die Eule der Minerva nur mit der anbrechenden Dämmerung ihren Flug beginnt und die Philosophie erst dort beginnt, wo eine Gestalt des Lebens alt geworden ist, konnte M. die Dialektik, die Einheit von Subjekt und Objekt, die Herrschaft des Geistes, als Einheit des Bewußtseins mit seinem Gegenstande, tatsächlich verwirklichen. L. faßt das M.sche Auf-die-Füße-stellen der H.schen Dialektik, als ihre Verwirklichung auf und das Wesen der M.schen H.-Kritik erblickt er im Satze: „. . . der absolute Geist, der die Geschichte macht“, kommt nur „nach Ablauf der Bewegung nachträglich zum Bewußtsein. Der Philosoph kommt also *post festum* . . . Der absolute Geist, als absoluter Geist, macht nur zum Schein die Geschichte.“ Der Geist ist nur Zuschauer, nicht Schöpfer des Prozesses. Dadurch, daß H. die Geschichte als vollendeten Prozeß nur nachträglich betrachtet, kann er eine wirkliche Einheit von Subjekt und Objekt, vom Denken und Sein nicht erreichen, er ist gezwungen, im Widerspruch mit sich selbst, anstatt „die Idee in der Wirklichkeit“, sie außerhalb der Wirklichkeit zu suchen. Die Struktur des Verhältnisses des Weltgeistes zu der wirklichen Geschichte als List der Vernunft muß ihm als ein übergeschichtliches, zeitloses „Gesetz“ erscheinen, während sie bei MARX nur die Struktur der Vergangenheit ausdrückt. Die H.sche Begriffsmythologie ist der Ausdruck der Tatsache, daß H. den Gegenstand, die Geschichte auch nur kontemplativ, d. h. äußerlich zu betrachten imstande war. Aus dieser Grundauffassung von L. über die M.sche Dialektik folgt bei ihm nicht nur der Gesichtspunkt, aus dem er die Problemstellungen der klassischen deutschen Philosophie und

ihren Zusammenhang mit dem Marxismus erklärt, sondern auch der ganze inhaltliche Aufbau des MARXschen Systems. Der Marxismus erscheint als die Lösung der Fragen und Widersprüche, um welche die klassische deutsche Philosophie vergeblich gerungen hat. Das Problem KANTS: die Erkenntnis des Gegenstandes als die „Erzeugung“ des Gegenstandes aufzufassen, mußte scheitern an der kontemplativen Struktur der Erkenntnis, für welche die zu erkennende Welt unaufhebbar eine „Gegebenheit“ bleiben mußte, d. h. vom Subjekt aus prinzipiell „unerzeugbar“. Das KANTSche Ding-an-sich, an das jede Erkenntnistheorie stoßen mußte, welche die kontemplative Erkenntnis der Welt als die einzige und natürliche ansah, bezeichnet die Schranke der Rationalisierbarkeit, der „Erzeugbarkeit“ der Welt der bloßen Faktizität. L. zeigt, wie die Fragestellungen des Kritizismus mit dem Warenfetischismus der kapitalistischen Gesellschaft zusammenhängen, wie die kapitalistische Herrschaft der ökonomischen Gesetze über den Menschen in der Philosophie zur Unbeantwortbarkeit der Frage der Genesis, der „Erzeugung“ des Gegenstandes führt. Die warenproduzierende Gesellschaft erzeugt selbst die vom Ganzen isolierten Tatsachen, deren Reflexionszusammenhang, Rationalität, gerade die Irrationalität des Ganzen voraussetzt. Für die klassische Philosophie waren also die Fragen der Genesis und der Totalität der Welt als von vornherein unlösbare Aufgaben aufgegeben. M. konnte auf diese Fragen darum antworten, weil „die dialektische Methode als Methode der Geschichte jener Klasse vorbehalten geblieben ist, die das identische Subjekt — Objekt, . . . von ihrem Lebensgrunde aus in sich selbst zu entdecken befähigt war: dem Proletariate.“ (S. 164.) Und der Marxismus ist von der „praktisch-kritischen Tätigkeit“ des Proletariats nicht zu trennen. Denn ebenso wie es das verdinglichte gesellschaftliche Sein der Bourgeoisie ist, das ihr verdinglichtes Bewußtsein bestimmt und ihr ihrer eigenen Wirklichkeit gegenüber ein rein kontemplatives Verhalten aufherrscht, (sowohl in ihrer Gesellschaftswissenschaft, als auch in der Naturwissenschaft und Philosophie), so ist es ebenfalls das gesellschaftliche Sein des Proletariats, das den Marxismus befähigt, über die bloße Faktizität der Gesellschaft, über die bloße Unmittelbarkeit des Kapitalismus hinauszugehen, den Boden der einzelwissenschaftlichen Forschung der die isolierten Teilgebiete beherrschenden Gesetze zu verlassen, die Gesellschaft in ihrer Geschichtlichkeit, also in ihrer Totalität zu begreifen. Der Marxismus als Klassenbewußtsein des Proletariats, als Einheit von Theorie und Praxis ist die Selbsterkenntnis der kapitalistischen Gesellschaft und als solche die erste Erkenntnis in der Geschichte, die kein „falsches Bewußtsein“, keine bloße Ideologie ist, die den Gegenstand zu „verändern“, zu „erzeugen“ imstande ist. Darum wendet sich L. scharf gegen die Versuche, den Marxismus zu vereinzeltwissenschaftlichen, zu versozioologisieren, darum schreibt er eine so große Bedeutung der marxistischen Erforschung der Urgesellschaft zu. Denn nur im Geiste des ENGELSSchen Bestrebens, zu zeigen, daß es schon einmal einen Gesellschaftszustand gab, in dem die „gesellschaftlichen Naturgesetze“ nicht gegolten haben, kann man sowohl den geschichtlichen Prozeß verfolgen, worin sich diese Gesetze allmählich durchgesetzt und im Kapitalismus ihre absolute Gültigkeit erlangt haben, als auch das „Reich der Frei-



heit“ als Aufhebung der Gültigkeit dieser Gesetze begreifen. Der historische Materialismus folgt also aus dem praktischen, auf die Veränderung des Gegenstandes eingestellten Charakter der M.schen Dialektik: es ist kein bloßes heuristisches Prinzip, mit dessen Hilfe die Tatsachen der Geschichte besser bearbeitet, rationalisiert werden können; er ist die Erkenntnis des archimedischen Punktes, der „Anatomie“ der bürgerlichen Gesellschaft, von wo aus einerseits ihre Totalität erfaßt und umgewälzt und andererseits die Geschichtlichkeit der Vergangenheit, die zu der Gegenwart führende Stufenartigkeit der vergangenen Epochen, also die Totalität des Geschichtsprozesses begriffen werden kann. Der ökonomische Gesichtspunkt des historischen Materialismus ist kein einzelwissenschaftlicher, sondern folgt notwendig aus der revolutionären, dialektischen Geschichtsphilosophie MARXENS, ist ein von der naturwüchsigen Unmittelbarkeit vergangener Epochen zu ihrer Totalität und Geschichtlichkeit vermittelnder Gesichtspunkt.

\*            \*            \*

Aber die das erstmal konkret durchgeführte marxistische Auffassung L.s, wonach die Dialektik M.s die Wirklichkeit und Wahrheit der H.schen Dialektik bedeutet, reproduziert auf höherer Stufe die Antinomien der H.schen Dialektik von neuem. Die „Kopernikanische Wendung“, die M. der Dialektik gegeben hat, besteht nach L. darin, daß er die Dialektik nicht post festum, außerhalb des Prozesses in die Geschichte hineininterpretiert, sondern inmitten derselben, auf Grund der revolutionären Wechselwirkung zwischen Subjekt und Objekt erkannt hat. Er hat in den Bereich der revolutionären Dialektik die Zukunft hineinbezogen, nicht als teleologische Zwecksetzung oder naturrechtliches Sollen, sondern als wirkende Wirklichkeit, die der Gegenwart bestimmend innewohnt. Die bloße Kontemplation der Geschichte gegenüber wurde damit aufgehoben und durch das Klassenbewußtwerden des Proletariats, als Selbsterkenntnis der kapitalistischen Gesellschaft, die objektive Möglichkeit der Veränderung des Gegenstandes gegeben.

Die konkrete Auffindung des Proletariats als identisches Subjekt — Objekt der Geschichte, die Feststellung: daß sein Klassenbewußtsein die erste wirkliche Selbsterkenntnis des Objekts darstellt, bedeutet aber auf der anderen Seite, daß die bisherige Geschichte kein identisches Subjekt — Objekt besessen hat. Die Struktur, die durch die „List der Vernunft“ ausgedrückt ist und die Transzendenz des Sinnes des Prozesses gegenüber den Absichten und dem Bewußtsein der Menschen bedeutet, drückt ja nichts anderes aus als diese Tatsache. Damit ist aber die struktive Veränderung der auf die Vergangenheit angewendeten Dialektik ausgesprochen. Wenn die Dialektik mit der revolutionären Dialektik restlos identisch wäre, so würde der M.sche Satz, womit er die bürgerliche Geschichtsauffassung charakterisierte: „Somit hat es eine Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr“ — in sein Gegenteil umschlagen: es gibt eine Geschichte, aber es hat keine gegeben. Die Geschichtserkenntnis des Proletariats, die auf Grund seiner revolutionären Dialektik in der Gegenwart erfolgt und möglich ist, besteht in der Erkenntnis der not-

wendig zur Gegenwart führenden Vergangenheit. Der Sinn dieser wird nur auf Grund der Selbstkritik jener offenbar. Für die Vergangenheit selbst bedeutet das aber eine unaufhebbare Transzendenz ihrer Geschichtlichkeit gegenüber ihrem Für-sich-Sein. Diese Transzendenz ist keine KANTISCHE, denn als solche würde sie einen unendlichen Prozeß voraussetzen, sie ist eine sozusagen dem Prozeß selbst innewohnende. Was ist das aber anderes als der H.sche Weltgeist? Das Subjekt-Korrelat einer sozusagen bloß „objektiven“ Dialektik, in der das identische Subjekt — Objekt der Geschichte noch nicht vorhanden ist, in der die Dualität zwischen Denken und Sein noch besteht. Die Setzung der List der Vernunft erfordert notwendigerweise die Setzung eines mit den empirischen Subjekten der Geschichte nicht identischen Subjektes, wobei das Wesen der Struktur seines Verhältnisses zur wirklichen Geschichte dasselbe ist, wie die Struktur des H.schen Verhältnisses zwischen Weltgeist und Geschichte. Damit ändert sich aber auch das Problem der Nachträglichkeit, des Post-festum-Bewußtseins. M. und mit ihm L. werfen H. vor, daß bei ihm das Denken nur nachträglich erscheint, nur Zuschauer des Prozesses ist und, außerhalb der Geschichte, sich ihr gegenüber nur rein kontemplativ verhält. Mir scheint dieser Vorwurf H. gegenüber teilweise ungerecht, denn es wird ihm eine KANTISCHE Bedeutung der Kontemplation unterschoben. Die Kontemplation im KANTschen Sinn würde eine inmitten des Prozesses vor sich gehende bedeuten, wobei die Kontemplation — im Sinne L.s — nur die „Naturgesetzlichkeit“ des Prozesses, die Unerkennbarkeit seiner Totalität, seiner Richtung und Notwendigkeit bedeuten würde. Bei H. handelt es sich aber nicht um Kontemplation inmitten eines unbegreifbaren und unbegriffenen Prozesses, sondern um die Kontemplation über einen vollendeten Prozeß, dessen Sinn bereits sichtbar geworden ist. Diesen Gesichtspunkt der so aufgefaßten Nachträglichkeit muß auch der Marxismus beibehalten, er ist sogar die Voraussetzung seiner Geschichtsphilosophie. Das Wesen dieser letzteren ist die Erkenntnis des „Reiches der Notwendigkeit“ gegenüber dem „Reiche der Freiheit“, wobei die Erkenntnis des zu dem Freiheitsreiche dialektisch hinführenden Notwendigkeitsreiches nur auf Grund seines Beendet-seins, seines Abschlusses durch das Proletariat, durch den Kommunismus, möglich geworden ist. Der Marxismus ist das nachträgliche Bewußtsein einer methodisch bereits als vollendet gedachten Weltperiode.

Dieses spezifische Problem der Vergangenheit, die sich nur kontemplativ begreifen läßt (wobei es sich allerdings um die Kontemplation des Proletariats, des identischen Subjekt — Objekts der Gegenwart, handelt), welche sich einer endgültigen Beseitigung der Ding-an-Sich-Problematik entgegenstemmt, spürt L. selbst. Dem Aufsatz „Der Funktionswechsel des historischen Materialismus“ liegt dieses Problem zugrunde. Der „Funktionswechsel“, der mit dem Sieg des Proletariats eintritt, bedeutet die Aufhebung des Kampfcharakters des Marxismus, das Hervortreten seiner rein wissenschaftlichen Elemente, sein Zugewendet-sein der Vergangenheit. Und hier wird die Frage der Anwendbarkeit des historischen Materialismus laut. Denn als Selbsterkenntnis der kapitalistischen Gesellschaft muß er auf Gesellschaften, in denen der Warenfetischismus noch eine Erscheinung der gesellschaftlichen Oberfläche ist, welche

noch nicht oder noch nicht rein von den „gesellschaftlichen Naturgesetzen“ beherrscht waren, viel „vorsichtiger“ angewendet werden. Denn „in den vor-kapitalistischen Gesellschaften hat es jene Selbständigkeit, jenes Sich-selbst-als-Ziel-Setzen, jene In sichgeschlossenheit und Selbstherrlichkeit, jene Immanenz des wirtschaftlichen Lebens, wie es in der kapitalistischen Gesellschaft erreicht worden ist, noch nicht gegeben“. (S. 244.) Es handelt sich also um die Anwendung der Kategorien der Selbsterkenntnis des Kapitalismus, der Kategorien der vollendeten Vergesellschaftung auf noch nicht vergesellschaftete „Gesellschaften“, in denen noch die „Naturbeziehung“ vorherrscht. Was bedeutet diese Naturbeziehung? Soviel, daß die Selbständigkeit der einzelnen Teilgebiete der Gesellschaft, im Gegensatz zum fetischistischen Schein dieser Selbständigkeit im Kapitalismus, keine scheinbare, sondern eine „wirkliche“, in-sich-begründete ist. Daß also wieder im Gegensatz zum Kapitalismus die Kategorie der Totalität eine den „Naturbeziehungen“ äußerliche ist, daß die Auflösung dieser nicht-fetischistischen Dingbeziehungen im Prozeß der Geschichte nicht die wirkliche Erkenntnis ihrer Momentartigkeit bedeutet, sondern ihre Entstellung. Das Werden ist hier nicht die Wahrheit des Seins. Oder genauer: die Wahrheit des Seins als Werden, als Geschichte ist ein ihm selbst äußerliches Moment, die Kategorie der Wirklichkeit (der Totalität, der Geschichte) ist nicht die Vermittlung zur Existenz, sie führt nicht zu ihr, sondern führt von ihr weg. Das bedeutet nicht die Selbstaufhebung der Geschichte, sondern bloß das Wiederauftauchen des Ding-an-Sich-Problems in der Geschichte selbst. Es erscheint in der Gestalt des Widerstreites zwischen der „wahren“, originären und für das Subjekt der geschichtlichen Kontemplation „erscheinenden“ Wesensart vergangener Epochen. Es handelt sich nicht um „dieselbe“ Ding-an-sich-Struktur wie im Kritizismus, sondern um das notwendige Auftauchen einer kontemplativen Dialektik, die also auch bei H. keinen „Rückfall“ in den KANTIANISMUS bedeutet hat. Die dialektische Kontemplation kann man bloß formell mit der Kontemplation des Rationalismus gleichsetzen.

L. konnte diese Problematik darum nicht klar erblicken. Denn er sah sich gezwungen, die verschiedenen Totalitätskategorien einander gleichzusetzen, weil er nicht klar genug unterschieden hat zwischen dem identischen Subjekt — Objekt der Gesamtgeschichte und dem bloß der kapitalistischen Gesellschaft. Der Gegenstand als Totalität kann nur begriffen und umgewälzt werden durch ein Subjekt, das ebenfalls eine Totalität ist; und das ist in der kapitalistischen Gesellschaft das sich zur Klasse konstituierende Proletariat. Aber das Proletariat ist nur der Träger des einheitlichen Subjekts der Gesamtgeschichte, aber in seiner Unmittelbarkeit nicht dieses Subjekt selbst. Das i d e n t i s c h e Subjekt — Objekt der kapitalistischen Gesellschaft ist nicht gleichbedeutend mit dem „bloß“ als Korrelat gesetzten, konkret unauffindbaren, e i n h e i t l i c h e n Subjekt der Gesamtgeschichte. Das moderne um den Kommunismus kämpfende Proletariat ist kein Subjekt der Antike, der feudalen Gesellschaft. Es begreift diese Epochen als seine eigene Vergangenheit, als Stufen zu ihm selbst, aber es ist nicht ihr Subjekt. Das Proletariat als identisches Subjekt — Objekt einer bestimmten Geschichtsepoche, in der ein solches das erstmalig zustande

kam, muß von seinem spezifischen Standpunkt aus, um sich selbst begreifen zu können, ein einheitliches Subjekt der Gesamtgeschichte, das in ihm endlich mit seinem Objekte identisch wurde, in die Vergangenheit projizieren. L. selbst gibt das zu, indem er gegenüber FEUERBACHS mechanischem Humanismus einen dialektischen setzt: durch den in den Mittelpunkt der Geschichte der „nichtseiende Mensch“ gestellt wird. Denn der „seiende Mensch“ als Mittelpunkt der Geschichte bedeutet bloß die Reproduktion „der Unmenschlichkeit der Klassengesellschaft auf metaphysisch-religiöser Ebene, im Jenseits, in der Ewigkeit“. (S. 209.) Wenn der Mensch nicht dialektisch gefaßt wird, „so tritt der verabsolutierte Mensch einfach an die Stelle jener transzendenten Mächte, die er zu erklären, aufzulösen und methodisch zu ersetzen berufen wäre“. (S. 204.) Aber wenn zwei dasselbe sagen, so ist es doch nicht dasselbe. Das Proletariat, das durch seine eigene Unmenschlichkeit das Nicht-Sein des Menschen aller Klassengesellschaften begriffen hat, setzt doch irgendwelchen „seienden“ Menschen, d. h. irgendwelchen bloß negativ bestimmten Menschen vorans, zu dessen „Natur“ das Beherrscht-sein durch gesellschaftliche Naturgesetze nicht gehört, dessen Verwirklichung durch das Proletariat das Ziel des Geschichtsprozesses ist, der also als bloßes Subjekt-Korrelat dem Geschichtsprozeß als ihm transzendent innewohnend zugeordnet werden muß. Der „Mensch“, nicht der FEUERBACHSche, sondern der durch das Proletariat zu verwirklichende, ist ebenfalls Begriffsmythologie. Aber eine unvermeidliche Begriffsmythologie. Sie ergibt sich für den Standpunkt des Proletariats notwendig, weil dieses am Wendepunkt zweier Weltepochen steht und demnach sowohl die Zukunft als auch die Vergangenheit erblicken kann. Aber die Zukunft ist noch notwendig leer und die Vergangenheit trägt, gerade als Totalität, eine undurchdringbare Spur von Irrationalität an sich. Beides erzeugt die Begriffsmythologie, den Ausdruck „der Unfähigkeit, in den Gegenstand selbst einzudringen“. Aber diese Begriffsmythologie ist schon eine prinzipiell andere, wie die des bürgerlichen Rationalismus. Denn bei ihm handelte es sich um den gedanklichen Ausdruck der Unbegreifbarkeit der eigenen geschichtlichen Wirklichkeit, während jene nur auf Grund der Erkenntnis und Umwälzung derselben entsteht. Die Reproduktion der H.schen Antinomien der Dialektik weist nach vorwärts, nicht nach rückwärts. Die Verwandtschaft zwischen H. und M. ist noch größer, wie in der Einstellung von L.

JOSEF RÉVAI (Wien).

1. G. D. H. COLE, Chaos and Order in Industry. London, Methuen & Co. 1920. 285 S.
2. CARTER L. GOODRICH, The Frontier of Control. A Study in British Workshop Politics. London, G. Bell & Son, 1920. 277 S.
3. R. H. TAWNEY, The Acquisitive Society. Ebenda, 1921. 242 S.
4. WILLIAM MELLOR, Direct Action. London, Leonard Parsons, 1920. 156 S.

Seit der großen Wirtschaftskrise von 1911 steht die englische Arbeiterbewegung unter dem Eindruck des „Labour unrest“ und die englische sozia-

listische Literatur im Zeichen des Gildensozialismus. Was ARTHUR J. PENTHY 1906 in seiner Schrift *The Restoration of the Guildsystem*, ORAGE & HOBSON in ihren Artikeln in *The Fortnightly Review* und in *New Age* formulierten, das war die Ausdehnung des englischen Prinzips der lokalen Selbstverwaltung auf die Wirtschaft, in Anknüpfung an die traditionelle englische Auffassung von Staat und Demokratie, sowie an den Glauben, durch die Gewerkschaften in eine bessere Wirtschaft „hineinzuwachsen“. Diese ersten Ansätze zum Gildensozialismus hatten wenig Revolutionierendes an sich. Sie drangen nicht in die eigentliche Arbeiterbewegung ein, sondern blieben auf Diskussionszirkel von jüngeren Fabrikern und Arbeiterhochschulen beschränkt. Von 1911 an wurde es jedoch anders. Gewaltige Strikes erschütterten die englische Arbeiterbewegung, die Reallohne sanken, der Glaube an die friedliche Durchdringung der kapitalistischen Wirtschaft schwand, Zweifel an der Richtigkeit der hergebrachten Gewerkschaftstaktik und Organisation regten sich; und im Gefolge dieser Erschütterungen drang aus Frankreich und Amerika der Syndikalismus ein. Hauptsächlich durch die letzte Tatsache bekam der Gildensozialismus seine Tendenz, die Gewerkschaften von der Betriebsorganisation aus zu revolutionieren, sie in sich selbstverwaltende Industrieverbände umzugestalten und damit zugleich die Organisationen der Zukunftswirtschaft zu schaffen. Als C. 1913 sein *World of Labour* schrieb, konnte er schon anzeigen, wie eng die Bestrebungen des Gildensozialismus mit den praktischen Bedürfnissen und Zielen der englischen Arbeiterbewegung verwachsen sind. Der Krieg stellte dann die Gewerkschaften vor neue Probleme der praktischen Mitverwaltung der Wirtschaft und steigerte andererseits den Gegensatz zwischen der offiziellen Gewerkschaftspolitik und den Massen in den Betrieben, den „Rank and File“. 1915 wurde die *National Guild-League* gebildet, die in ihrer Zeitschrift und in ihren Flugblättern nicht nur die Ziele der Gildenbewegung verkündet, sondern auch in die aktuellen Fragen der englischen Arbeiterbewegung eingreift: in die Fragen der Berufs- oder Industrieverbände, in den Kampf der „Shop-stewards“, die Entscheidung über die „Whitley-Councils“ und die Fragen der Nationalisierung. Als nach Kriegsende die Nationalisierung der Kohle und der Eisenbahnen, sowie die Umgestaltung des Bauwesens hervortraten, da zeigte es sich, daß Arbeitervertreter von entscheidendem Gewicht, Männer wie der Bergarbeitersekretär FRANK HODGES oder die Arbeitermitglieder der Kohlenkommission und Führer der Eisenbahner und Postler überzeugte Gildensozialisten sind und daß die verschiedenen Nationalisierungsentwürfe nach dem Gildenschema aufgestellt werden. Hierzu kommt, daß die revolutionäre Strömung der ersten Nachkriegszeit sich auch in England zeigt. Die englischen Arbeiterorganisationen waren mit gesteigertem Selbstbewußtsein, mit neuen Aufgaben und neuem Gesichtskreis aus dem Krieg herausgekommen. Die Notwendigkeit, sich mit den bereits oben angedeuteten Problemen, sowie mit den weiteren des gewerkschaftlichen Dreibundes, der wachsenden Mitbestimmung der Arbeiter im Produktionsprozeß, der Einordnung der ungelerten Arbeiter, zu befassen, bringt Leben in das schwerfällig bürokratische Gefüge der alten englischen Gewerkschaften. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit lassen den Glauben an die „Klassenhar-

monie“ vor der Erkenntnis des „Klassenkampfes“ zurücktreten. Die russische Revolution, die mitteleuropäischen Sozialisierungsversuche drängen zur Beschäftigung mit der sozialistischen Wirtschaft und dem Weg zu deren Erköpfung. Der Gildensozialismus wird unter all diesen Einflüssen zu einem großen geschlossenen System der sozialen Revolution — das wie die meisten Systeme seine etwas differenzierten Ursprungsquellen nicht verleugnen kann, zwar viele wichtigen Fragen offen läßt, jedoch das Ziel und den Weg zu ihm klar herausarbeitet. Was gefordert wird, ist die Schaffung einer auf freier Selbstverwaltung der in den einzelnen Industrien Arbeitenden aufgebauten Wirtschaft durch Umgestaltung der Gewerkschaften — wobei vor allem der Klassenkampfcharakter dieser Forderung und die Notwendigkeit des revolutionären Geistes hervorgehoben wird. Diesen Höhepunkt hat der englische Gildensozialismus nach dem Kriege in den drei Hauptwerken COLES erreicht: „Selfgovernment in Industry“<sup>1)</sup>, „Social Theory“ und „Guild-Socialism“, von denen jedes einen Fortschritt in sozialistischer Erkenntnis und klarer Durchdenkung des Problems bedeutet.

Gegenwärtig ist es in der englischen Arbeiterbewegung etwas stiller geworden: die Wirtschaftskrise übt doch ihre zermürbende Wirkung. Die Nationalisierungsbestrebungen sind ins Stocken geraten, der gewerkschaftliche Dreibund ist durch das Versagen im Bergarbeiterstreik zerschlagen worden, von den Shop-stewards hört man wenig, um so mehr aber von erbitterten Lohnkämpfen. Fast scheint es auch, als ob sich die ursprünglich so rasche Fortentwicklung des gildensozialistischen Systems etwas verlangsamt. Den grundlegenden Werken C.s sind eigentlich meist etwas eintönige Wiederholungen gefolgt. Unter den vielen und nicht immer gerade originellen Publikationen auf diesem Gebiet verdienen vier besondere Beachtung: teils weil sie untersuchen, was in der englischen Arbeiterbewegung an Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsbestrebungen tatsächlich vorhanden und aussichtsreich ist, teils weil sie die Gefahr der Rückbildung des Gildensozialismus in seine Ausgangsideologien klarmachen.

Es ist C.s Verdienst, nicht nur die besten theoretischen Bücher über den Gildensozialismus geschrieben, sondern auch am gründlichsten dessen Triebkräfte und Realisierungsmöglichkeiten in der englischen Arbeiterbewegung selbst geschildert zu haben. In „Chaos and Order in Industry“ will er der starken „Labour-Unrest“ auf den Grund gehen. Er konstatiert in England wie auf der ganzen Welt die Anzeichen stets schärferen Klassenkampfes, sowie fortschreitende Erschütterung des Glaubens an die Notwendigkeit der kapitalistischen Wirtschaft und er weiß, daß das nur in die Aufhebung der heutigen Wirtschaftsorganisation münden kann. Solche Umwandlung erfordert zunächst die Ersetzung der heutigen Wirtschaftsantriebe durch neue. An Stelle des heutigen Profitstrebens einerseits und der Existenzfurcht

1) Deutsch u. d. T. Selbstverwaltung in der Industrie. Nach der neubearbeiteten V. Auflage übersetzt von R. THESING, mit einer Einleitung von RUDOLF HILFERDING. Berlin, Verlag von Hans Robert Engelmann, 1921. XIX u. 271 S.

andererseits müssen die Motive der gerne geleisteten, weil frei gewählten und selbstverwalteten Arbeit im Dienst der Allgemeinheit treten; an Stelle der unfreien Lohnarbeit die Arbeit in der sich selbst verwaltenden, nur durch die Bedürfnisse der anderen beschränkten Gilde, deren Grundzüge im Kapitel „The Guild solution“ auseinandergesetzt werden. Zugleich werden die Bestrebungen der Regierung, die Entwicklung während des Krieges wieder rückgängig zu machen und überall da, wo schon Ansätze zur öffentlichen Bewirtschaftung sich zeigten, die uneingeschränkte freie Wirtschaft wiederherzustellen, dargelegt. Das Hauptverdienst des Buches aber ist, für jeden einzelnen großen Wirtschaftszweig die Ansätze und die Wege zur Eroberung der Wirtschaftsverwaltung zu skizzieren. Hier bekommt man eine Ahnung von der Starrheit jedes Schemas gegenüber der Vielfältigkeit des Wirtschaftslebens. Wenn der Gildensozialismus den hier eingeschlagenen Weg, die verschiedenartigsten Ansätze in jedem Wirtschaftszweig aufzugreifen und im Sinne der Arbeiterkontrolle auszubauen, beibehält, wird er Erfolg haben. Da wird zunächst geschildert, warum beim Kohlenbergbau alle Vorbedingungen zur öffentlichen Verwaltung am ehesten gegeben sind, wie der Arbeiterschaft die Unzufriedenheit der Allgemeinheit mit der Unergiebigkeit der privaten Kohlenwirtschaft und wie ihr die Stärke ihrer einheitlichen Organisation zugute kam. Das Schema der Kohlennationalisierung, wie sie sich die Arbeiter vorstellen und wie sie die Kohlenkommission von 1919 bereits beschlossen hatte — der Aufbau auf territorialen Räten von Kohlenarbeitern, sowie technischen und Verwaltungsorganen mit einem Konsumentenbeirat — wird ebenso auseinandergesetzt wie die gleiche Erscheinung in allen Ländern: daß die Unternehmer erfolgreich um die Beibehaltung der bisherigen „besten“ Ordnung kämpfen, die Regierung durch Vertrustungen von der eigentlichen Nationalisierung abzulenken bemüht ist, die Bergarbeiter aber in den Gewerkschaften, in der Partei, in den Genossenschaften weiter um die Durchsetzung ihrer Forderungen kämpfen. Und C. weiß, daß diese Frage, einmal in voller Dringlichkeit gestellt, nicht mehr verstummen kann, sondern für sich allein dauernden Konfliktstoff im englischen Wirtschaftsleben bedeutet. Bei den Eisenbahnern muß wieder der Weg, wie C. nachweist, ein anderer sein. Die Eisenbahner müssen erst ihre drei bestehenden großen Gewerkschaften in eine Einheitsfront zur Erkämpfung der Arbeiterkontrolle bringen, um dann, etwa in der Art des amerikanischen Plumplans, einen Nationalisierungsentwurf mit starker regionaler Kontrolle auszuarbeiten. Inzwischen gibt es aber andere Wege zur Erreichung einer gewissen Mitverwaltung, so vor allem die Mitentscheidung der Arbeiterschaft bei Neueinstellungen, insbesondere derjenigen der verantwortlichen Leiter. Und hier kommt C. auf eine der wichtigsten Fragen der englischen Betriebsdemokratie zu sprechen: „Encroaching“ oder „Joint Control“? (wobei immer festzuhalten ist, daß „control“ nicht einfach mit Kontrolle zu übersetzen ist, sondern ein viel stärkeres Maß an Verwaltungstätigkeit in sich schließt). Die Whitleyräte und all die paritätischen Ausschüsse von Unternehmern und Arbeitern, deren Einsetzung auf dem Kontinent vielfach mit einem Jubel begrüßt wurde, als ob sie den Beginn einer Revolution im Land bedeute, lehnt C. als Verwaltungskörper entschieden ab. Sie

sind ihm bloß Instrument zu gelegentlicher Verhandlung mit dem Unternehmer, mit wirtschaftlicher Mitverwaltung aber haben sie gar nichts zu tun. Die bleibt dort, wo die ökonomische Macht ist. Sie dienen nur zur Irreführung über eine nicht vorhandene „industrielle Harmonie“. Was C. fordert, ist die „Encroaching Control“, d. h. die Politik der Arbeiter, welche bezweckt, dem Unternehmer Stück für Stück seiner tatsächlichen Funktionen innerhalb der Produktionssphäre zu entwinden und in ihren eigenen Organisationen zu überleiten, nicht mit ihm zu teilen. Der Weg dazu wird nun auch bei den anderen Industrien gezeigt. Da ist die Maschinenindustrie. Von einem Plan zentraler Erfassung ist bei ihr keine Rede. Stehen ja an hundert zersplitterte Gewerkschaften nebeneinander. Aber dafür walten andere Tendenzen: zur Schaffung eines einzigen großen Verbandes, der „Federation of Engineers“, zur Ausbildung der Shop-stewards-Bewegung, die im Krieg entstanden, zunächst die „Control“-Bewegung in die eigenen Gewerkschaften tragen soll. Und noch eine weitere bedeutungsvolle Bewegung ist hier am Werk. Der Krieg hat den Aufstieg der ungelerten, von den exklusiven Elitegewerkschaften bisher ferngehaltenen Arbeiter gezeitigt. Sie sind heute die Träger im Kampf um eine große Gewerkschaft, um die Klassenorganisation an Stelle der Standesorganisation. Hier ist also Ausbau der Betriebs- und Gewerkschaftsorganisation der nächste Weg, nicht die vorläufig aussichtslose Nationalisierung, während beim Schiffsbau, von den öffentlichen Docks ausgehend, wieder andere Möglichkeiten gegeben erscheinen. Bei beiden ist aber auch ein negativer Kampf zu führen: gegen Bestechungsversuche durch gemeinsame Kontrolle oder gar durch Gewinnbeteiligungen. — In der Textil-, namentlich in der Baumwollindustrie, liegen die Dinge noch komplizierter. Bedarf es doch hier zur Mitverwaltung nicht so sehr technischer als kommerzieller Fähigkeiten. Hier soll also die Arbeiterschaft zunächst die notwendigen Kenntnisse erwerben, ihre zersplitterten Gewerkschaften zusammenlegen und aktiver gestalten. Denn aktiverer Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen erzieht auch zum Kampf um die Wirtschaftskontrolle. Dagegen bietet das Bauwesen mit seiner besonderen Struktur (wenig fixes Kapital) ein ideales Gebiet für den Gildensozialisten. C. berichtet erst über den Plan von 1919, ein gemeinsam von Unternehmern und Arbeitern besichtigtes Bauparlament zu schaffen, und sodann anhangsweise über die inzwischen errichtete Baugilde in Manchester. Er sieht schon hier richtig voraus, was sich inzwischen in England und anderwärts bestätigt hat, daß diese vereinzelt Gilden auf die finanzielle Unterstützung der lokalen Körperschaften angewiesen sind. Schließlich weist er auch den Genossenschaften neue konstruktive Aufgaben zu. So wie sie in der sozialistischen Wirtschaft neben Nationalisierung, Kommunalisierung und Gildenbewegung ihren Platz bei der Verteilung der täglichen Bedarfsartikel werden haben müssen, so müssen sie auch heute in engerem Zusammenhang mit der übrigen Arbeiterbewegung, namentlich den Gewerkschaften arbeiten, den Staat zur Expropriierung von Händlern zu ihren Gunsten veranlassen und vor allem auch in ihren eigenen Betrieben neben die Konsumenten- die Arbeiterkontrolle setzen. — C. verweist noch darauf, daß das Industriekapital nicht nur von der



„Labour-Unrest“, sondern ebensowenig von der Macht des Finanzkapitals bedroht ist. Der Prozeß der Arbeiterkontrolle sei nicht aufzuhalten. Damit schwinde aber die Bereitwilligkeit des Finanzkapitals zur Finanzierung der Industrie. Auch das sei aber eine Tendenz, die den Übergang der Industrie in öffentliches Eigentum — bald die einzige Kreditbasis der Industrie — beschleunigen muß. Freilich muß damit die demokratische Kontrolle auch auf das Bankwesen ausgedehnt werden.

Zuletzt weist noch C. auf die Unentrinnbarkeit des Klassenkampfes hin, aber auch auf seine Komplizierungen und auf die Notwendigkeit, die für die Leitung der Industrie wichtigen Mittelschichten auf die Seite des Proletariats zu ziehen. Eine wichtige Ergänzung des Buches bildet schließlich der Abdruck des vollständigen Berichts der Gewerkschaftsvertreter auf der nationalen Industriekonferenz vom Februar 1919 über Ursachen und Abhilfe der Labour-Unrest und des Gesetzentwurfs über die Nationalisierung der Kohle.

Das Wertvolle an C.s Schrift ist, daß sie im Gegensatz zu anderen gildensozialistischen Publikationen nicht nur das Bild einer zu leicht schematischen und abstrakten Gildenswirtschaft entwirft, sondern in uns die reale Gildenbewegung selbst, die Bestrebungen nach Kontrolle und Mitbestimmung in der Arbeiterbewegung, in einem Wirtschaftszweig nach dem anderen lebendig werden läßt, wichtiges Material beibringt und vor allem von echt sozialistisch-revolutionärem Geist erfüllt ist.

Ähnlichen Zwecken wie C.s Untersuchung dient die von G. (2). Auch sie ruft nach „Control“ — ein allgemeines Schlagwort, solange es nicht inhaltlich präzisiert wird. Hat COLE den Gildensozialismus umschrieben und ihn konkret inhaltlich bestimmt, so führt uns G. in die praktische Gewerkschaftsbewegung und breitet nüchtern, kühl vor uns das Material zu deren Beurteilung aus — zum Unterschied von C., der manchmal die Tatsachen in die Richtung seiner Wünsche biegt.

G. prüft vor allem das Wesen der vielberufenen Kontrolle, wo ihre Grenzen liegen, wie viele Arbeiter sie überhaupt verlangen und bei welchen Arbeitergruppen sie auch wirklich nicht nur Nebenprodukt anderer Forderungen, sondern ein bewußtes klares Ziel ist. Er schildert, wie die Forderung der Arbeiterkontrolle, vom Syndikalismus, Marxismus und Gildensozialismus theoretisch gestellt, seit 1911 und namentlich im Krieg durch die Shop-steward-Bewegung und die Erweckung der „Rank and File“ zunächst zur Forderung der Kontrolle innerhalb der Gewerkschaft wurde. Das Interesse der Arbeiter an der Betriebsführung kann sich zunächst nur auf die Besserung ihrer Arbeitsbedingungen erstrecken. Die einschlägigen Bestrebungen sind vielleicht zuerst negativ. Der Arbeiter will vom Unternehmer weniger kontrolliert werden — und greift damit schon das Prinzip der Alleinverwaltung des Unternehmers an. Während nun C. vornehmlich die Selbstverwaltungsbestrebungen schildert, die bewußt und von klarem Willen getragen aufs Ganze gehen, erkennt G., daß solche bewußte Bestrebungen heute nur bei einer kleinen Minorität vorhanden sind. Was er schildert, sind daher die vielen unbewußten, die noch unklaren Bestrebungen,

die ausgehend von Lohn, von der Behandlung im Betrieb und von der Entlassung, allmählich in weitergehende, in Forderungen nach der Mitbestimmung umschlagen, bis sie sich zu bewußtem Kampf um die Wirtschaftskontrolle verdichten. Die Unternehmer wissen diesen Forderungen eine Grenze zu setzen. Was immer sie den Arbeitern zugestehen — in Fragen der Verwaltung und Disziplin wollen sie sich von ihnen nichts dreinreden lassen. G. zeigt nun, wie in jedem einzelnen Gebiet des Arbeitsvertrages die Mitbestimmungsforderung unabweislich entsteht und wie schwankend ihre Grenzen sind. Unterstützung bei Arbeitslosigkeit ist gewiß eine seit jeher geübte Gewerkschaftsfunktion. Aber sobald sich, wie etwa in der Bauindustrie, die Notwendigkeit herausstellt, den Arbeitsmarkt gleichermaßen von der Seite des Angebots wie der Nachfrage zu regeln, ist die tatsächliche Kontrolltätigkeit da. Oder die Fragen der Anstellung, der Entlassung, der Vorrückung! Erst hat die Gewerkschaft nur negativen Anteil zu nehmen. Sie wehrt sich gegen ungerechtfertigte Aufnahmen oder Entlassungen, bis sich auch hier das Gebiet darauf ausdehnt, die Arbeitsbedingungen festzusetzen, unter denen die Aufnahme, Entlassung oder Andersverwendung von Mitarbeitern stattfindet. Indem nicht nur die persönliche, sondern auch die technische Qualifikation der einzelnen beurteilt werden muß, dringen die Gewerkschaften in Fragen der Betriebstechnik ein. Ähnlich bei Disziplinierungen oder bei der Bestimmung von Werkmeistern. Und hier zeigt sich auch, daß die Kontrolle durchaus nicht immer auf friedlichem Wege zu erzielen ist, sondern daß um ihrer Durchsetzung willen vielfach Streiks durchgekämpft werden müssen. Am klarsten sieht man bei der Lohnfrage, wie die Gewerkschaften, ausgehend von der Mitbestimmung des Akkordlohns, in die Fragen der technischen Produktionsbedingungen eindringen müssen, um die Lohnbildung beurteilen zu können. Ist man aber einmal so weit, so ist man auch schon beim Einspruchsrecht der Gewerkschaften zum Schutz ihrer Mitglieder bei technischen Neuerungen, und andererseits bei ihrem Antrieb zur Einführung neuer technischer Methoden zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Es wird z. B. hingewiesen auf die intensive Schutztätigkeit der Bergarbeiter zum Zweck der Einführung technischer Verbesserungen, auf die Förderung von Erfindungen und technischen Entdeckungen und darauf, wie im Kampf um bessere Löhne und zur Abwehr von Arbeitslosigkeit die Gewerkschaften in Fragen des Absatzes und der Handelspolitik eingreifen, wie die Forderung nach voller Öffentlichkeit der Betriebsverwaltung, der Kostenberechnung und der Profite entstehen und — wie bei der Kohle — auch wirklich zur Erweckung der gesamten Öffentlichkeit dienen.

Prüft man dieses reiche Material, so gewinnt man wirklich den Eindruck, daß von hundert kleinen auf den verschiedensten Gebieten liegenden bescheidenen Ansätzen aus die Bewegung nach Mitbestimmung zwangsläufig entsteht und daß schließlich all die Strömungen in ein Becken münden — in den Kampf um die Mitverwaltung der Arbeiterschaft in der Wirtschaft. Erfreulich ist vor allem auch, daß G. nicht wie viele andere Beurteiler der ~~englischen~~ Entwicklung all diese Strömungen kritiklos hinnimmt. Auch ihm kommt es auf den „Geist“ der Kontrolle an. „Joint Control“ hält er z. B.

für völlig unwirksam dort, wo die Unternehmer die Führung haben, und nur dann für wesentlich, wenn die Initiative und Aktivität auf Seite der Arbeiter liegen. Hier übersieht eben G., was C. richtig erkennt, daß die gemeinsamen Ausschüsse notwendig unter den Einfluß der Unternehmervertreter geraten. Jedenfalls gelangt aber auch G. zu klarer Stellungnahme, indem er, im Gegensatz zu irgendeiner abhängigen, nur die unabhängige Arbeiterkontrolle als wesentlich gelten lassen will und indem er der konservativen Kontrolltätigkeit — wie sie etwa von alten aristokratischen Branchengewerkschaften geübt wird, mehr um ihre eingelebten Rechte zu verteidigen, als um neue Positionen zu erobern — die bewußte propagandistische jüngerer Gewerkschaften entgegenhält, die revolutionär ist, weil sie alte Vorurteile umstößt und neuen Boden erobert. G. prägt für sie den guten Ausdruck „Contagious Control“, weil sie wesensgemäß immer weitere Kreise zieht und sich immer neue Arbeiterschichten angliedert. Und konstatiert auch G., daß diese bewußte Kontrolle nur die Minderheit aller hier angeführten Fälle ausmacht, so schöpft man doch aus seinem Buch die Zuversicht, daß in der englischen Arbeiterbewegung nicht nur Mitbestimmungsströmungen lebendig sind, sondern in manchen ihrer geistigen Führer auch schon der klare Wille, sie auf bewußt sozialistische Bahnen zu lenken.

Die beiden bisher besprochenen Schriften haben uns den Gildensozialismus und die Forderung der Selbstverwaltung aus den Tageskämpfen der englischen Arbeiterbewegung selbst entstehen lassen; diejenigen von T. (3) und M. (4) hingegen lehren, wie schwankend noch der ideologische Überbau ist. Im Gildensozialismus sind so ausgesprochen syndikalistische, marxistische und konservativ-kastenhafte Elemente vereinigt, daß es den Anhängern der verschiedensten Weltauffassungen und politischen Richtungen möglich ist, ihn zu vertreten und ihn sich speziell anzupassen — ein Schicksal, das der Gildensozialismus mit dem Rätssystem teilt. So sehen wir ihn schon heute gleichermaßen als Beweis für das „Hineinwachsen“ und als Mittel des Umsturzes propagiert. Neben C., der ihm sicherlich viel von seinem revolutionären marxistischen Einschlag gegeben hat, steht der kleinbürgerliche T. und der Syndikalist M.

T. sieht das Grundübel der heutigen Wirtschaft darin, daß sie auf „Rechten“ statt auf Funktionen aufgebaut ist. Im Mittelpunkt steht das Recht auf Privateigentum. T. verwirft dieses keineswegs an sich. Im Gegenteil, er macht der sozialistischen Kritik ihre vollkommene Ablehnung des Privateigentums an Produktionsmitteln zum Vorwurf. Schädlich und daher zu beseitigen ist nach ihm nur das funktionslose, das passive, von der Arbeit getrennte Privateigentum. Das zur Führung der Wirtschaft oder des Haushaltes erforderliche jedoch, das Arbeitseigentum, will er auch in der neuen Gesellschaftsordnung, die nicht mehr „acquisitiv“, auf Erwerb, sondern auf Funktionen aufgebaut ist, aufrecht erhalten, ja sogar gefördert wissen. Die Tendenz wachsender Trennung zwischen Arbeit und Eigentum sieht T. wohl, aber ihm ist sie nicht wie dem Marxismus zwangsläufiger Natur, die auszunützen und auf die Spitze zu treiben ist, sondern er will sie rückgängig machen. Dies führt ihn zunächst zu schwächerer, schon im vormarxistischen

Sozialismus überholter Kritik des Kapitalismus, er anerkennt keinen Klassenkampf zwischen Arbeitern und Unternehmern, sondern nur zwischen schöpferisch Tätigen (denen er auch die Wissenschaftler und Bauern zuzählt) und jenen, die arbeitsloses Einkommen erzielen. Als Ausweg erscheint ihm die Anwendung des vom Gildensozialismus auf die wirtschaftliche Tätigkeit angewendeten Funktionsprinzips auf das Eigentum. Das funktionslose ist zu beseitigen, das Arbeitseigentum zu fördern; die Aktiengesellschaften haben zu verschwinden, der ländliche und städtische Kleinbetrieb ist zu begünstigen. Für T. ist eben die wirtschaftliche Entwicklung „falsch“ und wird daher zur Strafe rückgängig gemacht. Die Produzenten eines Wirtschaftszweiges schließen sich zu einer Körperschaft zusammen, für die T. nicht den Ausdruck Gilde wählt, der heute schon begrifflich mit Sozialismus verknüpft ist, sondern das zünftlerische Wort „Profession“. Kennzeichnend ist auch, daß ihm als praktisches Beispiel zwar die Versuche im Bauwesen, nicht jedoch etwa die Baugilde, sondern das Projekt von 1919 vorschwebt, wonach die Unternehmer beibehalten werden und für ihre Funktion einen entsprechenden Gehalt bekommen, das Kapitaleigentum mit einer Zinsrate abgefunden wird. Für die andern Industrien wird dieses Schema ihren besonderen Bedingungen entsprechend variiert.

Wertvoller ist, was T. über die Heranziehung der Konsumenten und die Notwendigkeit öffentlicher Wirtschaftsführung sagt. Über das konkrete Wirtschaften der einzelnen „professions“ macht er sich nicht viel Kopfzerbrechen. Er ist überzeugt, daß der Grundgedanke: nicht mehr für Geld, sondern für das allgemeine Wohl, nicht mehr auf Grund von Rechten, sondern auf Grund von Pflichten zu wirtschaften, als Anweisung zur Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung genügt. Auch die neuen Wirtschaftsansätze sind ihm ohne weiteres gegeben: nämlich nicht nur Organisations- und Solidaritätsgefühl der Arbeiter, auf das ja jeder Sozialist rechnen muß, sondern auch die wiedererweckten engeren Beziehungen zur Arbeit, der professionelle Stolz und das Selbstgefühl bei den Arbeitenden, der Qualifikationsnachweis bei den Führenden. Die mittelalterliche Wirtschaft ist damit glücklich wiederhergestellt und das Bild wird nur vervollständigt, wenn man am Schluß liest, daß die Gesellschaft nicht als Wirtschaftsmechanismus, sondern als große Willensgemeinschaft betrachtet werden muß, daß ihr Ziel ein religiöses ist und daß die berufenen Körperschaften zu dessen Propagierung die christlichen Kirchen sind. Damit ist eine Gildengesellschaft konstruiert, die zwar nicht mehr viel mit revolutionärem wissenschaftlichen Sozialismus, Wirtschaftsentwicklung und Arbeiterbewegung zu tun hat, um so mehr aber mit dem christlich-sozialistischen Gesellschafts- und Staatsideal.

Das Gegenstück zu T.s Konstruktion ist die M.sche. Sie stellt den syndikalistischen Einschlag im englischen Gildensozialismus dar. Dieser Syndikalismus hat jedoch unter dem Einfluß von der russischen Revolution und dem Bolschewismus her eine stark zentralistische, autoritäre Prägung bekommen. Zu M.s „Aufdeckung“ des heutigen Klassenkampfes ist zu sagen, daß in ihr wie bei vielen anderen unter den neueren englischen sozialistischen Veröffentlichungen eine in Wirklichkeit primitive, aber wie eine neue Offen-

barung hingestellte Schilderung der kapitalistischen Ordnung auffällt, die sich wohl nur so erklärt, daß erst die Revolutionierung der letzten Jahre in weitesten Kreisen der englischen Arbeiterbewegung Erkenntnisse gezeitigt hat, die in der deutschen Arbeiterbewegung bereits längst und seit dem Kommunistischen Manifest eingewurzelt sind.

M. sieht den Klassenkampf und besonders seine Verschärfung durch den Krieg; er will ihn erklären und zugleich die Notwendigkeit, ihn auf rein wirtschaftlichem Gebiet auszutragen; er will insbesondere untersuchen, wie weit direkte Aktion — namentlich Streik und Sabotage — als Kampfmittel anwendbar sind. Was früher nur als letztes Mittel im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen galt, das muß, meint M., den Gewerkschaften als Mittel dienen, um den Arbeitern die Führung im Produktionsprozeß zu erringen. M. setzt das nun mit mehr ehrlich revolutionärem Willen als mit politischer und wirtschaftlicher Sachkenntnis auseinander. Im übrigen folgen „Erkenntnisse“ wie: daß das Stimmrecht an sich noch keine wirtschaftliche Demokratie bedeute; daß die politische Aktion nur der Reflex der wirtschaftlichen sein kann; daß der Staat ein Instrument der herrschenden Klasse ist.

Interessant ist das stetig wiederkehrende Bestreben, die syndikalistischen Mittel mit bolschewistischer Auffassung in Einklang zu bringen. Neben dem Ausbau der Betriebsorganisation, der starken Hervorhebung der Shop-stewards-Bewegung, der Forderung nach Umgestaltung der Gewerkschaften von innen heraus wird gefordert: eine zentrale Kontrolle; die Errichtung eines mit aller Autorität ausgestatteten Zentralkommissariats aller Gewerkschaften, dem die Entscheidung über Streiks, Sympathieaktionen und dgl. zustehen soll; die Ersetzung der traditionellen Autonomie der Gewerkschaften durch ihre einheitliche Leitung. Als glückliche Anzeichen solcher Entwicklung begrüßt M. nicht nur alle Tendenzen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung der letzten Jahre, die auf Bildung eines Zentralkomitees hinauslaufen, sondern auch die wachsenden Solidaritätsbeweise der englischen Arbeiterschaft in der Frage der Kohlnationalisierung, im Kampf um den Frieden mit Rußland, in der Aktion gegen die Unterdrückung Irlands.

M.s Buch ist allerdings vor dem „Black Fryday“ geschrieben worden. Sein Wert besteht jedenfalls nicht so sehr in besonders gründlicher Erforschung der tatsächlichen Arbeiterbewegung oder in reichhaltigem neuen Material: es wirkt vielmehr hauptsächlich durch sozialistischen Geist und starken Glauben an den revolutionären Weg und an das sozialistische Endziel. Mit dem System des Gildensozialismus selbst freilich hat es nur noch die Forderung nach Produktionskontrolle und nach Umwandlung der Gewerkschaften gemeinsam.

Von den vier angezeigten Schriften ist jede in ihrer Art einseitig. Zusammen aber kennzeichnen sie den heutigen englischen Gildensozialismus besser als die vielen Werke, in denen er uns als fertig ausgearbeitetes System vorgeführt wird. Sie zeigen uns auf der einen Seite die englische Arbeiterbewegung mit ihrer Deutschen oft unverständlichen Vielfältigkeit und Kompliziertheit, aber auch mit ihren vielverheißenden neuen Strömungen; auf der

anderen Seite wieder, wie diese Strömungen auch ideologisch nach Ausdruck ringen, wie sich innerhalb eines spezifischen sozialistischen Systems die verschiedenartigsten Weltanschauungen treffen, denen allen aber doch der Glaube gemeinsam ist, daß die englische Arbeiterbewegung durch Umwandlung ihrer Organisationen, durch Einordnung ihrer täglichen Kleinkämpfe auf ein großes Ziel, durch Erweckung eines neuen Geistes, die Führung im Wirtschaftsleben erringen und damit die heutige Gesellschaftsordnung überwinden wird.

KÄTHE PICK-LEICHTER (Wien).

Letopisz Revoluzii. JU. MARTOW, Sapiski Sozialdemokrata. Kniga perwaja. (Annalen der Revolution. J. MARTOW, Memoiren eines Sozialdemokraten. I. Bndh). Berlin—Petersburg—Moskau, Verlag S. J. Grschebin, 1922, 412 S.

Der vorstehend genannte Verlag hat eine vom geschichtlichen Standpunkt höchst wichtige Arbeit unternommen: er beabsichtigt die Herausgabe einer Sammlung von Memoiren von Zeitgenossen und Teilnehmern an der großen russischen Revolution ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit und Weltanschauung. Die Schrift von JULIUS MARTOW bildet den ersten Band dieser Reihe, von der bereits außerdem die Memoiren von N. SUCHANOFF (3 Bände), ferner von dem Führer des sogenannten Zentrums der sozialistisch-revolutionären Partei W. TSCHERNOFF, und vom Vertreter der „linken“ Sozialisten-Revolutionäre S. MSTITSLAWSKY erschienen sind.

MARTOW-ZEDERBAUM, der bedeutendste unter den Publizisten und Parteiführern der zweiten, nachplechanowschen russischen marxistischen Generation, wurde im Jahr 1873 in Konstantinopel geboren, wo sein Vater Angestellter einer russischen Transportgesellschaft war. Er entstammt einer altjüdischen Schriftstellerfamilie: sein Großvater war der Begründer der ersten jüdischen Zeitungen in Rußland, sein Vater ist ebenfalls journalistisch tätig gewesen und sein Onkel, ADOLF ZEDERBAUM, ist als Übersetzer der Schriften von TURGENJEFF bekannt. Auf diese Weise, sagt M. selbst, ist ihm das Handwerk des Journalisten ins Blut übergegangen.

M. ist gegenwärtig der anerkannte Führer des linken, früher als „internationalistisch“ bezeichneten Flügels der russischen Sozialdemokratie, d. h. derjenigen Richtung der russischen Sozialdemokratie, die eigentlich allein in Westeuropa bekannt ist. Aber er ist noch mehr als Parteiführer und Literat: er ist der typische Vertreter einer ganzen Generation von marxistisch orientierten russischen Revolutionären und sein Werdegang ist charakteristisch für einen ganzen großen Abschnitt der russischen Arbeiterbewegung. Das erste Buch der angezeigten Memoiren ist gerade diesem Werdegang eines russischen Marxisten und zugleich dem Eindringen des Marxismus in die Reihen der russischen Intelligenz und der russischen Arbeiterschaft gewidmet.

Eines muß man daher bei seiner Lektüre festhalten: M.s Biographie ist die Biographie des russischen illegalen Marxismus vom Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts an. Man suche in ihr nicht nach persönlich-intimen Erlebnis. M.s Persönlichkeit ist von Jugend an so eng mit der Arbeiterbewegung

verwoben, daß sein Leben gänzlich in dieser aufgeht. Und doch ist das Buch persönlich im höchsten Maße, und es kennzeichnet es ein tiefer persönlicher Zug.

M.s erste große Kindereindrücke waren die Ermordung des Zaren ALEXANDER II und ein Judenpogrom in Odessa. M. selbst glaubt, daß diese Eindrücke einen entscheidenden Einfluß auf die Bildung seines Charakters gehabt haben. Dann kommen die Einflüsse des Milieus von Petersburg, wo M. seine Gymnasiastensjahre verbracht hat. Er beschreibt ganz ausführlich seinen revolutionären Werdegang, der ganz analog auch der von Hunderten seiner Intellektuellen gewesen ist. M.s revolutionäre Lehrlingszeit fällt in die Epoche nach dem großen Hungerjahre von 1891, die alle Schwächen und alle Unfähigkeit des Zarismus bloßgelegt hat. Sie war zugleich auch die Zeit des Erwachens der russischen Arbeiterklasse, der ersten großen Streiks und Arbeiterunruhen. Übrigens entwickelte sich M. mit 20 Jahren zum Marxisten nicht so sehr unter dem Einfluß dieser beginnenden Arbeiterbewegung, als unter der Einwirkung der Lektüre und der Diskussionen mit älteren Studienfreunden auf der Petersburger Universität. Daran schlossen sich die damals normalen weiteren Entwicklungsphasen: Verhaftung, Ausweisung, illegale Arbeit unter der jüdischen Arbeiterschaft in Wilna. Speziell von der „unterirdischen“ Arbeit der jüdischen Sozialdemokraten unter den Handwerkern vermittelt uns M. ein meisterhaftes Bild. Wir bekommen durch ihn einen Begriff davon, unter welchen Bedingungen die russische Sozialdemokratie in jenen Jahren ihre Propaganda treiben mußte, in der Zeit finsterster Reaktion, wo friedlichste, sozialistische Aufklärungsarbeit mit mehrjährigem Gefängnis oder mehrjähriger Verbannung nach Sibirien bedroht und bestraft wurde. Diese Verfolgungen von Seite der Regierung führten natürlich notwendig dazu, daß die Sozialisten, um ihrer Selbstverteidigung willen, eine weitverzweigte konspirative Organisation schufen, in der alle Regeln eines Geheimbundes strengster Observanz befolgt wurden: so z. B. war es strengstens verpönt, sogar in Gesprächen unter den Organisationsmitgliedern wirkliche Namen oder Adressen zu erwähnen usw. Hier in Wilna nahm auch die propagandistische Tätigkeit M.s, die nun schon fast 30 Jahre andauert und aus M. einen der hervorragendsten Vorkämpfer der russischen Sozialdemokratie gemacht hat, ihren Ausgang. Aus den Kreisen seiner damaligen Adepten sind in der Folge viele bedeutende Parteigenossen hervorgegangen.

Fast die Hälfte des vorliegenden Memoirenbandes ist durch die Geschichte der Anfänge der Petersburger Arbeiterbewegung ausgefüllt, die damals ihren Kristallisationspunkt im Sojus borjby sa osswoboschdenje rabotščawo klassa (Bund für die Befreiung der Arbeiterklasse) hatte, der auf marxistischem Boden stand und dessen nachmals berühmt gewordenen Namen M. geprägt hat. In die gleiche Zeit fällt auch die Bekanntschaft M.s mit dem um einige Jahre älteren ULJANOW-LENIN, der sich bereits publizistisch einen bedeutenden Namen gemacht hatte. Mit ihm und A. POTRESSOW zusammen hat dann einige Jahre später, im ersten Jahre unseres Jahrhunderts, M. nach seiner Rückkehr aus einer dreijährigen sibirischen Verbannung eine „Tripelallianz“ zur Propagierung der Ideen des orthodoxen Marxismus gebildet.

Es würde zu weit führen, wollten wir im Einzelnen auf den Inhalt des hochbedeutsamen Memoirenwerkes auch nur flüchtig eingehen. Das Angeführte genügt, um es als einen außerordentlich wertvollen Beitrag zur Geschichte des Werdens der russischen Arbeiterbewegung und zur Vorgeschichte der Revolution zu kennzeichnen. Als solchem kommt ihm mehr als bloß biographisches Interesse zu. Seine wenigstens auszugsweise Übersetzung ins Deutsche wäre daher sehr verdienstlich, insbesondere im Hinblick darauf, daß es an einer zusammenfassenden, entwicklungsgeschichtlichen Darstellung der russischen Arbeiterbewegung in deutscher Sprache vollständig fehlt.

JUDITH GRÜNFELD-BIENSTOCK (Berlin).

P. S. Inzwischen ist MARTOW am 4. IV. 28 verschieden. Mit ihm ist einer der Edelsten und Besten aus der russischen und aus der internationalen Arbeiterbewegung verschwunden. Sein Memoirenwerk bleibt somit unvollendet, was man im Interesse der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung aufs Höchste bedauern muß.

J. G.-B.

SLOBODAN JOVANOVIĆ, Svetozar Marković. II. Aufl. Belgrad, Verlag Géza Kohn 1920. 217 S.

SVETOZAR MARKOVIĆ, mit dem sich das vortreffliche Buch des hervorragenden serbischen Forschers J. beschäftigt, ist wohl die bedeutendste Gestalt in der Geschichte des serbischen Sozialismus. Er verdient aber auch deshalb eingehenderer Würdigung an dieser Stelle, weil die serbische Literatur dem Westen unmittelbar unzugänglich bleibt. M. war der erste Sozialist in Serbien, der seine Ideen nicht nur in einem kleinen Kreis von Menschen vortrug, sondern mit ihnen ganz Serbien aufrüttelte. Dabei hat er sie nicht etwa nur theoretisch verteidigt, sondern sie gleich ins Praktische umzusetzen getrachtet. Objektive Betrachtung wird feststellen müssen, das in M.s Gedankenreihen, wenig Originelles und wenig konsequent Durchdachtes zu finden ist. Unter allen Umständen aber nötigen der Fanatismus, mit dem sie vortragen wurden und der tiefinnerliche Glaube an die Möglichkeit ihrer unmittelbaren Realisierbarkeit Bewunderung ab. Zum vollen Verständnis der Persönlichkeit M.s und zur richtigen Beurteilung der Wirkung, die er erzielt hat, ist es jedoch nötig, den Einfluß aus der Umwelt kennen zu lernen, in der er lebte und wirkte.

Auf ausführlichere biographische Daten über M. braucht hier nicht eingegangen zu werden. M. besuchte die Hochschulen in Petrograd und Zürich etwa um die Mitte der 60er Jahre und fand dort günstige Gelegenheit, sich im sozialistischen Geiste auszubilden. Der Einfluß TSCHERNISCHEWSKYS auf ihn war nicht nur in seiner Jugend, sondern auch später ein absoluter. Er verstand und interpretierte alles vom Standpunkte dieses russischen Denkers. M.s Sozialismus war keine ökonomische Doktrin, sondern eine philosophische Anschauung vom Menschen und vom Leben. Für ihn war der Sozialismus eigentlich die Erziehung des Menschen vom Egoisten zum Alt-



ruisten, also ein Problem der Ethik und Pädagogik. Wenn er eine Parallele zwischen der Internationale und der russischen Bewegung der 60er Jahre zog, so fand er, daß diese vollkommener sei, denn sie umfasse nicht nur staatliche und ökonomische Interessen einer Klasse, sondern den Menschen als Individuum, sein Innenleben, sein Glück und das der ganzen Menschheit. MARX war für M. ein trockener Fachmann; er galt ihm nur insofern, als er TSCHERNISCHESKYS Ideen bestätigte, daß in der heutigen Privateigentums-gesellschaft die wenigsten Menschen die Bedingungen zu ihrer vollkommenen Entwicklung besitzen. Deshalb vergaß er ganz über der Schilderung des materiellen und moralischen Elends der englischen Arbeiterschaft MARXENS Mehrwerttheorie. Es sind auch alle seine Schriften der Geschichte des Sozialismus gewidmet und nicht der theoretischen Nationalökonomie mit einziger Ausnahme des Grundrisses der Nationalökonomie nach TSCHERNISCHESKYS Buch, das er einigermaßen ergänzte und das auf Grund von MARXENS Anschauungen. Im ganzen kann man von M. sagen, daß er viel gelesen, aber wenig selbständig gedacht hat. Er leugnete nicht MARXES Größe, behauptete aber, daß dessen Theorien nur für den Westen anwendbar seien. Glaubte er ja, es genüge, die Menschen zu überzeugen, daß die kollektivistische Produktion viel mehr in ihrem Interesse liege als jede andere, und sie würden freiwillig auf ihr Sondereigentum verzichten; und weiter, daß wenn der Westen vor dem Aufkommen des Kapitalismus von der Überlegenheit der kollektivistischen Produktion überzeugt gewesen wäre, es nicht erst all des Elends bedurft hätte, um die englische Arbeiterschaft nachträglich zu solcher Überzeugung zu bringen. Weil nun der Osten die Mißstände im Gefolge des Kapitalismus sehe, könne er von ihrer Vermeidbarkeit durch freiwilligen Übergang zum Gemeineigentum überzeugt werden. In jedem Volke gebe es eine Intelligenz, die von dieser wissenschaftlichen Wahrheit überzeugt und deren Pflicht es sei, auch die übrigen für sie zu gewinnen. Die sozialistische Gesellschaft war für M. eine solche, deren Mitglieder nach einem bestimmten wissenschaftlichen Prinzip handeln. Kurzum, M. gehörte zu den Utopisten. Er stand zeitlebens unter dem Einfluß der russischen Narodniki und obzwar er der Internationale angehörte und auf MARXENS Seite gegen BAKUNIN stand, so hielt er doch — ebenso wie HERZEN Rußland — Serbien, das ganz dem arbeitenden Volke angehöre, das noch in jüngster Zeit materiell furchtbar zu leiden gehabt hätte, reif für den Sozialismus.

Will man diese Anschauungen kritisch richtig würdigen können, so ist es vorerst nötig, ein Bild von den Zuständen Serbiens in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts zu gewinnen.

Durch den Hatischerif von 1830 war der serbische Bauer von der Unterordnung unter den Spahi frei und Eigentümer seines Bodens geworden. Vor der Befreiung von der Türkenherrschaft war das Land außerordentlich dünn bevölkert gewesen. Zählte es ja noch 1850 nicht mehr als 956 000 Einwohner! In der Türkenzeit vollzog sich die ländliche Produktion ganz allgemein im Rahmen der Hauskommunion, der Zadruga, die was sie benötigte, auch selbst erzeugte. Der Schwerpunkt hierbei lag fast zur Gänze in der Viehzucht, da für den Ackerbau die Lage der Bevölkerung zu unsicher war. Von gewerb-

licher Entwicklung war nur in geringem Maße die Rede und da auch nur in den fast ausschließlich von Türken bewohnten Städten. Erst nach der Vertreibung der Osmanen begann sich die ökonomische Struktur des Landes langsam zu ändern. Die Lage der großen Massen war und blieb dabei höchst traurig. Gewiß gab es nur wenige ohne jeglichen Bodenbesitz und noch 1863 waren 90 % der Bevölkerung mit Eigengrundbesitz ausgestattet. Nun aber mehrten sich stetig die Beziehungen zwischen dem flachen Lande und der Stadt; die Geldwirtschaft griff immer weiter aus, zum großen Teil infolge der Verwandlung der Natural- in Geldsteuern, die bereits in den letzten Jahren der Türkenherrschaft begonnen hatte; sie wirkte immer zersetzender auf das Gefüge der Zadruga und diese begann zu zerfallen. Hatten die Bauern bis dahin geborgen in der Autarkie der Zadruga gelebt, so wurden sie nun mit wachsender Intensität in den Wirbel der Verkehrs- und Geldwirtschaft einbezogen, die ihnen ganz fremd und ungewohnt war, deren Wirkungen auf ihr Wohl und Wehe sie nicht zu übersehen, gegen die sie sich nicht zu wehren vermochten. Zäh hielten sie an den überlieferten Sitten fest; nach wie vor feierten sie in ihrer althergebrachten Weise die Hochzeits-, Tauf- und Familienpatronatsfeste, sowie die Totenmähler. Was aber in der Zadruga möglich gewesen war, wurde nun für die Einzelfamilie zu sinnloser Verschwendung, die in Schulden und zum ökonomischen Untergang führte. Da die neue Entwicklung die Bevölkerung ohne jede Kreditinstitution traf, die diesen Verhältnissen angepaßt gewesen wäre, so entwickelte sich Wucher und vollzog sich rasch die Proletarisierung großer Schichten. Die Notlage wurde infolgedessen so groß, daß bereits im Jahre 1873 auf Antrag des Abgeordneten DIMITRIJE JOVANOVIČ das „Gesetz der 5 Tage“ erlassen werden mußte: fortan sollten Grundbesitzungen im Ausmaße von nicht mehr als 5 Tagewerken weder eingeschuldet noch in Exekution gezogen werden dürfen.

Nach der Befreiung war man langsam zum Ackerbau übergegangen. Aber die ganze landwirtschaftliche Produktion war sehr schwach gestellt. Erstens weil die Bevölkerung zu dünn war und zweitens infolge ihrer vollkommenen Unbildung. Fürst MILOŠCH erließ ein Gesetz, in dem er das Maß der Feldarbeit bestimmte, welches im Tage verrichtet werden mußte. Er begründete es damit, daß der serbische Bauer ziemlich sorglos und nicht besonders fleißig sei. Wenn wir uns noch daran erinnern, daß er Bauern zu 25 Stockschlägen verurteilte, weil sie das Heu nicht gehörig aufschoberten, so haben wir das beste Bild von der Primitivität Serbiens. Zu Knez MILOŠCH Zeiten gab es nur einen größeren Industriebetrieb im Lande, eine Druckerei, für die Arbeiter aus dem Ausland besorgt wurden, die gut bezahlt und im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung „Herrenleute“ waren. Später wurde noch aus militärischen Gründen eine Waffenfabrik in Kragujevac errichtet. Die Städte waren sehr schwach bevölkert. 1866 waren in ganz Serbien erst 75 verschiedene Gewerbe vertreten, die von 19800 Meistern und 14000 Lehrlingen ausgeübt wurden; aber auch von diesen nur hauptberuflich, während sie sich nebenberuflich mit Ackerbau befaßten. Wie früher in den Händen von Türken, so lag jetzt das Gewerbe größtenteils in den Händen von eingewanderten Deutschen, Tschechen und Magyaren. Daß die Verkehrsverhältnisse jeder

Beschreibung spotteten, bedarf kaum einer Erwähnung. Der ganze Großhandel galt als Monopol des Fürsten und der Kleinhandel als Staatsregal. Den Handel mit dem Auslande besorgte ausschließlich der Fürst mit seinen Ministern. Entsprechend dieser ökonomischen Lage gestaltete sich auch die politische. Fürst MILOSC regierte mit einem Rate, dessen Mitglieder er selbst auswählte. Die ganze Verwaltung konzentrierte er in seiner Kanzlei. Unter KARAGEORGEWITSCH kam es nur zweimal zur Zusammenberufung einer Volksvertretung. Das Volk konnte daher Mangels eines Parlaments und bei der strengen Pressezensur nirgends seine Klagen laut werden lassen. Die Jugend jedoch, die von westlichen Schulen zurückkehrte, sah diese Zurückgebliebenheit mit klaren Augen und aus ihrer Mitte wurde die Forderung laut nach geschriebenen Gesetzen, sowie nach einer Staatsverwaltung nach westlichem Muster. Nun ging man mit fieberhafter Hast, mit Hilfe österreichisch-serbischer Juristen, die die österreichischen Gesetze den Verhältnissen Serbiens anpaßten, zur Ausbildung eines Verwaltungskörpers über. Man muß aber dabei bemerken, daß damals in Serbien über 95% der Bevölkerung Analphabeten waren. Die ganze Aufmerksamkeit des Staates konzentrierte sich jetzt auf die Heranbildung der Bürokratie. Bald sah man ein, daß damit nicht viel getan war. Im Volke zeigte sich die bekannte Abneigung des Unkultivierten gegen eine Halbtelligenz, die nur die Gehälter bezog, aber ihre Pflichten vollkommen vernachlässigte. Besonders lebhaft machte sich die Notwendigkeit geltend, Kreditinstitute zu gründen. 1864 wurde ein Gesetz über die öffentlichen Straßen und Wege geschaffen und 1859 wurde die Freiheit des Handels und der Arbeit proklamiert. In demselben Maße, in dem die Volkswirtschaft sich entwickelte und die Zahl jener wuchs, die ihre Ausbildung im Westen genossen hatten und von dort voll liberaler Ideen heimkehrten, machte sich auch langsam ein lebhafteres politisches Interesse geltend, das je länger je schärfer zu einem Kampf um eine parlamentarische Regierung gegen den Absolutismus und die Beamtenoligarchie sich auswuchs.

Um jene Zeit kam M. nach Serbien.

Zum besseren Verständnis des folgenden sei nochmals betont, daß das serbische Volk damals noch durchaus ein Bauernvolk war. Nach der Volkszählung von 1866 gehörten der Landwirtschaft 90%, dem Handwerk 5,3%, dem Handel 1,5%, sonstigen Berufen 3,1% an. Die Bauern waren lauter Kleinbesitzer; die einstigen türkischen Großgrundbesitzer waren ganz verschwunden, ebenso war von einem Adel keine Rede. Diejenigen, die sich durch ihren Mut in den Freiheitskriegen besonders hervorgetan hatten, nahmen die Ehrenstellen im neu begründeten Staate ein: am meisten aber in den Freiheitskriegen hatten sich die beiden, um die Fürstenwürde kämpfenden, Familien OBRENOVITSCH und KARAGEORGEVITSCH ausgezeichnet.

Die Psyche des Volkes, dessen Existenz durch den Zerfall der Zadruga bedroht war, war ganz kleinbäuerlich bestimmt. Die Faktoren, auf welche diese psychische Verfassung zurückging, bestimmten auch M.s Psyche. Obwohl er den Westen und den modernen Sozialismus kennen gelernt hatte, schwankte er doch beständig zwischen zwei Extremen, die er zu vereinigen

suchte, nämlich zwischen dem Streben einerseits nach Erhaltung der patriarchalischen Formen des Bauernlebens, der Zadruga oder des Mir, und anderseits der Erkenntnis, von der Notwendigkeit der modernen Technik, die mit diesen primitiven Formen unvereinbar ist.

M.s Originalität bei seiner Rückkehr bestand weder darin, daß er dem serbischen Volke verkündete: es gebe eine soziale Frage, noch darin, daß er für sie das bürokratische System verantwortlich machte, sondern in der Forderung: es solle dieses System nicht allein abgebaut, sondern schlechthin vernichtet werden, und in der Aufstellung eines Programms zur Lösung der sozialen Frage. Er behauptete, daß nicht nur die Bauernschaft als Klasse ihrem Ruin entgegengehe, sondern daß das Volk als solches verelende. Er berief sich dabei auf einige statistische Daten, die aber nicht genügend überzeugend sind, erstens weil er nur 3 Jahre in Betracht zog, von denen zwei unfruchtbare waren, und zweitens weil man in Serbien damals von der Viehzucht allmählich zum Ackerbau überging und die Erscheinungen einer Übergangsperiode nie als maßgebend erachtet werden können. Überdies zog er auch nur Ackerbau und Viehzucht in Betracht.

Als Ursache der von ihm gerügten Übelstände führte M. das bürokratische System an. Was verstand er darunter? Bis auf ihn verstand man darunter das Regime bis 1842, unter dem die Beamtenschaft eine Herrenklasse gewesen war und allein im damaligen gesetzgebenden Körper, dem Räte, vertreten war. Dank dieser bevorzugten Stellung vergaß sie natürlich über ihren Interessen die der übrigen Klassen. Zugunsten der staatlichen Verwaltung vernachlässigte sie die ökonomische. Ihr Bestreben ging dahin, möglichst viel Beamtenstellen zu schaffen. Dem bürokratischen System in diesem Sinne konnte man die Forderung nach einer Volksvertretung und einer Vereinfachung der Administration entgegenstellen. M. jedoch verstand unter dem bürokratischen System die Institution der Bürokratie als solcher. Für ihn war diese eine unproduktive Klasse, eine Klasse von Ausbeutern, die in kürzester Zeit das ganze Volk proletarisieren werde. Da es ihm jedoch unmöglich war, zu behaupten, die Beamtenschaft in Serbien vertrete wie im Westen die Kapitalisten, die als ausschließliche Besitzer der Produktionsmittel in der Lage sind, die Arbeiter auszubeuten, so behauptete er, daß die Beamtenschaft zumindest den sozialen Verfall der Bauernschaft veranlaßt habe. M. räsonierte folgendermaßen: Die Beamtenschaft zog in ihrem Gehalt einen Teil des Volkseinkommens in Geld an sich und verursachte so die Ansammlung von Kapitalien in der Stadt. Da ihr die primitiven einheimischen Erzeugnisse nicht genügten und sie vielmehr eine Nachfrage nach ausländischen bildete, schuf sie die Klasse der Kaufleute, in deren Hände nun auch derjenige Teil des Volkseinkommens, den die Beamtengehälter darstellen, übergehe. Kurz, M. machte die Beamtenschaft, die er überhaupt für unnötig erachtete, wie wir noch sehen werden, für alle Folgen der Geldwirtschaft verantwortlich. Sie war ihm Ursache der Städtegründung; und es ist ja auch richtig, daß manche Städte aus administrativen Gründen gegründet wurden, aber die Mehrzahl war schon vor der Einführung der Bürokratie entstanden.

Als Ursache der Entwicklung des Handelskapitals klagte er den Luxus des Beamten an, was einigermaßen komisch klingt, wenn man die geringe Höhe der damaligen Gehälter in Betracht zieht. Die Vernachlässigung der einheimischen gewerblichen Produktion und damit die Verhinderung einer einheimischen Industrie schreibt M. ebenfalls auf das Kerbholz der Beamten-schaft, die lediglich Industrieimport und durch diesen das Aufkommen von Handelskapital statt eines industriellen anrege. Nun wurde der Bauer durch den Kaufmann ausgebeutet, d. h. durch die Geldwirtschaft — diese jedoch erschien M. als Resultat des bürokratischen Systems und daher indirekt dieses als Ursache der Zerstörung der Zadruga. Der Denkfehler hierbei ist leicht zu erkennen. M. hätte entweder beweisen müssen, daß das Volk infolge einer Hypertrophie an Beamten mit Steuern überlastet war, oder daß die Beamtenschaft infolge ihrer moralischen Minderwertigkeit ihre Pflichten vernachlässigte und so den Volkswohlstand schädigte. Aus keinem dieser beiden Fälle war jedoch die Aufhebung der Beamtenschaft, die M. verlangte, zu folgern. Denn konsequenterweise hätte er zur Anschauung gelangen müssen, daß das serbische Volk, da der Staat ohne Beamten nicht möglich ist, von dem Moment an seinem Untergange entgegengehe, seitdem es versuchte, seinen eigenen Staat zu bilden.

Was nun schlug M. nach solcher Darstellung und Kritik der Ursachen der sozialen Mißstände in Serbien zu deren Behebung vor? Man hätte wohl einen Vorschlag erwarten dürfen, der den damaligen serbischen Verhältnissen entsprach. Allein M. war, wie schon einmal hervorgehoben wurde, wenig originell: er lehnte sich an TSCHERNISCHEWSKY an und empfahl als Panazee das Gemeindeeigentum. Er meinte, von der Zadruga zum Mir sei nur ein Schritt. Es durfte aber nicht übersehen werden, daß in Serbien außer an Wald- und Weideland kein Gemeindeeigentum existiert hat; der Boden ging gleich aus dem Stammeseigentum in Familieneigentum über. Nach dem Zerfall der Zadruga wurden auch Wald und Weide, die Gemeindeland waren, nach Belieben zerstückelt, ohne daß hiergegen eine rechtliche Schranke vorhanden gewesen wäre.

Mit dem Gemeindeeigentum zugleich befürwortete M. auch gemeinsame Produktion. Da er jedoch einsah, daß die serbischen Gemeinden für eine solche nicht nur zu wenig Kapital besaßen, sondern daß ihnen auch die erforderliche Intelligenz fehlte, so forderte er die Zusammenlegung mehrerer kleiner Gemeinden in je eine größere, einen „Kreis“, mit je 5000 steuerfähigen Köpfen. Ein solcher Kreis wäre dann imstande, landwirtschaftliche, gewerbliche und technisch-industrielle Schulen zu gründen. Das nötige Kapital sollten die Kreissparkassen beschaffen, die seiner Meinung nach überhaupt das beste waren, was die serbische Finanzverwaltung geschaffen hatte. Näheres über das innere Wesen der von ihm geplanten Organisation der gemeinsamen Produktion gab M. nicht an. Was an Vorteilen gemeinsamer Produktion in der Industrie angeführt wird, glaubte er ohne weiteres auch auf die Landwirtschaft anwenden zu können. In seiner Vorstellung existierten sich selbst genügende Einheiten: sowohl in landwirtschaftlicher als in industrieller Hinsicht.

Was übrigens gewerbliche Genossenschaften anlangte, so gründete M. deren einige, die aber, wie er selbst erzählt, in kürzester Zeit infolge des Mangels an Bildung und Ehrlichkeit untergingen.

Wie man sieht, klammerten sich M.'s Reformpläne einerseits zur Gänze an die Beibehaltung der alten Formen im Bauernleben, liefen also auf die Stützung des reaktionären Elements im Volke hinaus, während er andererseits wieder auf die Einführung der modernen Industrie hinarbeitete, welches Streben im alten kleinbäuerlichen Rahmen notwendig utopisch bleiben mußte.

Sein politisches Programm, das ihm aktueller erschien, arbeitete M. besser aus, aber es kennzeichnete sich durch gleich beständiges Schwanken wie das ökonomische. Nur müssen wir in ihm zweierlei unterscheiden: das Programm selbst und die taktischen Vorschläge zu dessen Verwirklichung. Als Weg zu dieser erschien M. die Kritik der liberalen Partei, die damals in Serbien das Staatsruder in ihren Händen hielt. Es ist daher nötig, einen Blick auf ihre Wirksamkeit zu werfen.

Wie schon einmal betont, verstand man in Serbien zu jener Zeit unter dem bürokratischen System die Stellung der Beamten als eines verfassungsmäßig privilegierten Standes und ihre Unverantwortlichkeit sowohl vor dem Volke, da die Presse strenger Zensur unterworfen war, als auch vor dem Fürsten, da sie nur auf gerichtlichem und nicht auch auf administrativem Wege aus dem Amt entfernt werden konnten. Erst das Jahr 1869 brachte Preßfreiheit, eine parlamentarische Volkvertretung und die Ministerverantwortlichkeit. Das war ein bedeutender Erfolg der liberalen Partei. Aber es darf auch nicht übersehen werden, daß der gesetzgebende Körper zwar auf eine breitere Basis gestellt wurde, dabei aber an Macht verlor. Der frühere Rat hatte z. B. das Recht der Gesetzesinitiative gehabt, dem Parlament fehlte sie; ohne vorausgegangene Beratung des Rates war eine nicht budgetierte Ausgabe ausgeschlossen, das Parlament dagegen war nur zur nachträglichen Indemnitätserteilung zuständig. Ebenso belies die liberale Partei die Gemeindeverwaltung nach wie vor ganz unter staatlicher Aufsicht, so daß die gewählten Gemeindevertretungen auch weiterhin staatlicher Genehmigung bedurften und die Regierung jederzeit die Gewählten ihres Amtes entheben durfte. Wie stellte sich nun M. zu all dem?

Er verlangte vor allem für das Parlament das Recht der Gesetzesinitiative und der Ministerwahl und wollte dem König bloß ein suspensives Veto zugestehen. M. wollte also aus dem Parlament einen Konvent machen. Hier beginnt jedoch sogleich ein innerer Widerspruch.

So sehr M. in seiner Kritik der liberalen Partei einer Mehrung der Macht des Parlaments das Wort spricht, so drückt er dennoch dasselbe in seinem positiven Programm zu einer bloß konsultativen Versammlung herunter. Das hängt damit zusammen, daß die liberale Partei nicht daran dachte, eine Reform der zentralen Verwaltung auch nur ins Auge zu fassen. Im Gegensatz zu ihr verneinte nun M. bei der Regelung des Verhältnisses zwischen Gemeinde und Staat vollkommen den letzteren. Wie er in ökonomischer Hinsicht die Gemeinde bzw. ihre Erweiterung, den „Kreis“ als Einheit kon-

struierte, so auch in administrativer. Auch die politische Verwaltung sollte auf dem „Kreis“ aufgebaut und zu diesem Zwecke das Staatsgebiet in 50 Kreise mit je beiläufig 5000 steuerfähigen Köpfen zerlegt werden. Den Kreis sollte ein Ausschuß von 50 Personen verwalten, die der Kreisversammlung und nicht der Zentralregierung verantwortlich sein sollten. Der Staat sollte nur noch in der Verbindung dieser freien Kreise bestehen, deren jedes einen Vertreter in der Zentralverwaltung hätte. Diese sollte jedoch nur das Recht haben, Gesetze ohne zwingende Gewalt, besser Rahmengesetze zu erlassen, da jede Gemeinde am besten zur Entscheidung darüber berufen wäre, ob diese Gesetze oder richtiger Ratschläge der Zentralgewalt in ihrem Vorteil lägen und ob sie sie befolgen solle oder nicht.

Interessant ist, daß M. zwar die Befreiung der Gemeinde vom Staate, der begrifflich den Zwang einschließt, anstrebt, über das Verhältnis des Kreises zur Gemeinde jedoch und ob auch diese frei sein soll, nichts sagt. Offenbar dachte er: in kleinen Gemeindegliederungen würden sich die Gemeindeglieder leicht besprechen und einigen können, da alle einander kennen und lieben würden.

Der Wesensgehalt dieser Reform wird uns klar, wenn wir bedenken, daß M.s ganzes Bestreben dahin ging, die Bürokratie als solche überflüssig zu machen. Daher eine solche Vereinfachung der Verwaltung, daß die Arbeit von den Bürgern in ihrer freien Zeit ehrenamtlich verrichtet werden könne. Ebendeshalb glaubte M. auch die Gemeinden auf einen einzigen ständigen Beamten, nämlich den Gemeindegliederschreiber, beschränken zu können. Dieses Ziel erklärt auch die Tatsache, daß M. gerade die Gerichtsorganisation am schärfsten kritisierte, denn gerade sie mit ihren unzähligen Paragraphen erachtete er als die eigentliche Personifizierung der Bürokratie. Konnte er sie auf diesem Feld als überflüssig erweisen, so schien ihm auch der Beweis für ihre Überflüssigkeit überhaupt erbracht. Auch bei dieser Beweisführung nahm M., der überhaupt schwach argumentierte, das zu Beweisende, nämlich ob die heutigen Gesetze ohne Fachausbildung allgemein verständlich seien, als selbstverständlich an und verneinte dann natürlich die Notwendigkeit einer besoldeten Beamtenschaft für eine Arbeit, die jedermann verrichten könne. Seine Gerichtsreform bestand darin, daß Geschworenengerichte nicht nur in Straf-, sondern auch in Zivilprozessen zuständig sein sollten und daß es in jedem Kreise nur einen von der Kreisversammlung gewählten Richter geben sollte. Das Urteil sollte mündlich verkündet und ohne jeden weiteren Rechtszug sofort vollstreckbar sein.

Man sieht: wie seine anderen so liefen auch diese Reformvorschläge M.s auf die Aufhebung der Bürokratie und damit des Staates hinaus. Die Befehlsgewalt der Staatsorgane erachtete eben M. als mit der sozialen Freiheit schlechthin unvereinbar. Seine sämtliche Reformvorschläge zielten auf eine Primitivierung des sozialen Lebens, dessen Zurückführung auf sich selbst genügende Gemeinde- oder Kreiseinheiten, sowohl in ökonomischer, als politischer Hinsicht. Sein Ideal waren die Uralkosaken, deren Boden weder in Familien- noch Gemeindeeigentum bestand, sondern Stammeseigentum war und bei denen „die vollkommenste Entwicklung der Organisation der gemeinsamen Arbeit“ zu finden war.

In seinem Fanatismus vergaß M. ganz, daß ja alles, was er befürwortete, einen Schritt zurück und nicht vorwärts bedeutete. Er sah in den Institutionen der Zadruga oder des Mir etwas speziell Slavisches, das die slavischen Völker nicht aufzugeben brauchten, um alle Entwicklungsphasen der westlichen Völker mitzumachen. Sie brauchten und könnten sich vielmehr die kulturellen Errungenschaften des Okzidents aneignen, ohne die Vorzüge ihrer eigenen kollektivistischen Einheiten erst aufzugeben, um dann zum Schluß doch wieder zu ihnen zu greifen, wie es ja der Westen tun werde. M. erinnerte mit seiner unbedingten Lobpreisung der Zadruga oder des Mir manchmal an die von ihm verabscheuten verblendeten Nationalisten mit ihrem Lied von der guten alten patriarchalischen Zeit und von der slavischen Primitivität als einem Wesensvorzug vor dem Okzident.

Seine vorstehend an der Hand des vortrefflichen J.schen Buches skizzierten Hauptideen vertrat M. publizistisch mit größtem Eifer während der Jahre 1870—1875, in denen er 3 Blätter redigierte: „Radnik“ (Der Arbeiter) 1871, „Javnost“ (Die Öffentlichkeit) 1873 und „Oslobodenje“ (Die Befreiung) 1875. Sie kennzeichnen in ihrer Aufeinanderfolge die 3 Phasen im politischen Leben M.s.

Radnik war streng sozialistisch. In ihm hat M. nichts vor Augen als die Aufgabe einer Lösung der sozialen Frage in Serbien. So wie er vom Westen wußte, daß dort die Lösung der sozialen Frage auf der Tagesordnung stand, so sah er sie auch in Serbien. Nur daß hier die Kapitalistenklasse durch die Beamten, das Proletariat durch die Kleinbauern repräsentiert wurde. Daneben wollte Radnik beim Publikum Verständnis für das gewerbliche Genossenschaftsleben wachrufen. Die Landwirtschaft könne sich, wurde immer wieder ausgeführt, ohne Großindustrie nicht entwickeln; um die Schaffung einer solchen aber kümmerten sich in Serbien weder die Kapitalisten, die es ja nicht gab, noch der Staat. M. appellierte daher ans Publikum, es möge sich zu Produktiv- und Konsumgenossenschaften zusammenschließen.

Das Blatt wurde bald verboten und M. mußte für kurze Zeit aus Serbien flüchten. Zurückgekehrt gab er Javnost heraus. Durch seine Erfahrung mit der Polizei und den Verfall der gegründeten Genossenschaften, der ihm die Hoffnung auf persönliche Initiative aus den Massen heraus raubte, stark ernüchtert, wandte sich nun M. von bloß theoretischer Agitation ab und mehr der praktischen Politik zu. Sein Hauptbestreben war, aus dem Parlament einen Konvent zu gestalten, der die Aufhebung des bürokratischen Systems und die Verwandlung des Bodens in Gemeindeeigentum ins Werk setzen sollte. — Nachdem auch dieses Blatt verboten worden war, rief M. „Oslobodenje“ ins Leben. Auch hier konzentrierte er seine ganze Aufmerksamkeit auf eine Mehrung der Parlamentsmacht. Aber er beschäftigte sich nun auch mit dem Problem der äußeren Politik Serbiens unter dem Gesichtspunkt: Serbien solle zuerst seine staatliche Organisation vervollkommen und dann zur Befreiung des unterdrückten Teiles seines Volkes schreiten. Kurze Zeit nach der Begründung von Oslobodenje starb M.

LAPTSCHEWITSCH, einer der Führer der heutigen Sozialdemokratie in



Serbien, charakterisiert ihn in seinen verschiedenen Entwicklungsphasen folgendermaßen: In der ersten sei M. Bolschewik gewesen, in der zweiten Sozialdemokrat und in der dritten könne er als Begründer der radikalen Partei gelten, als Kritiker der kulturellen und politischen Zurückgebliebenheit Serbiens. So schwach dieser Vergleich auch ist, so ist doch nicht zu leugnen, daß M. seine praktischen Programme stark änderte. Trotzdem aber darf man behaupten, daß er an dem zu Beginn seiner Tätigkeit aufgestellten Endziel festgehalten hat. Er kämpfte um das verfassungsmäßige Übergewicht des Parlaments immer nur, weil er auf diesem Wege in erster Linie die Aufhebung des bürokratischen Systems, sowie die Selbstverwaltung der Gemeinde und Kreise zu erreichen hoffte, in weiterer Folge aber durch sie den landwirtschaftlichen und industriellen Kollektivismus. Freilich ist es nicht ausgeschlossen, daß M., hätte er länger gelebt, mit der Zeit sich in einen bloß radikalen Politiker, in einen Verfechter des Parlamentarismus nach dem Muster der westlichen Demokratien gewandelt hätte. Aber in diesem Punkte ist man jedenfalls nur auf Vermutungen angewiesen.

Praktischen Widerhall fanden M.s Ideen noch vor seinem frühen Tode in der parlamentarischen Gruppe des Bauernsozialisten ADAM BOGOSAVLJEVITSCH in den Jahren 1874/75. Diese Fraktion machte sich zur Hauptaufgabe den Kampf gegen das bürokratische System. Sie hatte dabei auch Erfolg. Freilich nur theoretischen. Denn wengleich BOGOSAVLJEVITSCH seine Forderung im Parlamente durchbrachte, durchgeführt ist sie nie worden. Das allein zeigt schon genügend, daß die Frage des bürokratischen Systems in Serbien eine rein politische war. Es handelte sich weder um die Zahl der Beamten, noch um die Größe ihrer Gehälter, sondern um das Verhältnis der Beamten zur Rechtsordnung und diese wieder hing ab vom Verhältnis des Fürsten zur Verfassung, da doch die Beamtenschaft seinem unmittelbaren Einfluß unterstand. War er der Verfassung unterworfen, so auch die Beamtenschaft der Rechtsordnung. Daß M. alle Übelstände dem Beamtentum zuschrieb, erklärt sich nicht nur daraus, daß er Sozialist war, sondern auch daraus, daß zu Beginn der 70er Jahre während der Minderjährigkeit des Fürsten MILAN die Minister regierten und er noch das Nachwehen der Periode von 1842—1856 verspürte, in der die Beamtenoligarchie über dem Fürsten stand. Es handelte sich also um einen Nachklang aus älterer Zeit.

Die unmittelbaren Schüler M.s, die Begründer der radikalen Partei, die anfänglich am Programm der Aufhebung des bürokratischen Systems festhielten, kamen, als sie auf den Widerstand des Fürsten stießen, bald zur Einsicht, daß es sich in Tat und Wahrheit um ein anderes Problem, nämlich um die verfassungsmäßige Stellung des Fürsten handle, und sofort begann auch ihr politischer Kampf in dieser Richtung, wobei sie in kurzem die Arbeit der liberalen Partei aufnahm, die einst M. so sehr kritisiert hatte. Sie wurde zu derjenigen Partei, welche heute die großkapitalistischen Interessen in Jugoslawien vertritt.

Daß M.s praktisch-politische Ideen und seine Auffassung vom Sozialismus scheiterten, war unvermeidlich. M. war eben soweit Sozialist, als er es in

seiner Zeit und in seinem Milieu sein konnte. Er kam vom Westen, wo er die kapitalistische Ausbeutung des Arbeiters kennen gelernt hatte, nach Serbien, wo von einer Arbeiterklasse überhaupt keine Rede war. Die Klasse, die als Herrenklasse den Vordergrund einnahm, war das Beamtentum. So wandte er sich denn gegen sie. Und ziehen wir anderseits in Betracht, an wen er sich wandte, um Anhängerschaft zu gewinnen, nämlich an alle Unzufriedenen aus den verschiedensten Ständen, die aber alle zu den besitzenden Klassen gehörten, so verstehen wir, daß das Ergebnis bloß die Entstehung einer kleinbürgerlichen Bewegung gegen die Regierung war. Denn die radikale Partei, deren Begründer überzeugt waren, daß sie in M.'s Geiste arbeiteten, eigneten sich von vornherein nur die negative Seite seines Programms an, wollten aber vom Gemeindegewinn nie etwas wissen.

M. selbst allerdings war Sozialist. Er blieb seinem ursprünglichen Ziele treu. Nur darf nicht übersehen werden, daß ihn nicht Serbien zum Sozialisten gemacht hat, wo alle Voraussetzungen für den Sozialismus und eine Arbeiterbewegung fehlten, sondern daß er als überzeugter Sozialist aus dem Westen kam und von den sozialistischen Ideen so tief durchdrungen war, daß er die Möglichkeit ihrer Durchführung auch dort sah, wo noch die ersten Vorbedingungen für sie fehlten. Für ihn stand seine Idee über den Interessen seines Landes, die er als etwas ganz Lokales und Vergängliches betrachtete. Er wurde zum Märtyrer seiner Idee. Denn in seinem mystischen Fanatismus, der an die Revolutionäre Rußlands erinnert, deren Seele er in ihrer Heimat in sich aufgesogen hatte, sah er auf seinem Wege kein Hindernis und glaubte sich vor dem Ziele, als den Schwindsüchtigen bereits der Tod umfassen hielt.

HILDA ANAIGL (Wien).

De Samvirkende Fagforbund i Danmark. 1898—3. Januar 1923. Et kortfattet Tilbageblik over Fagbevægelsen. København 1923. 4°. 247 S.

Wieder liegt in dänischer Sprache ein stattlicher Band mit Schilderungen aus der Geschichte der dänischen Arbeiterbewegung vor. Diesmal beziehen sie sich auf die der fachvereinlichen Bewegung und den Anlaß zu ihrer Herausgabe hat die Wiederkehr des 25jährigen Stiftungsjahres der gewerkschaftlichen Landesorganisation gegeben. Die Schrift ist das gemeinsame Werk eines zu ihrer Ausarbeitung eingesetzten Ausschusses der drei obersten Vertrauensmänner der Landesorganisation, denen der Journalist MARINUS KRISTENSEN assistierte.

Bereits im Vorwort wird darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht so sehr beabsichtigt gewesen sei, eine erschöpfende Darstellung der Entwicklung der dänischen Gewerkschaftsbewegung seit dem Inslebentreten der Landesorganisation im Jahre 1898 zu bieten, als vielmehr eine Festschrift mit einer Übersicht über die bedeutenderen und wichtigeren Ereignisse innerhalb der dänischen Fachvereinsbewegung während des letzten Vierteljahrhunderts. So bildet denn das angezeigte Werk in gewissem Sinne die Fortsetzung der von

**J. JENSEN** und **MARTIN OLSEN** verfaßten entwicklungsgeschichtlichen Schilderung der dänischen Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1871—1900.

Das Material, das es uns in frischer, journalistischer Aufmachung vorlegt, bietet wertvolle — zugleich erschöpfende — Auskunft über die großen Aufgaben, welche die Landesorganisation in den letzten 25 Jahren sich stellte und über Schwierigkeiten, die sie auf ihrem Wege zu überwinden hatte.

Gleich zu Beginn des Buches werden folgende Worte zitiert, welche **Maler J. JENSEN**, welcher der erste Vorsitzende der Landesorganisation wurde und der jetzt Finanzbürgermeister der Stadt Kopenhagen ist, bei der Stiftung der Landesorganisation sprach, Worte, die kurz aber treffend das Programm, den Kurs derselben kennzeichnen: „Stark und fest müssen wir unsere Armee schaffen, da diese eine Welt zu erobern hat; und diese muß demokratisch geordnet sein, denn sie soll Menschen entwickeln.“ Und die geschichtliche Darstellung lehrt deutlichst, daß die Leitung der Landesorganisation immer, in ruhigen Zeiten wie in Sturm und Drang, unentwegt dieses Ziel festgehalten hat, ohne je im geringsten von ihm abzuweichen. So ist es ihr gelungen, die ihr anvertraute Organisation sicher vorwärts zu führen, das Arbeiterheer, dessen Mitgliederzahl gegenwärtig auf 236 000 angestiegen ist, stark und schlagkräftig zu machen, und stets die Fahne der Demokratie hochzuhalten. An stürmischem Wetter hat es nicht gefehlt. Gleich im ersten Jahre nach der Stiftung brach ein Gewitter los: die Arbeitgeber veranstalteten eine nach dänischen Verhältnissen riesige Aussperrung, in deren Verlauf sich die Ausdauer der dänischen Arbeiter und die Stärke der jungen Landesorganisation auf eine monatelange Probe gestellt sahen; und auch seither hat es nicht an mancher Kraftprobe gefehlt, die notwendig wurde, um die von der Arbeiterschaft erzielten Erfolge zu entwickeln oder festzuhalten. Und immer wieder drängt sich das Urteil auf, daß es nicht Übereilung war, sondern Besonnenheit und ruhige, nüchterne Erwägung der jeweiligen Möglichkeiten, welche in der Offensive sowohl als auch in der Defensive die Politik der Landesorganisation charakterisierte. Neben all dem berichtet die angezeigte Schrift auch von den staatlichen Einrichtungen im Interesse und zum Schutz der Arbeiterschaft: von der Schaffung der Einigungsämter, der fachlichen Schiedsgerichte, des öffentlichen Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenversicherung. Ein besonderes Kapitel ist dem Siegeszug des Normalarbeitstages gewidmet. Unter den vielen sprechenden Tabellen, die den Anhang zur Fachschrift bilden, befindet sich auch eine schematische Darstellung, betreffend die Dauer der Arbeitszeit und ihr Nachweis der stetigen Verkürzung der letzteren bezeugt klar die wachsende Macht der Arbeiter. Im Jahre 1872 betrug die durchschnittliche Arbeitszeit der dänischen Arbeiter täglich 11,4 Stunden, 1874 nur mehr 10,8, 1899 10,1, 1910 9,7, 1918 9,5 Stunden, bis endlich mit einem kleinen Ruck, der nicht ohne Zusammenhang mit den Umwälzungen in der übrigen Welt sich vollzog, die Arbeitszeit im Jahr 1920 auf 8,3 Stunden sank.

Was die Bestrebungen nach der Schaffung internationaler Verbindungen anbelangt, so hat die dänische Gewerkschaftsbewegung sie in jeglicher Weise

gefördert, und sich nicht nur rein theoretisch zum Internationalismus bekannt, sondern diesen stets in der Praxis bekannt und geübt. Den besten Beweis hierfür bieten die großen Beträge, welche im Laufe der Jahre an **Klassen-**genossen in anderen Ländern gegangen sind, sei es als Aushilfe bei Arbeitskonflikten oder infolge schlechter ökonomischer Zustände in den unterstützten Ländern.

Die Festschrift gewährt übrigens nicht allein ein Bild von der Wirksamkeit der Landesorganisation, sondern bringt überdies kurze und konzise Berichte für jeden einzelnen der Verbände, die der Landesorganisation angeschlossen sind. Das ganze Werk ist, nach dänischer Gewohnheit, reich illustriert.

PEDER NÖRGARD (Kopenhagen).

## **Marx oder Lassalle.**

Wandlungen in der politischen Theorie des Marxismus.

Von

**Hans Kelsen** (Wien).

### I.

Die Theorie vom Wesen und Wert des Staates tritt als eine allgemeingültige Lehre vom Staate überhaupt und nicht bloß als Wesens- und Werturteil über einen konkreten Staat auf. Dennoch wird sie meist von der Stellung bestimmt, die der Theoretiker als mehr oder weniger bewußter Repräsentant einer Interessentengruppe oder Klasse zu seinem Staat, die die Gruppe oder Klasse, für die die Theorie bestimmt ist, zu deren geistigem Gemeingut sie wird, zu einem bestimmten Staate, einer staatlichen Ordnung historisch gegebenen Inhalts einnimmt. Von den beiden einander entgegengesetzten Grundanschauungen, auf die sich die verschiedenen Staatstheorien zurückführen lassen, werden die Wortführer der durch die konkrete staatliche Ordnung begünstigten Gruppe, deren ökonomische und kulturelle Interessen durch den Zwangsapparat ihres Staates hinreichend garantiert sind, aus deren Mitte insbesondere die maßgebenden Organe der staatlichen Willensbildung hervorgehen, begreiflicherweise jener zuneigen, die im Staate überhaupt einen höchsten Wert und zugleich eine womöglich absolute „Realität“, den Ausdruck eines kollektiven Gesamtinteresses, den Willen des zu einem organischen Ganzen vereinigten Gesamtvolkes erblickt, und demgemäß die Aufgaben des Staates möglichst weit bestimmen, den Staat als die höchste Organisationsform möglichst tief in den Körper der Gesellschaft eindringen lassen will. Vom Standpunkt der durch eine konkrete staatliche Ordnung Minderbegünstigten oder gar politisch Rechtlosen wird jene Lehre Anklang finden, die den Staat nur als das Instrument eines partialen Gruppen- oder Klassen-

interesses durchschauen zu können glaubt, die ihm daher möglichst wenig Aufgaben zuspricht oder seine Existenzberechtigung überhaupt negiert und ihm demgemäß, als dem Prinzip des Egoismus, des Sozial-Bösen, die Gesellschaft, d. i. die staatsfreie, vom Staat erlöste Gesellschaft, als das Ideal, als die Trägerin des Sozial-Guten, entgegenstellt. Mit dieser ethisch-politischen Negation des Staates wird sich gerne auch eine erkenntnistheoretische Position verbinden, von der aus der Staat als naturgegebene „Realität“ geleugnet, die Behauptung seiner „realen“ Existenz als bloße „Fiktion“ aufgelöst wird. Daß sich in diesen Grundgegensatz auch der Widerspruch von evolutionärer und revolutionärer, konservativer und radikaler Tendenz leicht einfügt, liegt auf der Hand. Doch folgt daraus, daß die gegensätzlichen Aufstellungen der Staatstheorie zu bestimmten subjektiven Interessenstandpunkten inklinieren, durchaus nicht die Unmöglichkeit einer objektiven Wissenschaft vom Staat. Sie bleibt nicht nur als Aufgabe immer bestehen, sondern diese Aufgabe läßt sich auch bis zu einem hohen Grade erfüllen.

Solange der deutsche Staat von absoluten Monarchen und einer Adelskaste regiert wurde, das deutsche Bürgertum politisch rechtlos war, war der Liberalismus seine politische Theorie. Staatsfeindlich oder doch zumindest staatsfremd, sieht er alles Heil in dem freien Spiel der gesellschaftlichen Kräfte, erklärt er die Zwangsordnung des Staates als ein Übel, wenn auch als ein notwendiges Übel, das man zugunsten der freien Gesellschaft in seiner Kompetenz möglichst einschränken müsse. Nichts ist bezeichnender für diese Ideologie, als daß ihre politische Weisheit in einem Kataloge von Menschen-, von Grund- und Freiheitsrechten gipfelt, die dem Individuum gegen den Staat zustehen, ihm eine staatsfreie Sphäre garantieren sollen. Wenn der Liberalismus den Staat nicht geradezu negiert, sondern ihn noch duldet, so rührt das daher, daß er in ihm immerhin einen Schutz seines geheiligten Privateigentums erkennt, daß die Klasse, deren intellektueller Ausdruck dieser Liberalismus ist, in ihrem Staat zwar nicht politisch, aber doch immerhin ökonomisch auf ihre Rechnung kommt. Ihre geistigen Führer, vor allem ADAM SMITH, bezeichnen den Staat als einen

Apparat zur Niederhaltung der auch ökonomisch entrechteten Besitzlosen, erklären ihn also aus der Verschiedenheit der Besitzverhältnisse. KANT und HUMBOLDT durchschauen ihn als eine bloß ideelle Rechtsordnung; und STIRNER, der das im Eigentumsschutz wurzelnde Klassenvorurteil abstreift und daher die letzten Konsequenzen des oppositionellen Liberalismus ziehen kann, erklärt den Staat — nachdem er sich politisch auf den Boden des extremen Anarchismus gestellt hat — als ein bloßes Phantom, einen „Sparren“ und einen „Spuk“. Mit deutlicher Spitze gegen die bekannte, die Ideologie der politisch herrschenden Klasse ausdrückende Staatstheorie HEGELS und STAHLs, HALLERS und MÜLLERS, die im Staat nicht nur die höchste sittliche Potenz glorifiziert, die für seine Kompetenz grundsätzlich keine Grenzen anerkennt, sondern in ihm auch die stärkste „Wirklichkeit“ erkennen zu müssen glaubt.

Die politische Ideologie des deutschen Proletariates, die von MARX und ENGELS geschaffen wurde<sup>1)</sup>, knüpft, so wie ja auch die ökonomische Theorie des Marxismus, an den — in seinen Ursprüngen — durchaus revolutionären Liberalismus an. Nur daß die marxistische politische Theorie als Staatslehre des von seinem Staate auch ökonomisch entrechteten Proletariates den Staat völlig negiert und den kommunistischen Idealzustand in der Sphäre der Gesellschaft sich realisieren läßt, nachdem diese den Staat wie ein parasitäres Geschwür abgestoßen. Ganz so wie schon von den liberalen Staatstheoretikern wird der Staat von M. und E. lediglich als Werkzeug der die Produktionsmittel besitzenden Klasse zur ökonomischen Unterdrückung des Proletariates erkannt, und seine Entstehung — der Anschauung von seinem Wesen entsprechend — nur auf die Spaltung der ursprünglich homogenen, in einem primitiven Kommunismus vorzustellenden Gesellschaft in Klassen zurückgeführt. Das politische Ziel erscheint der naturwissenschaftlich-soziologischen Darstellungsmethode des (in diesem Punkte mit den meisten „Soziologien“ seit COMTE übereinstimmenden) Marxismus ent-

1) Eine ausführliche Darstellung und Kritik der politischen Theorie des Marxismus gebe ich in meiner soeben in II. Aufl. bei C. L. Hirschfeld, Leipzig erschienenen Schrift: „Sozialismus und Staat“. Im folgenden sind die Namen MARX und ENGELS abgekürzt in M. und E.

sprechend als kausales Ergebnis einer naturnotwendigen Entwicklung. Es ist die anarchisch-kommunistische Gesellschaft, die keines Staates bedarf, weil es keine Klasse mehr zu unterdrücken, weil es kein Ausbeutungsverhältnis mehr gibt, zu dessen Aufrechterhaltung allein der Staat seinem Wesen nach da ist. In dem Postulate einer staatsfreien, solidarischen, auf Freiwilligkeit gegründeten Zukunftsgesellschaft stimmt der marxistische Sozialismus völlig mit dem Grundgedanken des Anarchismus überein. Die politische Theorie, so wie sie M. und E. entwickelt haben, ist reiner Anarchismus. Das hat man — aus mannigfachen Gründen — lange übersehen. Die Schulmeinung von dem Gegensatz zwischen Sozialismus marxistischer Richtung und Anarchismus ist endgültig erst durch die literarischen Arbeiten LENINS und der anderen Autoren des Bolschewismus beseitigt worden, dessen zweifelloses Verdienst es ist, die eigentliche Staatslehre von M. u. E. restituieren zu haben. Diese Staatslehre des Marxismus ist im wesentlichen nichts anderes als die Entfaltung des Gedankens vom Staat als Werkzeug des Klassenkampfes bzw. der ausbeuterischen Klassenherrschaft nach dem Schema der Dialektik: aus dem Schoße der kommunistischen Urgesellschaft löst sich mit Entstehung des Privateigentums der Staat als Organisation der besitzenden Klasse zur Aufrechterhaltung des Ausbeutungszustandes. Dieser Zustand, der im modernen Kapitalistenstaat seinen Höhepunkt erreicht, wird beendet mit der gewaltsamen Eroberung der politischen Macht durch das — zur erdrückenden Mehrheit gewordene, durch die Ausbeutung verelendete — Proletariat, das die alte Staatsmaschinerie nicht etwa einfach von der Bourgeoisie übernimmt, sondern im revolutionären Ansturm zerschmettert, um an ihre Stelle — als vorübergehenden Übergangszustand — die Diktatur des Proletariats zu setzen. Dieser Arbeiterstaat — die Antithese auf die These des Kapitalistenstaates — hebt sich aber in demselben Maße, als durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Klassengegensätze verschwinden, allmählich als Staat selbst auf und geht in den staatsfreien Zustand des sozialtechnisch fortgeschrittenen Kommunismus — die Synthese — über. Der Staat wird zwar nicht von heute auf morgen abgeschafft, aber er „stirbt ab“, er „schläft ein“.



Schält man aus diesem auf keinerlei Erfahrung gestützten „Entwicklungsgesetz“ den ethisch-politischen Kern heraus, der — trotz aller Versicherung orthodoxer Marxisten, es handle sich dabei nur um ein „soziologisches“, wertfreies Kausalgesetz, nicht um ein politisches Postulat — den eigentlichen Sinn der marxistischen Staatstheorie bildet, so ergibt sich: Der Staat wird negiert, weil er nichts anderes als eine Ausbeuterorganisation, also die nackte Negation der Gerechtigkeit, das Sozial-Böse, die *civitas diaboli* des Hl. AUGUSTINUS ist, und gefordert wird als Verwirklichung der Gerechtigkeit, des Sozial-Guten, als *civitas dei* gleichsam, die Gesellschaft, deren natürlicher, d. h. naturgegebener oder naturnotwendig sich entfaltender Zustand der Kommunismus ist. Die angebliche Entwicklung des Staates, sein Lebensgesetz, das ihn zum „Absterben“ zwingt, folgt somit — ein klassisches Beispiel naturrechtlicher „Soziologie“ — aus seinem Begriff, aus dem Begriff, den sich der Marxismus vom Staate gemacht hat. Zwar kann diese Theorie den so gestalteten Begriff selbst nicht ganz konsequent festhalten. Denn in der „Diktatur des Proletariats“ — die sich M. und E. übrigens als Demokratie dachten, da sie ja das Proletariat als überwältigende Mehrheit voraussetzten — tritt ein „Staat“ auf, der nicht nur nicht als Werkzeug der ausbeuterischen Klassenherrschaft dient, sondern sogar — im vollkommenen Widerspruch zu seinem Wesen, dessentwegen er zum „Absterben“ verurteilt ist — geradezu die Aufhebung dieser Klassenherrschaft bewirken soll. Doch gleitet die marxistische Theorie über diese Schwierigkeit mit der Bemerkung hinweg, daß sich ja dieser Staat eben selbst aufhebe, daß er eigentlich kein rechter „Staat“ mehr sei u. ä. Im übrigen spielte die Vorstellung von diesem Staat der Proletarierherrschaft in der sozialistischen Literatur vor der großen russischen Revolution überhaupt keine sonderliche Rolle. Man dachte an ihn gar nicht als an eine realpolitische Möglichkeit. Man war eben in der Opposition und glaubte nicht ernstlich an die Notwendigkeit, in absehbarer Zeit die politische Macht, d. h. die Regierung eines Staates, übernehmen zu müssen. Aus dieser Mentalität der Oppositionsstellung ist es zu verstehen, daß die marxistische Theorie — deren Zweck nicht so

sehr Erkenntnisförderung als vielmehr Willensbestimmung ist — die Augen vor der Tatsache verschließt, daß der Staat als ein sozialtechnisches Mittel seinem Wesen nach keineswegs notwendig nur und ausschließlich der Ausbeutung dienen muß, daß selbst wenn der moderne Staat ausschließlich als Werkzeug der besitzenden Klasse verwendet würde, der Staat nicht stets und zu allen Zeiten diese Funktion haben müsse. Aber es ist verständlich, warum die marxistische Theorie den Begriff des Staates überhaupt mit einem historischen Spezialfall, dem Ausbeuterstaat, identifiziert, warum sie den Begriff des Staates, der nichts als eine autoritäre Zwangsordnung bedeutet, in unzulässiger Weise zu dem einer Zwangsordnung verengt, die wesentlich die Aufrechterhaltung eines Ausbeutungsverhältnisses bewirkt. Denn der Kampf gegen diesen Staat von hier und jetzt wird wesentlich befeuert, wenn die Aussicht winkt, daß man mit seiner Vernichtung nicht nur von ihm, sondern vom Staate überhaupt, von dem so lästigen Zwang, einer Obrigkeit gehorchen zu müssen, befreit, daß mit der ökonomischen Gleichheit auch die vollkommene Freiheit aller erkämpft wird. Es ist nicht das erste Mal, daß solche Utopie als demagogisches Kampfmittel verwendet wird.

Als Theorie einer gegen die konkrete Staatsordnung gerichteten Partei, deren Angehörige von der Regierung ausgeschlossen sind, kann der Marxismus ignorieren, daß auch der historische Staat niemals ausschließlich der Ausbeutung der einen Klasse durch die andere gedient, daß er vielmehr zu allen Zeiten auch im Interesse der „Unterdrückten“ funktioniert hat. Gewiß, die durch die staatliche Zwangsordnung garantierte Verteilung der Lebensgüter war eine recht ungleiche und ungerechte. Aber es ist doch niemals oder doch meist nicht so gewesen, daß die einen als gänzlich rechtlos den anderen als allein Berechtigten gegenüberstanden. Hätten nicht auch die Minderbegünstigten im Staat ein gewisses Minimum an Schutz gegen die anderen gefunden, hätte der Staat nicht unter allen Umständen, wenn auch bald mehr, bald weniger, in seiner historischen Verwirklichung, einen Ausgleich der Interessengegensätze bewirkt, wäre es kaum zu begreifen, wieso die Vielen, die doch schon ihrer Überzahl wegen im Besitz der faktischen Macht waren, sich von den

Wenigen regieren ließen; wäre es unverständlich, wie die rein ideelle staatliche Ordnung zum wirksamen Motiv für das Verhalten der Regierten werden konnte. Daß aber die „Macht“ des Staates letzten Endes nur eine geistige ist, wird niemand verkennen, der sich vergegenwärtigt, daß die Maschinengewehre, auf die man sich gerne beruft, schließlich ja doch von eben jenen Proletariern bedient werden, gegen die sie losgehen sollen, und dass sie nur losgehen, wenn diese Proletarier die ideelle Norm der staatlichen Ordnung zum Motiv ihres Handelns machen. Diese staatliche Ordnung kann nicht für die große Masse der Menschen nur Nachteil gebracht haben, der Staat kann nicht absolut böse sein, sonst könnte er überhaupt nicht sein. Daß es sich bei der durch den Staat geschützten Güterverteilung nicht um ein „Alles oder Nichts“, sondern stets nur um ein „Mehr oder Weniger“ handelt, daß nicht qualitative, sondern nur quantitative Differenzen in Frage stehen, daß der Staat nicht, wie die proletarische Theorie lehrt, ganz und gar ungerecht oder, wie die bürgerliche Theorie heute versichert, die Verwirklichung der sittlichen Idee ist, wird nach beiden Seiten von größter Bedeutung. Denn nach der letzteren Richtung ergibt sich die stete Notwendigkeit der Reform, nach der ersteren aber: die Möglichkeit einer Reform. Eben weil der Staat sich schon bisher als ein brauchbares Instrument erwiesen hat, die Besitzlosen gegen allzu arge Ausbeutung zu schützen — man denke an die sozialpolitische Gesetzgebung des 19. und 20. Jahrhunderts —, eben darum ist der Schluß abzulehnen, dass dieser Staatsapparat vernichtet werden müsse, um einen gerechteren Zustand vorzubereiten. Nicht Revolution ist der einzige Ausweg zu diesem Ziel, wie die auf den absoluten Gegensatz von gut und böse abgestellte Theorie des Marxismus predigt; sondern aus der Einsicht, daß bei der staatlichen Rechtsordnung nur schon vorhandene Tendenzen verstärkt werden müssen, um sich dem sozialen Ideal zu nähern — dessen vollkommene Realisierung ja unmöglich bleibt! —, entspringt die Rechtfertigung der evolutionären Reform! Zwischen dem Begriff, den sich die marxistische Theorie — Idee wie Erfahrung des Staates gleichermaßen vergewaltigend — von diesem macht, und ihrem Revolutionsdogma, besteht ein innigerer Zusammenhang, als man gemeinhin annimmt.

Indem der Marxismus als Ideologie der prinzipiellen Opposition von seiner agitatorisch höchst wirksamen Plattform des radikalen Klassenkampfes aus in dem äußeren Staatsapparat, insbesondere in Parlament und Bürokratie, nur einen Vollzugsausschuß der Kapitalisten sehen darf, muß er für die Tatsache blind sein, daß dieser Staatsapparat, selbst wenn er zu diesem Zwecke geschaffen oder aus derartigen Motiven entstanden wäre, kraft einer immanenten Tendenz sich zu verselbständigen strebt, zum Selbstzweck werden will und schon mit dieser seiner Tendenz — die allen sozialen Gebilden mehr oder weniger innewohnt — in einen Gegensatz zu allen gesellschaftlichen Gruppen gerät, die ihn als Mittel für ihre Zwecke verwenden wollen. Der Antagonismus, in den das staatliche Beamtentum erfahrungsgemäß zu den Kapitalisten tritt, ist keineswegs nur oder auch nur besonders von seiner wirtschaftlichen Situation bedingt; er geht auf den unverwüstlichen und von allen ökonomischen Bedingungen unabhängigen Willen zur Macht zurück, der die Entwicklung aller von Menschen getragenen Institutionen beherrscht. Ganz abgesehen davon aber findet dieser staatliche Apparat, insbesondere die Bürokratie, ihre stärkste Stütze in dem Berufe, den Unterdrückten Schutz zu gewähren, darin: den Gegensatz der Klassen zu mildern, um nicht in einer Klassenkampfkatastrophe zwischen den beiden in der Revolution aufeinanderstoßenden Gruppen wie zwischen zwei Mühlsteinen zermahnt zu werden. Gerade der Typus des autokratischen, dem demokratischen Volksstaat entgegengesetzten Staates, der Typus der absoluten Monarchie zeigt dies besonders deutlich. Denn mit sicherem Instinkte haben alle Despoten ihre Herrschaft durch volksfreundliche Maßnahmen zu stützen gesucht, und in der besitzenden Klasse nicht nur ihren Verbündeten, sondern sehr wohl auch ihren Gegner gewittert und sich gesträubt, ihr Werkzeug zu sein. Für diese bedeutende, auf Reduktion des Klassengegensatzes gerichtete Funktion des Staates muß eine Theorie blind bleiben, solange sie nur den Klassengegensatz sehen will. Und darum fehlt ihr auch jedes Verständnis für den Staat als Repräsentanten der nationalen Idee, vielleicht der stärksten Kraft, die der Klassenspaltung entgegenwirkt; so

wie sich der Marxismus ja überhaupt der nationalen Ideologie verschließt. In demselben Maße, als der Staat die nationalen Interessen schützt, ist er der Staat nicht nur der Besitzenden, sondern auch der Staat der Besitzlosen, die — im offenen Widerspruch zu ihrer ihnen vom Marxismus gelieferten politischen Ideologie — nie so besitzlos sind, daß sie nicht ihre Nationalität besäßen und diesen Besitz festzuhalten entschlossen wären. Mag dies nun ein eingebildetes Gut sein, es ist eben ein Gut, weil es die Menschen — auch die Proletarier — dafür halten und gelegentlich für ein noch höheres Gut halten als ihr Leben. Ein Staat, der als Träger des nationalen Gedankens auftritt, kann als Klassenherrschaft nicht mehr hinreichend bestimmt sein, selbst wenn es sich restlos nachweisen ließe, daß die nationale Idee im Interesse der besitzenden Klasse mißbraucht wird. Die marxistische Fibel für Anfänger, nach der auf der einen Seite aller Schatten, auf der anderen aber alles Licht, dort die bösen, faulen und reichen Kapitalisten, hier die guten, fleißigen und gänzlich ausgebeuteten Proletarier stehen, ist ebensowenig richtig wie das politische Lehrbuch für Fortgeschrittene, das das Wesen des Staates mit der einfachen Formel „Ausbeutungsorganisation“ abtun möchte. Diese Formel ist schließlich auch darum falsch, weil die staatliche Organisation nicht in einer einzigen Ebene verläuft und inhaltlich daher gar nicht eindeutig bestimmt werden kann. Wie es schon falsch ist, einen Staat als Demokratie oder Autokratie zu charakterisieren, weil eine demokratische Gesetzgebung sich mit einer autokratischen Vollziehung verbinden kann, die verschiedenen Funktionen des Staates unter verschiedenen Organisationsprinzipien stehen können, so bedeutet eine durchgängig demokratische Verfassung die Möglichkeit, daß in den verschiedenen Schichten des Staates verschiedene politische Parteien und damit auch verschiedene „Klassen“ zur Herrschaft kommen können. In den Gemeinden, deren Verfassungen die ältesten Demokratien darstellen, ist denn auch zuerst die sozialistische Partei, als Partei des Proletariats, zur Regierung gekommen, während die Staatsregierung sowie die Parlamentsmajorität noch fest in den Händen der Bourgeoisie war. Gar im Bundesstaat tritt dieses Verhältnis besonders deutlich zutage, wenn in den verschiedenen

Gliedstaaten und im Oberstaat verschiedene Parteien und damit verschiedene Schichten der Bevölkerung die Regierung behaupten. Wenn — wie etwa in Österreich — das grösste und wirtschaftlich bedeutendste Bundesland, Wien, mit seinem Landtag, dessen Zweidrittelmajorität sozialdemokratisch, unter einer rein „proletarischen“ Regierung steht, die zielbewußt und erfolgreich sozialistische Steuer- und Fürsorgepolitik treibt, während die Bundesregierung, rein bürgerlich und gestützt auf eine bürgerliche Majorität, im Nationalrat auf Schritt und Tritt durch die Macht der Gewerkschaften und die durchaus sozialdemokratisch orientierte Armee gehemmt ist, kann solcher Staat als Exekutiv-ausschuß der Kapitalistenklasse charakterisiert werden? Von dem Falle gar nicht zu sprechen, daß auch die Zentralregierung eine Koalition der bürgerlichen mit den proletarischen Parteien darstellt. Hier muß das marxistische Schema mit seiner in der Dialektik von Thesis und Antithesis begründeten politischen Schwarz-Weiß-Technik offenkundig versagen.

Für das Bürgertum und seine politische Theorie sind die mannigfaltigen, im Grunde unbeschränkten Möglichkeiten, die der Staat in sozialtechnischer Hinsicht bietet, in demselben Maße sichtbar geworden, als ihm gelang, den Adel aus der Monopolstellung in Ministerium und Bürokratie zu verdrängen: als es in die Regierung seines Staates hineinzuwachsen begann. Jetzt läßt es allmählich die doktrinären Anschauungen des Liberalismus fallen, jetzt wird ihm der Begriff des Staates nicht mehr der Ausdruck für irgendeine metaphysische Position, sondern ganz nüchtern ein sozialtechnisches Mittel zur Erreichung politischer Zwecke, und jetzt entdeckt man erst die vielseitige Praktikabilität dieses Instrumentes. Und so vollzieht die politische Ideologie des Bürgertums jene Wandlung, die von den hart an den Anarchismus grenzenden Thesen des Liberalismus zu einem extremen Etatismus führt, der in seinen besten und konsequentesten Vertretern — bezeichnenderweise — die Formen eines Staatssozialismus — „Kathedersozialismus“, spottete noch der oppositionelle Marxismus! — führt.

Und ebenso muss sich die radikal-anarchistische Ideologie des Proletariates wandeln, muß die marxistischen Dogmen sprengen, um aus einer bloß kritischen Negation des Staates herauszuge-

langen, sobald seine Partei nicht mehr ein kleines Grüppchen Oppositioneller ist, die nicht daran denken, jemals in die Regierung zu kommen, und die aus dieser Not eine Tugend machen können, indem sie es programmatisch ablehnen, in die Regierung einzutreten. Sobald das Proletariat — nicht zuletzt gestützt auf eine demokratische Verfassung — zu einer politischen Macht geworden ist, die seine Partei unmittelbar vor die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit stellt — sei es allein, sei es in Verbindung mit bürgerlichen Parteien —, die Regierung jenes Staates zu übernehmen, den seine Theorie als eine nur zum „Absterben“ bestimmte Ausbeuterorganisation ablehnt, sobald die Führer der proletarischen Parteien im wohlverstandenen Lebensinteresse des Proletariates den Steuerhebel jener Staatsmaschine in die Hand nehmen müssen, die nur zu „zerbrechen“ ihr politischer Katechismus sie gelehrt hat, muß dieser sich als unzulänglich erweisen. Denn davon, daß dieser Staatsapparat möglichst unverehrt in ihre Hände komme, hängt das Wohl und Wehe eben jener Klasse ab, die sich nun seiner bedienen muß und — allen Doktrinen zum Trotz — bedienen kann, ohne einer Doktrin zuliebe, die ihren agitatorischen Zweck erfüllt hat und darum fallen gelassen werden kann, ihrem eigenen Aufstieg durch revolutionäre Zerstörung den Weg zu verschütten. Das ist der Augenblick, in dem die politische Theorie des Marxismus zusammenbrechen muß. Und dieser Zusammenbruch vollzieht sich vor unseren Augen.

## II.

Die ersten deutlichen Symptome einer Wendung der politischen Ideologie des Sozialismus zeigten sich während des Weltkrieges, als schon bei dessen Ausbruch die während der vorangegangenen Jahre zusehends gewachsene Partei des Proletariates sich mit ihrem Staate identifizierte. Ob diese Haltung der Sozialdemokratie taktisch richtig oder unrichtig war, ist nebensächlich, angesichts des Umstandes, daß sie gegen ihre programmatische Negation des Staates durch die Macht der Tatsachen, vor allem durch die überwältigende Stimmung des Proletariates selbst erzwungen wurde. Der charakteristische Ausdruck dieser geänderten Stellung des Proletariates zum konkreten, historisch be-

stimmten Staat sind die Schriften des Österreicherers KARL RENNER, der ja schon in seinen älteren Arbeiten zur politischen Theorie alles eher denn ein orthodoxer Marxist war. Aus seinen während des Krieges publizierten Werken<sup>2)</sup> treten die Grundzüge einer allgemeinen Staatslehre hervor, die mit dem Anspruch auftritt, eine sozialistische Staatstheorie zu sein, und die im strikten Gegensatz zur MARX-ENGELS'schen Ablehnung geradezu eine Apotheose des Staates sind. Nichts ist bezeichnender, als daß RENNER die spezifisch marxistische Auffassung des Staates als eines bloßen Werkzeugs der Bourgeoisie eben dieser letzteren in die Schuhe schiebt und als einseitige Klassenauffassung zurückweist. In Wahrheit ist der Staat etwas „höheres“. RENNER entdeckt, was freilich schon mancher „Bourgeois“ vorher behauptet hatte, was aber von der „proletarischen Theorie“ als eine im Klasseninteresse vorgenommene Fälschung zurückgewiesen wurde, daß „der Kern des Sozialismus heute schon in allen Institutionen des kapitalistischen Staates steckt“, daß der „Staat immer vorwiegend dem Proletariat, während nur die Ökonomie noch ausschließlich der Kapitalistenklasse“ diene; und darum erklärt er mit Nachdruck: „Der Staat wird der Hebel des Sozialismus werden.“ Der „Staat“, der nach E. „absterben“ und in das Museum der Altertümer, zum Spinnrad und zur bronzernen Axt geworfen werden wird? Vielleicht wird man einwenden: E. meine damit ja nur den Kapitalistenstaat. Aber das ist ja das Bezeichnende, daß E. den „Staat“ schlechthin mit dem Kapitalistenstaat identifiziert, während RENNER einen ganz anderen Staatsbegriff hat. Diese Änderung des Staatsbegriffs ist ja der Index für die grundsätzliche Änderung der Staatstheorie, die völlig gewandelte Stellung zum Staat im allgemeinen, demgegenüber der Kapitalistenstaat nur ein möglicher Spezialfall ist; und daß wohl RENNER, noch nicht aber E., dieses Begriffsverhältnis sieht.

Aber auch der getreueste Marxist, KARL KAUTSKY, hat die politische Theorie seines Meisters fallen lassen. Schon in seinen älteren Arbeiten, so in dem grundlegenden Werke über „Das Erfurter Programm“ (Stuttgart 1892), zeigt er keine große Lust, auf die anarchistischen Thesen M.s und insbesondere E.' näher

2) Insbesondere: *Marxismus, Krieg und Internationale*. Stuttgart 1917.



einzuweichen. Sobald KAUTSKY für das Proletariat die Möglichkeit einer Übernahme der politischen Macht ins Auge faßt, sucht er über das Dogma von dem „Zerbrechen der Staatsmaschinerie“ und vom „Absterben“ des Staates durch entsprechende Interpretation hinwegzukommen. Das ist es ja, was ihm von der bolschewistischen Theorie so vorgeworfen, weshalb er von LENIN in Acht und Bann getan wird, dessen literarische Trabanten den Anarchismus als Staatstheorie M.' und E.' um so orthodoxer vertreten, je stärker der Widerspruch ist, in den sie in ihrer Staatspraxis zum Marxismus geraten. Gerade diese outrierte Betonung des anarchistischen Standpunkts von seiten der bolschewistischen Schriftsteller in Verbindung mit dem katastrophalen Fiasko ihrer marxistischen Staatspolitik hat viel zur Beschleunigung der Krisis innerhalb der marxistischen Theorie beigetragen. Und darum ist es nur selbstverständlich, daß KAUTSKY in einem seiner neuesten, schon nach dem Umsturz publizierten Bücher<sup>3)</sup> die Lehre vom „Absterben des Staates“ dahin modifiziert, daß er „vom Absterben der heutigen Formen des Staates“ spricht, und daß er die These vom „Zerbrechen“ der Staatsmaschine durch das die Macht erobernde Proletariat dahin auffaßt, daß eine „bestimmte Form dieses Apparates“, nämlich der „bürokratisch-militärische“ Staatsapparat, sich für eine sozialistische Regierung als untauglich erweise. Und er nähert sich RENNER schon auf Rufweite, wenn sein politisches Glaubensbekenntnis in dem Satze gipfelt: „Die demokratische Republik ist die Staatsform für die Verwirklichung des Sozialismus.“

Ein noch bedeutsameres Symptom für den Frontwechsel der marxistischen Theorie liefert die Schrift eines politisch wie wissenschaftlich führenden Marxisten, OTTO BAUERS Buch über „Die österreichische Revolution“<sup>4)</sup>, das im übrigen als ein Geschichtswerk ersten Ranges anerkannt werden muß. OTTO BAUER deutet schon im Vorwort an, daß seit den Schriften von M. und E. neues Erfahrungsmaterial sich ergeben habe. Er spricht von „Wandlungen des Staates, der Demokratie, der Beziehungen der Arbeiterklasse zum Staat und

3) Die proletarische Revolution und ihr Programm. Stuttgart 1922.

4) OTTO BAUER, Die österreichische Revolution, Wien, 1923.

zur Nation, die sich in und durch die Revolution vollziehen“. Allein er möchte die durch die neuen Tatsachen gebotene Revision der marxistischen Theorie nicht eigentlich als solche ausdrücklich zugeben, sondern grundsätzlich im Rahmen des marxistischen Schemas durchführen. Darum versucht er die Lehre, derzufolge der Staat seinem Wesen nach nichts anderes als ein Ausbeutungsinstrument in der Hand der Bourgeoisie ist, ein Gebilde, das durch seine Antithese, den Klassenstaat des Proletariats, zur Selbstaufhebung gebracht wird, daß es demnach keinen anderen Staat als einen Klassenstaat geben könne, nur als eine „landläufige populäre Darstellung“ der sozialistischen Staatslehre hinzustellen, obgleich weder M. noch E. jemals eine andere Darstellung gegeben haben und bisher niemand daran zweifelte, daß es ihnen mit dieser Staatstheorie durchaus wissenschaftlich ernst war. Allein BAUER sieht sich nach dem Umsturz vor der Tatsache eines Staates, dessen Regierung gemeinschaftlich von den Parteien des Proletariates und des Bürgertums geführt wird, vor der Tatsache einer Regierung, die er — er war ja selbst Minister des Äußern der ersten Koalitionsregierung der deutsch-österreichischen Republik — doch nicht gut im Sinne der marxistischen Theorie als einen Vollzugsausschuß der Kapitalistenklasse gelten lassen kann. Daß eine solche Koalitionsregierung vom Standpunkt der reinen Theorie schlechthin unbegreiflich, vom Standpunkt der streng marxistischen Politik — so wie er ja lange genug vertreten wurde — gänzlich unzulässig ist, hätte vor kurzem noch als selbstverständlich gegolten. Noch im Jahre 1917 hat BAUER unter dem Eindruck der Anfänge des Bolschewismus zusammen mit FRIEDRICH ADLER den Kampf gegen die Politik RENNERS aufgenommen, dessen Grundgedanke die Einsicht war, daß der Staat auch ein Staat der Proletarier sei, und daß schon die Fortbildung seiner immanenten Möglichkeiten, daß Verfassungs- und Verwaltungsreform ein brauchbarer Weg zum Sozialismus seien. Durchaus in der Konsequenz der RENNERSchen Gedanken lag eine Koalitionsregierung, in der Sozialdemokratie und Bürgerliche sich in die Macht teilen, da ja eine solche Regierung nur der politische Ausdruck jenes von RENNERS wohl erkannten, schon längst den modernen Staat konstituierenden sozialen Kräfteverhältnisses

ist. Allein 1917 frondierte noch OTTO BAUER offen gegen RENNERS „österreichisch-patriotische Ideologie“, setzte er — wie er selbst hervorhebt — durch, daß in die Erklärung der „Linken“ auf dem Parteitag im Oktober 1917 der gegen RENNERS polemisierte Satz aufgenommen wurde, „daß das soziale Problem nicht in bloßer Verwaltungsarbeit gelöst werden kann, sondern nur durch die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat...“, harmonisierte er durchaus mit der Erklärung FRIEDRICH ADLERS, daß er es ablehne, „die Sache des Sozialismus zu kompromittieren durch zu enge Verflechtung mit dem Schicksal eines Staates“. Das ist ganz im Geiste jenes Marxismus gesprochen, der keinen anderen Staat kennt, als den Ausbeuterstaat und die ihn und damit alle Staatlichkeit überhaupt aufhebende Diktatur des Proletariates: Revolution, aber nicht Reform in gemeinsamer Arbeit mit dem Bürgertum. Und der Staat, in dessen Regierung BAUER unter dem Vorsitz des „Sozialpatrioten“ RENNERS gemeinsam mit bürgerlichen Ministern, von einem Parlament mit bürgerlicher Mehrheit gewählt und ihm verantwortlich, saß? Diese deutsch-österreichische Republik, die sich ohne jede äußere Revolution aus dem alten Österreich herausgeschält hatte und auch während der Zeit des stärksten Einflusses der Sozialdemokratie alles eher denn eine Diktatur des Proletariates war? Ihr stellt BAUER ohne weiteres das Zeugnis aus, daß sie kein Klassenstaat war, „weil hier die Klassen die Staatsmacht untereinander teilen mußten“, nicht eine Klasse die andere — mittels des „Staates“ — beherrschte, sondern ein „Gleichgewicht der Klassenkräfte“ bestand. Und darum billigt er rückhaltlos, daß das Proletariat sich mit diesem Staate identifizierte, daß es für diesen Staat „mit republikanischem Patriotismus“ erfüllt war. Diesen Staat, der nach BAUER weder ein Bourgeois- noch ein Proletarierstaat ist und den es nach der M.-E.schen Theorie nicht gibt, nennt er mit dem Ehrennamen einer „Volksrepublik“. „Es war eine Republik, in der keine Klasse stark genug war, die anderen Klassen zu beherrschen, und darum alle Klassen die Staatsmacht untereinander, miteinander teilen mußten. So hatten tatsächlich alle Klassen des Volkes an der Staatsmacht ihren Anteil, war tatsächlich die Wirksamkeit des Staates die Resultierende

der Kräfte aller Klassen des Volkes; deshalb können wir diese Republik eine Volksrepublik nennen.“ Sie war — wie er an anderer Stelle sagt — eine „wirkliche Selbstregierung der Volksgesamtheit“. Indem BAUER den Staat nicht mehr mit den Augen der unbedingten Opposition, sondern von dem erhöhten Standpunkt der Regierung etwas wohlwollender und darum wohl vielleicht auch schärfer sieht, entdeckt er mit den bisher gelegneten Funktionen, die der Staat auch im Interesse des Proletariates versieht, die Einheit des Volkes, die „Volksgesamtheit“, die ja vom Standpunkt der marxistischen Klassenkampftheorie gar nicht existiert, nur eine betrügerische Fiktion der Bourgeoisie ist und erst verwirklicht werden kann in der staatsfreien, kommunistischen Gesellschaft, in der es, weil keine Klassengegensätze, ebendarum überhaupt keine Lebenskonflikte geben wird.

BAUER glaubt die theoretische Formel und damit die politische Rechtfertigung für den Staat der Koalitionsregierung schon bei E. zu finden, dessen „feinerer theoretischen Analyse“ das gelegentliche Phänomen nicht entgangen sei, daß „die kämpfenden Klassen einander das Gleichgewicht halten“. Allein dieses Zitat aus E.' „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ steht in einem Zusammenhang, aus dem man auch das Gegenteil jenes Sinnes lesen kann, den BAUER sucht. E. sagt dort — nachdem er alle bisherigen Staaten als reine Ausbeuterorganisationen geschildert hat, wörtlich: „Ausnahmsweise indes kommen Perioden vor, wo die kämpfenden Klassen einander so nahe das Gleichgewicht halten, daß die Staatsgewalt als scheinbare Vermittlerin momentan eine gewisse Selbständigkeit gegenüber beiden erhält.“ Wichtig ist, daß E. diese zwischen den Klassen vermittelnde Funktion des Staates ausdrücklich nur für einen Schein erklärt. Er will sie, obgleich er sie als Tatsache nicht recht leugnen kann, doch im Grunde nicht wahr haben<sup>5)</sup>. Er fährt fort: „So die

5) Im übrigen erklärt E. dieses scheinbare Sich-Loslösen des Staates von den gesellschaftlichen Klassen, dieses angebliche Sich über die Gesellschaftstellen als ein Wesensmerkmal des Staates überhaupt. „Der Staat — sagt E. in einer vielzitierten Stelle — ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht... Er ist vielmehr ein Produkt

absolute Monarchie des 17. und 18. Jahrhunderts, die Adel und Bürgertum gegeneinander balanciert, so der Bonapartismus des ersten und namentlich des zweiten französischen Kaiserreiches, der das Proletariat gegen die Bourgeoisie und die Bourgeoisie gegen das Proletariat ausspielte. Die neueste Leistung dieser Art, bei der Herrscher und Beherrschte gleich komisch erscheinen, ist das neue Deutsche Reich Bismarckscher Nation. Hier werden Kapitalisten und Arbeiter gegeneinander balanciert und gleichmäßig geprellt zum Besten der verkommenen preußischen Krautjunker.“ Das „momentan“ dauert also immerhin gut drei Jahrhunderte; die Rolle des Staates als Vermittler wird jedenfalls als ein lächerlicher Schwindel hingestellt, ein Schein, den er offenbar selbst zu erzeugen sucht. Wie im übrigen die von den Klassen losgelöste Staatsgewalt vom Standpunkt einer Soziologie des Klassenkampfes begriffen werden soll — oder sind die „verkommenen preußischen Krautjunker“ eine dritte Klasse? —, bleibt dunkel; auch daß dies die „feinere theoretische Analyse des Marxismus“ gegenüber einer „populären Darstellung“ sein soll, muß ernstlich bezweifelt werden. Im übrigen erklärt E. drei Zeilen weiter, „daß der Staat eine Organisation der besitzenden Klasse zum Schutze gegen die nichtbesitzende ist“, läßt sich also durch den drei Jahrhunderte aufrechterhaltenen Schein einer Vermittlerrolle des Staates nicht irreführen. Denn von seinem Standpunkt kann es ja eine Vermittlung zwischen den Klassen gar nicht geben.

In einem gegen die soeben ausgeführten Gedankengänge der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampfe verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der »Ordnung« halten soll.“ Aber doch wohl nicht dämpfen kann, da sie ja nur „scheinbar“ über den Klassen steht, in Wahrheit nur das Werkzeug einer dieser Klassen gegen die andern ist. Aber E. fährt fort: „Und diese aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat“. Der Staat schlecht-hin! Deutlich zeigt sich auch hier die schwankende Haltung, die E. gegenüber der Funktion des von den gesellschaftlichen Klassen sich emanzipierenden Staates, der den Klassengegensatz ausgleicht, einnimmt.

gerichteten Aufsatz sucht BAUER<sup>6)</sup> seine Theorie des Gleichgewichts der Klassenkräfte tiefer zu begründen und vor allem als streng marxistisch zu erweisen. Er tut dies in der Weise, daß er mehrere Stellen aus M.'s Schriften anführt, die tatsächlich den von BAUER ausgesprochenen Grundgedanken bestätigen, ja ihm eine noch weitere Anwendungsbasis geben, als BAUER ursprünglich selbst beanspruchte. In der Abhandlung „Die moralisierende Kritik und die kritische Moral“<sup>7)</sup> macht M. die Bemerkung: „Die moderne Geschichtschreibung hat nachgewiesen, wie die absolute Monarchie in den Übergangsperioden erscheint, wo die alten Feudalstände untergehen und der mittelalterliche Bürgerstand zur modernen Bourgeoisieklasse sich heranbildet, ohne daß noch eine der streitenden Parteien miteinander fertig geworden wäre.“ Was hier M. 1847 feststellt, ist keineswegs ein Resultat seiner spezifischen materialistischen Geschichtsauffassung, sondern ein Ergebnis der „modernen Geschichtschreibung“! Kein Wunder, wenn es mit der Staatsauffassung der materialistischen Geschichtsauffassung, der Klassenkampftheorie, in Widerspruch steht. Es ist BAUER durchaus zuzustimmen, wenn er, gestützt auf diese Stelle bei M. und eine — weniger klare — im Kommunistischen Manifest, zu dem Ergebnis gelangt, daß nicht nur die absolute Monarchie des 17. und 18. Jahrhunderts, sondern auch schon die ständische Monarchie — also der Staat des 15. und 16. Jahrhunderts — kein Klassenstaat war, da sich hier die Klassen das Gleichgewicht hielten, keine Klasse die andere beherrschte. Eigentlich sei nur die alte Feudalmonarchie, der reine Lehensstaat, eine Klassenherrschaft im Sinne gewesen, daß eine Klasse — die Grundherren — die anderen Klassen — Bürger und Bauern — niedergehalten habe. Auf die Frage, wer eigentlich die Herrschaft ausübe, wenn es keine Klasse ist, die die andere beherrscht, antwortet BAUER, gestützt auf die Äußerungen von E.: Die den Klassen gegenüber „verselbstän-

6) OTTO BAUER, Das Gleichgewicht der Klassenkräfte. (Der Kampf, XVII, 57 ff.) Ebenda S. 50 ff. meine Kritik des BAUERSchen Buches über die österr. Revolution u. d. T. „OTTO BAUERS politische Theorien“.

7) Aus dem lit. Nachlaß von MARX, ENGELS und LASSALLE, herausg. v. MEHRING, S. 468.

digte“ Staatsgewalt, die sich beide Klassen unterwirft. Wiederum taucht die vom Standpunkt der Klassenkampftheorie einer ökonomischen Geschichtsauffassung gänzlich rätselhafte, außerhalb des Klassengegensatzes stehende „Staatsgewalt“ auf, mit der ja eine „bürgerliche“ Geschichts- und Staatsauffassung ganz einverstanden sein könnte. Doch interessiert dies hier nicht weiter. Während auf dem Kontinent diese jenseits der Klassen stehende Staatsgewalt herrscht, stellt der Staat in England seit der Revolution von 1688 zwar auch keine Klassenherrschaft der Grundaristokratie oder der Bourgeoisie, sondern eine zwischen beiden geteilte Herrschaft dar. (Hier stützt sich BAUER auf Zitate aus M. „Die britische Konstitution“, „Die Wahlen in England“, „Palmerston und die englische Oligarchie“.) Zu einer reinen Klassenherrschaft der Bourgeoisie komme es erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts — in England sowohl wie auf dem Festland. Es ist die Periode der konstitutionellen Monarchie. BAUER sagt wörtlich: „Nach M.' eigener Darstellung stellt sich also die Entwicklung des Staates in der Geschichtsepoche des Aufstiegs der Bourgeoisie folgendermaßen dar: Am Anfang der Epoche war der Staat bloß Herrschaftsorganisation der Grundherrenklasse, an ihrem Ende bloße Herrschaftsorganisation der Bourgeoisie. Zwischen dem Feudalstaat und dem Bourgeoisstaat lag eine Periode des Gleichgewichts der Klassenkräfte, in der beide Klassen entweder unter die Herrschaft einer gegen beide verselbständigten Staatsgewalt fielen oder die Herrschaft miteinander teilen mußten.“ Aber auch „die durch den Weltkrieg hervorgerufenen Umwälzungen“ haben, nach BAUER, „in vielen Ländern“ und nicht bloß in Österreich, wie er in seiner „Geschichte der österreichischen Revolution“ behauptete, „einen Zustand des Gleichgewichts der Klassenkräfte herbeigeführt“, so daß auch diese Staaten nicht eigentlich als Klassenherrschaften bezeichnet werden können. Was bleibt also von der den Grund- und Eckstein der M.schen Staatsauffassung bildenden These übrig, daß der Staat seinem Wesen nach die Organisation zur ausbeutenden Herrschaft der einen Klasse über die andere sei? Diese These, die, gestützt auf Zitate aus M. und E., in unzähligen politischen Schriften von marxistischer Seite immer wiederholt wurde, die

die theoretische Grundlage für den politischen Kampf des marxistischen Sozialismus gegen den modernen Staat bildet, ist bei BAUER glatt fallen gelassen. Vergeblich versucht BAUER, diesen Grundgedanken der marxistischen Staatstheorie als „Vulgärmarxismus“ beiseitezuschieben und diesen Vulgärmarxismus dadurch zu diskreditieren, daß er ihn vorwirft, er vernachlässige oder übersehe die wichtigen „Modifikationen“, unter denen allein die angeführte These vom Standpunkt eines wissenschaftlich exakten Marxismus richtig sei. Denn diese „Modifikationen“ bedeuten in Wahrheit die Aufhebung der Regel. Und wenn BAUER den Mut zu der Behauptung aufbringt, der Satz des Kommunistischen Manifestes, die Staatsgewalt sei nur der geschäftsführende Ausschuß der Bourgeois-klasse, sei 1847 nur „die Beschreibung einer Tendenz künftiger Entwicklung“, so ist nur zu wünschen, daß dieser groß angelegte Rückzug der Marx-Interpretation nicht durch ein anderes Zitat aus dem Kommunistischen Manifest abgeschnitten werde, wo — 1847 — von einer „hundertjährigen Klassenherrschaft der Bourgeoisie“ gesprochen wird. Sollte wirklich nicht mehr die Ansicht gelten, daß die Verfasser des Kommunistischen Manifestes der Meinung waren, ihren Appell in einem Augenblick an das Proletariat zu richten, da die Klassenherrschaft der Bourgeoisie bereits ihren Höhepunkt erreicht hatte? Aber die Verfasser des Kommunistischen Manifestes haben ihre Meinung über den Grad der Klassenkampfentwicklung, den die historische Situation jeweils darstellte — und nicht nur darüber —, häufig geändert. Und darum kann man ohne weiteres zugeben, daß BAUERS Theorie vom „Gleichgewicht der Klassenkräfte“ sich ebensogut mit Zitaten aus M. und E. stützen läßt, wie der von ihm so genannte „Vulgärmarxismus“ jeden seiner Sätze aus der gleichen Quelle bewiesen hat. Und darum muß man — so paradox es ist — M.' Staatsauffassung keineswegs „mißverstehen“, wie BAUER mir vorwirft, wenn man „ihre Betätigung für unvereinbar mit ihr“ hält.

Gibt es ein Gleichgewicht der Klassenkräfte und kann dieses Gleichgewicht jahrhundertlang dauern, dann kann die soziale Entwicklung nicht, wie es die materialistische Geschichtsauffassung behauptet, in nichts anderem als in Klassenkämpfen



bestehen. Und dann ist kaum zu verstehen, was E. einige Seiten nach dem von BAUER für seine Theorie vom Gleichgewicht der Klassenkräfte berufenen Zitat aus dem „Ursprung der Familie etc.“ ausführt. Dort erklärt nämlich E., den Kerngedanken der Klassenkampftheorie wissenschaftlich und — seiner Ansicht nach wohl nicht „populär“ — darstellend: „Da die Grundlage der Zivilisation die Ausbeutung einer Klasse durch eine andere Klasse ist, so bewegt sich ihre ganze Entwicklung in einem fortwährenden Widerspruch. Jeder Fortschritt der Produktion ist gleichzeitig ein Rückschritt in der Sache der unterdrückten Klasse, d. h. der großen Mehrzahl. Jede Wohltat für die einen ist notwendig ein Übel für die andern, jede Befreiung für die eine Klasse eine neue Unterdrückung für die andere Klasse.“ Dabei setzt E. voraus, daß alle Wohltat auf seiten der Kapitalisten, alle Übel auf seiten der Proletarier sind, denn er charakterisiert die moderne Zivilisation dahin, daß sie „einer Klasse so ziemlich alle Rechte zuweist, der anderen dagegen so ziemlich alle Pflichten“. Alle Kräfte drängen dazu, den Gegensatz der Klassen zu verschärfen, entgegengesetzt wirkende Kräfte werden — weil sie nicht in das Bild dieser Klassenkampftheorie passen — ignoriert. Und darum ist es nur selbstverständlich, daß im Rahmen dieses politischen Systems für den Gedanken eines politischen Zusammenwirkens der Klassen in der Regierung eines Staates kein Platz ist. Das zeigen deutlich die Anschauungen, die E. gerade in diesem von OTTO BAUER zit. Zusammenhang über das allgemeine Stimmrecht äußert, das ja der Weg ist, auf dem die Sozialdemokratie in die Koalitionsregierung gelangt ist. Auch das allgemeine Stimmrecht sei nur ein Instrument der herrschenden Klasse, fraglich nur, ob es in Deutschland BISMARCK oder BLEICHRÖDER höher gehoben habe. Höchstens als „Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse“ komme es in Betracht. „Mehr“ — d. h. doch wohl die Form oder das Mittel zu einer Mitregierung — „kann und wird es nie sein im heutigen Staate; aber das genügt auch. An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran

sie sind.“ Was mit dieser Andeutung gemeint ist, kann wohl nicht mißverstanden werden: Revolution, Diktatur des Proletariates, nicht aber friedliche Übernahme der Staatsgewalt gemeinsam mit den Kapitalisten!

Gerade diesen politischen Zustand schildert aber BAUER in den rosigsten Farben. Wenn er die deutsch-österreichische Republik als eine wahrhafte Volksrepublik bezeichnet, so tut er es darum, weil er in ihr die Verwirklichung einer nicht bloß formalen, sondern einer „funktionellen“ Demokratie sieht. Da die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung alle Regierungsmaßnahmen vorher mit den interessierten proletarischen Organisationen vereinbarten, stand die Regierung unter der wirksamen Kontrolle „der nach Beruf oder Arbeitsstätte, also nach ihrer gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Funktion zusammengefaßten und gegliederten Staatsbürger.“ Dahingestellt sei, ob ein solches Organisationsprinzip, sofern es das Majoritätsprinzip ausschließt, wirklich noch „demokratisch“ ist. Bedeutsam ist, daß sich ein Marxist auf den Boden solcher organischer Auffassung der Gesellschaft stellt, die die einzelnen sozialen Gruppen nach der Bedeutung ihrer Funktion für das Ganze des sozialen Körpers beurteilt und wohl nur schwer mit jener Klassenkampftheorie vereinbar ist, die ausschließliche Herrschaft für eine einzige Gruppe in Anspruch nimmt, die ohne jede Rücksicht auf funktionelle Differenzen als eine einzige homogene Masse, als die Klasse des Proletariats, auftritt, und deren Herrschaftsanspruch sich kaum anders als in der von M. und E. immer wieder betonten Tatsache rechtfertigt, daß sie gegenüber der Kapitalistenklasse die überwiegende Mehrheit bildet. Eine auf dem Gedanken der Funktion fürs Ganze gestützte organische Gesellschaftstheorie müßte, konsequent durchdacht, zu der für einen Marxisten recht schwer zu beantwortenden Frage kommen, welches eigentlich das Maß der Bedeutung sei, das die Funktion der Handarbeiter im Verhältnis zu jener der Kopfarbeiter und insbesondere der Unternehmer in einer Gesellschaft sei, in der das Privateigentum — aus zwingenden Gründen, die BAUER selbst anführt — nicht aufgehoben werden kann und von dem Proletariat freiwillig nicht aufgehoben wurde, obgleich es faktisch die Macht hatte. Ja,

schon der Begriff eines sozialen Ganzen, für das die Arbeiter nur eine Teilfunktion neben der Funktion der Unternehmer leisten — ohne dieses „Ganze“ ist der Begriff der „Funktion“ nicht möglich —, muß in einen unlöslichen Konflikt mit allen Begriffen der Klassenkampftheorie geraten, die in einer ganz anderen geistigen Sphäre steht. Im Sinne des Marxismus könnte von solch organischer Funktion innerhalb eines einheitlichen Ganzen nur in der kommunistischen Zukunftsgesellschaft die Rede sein.

Das Lob, das BAUER der nach dem Umsturz etablierten deutsch-österreichischen Volksrepublik spendet, begründet er auch mit der spezifischen Regierungsmethode dieses Staates. Geist und nicht Gewalt war das Mittel, dessen sich die Regierung bedienen mußte, um die Massen in den Schranken der Ordnung zu halten, eine Ordnung, die, ökonomisch betrachtet, die gleiche war, wie die des alten Österreich, eine kapitalistische, das Privateigentum an den Produktionsmitteln garantierende Rechtsordnung. BAUER glaubt mit besonderem Nachdruck betonen zu sollen, daß zur Niederhaltung des Proletariates der Koalitionsregierung keine Armee zur Verfügung stand, daß die Arbeiter nur durch die eigene Einsicht in die internationale Lage von der Errichtung der Proletarierdiktatur zurückgehalten wurden, daß die Regierung nur durch geistige Mittel diese Einsicht und Selbstbeschränkung der Massen erzielen konnte. Nicht etwa, daß Deutschösterreich keine Armee gehabt hätte. Die Organisation einer bewaffneten Macht war gerade die erste und mit größter Energie betriebene Tat der Sozialdemokratie. Aber diese Armee, ausschließlich aus Anhängern der Sozialdemokratie und Kommunisten gebildet, stand dem sozialdemokratischen Kanzler gegen das Proletariat nicht zur Verfügung. Aber irgendeinen Zweck mußte doch der sozialdemokratische Kriegsminister mit dieser Armee verfolgen, und man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man dabei an die — noch immer die Mehrheit des deutsch-österreichischen Volkes bildende! — nichtproletarische Masse denkt. Also dürfte wohl das Wesen dieser Volksrepublik zum Unterschied von einem Klassenstaat nicht ganz restlos in dem Gegensatz von Geist und Gewalt aufgehen. Im übrigen muß man den Mut bewundern, mit dem OTTO

BAUER als die Aufgabe der Revolutionsregierung bekennt, das Proletariat an einer Revolution zu hindern, „zu verhüten“ — wie er wörtlich sagt —, „daß die neu errungene Freiheit der durch vierjährigen Krieg verrohten Massen zu zügelloser Gewalttätigkeit entarte“. So sprach vordem der „Bourgeois“ von Revolution; so sieht etwa Revolution von der Regierungsbank aus — auch wenn Revolutionäre auf ihr sitzen. „Marxisten“, die es ablehnen, die Sache des Sozialismus durch eine zu enge Verflechtung mit diesem von einer Koalitionsregierung geleiteten, das Privateigentum garantierenden Staate zu kompromittieren, werden gegen BAUER einwenden, daß das Proletariat in Deutschösterreich keineswegs „freiwillig“ auf die programmatische Eroberung der politischen Macht verzichtet habe. Daß es zwar nicht die Armee der eigenen Kapitalisten, aber die der kapitalistischen Nachbarstaaten gewesen sei, die eine soziale Revolution in Deutschösterreich unmöglich gemacht habe, daß es angesichts der Solidarität des internationalen Kapitals kurzzeitig sei, von einem Gleichgewicht der Klassenkräfte in Deutschösterreich zu sprechen. Zweifellos wäre ein solches Argument nicht ganz von der Hand zu weisen. Auch ist zu bedenken, daß in Deutschösterreich zwar keine Armee gegen die Besitzlosen stand, daß aber Gericht und Polizei, also der ganze für gewöhnlich im Innern eines Staates verwendete Zwangsapparat zur Aufrechterhaltung der im wesentlichen kapitalistisch gebliebenen Wirtschaftsordnung, ungestört weiter funktionierte. Dennoch hat BAUER im wesentlichen richtig gesehen. Gewiß, das Proletariat hätte, gestützt auf die ihm ergebene Armee, gegen die äußerlich relativ machtlose Bourgeoisie alles durchsetzen können, hat sich aber — aus Rücksicht auf internationale Widerstände — selbst beschränkt. Aber ist es denn nicht ganz ähnlich, wenn — um in der marxistischen Darstellung der Situation zu sprechen — die Kapitalistenklasse trotz der ihr zur Verfügung stehenden Armee nicht bis zum äußersten Grad der politischen und ökonomischen Ausbeutung des Proletariates geht? Ist die sozialpolitische Gesetzgebung, ist vor allem die politische Gleichberechtigung von der Arbeiterklasse nicht meist schon in einer Zeit erzwungen worden, da alle Gewehre der Gegenseite zur Verfügung standen?

Auch hier zeigt sich, daß der Gegensatz von Geist und Gewalt für die Darstellung der sozialen Verhältnisse nicht unbedingt anwendbar ist. Auch die „Gewalt“ wirkt letztlich durch den Geist; auch der Geist ist Gewalt, wirkt in und durch Gewalt.

Trotzdem Deutschösterreich seit dem Oktober 1920 von einer rein bürgerlichen Regierung geleitet wird, hält es BAUER noch immer für keinen Klassenstaat, sondern eine Volksrepublik. Und mit Recht; denn es ist tatsächlich von untergeordneter Bedeutung, ob das reale Kräfteverhältnis zwischen den Klassen äußerlich in einer Koalitionsregierung zum Ausdruck kommt oder nicht. An diesem Kräfteverhältnis aber hat sich auch nach der Übernahme der Regierung durch die bürgerlichen Parteien nichts Wesentliches geändert. Es scheint zwar zunächst, als ob BAUER seit dem Vertrag von Genf im Oktober 1922 eine „Restauration der Bourgeoisie“ für gekommen hält; er sieht nämlich in diesem Vertrag einen Versuch der Bourgeoisie, „mit Hilfe des ausländischen Goldes ihre Klassenherrschaft in der Republik aufzurichten“. Allein sieht man näher zu, so geht aus der Darstellung BAUERS selbst hervor, daß dieser Versuch — wenn der Genfer Vertrag überhaupt so gedeutet werden kann — mißlungen ist. Denn nach wie vor beherrscht die Sozialdemokratie die österreichische Wehrmacht, nach wie vor ist sie im Besitz aller maßgebenden Arbeiterorganisationen, insbesondere der Eisenbahner. Auch kann ernstlich gar nicht daran gezweifelt werden, daß auch eine Koalitionsregierung nicht auf ausländische Kredite hätte verzichten können, und daß sie solche Kredite unter den Bedingungen, unter denen sie eben allein zu haben waren — Finanzkontrolle vor allem —, auch genommen hätte. Daß durch eine Koalitionsregierung bessere Bedingungen für die ausländischen Kredite erzielt worden wären, daß sie durch eine intensivere Inanspruchnahme der Steuerkraft des inländischen Kapitals die Abhängigkeit vom ausländischen verringert hätte, soll nicht geleugnet werden. Doch handelt es sich dabei nur um Nuancen. Nur auf der Grundlage der durch die Kredite bewirkten Stabilisierung der Valuta konnte die sozialdemokratische Regierung des Landes Wien ihre so erfolgreiche Finanz- und Sozialpolitik durchführen. Die Stabilisierung der Krone brachte aber auch dem Arbeiter

den wertbeständigen Lohn und sohin eine nicht zu unterschätzende Stärkung seiner wirtschaftlichen Position. Von der mit der Stabilisierung verbundenen vorübergehenden Wirtschaftskrisis ist aber der Unternehmer nicht minder betroffen als der Arbeiter. Es ist daher eine gewisse Überschätzung, wenn BAUER von dem über den Genfer Erfolg gehobenen Selbstgefühl der bürgerlichen Parteien meint: „Mit einem Schlage wälzte der Genfer Vertrag die Machtverhältnisse zwischen den Klassen um.“ Denn, ein paar Seiten später, gibt er zu, daß die Restauration der Bourgeoisie noch nicht vollzogen sei, da eben das Proletariat noch immer über dieselben Machtpositionen verfügt, wie unter der Koalitionsregierung. Bester Beweis dafür: BAUER hält eine Koalitionsregierung nicht für gänzlich ausgeschlossen.

Doch kommt es in diesem Zusammenhange nicht so sehr auf die politische Beurteilung irgendeiner konkreten Situation an. Bedeutsam ist, daß dasjenige, was BAUER den „Gleichgewichtszustand“ der Klassenkräfte nennt, keineswegs ein unmittelbares Produkt des militärischen Zusammenbruches ist, sondern das Ergebnis eines langsamen Prozesses, der längst vor dem Kriege mit dem Erstarken des Proletariates seinen Anfang nahm. Es ist nicht so, daß vor dem Umsturz alle Macht auf seiten der Bourgeoisie und alle Ohnmacht auf seiten des Proletariates lag, daß die eine über die andere Klasse bedingungslos herrschte, wie es nach der üblichen Darstellung der Klassenkampftheorie scheinen möchte, und daß mit dem Umsturz ein Gleichgewichtszustand eintrat. Sondern es ist so, daß sich das Proletariat mit zunehmender Selbstorganisation der Beherrschung durch die Bourgeoisie schrittweise entzog, daß es schon längst vor dem Umsturz eine Macht darstellte, die die Bourgeoisie zu einer sehr erheblichen Einschränkung ihrer „Herrschaft“ zwang, daß das Verhältnis zwischen beiden Klassen auch in dem als nackten Bourgeoisstaat angesprochenen Gemeinwesen (speziell der konstitutionellen Monarchie des 19. Jahrhunderts) nicht das von Herrschern und Beherrschten, sondern voneinander entgegengesetzt wirkenden Kräften war, so daß schon in diesem Staate in einem gewissen Sinne die Klassen die Macht miteinander teilen mußten, weil schon in diesem Staate keine Klasse stark

genug war, der anderen die Bedingungen ihrer Existenz einseitig zu diktieren, der Inhalt der Rechtsordnung nur mehr ein Kompromiß darstellte, die Wirksamkeit des Staates — um mit BAUER zu reden — die Resultierende der Kräfte aller Klassen des Volkes war. Der unzweifelhafte Machtgewinn, den der politische Umsturz des Jahres 1918 dem Proletariate brachte, ist keineswegs so wesentlich, daß man den Staat vor 1918 dem nachher als ausbeuterischen Klassenstaat der Volksrepublik entgegensetzen kann. Die steigende Lebenshaltung der Arbeiter in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege, das allgemeine Wahlrecht, die sozialpolitische Gesetzgebung, deren radikale Fortbildung nur der Krieg verhinderte, sind unendlich viel mehr als alles, was die Nachkriegszeit an Reformen für die Arbeiter gebracht hat, zumal wenn man das durch den Krieg verursachte wirtschaftliche Elend in Rechnung zieht, das allen Reformen natürliche Grenzen setzt. Ja, es muß sogar ernstlich bezweifelt werden, ob in dem Staate der Koalitionsregierung wirklich von einem „Gleichgewichte“ der Klassen gesprochen werden kann, solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung und somit das Ausbeutungsverhältnis grundsätzlich aufrechterhalten bleibt, wenn es auch wesentlich gemildert ist. Liegt darin nicht eine gewisse Überschätzung der äußeren politischen Formen auf Kosten der realen ökonomischen Tatsachen<sup>8)</sup>? Man muß gar nicht Marxist sein, um dies gegen BAUER einzuwenden.

8) Die ökonomischen Tatsachen, die doch vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung für die Deutung einer historischen Situation allein entscheidend sein müßten, kommen auch sonst in BAUERS Theorie des „Gleichgewichts der Klassenkräfte“ zu kurz. So, wenn er allen Ernstes behauptet, während der französischen Revolution von 1848 habe „vom März bis zum Mai in Paris ein Zustand des Gleichgewichts der Klassenkräfte“ bestanden. („Das Gleichgewicht der Klassenkräfte“ a. a. O. S. 30.) Denn die revolutionäre Regierung sei keine reine Regierung des Proletariats, sondern eine Koalitionsregierung gewesen, an der auch andere Klassen beteiligt waren. Allein welche Verschiebungen in der ökonomischen Struktur Frankreichs haben sich während dieser paar Wochen vollzogen? Was hat sich an dem Ausbeutungsverhältnis geändert? Es wäre gewiß peinlich, wenn von marxistischer Seite zugegeben werden müßte, daß sich an dem durch die Eigentumsordnung garantierten Ausbeutungsverhältnis nichts ändert, auch wenn Vertreter der sozialistischen Partei in einer Regierung sitzen, die die Eigentumsordnung —

Wer in der deutsch-österreichischen Republik von 1918 bis 1923 keinen Klassenstaat mehr sieht, der kann auch den ganzen modernen Staat, so wie er sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelt, nicht mehr als Klassenstaat bezeichnen, der hat aber auch die marxistische Methode überwunden, die qualitative, prinzipielle Gegensätze behauptet, wo nur quantitative Differenzen bestehen. Und der kann sich auf die Dauer auch nicht der Erkenntnis verschließen, daß, so wie den Klassenstaat vor dem Umsturz von der wahren Volksrepublik der Koalitionsregierung, so auch diesen Staat von einem künftigen, dem sozialistischen Ideal ganz entsprechenden sozialen Gebilde nur eine Graddifferenz trennt, die durch zielbewußte Reform erfüllt werden kann, nicht durch Revolution übersprungen werden muß. Weil in der von BAUER mit sichtlichcr Zufriedenheit geschilderten Volksrepublik doch alle Voraussetzungen zu einer schrittweisen Annäherung an den sozialen Idealzustand im Sinne des Sozialismus liegen, ist es gänzlich unverständlich, wie man von dieser Basis die Perspektive zu neuer Revolution, Diktatur des Proletariates usw., gewinnen kann. Nicht daß sie als ausgeschlossen erklärt werden müßte. Nur daß gerade die Volksrepublik nicht die Voraussetzungen für sie liefert, sondern nach der entgegengesetzten Richtung wirkt. Wenn OTTO BAUER trotzdem auf diese revolutionäre Perspektive nicht verzichten zu können glaubt, indem er argumentiert: Der Gleichgewichtszustand ist nur vorübergehend, jede der beiden Klassen strebt ja im Grunde doch nur danach, die andere zu beherrschen, der Klassenkampf geht weiter und führt schließlich doch zur proletarischen Revolution, wenn er mit dieser Prognose die marxistische Formel für die Zukunft wieder aufnimmt, nachdem er sie für die Gegenwart fallen gelassen, so hat er damit den Wechsel, mit dem er sich nun einmal der marxistischen politischen Theorie verpflichtet hat, bis zu einem recht ungewissen Termin prolongiert.

Die Wendung der politischen Theorie des Marxismus vom

---

aus verschiedenen Gründen — nicht aufheben kann. Muß aber darum schon eine ganz vorübergehende Koalitionsregierung von Sozialisten und Bürgerlichen als „Gleichgewicht der Klassenkräfte“ von der materialistischen Geschichtsauffassung legitimiert werden?



Anarchismus zu einem energischen Etatismus zeigt sich deutlich auch in dem programmatischen Aufsatz „Probleme der Zeit“, mit dem RUDOLF HILFERDING seine neue Zeitschrift „Die Gesellschaft“ eröffnet, die an Stelle der „Neuen Zeit“ getreten ist und — mit den Worten KAUTSKYS — der „neuen Phase des Marxismus mit ihren neuen Aufgaben“ als neues Organ dienen soll. In diesem Aufsatz erklärt HILFERDING, daß die Einstellung der Arbeiterschaft und des Sozialismus zum Staate eine andere geworden sei. Es gelte nicht mehr, den Staat zu negieren, sondern die Macht des Staates für die Arbeiterschaft auszunützen (S. 8, 12, 13). Sehr interessant und im wesentlichen zutreffend ist, was HILFERDING zur Erklärung dieser Wendung vorbringt. Er führt die staatsverneinende Haltung des Marxismus vor dem Umsturz auf zwei Umstände zurück: auf die ablehnende Haltung des Staates, der das Proletariat von jeder Teilnahme an der politisch entscheidenden Willensbildung ausschloß, und auf die Theorie der herrschenden Klasse, die den historisch konkreten Staat mit dem Staat schlechthin identifizierte. Der Marxismus nahm diese Theorie nur beim Wort, wenn er seinen Kampf gegen einen historisch bestimmten Staat, als Kampf gegen den Staat überhaupt führte. „In Deutschland hatte sich sozialistische Politik in einem halb absolutistischen, undemokratischen Staate entwickelt, hatte sich die Praxis der größten demokratischen Partei gleichsam im politisch luftverdünnten Raum herausgebildet. Die Massen standen einem starren, unnachgiebigen, parlamentarisch in allen entscheidenden Dingen kaum beeinflussbaren System gegenüber. Nicht Änderung, die kaum möglich schien, sondern Beseitigung dieser Staatsform, die zugleich der Staat an sich schien, mußte so naturgemäß sich als politisches Endziel ergeben. Und die Identifizierung zwischen Staatsform und Staat lag um so näher, da die herrschende Staatstheorie den Staat unabhängig von seiner Form absolutiert, ihn zu einer Art metaphysischen Wesens mystifiziert hatte, das im Grunde von allem Wechsel der Politik unberührt blieb: der Staat war im Gegensatz zu der historisch wechselnden Gesellschaftsform etwas ewig Seiendes, im Wesen unveränderlich. Und dieser Staat erschien der deutschen Arbeiterbewegung als Hemmung und Hindernis auf allen Wegen ;

die Kritik an der Staatsform mußte so dazu führen, den Staat selbst zu negieren“ (S. 12). „Erst nach dem Kriege hat die deutsche und ein großer Teil der europäischen Arbeiterbewegung das große Erlebnis der Demokratie erfahren. Es mußte infolge der Plötzlichkeit des Umschwungs um so stärker wirken. Die Arbeiterschaft betrachtet die Republik als ihr Werk; sie ist Träger dieser Staatsform, die ohne ihre leidenschaftliche Unterstützung und Verteidigung unmöglich wäre. . . . Nicht der demokratische Staat kann ihr jetzt als Hindernis erscheinen, sondern soziale und davon abhängige geistige Einflüsse. Die Einstellung zum Staate ist daher auch eine andere. Das Bedürfnis nach einer umfassenden Staatstheorie ist geweckt“ (S. 13).

### III.

Rückhaltloser als KAUTSKY und OTTO BAUER, die ihre Darstellung noch nicht in direktem Widerspruch zu M. und E. führen wollen, und darum unzweideutiger als beide bricht der vorzügliche Soziologe HEINRICH CUNOW, einer der besten Theoretiker des Marxismus<sup>9)</sup>, mit der politischen Theorie von M. und E. Indem er erkennt, daß der Staat sich in zunehmendem Maße in den Dienst der Interessen der großen Massen stellt, sieht er auch, daß sich das seelische Verhältnis dieser Massen zum Staate ändern kann und ändern soll, die zu dem Bewußtsein kommen oder doch gebracht werden sollen: „Der Staat sind wir.“ CUNOW schließt daraus mit Recht: „Die Entwicklung des Staates hat demnach eine andere Richtung genommen, wie M. und E. in ihrer Beeinflussung durch liberal-anarchistische Zeitströmungen glaubten. Der Staat wird nicht überflüssig; er verliert nicht, wie E. meint, einen immer größeren Teil seiner einstigen Funktionen an die Gesellschaft, sondern er übernimmt im Gegenteil immer weitere soziale Aufgaben und erweitert dadurch seine Verwaltungsmaschinerie.“ Fallen muß daher nach CUNOW die „aus einem halbutopistisch-anarchistischen Revolutionarismus heraus konstruierte Hypothese von der baldigen Abschaffung oder Auflösung des Staates“. „Die neue Entwicklungsphase wird nicht, wie M. unterstellt, darin bestehen, daß der kapitalistische Staat

9) In seinem Buche, Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie. I. Bd. Berlin 1920.

unter Übertragung seiner Funktionen an die Gesellschaft sich in dieser auflöst, sondern daß an seine Stelle auf der Grundlage einer neuen Gesellschaftsordnung ein neuer, höher entwickelter Staat tritt: der sozialistische Wirtschafts- und Verwaltungsstaat<sup>10)</sup>.“

Es ist von größter symptomatischer Bedeutung, daß die in vieler Hinsicht vorzügliche Schrift CUNOWS nach einem kurzen Rückblick auf die durch das doktrinaire, aus dem M.-E.schen Dogma vom Absterben des Staates noch nachwirkende staatsfeindliche und widerspruchsvolle Haltung der deutschen Sozialdemokratischen Partei in den Fragen des sog. Staatssozialismus, mit einem Zitat aus LASSALLES<sup>11)</sup> „Arbeiterprogramm“ schließt. Es ist der Staatsbegriff Ls, den CUNOW der M.-E.schen Lehre entgegensetzt: „Der Zweck des Staates ist nicht der, dem einzelnen nur die persönliche Freiheit und das Eigentum zu schützen, mit welchem er nach der Idee der Bourgeoisie angeblich schon in den Staat eintritt; der Zweck des Staates ist vielmehr gerade der, durch diese Vereinigung die einzelnen in den Stand zu setzen, solche Zwecke, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als einzelne nie erreichen könnten, sie zu befähigen, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen sämtlich als einzelnen schlechthin unersteiglich wäre.“ Es ist die „Staatsidee des Arbeiterstandes“, die hier L. im bewußten Gegensatz zur „Staatsidee des Liberalismus“ entwickelt und von der, da sie den Staatszweck darauf beschränkt, „die persönliche Freiheit des einzelnen und sein Eigentum zu schützen“, L. erklärt: „Wollte die Bourgeoisie konsequent ihr letztes Wort aussprechen, so müßte sie gestehen, daß nach diesen ihren Gedanken, wenn es keine Räuber und Diebe gäbe, der Staat überhaupt ganz überflüssig sei.“ Es ist die sich selbst aufhebende „Nachtwächteridee“ des Staates. Es ist im Grunde genommen die M.-E.sche Staatsidee. Und gerade mit Rücksicht auf diese und den Wesensgegensatz, der zwischen der ökonomi-

10) Den extrem anarchistischen Standpunkt der marxistischen Theorie behauptet heute — abgesehen von bolschewistischen Theoretikern — nur noch MAX ADLER in seinem gegen die erste Auflage meiner Schrift „Sozialismus und Staat“ gerichteten Buche: Die Staatsauffassung des Marxismus (Marx-Studien IV/1. Wien 1922).

11) Der Name LASSALLE wird im folgenden abgekürzt in L.

sehen Grundanschauung des Sozialismus und des Liberalismus besteht und bestehen muß, ist es nicht überflüssig, sich heute wieder daran zu erinnern, was L. in einer seiner glänzendsten Reden sagte, in denen er sich gegen die Anklage verteidigte, durch sein „Arbeiterprogramm“ die besitzlosen Klassen zu Haß und Verachtung gegen die Besitzenden angereizt zu haben. Es war nicht bloß der sehr naheliegende Versuch des sich Verteidigenden, das Gericht durch eine *captatio benevolentiae* zu gewinnen, es war vom höchsten Standpunkt einer „soziologischen“ Erkenntnis richtig, wenn L. seine Richter als Organe eines, weder der Idee noch der Wirklichkeit nach ausschließlich im Interesse der Besitzenden funktionierenden Staatsapparates in einen Gegensatz zu den Repräsentanten jener „Nachtwächteridee des Staates“ stellte und mit den Worten apostrophierte: „Sie, meine Herren, gehören ja nicht den Manchester-Männern an, jenen modernen Barbaren, welche den Staat hassen, nicht diesen oder jenen bestimmten Staat, nicht diese oder jene Staatsform, sondern den Staat überhaupt, und welche, wie sie das hin und wieder deutlich eingestanden, am liebsten allen Staat abschaffen, Justiz und Polizei an den Mindestfordernden verganten und den Krieg durch Aktiengesellschaften betreiben lassen möchten, damit nirgends im ganzen All noch ein wirklicher Punkt sei, von welchem aus ihrer kapitalbewaffneten Ausbeutungssucht ein Widerstand geleistet werden könnte.“ Und weil die erste Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands auf Grundlage eines von L. entworfenen Programms, seines berühmten Offenen Antwortschreibens an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemein deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig, geschaffen wurde, und weil dessen Grundgedanken, trotz aller späteren marxistisch orientierten „Parteiprogramme“, die eigentlichen Richtlinien für die praktische Realpolitik der deutschen Sozialdemokratie geblieben sind, ist es nützlich, sich gerade in diesem Zusammenhange, gerade angesichts des offenbaren Zusammenbruchs der spezifisch marxistischen politischen Theorie, diese Grundgedanken wieder in Erinnerung zu bringen. Das Antwortschreiben beginnt mit dem Appell an die Arbeiterschaft, sich als politische Partei im Gegensatz und unabhängig von der liberalen Fortschrittspartei

zu organisieren. Es fordert die Lösung der sozialen Frage, die Aufhebung des ehernen Lohngesetzes durch die Aufhebung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit, dadurch, daß die Arbeiter selbst Unternehmer werden. Und als das Mittel, die Aufhebung zu bewirken, wird der Staat erkannt. Zunächst nur Staatshilfe für Produktivassoziationen der Arbeiter. Das scheint heute freilich schon recht veraltet, ist aber doch nicht wesentlich verschieden von dem, was heute „gemeinwirtschaftlicher Betrieb“ und „Sozialisierung“ heißt, wenn auch die marxistische Terminologie die tatsächlich maßgebende und unvermeidliche Beziehung dieser Gebilde zum Staate lieber verdunkelt. Das eigentliche Ziel L.s aber ist: durch das allgemeine gleiche Wahlrecht, das es vor allem zu erkämpfen gilt, die sozialistische demokratische Republik! Im Antwortschreiben ruft L.: „Was ist der Staat? frage ich, und Sie ersehen aus wenigen Zahlen“ (mit denen L. zeigt, daß der weitaus größte Teil des den Staat bildenden Volkes zur besitzlosen Klasse gehöre) „handgreiflicher als aus dicken Büchern die Antwort: Ihre, der ärmeren Klassen große Assoziation — das ist der Staat.“ Und dieser Satz ist zumindest ebenso wahr, wie die M.-E.sche Formel, derzufolge der Staat nur die besitzende Klasse sein soll. Und weil schon der Staat von heute, wenn auch nur in diesem ungenügenden Maße. Staat der besitzlosen Arbeiter ist, darum kann es der Staat von Morgen in einem besseren Sinne sein. „Der einzige Ausweg für die Arbeiter kann daher nur durch die Sphäre gehen, innerhalb deren sie noch als Menschen gelten, d.h. durch den Staat, durch einen solchen eben, der sich zu seiner Aufgabe machen wird, was auf die Länge der Zeit unvermeidlich. Daher der instinktive, aber grenzenlose Haß der liberalen Bourgeoisie gegen den Staatsbegriff selbst in jeder seiner Erscheinungen.“ Von diesem Staate spricht L. im Arbeiterprogramm als von dem Staate, „welcher unter die Herrschaft der Idee des Arbeiterstandes gesetzt wird“, und der, wie es ja schon alle Staaten bisher, aber nur „unbewußt und widerwillig“ getan haben, ein „sittliches“ Ziel verfolgen wird. Und wenn auch das überaus rosige Bild, das L. hier von der sozialistischen Republik entworfen hat, immerhin als eine rhetorische Übertreibung gelten, die geschilderte „Summe von Glück, Bil-

ding, Wohlsein und Freiheit, wie sie ohne Beispiel dasteht in der Weltgeschichte und gegen welche selbst die gerühmtesten Zustände in früheren Zeiten in ein verblissenes Schattenbild zurücktreten“, noch in recht weiten Fernen liegen mag, so ist doch ein anderes Ziel, das L. gesehen, wenigstens zum Teil schon erreicht: „Wir müssen alle wollen: Großdeutschland, moins les dynasties.“

Manchen mag zur Zeit L.s die Befreiung von den Dynastien schwerer erschienen sein, als die Verwirklichung von Großdeutschland. Heute haben wir jene und entbehren noch immer dieses. Und gerade darum, gerade weil L. vielleicht tiefer als M. und E. empfunden hat, daß die nationale Einigung in der historischen Entwicklung zu höheren internationalen Formen eine Stufe ist, die nicht übersprungen werden kann, gerade weil sich heute mit voller Deutlichkeit zeigt, welche Nachteile die mangelnde nationale Einheit auch für die Arbeiterklasse hat, in einer Zeit, da deutsche Arbeiter im Kampf gegen französischen Imperialismus für den ganzen deutschen Staat und nicht bloß für ihre Klasseninteressen eingestanden sind, um diesen Staat, ihren Staat, gegen die fürchterlichen Auswirkungen einer militärischen Niederlage zu verteidigen, die in erster Linie diese Arbeiter selbst trifft, muß des Wortes gedacht werden, das L. in seiner zweiten Abhandlung über Verfassungswesen gesprochen hat: „Geraten wir also in einen großen äußerlichen Krieg, so können in demselben wohl unsere einzelnen Regierungen, die sächsische, preußische, bayerische, zusammenbrechen, aber wie ein Phönix wird sich aus der Asche derselben unzerstörbar erheben das, worauf es uns allein ankommen kann — das deutsche Volk.“

Es gehört zu den Paradoxien der Geschichte, daß es später nicht L., sondern M. war, der die Ideologie — wenn auch nicht die reale Politik — der größten proletarischen Bewegung, der deutschen Arbeiterpartei, bestimmte. Nicht darum ist das so seltsam, weil sich die für die Politik entscheidenden Tatsachen der historischen Wirklichkeit nicht selten zu den M.schen Prognosen in Widerspruch gestellt haben, sondern darum, weil L.s politische Konzeption, in der Form hinreißend, im besten Sinne

des Wortes volkstümlich und jedermann verständlich dargestellt, ganz und gar auf dem Boden des in absehbarer Zeit Erreichbaren steht, überall an das schon Gewordene anknüpft und in seinen Zielen dem ursprünglichen und nun einmal als Tatsache nicht wegzuleugnenden nationalen und staatsbejahenden Empfinden der deutschen Arbeiter unendlich näherstehen müsste, als das in ein schwerfälliges theoretisch-„soziologisches“ Gewand verkleidete, für die breiten Massen gänzlich unverständliche M.-E.sche System mit seinen wirklichkeitsfernen Abstraktionen. Das gilt nicht etwa nur für das M.sche Kapital, das man zu einer Art „Bibel des Proletariats“ glorifiziert hat, obgleich es nur hochqualifizierten Fachgelehrten faßbar ist; das gilt auch für die kleineren politischen Schriften von M., ja sogar für die Werke von E., deren temperamentvollere Diktion sie den Massen näherbringen könnte, die aber trotzdem nur — man denke etwa an die beiden Hauptwerke, den Anti-Dühring und den Ursprung der Familie — einen durchaus „literarischen“ Charakter haben. Das ist wahrlich keine „proletarische Wissenschaft“. Aber es ist die „Ideologie“ der proletarischpolitischen Bewegung, und die Ideologie steht zum realen Gehalt dieser Bewegung in einem immer deutlicher werdenden Widerspruch.

Der Weltkrieg und seine Wirkungen haben zu einer Krisis des Marxismus geführt; doch ist dies nur die Krisis einer speziellen Ideologie des Sozialismus, nicht des Sozialismus selbst. Rein äußerlich drückt sich dies schon darin aus, daß das politische Schwergewicht der internationalen Arbeiterbewegung nicht mehr bei der deutschen Sozialdemokratie, der eigentlichen Trägerin der marxistischen Ideologie, sondern bei der englischen Arbeiterpartei liegt, die dem Marxismus — zumal als einer bloß „soziologischen Methode“ — kalt und innerlich fremd gegenübersteht, und deren Ideologie von allem Anfang an bewußt ethischen Charakter hatte. Ein klassisches Beispiel dafür sind die Schriften des jetzigen Führers der englischen Arbeiterpartei J. RAMSAY MAC-DONALD, vor allem sein programmatisches Werk „Sozialismus und Regierung“<sup>12)</sup>. Es ist eine offene Kriegserklärung an

12) Deutsch, mit Vorwort von EDUARD BERNSTEIN 1912 bei Eugen Diederichs in Jena.

die Klassenkampf- und die auf ihr aufgebaute Staatstheorie der materialistischen Geschichtsauffassung. Dass der Staat nichts als ein Instrument kapitalistischer Unterdrückung sei und daher mit Beseitigung der Ausbeutung absterben müsse — auch MAC-DONALD hat vom Marxismus diese „vulgäre“ Vorstellung! — wird als „unzulänglich und schief“ bezeichnet. „Nie ist ein Denker von einer Formel und einem Dogma gründlicher irreführt worden.“ Daß die historische Entwicklung — wie M. und E. lehren — nichts als eine fortlaufende Kette von Klassenkämpfen gewesen sei, in denen der Staat gar keine andere Funktion gehabt hätte als ein Werkzeug der Klassenunterdrückung zu sein, dies ist nach MAC-DONALD „einer der einschneidendsten Beweise für die Unzulänglichkeit der Klassenkampftheorie als einer Erklärung des sozialen Fortschritts“. Dass der Staat den Geist und die Zwecke der Klassen ausdrücke, die zu einer gegebenen Zeit die öffentliche Gewalt in Händen haben, sei ein „Gemeinplatz“. Aber der Staat sei eben auch etwas anderes. Denn die Klassenherrschaft ist bis heute die Geschichte der Zivilisation, ist eine natürliche und vernünftige Aufwärtsbewegung neuer Interessen, die aus alten erwachsen, eine Erweiterung politischer und wirtschaftlicher Freiheit. — „Während der langen Zeit historischer Umwandlung kamen im Gemeinwesen Klassen auf Klassen, Interessen nach Interessen, in rationeller Progression zur Geltung. Sie beherrschen die Gemeinschaft, entwickeln eine politische und wirtschaftliche Ordnung, die ihren Willen ausdrückt, errichten aber ein politisches und ökonomisches Gebäude, das auf bereiteter Grundlage ruht und sich dem Typus einer vollkommenen Verfassung mehr nähert, als die Ordnung ihrer Vorgänger, die die Gewalt ausübten. Schließlich geben auch sie wieder Klassen und Interessen Raum, die auf einer höheren Warte stehen, als sie selbst.“ Eben darum stirbt der Staat nicht ab, kann er nicht absterben, denn in all dieser Zeit „hat der Staat, der den bestehenden Gewalten und den herrschenden Interessen zweifellos gehorcht, gehandelt und nicht etwa bloß wie ein Eunuche, dessen Amt die Zivilisation abschaffen muß, sondern wie ein Organ, das eine Funktion erfüllt, die in einer organisierten Gemeinschaft stets von irgendeiner Instanz ausgeübt werden muss, ganz gleich, wer



die Staatsgewalt inne hat.“ Der Staat ist deshalb nicht ein Instrument der Klasse, sondern ein Organ der Gesellschaft. „Unter der Herrschaft des Sozialismus wird der Staat nicht nur nicht abgestorben sein, wie sich E. ausdrückte, sondern er wird in eine Organisation ausgebildet und eine Bedeutung in der Gemeinschaft erlangt haben, die viel imposanter sein werden, als er sie möglicherweise unter einem Regime der individualistischen Volkswirtschaft und der auf Konkurrenz basierten Produktion hätte erreichen können.“

Auch MAC-DONALD sieht den Widerspruch, der sich zwischen der ökonomischen und der politischen Theorie des Marxismus ergibt, wenn jene auf eine streng autoritär und zentralistisch organisierte Organisation der Wirtschaft, diese aber auf ein extrem anarchistisches Ideal abzielt<sup>13)</sup>. Er sagt: „Der sozialistische politische Staat kann in seinen fundamentalen Prinzipien nicht dem sozialistischen Industriestaat entgegengesetzt werden.“ Und weiter: Der politische Staat sei vom Dasein des Sozialismus untrennbar. Als Wortführer des englischen Sozialismus zieht MAC-DONALD zwischen diesem und dem Anarchismus eine scharfe Scheidelinie. „Der grundlegende Unterschied zwischen dem Anarchisten und dem Sozialisten ist, daß jener nicht glaubt, ein politischer Staat, der durch zeitweilige Kapitulation der Minorität vor der Majorität funktioniert, nachdem sich die Mehrheit verkündet hat, und in letzter Instanz durch die Gewalt gesichert wird, dürfe in einem industriellen Gemeinwesen existieren. Ich kann mir eine solche Gemeinschaft ohne politischen Staat nicht vorstellen.“ Dieser Gegensatz zum Anarchismus ist zugleich ein unüberbrückbarer Gegensatz zum Marxismus. Und dementsprechend ist auch die Anschauung MAC-DONALDS vom Zweck des Staates. Gerade in diesem Punkte trifft er sich mit der Grundanschauung LASSALLES. Der Engländer geht dabei freilich von einer Voraussetzung aus, die viel weiter von der Sozialphilosophie der materialistischen Geschichtsauffassung entfernt ist, als die Staatslehre L.s, der als Schüler von M. begann: „Der Menschentypus, durch den der Sozialismus sich verwirklichen wird, ist nicht der wirtschaftliche

13) Vgl. dazu die bezüglichen Ausführungen meines Buches: „Sozialismus und Staat.“

Mensch, nicht der klassenbewusste Mensch, nicht das Individuum, das mit der Mistgabel arbeitet, sondern der Mensch der Ideale, des historischen Geistes, eine Spezies, in deren Intellekt die Religion und ein Sinn für das, was guten Klang und Ruf hat, einen überwiegenden Einfluß haben; ein Typus, der der großmütige und unverdrossene Mitarbeiter seiner Genossen ist.“ Und darum ist es nicht zu verwundern, daß MAC-DONALD den Staat als das Mittel ansieht, die höchsten sittlichen Ziele zu verwirklichen. Sein Werk schließt mit den Worten: „Der Sozialismus ist in der Fülle der Zeiten entstanden, um uns für die Aufgaben der Gegenwart und die Hoffnungen der Zukunft ein Führer zu sein. Seine Offenbarung ist: „Der Staat muß sich in seinem Streben nach der Tugend dazu organisieren, mit dem Individuum zusammenzuwirken; das individuelle Bewußtsein muß sich in dem Gemeinbewußtsein wiederfinden. Das Ganze und das Einzelne müssen jetzt als Eins auf die ewige Suche nach Zufriedenheit und Frieden gehen.“ —

Als politische Theorie — und das ist für den Sozialismus als politische Bewegung maßgebend — hat der Marxismus sich im entscheidenden Augenblicke als unzulänglich erwiesen. Und wenn bedeutsame literarische Erscheinungen führender deutscher Marxisten, die erwähnten Schriften RENNERS und BAUERS, HILFERDINGS, CUNOWS und KAUTSKYS, wenn die führende Stellung des englischen Sozialismus als symptomatisch genommen werden dürfen, dann bereitet sich eine Umstellung der Ideologie vor, in der Richtung zu einer nicht mehr schlechthin staatsfeindlichen, nicht mehr ganz nationalblinden, nicht mehr ethisch indifferenten, „soziologischen“, sondern bewußt ethischen, weil wirklich politischen Theorie. Und wenn diese Tendenz in ein einziges Schlagwort zusammengefaßt und mit allen Vorbehalten, unter denen ein solches Schlagwort Geltung haben kann, ausgesprochen werden darf: zurück zu Lassalle<sup>14</sup>).

14) Sehr zur rechten Zeit ist eine treffliche Schrift von Dr. S. BARON, Die politische Theorie Lassalles (Beiheft II zu GRÜNBERGS Archiv f. d. Geschichte d. Sozialismus, Leipzig, C. L. Hirschfeld 1923, 108 S.), erschienen, in der mehrere der im Text zit. und noch andere charakteristische Stellen aus den Schriften L.s angeführt werden. Vgl. auch: ONCKEN, Lassalle, II. Aufl., S. 504.

## Zur Geschichte des Kommunistenbundes.

Die Kölner Bundesgemeinde vor der Revolution<sup>1)</sup>.

Von

Ernst Czöbel (Moskau).

Inhaltsverzeichnis: I. Kölns Bedeutung im Leben von Marx. — Das Buch HANS STEINS. S. 299. — II. Die Massendemonstration in Köln am 3. III. 1848. — Die Führer: GOTTSCHALK, ANNEKE, WILlich. — „Im Namen der arbeitenden Klasse“. — Die erste revolutionäre Bewegung in Preußen. S. 302. — III. Bericht von Engels über den Kölner Aufruhr. — Die Haltung der Truppen. — Die Teilnahme alter und neuer Freunde von Marx und Engels an der Bewegung. — Die Betonung des proletarischen Charakters. S. 305. — IV. Die Demonstration — ein Werk der Kölner Gemeinde des Kommunistenbundes. — Willich: Präsident der Gemeinde. — Willichs Übersiedlung nach Köln um die Jahreswende 1847—48. S. 306. — V. Die neuen Freunde von Marx und Engels in der Kölner Bundesgemeinde. — Der „Prozeß Anneke“. — Die entschiedensten Anhänger Annekes: Korff, Beust, Willich. S. 309. — VI. Ihre spätere Tätigkeit in der Revolution. — Ihre Verbindung mit dem wahren Sozialismus. — Ihre sozialistische Gesinnung: sozialistische Propaganda in der Armee. — Die Gärung im Offizierkorps. S. 312. — VII. Die Kölner Bundesgemeinde: Mittelpunkt der revolutionären Agitation in der preußischen Armee. — Wirkungen der Propaganda: unmittelbar nach Ausbruch der Revolution. — Am 3. März. — Die Gärung in dem 25. Infanterieregiment. — Die Leutnants: Wülfing, Bernigau, Nithak. S. 318. — VIII. Gottschalk. Vor der Revolution. Gründeraktionär und Mitarbeiter der Rheinischen Zeitung. — Verbindung mit Hess. — Von der Polizei beobachtet im Jahre 1848. — Bekannt mit Marx und Engels. — Auch wahrer Sozialist. — Jean Joseph Jansen. — Der Dichter Hocker. S. 324. — IX. Die alten Freunde: Bürgers, Daniels, d'Estér. Jung? Hess? — Ihre reservierte Haltung. — Ob eine Gemeinde des Bundes der Gerechten oder ein kommunistisches Korrespondenzkomitee in Köln bestand? — Die heterogene Zusammensetzung der Kölner Gemeinde. — Der Bericht W. Wolf vom 9. April. S. 328. — X. Die Rückwirkung der Demonstration auf die bürgerlich-liberale Bewegung. — Ihre Bedeutung für die Marx-Forschung. — Erstes Kapitel der Kölner Arbeiterbewegung. S. 333.

1) Die Namen MARX und ENGELS sind im folgenden in M. und E. abgekürzt.

I. Unter allen Städten Deutschlands hat Köln die bedeutendste Rolle in M.s Leben gespielt. Man kann sagen, Köln ist die einzige deutsche Stadt, mit welcher M. als Politiker in unmittelbare, enge Beziehung gekommen ist. M. verbrachte fast zwei Drittel seines Lebens im Auslande; nach Beendigung seiner Universitätsstudien im Jahre 1841 lebte er insgesamt kaum drei Jahre — vor seinem Pariser Exil und in den Revolutionsjahren 1848/49 — in Deutschland, und davon fällt die unvergleichlich bedeutendere Hälfte, ja sogar, einige Monate abgerechnet, der ganze Zeitraum, der mit intensiver politischer Tätigkeit erfüllt ist, auf Köln. Hier redigierte er im Herbst und Winter 1842/43 die Rheinische Zeitung, das führende Kampforgan des rheinischen Liberalismus und des deutschen ideologischen Radikalismus. Als ihm dann nach fünf Jahren Exil, die er in Paris und Brüssel verlebte, die Revolution die Möglichkeit gibt und die Pflicht auferlegt, nach Deutschland zurückzukehren, wählt er zur Basis seiner revolutionären Tätigkeit Köln, wo er als Chef der Neuen Rheinischen Zeitung aus diesem Organ die wirkungsvollste Tribüne der revolutionären Demokratie schuf. Nach Niederwerfung der Revolution wieder wird Köln zum Sitz des neu organisierten Kommunistenbundes, der unter der Leitung des in London lebenden M. die proletarisch-revolutionären Elemente in Deutschland auf eine neue Revolution vorzubereiten trachtet. Köln ist der Schauplatz jenes Kommunistenprozesses, in dem der Hauptangeklagte eigentlich der abwesende M. war, der dann seinerseits auch sein Bestes tat, damit aus dem staatsrettenden Prozeß ein Skandal der preußischen Polizei werde.

Bei dieser eminenten Rolle Kölns im Leben M.s, wie umgekehrt dieses im Leben der Stadt, ist die fleißige Arbeit HANS STEINS freudig zu begrüßen, die sich als bedeutsamer Beitrag zur Kenntnis der sozialen und politischen Verhältnisse Kölns in den Revolutionsjahren darstellt und wichtige Einzelheiten zur Geschichte von M.s Kölner politischer Tätigkeit während dieser Periode liefert<sup>1a)</sup>. Gewiß hatten ENGELS, MEHRING, GUSTAV

1a) HANS STEIN, Der Kölner Arbeiterverein 1848—1849. Ein Beitrag zur Frühgeschichte des rheinischen Sozialismus. Köln, Gilsbach & Co. 1921. 112 S. — Im folgenden einfach als STEIN zit.

MAYER das volle Recht, nachdrücklich zu betonen, daß M. weder in der Rheinischen, noch in der Neuen Rheinischen Zeitung lokale Politik getrieben hat. Er beurteilte in der Neuen Rheinischen Zeitung die deutsche Politik von einem internationalen Standpunkt aus und trachtete nicht ohne Erfolg danach, die Politik im nationalen Maßstab zu beeinflussen. Die durch STEIN ans Licht geförderten neuen Materialien zeigen aber, daß die unmittelbare soziale und politische Umgebung, inmitten welcher er seine im ganzen Lande sichtbare Tribüne aufrichtete, seine politische Tätigkeit doch viel stärker beeinflußt hat, daß er doch viel mehr gezwungen war, praktische Politik auch im Rahmen der lokalen Verhältnisse zu treiben, als man es bisher angenommen hat.

STEINS Buch verrät auf jeder Seite den Anfänger. Ganz allgemein bekannte Quellen und Darstellungen, die er zu seiner Arbeit hätte heranziehen sollen — wie z. B. den Briefwechsel von M. und E., GEORG ADLERS Buch über Die erste sozialpolitische Arbeiterbewegung in Deutschland —, sind seiner Aufmerksamkeit entgangen. In der Beurteilung der von den einzelnen Persönlichkeiten vertretenen Richtungen, in der Eingliederung der Einzelereignisse in die Gesamtbewegung, macht er offenbare Fehler. Seine Darstellung ist in Stil und Komposition recht unbeholfen. Nichtsdestoweniger sind viele Tatsachen, die er aus bisher unbenützten Quellen, namentlich aus zeitgenössischen Broschüren und aus den Kölner Arbeiterzeitungen der Revolutionszeit ans Licht fördert, von höchstem Interesse. Sein Buch liefert wichtige neue Erkenntnisse: nicht nur zur Geschichte der Kölner Arbeiterbewegung, zur „Frühgeschichte des rheinischen Sozialismus“, sondern auch zur Biographie von M.<sup>2)</sup> sowie zur konkreten, realistischen Beurteilung von dessen politischer Praxis im Verlauf der 1848/49er Revolution.

Diesmal beschränken wir uns darauf, einen einzigen der von ihm gelieferten neuen Beiträge ausführlicher zu behandeln. Auch auf diesen Beitrag trifft das oben Gesagte zu, nämlich daß STEIN, infolge seiner ungenügenden Kenntnisse auf dem Ge-

2) Das einzige Werk, das die Ergebnisse der STEINSCHEN Arbeit teilweise schon verwertet hat, ist bisher das Buch von D. RJASANOFF, Marx und Engels. Moskau 1923. [Russ.] (S. 106—107; 116—177).

biete der Literatur und Geschichte des vormärzlichen Sozialismus die rohen, auch an sich interessanten Tatsachen zwar mitteilt, sie aber richtig und erschöpfend zu verwerten außerstande ist.

II. Es handelt sich um die tumultuösen Ereignisse, um den „Aufruhr“ in Köln am 3. März 1848. Trotz der bereits betonten Wichtigkeit, die Köln in den Revolutionsjahren für M. und E. erlangte, findet man weder bei MEHRING, noch bei G. MAYER etwas über die politische Lage und über die politischen Ereignisse in Köln unmittelbar vor dem Ausbruch und dem Siege der Revolution. Nun erfahren wir durch STEIN, daß in Köln die Flamme der Revolution schon viel früher emporloderte als im übrigen Preußen<sup>3)</sup> und um fast zwei Wochen früher als in Berlin, und daß schon am 3. März eine gewaltige Massendemonstration stattfand, die mit Waffengewalt unterdrückt wurde, deren Führer dann ins Gefängnis gesteckt worden sind, aus dem sie erst der Sieg der Revolution in Berlin befreite.

STEIN schildert diese Vorfälle nach den Berichten der damaligen „Kölnischen Zeitung“ und nach einer bald nachher anonym erschienenen Broschüre „Der sogenannte Aufruhr zu Köln am 3. März 1848“ folgendermaßen: Am Nachmittage des 3. März beriet der Kölner Gemeinderat in einer außerordentlichen Sitzung über die Mitteilung des Regierungspräsidenten und des Polizeidirektors, daß für den Abend ein Tumult zu erwarten stehe. Man beschloß unter dem Eindruck dieser Nachricht, „sofort geeigneten Orts eine Denkschrift“ mit einigen gemäßigten Reformforderungen einzureichen. Noch während die Sitzung andauerte, etwa gegen 7 Uhr, begann sich auf dem Rathausplatze eine große Menschenmenge zu sammeln. Ein Teil derselben war bereits in die Vorhalle des Gebäudes eingedrungen, als Dr. med. ANDREAS GOTTSCHALK, der ehemalige Premierleutnant AUGUST VON WILLICH und der Dichter HOCKER als Wortführer der Masse zum Oberbürgermeister sich führen ließen. GOTTSCHALK überreichte dem Gemeinderat, der seine Sitzung unterbrochen hatte, eine Petition, bestehend aus sechs

3) STEIN schreibt (S. 25): „eher als anderswo in Deutschland“. Das trifft natürlich nicht zu. In den süddeutschen Staaten kam es hie und da schon ungefähr eine Woche früher zu revolutionären Massenerhebungen.

Punkten, von denen der erste, zweite und vierte die allgemein verkündeten radikal-demokratischen Forderungen (allgemeines Wahlrecht, Rede- und Preßfreiheit, Koalitionsfreiheit) enthielten, der dritte und die letzten zwei Punkte aber lauteten:

Aufhebung des stehenden Heeres und Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung mit vom Volke gewählten Führern;  
Schutz der Arbeit und Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse für alle;  
vollständige Erziehung aller Kinder auf öffentliche Kosten.

GOTTSCHALK begleitete die Übergabe der Petition mit einer schwungvollen Rede, worin er u. a. ausführte, es habe ihm „eine große Anzahl Männer aus der arbeitenden Klasse“ den Auftrag gegeben, ihre Wünsche vorzutragen. Er spreche, erklärte er, nicht im Namen des Volkes, denn dieser Name „ist von den bevorrechteten Klassen zu oft mißbraucht worden“, sondern „im Namen jenes würdigsten aller Stände, der für den Schweiß seiner Arbeit nicht hat, womit seine Blöße zu decken oder seinen Hunger zu stillen“. Kurzum, er vertrete die Forderungen des vierten Standes.

Unterdessen sprachen in den Volksversammlungen vor dem Rathaus WILlich und der gewesene Artillerieleutnant FRIEDRICH ANNEKE zum Volke.

Auf Aufforderung des, von der inzwischen in den Sitzungssaal eingedrungenen Menge in die Enge getriebenen, Gemeinderats nahm GOTTSCHALK an den weiteren Beratungen des Kollegiums teil. Die Arbeiter verließen den Saal nur, nachdem er sie beschwichtigt hatte. Nun begann der Gemeinderat mit ihm die Verhandlungen über die Punkte der Petition. Sogar das als radikalst bekannte Mitglied des Rats, FRANZ RAVEAUX, wies die Forderungen mit Entrüstung über ihre Unerfüllbarkeit zurück. Die Verhandlungen hielten noch an, „als man plötzlich zwei Trommelwirbel hörte“. Eine große Menschenmenge stürzte in den Saal und hielt den Gemeinderat belagert. Die Gemeinderäte stoben auseinander, einige flüchteten durch das Fenster, einer versteckte sich in den Glockenturm. Aber inzwischen säuberten ein Bataillon Infanterie und ein Polizeiaufgebot den Rathausplatz von der versammelten Menge. Eine Abteilung, geführt von

einem Major, räumte dann auch das Rathaus selbst. WILlich wurde noch im Laufe der Unruhen, GOTTSCHALK und ANNEKE am folgenden Morgen verhaftet und gegen sie das Verfahren wegen „Aufreizung zum Aufruhr und Stiftung einer verbotenen Verbindung“<sup>4)</sup> eingeleitet.

Diese Darstellung STEINS genügt auch an sich, so wie sie ist, um die Wichtigkeit der Kölner Ereignisse vom 3. März für die Geschichte der Revolution in Köln und somit die Marx-Forschung aufzuzeigen.

Köln war die einzige preußische Stadt, in der eine so groß-zügige Massendemonstration, ein gewaltsames Auftreten gegen die lokale Zivilbehörde schon vor dem Sieg der Revolution im Zentrum stattfand. Am Aufruhr, dessen Ausmaß die hier und da vorkommenden Straßenkrawalle weit überstieg, nahmen hauptsächlich Arbeiter teil. Das war nachher in allen Städten der Fall. Das Besondere an der Kölner Erhebung ist aber, daß die von den Massen bzw. von deren Führern verkündeten<sup>5)</sup> Losungen nicht nur die damals schon ziemlich allgemein laut gewordenen radikaldemokratischen Forderungen enthielten, sondern auch spezielle Wünsche der Arbeiterschaft und den sonst nirgends festzustellenden nach Aufhebung des stehenden Heeres. Die Führer: ANNEKE, WILlich, GOTTSCHALK, kann man nicht einfach als Vertreter der kleinbürgerlichen „Demokratie“ bezeichnen. Sie gehörten nicht zu den stadtbekanntem „Demokraten“. Der im Verlauf des Aufruhrs meist hervorgetretene Führer bezeichnete „die arbeitende Klasse“, den „vierten Stand“ als seine Auftraggeber, er bestürmte mit seinen weitgehenden Forderungen den konstitutionell-liberal gesinnten Gemeinderat im Namen der arbeitenden Klassen, des „würdigsten aller Stände“. Dieser Führer war der Arzt GOTTSCHALK, dessen Name in den Darstellungen von MEHRING und MAYER kein einzigesmal vorkommt. Und auch die sonst von anderer Seite her bekannten Namen ANNEKE und WILlich werden nirgends im

4) STEIN, S. 26—29.

5) STEIN erwähnt es nicht, doch ist es nicht ohne Interesse und Wichtigkeit, daß die sechs „Forderungen des Volkes“ in zahlreichen Exemplaren unter der Menge verteilt und laut verlesen wurden. (Vgl. Der sog. Aufruhr, S. 14).



Zusammenhang mit diesem für die Vorgeschichte eben der Kölner Revolution so wichtigen Ereignisse erwähnt. Es lohnt sich daher, in die Details dieser Ereignisse näher einzugehen, soweit es uns die zu Gebote stehenden Quellen gestatten.

III. In der Tat läßt sich die Darstellung STEINS aus einer ihm entgangenen Quelle mit einigen Einzelheiten ergänzen, und sowohl diese wie die Quelle selbst machen es uns zur Pflicht, den Kölner Aufruhr vom 3. März einer weiteren Analyse zu unterziehen.

Die Quelle für die weiteren Einzelheiten, die einen Blick in die Werkstätte des Aufruhrs gewähren, ist — ENGELS. Es war auch selbstverständlich und, wie wir noch sehen werden, besonders begründet, daß die erste revolutionäre Demonstration auf preußischem Boden, dessen Haltung ausschlaggebend für ganz Deutschland war, sofort die leidenschaftliche Aufmerksamkeit von M. und E. erregte, die mit der theoretischen Rüstung zu einer Revolution in Deutschland unlängst fertig geworden waren und sich gerade damals mit der organisatorischen Rüstung zur Revolution beschäftigten. Der urkundliche Nachweis hierfür ist STEIN, obwohl er leicht zugänglich ist, entgangen. Ich meine einen Brief von E., der damals noch sich in Brüssel aufhielt, vom 9. März 1848 an M. (in Paris), worin es heißt:

„Die Geschichte in Köln ist unangenehm. Die drei besten Leute sitzen. Ich habe einen aktiven Teilnehmer an der Geschichte gesprochen. Sie wollten losschlagen, aber statt sich mit Waffen zu versehen, die leicht zu haben waren, gingen sie vors Rathaus, unbewaffnet, und ließen sich zernieren. Es wird behauptet, daß der größte Teil der Truppen für sie war. Die Sache war unvernünftig, dumm angefangen; wenn die Berichte des Kerls richtig sind, so hätten sie ruhig losschlagen können, und wären in zwei Stunden fertig gewesen. Aber schrecklich dumm war alles angelegt.“ — „Unsere alten<sup>6)</sup> Freunde in Köln scheinen sich sehr zurückgehalten zu haben, obwohl sie mit beschlossen hatten, loszubrechen. Der kleine d'E(ster), D(aniels), B(?) waren einen Augenblick da, gingen aber gleich wieder fort, obwohl der kleine Dr. im Stadtrat gerade nötig war<sup>7)</sup>.“

Die Wichtigkeit dieser Briefstelle für die Beurteilung der Kölner Ereignisse ist klar. Sie gewährt einen Blick in die Werkstätte des Aufruhrs. Wir erfahren, daß M. und E. zu ihm durch

6) Von E. selbst unterstrichen.

7) Briefwechsel Marx-Engels I, 90.

die Teilnahme ihrer „Freunde“ gewissermaßen in persönlicher Beziehung standen. Man gewinnt unwillkürlich den Eindruck, daß die „Sache“ von einer Gruppe vorbereitet und veranstaltet war, deren Tätigkeit M. und E. schon vorher mit Aufmerksamkeit verfolgt hatten. Das Losschlagen wurde vorher beschlossen; die Initiative ging allem Anschein nach von den neuen Freunden aus, doch auch die alten Freunde nahmen an der Beschlußfassung teil. In der Ausführung aber benahmen sich diese letzteren sehr zurückhaltend, d. h. sie sabotierten sie, um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen. Und noch ein sehr interessantes Moment taucht bei E. auf: die Haltung der kölnischen Garnison, die angeblich mit der Bewegung sympathisierte.

Auf die planmäßige Vorbereitung und auf die den spezifischen Charakter der Bewegung besonders betonende Taktik der Führer weist auch jener von STEIN vernachlässigte Umstand hin, daß für denselben Abend auch eine rein bürgerliche Versammlung in einem geschlossenen Saal anberaumt war, um — nach dem Beispiel der süddeutschen Staaten und Städte — eine gemäßigt-liberale Petition zu entwerfen<sup>8)</sup>

Die Teilnahme der „Freunde“ von M. und E. und die den proletarischen Charakter der Bewegung besonders betonende Taktik der Führer erfordert in erhöhtem Grade die Erforschung der Umstände, insbesondere der organisatorischen Vorbedingungen, die zum Aufruhr führten. Es fragt sich, ob nicht ein organisatorischer Zusammenhang zwischen den Veranstaltern der Bewegung einerseits und zwischen M. und E. andererseits, d. h. zwischen dem unter ihrer Leitung stehenden und eben vor einigen Monaten reorganisierten Bunde der Kommunisten bestand?

IV. Wir müssen nicht weit ausholen, um eine entscheidende Feststellung machen zu können, nämlich daß die Kölner Demonstration vom 3. März von der Kölner Gemeinde des Kommunistenbundes veranstaltet wurde. Dies klingt fürs erste unwahrscheinlich, denn vom Bestehen einer Kölner Bundesgemeinde zu Anfang des Jahres 1848 be-

8) Der sog. Aufruhr etc., S. 12. — Deutsche Allgem. Zeitung (Leipzig), Nr. 68 vom 8. III. 1848.

richten die Biographen von M. und E. und die Geschichtsschreiber des Kommunistenbundes nichts. Der Bund der Kommunisten, wie er Ende 1847 und Anfang 1848 bis zur Märzrevolution bestand, galt bisher, vom deutschen Standpunkt aus betrachtet, immer für eine reine Emigrantenorganisation. Nach der herrschenden Meinung hatte der erst am 8. November 1847 durch die Annahme der neuen Statuten neu begründete und kurz vorher umgetaufte Bund der Kommunisten, dessen „Manifest“ erst Ende Februar die Presse verließ, gar keine Zeit dazu, die neue Organisationsform auch in Deutschland ins Leben treten zu lassen. Die Leiter des Bundes, die Mitglieder der Zentralbehörde, waren ganz in Anspruch genommen, um die Gemeinden in Brüssel und insbesondere in Paris fest in ihren Händen zusammenzuhalten. Nach dem Siege der Berliner Märzrevolution zerstreuten sich dann die Mitglieder des Bundes in die Heimat und da, im Wirbel der Ereignisse, kamen sie erst recht nicht dazu, Gemeinden zu stiften — wenn sie es überhaupt versuchten, was nur bei einigen der Fall war<sup>9)</sup>. Es bedarf aber keiner weitläufigen Auseinandersetzungen, um das Bestehen einer tätigen Bundesgemeinde in Köln schon vor der Berliner Märzrevolution nachzuweisen. Den Nachweis liefert wieder der Briefwechsel zwischen M. und E. In einem undatierten Briefe von E. an M., geschrieben in Brüssel um den 10. März 1848<sup>10)</sup>, heißt es:

„Der Dronke war vor seiner Flucht<sup>11)</sup> durch Willich und Konsorten in den Bund aufgenommen worden.“

Erinnern wir uns daran, daß die Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund statutengemäß durch den Gemeindevorstand (Prä-

9) Vgl. GRÜNBERG, Die Londoner Kommunistische Zeitschrift und andere Urkunden aus den Jahren 1847—48; MEHRING, in der Einleitung zu seiner Ausgabe von MARX, Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln; RJASANOFF, Marx und Engels. 1923. (Russ.)

10) BERNSTEIN (im Briefwechsel I, 93) setzt den Brief in die „erste Hälfte des März“. Aus dem Zusammenhang mit den früheren und späteren Briefen ist es aber klar, daß er aus der Zeit nach dem 10. und vor dem 15. März stammt.

11) Das bezieht sich auf die Flucht DRONKES, der wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt war, aus den Kasematten von Wesel. Vgl. MEHRING, Kommunistenprozeß, S. 142.

sidenten) mit Zustimmung der Gemeinde<sup>12)</sup> geschah, so ergibt sich aus dieser einzigen Stelle unbestreitbar, daß der DRONKE aufnehmende WILLICH eben Vorstand einer Gemeinde des Kommunistenbundes war.

Es erhellt nicht aus E. Brief, wo die Aufnahme stattfand, und man könnte vielleicht bezweifeln, daß WILLICH damals in Köln wohnte. Diese Frage wird durch eine Nachricht im Westphälischen Dampfboot<sup>13)</sup> entschieden, die wir, weil für unsere weitere Darstellung wichtig, mit einigen belanglosen Kürzungen wiedergeben:

„Der Leutnant Anneke wird vielleicht wegen einer Beleidigung des bekannten Herrn Marcard in seiner Broschüre ‚ein ehrengerichtlicher Prozeß‘ noch die Festung beziehen müssen . . . Ein Freund Annekes, Premierleutnant von Willich, der infolge dieser Angelegenheiten nach Kolberg versetzt . . . wurde, hat endlich mit Mühe seinen Abschied erhalten und wird trotz seiner vorgerückten Jahre . . . in Köln das Zimmermannshandwerk erlernen . . . Seine Freunde in Köln bereiten ihm einen festlichen Empfang vor.“

Diesen Bericht druckte auch die Deutsche Brüsseler Zeitung vom 2. Januar 1848<sup>14)</sup> mit dem Bemerkten ab: der geplante festliche Empfang habe durch ein Bankett in einem Kölner Gasthause bereits stattgefunden.

Das Bestehen einer Bundesgemeinde in Köln in den ersten Monaten des Jahres 1848, d. h. nach der Reorganisierung des Kommunistenbundes durch M. und E. und vor der Berliner Märzrevolution, einer Bundesgemeinde, die am 3. März die erste revolutionäre Bewegung in Preußen nach Ausbruch der Pariser Februarrevolution ins Werk setzte, also kein bloß nominelles Dasein führte, verpflichtet zum Versuch, die Zusammensetzung dieser Gemeinde festzustellen und die Schilderung des Aufruhrs durch weitere Einzelheiten zu ergänzen oder mit Umständen in Zusammenhang zu bringen, die geeignet sind, weitere Anhaltspunkte zu seiner richtigen Beurteilung zu liefern.

Wir werden uns zwar in der vorliegenden Abhandlung mit dem weiteren Verlauf der Revolution in Köln nicht befassen,

12) Vgl. die Statuten des Bundes bei GRÜNBERG a. a. O.

13) Jahrg. 1848, S. 43.

14) Jahrg. II, Nr. 1.

doch sei, um die Bedeutung der von der Kölner Bundesgemeinde veranstalteten Demonstration und deren Führer richtig zu würdigen, festgestellt, daß GOTTSCHALK und ANNEKE nachher, im April, den „Kölner Arbeiterverein“ begründeten und überhaupt während des ganzen Revolutionsverlaufs, wie aus STEINS Untersuchung hervorgeht, eine sehr bedeutende Rolle in Köln spielten. Ihre Stellungnahme wirkte sehr beträchtlich auf die Haltung der Neuen Rheinischen Zeitung und auf die Taktik von M. zurück, der — wie ebenfalls erstmalig STEIN nachweist — im letzten Quartal des Jahres 1848 die Präsidentenstelle im Arbeiterverein innehatte. Aber auch abgesehen hiervon wissen wir im allgemeinen so wenig von dem inneren Leben des Kommunistenbundes, daß wir die oben angeführten Zeugnisse möglichst gründlich auswerten müssen.

V. Aus welchen Elementen bestand die Kölner Gemeinde des Kommunistenbundes? Nach dem E.-Brief aus alten und neuen Freunden von M. und E.

Die Bewegung vom 3. März nun war das Werk nicht der alten, sondern der neuen Freunde. Diese, die Anführer, „die drei besten Leute“, die infolge des Aufruhrs verhaftet wurden, waren WILLICH, ANNEKE und GOTTSCHALK. WILLICH war Präsident (Vorstand) der Bundesgemeinde. Er und „sein Freund“ ANNEKE waren ehemalige preußische Offiziere. Wenden wir uns zunächst ihnen zu, da ihre Namen aus der Geschichte der 1848/49er Revolution, ferner aus der des Nordamerikanischen Bürgerkrieges auch schon bisher bekannt waren. Beide nahmen am Badischen Aufstand von 1849 teil, WILLICH sogar schon an der ersten Badischen Erhebung vom April 1848. WILLICH spielte bekanntlich auch im nachrevolutionären Kommunistenbund eine bedeutende Rolle, als Führer der antimarxistischen Fraktion und als Begründer des Sonderbundes. ANNEKE war, wie aus STEINS Buch erhellt, sehr eifrig im Kölner Arbeiterverein tätig, Mitbegründer und bis zu seiner am 3. Juli erfolgten neuerlichen Verhaftung Redakteur der Neuen Kölnischen Zeitung<sup>15)</sup>, eines kleinen Tagblatts von der Färbung der Neuen Rheinischen Zeitung. Über seine Haft, die bis zum 23. Dezember

15) Vgl. KARL BACHEM, Joseph Bachem usw. Köln 1912. II. Bd. S. 53. Archiv f. Geschichte d. Sozialismus XI, hrsg. v. Grünberg.

1848 dauerte, berichtet zu vielen Malen die Neue Rheinische Zeitung. An dieser Stelle aber interessiert mehr die Frage nach den möglichen „Konsorten“ WILLICHS und daher auch dessen und ANNEKES Schicksale vor der Revolution<sup>16)</sup>. Über WILLICHS Vergangenheit erfahren wir von MEHRING und MAYER nur, daß er früher preußischer Offizier gewesen ist. Über ANNEKE aber erzählt MEHRING in seiner Parteigeschichte:

„Auch im Heere bereiteten sich (1846/47) namentlich unter den jüngeren Offizieren, radikale Tendenzen aus. Als der Artillerieleutnant Anneke in Minden wegen kommunistischer Gesinnung kassiert werden sollte, war seine Verurteilung lange nicht durchzusetzen. Im Ehrengericht sprachen ihn seine eigentlichen Kameraden, dreißig junge Offiziere, frei, während achtzehn auf Kassation, und andere achtzehn nur auf eine Warnung erkannten. Der König mußte erst mit einer drohenden Kabinettsordre dazwischenfahren und ein neues, ausschließlich aus Stabsoffizieren gebildetes Ehrengericht niedersetzen, um Annekes Ausstossung aus dem Heere durchzudrücken. Dann kostete es noch unzählige Donnerwetter der alten Schnurrbärte, um Annekes frühere Kameraden von dem freundschaftlichen Verkehr mit ihm abzuhalten. Es war ein besonders auffallendes, aber entfernt nicht das einzige Symptom von der gärenden Stimmung unter den jüngeren Offizieren<sup>17)</sup>.“

Das war der „Fall Anneke“, der seinerzeit großes Aufsehen erregte und zusammen mit den durch ihn geheckten weiteren „ehrengerichtlichen Prozessen“ und Disziplinarverfahren die öffentliche Meinung ganz Deutschlands, insbesondere Preußens und innerhalb Preußens insbesondere Rheinland-Westfalens bis zum Ausbruch der Revolution sehr stark beschäftigte. Es ist nur natürlich, daß die radikalen und sozialistischen Zeitungen und Zeitschriften dieses Zündstoffs, der geeignet war, gerade in der Armee zu wirken, sich bemächtigten. MEHRINGS an sich in allem Wesentlichen richtige Darstellung beruht offenbar auf den Berichten und Artikeln in den LÜNINGSCHEN Zeitschriften des

16) Eine kurze Biographie beider ist zu finden in WILH. KAUFMANN, Die Deutschen im amerikanischen Bürgerkriege. München und Berlin 1911. S. 472/475, 478/479. — Vgl. ferner über WILLICH: ALB. FAUST, Das Deutschland in den Vereinigten Staaten. Leipzig 1912. S. 461; WILH. BLOS, Badische Revolutionsgeschichten. Mannheim 1910. S. 155/56. — Über WILLICH gibt eine ganz verstellte Biographie: WERMUTH-STIEBER, Die Kommunistenverschwörungen des 19. Jahrhunderts. Berlin 1853. II, S. 139—140.

17) MEHRING, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie I, 332.

wahren Sozialismus, im Westfälischen Dampfboot und im Jahrbuch „Dies Buch gehört dem Volke“<sup>18)</sup>). Hätte er aber auch andere zur Verfügung stehende, viel ausführlichere gedruckte Quellen eingesehen, so hätte er den Fall ANNEKE gewiß ausgiebiger verwertet — sowohl zur Schilderung des vormärzlichen Sozialismus wie in der Charakterisierung einzelner Persönlichkeiten.

Die hier in Betracht kommenden drei Hauptquellen sind drei Broschüren: von ANNEKE selbst, vom ehemaligen Sek.-Leutnant im K. Preuß. 15. Infanterie-Regiment H. KORFF, endlich von WILlich.

Es ist hier nicht der Ort, die in diesen Schriften enthaltenen Beiträge zur Geschichte des Sozialismus in Deutschland voll auszuschöpfen. Um jedoch einige Anhaltspunkte zur Feststellung der persönlichen Zusammensetzung der Kölner Gemeinde des Kommunistenbundes und ihrer ideologisch-politischen Richtung zu gewinnen, müssen wir die Darstellung MEHRINGS durch einige weitere Daten zum Fall ANNEKE ergänzen<sup>19)</sup>.

Der Fall ANNEKE ist eine Folge und Fortsetzung des Falles WEYDEMEYER. Sein Ausgangspunkt war, daß ein Offizier namens JÖSTING im September 1845 sich beleidigend über die Braut des Leutnants JOSEPH WEYDEMEYER geäußert hatte. Dieser diente damals noch in derselben Artillerie-Brigade wie ANNEKE. Seine Braut und spätere Frau war die Schwester OTTO LÜNINGS, bekanntlich einer der Hauptvertreter des „wahren“, „deutschen“, „schöngeistig-philosophischen“ Sozialismus. WEYDEMEYER schrieb zur Erwiderung seinerseits einen beleidigenden Brief an JÖSTING,

18) D. Westphäl. Dampfboot (Bielefeld) II (1846), S. 98, 458—467, 506 bis 509, 576. — Dies Buch gehört dem Volke. Paderborn III (1847), S. 191 bis 192.

19) ANNEKE, Ein ehrengerichtlicher Prozeß. Leipzig, bei Otto Wigand, September 1846; H. KORFF, Schon wieder ein ehrengerichtlicher Prozeß. Mannheim, bei H. Hoff, 1847. 88 S. (Das Vorwort ist vom 23. III. 1847 datiert); WILlich, Ein Disziplinarverfahren gegen Premierleutnant von Willich, Kompaniekommandant in der kön. preuß. 7. Artilleriebrigade, als Folge der durch den Prozeß „Annek“ in dieser Brigade herbeigeführten Vorgänge, mit Vorwort und Nachwort. Mannheim, bei H. Hoff, 1848. XVI u. 52 S. (Datum des Hauptteils: Januar 1848).

in dem er zugleich jede etwa geforderte „ritterliche“ Satisfaktion von vornherein ablehnte. Diesen Brief übersandte auf WEYDEMEYERS Wunsch dessen Freund, ANNEKE, JÖSTING. Da er den Inhalt des Schreibens kannte, so hatte er sich nach Auffassung eines Teiles des Offizierskorps und seiner vorgesetzten Behörden mit dem Inhalt identifiziert und schuldete daher ebenfalls JÖSTING Genugtuung. Er war aber zu einer solchen ebensowenig wie WEYDEMEYER bereit. Infolgedessen wurde er erst versetzt, dann vom Dienst suspendiert und endlich am 19. August 1846 in der zweiten Instanz durch Urteil des Ehrengerichts der Stabs-offiziere Dienstes entlassen.

Während des ehrengerichtlichen Verfahrens und auch nach dessen Beendigung stellten sich viele Offiziere aus der Brigade ANNEKES und auch aus anderen westfälischen Truppenkörpern, trotzdem der Verkehr mit demselben den Offizieren verboten worden war, mehr oder minder öffentlich und entschieden auf die Seite ANNEKES. Am entschiedensten der Leutnant des ebenfalls in Minden stationierten 15. Infanterie-Regiments, KORFF, der gegen den Auditor ANNEKES namens MARCARD öffentlich sehr scharf Stellung nahm, seine Kameraden gegen ihn hetzte, im Verlauf seines Verhörs sich mit ANNEKE völlig identifizierte und dann am 7. Februar 1847 durch das vom Könige bestätigte ehrengerichtliche Urteil aus dem Offiziersstande ausgestossen wurde. Ferner der Leutnant FRIEDRICH VON BEUST, der mit den exponierten Gegnern ANNEKES allen Verkehr abbrach. Endlich der Premierleutnant VON WILlich, der eine Sammlung im Kreise der ANNEKE freundlich gesinnten Offiziere zur regelmäßigen Unterstützung des entlassenen Kameraden einleitete und dann von seinen Vorgesetzten so lange schikaniert wurde, bis er selbst die Entlassung erbat, die ihm nach vielen Plackereien Mitte November auch gewährt wurde.

VI. Dem Kenner der deutschen Revolutionsgeschichte, des Kreises von M. und E., sind einige der hier neu aufgetauchten Namen nicht unbekannt. HERMANN KORFF — ist der nachherige Gerant der Neuen Rheinischen Zeitung, der Mitangeklagte von M. und E. im ersten Pressprozeß des Blattes am 7. Februar 1849. — FRIEDRICH VON BEUST ist, neben ANNEKE, der spätere Mitbegründer der „Neuen Kölnischen Zeitung für Bürger, Bauern



und Soldaten“<sup>19a)</sup>). Über seine frühere militärische Laufbahn wissen wir noch, daß er 1845 ebenfalls in Minden diente, wo er wiederholt Besserstellung der Arbeiter an den Festungswerken erreicht hatte<sup>20)</sup>). Er war während der Revolution einer der entschiedensten „Demokraten“ M.scher Färbung in Köln. Auf dem zweiten Deutschen Demokratenkongreß in Berlin vom 26. bis 29. Oktober 1848 gehörte er als Delegierter des Kölner Arbeitervereins, der auf Antrag von M. mit einem selbständigen Delegierten zu beschicken beschlossen hatte<sup>21)</sup>), zu jener hauptsächlich aus Kölnern und andern rheinländisch-westfälischen Delegierten bestehenden Gruppe, die in bezug auf die für Wien notwendigen Maßregeln den extremsten Standpunkt einnahm und in der Beratung zur Lösung der sozialen Frage die Annahme der bekannten von M. und E. verfaßten 17 Forderungen der Kommunistischen Partei mit wenig Änderungen erzwang<sup>22)</sup>). Während des Kampfes um die Steuerverweigerung vom November 1848 gelang es ihm, einen Teil der Kölner Landwehr zu einem revolutionären Truppenkörper zu formieren und den Ausmarsch der Kölner Garnison, die die Düsseldorfer Bürgerwehr hätte zersprengen sollen, zu verhindern<sup>23)</sup>). Er beteiligte sich am Badischen Aufstand, während dessen er mit ANNEKE und anderen in jene Militärkommission gewählt wurde, der die Leitung des Badisch-pfälzischen Revolutionsheeres übertragen wurde<sup>24)</sup>). Nachher, im Exil, wurde er

19a) Vgl. oben S. 309. — Vgl. GEORG ADLER, Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Berlin 1885. S. 231. — Die Neue Kölnische Zeitung überlebte die Neue Rheinische Zeitung und wurde von dieser in ihrer letzten Nummer ihren Abonnenten warm empfohlen.

20) Vgl. Allgemeine Deutsche Biographie 47 (1903), S. 755.

21) Vgl. „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit“, Zeitung des Kölner Arbeitervereins Nr. 2 v. 29. X. 1848; vgl. ALFRED STERN, Geschichte Europas VII, S. 274.

22) Vgl. GUST. LÜDERS, Die demokratische Bewegung in Berlin. (Abhandl. z. mittleren u. neueren Geschichte XI.) Berlin u. Leipzig, S. 89, 161 bis 162, 185; GRÜNBERG a. a. O., S. 33; LUDW. BAMBERGER, Erinnerungen. Berlin 1899, S. 109.

23) Allg. Deutsche Biographie 47, S. 755; Deutscher Nekrolog u. Biogr. Jahrbuch, hrsg. v. A. BETTELHEIM IV (1900), S. 251. — Vgl. dazu: Neue Rheinische Zeitung Nr. 145, 147, 150 (17., 19., 23. XI. 1848). — Rheinisches Echo, Köln, Nr. 29 vom 19. V. 1850, S. 132.

24) Allg. Deutsche Biogr. 47, S. 756.

Mitglied der Ersten Internationale, deren Genfer Kongreß von 1866 er begeistert begrüßte<sup>25)</sup>).

Diese rebellischen Offiziere wurden aber nicht nur durch die gemeinsam erlittenen Verfolgungen vereint, die sie sich im gemeinsamen Kampf gegen Kastengeist, Dünkel und Hochmut im Offizierskorps zugezogen hatten, viel mehr noch verband sie ihre gemeinsame politische Gesinnung, die sowohl von ihren Gegnern, wie von ihnen selbst als sozialistisch, kommunistisch bezeichnet wurde. Die Ausstoßung ANNEKES erfolgte nicht nur wegen einer Versündigung gegen den Ehrenkodex des Offizierskorps, sondern auch und mehr noch wegen seiner kommunistischen Gesinnung.

ANNEKE, der schon 1842 mit dem Kreise der Rheinischen Zeitung verkehrt und an dessen Besprechungen über die soziale Frage teilgenommen hatte<sup>26)</sup>, geriet 1844, aller Wahrscheinlichkeit nach durch die Vermittlung seines Freundes WEYDEMAYER, in die Kreise des „wahren“ Sozialismus, dessen Hauptherde Westfalen und die Rheinlande waren. In Minden leitete er 1844 und 1845 einen Leseverein für Offiziere, den er mit verbottenen und „destruktiven“ Schriften versah (HERWEGHS 21 Bogen aus der Schweiz, Werke von EDGAR BAUER, LUDWIG BUHL, LOUIS BLANC etc.), wodurch er — nach der Ansicht seiner Ankläger — „augenscheinlich auf jüngere Offiziere hatte einwirken wollen“. Außer mit OTTO LÜNING verkehrte er — und das war ein Hauptgravamen — in Minden und Bielefeld sehr intensiv mit drei Personen namens JULIUS MEYER, RUDOLF REMPEL und dem Buchhändler HELMICH, die „allgemein als Sozialisten und Communisten bekannt“ waren, die „die bekannte kommunistische Clique bildeten“, die „einen verderblichen Einfluß auf junge Leute des Bataillons in Bielefeld ausübten“. Auch diese drei sind dem Kenner der Biographie von M. nicht unbekannt. Es sind die drei wohlhabenden wahren Sozialisten, die WEYDEMAYER um die Mitte des Jahres 1846 versprochen haben, den Verlag verschiedener Werke von M. und E. (darunter auch

25) Vorbote, Genf, 1867, S. 24. — Vgl. noch: Briefwechsel Marx-Engels II, 391; IV, 200.

26) Vgl. HANSEN, Mevissen I. Bd., S. 264—65.

die „Deutsche Ideologie“ zu übernehmen<sup>27)</sup>. MEYER war ein fleißiger Mitarbeiter des Westphälischen Dampfboots; REMPEL wurde während der Revolution der Führer der revolutionären Demokratie in Westfalen und Präsident des ersten Kongresses der demokratischen Vereine in Westfalen (10.—11. September 1848)<sup>28)</sup>. Seine Adresse befand sich im Jahre 1851 bei dem verhafteten Emissär des Kommunistenbundes Nothjung<sup>29)</sup>.

Weder ANNEKE noch KORFF oder WILLICH verleugneten ihre kommunistische Gesinnung oder ihren Verkehr mit den bekannten Kommunisten. Sie versuchten nur, ihre Gesinnung in günstigem Lichte erscheinen zu lassen und die abergläubischen Vorurteile gegenüber dem Kommunismus zu entkräften. Ihre Verteidigungsschriften gestalteten sich dadurch geradezu zu Propagandaschriften des Kommunismus. ANNEKE legte sogar seiner Verteidigungsschrift das Westphälische Dampfboot, zwei Jahrgänge des Jahrbuchs „Dies Buch gehört dem Volke“ und das erste Heft des „Gesellschaftsspiegels“ bei und bat nachdrücklich, diese Schriften bei der Beurteilung seiner Haltung nicht unberücksichtigt zu lassen. KORFF wieder betrachtete man allgemein als seinen Schüler. Er selbst sagte über sein Verhältnis zu ANNEKE, dieser sei „seit 1844 (sein) bester Freund... Seit dieser Zeit teilen wir die Resultate unseres Denkens und Urteilens über das mit, was uns in der Wissenschaft und dem Leben von Bedeutung erscheint.“ Er las neben FOURIER und SAINT-SIMON die Schriften BAUERS, STRAUSSENS, FEUERBACHS. Einem Unteroffizier hielt er Vorlesungen aus dem „berüchtigten“ „Gesellschaftsspiegel“. — WILLICH endlich fügte seinem Bericht über das gegen ihn eingeleitete Disziplinarverfahren ein 16 Seiten langes Nachwort bei, worin er seine kommunistische Weltanschauung und kommunistischen Reformpläne darlegte, in Form und Inhalt das spätere Urteil von M. und E. bestätigend, daß er ein „plus ou moins langweiliger Ideologe und wahrer

27) MEHRING, Nachlaß II, 363—367.

28) WILH. HÜTTERMANN, Parteipolitisches Leben in Westphalen vom Beginn der Märzbewegung im J. 1848 bis zum Eintreten der Reaktion. Inaug.-Diss. München 1910, S. 115—126.

29) WERMUTH-STIEBER I (1853), S. 107.

Sozialist“, ein Gemütskommunist, ein „Ritter vom edelmütigen Geiste“ sei <sup>30)</sup>, wodurch aber, was M. und E. selbst anerkannt, sein revolutionärer Tatendrang keine Einbuße erlitt.

Endlich wird es, um die Gesinnung und den Einfluß BEUSTS näher kennen zu lernen, am zweckmäßigsten sein, einiges aus seinem Artikel über „Die Militärorganisation in der Pfalz“, die im Sountagsblatt zur „Westdeutschen Zeitung“ — die der damals dem neu organisierten Bund der Kommunisten angehörende HERMANN BECKER in Köln herausgab — erschienen sind (im Mai und Juni 1850, wahrscheinlich nur irrtümlich, unter dem Vornamen „FERDINAND“ BEUST). Diese in vieler Beziehung höchst aufschlußreichen Artikel zeigen an vielen Stellen für die echt revolutionäre Auffassung BEUSTS. Sehr interessant sind z. B. seine wohlgedachten Ausführungen gegen die Ordnungsbestien (Ordnungsanbeter) während eines bewaffneten Aufstandes (Nr. 31 vom 2. VI. 1850, S. 245). Diesmal kommt aber für uns aus diesen Artikeln jener zusammenfassende Exkurs in Betracht, worin BEUST sich über „die Stellung der preußischen Armee zur Revolution“ und über die „Vergangenheit jener (d. h. der auf die Seite der Revolution übertretenden) Offiziere“ ausläßt. Er gibt einerseits neue Erkenntnisse über die weiteren Schicksale BEUSTS vor der Revolution — wir wissen bisher nur so viel von ihm, daß er zu den entschiedensten Anhängern ANNEKES und KORFFS gehörte — und über die von ihm entfaltete Propaganda in der Armee vor der Revolution, sowie andererseits eine zusammenfassende Schilderung des oppositionell-revolutionären Geistes innerhalb der vormärzlichen Armee. Es lohnt sich also, diesen Exkurs ausführlicher mitzuteilen, um so mehr, als das Blatt, wo er erschien, heute eine kaum zugängliche Seltenheit ist. Er lautet:

30) Vgl. G. MAYER, Engels, S. 368. — Es ist nicht ohne Interesse, daß WILLICH — nach Angabe W. BLOS' (Badische Revolutionsgeschichte, S. 155) und W. KAUFMANN'S (Die Deutschen im amerik. Bürgerkriege, S. 423) — im SCHLEIERMACHERSchen Hause zu Berlin erzogen war. Weder BLOS noch KAUFMANN geben ihre Quelle an, doch scheinen einige Stellen in A. RUGE'S Briefwechsel diese Angabe zu bestätigen. RUGE schreibt nämlich in einigen Briefen aus dem Jahr 1836 von seiner Bekanntschaft mit einem Jüngling, namens EHRENFRIED V. WILLICH, der ein „Stiefsohn Schleiermachers“ war. (Vgl. RUGE, Briefwechsel aus d. J. 1825. Berlin 1886. I. Bd., S. 54–56.)

„Das sogenannte stehende Heer ist in Preußen, dem Prinzip nach, nur die Waffenschule für das Volk, dem Prinzip nach sind die innern Einrichtungen dieser Armee zum großen Teil demokratisch. Die Fortentwicklung auf volkstümlichen Grundlagen, wodurch die preußische Armee, im wahren Sinne des Wortes, zu einem Volksheer hätte werden müssen, ist durch die Beibehaltung eines Überbleibels aus den ehemaligen Söldnerheeren gestört worden. Das aus den bevorrechteten Klassen gebildete, mit neuen Standesrechten . . . ausgestaffierte Offizierkorps hatte in seiner exklusiven Stellung gegen das Volk das monarchische Prinzip zu vertreten; in seiner . . . hierarchischen Organisation barg es eine zentralisierte Kraft, welche . . . die demokratischen Grundzüge in der Armee in der Praxis zu einem bloßen Trugbild macht . . . und so die für den Monarchismus daraus drohende Gefahr paralisierte. Das Studium der Hegelschen Philosophie und der politisch-sozialen Wissenschaften führte zu einer kritischen Betrachtung unserer Zustände, gebar in dem Offizierkorps selbst eine Oppositionspartei. Fast in allen Regimentern gaben Lesezirkel das Material zum Studium jener, meist in verbotenen Büchern niedergelegten Wissenschaften. Die sich mehr und mehr kräftigende Opposition leistete der unerträglichen Bevormundungssucht Widerstand und bekämpfte die strenge Abgeschlossenheit des Standes in seinen fratsenhaften romantischen und nicht romantischen Vorurteilen. Wer kann sich wundern, daß in dem so ungleichen Kampf die ersten und entschiedensten Oppositionsmänner äußerlich unterlagen? Die beiden bekanntesten Revolutionäre in der Uniform, Willich und Anneke fielen schon vor dem Jahre 1848. Hätten die Offizierkorps frei urteilen können, überall würde die Staatsgewalt und durch sie das monarchische Prinzip geschlagen worden sein. Die Macht der öffentlichen Meinung erlaubte der Regierung nicht einmal mehr Willich vor Gericht zu stellen, er wurde nach Kolberg auf den Isolierschemel gesetzt und durch die aufgezwungene Untätigkeit, durch die Verweigerung jeden Rechtsmittels gegen die erlittenen Mißhandlungen zum freiwilligen Austritt gezwungen. Ich selbst hatte in einem Kriegsgericht und einem Ehrengericht durch zweimalige einstimmige Freisprechung gegen das Bevormundungssystem und gegen die unreinen Ausflüsse des Monarchismus einen Sieg davongetragen . . .“

Man sieht, die revolutionäre Propaganda im Heer war wirklich nicht unbedeutend. Die Armeeführung selbst war sich der Gefahr bewußt und fürchtete die neuen ehrengerichtlichen Prozesse, deren Ausgang, wie wir schon bei der Affäre ANNEKES sahen, zweifelhaft war und die jedenfalls zur Vertiefung der revolutionären Propaganda führten. Die eingangs von BEUST gemachten Ausführungen über die dem Prinzip nach demokratischen Einrichtungen der preußischen Armee entsprechen völlig den Ausführungen WILLICHS im Vorwort zu seiner Broschüre und

scheinen eine große Rolle gespielt zu haben in der Propaganda unter den Offizieren. Der Zusammenhang der BEUSTSchen Darstellung mit dem Fall ANNEKE, mit all den Umständen, mit der sozialistischen Propaganda, deren Fäden wir oben nachgewiesen haben, ist ganz offenbar, und somit auch der Zusammenhang mit der Kölner Gemeinde des Kommunistenbundes, deren Präsident eben WILlich war.

VII. Kehren wir nun zur Frage zurück: aus welchen Elementen sich die Kölner Gemeinde des Kommunistenbundes vor der Revolution zusammensetzte.

Nach den vorstehenden Ausführungen können wir mit Bestimmtheit annehmen, daß die Kölner Bundesgemeinde zum Teil aus einer Gruppe von gewesenen oder noch im Heer dienenden revolutionär gesinnten Offizieren bestand, die unter persönlichem literarisch-publizistischem Einfluß besonders des rheinländisch-westfälischen wahren Sozialismus standen.

Unter den preußischen Offizieren empfing nachweisbar JOSEPH WEYDEMEYER den ersten Anstoß, der ihn dann seinen Kameraden weitergab, von denen einige sich Anfang 1848 in Köln zusammenfanden und dort eine Gemeinde gründeten oder auf Grund der neuen Statuten vom 8. Dezember 1847 reorganisierten.

WEYDEMEYER selbst war damals Angestellter der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft<sup>31)</sup>. Und es ist möglich, daß, wenn er auch nicht in Köln wohnhaft war, doch er es gewesen ist, der den Anschluß seiner gewesenen Kameraden, die seitdem zum Teil ebenfalls aus dem preußischen Heere ausgestoßen oder entlassen worden waren, an den Bund der Kommunisten vermittelte.

WILlich, der damals das Zimmermannshandwerk in Köln ausübte, wurde zum Präsidenten der Gemeinde gewählt. ANNEKE, der neben ihm einer der Hauptführer der Demonstration vom 3. März gewesen ist und damals Angestellter der „Kolonial“-Feuerversicherungsgesellschaft in Köln war<sup>32)</sup>, war gewiß

31) Vgl. MEHRING, Marx, S. 121.

32) „Der sogenannte Aufruhr usw.“, S. 6.

auch formell Mitglied des Bundes. Ob dies auch für KORFF gilt, wissen wir nicht bestimmt, wohl aber, daß WILLICH und ANNEKE die Verbindung mit ihren zahlreichen Anhängern<sup>33)</sup> in der Armee aufrechthielten, und daß die Information, die E. im zit. Brief berichtet, wonach die Stimmung der Truppen für die demonstrierenden Massen günstig war und es möglich gewesen wäre, Waffen zu beschaffen, nicht völlig unbegründet war.

ANNEKES, KORFFS und WILLICHS Broschüren sind viel weniger Verteidigungs- als Propagandaschriften, bestimmt und geeignet, einerseits den Geist der Unzufriedenheit im Offizierskorps der Rheinlande und Westfalens, wo das preußische Militär mit dem Bürgertum überhaupt auf sehr gespanntem Fuß stand, weiter zu schüren, andererseits den kommunistischen Ideen Anhänger innerhalb der Armee zu gewinnen.

In dieser selbst trieb nachweisbar BEUST seine Propaganda. Er schreibt darüber in dem bereits angezogenen Artikel:

„Ich durfte nach Ausbruch der Februarrevolution hoffen, die Exklusivität des Offizierstandes grundsätzlich verworfen und die Offiziere als dem Volk angehörende Lehrer und Erzieher anerkannt zu sehen. Ich habe einen dahingehenden Ausspruch meines Offizierkorps in Form eines Ehrengerichtes über mich provoziert, es wurde mir dieses aber — weil ich Aussicht auf einen abermaligen Sieg hatte — so lange verweigert, bis es meinen hohen Vorgesetzten gelungen war, auf Grund einiger, bei meinem Freunde Anneke konfiszierten Briefe (nach der Verhaftung Annekes am 3. März) bei meinen Kameraden ein Vorurteil gegen mich zu erwecken. In meiner Verteidigung (dieser Prozeß fand im Mai oder Juni 1848 statt<sup>34)</sup>) hatte ich nun nicht mehr meine Freisprechung im Auge, sondern ich wollte die recht- und schutzlose Stellung des Offiziers, den Zwiespalt zwischen Volk und Offizierskaste mit grellen Farben schildern und dann abtreten. Meine Verteidigung verletzte die Mehrzahl der Offiziere und diese verurteilten mich zur Entlassung<sup>35)</sup>.“

Wir kennen nicht den Inhalt der bei ANNEKE gefundenen Briefe BEUSTS, es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß die Vor-

33) Nicht nur ANNEKE und KORFF hatten in der Armee Anhänger, die für sie demonstrativ Stellung nahmen, auch in die Affäre WILLICH waren viele Offiziere verwickelt, von denen gegen nicht weniger als sieben ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde.

34) Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit 1848, Nr. 18 vom 24. XII; Triersche Zeitung 1848, Nr. 53 vom 1. VI.

35) Rheinisches Echo, Nr. 29 vom 19. V., S. 231.

urteile gegen BEUST bei seinen Kameraden dadurch erweckt worden sind, daß man seine Verbindung mit der geheimen Organisation des Kommunistenbundes nachweisen konnte. Wie dem auch sei, seine Tätigkeit, seine Verbindungen vor und nach der Revolution, lassen kaum einen Zweifel zu, daß er ebenfalls auch formell Mitglied des Kommunistenbundes war oder wenigstens in allerengster ideologischer und agitatorischer Gemeinschaft mit der Kölner Bundesgemeinde stand.

In Köln fand schon eine Woche nach dem Siege der Berliner Revolution eine sehr zahlreiche Versammlung von Soldaten aller dort anwesenden Truppengattungen statt, die eine Petition an den Kommandanten der 15. Division beschloß, in welcher Abschaffung der geltenden Kriegsartikel, der Anreden „Du“ und „Er“ und des Paradeexerzierens, ferner die Einführung des Geschworenengerichts mit Öffentlichkeit und Mündlichkeit für alle militärischen Verbrechen gefordert wurden<sup>36</sup>).

Zweifellos sind diese Bewegungen auf die Propaganda von WILLICH und Genossen zurückzuführen. Ihre Propaganda trug Früchte schon vor dem Sieg der Berliner Revolution. Wir haben sogar Grund zur Annahme, daß auch am 3. März, am Tage des Aufbruchs, die Truppen in Köln und Deutz nicht völlig zuverlässig waren. Waren doch nicht alle Anhänger von ANNEKE und WILLICH aus der Armee entfernt worden. Einen weiteren Anhaltspunkt bietet die Rede, die WILLICH am 3. März vor dem Rathause an die Menge hielt, während GOTTSCHALK mit dem Gemeinderat verhandelte. Sie wird von STEIN nicht mitgeteilt, wir kennen sie aber aus der zitierten anonymen (doch sicherlich von GOTTSCHALK zusammengestellten) Broschüre über „Den sogenannten Aufbruch in Köln“. Als man aus der Menge die Stellung des Militärs zum Bürger zur Sprache brachte, setzte WILLICH auseinander, „daß der uniformierte Bürger, der Soldat, so gut zum Volke gehöre, wie der

36) Vgl. den Bericht der Trierschen Zeitung, Nr. 89 vom 29. III. 1848. — Vgl. auch NIESSNER, Aachen während der Sturmjahre 1848—49. Aachen 1906, S. 63. — Weitere Nachweise für die Unruhen und Bewegungen unter den Kölner und Deutzer Truppen finden sich in der Trierschen Zeitung, Nr. 89/90 vom 29. und 30. III., Nr. 98 vom 7. IV. und Nr. 153 vom 1. VI. 1848. (Korrespondenzen aus Köln und Deutz.)



nicht uniformierte; daß der unselige Haß zwischen Soldat und Bürger seit den sogenannten August-Ereignissen<sup>37)</sup> nicht zu rechtfertigen sei; daß die damaligen Brutalitäten des Militärs nur in verkehrten Maßregeln und in den mancherlei Reizungen desselben von seiten der Bürger ihren Grund gehabt hätten.“ Diese Worte im Munde WILLICHs, der gewiß nicht die Bürger der preußischen Soldateska ausliefern wollte, sind offenbar aus der taktischen Absicht zu erklären, die Verbrüderung zwischen Massen und Militär zu fördern, sowie aus der Zuversicht: daß es möglich sei, dieses zu gewinnen.

Die Stimmung der Truppen am 3. März zu beurteilen, gestattet auch die Broschüre des rheinländischen Leutnants a. D. WÜLFING, die in Köln im August 1848 unter dem Titel „Austritt dreier Offiziere aus der preußischen Armee nach der Märzrevolution“ erschien<sup>38)</sup>. WÜLFING gehörte, wie sich aus dieser Broschüre ergibt, ebenfalls zu den revolutionär gesinnten Offizieren der preußischen Armee. Er schreibt, daß „er und seine gleichgesinnten Kameraden die Märzerrungenschaften freudig begrüßten“. In der Broschüre berichtet er über das gegen ihn und noch drei Leutnants (BERNIGAU, FALTIN und NITHAK) des in Deutz liegenden I. Bataillons des 25. Infanterie-Regiments eingeleitete Disziplinarverfahren, dessen Abschluß er nicht erwartete, sondern zusammen mit BERNIGAU und FALTIN, seinen Abschied nahm. Auch dieser Fall, dessen Ausgangsmoment schon am 20. III. 1848 sich ereignete, zeugt für die Gärung unter den Offizieren. Uns interessiert aber jetzt aus dem Bericht WÜLFINGs jene Stelle, die sich auf den 3. III. bezieht. Er erzählt, daß er vom 3. auf den 4. III., also am Tage der Demonstration, die Zeughaus-Wache in Köln kommandierte.

37) Bezieht sich auf die blutigen Zusammenstöße zwischen Militär und Volk am 3. und 4. VIII. 1846 in Köln, die eine gewaltige Erbitterung hervorriefen und die preußenfeindliche Stimmung erhöhten. Vgl. F. RAVEAUX, Die Kölner Ereignisse vom 3. und 4. August. Mannheim 1846. — „Dies Buch gehört dem Volke“ III., 1842, S. 186—191. — STEIN, 25. — E. GOTHEIN, Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Köln, I. Bd., S. 477.

38) WÜLFING war zur Zeit der Herausgabe der Broschüre — wie das Titelblatt angibt — schon Attaché der Deutschen Gesandtschaft zu Bern, wo damals der Kölner Demokrat FRANZ RAVEAUX Gesandter der Reichsregierung war. Vgl. GOTHEIN a. a. O., S. 483.

Gegen Abend wurde sein Posten durch ein Kommando unter Leitung eines Leutnants verstärkt. WÜLFING unterhielt sich mit ihm und äußerte, „daß es für ihn eine unangenehme Pflicht sein würde, von den Waffen gegen Mitbürger Gebrauch machen zu müssen, und daß er sich, namentlich der Schußwaffe, nur im äußersten Falle bedienen würde“.

Hier haben wir eine ganz unmittelbare Zeugenaussage darüber, daß die Kölner Truppen am 3. III. nicht völlig zuverlässig waren — von einem Zeugen, der für mehrere spricht. War WÜLFING unzuverlässig, so auch wenigstens jene seiner Kameraden, mit denen er einige Wochen später in jene Affäre geriet, derentwegen man das in seiner Broschüre geschilderte Disziplinarverfahren einleitete. Um so mehr ist das anzunehmen, da ja zu jener Affäre (von deren Einzelheiten wir hier absehen) nicht einmal WÜLFING, sondern sein Kamerad, Leutnant BERNIGAU, den Stein des Anstoßes gab. Dieser, und nicht WÜLFING, war im I. Bataillon des 25. Infanterie-Regiments, allem Anschein nach, die führende Persönlichkeit der revolutionär gesinnten Offiziere. Das anzunehmen, ist um so berechtigter, als BERNIGAU ebenfalls einer der Kölner Abgesandten zum zweiten demokratischen Kongresse war, wo — wie wir bereits wissen — eben die Kölner die allerradikalste Gruppe bildeten. Im badi-schen Aufstand kommandierte er ein Landwehrebataillon, geriet in preußische Gefangenschaft und wurde am 20. Oktober 1849 in Rastatt erschossen<sup>39)</sup>.

Der in die Affäre WÜLFING und Genossen mitverwickelte NITHAK wurde gleich nach seinem Abschied, mit BRUST und anderen, Mitglied jenes Volkskomitees, das die Bewegung der von der Neuen Rheinischen Zeitung am heftigsten propagierten Steuerverweigerung organisatorisch und militärisch leitete<sup>40)</sup>.

Erinnern wir noch daran, daß unter den oben angeführten sechs „Forderungen des Volkes“ vom 3. März neben allgemeiner Volksbewaffnung auch die damals noch sonst nirgends erhobene Forderung nach Abschaffung des stehenden

39) ALBERT FÖRDERER, Erinnerungen aus Rastatt 1849. II. Aufl. Lahr 1899, S. 103—104, 109.

40) Vgl. über NITHAK Nr. 146 und 153 der Neuen Rheinischen Zeitung v. 18. u. 23. XI. 1848.

Heeres vorkommt, so können wir zusammenfassend feststellen, daß die Kölner Bundesgemeinde, in der aus dem preußischen Offizierstande stammende Mitglieder eine ausschlaggebende Rolle spielten, eine ihrer Hauptaufgaben darin erblickt, eine revolutionäre Agitation in der preußischen Armee, in erster Linie unter den rheinländisch-westfälischen Truppen, zu entfalten. Diese Agitation blieb auch nicht wirkungslos. Die Kölner Bundesgemeinde wurde Anfang 1848 durch ihre Verbindungen mit der Armee der Brennpunkt der Unzufriedenheit und des revolutionären Geistes unter den in Köln und Deutz stationierten Truppen. Wenn, wie der Geschichtsschreiber der Rheinprovinz JOSEPH HANSEN feststellt<sup>41)</sup>, im März 1848 „das Militär zu schwach, zum Teil auch zu unzuverlässig war, um Gewalt (gegen die aufrührerischen Massen) durchzusetzen, und besonders die Reservisten sich von der revolutionären Aufregung angesteckt zeigten“, so war das zu gutem Teil das Werk der Kölner Gemeinde des Kommunistenbundes und der mit ihr in Verbindung stehenden Offiziere.

Wir sahen mehrfach, wie frühere oder noch aktive Offiziere vor und während der Revolution sich gegen die Disziplin, gegen die konterrevolutionäre Rolle der preußischen Armee auflehnten, sich dem politischen Kampf und dem Kampf mit den Waffen gegen den preußischen Militarismus widmeten. Alle einschlägigen Fälle mündeten mehr oder weniger unmittelbar ein in den Kreis um ANNEKE und WILLICH, oder nehmen von ihnen ihren Ausgang. Sie sind historisch untrennbar von der Kölner Gemeinde des Kommunistenbundes unter WILLICH'S Leitung. Sie sind verwachsen mit dem von M. und dem Kreis der Neuen Rheinischen Zeitung geführten revolutionären Kampf der Kölner Demokratie.

M. verstand es, im Lauf der Revolution alle diese durch die Kölner Bundesgemeinde gesammelten oder in Bewegung gesetzten militärischen Kräfte der Revolution in den von ihm geführten Kampf einzuschalten<sup>42)</sup>. Wer die Geschichte der

---

41) Vgl. HANSEN, Preußen und Rheinland von 1815—1915. Bonn 1918, S. 101. Vgl. auch Derselbe, G. v. Mevissen I, 535—36, II, 346, 353, 359.

42) Außer WILLICH, der nach seiner Teilnahme am ersten badischen

Revolution in Köln und M.s Tätigkeit darin ausführlich kennt, ausführlicher, wie sie bisher wo immer dargestellt wurde, dem wird diese Feststellung nach den oben gestreiften Zusammenhängen gewiß einleuchten. Doch ist die genaue Erforschung der Militärpolitik von M. während der Revolution eine besondere Aufgabe. Hier berührten wir diese Frage nur deshalb, um noch einmal, von einer neuen Seite, auf die Wichtigkeit der Geschichte der Kölner Bundesgemeinde für die Biographie von M. hinzuweisen.

VIII. Nun zurück zu den übrigen Mitgliedern der Kölner Bundesgemeinde.

Der dritte unter den „neuen Freunden“ von M. und E., der am 3. März dem Gemeinderat gegenüber als Wortführer der „arbeitenden Klassen“ die Hauptrolle spielte und auch zu jenen „drei besten Leuten“ gehörte, die verhaftet wurden, war ANDREAS GOTTSCHALK. Er ist der eigentliche Held der Abhandlung STEINS. Er ist STEINS Entdeckung. Er wurde nachher der Begründer und von April bis Juli 1848 der Leiter, der Präsident des Kölner Arbeitervereins. Seine in diesem entfaltete Tätigkeit wird von STEIN sehr ausführlich behandelt. Aber über seine Entwicklung zum Sozialisten, über seine politische oder publizistische Tätigkeit vor der Revolution weiß STEIN nur eine Bemerkung seines zeitgenössischen Biographen, HEINRICH HÖLSCHERS<sup>43</sup>), mitzuteilen: daß GOTTSCHALK „in seiner politischen Ausbildung das Studium der englischen und französischen Sozialisten bevorzugte“ und „mit den Koryphäen der Demokratie in fortwährender Korrespondenz und ständigem Verkehr stand“<sup>44</sup>). Auch einige andere Angaben über GOTTSCHALKS Lebenslauf, die STEIN HÖLSCHER entnimmt, sind ungenau. Er wurde (als Sohn eines jüdischen Metzgermeisters) nicht im

---

Aufstand im April 1848 in die Verbannung ging und aus der deutschen Revolution für längere Zeit ausschied.

43) HEINRICH HÖLSCHER, Andenken an Dr. Gottschalk. Köln 1849.

44) STEIN weist in einer Fußnote (auf Grund von FLEURY, Le poète George Herwegh, Paris 1901) auf HERWEGH hin. Aber gerade mit diesem wurde GOTTSCHALK erst 1849 in Paris bekannt, wie dies aus seinen Briefen an HERWEGH (in der Sammlung Briefe von und an H., hrsg. v. MARCEL HERWEGH 1896, S. 263—268) hervorgeht.

April, sondern am 28. Februar 1815 geboren. Seine Promotion zum Doktor der Medizin fand nicht im Jahre 1840, sondern am 11. Juli 1839 statt<sup>45</sup>). Zum Verständnis seines politischen Entwicklungsganges führen etwas näher einige andere STEIN entgangene Angaben.

GOTTSCHALK gehörte auch zu den Gründer-Aktionären der Rheinischen Zeitung. An der ersten Versammlung der Aktionäre vom 6., 8. und 10. Dezember 1841 nahm auch er teil und führte das Protokoll. In den Aufsichtsrat wurde er nicht gewählt, doch vereinigte er auf sich eine nicht unbeträchtliche Zahl von Stimmen<sup>46</sup>). Nach HANSEN, der das Archiv der Rheinischen Zeitung durchstudiert hat, war er auch einer der Mitarbeiter des Blattes<sup>47</sup>). Er war auch einer der Mitunterzeichner jener Petition, die die Aktionäre der Rheinischen Zeitung am 26. Februar 1843 dem Minister des Innern überreichen ließen, um ihn zur Aufhebung des schon beschlossenen Verbots des Blattes zu bewegen<sup>48</sup>).

Nach einer Angabe ZLOCISTIS, des Biographen von MOSES HESS, ließ sich die Polizei aufbinden: HESS und GOTTSCHALK besaßen eine geheime Presse<sup>49</sup>). Diese Angabe bezieht sich auf die zweite Hälfte des Jahres 1846<sup>50</sup>), und wenn sie auch — wie ZLOCISTI richtig bemerkt — ganz unglaubwürdig ist, so zeigt sie doch, daß GOTTSCHALK schon im Jahre 1846 von der Polizei

45) FRITZ MILKAU, Verzeichnis der Bonner Universitätschriften 1818 bis 1885. Bonn 1897, S. 83. — Zwei medizinische Werke Gottschalks sind in Kaysers Bücherlexion (T. I über die Jahre 1841—46) verzeichnet.

46) HANSEN, Rheinische Briefe und Akten I, 296—297.

47) HANSEN, Gustav v. Mevissen I, 252.

48) HANSEN, Rheinische Briefe I, 448. — Ein Bruder GOTTSCHALKS, der Advokat S. T. GOTTSCHALK, war 1848 einer der Mitbegründer des nachher von der Regierung nicht bewilligten Kölner Lokalvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, der bekanntlich E., HESS, D'ESTER, BÜRGER'S Gelegenheit gab, im J. 1844—45 in großen Versammlungen kommunistische Propaganda zu treiben. (S. Marx-Engels Briefwechsel I, 1, 3, 4, 11, 17; HANSEN, Rheinische Briefe I, 680, 712, 715, 880; „Gesellschaftspegel“ I (1845), S. 27.)

49) Th. ZLOCISTI, Moses Hess. 2. Aufl. Berlin 1921, S. 227. — ZLOCISTI gibt seine Quelle nicht an. Offenbar entnahm er sie Archivakten.

50) HESS hielt sich vom Juni 1846 bis Januar 1847 in Köln auf.

beobachtet wurde und daß er in Verbindung mit HESS stand. Für sein engeres Verhältnis zu diesem spricht auch der Umstand, daß in der Gründerversammlung des Kölner Arbeitervereins GOTTSCHALK HESS als „Vertreter der Gelehrten“ in das Zentralkomitee des Vereins wählen ließ<sup>51)</sup>; außer HESS war damals noch kein einziger eigentlicher Literat im Arbeiterverein. Es sind auch zwei Briefe von GOTTSCHALK an HESS erhalten. Den einen schrieb er am 26. März 1848<sup>52)</sup>, also fünf Tage nach seiner Freilassung, die am 21. März stattfand, den zweiten am 22. März 1849<sup>53)</sup>. Aus beiden Briefen, deren Inhalt uns hier sonst nicht interessiert, geht hervor, daß GOTTSCHALK M. und E. persönlich kannte und daß er, obwohl er sie „aufrichtig bewunderte“, doch von der eventuellen Übersiedlung M.s und E.' nach Köln eine ungünstige Wendung für seine eigene politische Stellung schon Ende März 1848 befürchtete.

Noch eins aus der Zeit vor dem Aufruhr sei über GOTTSCHALK angeführt, was besonders wichtig ist, da es ermöglicht, auf noch ein Mitglied der Kölner Bundesgemeinde hinzudeuten.

GOTTSCHALKS engster Mitarbeiter im Kölner Arbeiterverein und dessen erster Sekretär war der Geometerkandidat JEAN JOSEPH JANSEN, der bei der Regierung in Köln als Katastergehilfe diente. Er vertrat schon im Juni GOTTSCHALK, als dieser in Frankfurt auf dem ersten Demokratenkongreß weilte, in der Präsidentschaft, wurde dann am 18. Juni vom Arbeiterverein neben GOTTSCHALK in den „Kreisausschuß der rheinischen demokratischen Vereine“, in dem M. den Kölner demokratischen Verein repräsentierte, gewählt, erließ nach GOTTSCHALKS am 3. Juli erfolgter Verhaftung einen Maueranschlag über die Verhaftungen, worauf auch gegen ihn ein Haftbefehl erging, der ihn zu sofortiger Flucht aus Köln veranlaßte. Er ging nach Straßburg, wurde im Oktober „mit seinem Freunde WILLICH

51) Zeitung des Arbeitervereins zu Köln, Nr. 1 vom 23. IV. 1848.

52) MAYER, Engels, S. 316—318. Hier wird der Brief GEORG JUNG zugeschrieben, doch in seiner Rezension eben des Buches von STEIN (in diesem Archiv, Jahrg. X (1922), S. 433—436) stellt MAYER fest, daß der Brief von GOTTSCHALK herrührt.

53) MAYER in diesem Archiv a. a. O., S. 435.

nach Besangon verwiesen, wo er als Hauptmann im WILLICHschen Korps die Leiden und die Not der geächteten deutschen Republikaner bis zum Mai 1849 teilte“. Bald nachher nahm er am Badischen Aufstand teil, wurde Adjutant BERNIGAUSS und fiel mit ihm zusammen nach dem Treffen (21. Juni) in die Hände der Preußen. Am 20. Oktober wurden beide auf Grund des kriegsgerichtlichen Urteils erschossen.

Über JANSEN erschien im „Rheinischen Echo“, dem bereits erwähnten Sonntagsblatte der HERMANN BECKERSchen Westdeutschen Zeitung (in Nr. 2 vom 11. November 1848, S. 11—12) eine kurze, gedrängte, sehr warm gehaltene Biographie, der wir schon oben einige Angaben entnommen haben. Hier wird erzählt, daß JANSEN am 24. Juni 1825 als Sohn wohlhabender Eltern in Köln geboren wurde. Infolge einer Krankheit erlahmte sein rechter Arm schon im Jünglingsalter vollständig. „Das stille Studentenleben hatte in ihm den Wunsch erzeugt, Theologie zu studieren.“ Der Vater übergab ihn mit Freude dem Jesuitengymnasium. Doch verging ihm inzwischen die Lust zur geistlichen Laufbahn, er verließ als Sekundaner die Schule, und da sein Vater ihn nicht mehr unterstützte, mußte er als Katastergehilfe sein Brot verdienen. Diese rein mechanische Arbeit sagte seinen Neigungen nicht zu. „Das Bewußtsein einer untergeordneten, . . . gedrückten Stellung wurde durch den Mangel an Aussicht, sich unter den herrschenden Verhältnissen aus dieser emporarbeiten zu können, erschwert.“ Er hatte verschiedene Versuche gemacht, die Mittel zum Beginn eines wissenschaftlichen Studiums zu erlangen, doch schlugen diese Versuche fehl. Er schien so „für Lebenszeit zum Lohnarbeiter verdammt. . . . Der Umgang und die Freundschaft mit Gottschalk, der seine ganze Tätigkeit der leidenden Menschheit geweiht hatte, bot ihm den einzigen Ersatz für seine kummervolle Lage.“

Dieser letzte Satz rechtfertigt es, daß wir an dieser Stelle ziemlich ausführlich über JANSENS Schicksale berichteten. Die spätere engste Arbeitsgemeinschaft GOTTSCHALKS und ANNEKES mit JANSEN im Kölner Arbeiterverein und die Mitteilung über JANSENS Umgang und Freundschaft mit GOTTSCHALK vor der Revolution rechtfertigen wohl die Annahme, daß

auch Jansen Mitglied der Kölner Bundesgemeinde gewesen sei<sup>54</sup>).

IX. Die Demonstration vom 3. März wurde von den neuen Freunden von M. und E. initiiert. Sie waren die Haupttriebkkräfte der Bewegung, sie traten am meisten hervor. Doch nahmen an der Beschlußfassung auch die „alten Freunde“ teil. Der Bund der Kommunisten war eine geheime Organisation. Zweifellos gehörten also die „alten Freunde“ auch der Kölner Bundesgemeinde an. Wer waren sie?

Der Brief von E. an M. nennt sie nur mit ihren Anfangsbuchstaben. BERNSTEIN erklärt nur die ersten zwei Initialen. Demnach waren D'ESTER und DANIELS Mitglieder der Gemeinde. Der „kleine Dr.“, der im Stadtrat gerade nötig gewesen wäre, ist ebenfalls der „kleine D'ESTER“, der seit Dezember 1846 tatsächlich Mitglied des Gemeinderats war<sup>55</sup>). Der von E. an dritter Stelle angedeutete B. (dessen Name BERNSTEIN nicht aufdeckt), ist zweifellos HEINRICH BÜRGERS.

Es ist bekannt, daß M. und E. mit diesen drei Männern tatsächlich schon seit mehreren Jahren in reger Verbindung standen. BÜRGERS und DANIELS waren Ende 1844 mit M. und E. zusammen in Paris. Ende 1844 und in den ersten Monaten 1845 fanden zur Gründung eines Lokalvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen mehrere große Versammlungen in Köln statt, in welchen D'ESTER, DANIELS, BÜRGERS kommunistische Propa-

54) Über den „Dichter HOCKER“, der in der Darstellung der zeitgenössischen Broschüre ebenfalls als einer der Wortführer der Massen erscheint (s. oben S. 302), ist es uns nicht gelungen, etwas Näheres zu erfahren. Wir wissen nur, daß auch er nachher an der Gründung des Arbeitervereins teilnahm und am 13. April zu einem der Sekretäre gewählt wurde. Am 13. April nahm das Vereinskomitee seinen Entwurf zu einer Adresse an den Mainzer Arbeiterverein an. Die Adresse verrät in Stil und Inhalt die Schule GOTTSCHALKS. Neben allgemeiner Freiheitsrhetorik betont sie: „Es waren nicht die stolzen Aristokraten, nicht die hochmütigen Beamten und geldgierigen Bourgeois, die auf den Barrikaden Geschichte machten, es waren Leute vom Volke, Arbeiter, die mit ihrem Blute den jungen Baum der Freiheit düngten.“ (Zeitung des Arbeitervereins, Nr. 1 v. 23. IV. 1848.) Nach dem 21. IV. scheint HOCKER sich vom Arbeiterverein zurückgezogen zu haben. Wenigstens kommt sein Name nachher in den Sitzungsprotokollen nicht mehr vor.

55) Vgl. GOTHEIN, Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte Kölns, S. 239.



ganda entfalteteten, und an denen auch HESS und E. teilnahmen. Damals standen sowohl die Kölner, wie E. selbst, auch ideologisch sehr nahe dem Kreise der westfälischen wahren Sozialisten. Inzwischen entwickelte M. seine materialistische, „marxistische“ Anschauungsweise. E. schloß sich ihm an, und bald nach ihrer Rückkehr von ihrer gemeinsamen Reise nach London im Sommer 1845 begannen beide Freunde, einerseits sich systematisch von den Sozialisten anderer Färbung abzusondern und andererseits die gleichgesinnten Genossen um sich zu sammeln, zu organisieren. Ungefähr in der ersten Hälfte 1846 bildeten sie den ersten Kern der neuen internationalen kommunistischen Partei, indem sie ein kommunistisches Korrespondenzkomitee in Brüssel gründeten. Auf ihre Initiative ist es zurückzuführen, daß die Führer des Londoner Arbeiterbildungsvereins — zum Teil gewesene Mitglieder des organisatorisch eingegangenen Bundes der Gerechten — sich ebenfalls als Kommunistisches Korrespondenzkomitee in London konstituierten. Im August reiste E. nach Paris, um auch dort eine ähnliche Organisation zu bilden, was ihm auch gelang. Diese drei Korrespondenzkomitees bildeten dann nach dem ersten Londoner Kongreß im Mai 1847 die ersten Gemeinden des reorganisierten Bundes der Kommunisten.

Es fragt sich nun, ob nicht M. und E. ihre Kölner Gesinnungsgenossen veranlaßten, auch in Köln ein kommunistisches Korrespondenzkomitee zu bilden? Wir sind nicht in der Lage, diese Frage ganz entschieden zu beantworten. Der Verkehr von M. und E. mit den Kölnern war Ende 1846 ein besonders reger. Es lag ihnen sehr nahe, auch in Deutschland selbst die Bildung eines Organisationskerns für ihre Richtung zu veranlassen. In seinem zweiten Bericht aus Paris nach Brüssel vom 16. September 1846 fragt E.: „Was machen die Kölner<sup>56)</sup>?“ Diese Frage, die er den Brüsselern gleich nach der Quittierung ihrer Berichte über Belgien, London und Breslau nach seiner Bitte, ihn über den Sukzeß des gemeinsamen Unternehmens in den verschiedenen „Lokalitäten“ immer in Kenntnis zu setzen, stellt, weist ganz klar auf Organisationsversuche in Köln hin. Gerade damals weilte MOSES HESS in

56) Marx-Engels Briefwechsel I, 29.

Köln und stand mit M. in regem Briefwechsel. Auch die Londoner Mitglieder des gewesenen Bundes der Gerechten erliessen um diese Zeit (im November 1846 und Februar 1847) ihre — in Deutschland ohne Erfolg gebliebenen — Aufrufe an die „Brüder“, sich mit ihnen in Verbindung zu setzen, sich zu sammeln <sup>57</sup>).

Ob diese Versuche von Erfolg begleitet waren, können wir, wie gesagt, nicht entscheiden und wir wollen diese Frage diesmal nicht weiter untersuchen. Mit genügender Bestimmtheit lässt sich nur behaupten, dass seit Mitte 1846 der briefliche Verkehr zwischen den Kölner Gesinnungsgenossen und M. ein sehr reger war, und da HESS bis Ende 1846 in Köln sich aufhielt, so darf angenommen werden, dass auch der mit ihm in enger Freundschaft verbundene GOTTSCHALK wenigstens mittelbar mit dem Brüsseler Korrespondenzkomitee in Verbindung stand. Seit Mitte 1847 scheint der Verkehr zwischen Köln und Brüssel nachgelassen zu haben und gegen Ende des Jahres bideten die „alten Freunde“ gewiss keine Organisation. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, dass die Anfang 1848 funktionierende Kölner Bundsgemeinde unter WILLICHS Leitung kam, und nicht unter die eines Vertreters der alten Garde. Die Lockerung der — wenn überhaupt, so nur in sehr keimhafter Form bestandenen — Organisation ist vielleicht auf die erst gegen Ende 1847 zu einem greifbaren Ergebnis gediehenen Verhandlungen zwischen dem Brüsseler und dem Londoner Korrespondenzkomitee zurückzuführen. Jedenfalls aber trugen dazu die Gegensätze bei, die in Köln selbst zwischen den „alten Freunden“ und den neueren kommunistischen Elementen (GOTTSCHALK und dessen Kreis; ANNEKE und dessen Freunde) immer schärfer hervortreten mussten, je klarer M. und E. der nahenden Revolution gegenüber ihre Taktik formulierten.

Die „neuen Freunde“ vertraten ideologisch und politisch eine andere Richtung, wie die alte Garde. Während diese — wie ihre spätere Rolle während der Revolution bewiesen hat — die Auffassung von M. und E. sich zu eigen gemacht hatten: daß

<sup>57</sup>) Neue Zeit, 37/2 (1919), S. 131—133. (E. DRAHN, Zur Vorgesch. d. Komm. Manifestes.)

nämlich die Aufgabe einer kommunistischen Partei in Deutschland vorerst darin bestünde, den Boden der Demokratie zu erkämpfen, der bürgerlichen Revolution zum Siege zu verhelfen, meinten GOTTSCHALK und etwas weniger entschieden auch ANNEKE, ein Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie sei überflüssig und sogar schädlich, daß daher die Kommunisten die Aufgabe hätten, die Bildung rein proletarischer Organisationen anzustreben und den Entscheidungskampf gegen die bürgerliche Demokratie sofort aufzunehmen. In der Praxis verharrten zwar später — unter dem Einfluß von M. — weder GOTTSCHALK noch ANNEKE bei dieser schroffen Ablehnung jedweden Bündnisses mit der bürgerlichen Demokratie, doch orientierten sie sich ganz entschieden in dieser Richtung, worin man unschwer den Einfluß der wahren Sozialisten, insbesondere von HESS, erkennen kann. So ist es erklärlich, daß die Schaffung einer festeren gemeinsamen Organisation mit den alten Kölner Kommunisten, von denen BÜRGERS und D'ESTER in sehr nahem Verhältnis zu den bürgerlichen Demokraten, sogar zu den gemäßigten Liberalen standen, sehr schwer zu bewerkstelligen war.

Daß es im Jahre 1848 noch vor der Revolution dann doch zur Bildung einer Kölner Gemeinde des Kommunistenbundes kam, erklärt sich durch den Druck der politischen Ereignisse, durch die inzwischen erfolgte Reorganisierung des Bundes und wahrscheinlich auch durch das Auftreten der leidenschaftlich-aktiven Persönlichkeit WILLICHs in Köln.

Natürlich wurden durch den organisatorischen Zusammenschluß die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze keineswegs beseitigt. Aus dem späteren Verlauf der Dinge sei hier nur angeführt, daß, während D'ESTER nachher Abgeordneter der preußischen Nationalversammlung wurde, BÜRGERS sich in das am 31. März zusammengetretene Frankfurter Vorparlament wählen ließ, GOTTSCHALK und ANNEKE bald nach ihrer Freilassung an die Gründung des Kölner Arbeitervereins gingen und WILLICH schon am 9. April in Konstanz war, um an HECKERS Versuch, die Proklamierung der Badischen Republik zu erzwingen, teilzunehmen.

Wie E.s Brief zeigt, waren die Gegensätze zwischen den heterogenen Elementen der Kölner Bundesgemeinde auch schon

in der Bewegung vom 3. März klar hervorgetreten. Die „alten Freunde“ benahmen sich sehr zurückhaltend. Über D'ESTER war allerdings E. ungenau informiert. Denn aus der anonym erschienenen Broschüre GOTTSCHALKS über „den sogenannten Aufruhr“ geht hervor, daß D'ESTER an der Sitzung des Gemeinderats doch teilgenommen hat. Sie lehrt aber auch, daß im Laufe der Diskussion zwischen GOTTSCHALK und den Gemeinderatsmitgliedern jener auch mit D'ESTER in Wortwechsel geriet, als D'ESTER ihm beweisen wollte, daß die bereits gefaßten Beschlüsse des Gemeinderats mit der Forderung der „Aufhebung der Zensur“ schon die „unbedingte Preßfreiheit“ anstrebten, was GOTTSCHALK absolut nicht zugeben wollte.

Wenn nun trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten die alten Freunde doch mitbeschlossen hatten, loszuschlagen, so gewiß aus anderen Intentionen heraus wie WILLICH oder GOTTSCHALK. Während dieser den Grund zu einer selbständigen proletarischen Bewegung zu legen bestrebt war und WILLICH in der Demonstration eine Generalprobe zu einem künftigen bewaffneten Aufstand erblicken mochte, schlossen sich die „alten Freunde“ der Bewegung gewiß im Gedanken an, dadurch die Liberalen und Demokraten vorwärts zu treiben. Ließ sich doch D'ESTER in jene Deputation des Kölner Gemeinderats wählen, die unter Führung des Oberpräsidenten der Rheinlande am Vormittage des 18. März in Berlin dem Könige eine Petition mit gemäßigt liberalen Wünschen überreichte.

Angesichts dieser heterogenen Zusammensetzung der Kölner Bundesgemeinde erklärt sich leicht jene Feststellung WILHELM WOLFFS in seinem Bericht vom 18. April an die Pariser Bundesgemeinde über den Zustand des Bundes in Köln. WOLFF sandte ihn von Breslau aus, wohin er nach Ausbruch der Märzrevolution über Köln und Berlin geeilt war. In Köln war er wahrscheinlich um den 10. April. Seine Mitteilung, die ebenso wie die zitierten Briefstellen von E. schon längst die Aufmerksamkeit auf die vorrevolutionäre Kölner Bundesgemeinde hätte lenken können — MEHRING brachte sie in seinem bekannten Vorwort zum vierten Abdruck der „Enthüllungen“ über den Kommunistenprozeß zu Köln“ (S. 16) — lautet kurz und bündig: in Köln „vegetierte der Bund in großer Zusammenhanglosigkeit fort“.

So verhielt es sich auch in der Tat. D'ESTER und BÜRGERs beteiligten sich eifrig an der in Aufschwung gekommenen parlamentarisch-demokratischen Parteibewegung, an den Vorbereitungen zu den Parlamentswahlen, sowie an den Vorbereitungen zu einem neuen, großen demokratischen Blatt, das nachher M. und E. für sich eroberten. WILICH begab sich nach Süddeutschland, um für die Proklamierung der Badischen Republik mit den Waffen in der Hand zu wirken. GOTTSCHALK und dessen engere Freunde bereiteten die Gründung eines Arbeitervereins vor. ANNEKE und dessen engerer Kreis endlich schürten gewiß die Bewegung innerhalb der Armee. Jeder war so in seinem speziellen Wirkungskreis tätig; die wenig solid fundierte Einheit der Gemeinde ging in die Brüche; die junge Organisation erwies sich als zu schwach, um der vielgestaltigen Tätigkeit ihrer Mitglieder einen einheitlichen Rahmen zu geben; kurz, sie „vegetierte in großer Zusammenhanglosigkeit fort“.

X. Die kräftige, große Massen in Bewegung setzende Kölner Demonstration vom 3. März blieb nicht ohne Wirkung auf die politische Haltung der „realpolitischen“ Faktoren in der Rheinprovinz. Der Regierungspräsident EICHMANN begab sich auf die Kunde von bevorstehenden Unruhen am 3. März von Koblenz nach Köln, wo ihn mehrere Deputierte des Rheinischen Landtags, an ihrer Spitze HANSEMANN und MEVISSEN, unter dem Eindruck der Demonstration abends sehr eindringlich aufforderten: er solle versuchen, in Berlin die Gewährung liberaler Reformen durchzusetzen. Die liberalen Beschlüsse des Kölner Gemeinderats vom 3. März standen ebenfalls in unmittelbarem Zusammenhang mit der revolutionären Bewegung der Kölner Arbeiter. Von den Führern der rheinischen Bourgeoisie stand MEVISSEN am stärksten unter dem Eindruck der tumultösen Ereignisse; er befürchtete neue Unruhen und drängte einerseits in den Regierungspräsidenten, andererseits in die rheinländischen Deputierten und auch in CAMPHAUSEN, den älteren, noch zögernden Führer des rheinischen Liberalismus, sie möchten in Berlin energisch für Reformen eintreten. Die zwölfgliedrige Deputation des Kölner Gemeinderats, darunter auch D'ESTER, war am Abend des 17. und am Vormittag des 18. März ein nicht unwichtiger Faktor unter jenen, die den König auf den Weg der

Zugeständnisse drängten<sup>58)</sup>. Die Kölner Bewegung vom 3. März entsprach also den Erwartungen jener Mitglieder der Kölner Bundesgemeinde, die von ihr einen Anstoß für die bürgerlich-revolutionäre Bewegung erhofften.

Als erstes selbständiges Auftreten des Kölner Proletariats war sie aber zugleich die Vorläuferin des Kölner Arbeitervereins, der eine Gründung eben der in der Demonstration meist hervorgetretenen Führer wurde. Sie ist das erste Zusammenwirken der rheinländisch-westfälischen revolutionär gesinnten Offiziere mit dem Kölner Proletariat auf dem Boden der Revolution. Das erste, aber nicht das letzte. Denn der am 3. März besiegelte Bund dauerte fort während der ganzen Revolution und wurde zu einem bedeutenden Posten in den Berechnungen der revolutionären Demokratie der Rheinprovinz, an deren Spitze M. stand.

Sie gewinnt aber noch erhöhte Bedeutung durch den Nachweis der entscheidenden Rolle der Kölner Gemeinde des Kommunistenbundes. Die Geschichte des Kommunistenbundes hinwiederum wird wesentlich erweitert durch die Feststellung, daß nach der Reorganisierung des Bundes durch M. und E. auch auf deutschem Boden eine konstituierte Bundesgemeinde tätig war, die noch vor dem Ausbruch der Märzrevolution eine proletarische Massenaktion veranstaltete — die erste revolutionäre Massenaktion in ganz Preußen nach den Pariser Februartagen, und die dank ihrer persönlichen Zusammensetzung in der Lage war, revolutionäre Propaganda auch innerhalb der preußischen Armee zu entfalten.

Es leuchtet ein, daß die ausführliche Behandlung und die weitere Untersuchung<sup>59)</sup> dieser nicht nur lokalgeschichtlich interessanten Bewegung auch für die M.-Forschung von großer Wichtigkeit ist. Die Führer der Kölner Bundesgemeinde, die Veranstalter der Demonstration standen alle mit M. und E. in politischem Kontakt und einige von ihnen spielten in deren Leben eine nicht unwichtige Rolle. Die Bewegung vom 3. März bildet das erste Kapitel der selbständigen Arbeiter-

58) Vgl. bes. HANSEN, *Mevissen* I, 514—526.

59) Schon die Darstellung des Verlaufs der Demonstration kann nicht als erledigt betrachtet werden, — nicht einmal in den wesentlichen Momenten.

bewegung in Köln, mit der M. während der Revolution viel mehr zu schaffen hatte, als man bisher angenommen hat. Die in den Ereignissen vom 3. März meist hervorgetretenen Mitglieder der Kölner Bundesgemeinde, GOTTSCHALK und ANNEKE, die nachherigen Begründer des Kölner Arbeitervereins, und ihr engerer Kreis vertraten im weiteren Verlauf der Revolution bei vielen Anlässen taktisch wie prinzipiell eine eigene, von der unter M.s Führung stehenden radikalen Demokratie abweichende Richtung. M.s Auffassung der Arbeiterbewegung in der Revolutionszeit äußert sich konkret praktisch vornehmlich eben in seinem Verhältnis zur Politik dieser Gruppe, in seiner Teilnahme an der lokalen Kölner Arbeiterbewegung, die, obwohl sie sehr große Dimensionen gewann, in den Werken von MEHRING und MAYER sozusagen ganz verschollen ist. Das erste Kapitel der Kölner Arbeiterbewegung aber bildet die Bewegung vom 3. März, deren Darstellung und Analyse daher einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Marxforschung bildet.

Die Hauptaufgabe freilich, die kritische Darstellung der Kölner Arbeiterbewegung in den Revolutionsjahren, sowie der Rolle in ihr und umgekehrt die ihre in den taktischen Berechnungen von M. bleibt noch zu lösen. STEINS Versuch ist völlig ungenügend. Wohl aber bleibt ihm das Verdienst, auf die Wichtigkeit dieses Gegenstandes aufmerksam gemacht und einiges Rohmaterial geliefert zu haben. Nun kommt es darauf an, es zu ergänzen und zu bearbeiten, wozu die vorliegende Studie einen ersten Anlauf nimmt.

Unsere Hauptquelle war außer dem ENGELSSchen Brief die anonyme Broschüre GOTTSCHALKS („Der sogenannte Aufruhr“), ergänzt mit einigen Angaben der Trierschen Zeitung. Zu einer wissenschaftlich-kritischen Darstellung genügen diese Quellen offenbar nicht. Abgesehen von archivalischen Quellen müssen noch wenigstens die Berichte in den rheinländisch-westfälischen Zeitungen herangezogen werden. Daß es noch unaufgeklärte Momente gibt, zeigt z. B. die ziemlich ausführliche Darstellung der fraglichen Vorgänge bei WILHELM ZIMMERMANN (Die deutsche Revolution, Karlsruhe 1848, I, 20—23), die in mehreren Punkten von der Darstellung GOTTSCHALKS abweicht, und in welcher auch ganz neue Momente auftauchen, wie z. B., daß ein Teil der in den Sitzungssaal des Staatsrats eingedrungenen Massen mit Dolchen bewaffnet war. Wir haben ZIMMERMANNs Angaben in unserer Darstellung unberücksichtigt gelassen, weil ZIMMERMANN seine Quellen nicht angibt und weil seine Erzählung von Widersprüchen nicht frei ist.

# Marxismus und Kantischer Kritizismus.

Von

Max Adler (Wien).

## I.

Bekannt ist das große Wort von FRIEDRICH ENGELS<sup>1)</sup>: „Wir Sozialisten sind stolz darauf, daß wir abstammen nicht nur von ST. SIMON, FOURIER und OWEN, sondern auch von KANT, FICHTE und HEGEL.“ Weniger bekannt, aber in geradezu prophetischer Weise denselben Gedanken vorwegnehmend, ist ein Ausspruch HEINRICH HEINES am Schluß seiner Schrift über Deutschland, in der er zuerst dargelegt hatte, daß die Deutschen ihre Revolution im Gegensatz zu den Franzosen nicht auf der Bühne der Geschichte, sondern nur unter der Hirnschale gemacht hätten, und dann fortfährt: „Laßt Euch aber nicht bange sein, Ihr deutschen Republikaner; die deutsche Revolution wird darum nicht minder und sanfter ausfallen, weil ihr die KANTSche Kritik, der FICHTESche Transzendentalidealismus und gar die Naturphilosophie (sc. HEGELS und SCHELLINGS) vorausging. Durch diese Doktrinen haben sich revolutionäre Kräfte entwickelt, die nur des Tages harren, wo sie hervorbrechen und die Welt mit Entsetzen und Bewunderung erfüllen können. Es werden KANTianer zum Vorschein kommen, die auch in der Erscheinungswelt von keiner Pietät etwas wissen wollen; . . . es werden bewaffnete FICHTEianer auf den Schauplatz treten, die in ihrem Willensfanatismus weder durch Furcht noch durch Eigennutz zu bändigen sind; . . . doch noch schrecklicher als alles wären Naturphilosophen (sc. HEGELianer), die handelnd eingriffen in eine deutsche Revolution und sich mit dem Zerstörungswerk selbst identifizieren würden. . . . Der Gedanke geht der Tat voraus, wie der Blitz dem Donner. Der deutsche Donner ist freilich auch ein Deutscher, und ist nicht sehr gelenkig und kommt etwas

1) Die Namen MARX und ENGELS sind im folgenden abgekürzt in M. und E.



langsam herangerollt; aber kommen wird er, und wenn Ihr es einst krachen hört, wie es noch niemals in der Weltgeschichte gekracht hat, so wisst Ihr, der deutsche Donner hat endlich sein Ziel erreicht.“

Diesen Zusammenhang des „deutschen Donners“, des theoretischen marxistischen Sozialismus, mit der klassischen deutschen Philosophie haben M. und E. immer wieder betont. Aber sie haben damit eigentlich nur ihren unmittelbaren Zusammenhang mit HEGEL verstanden, unter dessen grandioser Einwirkung sie aufgewachsen waren und dessen metaphysische Lehre in ihrem realen Kern bloßgelegt und erhalten zu haben, sie immer als ihr geschichtliches Werk betonten. Nur insofern HEGEL selbst ein Produkt der klassischen deutschen Philosophie war, ihr gewaltiger Abschluß und in den Augen von M. und E. ebenso ihr Ende wie ihre Vollendung, mochten sie den Satz verstanden haben, daß sie auch von KANT und FICHTE abstammen. Denn eine direkte Beeinflussung des Denkens von M. und E. durch diese beiden Philosophen ist kaum zu konstatieren. War ja auch deren Wirksamkeit durch die Alleinherrschaft der HEGELschen Philosophie völlig zurückgedrängt. KANT war in jenem Zeitabschnitte so vergessen, daß er erst Jahrzehnte nachdem der Marxismus bereits seinen theoretischen Gehalt völlig ausgeprägt hatte, förmlich neu entdeckt wurde. Und FICHTE ist noch heute einer der am wenigsten gekannten, wenn auch offiziell stets gepriesenen Denker aus der klassischen Epoche der deutschen Philosophie. Nur also auf ihren unmittelbaren Hervorgang aus HEGEL und auf den hierdurch vermittelten Zusammenhang mit der Glanzperiode des deutschen philosophischen Denkens bezog sich im Sinne E.' sein vielzitiertes Satz.

Trotzdem hat derselbe eine viel umfassendere Bedeutung und darf beanspruchen, wörtlich aufgefaßt zu werden. Es ist wirklich wahr, daß der moderne theoretische Sozialismus, und das ist für seine entwickeltste Form gleichbedeutend mit dem Marxismus, nicht nur von HEGEL, sondern auch von KANT und FICHTE abstammt, daß mit anderen Worten der Geist einer der größten Revolutionen des Denkens sich in ihm fortgesetzt hat. Deshalb konnte auch E. mit Recht ein andermal vom wissenschaftlichen Sozialismus sagen, er sei ein wesentlich deutsches Produkt und

habe nur bei einer Nation entstehen können, deren klassische Philosophie die Tradition der bewußten Dialektik lebendig erhalten hatte. Wenn E. hier den Nachdruck auf die Dialektik legt, die er als eine Methode der ganzen klassischen deutschen Philosophie mit Recht erkannt hat, und wenn er hierin den Zusammenhang des eigenen Standpunktes mit jener Geistesepoche gegeben sieht, so ist diese Feststellung zwar richtig, aber doch zu eng. Die Übereinstimmung des Marxismus mit der deutschen klassischen Philosophie in der dialektischen Methode des Denkens ist nur ein Teil, gleichsam nur ein Symptom, eines viel tiefergehenden Zusammenhanges in der fundamentalen Problemstellung selbst, nämlich in der Erfassung des Verhältnisses des Individuums zur Gesamtheit. Und hierdurch wird bewirkt, daß trotz des auf den ersten Blick so weit auseinanderfallenden äußeren Anscheins beider Denksysteme, der idealistischen Philosophie und des materialistischen Marxismus, sich schließlich doch ein großartiger gemeinsamer Denktypus in beiden ergibt.

Um sofort deutlicher zu machen, in welchem Sinne hier also allein von einem Zusammenhang des Marxismus mit der klassischen deutschen Philosophie und speziell mit KANT gesprochen wird, und um von vornherein grobe Mißverständnisse auszuschließen, soll vor allem mit aller Bestimmtheit eines ausgesprochen werden: es handelt sich hier nirgends um einen historischen Zusammenhang beider Denksysteme. Wir haben schon hervorgehoben, daß ein direkter Einfluß von KANT oder FICHTE auf M. und E. völlig ausgeschlossen ist. Das beliebte Thema „KANT und MARX“ oder auch „FICHTE und MARX“ ist von vornherein ein anderes als das von „HEGEL und MARX“, was allerdings nicht immer erkannt wurde. Es kann sich in ersterer Hinsicht stets nur um die Aufzeigung von logischen oder methodischen Übereinstimmungen dieser Denker handeln, nicht aber um historische Beeinflussungen. Kurz, der Zusammenhang mit der klassischen deutschen Philosophie, soweit er nicht durch HEGEL vermittelt ist, aber auch sogar dieser selbst in seiner nicht überall und notwendig zum Bewußtsein gekommenen Bedeutung, — dieser Zusammenhang, dem wir nachgehen, ist ein ideengeschichtlicher nicht ein zeitgeschichtlicher. In diesem Sinne liegt auch dort ein Zusammen-

hang vor, wo ein solcher dem Denken von M. und E. gar nicht bewußt war, und ebensowenig vielen seiner Anhänger, den Marxisten in älterer und neuerer Zeit, bewußt geworden ist. Nicht also darum handelt es sich, welche Gedanken bewußt aus der deutschen klassischen Philosophie im Marxismus übernommen wurden, sondern welche Denkmotive der idealistischen Philosophie in ihm tatsächlich wirken, mögen sie auch sogar materialistische Gewandung angenommen haben.

Daraus ergibt sich zunächst, daß unsere Inbezugsetzung des Marxismus mit KANT gar nichts mit jener beliebten Bestrebung zu tun hat, M. durch K. zu „ergänzen“, und den Sozialismus gleichsam philosophisch zu rechtfertigen. Es war allerdings der große Wiedererwecker KANTS, HERMANN COHEN, der mit Recht darauf hingewiesen hatte, daß die Ethik KANTS nur ein philosophischer Ausdruck für die Menschheitsziele des Sozialismus sei. Und in der Tat, der kategorische Imperativ ist die Idee einer allgemeinen Gesetzgebung des Willens, in der es keine Unterdrückung irgendeines Willenssubjektes mehr geben kann; die Idee, keinen Menschen nur als Mittel, sondern jeden zugleich als Zweck zu betrachten, ist eine Idee, die jede Ausbeutung ausschließt; der Gedanke eines Reichs der Zwecke, der alle soziale Unvernunft und Bedrückung als zweckwidrig unmöglich macht, ist eine Idee, die keinen Klassengegensatz mehr zuläßt. Und dies alles muß noch in Verbindung mit der immer wieder betonten Forderung KANTS gebracht werden, daß die Vorstellung eines vollkommenen Gesellschaftszustandes nicht als schwärmerische Utopie betrachtet, sondern als eine sittliche Aufgabe unablässig verfolgt werden müsse. Hält man dies alles zusammen, dann versteht man, wie COHEN zu dem Ausspruch gelangen konnte, „daß der Sozialismus im Idealismus der Ethik begründet werde und daß KANT der wahre und wirkliche Urheber des deutschen Sozialismus sei.“ Und an COHEN anschließend hat eine große Reihe von Denkern bis in die neueste Zeit, — ich nenne nur besonders STAMMLER, NATORP, STAUDINGER und VORLÄNDER — die Verbindung zwischen M. und K., zwischen Sozialismus und kritischem Idealismus darin gefunden, daß der Sozialismus durch diese ethische Begründung seiner Ziele, wie sie die KANTISCHE Ethik gibt, ergänzt werde.

Diese Art des Zusammenhanges muß aber gerade vom Standpunkt des Marxismus mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Der Marxismus ist ein System des soziologischen Erkennens: er gründet den Sozialismus auf Kausalerkenntnis der Vorgänge des sozialen Lebens. Marxismus und Soziologie sind ein und dasselbe, d. h. der Marxismus will nichts anderes sein als die Wissenschaft von den Gesetzen des gesellschaftlichen Lebens und seiner kausalen Entwicklung. Er will also die Entwicklung des Sozialismus aus dem Kapitalismus in kausaler Notwendigkeit ableiten. Nach marxistischer Auffassung kommt der Sozialismus nicht, weil er ethisch berechtigt ist, sondern weil er kausal bewirkt wird. Daß dieses kausale Produkt des sozialen Lebens zugleich ethisch gerechtfertigt ist, ist keineswegs nebensächlich und auch für den Marxisten kein Zufall, wie wir noch sehen werden. Aber dieses Zusammenfallen der kausalen Entwicklungsnotwendigkeit mit der ethischen Berechtigung ist ein soziologisches Problem, das innerhalb des Marxismus nur kausal zu lösen ist. Es wird sich zeigen, daß diese Lösung in dem Begriff des vergesellschafteten Menschen liegt, der durch seine formal-teleologische Kausalität schließlich dazu getrieben wird, das zu verwirklichen, was er für sittlich geboten hält. Und die historische Erscheinungsform, in der sich diese Lösung vollzieht, ist der Klassenkampf. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Der Zusammenhang zwischen M. und KANT, um unser Problem mit einem bequemen und anschaulichen Ausdruck zu bezeichnen, liegt aber auch nicht darin, daß KANT etwa ein Sozialist war, sei es auch erst nur ein utopischer Sozialist. Der Sozialismus liegt diesem Denker noch ganz fern, wenn man unter Sozialismus ein System bewußter und planmäßiger Umgestaltung der Wirtschaftsordnung durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und Vergesellschaftung der Produktion versteht. In diesem Sinne kann man KANT auch nicht einmal einen ethischen Sozialisten nennen; für ihn hat das wirtschaftliche Organisationsproblem der Gesellschaft noch gar nicht existiert. Der Zusammenhang, von dem ich spreche, liegt in einer ganz anderen Ebene. Nicht um eine Verkoppelung der Ethik KANTS oder FICHTES, sowie der Dialektik HEGELS mit den ökonomischen

und soziologischen Lehren von M. und E. handelt es sich, auch nicht um eine mehr oder minder gewaltsame Verbindung einzelner Lehren jener Denker mit marxistischen Gedanken, sondern um die Aufzeigung einer inneren geistigen Verwandtschaft. In der Methode der Bearbeitung des beiderseitigen Grundproblem, nämlich der Beziehung des Menschen zu seiner Umwelt, liegt die großartige Verbundenheit des Marxismus und des kritischen Idealismus. In diesem Sinne läuft eine gerade Linie von KANT und FICHTE über HEGEL und FEUERBACH zu M. und E. und läßt diese letzteren als echte Göttersöhne des tiefen deutschen Gedankenhimmels erscheinen.

Um dies zu erkennen, muß man freilich sowohl die landläufige Auffassung von der klassischen deutschen Philosophie wie die vom Marxismus aus einem Vulgarismus befreien, in welchem sie, wie immer bei Verflachung, zwar an scheinbarer Verständlichkeit gewonnen, dagegen alle ihren eigentlichen Sinn verloren haben. In diesem Vulgarismus ist aus der klassischen deutschen Philosophie ein extremer individualistischer Idealismus und aus dem Marxismus ein extremer sozialer Materialismus geworden. Und nun klaffen freilich beide Gedankensysteme so weit auseinander, dass keine Brücke über den Abgrund möglich erscheint. Und doch ist diese Kluft nur eine optische Täuschung, eine böartige Fata Morgana, die verschwindet, sobald man das Auge auf die wirklichen Dimensionen und Eigenschaften der so unnatürlich auseinandergerissenen und in schiefes Licht gestellten Dinge richtet.

## II.

Befassen wir uns zuerst mit der klassischen deutschen Philosophie. Nichts ist verderblicher für ihr Verständnis, nichts führt sicherer an ihrem neuen und grundlegenden Wesen vorbei, als das so weit verbreitete, schier unausrottbare und doch jämmerlich unwissende Gerede, daß sie eine Philosophie des Individualismus sei. Gewöhnlich meint man dies — und besonders in falscher Anwendung der materialistischen Geschichtsauffassung — noch dadurch stärker zu rechtfertigen, daß man hinzufügt, sie sei die Philosophie des Bürgertums gewesen, mit dem das Reich des Individualismus, der atomisierenden kapitalistischen Gesellschaft seine Herrschaft angetreten hat. Man übersieht nur,

daß diese Philosophie eine solche des kämpfenden, um seine Geltung erst noch ringenden Bürgertums war, nicht aber der satten herrschenden Bourgeoisie, und daß das kämpfende Bürgertum daher auch nicht individualistisch war, sondern seinen Kampf im Namen der Menschheitsziele und der Menschenrechte führte. Das beweist vor allem der große Bahnbrecher der französischen Revolution, ROUSSEAU, der die individualistische „Volonté de tous“ unter die absolute Bändigung der „Volonté générale“ bringen wollte. Das beweisen alle die großen Dichter und Denker dieser Glanzperiode des Bürgertums, welche in ihrem Schaffen geradezu ein Zeitalter der Humanität begründete, das der später errichteten Herrschaft des Bürgertums ideell weit vorausgeeilt war und im Gedanken bereits eine menschliche Solidarität verkündet hatte, die heute noch nicht verwirklicht ist. Noch keine aufstrebende Klasse war individualistisch; denn noch jedesmal hat die kämpfende Klasse gerade ihr Klasseninteresse unter der Idee des Gemeinwohls der Gesellschaft, des Ganzen vertreten. Und man braucht nur an den kategorischen Imperativ KANTS, an das Vernunftreich FICHTES, an die Staatsidee HEGELS zu denken, um sofort innezuwerden, daß es niemals energischere Bekämpfer des Individualismus zugunsten eines allgemeinen Ganzen gegeben hat, als diese großen Träger der klassischen deutschen Philosophie<sup>2)</sup>.

Wieso ist aber doch der Schein des Individualismus bei dieser Philosophie entstanden? Er rührt vor allem aus ihrer theoretischen Erkenntniskritik her. Die kritische Philosophie trat auf als eine Kritik des Bewußtseins. Sie mußte dieses Bewußtsein dort kritisieren, wo es allein anzutreffen war, und das war im Ich, im Individuum. So wurde diese Philosophie für die allgemeine Ansicht eine Philosophie des Ich, eine Philosophie des Einzelbewußtseins. Und besonders in der populären Ansicht mußte das so erscheinen, wo diese Philosophie die Form annahm, daß die Erfahrung eine Sache „bloß meines Bewußtseins“, daß die Welt „nur meine Vorstellung“ sei und daß das Ich der Natur die Gesetze ihres Seins und Wirkens vorschreibe. Auf diese Weise erhielt das kritische Problem der klassischen deutschen

2) Vgl. hiezu MAX ADLER, *Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung.* Berlin, E. Laub, 1924.

Philosophie für die populäre Meinung die Form einer Frage nach dem Verhältnis zwischen Einzel-Ich und Welt, und der Standpunkt ihrer Untersuchung erschien von da aus als ganz und gar individualistisch. Und als sich im Laufe des 19. Jahrhunderts immer mehr der soziologische Gesichtspunkt herausgebildet hatte, besonders als man seit COMTE, DARWIN und M., — um nur drei große Stationen der Herausbildung soziologischer Auffassung zu nennen — immer mehr gelernt hatte, den vereinzelt, für sich bestehenden Menschen als eine bloße Abstraktion von historischer Unmöglichkeit zu betrachten, schien nun in um so krasserem methodischen Gegensatz dazu eine Denkweise zu stehen, die nur vom Individuum ausging und bei ihm prinzipiell verblieb, um aus seinem Bewußtseinsprozeß die ganze Welt aufzubauen. Ein solches Unternehmen mußte jetzt als krassester Individualismus sich darstellen, der schon durch seine methodischen Verirrtheiten von dem Marxismus so geschieden war, wie eine verkehrte Welt von der wirklichen.

Aber gerade in dem, was eine voreilige Ansicht als bodenlosen Individualismus der kritischen Philosophie verketzerte, liegt die großartigste und tiefste Überwindung alles Individualismus überhaupt und die einzige wirkliche Verankerung eines sozialen Standpunktes, wie ihn die moderne Sozialwissenschaft und vor allem ihre konsequenteste Ausbildung, der Marxismus, mit Recht als ihre unverlierbare Grundlage ansieht. Es eröffnet sich hier eine eigenartige und wunderbare Dialektik in dem ganzen Wesen der kritischen Philosophie selbst, die derart nicht nur bloß ihrer Denkmethode nach, sondern schon in ihrer Grundlage dialektisch ist.

Daß die kritische Philosophie individualistisch sei, ist nämlich nur ein Schein, erzeugt durch die notwendige Beschaffenheit ihres Gegenstandes und die dadurch gegebene Art seiner denkenden Bearbeitung. Bei der geschichtlichen und soziologischen Erforschung des Menschen konnte der soziale Charakter dieser Arbeit leicht erkennbar werden: er drängte sich ja der Beobachtung auf, sobald erst einmal das theoretische Interesse in die Richtung ging, den Menschen nicht mehr in seiner Isolierung, sondern in seiner Verbundenheit mit jener Gruppe, in der er aufgewachsen war und lebte, zu erforschen. Die soziale Ver-

bundenheit lag gleichsam als naturgegebenes Objekt der wissenschaftlichen Arbeit schon vor ihr da, sie brauchte nur daran anzuknüpfen. Die „Gesellschaft“ schien als ein Stück der Erfahrung selbst gegeben, sobald einmal die Abstraktion bis zur Bildung des Gesellschaftsbegriffes gelangt war. Die Sozialwissenschaft konnte ihren Gegenstand gar nicht anders haben und finden als in der Aufhebung der Isolierung des Individuums und in seiner Verknüpfung mit seiner sozialen Gruppe. Hier schien also das Soziale überhaupt gar kein Problem zu sein, sondern es war ebenso eine „gegebene Erfahrung“, wie ja auch die Natur eine solche „Gegebenheit“ für das naive und unkritische Denken bis zum heutigen Tage darstellt.

Dagegen war der Gegenstand der kritischen Philosophie nicht die geschichtliche und gesellschaftliche Existenz der Individuen, an der ihr soziales Band einfach nicht übersehen werden konnte, sondern die Gesetzmäßigkeit des Bewußtseins. Wie funktioniert Bewußtsein in seinen allgemeinen Formen? Wieso gibt es überhaupt allgemeine Formen des Bewußtseins? Und wie ist eine Erfahrung in allgemein gültiger Weise möglich? Das waren die Fragen der kritischen Philosophie. Diesen Gegenstand ihrer Arbeit, das Bewußtsein in seiner gesetzlichen Funktionsweise, konnte sie aber nicht draußen irgendwie bei der Menge der Menschen oder zwischen ihnen suchen; sie konnte nur dorthin gehen, wo dieser Gegenstand allein anzutreffen war, in das Ich, in das Einzelindividuum. Sie mußte sich in dieses Einzelindividuum vertiefen, sie sah sich durchaus an die Erfahrung des individuellen Denkens, Wollens und Fühlens gewiesen oder, besser gesagt, an die Erforschung des Denkens, Wollens und Fühlens im Einzelindividuum.

Aber was sich ihr nun auf diesem Wege erschloß, war etwas ganz anderes, als ein bloß Individuelles. Vielmehr führte es sofort über das Individuum in der großartigsten Weise hinaus und man kann, einen berühmten Satz KANTS variierend, dieses Resultat so ausdrücken: Wengleich alle unsere Erkenntnis mit dem Individuum anhebt, so verbleibt sie doch nicht im Individuum eingeschlossen. Die Arbeitsmethode der kritischen Philosophie war zwar an das Individuum gebunden, ihre Ergebnisse aber waren durchaus überindividuellen Charakters,



so zwar, daß von ihm aus das Individuum überhaupt nur mehr als bloße Erscheinungsform bestehen blieb, in der sich ein Zusammenhang auftrat, der alle Individuen miteinander unaufhebbar in eine große Gemeinschaft des Geistes eingliederte.

Nur in großen Umrissen kann hier diese noch wenig beachtete Seite der gewaltigen revolutionären Denkertat KANTS angedeutet werden, mit der sie die eigentliche Grundlage zum sozialwissenschaftlichen Denken des 19. und 20. Jahrhunderts legte.

Am raschesten finden wir den Zugang zum Verständnis des sozialen Wesens der KANTISCHEN Erkenntniskritik, wenn wir auf den eigentlichen Sinn ihrer Fragestellung achten. Gewöhnlich formuliert man die erkenntniskritische Frage so: „Wie ist Erfahrung möglich?“ Man bemerkt aber meist nicht, daß in dieser Frage eine andere gelegen war und ist, nämlich die: Wieso ist es möglich, daß durch das Denken eines Individuums für dieses eine Erfahrung entsteht, die nicht nur seine Erfahrung ist, sondern eine Erfahrung für jedermann, der diese Erfahrung unter den gleichen Umständen macht? Wieso ist die Welt ein und dieselbe für alle Menschen, so sehr sie verschieden sein mögen in den subjektiven Auffassungen und Gefühlswerten ihrer Urteile? Darum nimmt ja auch die Frage „Wie ist Erfahrung möglich?“ bei KANT sofort die Form an „Wie ist Naturwissenschaft möglich?“ Und ganz das Gleiche wie von der theoretischen Seite unseres Bewußtseins gilt auch von dessen praktischer Seite. Auch in der Kritik der praktischen Vernunft handelt es sich nicht bloss um die Frage „Wie ist die individuelle Unterscheidung von Gut und Böse möglich?“, sondern „Wie ist es möglich, daß diese Unterscheidung mit dem Anspruch gemacht wird, dasjenige, was als gut bezeichnet wird, auch von jedem anderen so anerkannt zu sehen, so daß es also ein Gutes gibt, das jeder billigen müsse, und eine Pflicht, so und nicht anders zu handeln?“ Nicht anders ist es schließlich auch bei der Beurteilung von Schön und Häßlich, die durchaus verschieden ist von jener, welche bloß ein subjektives Gefallen oder Mißfallen ausspricht, sondern ihr Urteil mit dem Bewußtsein fällt, damit eine Wertung von allgemeiner Geltung ausgesprochen zu haben. Kurz, es zeigt sich, daß überall schon die Problemstellung der kritischen

Philosophie über die bloß individuelle Erscheinungsform des Bewußtseins hinaustreibt. Es handelt sich ihr gar nicht um das tatsächliche Funktionieren des Einzelbewußtseins, was eine bloß psychologische Untersuchung wäre, sondern um die Geltung der Inhalte in jeder individuellen Funktion über diese hinaus. Es handelt sich um die folgenschwere Aufzeigung, daß durch die Gesetzlichkeit des Bewußtseins nicht individuelle, sondern allgemeingültige Erkenntnis zustande kommt, und die eigentliche kritische Frage ist daher: „Wie ist wahre Erkenntnis möglich, wie ist rechtes Wollen möglich, wie anerkanntes Fühlen möglich?“ Überall ergibt sich auf diese Weise ein neuer Charakter des Bewußtseins, der als sein eigentlicher Wert in Betracht kommt, nämlich die Allgemeingültigkeit seiner Urteile und Aktionen. Und Erfahrung, sowohl theoretische wie praktische, erhält jetzt den neuen Sinn, daß sie jene Bewußtseinsinhalte umfaßt, welche wahres Wissen, rechtes Wollen und Fühlen enthalten, da ohne diesen Charakter sich aller übrige Bewußtseinsinhalte als Irrtum, Täuschung und Widersinn offenbart. Auf diese Weise wird aber Erfahrung, sowohl theoretische wie sittliche, nur dadurch als möglich aufgezeigt, daß sich alles individuelle Bewußtsein auf eine Allgemeingültigkeit von formalen Grundsätzen und Denkweisen bezieht, die nicht nur für dieses individuelle Denken, sondern für alles Denken überhaupt gelten. Es sieht sich also das Individuum von da aus in eine geistige Übereinstimmung und Verbundenheit mit jedem anderen Individuum gestellt.

Aber woher kommt dieses andere Individuum, und nun gar die Vielheit solcher Individuen, mit denen das Einzelindividuum sich in Übereinstimmung sieht? Und woher diese Übereinstimmung? Ist sie ein glücklicher Zufall oder das Werk einer Verabredung oder einer göttlichen vorausbestimmten Harmonie? Jede dieser Hypothesen, die alle in der Geschichte der Philosophie durchzuführen versucht wurden, ist unmöglich, ohne daß der Boden der kritischen Philosophie verlassen und das Gebiet der Metaphysik betreten wird. Hier gilt es viel mehr, den kritischen Standpunkt noch zu vertiefen, der gerade hier am deutlichsten seine wunderbare Dialektik erweist. Denn um zu verstehen, woher nicht nur die Vielheit der Individuen stammt,

sondern ihr Zusammenhang in einer wissenschaftlichen Erfahrung und in der sittlichen und ästhetischen Wertung, hilft kein anderes Mittel, als aus der Gesellschaft der vielen, die in der Wissenschaft, Ethik und Ästhetik ihre historische Entfaltung haben, zurückzukehren zur individuellen Form des Bewußtseins, worin sie ihren Grund haben.

Was heißt denn das, ein wahres Urteil? Es heißt zuletzt ein solches, das nicht nur für mich wahr ist, sondern für jedermann gilt. Das bedeutet aber, daß das individuelle Bewußtsein schon in jedem seiner individuellen Denkkakte nicht individuell ist und bleiben kann. Und ebenso bedeutet ein objektiv richtiges Werturteil, wenn ich also irgend etwas für gut oder schön finde, daß dies nicht nur ich so meine, sondern daß jeder über den gerade in Betracht kommenden Sachverhalt ebenso urteilen soll. Es bezieht sich also schon das individuelle Denken und Werten immanent auf einen Inhalt, der gar nicht individuell ist, sondern bereits im Einzel-Ich als etwas auftritt, was diesem gemeinsam ist mit einer unbestimmten, von ihm notwendig stets mitgedachten Vielheit vereinzelter und ihm wesensgleicher Denksubjekte. Das Bewußtsein erweist sich also in der Form, in der wir es haben, in der es empirisch gegeben ist, stets bezogen auf einen Zusammenhang gattungsmäßigen Denkens und Wertens, aus dem es sich für sein Individualbewußtsein selbst gar nicht lösen kann. Indem das Individuum denkt und wertet, bezieht es sich, oder besser gesagt, ist es bezogen auf eine unbestimmte Vielheit als gleichartig angenommener Wesen, mit denen es zusammen eine geistige Welt bildet. Das Individuum ist derart sich selbst gar niemals als ein isoliertes oder isolierbares Subjekt gegeben, sondern im Gegenteil, es existiert für sich von vornherein, in jedem Atom seines Denkens und mit jedem Fäserchen seines Wollens und Fühlens nur als Exemplar einer Gattung, die aber nicht physiologischer Natur, sondern geistigen Wesens ist. Robinson ist nicht nur eine ökonomische Fabel, sondern auch eine erkenntniskritische Unmöglichkeit. Es gibt keinen geistigen Anachoreten, keine Vereinzelung des Individuums, es gibt nur eine Vereinsamung innerhalb des Zusammenhangs der Subjekte. Das Individuum kann die Gemeinschaft mit anderen bekämpfen, verachten und

fliehen, nie aber sich aus ihr lösen. Selbst der Einsiedler sagt noch zu sich selber „Du“, und die konsequente Isolierung des Individuums müßte nicht nur seine Gemeinschaft mit den Menschen beseitigen, sondern vor allem sein Bewußtsein auslöschen, durch das er auch als einzigstes Wesen im Weltall die Idee einer geistigen Gemeinschaft, die ja auch eine solche der Menschenflucht und Menschenverachtung sein kann, immer wieder aufs neue betätigt.

Es erscheint somit in den Individuen ein Inhalt, der wie etwas Fremdes, über ihnen Stehendes, von ihnen Unabhängiges in sie bloß hineinragt: das Wahre, das Gute, das Schöne, kurz, wie KANT es genannt hat, das Intelligible. Aber dieses Überindividuelle darf nicht etwa als eine für sich bestehende Wesenheit, wie eine Art platonisches Ideenreich betrachtet werden, es ist vielmehr nirgends anders gegeben als im Individuum, es sind Inhalte, die nur individuell erlebt werden können, aber in diesem individuellen Erlebnis nur die Erscheinungsform ihres überindividuellen Charakters haben. Das Individuum, das Ich, ist eben auch nur eine Form unserer Erfahrung, es ist die Form, in der Bewußtsein da ist, in der wir das Bewußtsein erleben; so daß man sagen kann, alles Bewußtsein wird notwendig individuell gelebt, aber ist deswegen noch nicht selbst individuell. Indem jeder Mensch von sich als einem Ich spricht, dieses Ich aber durch seine Funktionsweise auf einen Zusammenhang mit einer unbestimmten Vielheit von gleichartigen Ichzentren notwendig bezogen ist, beruht hierauf die Verbundenheit des Individuums mit dem Nebenmenschen und die Möglichkeit seiner Ineinssetzung mit ihm in eine gemeinsame Erfahrung und in eine gemeinsame Bewertung.

Es ist nun diese prinzipale und unaufhebbare Bezogenheit der Individuen aufeinander, welche die transzendente Bedingung des Gesellschaftsbegriffes ist. Um dies richtig zu verstehen, muß man freilich scharf darauf achten, wovon hier allein die Rede ist: nämlich von der Denkmöglichkeit des Gesellschaftsbegriffes. Denn dieser ist durchaus nicht so selbstverständlich, als er heute zumeist erscheint. Vielmehr ist die Tatsache, daß Menschen zusammenwirken, zusammen eine Einheit bilden und

sich als Teile eines Ganzen betrachten, eines der schwierigsten Probleme, die dem philosophischen und wissenschaftlichen Denken gestellt sind. Ganz abgesehen von der Frage der Realität des Nebenmenschen entsteht hier die große Schwierigkeit, wie aus dem Einzelbewußtsein die Brücke zum Nebenwußtsein geschlagen werden soll. Wie kommt es überhaupt, daß Menschen eine Gesellschaft miteinander bilden können, daß sie also gleichen Wesens sind und einander verstehen können? Das Verständnis wird so das Kardinalproblem des sozialen Tatbestandes, denn es ist klar, daß keine Form von Gesellschaft möglich ist, ohne daß Menschen durch Verständnis verbunden sind. Aber dieses Verständnis darf wieder nicht als eine psychologische Tatsache betrachtet werden, vielmehr ist jedes psychologische Verstehen eines anderen schon die Folge einer vorausgegangenen geistigen Verbundenheit der sich Verstehenden. Zwischen einem Menschen und einem Automaten von Menschengestalt ist kein Verständnis möglich; und wenn das Kind mit seiner Puppe spricht und diese zu verstehen scheint, so nur deshalb, weil es die Puppe nach seinem geistigen Ebenbilde beseelt hat. Alle historische Gesellschaft also ist nur eine Erscheinungsform dieses sie bedingenden Verständnisses und dieses selbst ist nichts anderes als die mentale (transzendente) Bezogenheit des individuellen Bewußtseins in allen seinen Funktionen auf eine unbestimmte Vielheit wesensgleicher Bewußtseinszentren, mit denen es sich immanent verbunden erlebt. Es kommt also alles darauf an, genau den entscheidenden Punkt zu erfassen, daß nämlich alle soziale Verbundenheit in diesem Charakter des Individualbewußtseins begründet ist. Es kommt alles darauf an, recht erkannt zu haben, daß bereits der Einzelmensch für sein eigenes Bewußtsein nicht anders möglich ist, als daß er sich auf eine Vielheit von Nebenmenschen bezieht, mit denen er sich in geistiger Gemeinschaft findet. Die Vielheit der Nebenmenschen gehört also noch zu den notwendigen Erfahrungsformen des Einzelbewußtseins. Und die Welt erscheint dem Einzelbewußtsein nicht nur in Raum und Zeit ausgedehnt und in Kategorien erfassbar, sondern auch als ein Objekt, das ihm mit einer unbestimmten Vielheit von Artgenossen in gleicher Weise gegeben ist. D. h. das Bewußtsein existiert schon für das Individuum, nicht als vereinzelt

Bewußtsein, sondern es ist von vornherein gar nicht anders möglich, wie als vergesellschaftetes Bewußtsein<sup>3)</sup>.

Dieser Begriff des vergesellschafteten Bewußtseins ist nun der eigentliche Sinn der Erkenntniskritik bei KANT, FICHTE und HEGEL. Was bei KANT der Begriff des Bewußtseins überhaupt ist, bei FICHTE das absolute Ich, bei HEGEL der objektive Geist, das sind nur verschiedene Ausdrücke dafür, daß das Bewußtsein trotz seiner individuellen Erscheinungsweise einen überindividuellen Inhalt hat, der als Reich der Zwecke bei KANT, als Vernunftreich bei FICHTE, als Entwicklung des absoluten Geistes bei HEGEL schließlich nur den gesellschaftlichen Charakter des geistigen Seins und Wirkens ausdrückt. Und alle diese großen Gedanken der kritischen Philosophie sind darin einig, das Individuum, welches später auch COMTE, von ganz anderen Anschauungen ausgehend, eine Fiktion genannt hat, als eine Täuschung zu apostrophieren, wenn es mehr bedeuten soll als bloß eine Form des Bewußtseins überhaupt. Bei KANT ist das Individuum, das sich für eine Wesenheit nimmt, ein Paralogismus der Vernunft, bei FICHTE ein unkritisches Vorurteil, bei HEGEL ein Betrug. Wirklicher Ausgangspunkt der kritischen Philosophie war also zwar das Individuum, aber ihr Zentralpunkt ist das Bewußtsein, und dieses wird erkannt als ein durchaus vergesellschafteter Prozeß, der bloß in einem Individuum abläuft.

Dieser Begriff des vergesellschafteten Bewußtseins ist bei KANT freilich noch ganz in der individualistischen Form seiner Untersuchung verborgen, aber er offenbart sich doch in seinem Begriff des Bewußtseins überhaupt, in seiner Lehre von der allgemeinen Geltung der Erfahrungsbedingungen und dringt in der praktischen Philosophie mit dem kategorischen Imperativ schon bis an die Schwelle einer bewußten Formulierung vor. Bei FICHTE erscheint die Vergesellschaftung des Bewußtseins bereits viel deutlicher in seiner Grundidee von der sittlichen Tat: der Weltprozeß wird eine sittliche Aufgabe, das Reich der Freiheit

3) Ich habe diesen Charakter des Bewußtseins als transzendental-sozial bezeichnet und ihn zum erstenmal in meiner Schrift „Kausalität und Teleologie“ (MARX-Studien, I, Wien 1904) dargelegt. Vgl. dazu auch das erste Kapitel in meinem Buche „Marxistische Probleme“ 1914, 5. Aufl. 1922; und jetzt „Kant und der Marxismus“, Berlin, E. Laub, 1925.

und Gleichheit herzustellen, den Notstaat durch den Vernunftstaat zu ersetzen, und so das empirische Leben auf jene Höhe sozialer Solidarität zu bringen, welche in der Gesetzlichkeit des Geisteslebens vorgebildet ist. Es ist kein Zufall, daß FICHTE das war, was COHEN von KANT nur indirekt sagen konnte, nämlich, der erste deutsche Sozialist. Er war durchglüht von der feurigen Überzeugung einer Einheit von Theorie und Praxis, und daher mußte ihm die Tatsache der Vergesellschaftung des Bewußtseins als unablässige Aufforderung erscheinen, sie durch Herstellung eines wirklich solidarischen Zustandes des gesellschaftlichen Lebens auch in dessen empirischer Erscheinung zu verwirklichen. Endlich bei HEGEL wird diese Vergesellschaftung des Bewußtseins zur sittlichen Idee des Staates, deren Verwirklichung in einem grandiosen Entwicklungsprozeß des Geistes, der die Entfaltung der Weltgeschichte ist, angestrebt wird.

Erst bei LUDWIG FEUERBACH wird erstmals der Begriff des vergesellschafteten Bewußtseins gleichsam mediatisiert. Er befreit ihn einerseits aus der metaphysischen Überarbeitung, die er durch FICHTE, besonders aber durch HEGEL erhalten hatte, andererseits aber beläßt er ihn auch nicht in der rein erkenntniskritischen Fassung KANTS, sondern schreitet zu seiner psychologisch-empirischen Anwendung vor und spricht es aus, daß die Wahrheit der kritischen Philosophie in der Herausarbeitung des Gattungsmäßigen im Menschen gelegen sei. Das wahre Wesen des absoluten Geistes der idealistischen Philosophie findet FEUERBACH im Wesen des Menschen, und dieses ist ein durchaus gattungsmäßiges, gesellschaftliches, vergesellschaftetes. Besonders deutlich ist dieser Standpunkt FEUERBACHS in seiner Doktor-dissertation „De ratione una universali infinita“ (Über die Einheit, Allgemeinheit und Unendlichkeit der Vernunft) entwickelt. „Das Denken, heißt es dort, ist ein allgemeines, gemeines Tun. . . . Denken heißt der Form nach allgemein sein. . . . Das Denken geht durch alle einzelnen hindurch und bleibt untrennbar von sich selbst. . . . Im Denken bin ich alle Menschen. . . .“ Daraus folgert auch FEUERBACH, so wie die klassische Philosophie, daß das Individuum die bloße Form ist, in der ein allgemeiner Inhalt des Bewußtseins erscheint. „Wenn ich also denke, so bin ich nicht allgemein als eine Person, die an sich besonders ist, son-

dern einfach allgemein ohne irgendeine Einschränkung und Ausnahme.“ In seine berühmten Abhandlung „Grundsätze der Philosophie der Zukunft“ heißt es im § 59: „Das Wesen des Menschen ist nur in der Gemeinschaft, in der Einheit des Menschen mit dem Menschen enthalten, — eine Einheit, die sich aber nur auf die Realität des Unterschiedes von ich und du stützt“. Und in § 61 lesen wir: „Ich bin auch im Denken, auch als Philosoph, Mensch mit Menschen.“

Von FEUERBACH ist der zündende Funke dieses Gedankens auf M. und E. übergesprungen, die bis dahin von der „grotesken Felsenmelodie“ der HEGELschen Philosophie gefangen genommen waren. Man weiß aus ihren Bekenntnissen, welchen gewaltigen Einfluß gerade in der kritischen Zeit ihres Denkens, als sie bemüht waren, den ihnen widerstrebenden metaphysischen Gehalt der HEGELschen Philosophie zu überwinden, FEUERBACH auf sie beide geübt hat. Er war eine mächtige Unterstützung nach der Richtung, die Philosophie des absoluten Geistes in eine Wissenschaft vom sozialen Leben umzuwandeln, welche sie bereits selbstständig einzuschlagen begonnen hatten, wovon insbesondere die berühmten Thesen von M. über FEUERBACH deutlich Kunde geben. In diesen kündigt sich auch der Fortschritt an, den M. über FEUERBACH hinaus bedeutet, der Fortschritt von der noch allgemeinen Abstraktion eines unbestimmten gattungsmäßigen Wesens des Menschen bei FEUERBACH zum Begriff der historischen Vergesellschaftung des Menschen bei M.

Aber gerade mit FEUERBACH scheint sich ja jene verhängnisvolle Wendung des kritischen Gedankens zu vollziehen, die schließlich im marxistischen Materialismus zum vollendeten Gegenteil der kritischen Philosophie führt. Daher ist es nun nötig, nachdem wir den falschen Schein auf der einen Seite, nämlich den angeblichen Individualismus der klassischen deutschen Philosophie sich in nichts auflösen sahen, nun auch den falschen Schein auf der anderen Seite, den angeblichen Materialismus des Marxismus, ebenso aufzulösen.

### III.

Der Marxismus wird gewöhnlich als ein System des Materialismus angesehen, wozu hauptsächlich die unglückselige Bezeich-



nung seiner grundlegenden Theorie als materialistische Geschichtsauffassung beigetragen hat. Allein schon eine kurze Besinnung auf das Wesen des Marxismus muß uns klar machen, daß er überhaupt nichts mit Materialismus zu tun haben kann. Denn was ist der Marxismus eigentlich? Ist er eine Philosophie, eine Metaphysik? Nichts von alledem: Er ist und will bloß sein — und dies ist gerade genug — eine Wissenschaft vom sozialen Leben und von der sozialen Entwicklung. Er liegt also in einer ganz anderen Ebene des Denkens und des Interesses wie die Philosophie. Er fragt nicht nach dem Wesen der Dinge, es kümmert ihn nicht, was die Dinge „an sich“ sein mögen, oder „was die Welt im Innersten zusammenhält“, sondern er fragt bloß, was immer die Dinge an sich sein mögen, nach den Gesetzen ihrer Veränderungen. Er sucht bloß den Kausalzusammenhang des sozialen Geschehens und ist im übrigen bezüglich der Frage nach dem Wesen des Geistes und seines Verhältnisses zur Materie — dieser Hauptfrage des Materialismus — ganz gleichgültig, wie dies jede Wissenschaft in ihrem Gebiete ist.

Aber auch abgesehen davon ist es sogar historisch falsch, den Marxismus als Materialismus zu bezeichnen, so wenig FEUERBACH in der Zeit, die hier in Betracht kommt, nämlich zur Zeit der Abfassung seiner Schriften aus dem Anfang der 40er Jahre, Materialist war. (Er war es auch später nicht.) Was war damals FEUERBACHS Standpunkt? Ein sensualistischer Positivismus, vor allem aber das kritische Bestreben, aus der Spekulation HEGELS zum erfahrungsmäßigen Wissen zurückzukehren. Und dasselbe gilt von M. und E. Sie waren Positivisten. Sie wollten sich auf das erfahrungsmäßig Gegebene, das nicht ideell Erklügelte, sondern materiell Nachweisbare beschränken. Gegenüber einem bloß spekulativen Zusammenhang wollten sie auf den wirklichen, materiellen Zusammenhang zurückgreifen, und das war ihr ganzer Materialismus. Man sollte in dieser Hinsicht sich immer gegenwärtig halten, wie E. seinen Materialismus definiert hat. „Man entschloß sich (sagt er in seiner Schrift über LUDWIG FEUERBACH), die wirkliche Welt — Natur und Geschichte — so aufzufassen, wie sie sich selbst einem jeden gibt, der ohne vorgefaßte idealistische Schrullen an sie herantritt; man entschloß sich, jede idealistische Schrulle unbarmherzig zum Opfer

zu bringen, die sich mit den in ihrem eigenen Zusammenhang, und in keinem phantastischen, aufgefaßten Tatsachen nicht in Einklang bringen ließ. Und weiter heißt Materialismus überhaupt nichts“ (S. 37). Fragt man aber, warum M. und E. dann ihre Anschauung dennoch als materialistische bezeichnen, so ist dies nur aus dem subjektiven Werdegang dieser Anschauung zu erklären. Sie wollten damit ihre Opposition gegen den HEGELschen Spiritualismus zum Ausdruck bringen. Die Bezeichnung „Materialistische Geschichtsauffassung“ bedeutet nichts anderes als eine Kampfansage gegen die spiritualistische Geschichtsauffassung der HEGELschen Metaphysik.

Erst diese entschlossene und konsequente Loslösung des Marxismus vom Materialismus ermöglicht ein wirkliches Verständnis seiner theoretischen Bedeutung, die darin gelegen ist, daß er neben das Kausalsystem der naturwissenschaftlichen ein solches der soziologischen Erkenntnis hinstellt. Alle so oft mißdeuteten Grundbegriffe der materialistischen Geschichtsauffassung erhalten von da aus einen ganz anderen Sinn als den man ihnen zumeist in der landläufigen Bekämpfung des Marxismus zuteilt. Und dieser andere Sinn biegt in jene Richtung ein, die wir die klassische deutsche Philosophie mit ihrem Begriff eines Sozialcharakters des Bewußtseins verfolgen sahen. Weit entfernt davon, daß die Grundbegriffe des Marxismus, die Begriffe von ökonomischen Verhältnissen, Produktivkräften, ökonomischen Strukturen der Gesellschaft und ökonomischen Tendenzen, die sie bestimmen, bloß sachliche, „materielle“ Begriffe wären, welche als ein Stück lebloser Materie den Geist der Menschen bedrängen und vergewaltigen, ergibt sich vielmehr, daß alle diese Begriffe, — gerade im Sinne des Marxismus, weil sie gesellschaftliche und nicht bloße Naturbegriffe sind — durchwegs geistiger Natur sind. Ist dieser Standpunkt einmal erkannt und festgehalten, so ergibt sich eine großartige Vermenschlichung, ja Vergeistigung der materialistischen Geschichtsauffassung, die sie geradezu als die historische Anwendung der kritischen deutschen Sozialphilosophie erscheinen läßt.

Es ist gerade M. selbst, der in programmatischer Weise die Betonung der Geistigkeit aller soziologischen Begriffe als wesentliches Moment seines Standpunktes bezeichnet,

und darin eben das erblickt hat, worin er sich von dem naturwissenschaftlichen Materialismus nicht nur unterschieden, sondern über ihn hinausgeschritten sieht. Es geschieht dies in den bereits erwähnten Thesen über FEUERBACH, die E. selbst als „das erste Dokument, worin der geniale Keim der neuen Weltanschauung niedergelegt ist“, bezeichnete. Dort sagt M., daß der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus gewesen sei, „daß der Gegenstand nur als Objekt aufgefaßt wurde“, nicht aber als menschliche sinnliche Tätigkeit, Praxis, nicht subjektiv. Daher geschah es, „daß die tätige Seite, im Gegensatz zum Materialismus vom Idealismus entwickelt wurde — aber nur abstrakt, da der Idealismus natürlich die wirkliche sinnliche Tätigkeit als solche nicht kennt.“ Diese tätige Seite also als gegenständliche Tätigkeit, d. h. in den Bedingungen ihrer gesellschaftlichen Verwirklichung aufzuzeigen, hält M. für das Eigentümliche seines Standpunktes. „Das gesellschaftliche Leben ist wesentlich praktisch — heißt es in der 8. These —, alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizismus verleiten, finden ihre rationelle Lösung in der menschlichen Praxis und im Begreifen dieser Praxis.“ Der Materialismus lehrt nur, daß die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung sind. Er „vergißt, daß die Umstände eben von den Menschen verändert werden und daß der Erzieher selbst erzogen werden muß.“ Er „kommt daher mit Notwendigkeit dahin, die Gesellschaft in zwei Teile zu sondern, von denen der eine über der Gesellschaft erhaben ist.“ Dies ist jedoch nicht der Standpunkt von M., so oft man auch die materialistische Geschichtsauffassung so ausgelegt hat, als ob in ihr eine ökonomische Macht einer geistigen Macht gegenüberstünde. Vielmehr fährt die vorerwähnte These 3 folgendermaßen fort: „Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als umwälzende Praxis gefaßt und rationell verstanden werden.“ Abermals ist es also die „tätige Seite“, was hier als ein Grundelement der M.ischen Auffassung, insbesondere seiner Vorstellung von der sozialen Entwicklung, erscheint.

Diese tätige Seite, diese menschliche Praxis ist aber nicht Tätigkeit und Praxis eines isolierten Menschen. Das menschliche Wesen ist bei M. nicht mehr ein „dem einzelnen Individuum

innewohnendes Abstraktum.“ In seiner Wirklichkeit ist es das „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (6. These). Damit hat M. seinen neuen und epochemachenden Begriff des vergesellschafteten Menschen gefunden. „Das höchste, sagt er in der 9. These, wozu der anschauende Materialismus es bringt, d. h. der Materialismus, der die Sinnlichkeit nicht als praktische Tätigkeit begreift, ist die Anschauung der einzelnen Individuen in der bürgerlichen Gesellschaft.“ Der neue Standpunkt aber ist „die vergesellschaftete Menschheit“ (10. These), d. h. also eine Auffassung, in der der Mensch gar nicht mehr als Einzelwesen in Betracht kommen kann. Der M.ische Gedankengang ist auf seinem Wege zu demselben Punkte des vergesellschafteten Bewußtseins gekommen, wie die kritische Philosophie auf dem ihrigen.

In der Tat, so wie diese Philosophie vom individuellen Bewußtsein ausgeht und ausgehen muss, aber in demselben einen überindividuellen, ein transzendentalen-sozialen, einen a priori vergesellschafteten Inhalt aufzeigt, so geht, was noch nicht genügend beachtet wird, auch der Marxismus vom Menschen aus, aber nicht vom Menschen, wie er sich selbst als Einzelmensch auffaßt, sondern vom vergesellschafteten Menschen. Genau genommen ist der Zentralbegriff der Marxistischen Soziologie nicht die Gesellschaft, sondern der vergesellschaftete Mensch, womit wiederum nur das erkenntniskritische Faktum eine empirisch-historische Bewährung erfährt, wonach alle Gesellschaftlichkeit nur im Individualbewußtsein ihren Grund finden kann. Nicht die Gesellschaft also ist der Ausgangspunkt für M., was an und für sich eine leere Abstraktion, wenn nicht gar eine metaphysische Annahme wäre, die auch metaphysisch bleibt, wenn man ihr den modernen Namen des Universalismus gibt. Die Gesellschaft ist bei M. auch weder etwas, was zwischen den Menschen spielt, noch über den Menschen ist, sie ist nicht geworden durch irgendwelche sympathischen Triebe oder durch Auslese im Kampf ums Dasein, sie ist auch nicht gestiftet worden durch Vertrag, sondern sie ist einfach da, nämlich gesetzt mit der Beziehung von Mensch zu Mensch. Sobald der Mensch auftritt, ist die Gesellschaft da, weil der Mensch empirisch nur unter Menschen möglich ist, so wie die Vergesellschaftung des Bewußt-

seins einfach mit dem Individualbewußtsein da ist. Darum heißt es auch bei M. in der klassischen Stelle, in der er seine Grundanschauung kurz formuliert: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft.“ Hier ist also die gesellschaftliche Verbindung gleichzeitig mit den Menschen und unabhängig von ihrem Willen gesetzt, sie bildet nur die Daseinsweise ihrer Existenz. Und ganz ähnlich heißt es an einer anderen Stelle: „Um zu produzieren, treten sie (d. h. die Menschen) in bestimmte Beziehungen und Verhältnisse, und nur innerhalb dieser gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse findet ihre Einwirkung auf die Produktion statt.“ Es gibt also auch hier keinen isolierten Menschen, d. h. nicht etwa bloß in dem Sinne, daß der Mensch nur in der Gesellschaft sich entwickeln kann, sondern auch in dem schärferen Sinne, daß auch für den M.ischen Standpunkt ein Mensch außerhalb der Gesellschaft nicht nur nicht möglich, sondern nicht einmal denkbar ist. Der Robinson ist ebenso ein soziologischer Widersinn, wie er ein erkenntniskritischer war. Dies hat gerade M. selbst sehr deutlich ausgesprochen. „In Gesellschaft produzierende Individuen — daher gesellschaftlich bestimmte Produktion der Individuen ist natürlich der Ausgangspunkt (sc. einer Kritik der politischen Ökonomie) . . . Der Mensch ist im wörtlichen Sinne ein zoon politikon, nicht nur ein geselliges Tier, sondern auch ein Tier, das nur in der Gesellschaft sich vereinzeln kann. Die Produktion der vereinzelt Einzelnen außerhalb der Gesellschaft — eine Rarität, die einem durch Zufall in die Wildnis verschlagenen Zivilisierten wohl vorkommen kann, der in sich dynamisch schon die Gesellschaftskräfte besaß — ist ein ebensolches Unding, als Sprachentwicklung ohne zusammen lebende und zusammen sprechende Individuen. Es ist sich dabei nicht länger aufzuhalten.“ Das ist genau das Widerspiel des transzendentalen Verhältnisses, wie wir es vorhin aufgezeigt haben, nur empirisch ausgedrückt. Dies ergibt sich noch deutlicher aus

einer anderen Stelle bei M., wo er in bezug auf das Wesen des Warenwertes sich folgendermaßen äußert: „In gewisser Art geht's dem Menschen wie der Ware. Da er weder mit einem Spiegel auf die Welt kommt, noch als FICHTE'scher Philosoph: Ich bin Ich, bespiegelt sich der Mensch zuerst in anderen Menschen. Erst durch die Beziehung auf den Menschen Paul als Seinesgleichen bezieht sich der Mensch Peter auf sich selbst als Mensch. Damit gilt ihm aber auch der Paul mit Haut und Haaren, in seiner paulinischen Leiblichkeit als Erscheinungsform des Genus Mensch<sup>4)</sup>.“

So also ist tatsächlich der vergesellschaftete Mensch das eigentliche Zentrum des marxistischen Standpunktes, und das soziale Leben baut sich bei M. durchaus nur als ein Prozeß der Tätigkeit des vergesellschafteten Menschen auf. Die materialistische Geschichtsauffassung ist nichts ohne diesen, allen ihren Begriffen inhärenten Gedanken des in den Formen der Vergesellschaftung tätigen Menschen. Die „ökonomischen Verhältnisse“ sind ja nichts anderes als gesellschaftliche Verhältnisse, d. h. aber menschliche Verhältnisse, nämlich die Verhältnisse, in denen Menschen produzieren, austauschen und konsumieren. Und die Produktivkräfte, deren Entwicklung nach der materialistischen Geschichtsauffassung die ganze Entfaltung des gesellschaftlichen Lebens bedingt, sind abermals keine sachlichen geistlosen Mächte, sondern sind von Menschen in den Dienst ihrer Zwecke, ihrer gesellschaftlichen Produktion gestellte Naturkräfte. Nur dadurch und erst dadurch, daß Naturkräfte oder der Grund und Boden Elemente der menschlichen Arbeit werden, erhalten sie einen ökonomischen Charakter, werden sie ökonomische Faktoren oder Kräfte. So handelt die materialistische Geschichtsauffassung überhaupt von gar nichts anderem als vom Wirken des Geistes in jener Form, in der er durch gesellschaftliche Arbeit die Be-

4) MARX, Das Kapital, 4. Aufl., S. 19, Anm. 18. Die methodologische Übereinstimmung des Gedankengangs bei der Auflösung des sachlichen Scheines des Warenwertes und der Darlegung seines gesellschaftlichen Charakters mit der erkenntniskritischen Auflösung des individuellen Scheines des Bewußtseins und der Aufzeigung des gesellschaftlichen Charakters desselben habe ich ausführlicher dargelegt in meiner zitierten Schrift „Kausalität und Teleologie“, Kap. 15, und neu bearbeitet im Anhang zur 3. Aufl. meines Buches „Marx als Denker“. Berlin, Dietz, 1925.

dingungen des Lebens setzt und erweitert. Sie ist gar nichts anderes als die grundlegende Determination der vergesellschafteten menschlichen Tätigkeit nach ihrer ökonomischen Seite. Deshalb ist auch nicht, wie so viele Gegner der materialistischen Geschichtsauffassung meinen, der Mensch nach ihr das Opfer einer fremden und übermächtigen ökonomischen Gesetzlichkeit, die ihm gleichsam kalt und unabwendbar gegenübersteht. Er ist dieses Opfer vielmehr nur so lange, als er diese Gesetzlichkeit nicht erkannt hat. Denn das eigentliche Wesen dieser Gesetzlichkeit ist ja gar nicht seine Passivität, sondern seine Aktivität, das, was wir M. die umwälzende Praxis haben nennen hören.

Mit diesem Begriffe, der das tätige, also Zwecke setzende und wertende Verhalten des Menschen in den Mittelpunkt der Auffassung stellt, eröffnet sich aber noch eine weitere tiefgehende innere Beziehung des Marxismus zur klassischen deutschen Philosophie. Denn hier ist der Punkt, wo insbesondere Grunderkenntnisse, die uns die praktische Philosophie KANTS eröffnet hat, sich als immanente Bestandteile der materialistischen Geschichtsauffassung erweisen. Das ganze Verhältnis der Ideologie zu ihrer ökonomischen Grundlage, ja der Begriff des aus der ökonomischen Entwicklung hervorgehenden geschichtlichen Fortschrittes selbst, ergeben sich nur dann widerspruchlos und in ihrer eigentlichen soziologischen Bedeutung, wenn alle Denkelemente zum klaren Bewußtsein, d. h. also zu ihren vollen Konsequenzen entwickelt werden, die in dem Begriff des vergesellschafteten tätigen Menschen gelegen sind und die sich erst der erkenntniskritischen Betrachtung erschließen. Versuchen wir im folgenden, freilich wieder nur in großen Umrissen, auch diesen Zusammenhang des marxistischen Denkens mit der kritischen Philosophie aufzuzeigen, in dem die KANTSche Vernunftkritik, die wir bereits in ihrer theoretischen Richtung grundlegend für den soziologischen Standpunkt des Marxismus fanden, sich nun ebenso auch in ihrer praktischen Richtung bedeutungsvoll erweist.

#### IV.

Nach der materialistischen Geschichtsauffassung bildet bekanntlich die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse die ökonomische Struktur der Gesellschaft, „worauf sich ein juristischer

und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen.“ Man hat sich gewöhnt, dieses Verhältnis kurz so zu bezeichnen, daß diese ökonomische Grundlage der Ideologie, dem „Überbau“, gegenübergestellt wird. Diese Vorstellung ist jedoch sehr irreführend und gefährlich, weil sie zu dem „materialistischen“ Mißverständnis verleitet, als ob der Unterbau, die ökonomische Struktur, nicht auch geistigen Wesens wäre. In diesem Sinne also, d. h. einer Entgegensetzung einer rein sachlichen Ökonomie zu einer rein geistigen Ideologie ist bereits der Grundbegriff der materialistischen Geschichtsauffassung verfehlt, weil, wie wir gesehen haben, die ökonomischen Verhältnisse ja nichts anderes sind als Verhältnisse des vergesellschafteten tätigen Menschen im Produktionsprozeß, also seine ganze Geistigkeit bereits in der ökonomischen Sphäre enthalten. Das Problem des Verhältnisses der Ideologie zur Ökonomie ist daher nicht dieses, daß die Geistigkeit des Menschen durch ein sachliches Element bestimmt würde, sondern vielmehr das ganz andere Problem, wie innerhalb bestimmter sachlicher Voraussetzungen des Lebens die Geistigkeit überhaupt sich entfaltet. Genauer gesagt, es ist die Frage, wie unter den jedesmal historisch gegebenen Bedingungen des Arbeitsprozesses sich dieser und mit ihm alle übrigen geistigen Tätigkeiten entfalten. Für diesen Standpunkt bilden Ökonomie und Ideologie gar nicht zwei verschiedene Sphären, sondern nur zwei verschiedene Stufen eines und desselben geistigen Zusammenhanges. Und das ökonomische Moment, d. h. also die auf Lebenserhaltung und Lebenssteigerung gerichtete Arbeit, tritt von vorneherein schon selbst in ganz bestimmten „ideologischen“ Formen auf. Vor allem in bestimmten Rechtsformen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Art, in welcher die Produktionstätigkeit erfolgt und die Aneignung und Verteilung der produzierten Güter stattfindet, stets zugleich für das Bewußtsein der produzierenden Menschen eine Rechtsordnung darstellt, die von der ökonomischen Funktion ganz unabtrennbar ist. Die STAMMLER'sche Entdeckung, daß alles soziale Leben äußerlich geregeltes Leben ist, hat M. schon vorweggenommen mit der Aufzeigung, daß alle gesellschaftliche Arbeit zugleich in ideologischen Formen erfolgt, welche diese Arbeit notwendig unter bestimmten Moral- und Rechts-



anschauungen erfassen. Es ist aber nötig, sich diesen Sachverhalt nach seiner erkenntniskritischen Seite noch klarer zu machen; denn in ihm ist es begründet, daß die materialistische Geschichtsauffassung nicht nur eine bloße Kausaltheorie für die Art der Determination der Ideologie ist, sondern die erste nicht mehr metaphysische, vielmehr eine soziologische Theorie des Fortschrittes in der Geschichte werden konnte.

Bekanntlich ist nach ihr der Klassenkampf das bewegende Moment in der Geschichte, seit sie eine sagenhafte ursprüngliche Undifferenziertheit der Gesellschaft verlassen hat, in der es noch keine gegensätzlichen Interessengruppen gab. Und dieser Klassenkampf ist eine Fortschrittsbewegung der Geschichte, in der durch den Sieg der aufstrebenden Klassen ein stets größeres Stück individueller Freiheit und gesellschaftlicher Kultur verwirklicht wird. Demgegenüber kann man nun fragen, ob diese Lehre nicht etwa nur ein bloßer Glaube ist, oder gar nur eine Parteimeinung. Denn an und für sich scheint der rücksichtslose Kampf von Interessengruppen, der auf beiden Seiten Egoismen aller Art wach werden läßt und die Gewalt zu ihrer Austragung verwendet, schon von vornherein keine Atmosphäre zu schaffen, welche der Entstehung oder gar Steigerung von Kulturwerten förderlich ist. Dann aber besteht doch einfach gar keine Gewähr dafür, daß die im Klassenkampf aufstrebende Klasse, die ja nur ihr unterdrücktes Interesse zu einem herrschenden machen will, auch wirklich gleichzeitig einem höheren moralischen Interesse zum Durchbruche verhilft. Und mag der Sieg der unterdrückten Klasse aus ökonomischen Ursachen auch noch so notwendig sein, so bedeutet diese kausale Notwendigkeit noch gar nichts für ihre moralische Berechtigung. Es scheint geradezu wie die Verkündung einer neuen prästabilierten Harmonie, daß der ökonomisch notwendige Sieg einer Klasse auch gleichzeitig den Sieg der höheren Vernunft und Moral bedeute. Hier wird der politische Wunsch einer Partei zum Vater eines theoretisch kaum begründeten Gedankens. Allein diese Einwände, die sehr oft gegen den Marxismus vorgebracht werden, erscheinen nur so lange stichhaltig, als sie eben die marxistischen Begriffe nicht bis in jene Tiefe verfolgen, in der sich ihr innerer Zusammenhang mit der Kritik des Bewußtseins eröffnet, wie sie KANT geleistet hat. Von

da aus verwandelt sich die skeptische Frage, wieso die den Klassenkampf hervortreibende ökonomische Entwicklung zugleich ein Fortschritt des gesellschaftlichen Lebens, d. h. also auch eine Höherentwicklung im moralischen Sinn sein kann, in die andere kritische Frage, ob es für die Gestaltung und Veränderung der Ideologie eine Gesetzlichkeit gibt oder nicht. Denn nur, wenn eine Gesetzlichkeit der Ideologie sich aufzeigen läßt, die im Kausalprozesse des sozialen Lebens wirksam wird, d. h. in die äußeren Lebensbedingungen eingeht, nur dann kann die materialistische Geschichtsauffassung überhaupt eine bestimmte Richtung in der Entwicklung dieser Ideologien ableiten. Würde aber die Ideologie eine ganz willkürlich sich gestaltende Lebendigkeit des Geistes sein, die völlig unbestimmbar in ihren Formen, in ihrer Richtung zwar stets kausal determiniert auftritt, aber doch jedesmal in ganz unberechenbaren und unerwarteten Gestaltungen, dann wäre jede soziologische Theorie des gesellschaftlichen Geschehens, also auch eine Theorie des Fortschrittes ganz unmöglich. Das soziale Leben stellte dann ein wirkliches Chaos dar, bezüglich dessen auch nur die primitivsten Ansätze einer gesetzmäßigen Erfahrung ausgeschlossen wären und das eben deshalb auch kaum vorstellbar ist.

Hier kommt nun zu entscheidender Bedeutung, daß der eigentliche Mittelpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung der vergesellschaftete Mensch und seine gesellschaftliche Tätigkeit ist. Denn damit wird die Formbestimmtheit des menschlichen Bewußtseins zu einer Voraussetzung und zu einer richtunggebenden Komponente in der sozialen Kausalität<sup>5)</sup>. Über diese Formbestimmtheit gibt aber erst die transzendente Erkenntniskritik KANTS Aufschluß. Sie hat uns gezeigt, daß alles

5) Hierauf hat MARX bereits in einer berühmten Stelle des „Kapital“ (I. 4. Aufl. S. 140) hingewiesen, indem er sagt: „Was von vornherein den schlechtesten Baumeister von der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideal vorhanden war. Nicht daß er nur eine Formveränderung des Natürlichen bewirkt; er verwirklicht im Natürlichen zugleich seinen Zweck, daß er weiß, der die Art und Weise seines Thuns als Gesetz bestimmt, dem er seinen Willen unterordnen muß.“

Bewußtsein in Formen abläuft, die, was immer der Inhalt sein mag und wie sehr sich dieser im Laufe seiner historischen Entwicklung verändert und ausgestaltet, stets gleichbleiben, weil sie allen diesen Inhalt überhaupt erst möglich machen. Das Eigentümliche dieser Formen ist aber, daß sie auf allen Gebieten des Bewußtseins: im Denken, Wollen und Fühlen, den Inhalt des Bewußtseins in einer polaren Gegensätzlichkeit der Wertung erfassen. Das aktuelle menschliche Leben hält immer etwas für wahr oder falsch, gut oder böse, schön oder häßlich, sinnvoll oder sinnlos. Indem nun aber alle diese Wertungen zugleich Wertungen eines vergesellschafteten Bewußtseins sind, d. h. eines Bewußtseins, das sich zwar isolieren und gegen fremdes Bewußtsein feindlich stellen, nicht aber aus der Beziehung mit diesem und aus der Einwirkung von ihm loslösen kann, erfahren alle diese Wertungen ganz notwendig eine stete Modifikation in jenem Sinn, in dem sie schließlich am wenigsten widerspruchsvoll bestehen können. „Es ist“, wie ich dies an anderer Stelle angeführt habe, „diese nie versagende Polarität, die durch ihre Spannung wie ein geistiger Selbsterhaltungstrieb wirkt, um nicht bloß unsere körperliche, sondern vor allem unsere geistige Integrität zu erhalten und zu behaupten. Die bloß physische Erhaltung des Daseins wird so jetzt erst Selbstbehauptung im wahren Sinne des Wortes, nämlich Behauptung eines Selbst, einer ihrer selbst bewußten Einheit“<sup>6)</sup>. Diese Selbstbehauptung muß aber ganz notwendig sozialen Charakter annehmen, da eben das vergesellschaftete Bewußtsein widerspruchslos sich nur erhalten kann, wenn es die durchgängige Bezogenheit des Individuums auf nebenmenschliches Bewußtsein auch in einem widerspruchswollen System des Denkens, Wollens und Fühlens, d. h. in einer Verwirklichung der Ideen des Wahren, Guten und Schönen zur Entfaltung bringt. In der empirischen Anwendung, d. h. im historischen Prozesse, kann sich dieser Charakter des Strebens zur Widerspruchlosigkeit des vergesellschafteten Bewußtseins nur in der Bekämpfung aller vorhandenen Hindernisse und Widersprüche einer Idee wirklicher sozialer Gemeinschaft realisieren. D. h. aber die sozialen Interessengruppen werden nicht bloß durch

6) MAX ADLER, *Das Formalpsychische im historischen Materialismus, Marxistische Probleme*, 5. Aufl., S. 8.

die Verschiedenheit ihres Interesses geschieden sein, sondern auch gleichzeitig verschiedene Grade des sozialen Bewußtseins darstellen müssen. Denn selbstverständlich muß die Monopolisierung des gesellschaftlichen Nutzens durch eine exklusive Gruppe den ausgeschlossenen Gruppen nicht nur als unvernünftig und unmoralisch erscheinen, sondern von dem Standpunkte eines widerspruchslosen und solidarischen Lebens der Gemeinschaft ist diese Exklusivität auch unvernünftig und unmoralisch. Und ebenso muß das Streben der ausgeschlossenen Gesellschaftsgruppen, diesen ihren Ausschluß aufzuheben, obgleich er nur ihrem Eigeninteresse (Klasseninteresse) entspricht, ihnen gleichwohl als Forderung einer höheren Vernunft und Moral erscheinen und ist dies auch. Denn die Verwirklichung dieses Eigeninteresses verwirklicht gleichzeitig eine Erweiterung des Kreises menschlicher Solidarität, beseitigt gleichzeitig ein Stück gesellschaftlicher Gegensätzlichkeit. Und da die Emanzipationsforderung benachteiligter Gesellschaftsgruppen immer nur dann siegreich ist, wenn die Erfüllung ihrer Forderungen gesellschaftlich möglich geworden ist, ihr Sieg dann aber auch trotz mannigfacher Rückschläge auf dem Wege dahin unausbleiblich ist, weil er die einzige Rettung aus der Lebensunmöglichkeit ist, in welche die vorhandenen gesellschaftlichen Widersprüche die Gesellschaft gebracht haben, so muß dieser Kampf bloßer Klasseninteressen gleichzeitig die Richtung auf die immer größere Realisierung der gesellschaftlichen Solidarität erhalten. Der Klassenkampf ist eben nicht, wie die meisten Bekämpfer des Marxismus meinen, ein Kampf bloßer ökonomischer Interessen, sondern weil er dies nur im Rahmen der ideologischen Formen des Bewußtseins sein kann, welche ihm die Gestalt eines Kampfes von Wertungen geben, so ist er immer zugleich ein Kampf um höhere Vernunft, um höhere Moral und vollkommeneren Kultur. Aller Klassenkampf ist Kulturkampf, ist Geistesbewegung. Und er ist im Grunde gar nichts anderes als der empirische Prozeß, in welchem das Bewußtsein überhaupt seinen Inhalt auf einen widerspruchslosen Ausdruck zu bringen sucht.

Auf diese Weise ist der Marxismus gerade an diesem verufensten Punkte seiner theoretischen Gedanken nur das soziologische Widerspiel der dialektischen Auffassung des Geisteslebens

von KANT bis HEGEL. Es war die große geschichtsphilosophische Idee der klassischen deutschen Philosophie, daß die Geschichte der durch Widersprüche sich vollziehende Fortschritt zur Vernunft und Freiheit ist. Zum erstenmal in großartiger Weise hat KANT in seiner Abhandlung über die „Idee einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ diese Idee aus den Antagonismen der „ungeselligen Geselligkeit“ des Menschen entwickelt. Und bereits er hat den Gedanken gewagt, zu zeigen, wie aus Kampf und Streit, aus Egoismus aller Art, indem alle diese „Ungeselligkeit“ eben in den notwendig gesellschaftlichen Charakter des Menschen eingeschlossen bleibt und nur innerhalb desselben sich zu befriedigen vermag, stets höhere Formen des gesellschaftlichen Lebens hervortreiben muß. So wird die Menschheit gleichsam mechanisch dahin geführt, schließlich einen Zustand zu erreichen, in dem sie wirklich frei ist, weil er keine Vergewaltigung eines Teiles derselben mehr einschließt, vielmehr ihr erlaubt, alle Anlagen der Menschheit vollständig zu entwickeln. Das Kommunistische Manifest verkündet denselben Gedanken mit den Worten: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ Und nichts anderes bedeuten auch die berühmten vielzitierten Worte von FRIEDRICH E.: die Entwicklung des Kapitalismus zum Sozialismus bedeute den „Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.“

So also ist die skeptische Frage zu beantworten, wieso der Klassenkampf und die ökonomische Notwendigkeit der Entwicklung auch den Sieg der Moral und der Vernunft bedeuten. Es ist im Grunde beide Male, sowohl im Gedankengang der klassischen deutschen Philosophie wie in dem der marxistischen Soziologie dasselbe Denkmotiv, dieselbe Geistesgesetzlichkeit wirksam, indem dort höhere Formen des Geisteslebens, hier höhere Formen des gesellschaftlichen Seins nur erreicht werden durch die Überwindung vorhandener Widersprüche, durch Erreichung einer neuen, größeren Einheit: dort des Geistes, hier des Seins. Und dieser Gegensatz von Geist und Sein ist nicht etwa ein Gegensatz von Geist und Materie, sondern nur ein

Gegensatz der Bewußtseinsgesetzlichkeit zur Gesetzlichkeit ihrer historischen (empirischen) Erscheinung. Wie die ökonomische Vergesellschaftung nur der historische Ausdruck der transzendental-sozialen Beschaffenheit des Bewußtseins ist, so ist der Klassenkampf der ebensolche Ausdruck der formalen Willensgesetzlichkeit, die als Autonomie des Wollens nach einer widerstreitlosen Einheit des Wollens streben muß. Diese formale Art des praktischen Bewußtseins wird immanenter Faktor des Kausalgeschehens und gestaltet dieses erst zu jenem auf Wertgesichtspunkte hin gerichteten Prozeß, der den geschichtlichen Fortschritt ergibt.

## V.

Wir sind am Ende dieser freilich nur skizzenhaften Darlegung. Die klassische deutsche Philosophie war sicherlich kein Sozialismus und der marxistische Sozialismus ist gewiß kein kritischer Idealismus. Aber wenn man in einem philosophischen Sinn unter Sozialismus den Gegensatz zum Individualismus verstehen darf, also die Anschauung, daß der Mensch als ein vereinzelt Wesen überhaupt nicht gedacht werden kann, dann darf man nicht nur diese deutsche klassische Philosophie geradezu die Philosophie des Sozialismus nennen, sondern man muß sich endlich gewöhnen, sie so zu verstehen, oder man hat sie gar nicht verstanden. Und dann ist zwar der Marxismus noch immer nicht ein Teil dieser Philosophie, sondern bleibt, was er ist: Soziologie, Wissenschaft von der Gesellschaft und ihrer Entwicklung. Aber dann wird es klar, daß die großartige Erkenntniskritik, die in der KANTischen Lehre liegt, nicht nur für die Naturwissenschaft geleistet wurde, sondern ebenso für die Sozialwissenschaft, und daß M. zu KANT in demselben Verhältnis steht wie NEWTON zu KANT. So wenig die kritische Philosophie eine Ergänzung der Naturwissenschaft und der Technik ist, so wenig auch des Marxismus und des Sozialismus. Aber wie die Naturwissenschaft auf die Erkenntniskritik die immer größere Klarheit ihrer Methoden und vor allem die Sicherheit ihrer Erkenntnisse gründet, so gilt dasselbe vom Marxismus, dessen materialistische Geschichtsauffassung und dessen Lehre vom sozialen Fortschritt erst durch den Begriff des vergesellschafteten Menschen, d. h. aber,

wie wir jetzt wissen, des vergesellschafteten Bewußtseins, seinen Sinn und seine Beweiskraft erhält.

Ja, in diesem Punkte geht dieses Verhältnis von M. zu KANT sogar noch über das von NEWTON zu KANT hinaus. Denn in der physischen Natur vollzieht sich ein Zusammenhang, in dem die Menschen kein mitbestimmendes Glied sind, während die Gesetze der sozialen Natur nur durch die Wirksamkeit von Menschen zustande kommen. Dort erleidet der Mensch sein Schicksal, hier gestaltet er es. Eine richtige Sozialwissenschaft steht daher im Dienst nicht bloß der Naturerklärung, sondern der Naturveränderung. Die Naturwissenschaft ist ihrem Wesen nach stationär, die Sozialwissenschaft ebenso revolutionär. Und das ist der tiefe, wenig verstandene Sinn des inneren Zusammenhangs zwischen Marxismus und Sozialismus, zwischen Soziologie und sozialer Revolution. Es ist dies aber zugleich ein Zusammenhang mit der klassischen deutschen Philosophie, die ebenfalls als eine Philosophie des sozialen Bewusstseins nicht anders als revolutionär sein kann. Die deutsche klassische Philosophie wollte immer sein eine Philosophie der Tat. Aber sie konnte dies nur der Idee nach sein, der Marxismus hat ihr die wissenschaftliche Erkenntnis für die Mittel zur historischen Verwirklichung dieser Tat gegeben. War der Idealismus KANTS und seiner Nachfolger die Philosophie von der Denkmöglichkeit des Sozialismus, so wird der wissenschaftliche Sozialismus von M. die Theorie von der Verwirklichung des Idealismus. Es gibt keine bessere und tiefsinnigere Zusammenfassung dieses inneren Zusammenhanges beider Denkrichtungen als die berühmten Worte M.'s: „Die Philosophen haben die Welt bisher nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“

# Die englische Arbeiterbewegung seit 1914.

Von

Gilbert Slater (Oxford)<sup>1)</sup>.

Zwischen der Arbeiterbewegung in England und derjenigen des europäischen Festlands bestehen tiefgehende Unterschiede. Eine der wichtigsten Ursachen — wenn nicht die wichtigste — des besonderen Charakters der englischen Arbeiterbewegung liegt darin, daß der Bauernstand sich auf dem Kontinent erhalten hat, in England dagegen nahezu verschwunden ist. Dort ist der Grundbesitz stark gesplittert, es gibt zahlreiche klein- und mittelbäuerliche Wirte, die auf eigener Scholle selbständig wirtschaften, und daneben auch viele Mittel- und Kleinbetriebe, die von großen Grundbesitzern zu Pachtrecht ausgetan sind. Anders in England, mit seiner überaus starken Konzentration des Grundbesitzes. Hier umfassen die einzelnen Betriebe typischerweise mehrere hundert Acres. Ihre Bewirtschaftung wird durch einen Pächter durchgeführt, der ein Kleinkapitalist ist. Die so ziemlich umfangreichen Betriebe bilden Teile großer Besitzungen und die eigentlichen landwirtschaftlichen Arbeiten werden größtenteils durch ein ländliches Lohnarbeiterproletariat ausgeführt.

Schon in sehr frühen Zeiten machten sich wirtschaftliche, politische und soziale Kräfte mit dem Ziele einer Expropriation der Bauern geltend. Diese Tendenzen wurden allerdings unter der Herrschaft der TUDORS und der ersten Könige aus dem Hause STUART in nicht unbeträchtlichem Maße in Schach gehalten. Doch fanden die Bemühungen dieser Könige leider nicht den erforderlichen Rückhalt im Volke. JAKOB I. rief heftigen Widerspruch der Frommen hervor, als er die Meinung aussprach, gewisse

---

1) Vortrag, gehalten in den Internat. Wiener Hochschulkursen, im September 1922. Aus dem englischen Original übersetzt von Dr. rer. pol. MARGARETHE SCHWARZ (Wien). Das Manuskript befindet sich in den Händen der Redaktion seit dem 17. Juli 1923.



Spiele dürften auch an Sonntagen gespielt werden. KARL I. wieder wollte dem Grundsatz Geltung verschaffen, daß die Einwohner der im Innern Englands gelegenen Grafschaften die gleiche Beisteuer zur Landesverteidigung durch Seestreitkräfte aufbringen sollten wie die Bewohner der Grafschaften an der Küste, und er beging außerdem den verhängnisvollen Fehler, den Schotten mit Gewalt gewisse Formen des Gottesdienstes anzuwzwingen zu wollen, die ihnen widerstrebten. Infolgedessen brach Bürgerkrieg aus. KARL I. wurde enthauptet und im Jahre 1688 fand die „ruhmvolle Revolution“ statt. Eine andere Dynastie kam zur Herrschaft. An Stelle der bürokratischen Regierungsmethoden der TUDORS trat das parlamentarische Repräsentativsystem. Von 1689 bis 1832, dem Jahre, in welchem das erste Wahlreformgesetz durchdrang, lag alle politische und soziale Macht monopolistisch in den Händen der grundbesitzenden Klassen. Ziel aller Politik in bezug auf Grund und Boden sowie dessen Bewirtschaftung war in diesen anderthalb Jahrhunderten einzig die Höchststeigerung der Grundrente und des Reinertrags vom Boden. In der Praxis lief das häufig darauf hinaus, daß auf die Steigerung des Rohertrages verzichtet wurde. Ließ sich durch Maßnahmen wie die Verwandlung von Ackerland in Weide eine Erhöhung der Grundrente erhoffen, so wurden sie durchgeführt, trotzdem die Masse der landbauenden Bevölkerung hierdurch sich minderte und die Ergiebigkeit des Bodens starke Einbuße erlitt. Parallel mit dieser Entwicklung wurde dem Kleinbesitz zu Leibe gegangen: die Kleinstellen wurden zu großen Gütern zusammengelegt. Die Folge davon war, daß sich die Kleinwirte verzweifelt bemühten, sich ihre Stellen selbst unter Übernahme bedeutend erhöhter Lasten zu sichern. Die Gesetze aus der Zeit der TUDOR zum Schutze der landwirtschaftlichen Arbeiter gerieten, trotzdem sie noch lange im Statute book auf dem Papiere standen, gänzlich in Vergessenheit, so auch jenes, welches bestimmte, daß zu jedem Bauernhaus 4 acres Landes gehören mußten. Die Folge war, daß die Landbevölkerung vom flachen Lande weg in die städtischen Siedlungen getrieben wurde — auf der verzweifelten Suche nach irgendeinem Erwerb.

Für städtische Arbeiter beansprucht das Lohngesetz Allgemeingültigkeit, daß notwendigerweise die Löhne dort hoch sind, wo

die Unternehmer infolge des Aufschwunges der städtischen Industrien ihre Arbeitskräfte durch Heranziehung von ländlichen Bevölkerungselementen vermehren müssen, während gleichzeitig die Umgebung der Städte gut angebaut und die Landbevölkerung selbst wohlhabend ist; daß hingegen das Umgekehrte eintreten, also der Lohn wahrscheinlich niedrig sein wird, wenn das Hinterland der Städte arm ist und die Bevölkerung hart um ihren Lebensunterhalt zu kämpfen hat. Hält man das fest, so ist leicht einzusehen, wie schlimm sich die Lage in England in der Epoche gestalten mußte, als einerseits die Manufakturen und Fabriken aufblühten, ihr tatsächlicher Mehrbedarf an Arbeitskräften aber aus einer landflüchtigen, von ihrer Scholle gescheuchten Bevölkerung gedeckt werden konnte.

Die Armut des städtischen sowohl als auch ländlichen Proletariats in England wurde durch die „industrielle Revolution“, durch die tiefgreifenden Umgestaltungen des Produktionsprozesses, namentlich in der Textilindustrie noch weiter vermehrt, obwohl sie bereits gegen Ende des 18. Jahrhunderts schon arg genug gewesen war. Die Erfindung der Spinnmaschinen vernichtete sehr bald die Handspinnerei, die einst die wichtigste Nebenbeschäftigung der Landbevölkerung gewesen war. Dieser Ausfall des Spinnverdienstes aber wurde keineswegs durch eine Erhöhung der Löhne für landwirtschaftliche Arbeit wettgemacht. Vielmehr verfiel, unter Mitwirkung auch noch anderer Umstände, die ländliche Lohnarbeiterschaft fast dem Hungertode. Anfangs hatte die Billigkeit des durch die Spinnmaschinen hergestellten Garns den Handwebern noch gewisse Vorteile und Wohlstand gebracht. Bald aber wurde es anders. Seit dem Jahre 1815 wurde die Verwendung des Dampfwebstuhls rasch allgemein und dadurch die große Masse der Handweber bitterster Armut preisgegeben. Auch die Fabriken, welche die Handspinnerei- und Weberei verdrängt hatten, boten jahrelang keine befriedigende Erwerbsmöglichkeit; sie beschäftigten größtenteils Frauen und Kinder unter nur allzu oft schrecklichsten und erniedrigendsten Bedingungen. Sind schon die Bilder aus dem Leben der englischen Arbeiterklasse während des Menschenalters nach der Schlacht bei Waterloo, wie sie ENGELS, CHARLES KINGSLEY in „Alton Locke“ und „Yeast“, DISRAELI in „Sybil“ entrollen, grauenhaft

genug, so begegnet man noch furchtbareren Schilderungen in einer Reihe von amtlichen Enquêteberichten über das Fabrikwesen, die Wirkungen der Armengesetzgebung, die Arbeit in Bergwerken, die gesundheitlichen Verhältnisse in den Großstädten usw. Andererseits freilich schuf die zweite Phase der industriellen Revolution mit der Verwendung des Dampfes zu Land- und Seetransporten, den Eisenbahnbauten, dem Aufschwung aller metallverarbeitenden Industrien für die erwachsenen Männer vermehrte Erwerbs- und Unterhaltsgelegenheit und ermöglichte es, im Verein mit der durch die Entdeckung von Goldminen in Kalifornien und Australien bewirkten Massenauswanderung, nach dem Jahre 1850 den Organisationen der britischen Lohnarbeiterschaft, die durch anderthalb Jahrhunderte einen schwersten Kampf um ihre Existenz geführt hatte, stetig sich bessernde Lebensbedingungen zu erringen.

Diese Umstände, unter deren Einwirkung die Arbeiterbewegung in England entstanden ist, haben ihr scharf und deutlich zwei Charakterzüge aufgeprägt, durch welche sie sich von der Arbeiterbewegung im übrigen, festländischen Europa unterscheidet. Die englische Arbeiterbewegung ist vor allem nach gar keiner Richtung hin ein Produkt von Intellektuellen. Es gibt keinen hervorragenden Menschen, der in der englischen Arbeiterbewegung eine ähnliche Rolle gespielt hätte wie KARL MARX in der kontinentalen. Sie ist vielmehr ganz und gar aus den Bedürfnissen und Leiden der manuellen Arbeiter selbst heraus entstanden. Ihre ersten Anfänge liegen denn auch im Dunkel, ihre ersten Pioniere sind vollständig vergessen, nicht einmal ihre Namen sind erhalten geblieben. Außerdem zeigt die englische Arbeiterbewegung bis zum heutigen Tag in ausgesprochenster Weise die Tendenz, jeder — noch so wohlgemeinten — Annäherung von Angehörigen des Mittelstandes, die mit ihr sympathisieren, Mißtrauen entgegenzubringen, und es ist eine Tatsache, daß solche Annäherungsversuche häufig falsch aufgefaßt worden sind.

Betrachtet man die Struktur der englischen Arbeiterbewegung, so fällt ihr merkwürdig chaotischer Charakter auf. Sie zeigt sechs voneinander verschiedene Formen. Die vielleicht früheste derselben waren die *friendly societies*, die ihren Mitgliedern

Hilfe in Krankheitsfällen gewährleisteten und sie durch Beistellung der Beerdigungskosten unterstützten. Sie kamen auf diese Weise sowohl ökonomischen als auch psychologischen Bedürfnissen entgegen: sie erhielten namentlich die Selbstachtung rege.

Diesen Verbänden sehr nahe steht die Gewerkschaftsbewegung. Auch deren Anfänge sind im Dunkeln, aber immerhin ist ihre Geschichte bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts zurückverfolgt worden. In der Welt der englischen Gewerkschaftsverbände gibt es auch heute noch keine systematische Organisation, die sich mit derjenigen der deutschen und österreichischen Gewerkschaften vergleichen ließe. Einige dieser Verbände sind sehr groß, andere sehr klein, in vielen Berufszweigen konkurrieren mehrere verschiedene Gewerkschaften um den Beitritt der Mitglieder, während in nicht weniger Gewerkschaften die prinzipielle Streitfrage besteht, ob die Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Zugehörigkeit zum Handwerk oder zur Industrie erblickt werden soll. Das gilt z. B. von zwei der größten Gewerkschaften: derjenigen der Ingenieure und derjenigen der Eisenbahner. Jene ist eine Handwerker-, diese eine Industrieorganisation. Der Streit betrifft jene Ingenieure, die im Dienste der Eisenbahnen stehen. Die Ingenieuregewerkschaft behauptet, daß die Ingenieure als solche zu ihr gehören, während die Eisenbahnergewerkschaft sie in ihrer Eigenschaft als Eisenbahnbeamte für sich reklamiert. Der Gewerkschaftskongreß stellt sich als eine Art Zentralorganisation für alle Verbände dar, obwohl er kein Vertretungsorgan, sondern eine Delegiertenkonferenz ist, der keine oder doch nur geringe Kontrollgewalt über die verschiedenen Verbände eignet. Dann gibt es noch die General federation of Trade-Unions, den „Allgemeinen Verband der Gewerkschaften“, und mehrere Teilverbände von größerer praktischer Bedeutung. Der bedeutendste Versuch einer Zentralisation war die Gründung der Triple-Allianz: Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter, knapp vor Ausbruch des Krieges, und diese Vereinigung galt bis in die letzte Zeit als die weitaus stärkste Organisation innerhalb der britischen Gewerkschaftsbewegung.

Eine dritte Form der Arbeiterbewegung bilden die kooperativen Genossenschaften, deren Bedeutung größer ist, als

gewöhnlich angenommen wird. Der erste Genossenschaftsbetrieb, der mir bekannt ist, war eine von Handwerkern und von im Arsenal zu Woolwich beschäftigten Arbeitern gemeinsam geschaffene Mühle. Sie brannte im Jahre 1760 nieder, wurde aber kurze Zeit hernach wieder aufgebaut und geht in der Zeit der Royal Arsenal-Cooperative Society voran, welche gegenwärtig einen Jahresumsatz von 3 Mill. Pfund Sterling hat, der verschiedene bedeutende Unternehmungen angeschlossen sind und die unter anderem die Anlage einer vorstädtischen Siedlung für 20 000 Menschen durchführt. Das Ziel der britischen Genossenschaftsbewegung ist kein geringeres als die Vernichtung des Kapitalismus. Diese soll in der Art erfolgen, daß in der Industrie an Stelle des Grundsatzes der kapitalistischen Kontrolle der Grundsatz der Kontrolle durch die Bevölkerung, in deren Interesse die Industrie arbeitet, tritt. Mit andern Worten, die Produktion um der Rentabilität willen, soll ersetzt werden durch Produktion zum Zweck einer Steigerung der sachlichen Ergiebigkeit im Interesse der Allgemeinheit. Durch die Genossenschaftsunion (Co-operative Union) und die zwei großen Genossenschaftsverbände von England und Schottland, sowie die etwas kleinere Großhandels-genossenschaft von Irland erscheint die genossenschaftliche Bewegung tatsächlich besser organisiert als die gewerkschaftliche und leitet mit Erfolg sowohl eine ungeheure Fülle der verschiedensten Fabriken als auch landwirtschaftlicher Betriebe und einen großen Teil des Außenhandels.

An vierter Stelle stehen die Arbeiterklubs (Working mens' clubs), die hauptsächlich Erholungs- und Unterhaltungszwecken dienen, aber auch eine gewisse Menge Bildungsarbeit leisten.

Die vier genannten Erscheinungsformen der englischen Arbeiterbewegung sind durchweg bodenständiger Art und keineswegs durch Anregungen von außen her entstanden. Anders steht es um die politische Bewegung. Diese allerdings hat dem deutschen Sozialismus viel zu verdanken und dessen Einfluß hat sich in der Form der Konstituierung einer Arbeiterpartei im Parlament, sowie in der aktiven Teilnahme an der Lokalverwaltung ausgewirkt.

Endlich sei noch der Bestrebungen der manuellen Arbeiter

gedacht, ihre Ausbildung auf den Gebieten der Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftswissenschaften zu erweitern und zu vertiefen. Unter den Institutionen, die diesen Bestrebungen dienen, sind zu nennen: die Workers' Educational Association (Gesellschaft für Arbeitererziehung), die Abendschulen für Erwachsene und die Versuche zur Schaffung und Erhaltung einer Arbeiterpresse, die jedoch allerdings, verglichen mit dem was in dieser Beziehung auf dem Festlande erreicht worden ist, unbedeutend erscheint. Vor Ausbruch des Weltkrieges war der „Citizen“ gegründet worden und wieder eingegangen; der „Herald“, von GEORGE LANSBURY'S Optimismus geleitet, überlebte den Krieg und hat nun neue Hoffnung, sich zu festigen.

Betrachten wir nun den Stand der Arbeiterbewegung in der Periode unmittelbar vor Ausbruch des Krieges, so finden wir, daß die Friendly Societies dank dem Versicherungsgesetze (Insurance Act) von LLOYD-GEORGE eine starke Zunahme der Zahl ihrer Mitglieder aufzuweisen hatten, und daß sie durch mancherlei Unterstützungsmaßnahmen in enge Berührung mit dem Staate getreten sind; die Genossenschaften und Klubs ihrerseits arbeiteten in unveränderter Weise weiter; im Bildungswesen endlich ist ein Aufschwung festzustellen. Wichtige Veränderungen dagegen haben sich in der parteipolitischen Arbeiterbewegung und in der Gewerkschaftsbewegung vollzogen.

Die Labour Party war anlässlich der Hauptwahlen von 1906 als unmittelbare Folge der Taff Vale Entscheidung ins Leben gerufen worden. Damals war die Organisation der Eisenbahnbefugten, die Amalgamated Society of Railway Servants von der Taff Vale Railway Company wegen Aufreizung zur Arbeitseinstellung geklagt und von den Gerichten zur Zahlung einer hohen Geldstrafe verurteilt worden. Bis zu diesem Judikat hatten sich die Gewerkschaften vor jedem derartigen Prozeß gesetzlich geschützt geglaubt. Nun überzeugten sie sich eines besseren. Und dies war der Hauptgrund, weshalb sie sich mit gewissen sozialistischen Organisationen zusammenschlossen und die Labour Party gründeten, um mit deren Hilfe durch ein Gesetz jene Stellung wirklich zu erlangen, die sie so lange vermeint hatten, bereits zu besitzen. Dieses Gesetz war der Trades Disputes Act, der die Gewerkschaften ausdrücklich als privilegierte Körperschaften

erklärte, die „das Recht haben, Unrecht zu begehen, ohne hieraus Rechtsfolgen befürchten zu müssen“.

Bedenkt man, daß die Labour Party nicht mehr als ungefähr 40 Mitglieder unter etwa 670 Mitgliedern des Unterhauses aufwies, so erscheint es auf den ersten Blick verwunderlich, wie dieses Gesetz zur Verabschiedung zu gelangen vermochte. Nun, die liberale Regierung, die auf die Unterstützung der Labour Party angewiesen war, setzte es im Unterhause durch in der Erwartung: es werde im Oberhause abgelehnt werden und daß diese Ablehnung sodann als Parteiwaffe gegen die Konservativen werde ausgenützt werden können. Das Oberhaus ordnete jedoch sein Klasseninteresse politischen Erwägungen unter und genehmigte den Trade Disputes Act, um durch denselben die liberalen Kapitalisten zu treffen.

Die sonstigen politischen Erfolge der Labour Party waren nicht beträchtlich genug, um Begeisterung in den Reihen ihrer Anhänger auszulösen. Zudem wurde der Umstand verhängnisvoll, daß die Gewerkschaften ohne jedes Verständnis für die Ansprüche, welche die parlamentarische Arbeit an Zeit und Kraft des Abgeordneten stellt, ihre Gewerkschaftsbeamten ins Haus der Gemeinen entsendeten. Dies hatte zur Folge, daß ihre eigentliche gewerkschaftliche Tätigkeit, namentlich die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, lahmgelegt wurde. Die Preise waren schon bis 1896 hoch gewesen und stiegen mit stetig wachsender Schnelligkeit auch weiterhin. Daß die Gewerkschaftsführer durch ihre parlamentarische Tätigkeit stark in Anspruch genommen waren, schien ein Hauptgrund dafür, daß die Lohnerhöhungen nicht auch parallel mit den Preissteigerungen vor sich gingen. Dies löste Unzufriedenheit besonders unter den jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern aus. Sie wendete sich speziell gegen die Gewerkschaftsführer. Da außerdem der Umstand mitwirkte, daß zahlreiche junge Arbeiter den Verbänden erst nach Erlassung des Versicherungsgesetzes beigetreten waren, so zeigte sich eine ausgesprochene Neigung zu ungerechtfertigten Arbeitseinstellungen.

Zu dieser Zeit machte sich eine starke Strömung innerhalb der arbeitenden Klassen sowohl gegen die besitzenden Klassen als solche, wie auch gegen die eigenen Arbeitgeber im besonderen geltend. Sie wurde mit verstärkt dadurch, daß damals zum

ersten Male Automobile in großer Zahl in Gebrauch kamen, die mit großer Geschwindigkeit, ohne Rücksicht auf andere Passanten, auf für dieses Verkehrsmittel ungeeigneten Straßen dahinrasten und alles in Staubwolken hüllten. Nun bildete das Radfahren ein Hauptvergnügen der jungen Arbeiter beiderlei Geschlechtes. Sie sahen sich jedoch plötzlich durch die Automobilisten, denen man oft wenig schmeichelhafte Beinamen gab, von den Landstraßen verdrängt. Entscheidend wichtig für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern im Vergleich zur früheren Zeit war ferner der Umstand, daß an Stelle der Einzelunternehmer nun häufig Aktiengesellschaften traten und sich daher das persönliche Verhältnis zwischen dem Geschäftsinhaber und seinen Angestellten lockerte. All das erklärt es, daß es sich in den Jahren vor dem Kriege bei Arbeitseinstellungen nicht so sehr um Lohnfragen und Arbeitszeit handelte wie um die prinzipielle Frage der Kontrolle der Industrie. Was die großen Massen der Arbeiter nur in unklarer Weise anstrebten, wurde von einer kleinen Gruppe aus dem Mittelstand, die diesen Bestrebungen sympathisch gegenüberstand, scharf herausgearbeitet. So entstand die gildensozialistische Bewegung. An der Spitze dieser Bewegung stand der Verfasser der „World of Labour“, G. D. H. COLE mit seiner Theorie vom Gildensozialismus, die freilich den meisten von uns utopisch und phantastisch erscheint, dennoch aber seit dem Kriege ernste Erfolge erzielt hat. Es sind Baugilden, das sind Assoziationen von im Baugewerbe Beschäftigten, entstanden, die sich fähig erwiesen haben, den kapitalistischen Unternehmern erfolgreich Konkurrenz zu machen, sie in bezug auf Qualitätsarbeit übertreffen und überdies den öffentlichen Körperschaften oder Privatpersonen, die den Bauauftrag erteilten, noch einen Rabatt von dem vereinbarten Preise gewährten. Allerdings sind die Erfolge der Gilden von nicht langer Dauer gewesen.

Meiner Meinung nach kommen unter den Nachkriegsverhältnissen, welche auf die englische Arbeiterbewegung den größten und bleibendsten Einfluß üben werden, vornehmlich zwei in Betracht. Sie sind Folgeerscheinungen des Krieges und betreffen weniger die Arbeiterbewegung unmittelbar und als solche, als vielmehr die gesamte Bevölkerung. Erstens die Erkenntnis von



den Wechselbeziehungen zwischen Leib und Seele — in England shell-shock genannt —; zweitens die großen Fortschritte der Chirurgie — letztere eine Folge der ungeheuren Massen von Kriegsverwundungen. Wir haben jetzt größeres Vertrauen zu den uns innewohnenden latenten Kräften der Wiederherstellung und des Wiederaufbaus und wissen, daß Krankheit und Altersbeschwerden erfolgreich bekämpft werden können, wenn wir nur unsere Lebenskräfte rationell ausnützen. BERNHARD SHAW'S „Zurück zu Methusalem“ ist eine dichterische Übertreibung der Veränderungen, die sich fast allgemein in der britischen Mentalität vollzogen haben.

Eine weitere Folge des Krieges ist, daß die in England verbreitete Scheu, sich mit der Frage der Geschlechtskrankheiten zu befassen, endlich verschwunden ist und daß nun Aussicht besteht auf positive Maßnahmen zur Bekämpfung dieses großen Übels. Weniger tiefgreifend, immerhin aber von stärkerer und unmittelbarer Einwirkung auf die arbeitenden als auf die übrigen Klassen war der Anstoß von der Blockade durch die Unterseeboote auf die Schaffung von landwirtschaftlichen Kleinstellen. Eine der eindruckvollsten Zeichnungen im „Punch“ ist jene, die einen Schrebergärtner auf den Klippen von Dover sitzend und die deutschen Unterseeboote verhöhrend darstellt. Es gehört denn auch zu den verhängnisvollsten Unterlassungen der gegenwärtigen Regierung, daß sie die Unterstützung dieser Kleinwirtschaft eingestellt hat.

Versuchen wir nun, uns die direkten Wirkungen des Krieges auf die Gewerkschaftsbewegung klarzumachen, so bietet sich uns folgendes Bild:

1. Die Mitgliederzahl der Gewerkvereine hat stark zugenommen. In zahlreichen Industrien, in denen die Bewegung schon früher einen großen Teil der Arbeiterschaft erfaßt hatte, haben sich ihr alle noch nicht Organisierten angeschlossen. Darüber hinaus aber hat namentlich unter den landwirtschaftlichen Arbeitern, sowie unter den unqualifizierten städtischen Arbeitern und den Frauen der Gewerkschaftsgedanke eine wachsende Anhängererschaft gefunden. Der Arbeiter genoß während des Krieges eine Vorzugstellung. Die Vergrößerung der Mitgliederzahl, die Vervielfachung der Vereinsmittel und die wachsende Macht er-

füllten die Leitungen der Gewerkvereine mit Optimismus und Selbstvertrauen, die allerdings über das gerechtfertigte Maß hinausgingen. Die Macht der Gewerkvereine erreichte ihren Höhepunkt während der durch Spekulationen hervorgerufenen Handelsinflation, die dem Waffenstillstande folgte. An die Unternehmer wurden Anforderungen gestellt, die den Geboten der Mäßigung und Klugheit widersprechen. Dies rief eine Reaktion hervor, deren Folgen die Gewerkvereine auch jetzt noch zu tragen haben.

2. Eine wichtige Veränderung innerhalb der Trade Unions betrifft die Organisation der Gewerkvereine, namentlich in der Metallindustrie, die in der Munitionserzeugung während des Krieges eine hervorragende Rolle spielte. Die Regierung mußte die Munitionserzeugung ohne Rücksicht auf die Kosten fördern. Es wurden daher in den Fabriken Massen von unqualifizierten Arbeitern beiderlei Geschlechtes zur Bedienung der Maschinen eingestellt.

Um die Gefahr jeglicher Verlangsamung des Arbeitsprozesses und Ausstände auszuschließen, wurden den Arbeitern Stücklöhne bezahlt und der Grundsatz aufgestellt, daß eine Abänderung der Löhne erst bei Änderung des Arbeitsprozesses zulässig sein solle. Die Folge davon war, daß z. B. im Arsenal von Woolwich unqualifizierte Arbeiter, die vorher nie mehr als Hungerlöhne erhalten hatten, während des Krieges ein Jahreseinkommen von 1000 Pfd. Sterling erzielten. Andererseits bekamen die qualifizierten Mitglieder der Engineers Union, welche die Maschinen konstruierten, bei deren Bedienung solch hohe Löhne zu verdienen waren, lediglich ihre Vorkriegsgehälter vermehrt um einen Teuerungszuschlag, der der allgemeinen Preiserhöhung angepaßt wurde. Das war natürlich ein Grund zur Unzufriedenheit, die noch durch die Tatsache weitere Steigerung erfuhr, daß unerfahrene Leute, denen alle Voraussetzungen für die Herbeiführung und Aufrechterhaltung von Harmonie und Ruhe unter den Arbeitern abgingen, zum Aufsichtsdienste bestellt wurden. So kam es denn zu stetig sich mehrenden Unstimmigkeiten in den Betrieben. Sie konnten natürlich nicht in der Weise beigelegt werden, wie dies vor dem Kriege üblich gewesen war. Damals erstattete das Mitglied seiner Gruppe Bericht, der an die Bezirksorgani-

sation und in letzter Instanz vielleicht noch an die Zentralleitung des Gewerkvereins weitergeleitet wurde, worauf dann Unterhandlungen mit dem Unternehmer oder der Unternehmerorganisation eingeleitet wurden. Während des Krieges jedoch bildete sich die Gepflogenheit heraus, daß die Arbeiter in jedem Betriebe einen Mann aus ihrer Mitte wählten, der dem Vorarbeiter ihre Wünsche übermittelte, die der letztere dann an seine vorgesetzte Gewerkschaftsstelle weiterleitete. Diese Vertreter der Arbeiterschaft wurden Betriebsräte, shop-stewards, genannt und sind zu einer ständigen Einrichtung geworden. Dieselbe ist charakteristisch dafür, daß die Mitglieder der Gewerkvereine nicht mehr eine Benachteiligung durch Vertreter aus ihrer eigenen Mitte befürchten und daß es daher nicht länger notwendig scheint, daß sich Außenstehende ihrer Angelegenheiten annehmen.

3. Die Genossenschaften wurden während des Krieges durch das System der Rationierung in unmittelbare Berührung mit der Regierung gebracht. — Sie führten damals Klage, — meines Ermessens auch mit vollem Recht —, daß sie im Vergleich mit den großen Firmen, die den Kleinhandel versorgten, ungünstig behandelt würden. Nichtsdestoweniger wuchs ihre Mitgliederzahl und die Ausdehnung, die ihre Unternehmungen gewannen, rief den Neid der kapitalistischen Konzerne hervor. Nichts natürlicher also, als daß die großen Firmen alles daran setzten — und zwar mit Zustimmung des Kabinetts —, um eine hohe ungerechtfertigte Besteuerung der Genossenschaften durchzusetzen. Dieser Versuch wurde nun allerdings durch einen Gegenantrag im Unterhause vereitelt. Die Anhänger der Genossenschaftsbewegung sehen jedoch nunmehr ein, daß sie politischen Angriffen ausgesetzt sind. Die Folge davon ist ein schärferes Hervortreten der Tendenz, sich mit sozialistischen Organisationen und den Gewerkvereinen in der Labour Party zu einem Ganzen zusammenzuschließen. Ich bezweifle sehr, ob diese Politik — vom Interessenstandpunkt der Genossenschaften aus — als klug angesehen werden darf. Unter dem Gesichtspunkt der sozialistischen Politik jedoch bedeutet sie eine starke Vermehrung der finanziellen Mittel der Labour Party.

4. Der Krieg zeitigte eine Zersplitterung der Labour Party in zwei Gruppen: nicht so sehr infolge grundsätzlich verschied-

dener Auffassung wie vielmehr infolge von Verschiedenheiten in der Wahl der Führer. Die Hauptwahlen des Jahres 1918 zeigten, daß die Führung der Opposition ebenso auf die Arbeiterpartei, obwohl diese damals nicht viele Vertreter ins Parlament entsandte, übergegangen ist, wie die Führung der deutschen sozialdemokratischen Partei schon vor dem Kriege zugefallen war. Seit diesen Hauptwahlen hat sich die Partei die Unterstützung von Wählern der verschiedensten politischen Richtungen gesichert, die sich in der Feindseligkeit gegen die bestehende Regierung treffen und daher bereit sind, eher einem Kandidaten der Arbeiterpartei als einem von der Koalition aufgestellten ihre Stimmen zuzuwenden. Eine Zeitlang schien es, als ob die nächsten Hauptwahlen einen Sieg der Arbeiterpartei bringen würden, doch hält man das jetzt<sup>1)</sup> allgemein für unwahrscheinlich.

Das Gewicht der Labour Party ist parallel zur Erweiterung ihrer politischen Aussichten gewachsen. Das erklärt sich zum Teil daraus, daß ihre Anhängerschaft starken Zustrom aus den Kreisen der Intelligenz gewonnen hat. Die Spannung zwischen dem Einkommen der manuellen und geistigen Arbeiter ist in England nicht in dem Maße verschwunden wie beispielsweise in Österreich, sie hat aber doch starke Abmilderung erfahren. Nicht außer acht zu lassen ist auch die Tatsache, daß der Abstand im geistigen Niveau von geistigen und manuellen Arbeitern dank den Fortschritten im Volksbildungswesen im Ausgleich begriffen ist. Kennzeichnend für diese Wandlung ist, daß SIDNEY WEBB, der ausgezeichnete Verfasser berühmter Schriften über Gewerkschaftsbewegung, Lokalverwaltung und andere wirtschaftliche und politische Probleme, gegenwärtig Präsident der Arbeiterpartei ist; und noch bedeutungsvoller ist, daß die politischen Ereignisse die arbeitenden Klassen Großbritanniens gezwungen haben, sich jetzt intensiver als je zuvor für die auswärtigen Angelegenheiten zu interessieren. Die Labour-Party verfolgt eine ganz bestimmte Politik mit Rücksicht auf die Beziehungen zwischen England und dem Kontinent. Ihr Ziel ist nicht bloß die Erhaltung des Friedens, sondern auch die Schaffung einer Atmosphäre von Sympathie und Freundschaft einerseits zwischen Groß-

1) D. h. im Herbst 1922.

britannien und den kontinentalen Mächten und zwischen den kontinentalen Mächten untereinander andererseits. Ich möchte es nicht unterlassen, an dieser Stelle anerkennend der Verdienste zu gedenken, die Wien für die Entwicklung dieser Bestrebungen sich erworben hat. Alle jene der Arbeiterpartei nahestehenden Männer, die zur Zeit des Kriegsausbruches in Österreich lebten, haben die humane Behandlung anerkannt, die ihnen die Bevölkerung hat zuteil werden lassen.

Der Aufschwung des Handels in der Zeit nach dem Waffenstillstand war ebenso kurz wie intensiv. Dann folgte ihm eine Depression, die zwei Millionen Menschen arbeitslos machte und die Machtverhältnisse zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern heftig erschütterte. Die Gewerkschaften haben jetzt für die Beunruhigung, die sie in die Kreise der kapitalistischen Unternehmer getragen haben, schwer zu büßen. Aufmerksame Beobachtung, wie die Geschehnisse in jüngster Zeit lehren, daß bei gewissen Unternehmern Bestrebungen in starkem Maße zutage treten mit dem Endziel, die Gewerkschaftsbewegung zu vernichten. Die Kohlenwerker wurden in einen Streik hineingehetzt, dem sich die beiden anderen Gewerksvereine der Triple-Allianz (Eisenbahner und Dockarbeiter) nicht anschließen konnten, so daß der Dreiverband sich aufgelöst hat. Und die kapitalistischen Blätter haben den Zwist zwischen den einstigen Verbündeten noch verschärft, indem sie darauf hinwiesen: die niedrigen Löhne der Bergwerker seien in erster Linie durch die übermäßig hohen Eisenbahntarife verursacht, die ihrerseits eine Reflexwirkung der hohen Löhne der Eisenbahnangestellten seien. Weiterhin wurde noch der Versuch unternommen, die Gewerkschaft der Ingenieure zu sprengen. Er scheiterte allerdings an dem hartnäckigen Widerstand der Mitglieder, aber die finanziellen Reserven der Organisation wurden durch den kostspieligen Kampf erschöpft und sie mußte sich dazu verstehen, in eine bedeutende Reduktion der Löhne zu willigen. Nicht genug daran, es wurde gegen die vom Staate und den Municipien geleiteten Industrieunternehmungen eine heftige Agitation entfaltet und gegenwärtig sind Bemühungen im Gange, die einzige, aus der Kriegszeit übriggebliebene staatliche Munitionsfabrik aufzulösen. Handelte es sich bei diesem Versuch

darum, die Erzeugung von Kriegsmaterial überhaupt unmöglich zu machen, so müßte man ihn nur billigen. Allein gerade das Gegenteil ist der Fall. Es wird nämlich von Privatunternehmungen versucht, die Munitionserzeugung auf viel breiterer Basis als bisher durchzuführen, und alle Erfahrungen der Vergangenheit lehren nur allzu deutlich, daß diese Bestrebungen lediglich geeignet sind, gegenseitige Furcht und Zwietracht unter den Völkern zu säen. Unvermeidlich resultiert dann hieraus erst eine weitgreifende Ausdehnung der Erzeugung von kriegerischen Zerstörungsmitteln und sodann neuerlich die Gefahr kriegerischer Zusammenstöße.

Immerhin ist festzustellen, daß aus dem Gesagten nicht gefolgert werden darf, als ob etwa sämtliche Großunternehmer sich den skizzierten Angriffen auf die Arbeiterbewegung anschließen würden. Viele unter ihnen, und gerade die tüchtigsten und erfolgreichsten, suchen vielmehr in friedlichem Einvernehmen mit den Gewerkschaften zu arbeiten und darüber hinaus in der Verwaltung ihrer Unternehmungen deren Demokratisierung durchzuführen, indem sie ihre Angestellten in stetig wachsendem Umfang zu Rate ziehen und ihnen ein direktes Mitbestimmungsrecht in allen Angelegenheiten einräumen, die ihre Wohlfahrt betreffen.

\*            \*            \*

#### Nachtrag. Juli 1923.

Die Veröffentlichung des vorstehenden Vortrages ist durch verschiedene Umstände verzögert worden. Es erscheint daher wünschenswert, die Hauptzüge der inzwischen eingetretenen Entwicklung innerhalb der englischen Arbeiterbewegung nachzutragen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Großbritannien sind seit dem September 1922 für die Gewerkschaftsbewegung unverändert ungünstig geblieben. Die Preise sind allerdings langsam gefallen, die Stagnation im Handel jedoch dauert fort. Die Zahl der Arbeitslosen ist etwas zurückgegangen, von ungefähr 2 auf 1,2 Millionen. In vielen Industriezweigen haben die Unternehmer eine Herabsetzung der Löhne gefordert und zwar mit Erfolg. Denn die Gewerkschaften haben es nicht gewagt, den Wider-

stand bis zum Äußersten zu treiben. Die unvermeidliche Konsequenz hiervon war, daß der Mitgliederstand der Gewerkschaften sich reduziert hat, so daß die Gewerkschaften sich genötigt sahen, aufs neue eine lebhaftere Propaganda ins Werk zu setzen unter der Losung: „Zurück zu den Gewerkschaften!“ Angesichts des Gesagten kann es nur als verwunderlich bezeichnet werden, daß die Einbuße der Gewerkschaften an Mitgliedern nicht größer ist. In der Tat, der gegenwärtige Mitgliederstand von 6 Millionen ist noch immer höher als vor dem Kriege. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so dürften sich die Verhältnisse bald günstiger gestalten, denn es ist eine leichte Zunahme an Mitgliedern, Reserven und Vertrauen zu verzeichnen.

Bedeutungsvoller und interessanter ist die Entwicklung in politischer Beziehung. Der Zusammenbruch der Koalitionsregierung unter dem Ministerpräsidenten LLOYD GEORGE noch vor den Hauptwahlen hat den vollen Erfolg der Arbeiterpartei, auf den sie mit Recht zählte, unmöglich gemacht. Hätte sich die Koalitionsregierung etwas länger gehalten, so hätte die große Masse der Wähler, deren Feindseligkeit gegen die Koalition alle anderen politischen Erwägungen in den Hintergrund drängte, ihre Stimme für die Labour Party abgegeben, da dies die einzige Möglichkeit gewesen wäre, die Regierung LLOYD GEORGE'S zu Fall zu bringen. Nun wurde dies aber nicht nötig und in der so geschaffenen Lage fand man es bequemer, konservativ zu wählen. Nichtsdestoweniger hat die Arbeiterpartei nunmehr 140 Vertreter im Unterhaus<sup>1)</sup> und ist in die Stellung als offizielle Oppositionspartei aufgerückt. Nicht genug an dem aber: die Liberale Partei ist in zwei Fraktionen zerfallen, die einander feindlicher gegenüberstehen als jede von ihnen den Konservativen oder den Labour-Leuten. Als Resultat hieraus ergibt sich folgende paradoxe Situation, die nun für die britische Politik überaus charakteristisch ist. Die Liberale Partei ist politisch tot, aber der Liberalismus dominiert und ist mächtig — nicht trotz, sondern infolge der Tatsache, daß die Partei selbst ohnmächtig ist. Denn die Konservative Partei einerseits und die Arbeiterpartei andererseits

1) Bei den Hauptwahlen von 1922 hat die Labour Party 4236733 Stimmen auf ihre — 414 — Kandidaturen vereinigt und 142 Unterhausmandate errungen. (CARL GRÜNBERG.)

wissen wohl, daß sie alternativ die herrschende Partei im Lande sein können. Jede dieser beiden Parteien muß — und das ist die wesentliche Voraussetzung für ihre Existenz — nach der Regierungsmacht streben und die Mehrheit der Wähler für sich zu gewinnen suchen. Daher bemüht sich denn auch jede von ihnen, ihre Mitglieder fest zusammenzuhalten und so viele Wähler als möglich aus der großen Masse der gemäßigten Elemente an sich zu ziehen — Leute, die sich entweder keiner politischen Partei angeschlossen haben, oder solche, die, weil sie Liberale sind, entweder konservativ oder sozialistisch wählen müssen, damit ihre Stimmen nicht verlorengehen. Bei dieser Gestaltung der politischen Machtverhältnisse finden wir daher, daß STANLEY BALDWIN als Premierminister, Führer der Konservativen und Vertreter ihrer äußersten Rechten, und RAMSAY MACDONALD, Führer der Arbeiterpartei und von ihrer äußersten Linken gewählt, gleichermaßen in wichtigen Fragen — trotz leichter Differenzen — wie gute Liberale handeln und mitunter auch so sprechen. Der wichtigste Punkt im Programm der Labour Party: die Enteignung der Kapitalisten, ist gegenwärtig als unzeitgemäß ganz in den Hintergrund getreten und wird wohl bis zu den nächsten Hauptwahlen begraben sein.

In dieser Entwicklung liegt aber eine große Gefahr. Wenn es der Arbeiterpartei nicht gelingen sollte, dauernd die Majorität des linken Flügels an sich zu fesseln, so wird notwendigerweise eine neue Partei entstehen. Es gibt schon bei uns Kommunisten. Ihre Zahl ist allerdings bisher unbedeutend. Allein sie könnten ihre Reihen mit unzufriedenen Elementen auffüllen und dann die Arbeiterpartei in ihrer gegenwärtigen Verfassung ernsthaft bedrohen<sup>1)</sup>.

1) Bei den Hauptwahlen vom Dezember 1923, die durch den Sturz der konservativen Regierung notwendig wurden, vermehrte die Labour Party ihre Stimmzahl nur ganz unbedeutend: auf 4 348 379 Stimmen, und siegte in 191 Wahlbezirken; bei den neuerlichen Dezemberwahlen von 1924 — nach dem Sturz der Labour-Regierung von MAX DONALD, verlor sie zwar infolge der Eigentümlichkeiten des englischen Wahlsystems 40 Mandate und kehrte mit nur 151 Vertretern ins Unterhaus zurück, vermehrte aber ihre Stimmzahl auf 5 551 549, also um fast 28 %. (CARL GRÜNBERG.)



# Neueste Mitteilungen über den literarischen Nachlaß von Karl Marx und Friedrich Engels<sup>1)</sup>.

Von

D. Rjasanoff (Moskau).

Bevor ich auf das Neue zu sprechen komme, das sich uns im literarischen Nachlaß von MARX und ENGELS eröffnet, will ich einige Worte darüber sagen, in welchem Zustande sich dieser Nachlaß bis in die jüngste Zeit herein befunden hat. Er liegt seit ENGELS' Tode vor. ENGELS selbst hätte keine unzweckmäßigere Verfügung über ihn treffen können. Hätte er eine solche überhaupt unterlassen, so wäre der Nachlaß wahrscheinlich unversehrt erhalten geblieben. Allein von allen letztwilligen Verfügungen E.' ist gerade eine einzige noch zur Not ausgeführt worden: ENGELS' Leichnam wurde verbrannt und die Asche irgendwo ins Meer gestreut. Unter anderen Umständen hätte man noch ein paar Jahre lang frische Blumen auf sein Grab gelegt, hätte ihn dann vergessen und die Sache wäre damit erledigt gewesen. Auch das konnte man nun aber dem toten E. gegenüber nicht mehr tun. So blieben denn nur bestimmte Verpflichtungen seinem Nachlaß gegenüber. Mit diesem jedoch ist man dann allerdings sehr übel umgegangen. Die riesige Bibliothek von MARX und ENGELS ist beinahe vollständig verlorengegangen. Sie war mit dem größten Teil des Vermögens und dem ganzen literarischen Nachlaß der Deutschen Sozialdemokratie vermacht worden. Da aber die deutsche Gesetzgebung ENGELS keine Möglichkeit bot, letztwillig unmittelbar zugunsten der deutschen Partei zu verfügen, so tat er das mittelbar: zu Händen von zwei Vertrauensmännern, EDUARD BERNSTEINS und AUGUST BEBELS. Diese hielten sich daher seit dem Jahre 1896 für Alleineigentümer des Nachlasses und also auch für befugt, über denselben uneingeschränkt zu verfügen. Hier nun ergab sich ein erstes Mißgeschick. Die beiden Erben bemühten sich nicht einmal, zunächst festzustellen, ob denn auch die ganze Hinterlassenschaft in ihre Hände gelangt sei, und ob nicht von irgendeiner Seite her Teile derselben beiseite geschafft worden seien. In

1) Vortrag gehalten in der Sitzung der Moskauer Sozialistischen Akademie am 20. XI. 1923. Die Mitteilungen RJASANOFFS besitzen so großen literarisch-geschichtlichen Wert, daß ich sie den deutschen Interessenten in vollem Umfange vermitteln zu sollen glaube. Die Übersetzung aus dem russischen, im VI. Band des Wjestnik Socialistitscheskoy Akademii 1921 veröffentlichten Original ist von mir sorgfältig durchgesehen und stilistisch durchgearbeitet worden. CARL GRÜNBERG.

Wirklichkeit geschah etwas für ENGELS völlig Unerwartetes. Der größte Teil des literarischen Nachlasses gelangte irgendwie zusammen mit der MARX-ENGELSSchen Bibliothek nach Berlin. Ich erinnere mich ganz wohl, diese Bibliothek noch im Jahre 1900 in ungeordnetem Zustande in einigen Zimmern in Berlin herumliegen gesehen zu haben. Als der verstorbene PFANNKUCH mir die militärwissenschaftliche Bibliothek ENGELS' zeigte, sprach er mit einiger Skepsis und sogar mit Verachtung, wie sie Praktiker Theoretikern gegenüber des öfteren an den Tag zu legen pflegen, von diesen Büchern als von einem überflüssigen und störenden Ballast. Tatsächlich ist denn auch von jener militärwissenschaftlichen Bibliothek, abgesehen von ein paar vereinzelt Bänden, nichts übriggeblieben. Man hat sie nämlich ihrer grossen Masse nach, da man nichts mit ihr anzufangen wußte, einer Arbeiterbücherei überlassen, ohne sich auch nur die Mühe zu geben, nachzuforschen, ob sie nicht in Randbemerkungen oder sonstwie irgendwelche Spuren der geistigen Arbeit von ENGELS und MARX aufwies. Auf diese Weise sind vielleicht einige tausend den beiden Schöpfern des wissenschaftlichen Sozialismus gehörige Bände, nebst allen Bemerkungen und Notizen von MARX und ENGELS, die sie enthalten haben mögen, aus dem Gesichtsfeld der MARXForschung bis auf weiteres verschwunden. Einen Teil der Manuskripte und Hefte, die man nach Berlin weitergeben zu können glaubte, expedierte man dorthin, während BERNSTEIN eifrig darüber wachte, daß die wichtigeren Manuskripte und insbesondere die Briefe nicht aus London wegkamen.

Ich komme noch später auf jenen Teil des Nachlasses zu sprechen, der nach Berlin gelangte. Hier sei nur festgestellt, daß der größte, unbekannt gebliebene Teil in London blieb. Indessen fand ich, als ich im Jahre 1911 bei den LAFARGUES war, ganz unerwarteterweise einen großen Teil der MARX-ENGELSpapiere bei ihnen. Vermutlich wurden ihnen diese teilweise nach dem Tode von ELEANOR MARX übermittelt. Der Nachlaß zerfiel somit in drei Teile. Der eine kam nach Draveuil, der andere blieb in London bei BERNSTEIN, der dritte kam ins Parteiarchiv. Der letztere wurde bald jedem, der in ihm forschen wollte, zugänglich gemacht.

Der erste, der pflichtgemäß den Nachlaß zu untersuchen hatte, war MEHRING, der im Jahre 1898 von der Partei beauftragt wurde, den literarischen Nachlaß von MARX und ENGELS herauszugeben. Wir alle haben bis zu einem gewissen Grade an jenen drei Bänden der MEHRINGAusgabe gelernt. Ich habe die Bände stets als ein Werk betrachtet, das alles erschöpft hatte, was in dieser Beziehung irgendwie dargeboten werden konnte, dessen Verfasser zum mindesten alles, was irgendwie in Frage kam, durchgearbeitet hatte. Seinen Auftrag hatte MEHRING vom deutschen Parteivorstand erhalten, dem auch BEBEL angehörte. BEBEL war aber in solchen Fällen ganz außergewöhnlich liebenswürdig und kam jedem Forscher sehr weit entgegen. Genau so liebenswürdig ist er auch später mir gegenüber gewesen, der ich ihm damals noch völlig unbekannt war. MEHRING gegenüber war er nicht minder zuvorkommend. Nichtsdestoweniger weist der literarische Nachlaß, wie ihn MEHRING in den Jahren 1896 bis 1902 druckfertig gemacht hatte, aus irgend-

welchen Gründen bedeutende Lücken auf. Eine Frage entsteht nun unwillkürlich bei jedem Leser jener drei Bände:

Wir alle haben das Vorwort zu MARXENS „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ gelesen. Wir alle kennen die Erwähnung der zwei dicken Oktavbände, in denen MARX und ENGELS die deutsche Ideologie, d. h. die ganze nachhegelsche Philosophie und den „wahren Sozialismus“ in allen seinen Lebensäußerungen kritisiert hatten. Jeder von uns fragte sich daher nach dem Verbleib dieser beiden Bände. Die Antwort suchten wir bei MEHRING. In der Tat findet sich in dessen Ausgabe ein kleines Kapitel, das jener „Deutschen Ideologie“ gewidmet ist. Wir erfahren aus ihm plötzlich: daß im Nachlaß nur bereits veröffentlichte Arbeiten von MARX und ENGELS zum Abdruck gelangen sollten, nicht aber solche, die als Manuskripte hinterlassen worden sind. Deshalb habe er auch — erklärt MEHRING — das vorhandene Manuskript nicht veröffentlicht. Er scheint vergessen zu haben, daß er im I. Nachlaßbande MARXENS Doktordissertation zum Abdruck gebracht hatte. Weiter folgt die merkwürdige Bemerkung: die „deutsche Ideologie“ sei an sich von geringem Interesse, zumal sie MARX und ENGELS im Grunde genommen lediglich zum Zweck der Selbstverständigung geschrieben hätten. Dabei findet sich aber im II. Nachlaßbande ein kleiner Abschnitt über das „Leipziger Konzil“. Es stellt sich also heraus, daß MEHRING ein kleines, BRUNO BAUER und MAX STIRNER gewidmetes Manuskript unter dem Titel „Leipziger Konzil“ unter den Händen gehabt hat. Was dieses Manuskript darstellt, weiß MEHRING, obgleich er es in Händen gehabt hat, nicht zu sagen. Ich werde Ihnen das Geheimnis aufdecken. Es ist mir erst jetzt, nach meiner letzten Berliner Reise, klar geworden. Tatsächlich hat sich MEHRING sehr bemüht, die „Deutsche Ideologie“ zu bekommen. Er wußte wohl, daß es ungeachtet seines Vorhabens, sie nicht zu veröffentlichen, unmöglich sei, ohne Kenntnis der „Deutschen Ideologie“ die Übergangsperiode von der „Heiligen Familie“, in der MARX sich mit der Kritik BRUNO BAUERS beschäftigte, zum „Elend der Philosophie“ einigermaßen herauszuschälen. Erst die Kenntnis dieser zwei Bände gestattete die Ausfüllung der Lücke zwischen den erwähnten zwei Phasen der literarischen Tätigkeit von MARX und ENGELS.

MEHRING hat denn auch versucht, das Manuskript zu erlangen. Er erbat es von BERNSTEIN, er wandte sich an LAURA LAFARGUE. Diese Bemühungen fallen in den Zeitabschnitt, da BERNSTEIN bereits zum Theoretiker des Revisionismus geworden war und LAURA LAFARGUE ihn für einen Renegaten hielt. BERNSTEIN bemühte sich auszuweichen, was ihm aber nicht ganz gelang. Um MEHRING loszuwerden, gab er ihm ein kleines Manuskript über BRUNO BAUER — jenes Manuskript des Leipziger Konzils, und auf Grund dieses Abschnittes der „Deutschen Ideologie“ kam MEHRING zum Schluß: das ganze Werk sei eigentlich auch nicht viel wert. Letzten Endes hätte er erklären müssen: man gibt mir nicht die Möglichkeit, den literarischen Nachlaß so herauszugeben, wie es sich gehört, die Leser müssen das mit in den Kauf nehmen. Aber MEHRING führte nun seinerseits BERNSTEIN hinters

Licht. Als ich mich jetzt bei BERNSTEIN abplagte, um die verschiedenen Überreste der „Deutschen Ideologie“ zusammenzubekommen, fehlte ein Stück, der zweite Abschnitt über BRUNO BAUER. Auf meine wiederholten Anfragen erklärte mir BERNSTEIN: er glaube, dieses Manuskript im Jahre 1900 MEHRING gegeben zu haben, der es nicht zurückgestellt hätte. Ich erkundigte mich nun bei EDUARD FUCHS, dem Testamentsvollstrecker MEHRINGS. Vom gesuchten Manuskript fand sich jedoch keine Spur. Zum Schluß stellte es sich heraus, daß es mit dem „Leipziger Konzil“ identisch war. Ich muß gestehen, daß ich selbst vor dem Kriege mich für dieses Manuskriptstück nicht besonders interessiert und GUSTAV MAYER auf dasselbe mit dem Vorschlage verwiesen habe, es zu veröffentlichen. Ich selbst befaßte mich damals mit einer späteren Periode aus dem Leben MARXENS und ENGELS'. Als das Manuskript jetzt in meine Hände gelangte, habe ich es mir etwas genauer ansehen können. Auf der letzten Seite fand sich ein von ENGELS stammender handschriftlicher Vermerk: „II. Bruno Bauer, 1845—46“. Es war dies der Teil der „Deutschen Ideologie“, den MEHRING 1900 von BERNSTEIN erhalten und dem Parteiarchiv zur Aufbewahrung gegeben hatte.

Im Vorwort zu seinem „Feuerbach“ schreibt ENGELS, daß er bei seinen Vorarbeiten jenes alte Manuskript zu Rate gezogen habe, und stellt fest, daß der Abschnitt, in dem FEUERBACH behandelt wird, unvollendet geblieben sei. Das Manuskript habe ihm weiter gezeigt, wie ungenügend seine und MARXENS ökonomischen Kenntnisse zu jener Zeit gewesen seien. Sie wissen, wie alle MARXgegner diese Worte ENGELS' verwertet haben. ENGELS sagt aber an der betreffenden Stelle nicht, was denn in dem alten Manuskript eigentlich enthalten sei. Im Jahre 1918 ließ MEHRING seine MARXbiographie erscheinen. Auch dort findet sich ein Kapitel über die „Deutsche Ideologie“. Deren Wert wird hier aber noch niedriger eingeschätzt als in MEHRINGS Bemerkungen zu dessen Nachlaßausgabe. Ja, es wird die Bedeutung dieser Arbeit nicht nur für die Biographie von MARX und ENGELS, sondern auch für die Charakteristik ihrer geistigen Entwicklung nahezu vollständig geleugnet. Das war im Jahre 1918. Im nächsten Jahre veröffentlichte MAYER seine ENGELS-Biographie. Ich muß sagen, MAYER besitzt zweifellos Verdienste hinsichtlich der Entdeckung einiger wichtiger Tatsachen aus dem Leben ENGELS' bis zum Jahre 1842. Aber MAYER ist ein bürgerlicher Schriftsteller. Er ist erst seit kurzem Sozialdemokrat oder richtiger: nationaler deutscher Sozialdemokrat. Er ist organisch außerstande, den Marxismus als philosophische und revolutionäre Lehre zu begreifen. Bestenfalls kann er ENGELS als einen guten patriotischen Deutschen verstehen. Aber in seinem Buche finden wir ein überaus interessantes Kapitel — ungefähr auf S. 240—261 —, das interessanteste Stück des MAYERSchen Buches. Es bringt etwas völlig Neues. Ich benutzte zufällig ein Exemplar des Buches aus KAUTSKYS Privatbibliothek und ersah aus dessen Notizen, daß auch ihm die Dinge völlig neu waren. Ich war neugierig, wie GUSTAV MAYER zu seinen Angaben über die „Deutsche Ideologie“ gekommen war. In seinen Anmerkungen nun teilt er mit: BERNSTEIN sei so liebenswürdig gewesen, ihm einige Manu-

skripte aus dem ENGELS-Nachlaß zur Verfügung zu stellen. MAYER ist Journalist, alter Zeitungsberichterstatter, und er hat noch jetzt die Gewohnheiten eines Journalisten und Zeitungsberichterstatters. Selbst wenn er ein wissenschaftliches Werk schreibt, gibt er nicht genau an, welche Manuskripte er benutzt hat. Sie würden in den Anmerkungen vergebens nach Auskünften darüber suchen, welche Teile der „Deutschen Ideologie“ und welche Manuskripte er benutzt hat; wo sie sich befinden; welchen Manuskripten und aus welchen Seiten derselben die einzelnen Zitate entnommen sind. Über all das verliert MAYER kein Wort.

Sicherlich sind auch manchem unter Ihnen diese merkwürdigen Seiten in MAYERS Buch aufgefallen. Mich veranlaßte diese Entdeckung, die Herausgabe des entsprechenden Bandes der MARX-Werke wenigstens so lange aufzuschieben, bis es mir gelänge, endlich einmal festzustellen, wo die „Deutsche Ideologie“ geblieben und ob sie tatsächlich vollständig verschwunden sei. Das Ergebnis meiner zu diesem Zwecke unternommenen Berliner Reise besteht darin, daß es mir schließlich mit großer Mühe gelungen ist, die gesamte „Deutsche Ideologie“ ans Tageslicht zu fördern. Ich besitze jetzt eine photographische Aufnahme des Manuskripts. Später einmal hoffe ich Ihnen erzählen zu können, wieviel Arbeit es mich gekostet hat, im Laufe von vier Wochen ein Manuskript nach dem anderen aus dem BERNSTEINSchen Archiv herauszubekommen. Ich berief mich auf alle gedruckten Quellen, die mir bekannt waren. Zunächst wollte ich das Manuskript des „Sankt Max“ haben. Ich erinnerte mich, daß dieser Teil der „Deutschen Ideologie“ bereits veröffentlicht war, und dachte, daß ich von BERNSTEIN am ehesten die Manuskripte der bereits veröffentlichten Arbeiten erlangen könnte. Als dies gelungen war, sagte ich BERNSTEIN, daß er selbst da und da mitgeteilt habe, es existiere noch ein Teil des Werkes und er wolle ihn veröffentlichen. Er konnte sich dessen nicht entsinnen. Es mußte ihm daher seine eigene Äußerung gezeigt werden und erst nach tagelangen Debatten händigte er mir den zweiten Teil des Manuskripts aus.

Es ergab sich nun, daß der „Heilige Max“, wie ihn BERNSTEIN veröffentlicht hatte, nicht mehr als  $\frac{2}{3}$  des Originalmanuskripts ausmachte. Eine etwas genauere Untersuchung des letzteren führte zu unvorhergesehenen Ergebnissen. Die Schrift hatte keineswegs so sehr unter der „nagenden Kritik der Mäuse“ gelitten, wie BERNSTEIN bei seiner Veröffentlichung angenommen hatte. Die Mäuse haben viel weniger zernagt, als BERNSTEIN selbst übersehen hatte. So schreibt BERNSTEIN im „Heiligen Max“ über den Abschnitt, betreffend den humanen Liberalismus: „Da nur drei kleine Seiten übriggeblieben sind, während alles andere, Bogen 41—42, die Mäuse aufgefressen haben, ziehe ich es vor, das Kapitel überhaupt nicht zu veröffentlichen.“ In Tat und Wahrheit fand ich jedoch bei genauer Besichtigung des Manuskripts alles angeblich von den Mäusen Zerstörte vollkommen unbeschädigt und im vollen Umfang vor. Das ist aber nur ein Teil der „Deutschen Ideologie“, wenn auch der wichtigste Teil. Nach ungefährender Schätzung ist dieser, STURNER gewidmete Abschnitt nicht weniger umfangreich als „Der Einzige und sein Eigentum“.

Ich verweise bloß nebenbei darauf, daß MARX, als er an der „Heiligen Familie“ arbeitete, als Vertreter der radikalsten Strömung im philosophischen Denken BRUNO BAUER galt. Aber während die „Heilige Familie“ gedruckt wurde, erschien das STIRNERSche Buch. Mit einem Schlag schob es BRUNO BAUER und Genossen beiseite. Im Laufe des Jahres 1845 wurde STIRNER zum Helden des deutschen Denkens, wobei er für die deutschen Intellektuellen sich als viel radikaler erwies denn BRUNO BAUER. MARX und ENGELS stürzten sich daher mit aller Wucht auf STIRNER, um in ihm die ganze Unzulänglichkeit der extrem-liberalen bürgerlichen Weltanschauung nachzuweisen. Dadurch erklärt sich der unverhältnismäßig große Raum, den sie in ihrem Werk MAX STIRNER gewidmet haben. Aber in der „Deutschen Ideologie“ haben sie nicht nur mit STIRNER abgerechnet. Sie beschäftigen sich dort auch mit BRUNO BAUER und FEUERBACH. Während der erstere auf verhältnismäßig wenig Raum behandelt wird, da er ja von ENGELS und MARX bereits in der „Heiligen Familie“ erledigt worden war, ist dieses Wenige immer noch bedeutend mehr, als BERNSTEIN annahm, der das Manuskript nur oberflächlich entziffert und einen BRUNO BAUER gewidmeten Teil desselben dem FEUERBACH-Kapitel zugewiesen hatte. Die Schlußabschnitte des Manuskripts bilden eben jene Aufzeichnungen, von denen ENGELS im Vorwort zu seinem Feuerbach sagt, sie seien unvollendet geblieben. Dieses Manuskript wird noch besonders zu bearbeiten sein. Ihm hat MAYER die von mir erwähnten bemerkenswerten Angaben entnommen. Leider hat er aber den Inhalt jener Seiten nicht so wiedergeben können, wie es hätte geschehen sollen.

Es stellt sich nämlich heraus, daß in diesem unvollendeten Abschnitt MARX und ENGELS, die sich STIRNER und BRUNO BAUER gegenüber als gestrenge Meister gebärden, die ihre Schüler züchtigen, FEUERBACH als einen hochgeschätzten Gegner behandeln, dessen Persönlichkeit sie nicht angreifen wollen. In bezug auf ihn halten sie es für notwendig, gleich zu Beginn seiner idealistischen Auffassung ihre materialistische entgegenzustellen. Es wird weiter eine Kritik des FEUERBACHSchen Begriffes des Menschen gegeben. Krankheitshalber war es mir leider unmöglich, für heute abend einen größeren Abschnitt des Manuskriptes zu übersetzen. Dieser Abschnitt wird bei GUSTAV MAYER zitiert. Der Ausgangspunkt, die Grundthese ist nichts Abstraktes, sondern es sind die wirklichen Individuen und ihre Aktionen, ihre Handlungen, die Bedingungen, welche sie als fertig vorgefunden haben, und die Bedingungen, wie sie durch die menschliche Tätigkeit verändert werden. Jeder, der die menschliche Geschichte erforschen will, muß sich zunächst die Aufgabe stellen, den menschlichen Organismus, den Menschen selbst zu erforschen, das Milieu, in dem er wirkt, die ihn umgebenden geologischen, geographischen, klimatischen und sonstigen Bedingungen. Das alles ist in dem Abschnitt über FEUERBACH vortrefflich, konkret, klar dargelegt. Ich werde bestrebt sein, ihn möglichst schnell, noch vor der Herausgabe des ganzen Werkes erscheinen zu lassen.

Dieser Hinweis genügt, um die eminente Bedeutung des Manuskripts der „Deutschen Ideologie“ für die Lösung einer Anzahl von Fragen zu erkennen.

Eine solche Frage habe ich schon angedeutet. Bisher war die Periode vom sogenannten realen Humanismus bis zum revolutionären Kommunismus ohne irgendwelche Bindeglieder; es blieben ungeklärt zwei Stadien in der Geistesentwicklung von MARX und ENGELS. Aber nicht nur in ihrer persönlichen Entwicklung, sondern auch in der Entwicklung der gesamten deutschen Ideologie blieb jener Übergang von HEGEL über FEUERBACH zu MARX und ENGELS völlig unverständlich, ungeklärt, unerforscht. Nicht minder der Umstand, daß MARX und ENGELS seit jener Zeit die Philosophie, man möchte sagen, vernachlässigt haben. Im vorliegenden Manuskript finden wir Hinweise darauf, daß sich bei MARX und ENGELS schon damals jene Auffassung der Philosophie herausgebildet hatte, die wir aus der später von ENGELS gelieferten Formulierung kennen. Von der Philosophie bleibt nur übrig die Dialektik und die formale Logik, alles übrige fällt in das Gebiet der betreffenden Einzeldisziplinen. Außerdem enthält das Manuskript einen größeren Abschnitt, der den deutschen „wahren“ Sozialisten gewidmet ist. Bisher kannten wir nur eine kurze, äußerst scharfe Charakteristik des wahren Sozialismus aus dem Kommunistischen Manifest. Jetzt besitzen wir eine detaillierte Kritik seines gesamten Schrifttums.

Man erkennt nun die ungeheure Bedeutung dieses Manuskripts für die Biographie von MARX und ENGELS, für die Geschichte der deutschen Ideologie, für die Geschichte des deutschen sozialen, politischen und ökonomischen Denkens im 19. Jahrhundert, für die Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts überhaupt. Für uns alle und insbesondere für die werdenden Marxisten ist es außerordentlich wichtig, an Hand des MARX-ENGELSSchen Manuskriptes jenen schwierigen, für uns nicht mehr notwendig ungraden und durchwühlten Weg zu erforschen, den MARX und ENGELS von HEGEL aus über FEUERBACH und die englische politische Ökonomie, über den sich vor ihnen entrollenden Klassenkampf des Proletariats bis zum dialektischen Materialismus gegangen sind.

In unseren Händen befindet sich jetzt aber nicht nur das Manuskript der „Deutschen Ideologie“ allein. Nicht bei BERNSTEIN sondern im Parteiarchiv der Deutschen Sozialdemokratie habe ich auch noch einige andere MARX-Manuskripte gefunden, die in die Periode vor 1848 fallen. Obgleich ich vor dem Kriege ziemlich regelmäßig im Archiv gearbeitet und als erster die dort vorhandenen MARX-Papiere geordnet habe, hatte ich nicht die Möglichkeit, sie gebührend durchzuarbeiten, da ich durch meine Arbeiten auf dem Gebiet der Geschichte der Internationale in Anspruch genommen war und überdies auch annahm, daß MEHRING alles, was sich auf die Periode vor 48 bezieht, verwertet haben mußte. Außerdem dachte ich, daß mit der Bibliothek nur die Notizhefte von MARX nach Berlin gesendet worden waren. Ich habe sie damals durchgesehen und mir einiges notiert, habe aber den Eindruck behalten, als handelte es sich eben nur um Notizhefte. Ich wußte, daß in diesen Notizheften MARXens Aufzeichnungen enthalten waren, suchte aber nur das heraus, was ich für meine Arbeit brauchte. Jetzt habe ich mir die Hefte etwas genauer angesehen und ein größeres Manuskript ge-

funden. Es fängt auf S. 5 an. Vorerst hatte es den Anschein, als bestände es auch bloß aus Notizen. MARX zitiert die Paragraphen irgendeines Buches und macht seine Randglossen dazu. Nun tauchte mir die Vermutung auf, es läge irgendeine Vorarbeit zur Kritik der HEGELschen Rechtsphilosophie vor. Die Vermutung trifft tatsächlich zu. Das 100 Seiten starke Manuskript, das ich demnächst veröffentlichen werde, enthält paragraphenweise die Kritik der HEGELschen Rechtsphilosophie, ungefähr von den §§ 261 und 262—311.

Unter diesen Heften fand ich zufällig noch ein weiteres, auf das meine Aufmerksamkeit durch den Umstand gelenkt wurde, daß ich mich im Laufe der letzten zwei Jahre viel mit dem Kommunistischen Manifest befaßt haben mußte. Genauere Nachprüfung zeigte das Datum: „November 47“, und die Lektüre: einen Vorentwurf eines Kapitels des Kommunistischen Manifestes, das Verzeichnis der hauptsächlichsten Punkte, in denen die damalige sozialistische Literatur einer Kritik unterworfen wird. Ich freute mich bereits in der Annahme, daß ich in diesem Heft eine erste Niederschrift des Kommunistischen Manifestes finden würde. Meine Hoffnung hat sich jedoch nicht erfüllt. Es ergab sich, daß die Stelle lediglich eine kleine Variante eines Abschnittes des Kommunistischen Manifestes ist. Dafür fand ich aber in diesem Heft eine Art Disposition für Vorträge über Lohnarbeit und Kapital. Diese Arbeit bedarf noch einer genauen Entzifferung. Daneben fand sich in den Heften ein Fragment, das mit MARXens Studium der griechischen Philosophie zusammenhängt, ferner ein nationalökonomisches Manuskript, das die übliche Struktur der MARXschen Schriften aufweist. Die Zahl der neuen Manuskripte aus der Periode vor 47 ist, abgesehen von der „Deutschen Ideologie“, nicht allzu groß. Die größte Bedeutung messe ich dem Manuskript bei, in dem wir eine kurze Kritik der HEGELschen Rechtsphilosophie vor uns haben, dann dem Manuskript über Lohnarbeit.

Gehen wir nun zur nachrevolutionären Periode über.

MARX widmete sich ganz dem Studium der politischen Ökonomie. Aus ENGELS' Vorwort zum II. Band des „Kapital“ kennen wir in großen Zügen den Inhalt der nationalökonomischen Manuskripte, die MARX hinterlassen hat und die von ENGELS und KAUTSKY bearbeitet wurden. ENGELS berichtet: dieser Teil des MARXschen Nachlasses enthalte im ganzen 23 große Hefte mit 1472 Seiten. Diese Hefte stammen aus der Zeit vom August 1861 bis Juni 1863. ENGELS fügte hinzu: die ersten 5 Hefte (220 Seiten) und die Hefte 19—23 (S. 1139—1472) stellen den ersten Entwurf des Kapital Band I dar. ENGELS hatte sich entschlossen, diesen Entwurf vorerst nicht zu benutzen. Auf den S. 973—1158 werden in den Heften 16, 17 und 18 die Probleme des Kapitals, des Profits, der Profitrate, des Handelskapitals und des Geldkapitals behandelt, lauter Probleme aus dem III. Band. S. 213—972 der Hefte 6—15 enthalten die Geschichte der Mehrwerttheorien, d. h. das, was nach MARXens Absicht den Inhalt des IV. Bandes des Kapital bilden sollte. Als ENGELS im Jahre 1883 an die Bearbeitung des MARXschen Nachlasses herantrat, erwähnte er bereits diesen IV. Band. Später verhandelte er darüber mit KAUTSKY. 750 Seiten aus dem MARXschen Manuskript lieferten die uns bekannten 4 Bände der



„Theorien über den Mehrwert“, wobei noch etwa  $\frac{2}{3}$  mehr unveröffentlicht geblieben ist. In jenen 23 Heften, in denen der erste Entwurf des Kapital I und wohl auch der erste Entwurf des Kapital III enthalten ist, besitzen wir in unveröffentlichtem Zustande ungefähr 6 Bände im Umfang der „Theorien über den Mehrwert“.

In dem bereits erwähnten Vorwort zum II. Bande des Kapital berichtet ENGELS: er habe ein Manuskript gefunden, das von MARX im Jahre 1864–65 geschrieben worden sei und seiner Ansicht nach den III. Band des Kapital bilde. Daraufhin geht er über zur Aufzählung des Materials, das bei der Herausgabe der Kapital II benutzt worden ist. ENGELS hatte 8 MARXSche Manuskripte zur Verfügung. Ich muß leider sagen, daß das achte Manuskript, wie aus dem II. Bande des Kapital zu ersehen, eines der interessantesten, verschwunden ist, und ich habe es trotz aller Bemühungen nicht finden können. Von den Manuskripten, die die verschiedenen Entwürfe zum II. Band des Kapital darstellen, hat ENGELS nur 2 in vollem Umfange benutzt. Allerdings, die beiden Manuskripte sind so groß, daß sie über die Hälfte des II. Bandes ausmachen. Gar nicht benutzt wurde das erste, aus 150 Seiten bestehende Manuskript, sowie das dritte. Wenig benutzt ist auch das vierte. Ich habe auf diese Weise in dieser Manuskriptenreihe, die sich auf den III. Band des Kapital bezieht, außer dem ganzen III. Bande noch einige Manuskripte gefunden, die für uns neue Entwürfe verschiedener Kapitel des Kapital I bieten. Nun kommen wir zu einer sehr interessanten Frage.

Alle russischen Marxisten, die sich mit dem II. Band des Kapital beschäftigt haben, kamen stets auf den Gedanken: ob man nicht diesen II. Band in seiner ursprünglichen, von MARX hinterlassenen Gestalt erlangen könne, um neben ihm als Kommentar die ENGELSSche Bearbeitung benutzen zu können. In vielen von uns regte sich der Gedanke: ENGELS könne vielleicht etwas subjektiv gewesen sein. Die nähere Bekanntschaft mit dem Inhalt der aufgefundenen Manuskripte hat mich in diesem Gedanken bestärkt. Dies insbesondere auch in bezug auf den III. Band des Kapital. Als ENGELS den II. Band herausgab, glaubte er auch den III. in wenigen Monaten nachfolgen lassen zu können. Er meinte, ein völlig fertiggestelltes Exemplar gefunden zu haben. In Wirklichkeit mußte er sich nachher mit der Herausgabe des III. Bandes neun Jahre abmühen. Das Manuskript enthielt so viele Lücken, daß ENGELS einige Teile selbständig bearbeiten mußte. Mit einem Teil mühte er sich sogar mehrere Jahre ab, um ihn dann doch fallen zu lassen, weil nichts dabei herauskam. Man kann dabei mit Bestimmtheit sagen, daß der III. Band des Kapital zwar von MARX vorgezeichnete und bearbeitete Themen darstellt, aber doch nur eine ENGELSSche Variante ist.

ENGELS hat aber noch einige Manuskripte übersehen. Ob er sie vergessen hat, ist schwer zu sagen. Jedenfalls habe ich in den MARX-Papieren noch 8 Hefte mit ökonomischen Arbeiten gefunden. In einem dieser Hefte befindet sich eine interessante Notiz von MARX: ein Inhaltsverzeichnis dieser Hefte. Das Manuskript stammt aus der Mitte der 50er Jahre und bietet in Wirklichkeit den ersten Entwurf des MARXSchen Werkes, für das er damals

noch keinen Titel hatte und das die erste Ausarbeitung seiner Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ wurde.

Was in diesen Heften enthalten ist, ersieht man aus folgendem Hinweis. In einem der Hefte hat KAUTSKY nämlich die Einleitung zu „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ gefunden. Bei alledem ergibt sich für uns bei der Herausgabe des nationalökonomischen MARX-Nachlasses nachstehende Aufgabe. Zunächst ist der erste Entwurf der Kritik der politischen Ökonomie aus den 50er Jahren zu veröffentlichen. Weiter werden die 23 MARXschen Hefte so abzdrukken sein, wie sie erhalten sind. Dann folgt der I. Band des Kapital mit sämtlichen Varianten und Entwürfen, der II. Band, so wie ihn MARX hinterlassen hat einerseits, in der ENGELSSchen Bearbeitung andererseits. In derselben Form sodann der III. Band, wobei dann der IV. Band verschwindet. Letzteres zu meinem großen Bedauern.

Ich erklärte bereits, daß die Hefte, die anscheinend nur Notizen enthalten, eigentlich auch selbständige Aufzeichnungen von MARX bieten. Was dort enthalten ist, können die Kenner des II. Bandes des Kapital danach beurteilen, daß die S. 89–92 dieses Bandes nicht dem von ENGELS benutzten Manuskript, sondern einem solchen Notizheft entnommen sind.

Die viele Arbeit, die mir die photographische Aufnahme der bei BERNSTEIN befindlichen und der wichtigsten ökonomischen Manuskripte MARXens verursachte, benahm mir die Möglichkeit, auch die Notizhefte von MARX photographisch aufzunehmen. Das wird noch geschehen müssen. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Hefte ein außergewöhnliches Interesse für die Geschichte der Geistesentwicklung von MARX, sowie für die Charakteristik seiner Arbeits- und Forschungsmethoden darstellen.

Ich komme nun zur dritten Manuskriptenreihe.

Anfang 1870 siedelte ENGELS nach London über. Aus seinem Briefwechsel mit MARX erfahren wir, daß er seine alte Vorliebe für Farbstoffchemie (die wohl durch seine Abstammung aus der Textilbranche zu erklären ist), für Chemie, Physik und Naturwissenschaft überhaupt behalten hatte, die ihn bereits auf der Realschule stark beherrscht hatte. In Manchester hat er mit Unterstützung seines Freundes KARL SCHORLEMER, eines bekannten Chemikers, seine naturwissenschaftlichen Studien fortgesetzt. Nach seiner Übersiedlung nach London hat er sie ganz besonders intensiv betrieben. Man erinnert sich vielleicht seines Briefes vom Mai 1873, in dem er MARX, der nach Manchester gefahren war, die Ergebnisse seiner Untersuchungen mitteilt und den Freund bittet, ihm über die Meinung seiner anderen Bekannten aus Manchester zu berichten. Wir sehen also, daß ENGELS bereits einige Jahre vor seiner Polemik mit DÜHRING auf dem Gebiete der Naturwissenschaften arbeitete und forschte. Im Vorwort zum Antidürring spricht er die Hoffnung aus: es werde ihm gelingen, seine Studien fortzuführen. In einem Brief an MARX vom November 1882 ist darüber folgender Hinweis enthalten. Im Zusammenhang mit einer neuen Entdeckung aus der Elektrizitätslehre, die, wie ENGELS meint, seine Theorie bestätigte, schreibt er an MARX, daß er sich beeile, seine Arbeit über die Dialektik in der Natur zum Abschluß

zu bringen. Was aus dieser Arbeit geworden ist, inwieweit sie vollendet wurde, blieb unbekannt.

Von ihr haben weder KAUTSKY noch MEHRING jemals gesprochen. Sie wird in keinem einzigen Aufsatz über ENGELS erwähnt. Auch BERNSTEIN schweigt sich in seinen Anmerkungen zum Briefwechsel darüber aus. Man stelle sich nun mein Erstaunen vor, als BERNSTEIN mir während des Streites wegen Ausfolgung der von ihm aufbewahrten Manuskripte, eines Streites, der etwa einen Monat dauerte, eines schönen Tages ein großes Manuskript von ENGELS über die Dialektik in der Natur aushändigte. Aus dem Titelblatt ist zu entnehmen, daß das Manuskript aus 6 Abschnitten bestand, in denen die Bewegungsgesetze der Materie, Elektrizität, Magnetismus u. a. m. behandelt wurden. Leider war der vierte Teil, „Die Naturwissenschaft in der Gespensterwelt“, verschwunden. Meine wiederholten Bitten, nach dem Manuskript Suche zu halten, nützten sehr wenig. Ich bereitete schon meine Abreise vor, als dieser Teil endlich gefunden wurde. Aber nicht nur dieses Manuskript allein. Zu dieser Gruppe gehören noch einige andere Manuskripte mit den Titeln: „Natur und Naturwissenschaft“, „Mathematik und Naturwissenschaft“, „Dialektik und Naturwissenschaft“. Es sieht so aus, als hätte ENGELS seine Arbeiten auf diesem Gebiet nicht auf einmal abgebrochen. Er hat wohl nicht angenommen, daß die Arbeit an den MARXschen Manuskripten ihm so viel Zeit rauben würde. Erst Mitte der 80er Jahre gibt er die Hoffnung endgültig auf, seine Arbeit zu beendigen, und schreibt Ende 1885 im Vorwort zu einer Neuaufgabe des Antidühring, in dem er seine naturwissenschaftlichen Arbeiten, deren Ergebnisse er mit den mathematischen Arbeiten von MARX herausgeben wollte, erwähnt, daß die weiteren Fortschritte der Naturwissenschaft seine Arbeit ev. teilweise oder ganz überflüssig machen würden. Die Herausgabe aber der weiteren Bände des Kapital betrachtete ENGELS als eine weitaus wichtigere Aufgabe.

Über den Inhalt der Manuskripte kann ich noch nichts mitteilen. Sie müssen erst entziffert werden. Ich weise allerdings darauf hin, daß die ENGELSSchen Manuskripte, insbesondere im Verhältnis zu den völlig unleserlichen von MARX, ziemlich leicht zu lesen sind. Hoffentlich werden uns die wenigen Physiker und Chemiker, die mit der dialektischen Methode vertraut sind, dabei behilflich sein. Voraussetzung dazu ist natürlich, daß sie bei der Durchstöberung der Manuskripte genau so tapfer und unerschrocken sein werden wie bei der Erforschung von chemischen und physikalischen Erscheinungen. Für gewöhnlich fürchten sich aber selbst die tapfersten Menschen vor Manuskripten wie Abergläubische vor Gespenstern.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß ENGELS in dem Sinne recht behalten wird, daß der Fortschritt der Naturwissenschaft der letzten 40 Jahre seine Resultate als überflüssig erscheinen lassen wird, daß seine Arbeiten lediglich historische Bedeutung behalten werden. Es muß aber gesagt werden, daß es ein nicht wieder gutzumachendes Verbrechen an ENGELS war, daß die Manuskripte nicht gleich nach seinem Tode veröffentlicht worden sind. Im ganzen machen sie dem Umfange nach die Hälfte bis drei Fünftel des Antidühring aus.

Ich füge noch hinzu, daß sich unter den ENGELSSchen Manuskripten eine große Arbeit zur mittelalterlichen Geschichte der Deutschen befindet, mit der er sich, wie das aus seinen Briefen an MARX hervorgeht, zu Beginn der 80er Jahre im Zusammenhang mit der Geschichte der deutschen Mark beschäftigt hat. Von kleineren Manuskripten verschiedenen Inhaltes ist eine größere Arbeit über Irland zu erwähnen, die wahrscheinlich Ende der 60er Jahre verfaßt wurde.

Ich darf nun wohl jetzt gleich zum zweiten großen Teile des MARX-ENGELS-Nachlasses übergehen, nämlich zum Briefwechsel. Auch in der Form, in der der Briefwechsel bekannt geworden ist, bildet er nach übereinstimmenden Zeugnissen von SCHMOLLER, ONCKEN und anderen Repräsentanten der bürgerlichen Wissenschaft eine ungemein wichtige Quelle für die Erforschung der politischen, sozialen und intellektuellen Geschichte des 19. Jahrhunderts. Es war zu erwarten, daß die 4 Bände des Briefwechsels in einer Art herausgegeben würden, die wenigstens einigermaßen den wissenschaftlichen Anforderungen Rechnung trüge und das Andenken von MARX und ENGELS nicht verletzte. In Wirklichkeit aber ist die Ausgabe, für die hauptsächlich BERNSTEIN und MEHRING verantwortlich zeichnen, unter jeglicher Kritik. Ich habe vor mir den I. Band des Briefwechsels. Alle diese unzähligen nun eingefügten Einschaltungen sind Stellen, die die Herausgeber aus den Briefen, ohne jegliche Mitteilung hiervon, herausgestrichen haben. Dabei handelt es sich lediglich um die Briefe, die ich persönlich mit dem Original vergleichen konnte. Darunter ist nicht ein Brief, in dem die blasphemischen Hände keine Veränderungen vorgenommen hätten. Etwas schärfere Ausdrücke sind entweder gemildert oder gestrichen. Wenn MARX jemanden als Esel bezeichnet, halten es die beiden zimperlichen Bonnen für nötig, diesen Ausdruck durch einen sanfteren, Narr oder Dummkopf, zu ersetzen. Sie scheuen vor jedem kräftigeren Wort. Indessen sind die Briefe von MARX und ENGELS im Vergleich zu den russischen BELINSKIJS wahre Episteln einer höheren Tochter. Und wenn MEHRING erklärt, wie er das im Vorwort zu seiner Marxbiographie getan hat: er habe bei der Herausgabe des Briefwechsels keinerlei Meinungsverschiedenheiten mit BERNSTEIN gehabt, so weiß man wahrlich nicht, was man dazu sagen soll. Man kann sich schwerlich etwas Philisterhafteres und Spießbürgerlicheres vorstellen als diese Säuberung der Briefe von MARX und ENGELS. Dafür ist aber nicht ein Schilling, nicht ein Penny vergessen, die ENGELS aus Manchester schickte. Nicht eine Stelle aus MARXens Briefen ist ausgelassen, die in den Augen eines Philisters ihn in nachteiligem Licht erscheinen ließe. Wenn die Herausgeber die Autorität des alten LIEBKNECHT oder LASSALLES dadurch zu retten versuchen, daß sie alle auf sie gemünzten scharfen Ausdrücke umredigieren, so sind sie schonungslos in bezug auf MARXens persönliches Leben. Allerdings war dann das Ergebnis ein anderes, als die Herausgeber erwartet hatten.

Man könnte sagen, daß ich an diesem Verbrechen teilgenommen habe. Wird ja mein Name in für mich sehr schmeichelhafter Weise im Vorwort der Herausgeber zum Briefwechsel erwähnt. Aber die Hilfe, die ich leistete,

habe ich nicht auf Grund der Originalbriefe leisten können. Mir wurden lediglich die Korrekturen gegeben und ich hatte einzig Gelegenheit festzustellen, was von den Herausgebern in der ersten und zweiten Korrektur gestrichen wurde. In einem Falle habe ich echt russisch-barbarisch gehandelt. Ich habe in der Neuen Zeit Auszüge aus einem Briefe von MARX nach der ersten Korrektur veröffentlicht. Es entstand darob großer Lärm, weil die Herausgeber nun gezwungen waren, den Satz des I. Bandes umzustellen. Denn was ich veröffentlicht hatte, konnte man ja nicht mehr herausstreichen. Später habe ich einige Originalbriefe von ENGELS und MARX in vollständiger russischer Übersetzung veröffentlicht. Noch vor dem Kriege erlangte ich von BEBEL für meine Geschichte der Internationale den Briefwechsel von MARX und ENGELS aus den entsprechenden Jahren. Ich hatte BEBEL gesagt, daß ich sonst die Arbeit nicht fortsetzen würde, da ich es für unter meiner Würde hielte, für meine Arbeit den zusammengestrichenen Briefwechsel zu benutzen. Unter dem Druck BEBELS mußte mir BERNSTEIN die Briefe geben. Bevor ich sie zurückgab, habe ich, ohne ein Wort darüber zu verlieren, die Briefe photographieren lassen. Das gleiche mußte auch mit den übrigen Briefen geschehen. Jetzt kann ich sagen, daß es getan ist. Wir haben die vollständigen Photographien aller Briefe von MARX an ENGELS und von ENGELS an MARX, die sich in BERNSTEINS Besitz befinden, wobei wir auch Briefe besitzen, die BERNSTEIN nicht hat.

Die Briefe MARXENS an ENGELS bilden den größten Teil, ungefähr drei Viertel jenes literarischen Nachlasses, der aus seinen Briefen besteht. Jeder erinnert sich der bekanntesten Korrespondenten von MARX: KUGELMANN, SORGE, WEYDEMEYER, NIKOLAI-ON. Außer den Briefen an SORGE besitzen wir nun fast alles in photographischen Aufnahmen; ebenso die Briefe von MARX an seine älteste Tochter und an ARNOLD RUGE. Alles, was in dieser Beziehung getan werden konnte, ist getan; und ich kann sagen, daß sich in unseren Händen mindestens 90 % der MARXbriefe befinden. Es bleibt nur noch übrig, die Originalbriefe oder die Photographien der Briefe zu sammeln, die in Erwiderung auf verschiedene an MARX gerichtete Anfragen geschrieben wurden.

Schlimmer war es um die Briefe ENGELS' bestellt.

Als MARX 1883 starb, war der Kreis seiner Korrespondenten ein verhältnismäßig geringer. Bedeutend weiter ist dieser Kreis bei ENGELS. Von 1883—1895 nahm er zu in dem Maße, wie die internationale Arbeiterbewegung wuchs. Hier ist es wichtig festzustellen, auf welche Korrespondenten neben MARX und dem Verwandtenkreis von ENGELS die meisten Briefe entfallen. Am wahrscheinlichsten erschien die Annahme, daß ENGELS die meisten Briefe, wenn man von BEBEL und VICTOR ADLER absieht, an KAUTSKY und BERNSTEIN gerichtet hatte. Es war außerordentlich wesentlich, einen Versuch zu unternehmen, um diese Briefe in die Hand zu bekommen. Die Aufgabe war schwierig, aber sie ist in vollem Umfange gelöst. Wir besitzen jetzt die photographischen Aufnahmen der Briefe ENGELS' an KAUTSKY, der die eine Bedingung gestellt hat, sie dürften nicht vor dem Sommer 1924 veröffentlicht werden.

Es ist weiter gelungen, auch die Briefe ENGELS' an BERNSTEIN in die Hand zu bekommen. Welch wichtiges Material für die Biographie ENGELS' und für die Geschichte der 80er Jahre sie liefern, wird sich in einigen Wochen zeigen, da mir BERNSTEIN gestattet hat, die Briefe ohne jegliche Streichung nach Verlauf eines Monats in russischer Sprache zu publizieren. Darüber hinaus hat mir BERNSTEIN versprochen, die Briefe durch eine Schilderung seiner Beziehungen zu ENGELS einzuleiten und sämtliche Anfangsbuchstaben und die unklaren oder unverständlichen Stellen zu erläutern. Es bleibt somit übrig, im Laufe der nächsten Jahre in Bulgarien, Rumänien, Armenien, Italien, Portugal und der Schweiz die Briefe aufzufinden, die ENGELS an seine verschiedenen Korrespondenten je geschrieben hat. Die Arbeit wird zum Teil dadurch erleichtert, daß ENGELS alle derartigen Briefe erst abschickte, nachdem er sie schriftlich entworfen hatte. Von diesen Vorentwürfen habe ich viele gefunden. Sie sind außerordentlich interessant. Es ist mir gelungen, den Entwurf eines umfangreichen Briefes ENGELS' an SASULIČ, den Entwurf eines Briefes an LORIA und eine Anzahl anderer zu finden, die uns erlauben, die Empfänger festzustellen.

Der Briefwechsel MARXENS und ENGELS' bietet auch andere interessante Dinge. Sie schrieben selbst nicht wenig, erhielten aber auch ziemlich viele Briefe. Die Untersuchung dieses Nachlasses gewährt uns sehr wichtige Informationen. Ich habe die Photographien aller Briefe von LABRIOLA an ENGELS mitgebracht — ungefähr 160 Seiten. Es sind ferner vorhanden die Briefe einiger russischer Revolutionäre an ENGELS, sehr interessante Briefe an MARX, die völlig unbekanntes Tatsachen enthalten. Die Briefe von LORIA an MARX werde ich demnächst veröffentlichen. Sie sind sehr charakteristisch für die Repräsentanten der bürgerlichen Wissenschaft, die MARX in ihren Briefen mit den niedrigsten Schmeicheleien überhäufte. Unter den Briefen sind auch bereits veröffentlichte Briefe von CHARLES DARWIN, dann unveröffentlichte Briefe von LANCASTER und JOH. MORLEY. Es wird allgemein interessieren, daß PEARSON, einer der bekanntesten englischen Gelehrten, den jeder kennt, der sich mit Eugenik und Biometrie beschäftigt, als Student der Universität Cambridge MARX anbot, das Kapital ins Englische zu übersetzen. Er berief sich darauf, daß sich unter seinen Universitätskollegen eine Gruppe befinde, die sich für das Kapital interessiere und es in erster Linie französisch lesen müsse. Er hielt sich selbst insofern für einen geeigneten Übersetzer, als er die Geschichte des deutschen Denkens studiert und zwei Jahre in Heidelberg verbracht hatte, außerdem aber auch die Grundprinzipien des Sozialismus anerkannte. In seinen Erstlingsarbeiten werden sie die Spuren einer solchen Bekanntschaft mit einer Reihe von Fragen finden, die die meisten englischen Gelehrten nicht kennen und die jetzt durch einen bestimmten ideologischen Einfluß erklärt zu werden vermag.

Nun jetzt nur noch einige Worte über die letzte Gruppe. Zunächst über die Hefte. Ich konnte sie nicht aufnehmen lassen, weil keine Zeit übrigblieb. Ich besitze jetzt ein Verzeichnis dieser Hefte sowie ein Verzeichnis der Bücher, die MARX gelesen hat. Es ist dies ein sehr inter-

essantes Material für die Feststellung dessen, wofür sich MARX in bestimmten Perioden seines Lebens interessiert hat. Vorhanden sind mehrere Hefte aus den Jahren 1840 und 1841; ferner aus dem Zeitabschnitt 1843/45, 3 Hefte aus den 50er und 60er Jahren, einiges aus den 70er. Das meiste Interesse beanspruchen 3 dicke Hefte, die die Geschichte der Krise von 1857 enthalten; ferner Hefte, die ein regelrechtes 4bändiges Werk darstellen und eine chronologische Übersicht über die Weltgeschichte bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts geben. Es sind auch einige mathematische Hefte von MARX erhalten. Hinzuzufügen ist, daß ich bereits vor 9 Jahren die mathematischen Arbeiten von MARX gefunden habe, die ich FRITZ ADLER zum Druck übergab. Jetzt habe ich von BERNSTEIN noch ein mathematisches Manuskript erhalten.

Dieser Teil des schriftlichen Nachlasses von MARX und ENGELS ist noch unbenutzt. Er ist von besonderem Interesse für die MARX-Biographen. Er zeigt, wie MARX arbeitete, wie er forschte, wie ungemein gewissenhaft er jede neue Frage behandelte, an die er herangehen mußte. Diese seine methodische und systematische Arbeitsweise hat er bis zum Tode behalten. Wenn er um das Jahr 1881—82 seine selbständige geistige Schaffenskraft zum Teil auch eingebüßt hatte, so hat er doch die Fähigkeit zur Forschung nie verloren. Man muß sich bisweilen bei der Durchsicht dieser Hefte die Frage vorlegen, wozu er denn so viel Zeit für seine systematischen, gründlichen Auszüge verschwendete. Denn sich mit 63 Jahren die Mühe zu geben, eine größere geologische Arbeit abschnittsweise auszuziehen, wie er das im Jahre 1881 tat, ist eine unverzeihliche Pedanterie. Ein anderes Beispiel: Das Buch von MORGAN ging ihm im Jahre 1878 zu. Auf 98 klein beschriebenen Seiten (deren jede in seiner üblichen Schnellschrift mindestens 2—3 Druckseiten darstellt) hat nun MARX einen detaillierten Auszug angefertigt. So arbeitete er noch im hohen Alter. Angesichts der besonderen Bedeutung dieser Auszüge habe ich ausnahmsweise den Auszug des MORGANSchen Werkes und zweier Bücher von LUBBOCK und MAINE photographieren lassen. Aus MARXens Auszugheften ist zu ersehen, daß er sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre eingehend mit der Geschichte des Feudalismus und des Grundbesitzes beschäftigte.

Das ist im allgemeinen das Neue im literarischen Nachlaß von MARX und ENGELS. Die Frage, die im Rahmen des MARX-ENGELS-Instituts sich stellt, ist nunmehr die: wie man die ungeheure Menge der Gedanken, Tatsachen, Ideen, die in den unveröffentlichten Manuskripten enthalten sind, wird in den geistigen Verkehr bringen können, ohne die Vollendung der Aufgabe wieder auf 30—40 Jahre hinauszuschieben.

In erster Linie wird die Frage bezüglich der Veröffentlichung in russischer Sprache gestellt werden müssen. Ich muß hinzufügen, daß ich auf Grund eines Vertrags mit BERNSTEIN lediglich das Recht habe, die Manuskripte russisch zu veröffentlichen. Was die Originalveröffentlichung anbetrifft, so wird darüber noch besonders verhandelt werden müssen. Ich schließe

mit dem Wunsche: es mögen sich junge, energische, fleißige und unermüdliche Kräfte finden, die uns helfen, unsere Arbeit zu fruchtbringendem Abschluß gelangen zu lassen<sup>2)</sup>.

---

2) Während des Druckes haben zwischen dem Marx-Engels-Institut in Moskau und der Gesellschaft für Sozialforschung E. V. in Frankfurt a. M. einerseits und dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands andererseits Verhandlungen mit dem Ergebnis stattgefunden, daß ein gemeinnütziger wissenschaftlicher Verlag in Frankfurt a. M. gegründet wurde, der — unter Ausnützung der im Archiv der S.D.P. in Berlin vorhandenen Manuskripte — eine Gesamtausgabe der Schriften von MARX und ENGELS in etwa 40 Bänden herausbringen wird.

C. Gr.

---



# Die neue Ausgabe von Lassalles Briefen<sup>1)</sup>

Von

Georg Lukács (Wien).

Mit dem Abschluß dieses Monumentalwerkes — es ist auf fünf bis sechs Bände geplant — wird endlich das gesamte Material über die Entwicklung L.s vorliegen. Freilich auch dann noch nicht so, daß seine Benützung auch den zu wissenschaftlicher Arbeit Ungeschulten möglich würde. Denn die Verlagsverhältnisse, die gegenwärtige Art der wissenschaftlichen Arbeit, Kosten usw. verhindern es, daß das anderwärts erschienene Material (Briefwechsel mit HEINE usw.) in diese Ausgabe aufgenommen werde. So daß auch nach dem Erscheinen des Gesamtnachlasses das Material über L.s Entwicklung noch immer aus den verschiedensten (sehr oft in Zeitschriften und Zeitungen verstreuten) Quellen wird zusammengesucht werden müssen. Eine sehr erwünschte Ausnahme macht bloß der Briefwechsel zwischen M. und L. Hier hat GUSTAV MAYER durch seine Funde die Ausgabe MEHRINGS (Bd. IV der Nachlaßausgabe) ergänzt, stellenweise (besonders bei Datierungen von Briefen) berichtigt und so alles, was vorhanden ist, im Zusammenhang herausgegeben. Damit ist die MEHRINGSche Briefausgabe überholt, wenn auch seine ausgezeichneten Kommentare noch immer sehr gute Fingerzeige zum Verständnis der Beziehungen von M. und L. bleiben und in einer — sehr erwünschten — Ausgabe der Aufsätze MEHRINGS hoffentlich bald wieder erscheinen werden.

Das oben ausgesprochene Bedauern soll aber nicht den Schatten eines Vorwurfs gegen den gelehrten und gewissenhaften Herausgeber GUSTAV MAYER enthalten. Ist es doch nur seinen unausgesetzten Bemühungen zu verdanken, daß L.s Nachlaß, soweit er nicht durch Vandalismus und Fahrlässigkeit der Familie und LOTHAR BUCHERS unwiederbringlich verlorengegangen ist, überhaupt zugänglich gemacht werden konnte. Jedoch diese

<sup>1)</sup> FERDINAND LASSALLE: Nachgelassene Schriften und Briefe. Herausg. von GUSTAV MAYER. Bd. I: Briefe vor 1848. X u. 357 S.; Bd. II: von 1848 bis zum Beginn seiner Arbeiteragitation. VIII u. 302 S.; Bd. III: Briefwechsel zwischen Lassalle und Marx. XII u. 411 S.; Bd. IV: Briefwechsel mit Gräfin Sophie Hatzfeldt, XIV u. 408 S. Stuttgart u. Berlin, Deutsche Verlagsanstalt 1921/23.

Die Namen LASSALLE, MARX, ENGELS, HEGEL, FICHTE werden im folgenden in L., M., E., H., F. abgekürzt.

Die hier besprochene Ausgabe wird als Bf., der MARX-ENGELS Briefwechsel als Bw. zitiert.

Rettung des Manuskriptenmaterials, die — wie es MAYER im Vorwort zum I. Band sehr anziehend schildert — beim endgültigen Bergen vom HATZFELDT'schen Schloß in Sommerberg in einer kurzen Zwischenpause der französischen Besetzung ganz romantisch endet, erschöpft keineswegs MAYER'S Verdienste. Nicht nur seine — oft sehr schwierige — Herstellung des Textes ist musterhaft. Auch seine kurzen, knappen und stets sachlichen Anmerkungen rücken die Persönlichkeiten, mit denen L. in Verbindung stand, unserem Verständnis nahe und die Vorworte zu den einzelnen Bänden beleuchten die Umstände dieser Beziehungen ebenso klar wie treffend. MAYER, der uns den jungen ENGELS, man kann sagen, entdeckt hat, hat hier die Grundlage zu einer wirklichen wissenschaftlichen Erkenntnis L.s niedergelegt.

In einer Anzeige wie der vorliegenden kann selbstverständlich unmöglich auch nur versucht werden, diese Grundlegung wissenschaftlich auszuwerten. Ganz abgesehen davon, daß dies erst nach Abschluß der Ausgabe möglich wäre, so wird es die Aufgabe einer — marxistischen — Biographie L.s sein müssen. Hier müssen wir uns auf einige andeutende Bemerkungen beschränken, die keinen Augenblick den Anspruch erheben, selbst den Umkreis der hier zu behandelnden Probleme zu skizzieren.

Soviel scheint aber auch in diesem Zusammenhang klar zu sein, daß auch hier — wie bei E. — die Jugendentwicklung in ein viel helleres Licht gerückt ist als bisher. Ich will die sehr interessanten persönlichen Probleme (Freundschaften und Liebschaften des jungen L.) ganz beiseite lassen und verweise nur auf das für seine Gesamtentwicklung entscheidende Problem: auf die Beziehung zu H. Allerdings muß man ein definitives Urteil auch hierüber so lange zurückstellen, bis das (Bf. I, S. 37 erwähnte) Manuskript: „Grundzüge zu einer Charakteristik der Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Hegelschen Philosophie“, das auch eine Auseinandersetzung mit HEINE bringt, sowie die anderen philosophischen Fragmente, besonders die (Bf. I, 161 erwähnte) spätere „Philosophie des Geistes“ vorliegen. Aber schon der I. Band der vorliegenden Ausgabe enthält u. a. zwei lange und ausführliche Briefe L.s (an seinen Vater, 9. IX. 1844, und an seine Freunde, Mitte IX. 1845), die recht gut als Abhandlungen gelten können, an denen schon jetzt das Verhältnis des jungen L.s zu H. studiert werden kann.

Und das ist um so wichtiger als L. — nach unserer Ansicht — niemals aufgehört hat, Hegelianer zu sein. Die Jugendentwicklung M.s ist von der Auseinandersetzung mit H., von der inneren Überwindung H.s erfüllt, die sich dann auch so gründlich vollzieht, daß M. später nie wieder ausführlich auf dieses Thema zurückkommt, wenn auch gelegentlich immer wieder der Plan auftaucht, den brauchbaren Kern der H.schen Logik kurz darzustellen; wenn der von M. in seinem Denken „aufgehobene“ Kern der H.schen Philosophie auch größer und wichtiger ist, als es die Vulgärmarxisten anzunehmen pflegen. Dagegen ist L. — wie das seine späte, in ihrer Art ausgezeichnete Abhandlung über die ROSENKRANTZ'sche und H.sche Logik, oder der Aufbau des „System der erworbenen Rechte“ etc. zeigt — zeitlebens orthodoxer Hegelianer geblieben. Freilich: nicht im Schulsinne. Ja man kann sogar fast den —

scheinbar — paradoxen Satz aufstellen, daß der junge L. im einzelnen und im inhaltlichen stellenweise freier H. gegenübersteht, als dies der junge M., vor seiner Abrechnung mit H. getan hat. (Dieser Vergleich hat selbstverständlich mit dem ähnlichen F. A. LANGES zwischen dem reifen L. und dem reifen M. sachlich gar nichts zu tun.) Was aber andererseits zur Kehrseite hat, daß es bei ihm niemals zu einer gründlichen Auseinandersetzung mit der idealistischen Dialektik gekommen ist. Der junge L. faßt — soweit dies uns bekannt ist — den Hegelianismus sofort revolutionär auf. H. ist für ihn nicht der gedankliche Ausdruck der bürgerlichen Gesellschaft, der deshalb in sich die Elemente ihrer gesellschaftlichen Auflösung, Überwindung, Aufhebung birgt, bei dem deshalb diese über das gegebene System hinausstrebbenden Elemente freigesetzt und gegen ihren Urheber gekehrt werden müssen. Sondern H. erscheint als der Entdecker der Methode des Denkens, welches, wenn es ein richtiges, wissenschaftliches Denken sein soll, nur ein revolutionäres Denken sein kann, was der junge L. in einer naivselbstverständlichen Weise unbewiesen voraussetzt.

L. denkt also gar nicht an eine innere Reform der H.schen Philosophie. Es kommt ihm nur darauf an, aus den H.schen Kategorien jene Bedeutung stillschweigend zu eliminieren, auf die sich die vom Meister selbst ausgeführte Geschichtsphilosophie, die Versöhnung mit der bürgerlichen Gesellschaft, das Gipfeln des Systems in der idealisierten bürgerlichen Gesellschaft gründet. Die letzte Wendung vollzieht freilich auch H. selbst ganz unbewußt. Und da L. seine Grundlagen nicht kritisiert, geht er darüber schweigend hinweg. In schroffem Gegensatze zu M., der hier als erster die historische Bedingtheit der klassischen deutschen Philosophie durchschaut. Aber erst damit kann die Überwindung H.s faktisch vollzogen werden. Wenn M. ausführt: „Der politische Staat verhält sich ebenso spiritualistisch zur bürgerlichen Gesellschaft wie der Himmel zur Erde. Er steht in demselben Gegensatz zu ihr, er überwindet sie in derselben Weise, wie die Religion die Beschränktheit der profanen Welt, das heißt, indem er sie ebenfalls wieder anerkennen, herstellen, sich selbst von ihr beherrschen lassen muß“ (Die Judenfrage, Nachlaß I, 408), so ist das scheinbar nichts weiter als die Anwendung der Prinzipien der FEUERBACHSchen Religionskritik auf die Gesellschaft. Aber nur scheinbar. In Wahrheit steckt darin zugleich die Überwindung des unhistorischen Standpunktes FEUERBACHS: der konkrete Gesellschaftszustand erscheint als Grundlage der Kategorien unserer jeweiligen Wirklichkeitsauffassung; der Keim jener Kategorienlehre, die — im Vorwort zur „Kritik der Politischen Oekonomie“ — die Kategorien als „Daseinsformen, Existenzbestimmungen“ feststellt, ist bereits niedergelegt.

Der junge L. sieht dieses Problem gar nicht. Für ihn ist, wie für die meisten radikalen Junghegelianer dieser Jahre, die die Dialektik zu einer Philosophie der Revolution umzubilden trachteten, F.s Aktivismus der Hebel zu der geplanten Umgestaltung der H.schen Philosophie. Freilich enthalten die uns vorliegenden Briefe keinen aktenmäßigen Beweis für diese Rolle der F.schen Philosophie. Dies ist aber in diesem Falle auch nicht unbedingt

notwendig. Denn erstens zeigt die spätere Entwicklung L.s, daß in seinem Denken F. und H. stets friedlich und veröhnt nebeneinander wohnen konnten. Und die innere Entwicklung seines Denkens gibt keinen Anlaß zu der Annahme, daß er die Bedeutung F.s erst in reifen Jahren erkannt hätte und seinem bestimmenden Einfluß erst dann unterlegen wäre. Zweitens kommt — allerdings als bloß indirekter aber keineswegs unwesentlicher Beweis — die analoge Entwicklung seines Zeitgenossen in Betracht. Überall — M. und E. sind die einzigen Ausnahmen — vollzieht sich die innere Revolutionierung der H.schen Dialektik durch ein Einströmen und Aktivwerden F.scher Denkmotive. Wie weit es sich hier um eine allgemeine Zeitströmung handelt, wie stark bei diesen Denkern (etwa MOSES HESS oder BRUNO BAUER) auch ein direkter Einfluß F.s dokumentarisch nachweisbar ist, wie weit HESS oder BAUER auf den jungen L. in dieser Richtung eingewirkt haben, ist eine mehr philologische Frage. Leider bietet der Briefwechsel hierfür weniger Belege als man erwarten würde. BAUER wird überhaupt nicht erwähnt; auch M. nicht. Über die Beziehung zu FEUERBACH und RUGE erfahren wir nichts Neues. Dagegen erwähnt der intimste Jugendfreund L.s ARNOLD MENDELSSOHN, WEITLINGS „Garantien der Harmonie und Freiheit“ (13. VII. 1845 Bf. I 189/90), sowie „Die letzten Philosophen“ von HESS als „eine nicht unwichtige Broschüre“ (in dem Brief an L. von 18. XI. 1845 Bf. I, 245); derselbe spricht lobend über GRÜNS „Soziale Bewegung in Frankreich und Belgien“ und zitiert die — von M. in seiner Rezension (Neue Zeit XVIII, 8) besonders verhöhnte — Stelle über das Hegelstudium der Franzosen (29. X. 1845 Bf. I, 240/41); MENDELSSOHN erwähnt auch E. „Lage der arbeitenden Klasse in England“ als „ein recht verdienstliches, mühsames Werk“, wobei er E. als „den einen Vater der ‚Heiligen Familie‘ anführt“ (4. XI. 1845 Bf. I, 242) usw. Da aber L.s Antworten fehlen, ist mit diesen Hinweisen schwer etwas anzufangen. Das Lob GRÜNS deutet allerdings darauf hin, daß im L.schen Kreis die Kritik von HESS über STEIN aus den „21 Bogen“ kaum bekannt war oder in seiner Tragweite begriffen wurde, von den Aufsätzen von M. und E. in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“ gar nicht zu reden. Daß L. — wie ARNOLD MENDELSSOHN dies (Bf. I, 241) klar ausspricht — der Meinung war, in seiner H.schen Dialektik das absolute Mittel in der Hand zu haben, mit dem Ordnung im Chaos dieser „verschiedenen Gestalten des Bewußtseins“, die „die Geburtsstätte des Herrn, des Begriffs“ umdrängen, geschaffen werden kann, und daß er sich deshalb sowohl einer Selbstverständigung über Dialektik und Geschichte, wie einer eingehenden Kritik der einzelnen revolutionären Theorien überhoben hielt, zeigen alle seine Jugendbriefe. Am klarsten vielleicht die Skizze der Entwicklung des Kommunismus im Brief an seinen Vater in ihrer Mischung von Selbstsicherheit und Mangel an tiefem Eindringen in den Stoff. „Er (der Kommunismus) tritt in seiner rohesten Gestalt gleich auf, nachdem in der Konstitution von 1795 das Eigentum als Prinzip für die Staatsfreiheit hingestellt worden, im Jahre 1796 in der Verschwörung BABEUVS und seiner Genossen, entwickelt sich dann immer mehr, bildet sich zu den sozialistischen Theorien ST. SIMONS und FOURIERS aus, die ihren Grundgedanken nach ebenfalls zum Kommunismus gerechnet

werden müssen, wird dann zum eigentlichen Kommunismus, spaltet sich wiederum in verschiedene Sekten, als die *Travailleurs égalitaires*, die *Réformistes* und kommt endlich zu einer vorläufig höchsten Gestalt, dem ikarischen Kommunismus, den CABET gestiftet und vertritt (aber auch in dieser Gestalt, so tief und wahr seine aufgezeigte Bedeutung, ist er noch abstrakt und einseitig“. (Bf. I, 132.)

Jedoch die Wichtigkeit solcher philologischer Probleme sinkt, wenn man bedenkt, daß dieses Zurückgreifen auf F. die einzige sachlich-philosophische Möglichkeit war, die innere Struktur der H.schen Dialektik beizubehalten und der Geschichtsphilosophie dennoch einen auf das Handeln gerichteten, einen revolutionären Akzent zu geben. Hier ist nicht der Ort und die Möglichkeit, diese Frage in ihrer ganzen Breite auch nur anzudeuten. Wir wollen nur auf einige Motive hinweisen. Der bereits erwähnte, aktivistische Charakter der F.schen Geschichtsphilosophie hängt aufs engste damit zusammen, daß die methodische Stelle der Gegenwart, des notwendigen Angelpunktes einer jeden Geschichtsphilosophie, bei F. nicht Abschluß, nicht erreichtes Ziel des Geschichtsprozesses ist, wie bei H., sondern die Mitte. Auch F. will durch seine Geschichtsphilosophie die Gegenwart begreifen und erklären, diese Gegenwart ist jedoch für ihn nicht, wie für H., die vollendete Verwirklichung der Idee, sondern ganz im Gegenteil: das Zeitalter der vollendetsten Sündhaftigkeit. Diese Gegenwart muß also durchweg negativ bewertet werden. Ihre Bedeutung und Funktion liegt darin, daß sie ein notwendiger Durchgangspunkt zur Vollendung der Idee, zur utopisch geschauten Zukunft ist. (Am klarsten dargestellt in den „Grundzügen des gegenwärtigen Zeitalters.“) Wenn nun hierin auf den ersten Anblick ein über H. hinausweisendes philosophisches Motiv erscheint — das auch tatsächlich über H. hinaus wirksam wurde, so wenig seine Wirkungsgeschichte bis heute erforscht ist —, so darf doch nicht vergessen werden, daß die H.sche, politisch reaktionäre, philosophisch-methodisch auf reine Kontemplation auslaufende „Versöhnung“ das Gipfeln der Geschichtsphilosophie in der Gegenwart gerade als „Versöhnung“ eine (wenn auch bei H. selbst größtenteils unbewußt und unausgewertet gebliebene) innigere Verknüpfung der logischen Kategorien mit den Aufbauformen der bürgerlichen Gesellschaft, folglich eine größere Wirklichkeitsnähe bedeutet, als sie für F. je erreichbar gewesen ist. So sehr also die Gesinnung F.s revolutionärer ist, als die H.s., so sehr bleibt sie eine bloß utopische Gesinnung, während H. imstande ist, den inneren gesellschaftlichen Aufbau der Gegenwart (ihre über sich selbst hinausweisenden Tendenzen mitinbegriffen) in sein Kategoriensystem aufzunehmen. D. h.: die H.schen Kategorien sind in ihrer logisch-methodischen Abfolge von dem historischen Nacheinander der realen Entwicklung viel abhängiger als die Kategorien F.s.

Freilich ist dieses Problem auch bei H. nicht gelöst. Indem aber die radikalen und revolutionären Junghегelianer — also auch L. — um die konservativen Denkelemente der Schule zu überwinden auf F. zurückgreifen, fallen sie dadurch notwendigerweise hinter H. zurück, indem sie den metho-

dischen Zusammenhang zwischen Kategorie und Geschichte lockern, statt die Kategorien in der Geschichte zu verankern, sie aus der geschichtlichen Wirklichkeit herauswachsen zu lassen. Dies führt bei einzelnen — vor allem bei BRUNO BAUER und STIRNER — zu einem philosophischen Subjektivismus, der freilich auch vom jungen H., von der „Phänomenologie des Geistes“ mitbeeinflusst ist. L. selbst hält auch in seiner frühen Jugend an dem Objektivismus des reifen H. fest. Er kann aber unmöglich verhindern, dass die Beziehung zwischen Kategorie und Geschichte auch bei ihm gelockert sei. Denn auch er kann bloß ein — logisch-zeitlos fertiges — Kategoriensystem auf die Geschichte anwenden, wobei die Beziehung von logisch-methodischer Abfolge und geschichtlichem Nacheinander eine zufällige bleibt und bleiben muß. Wie stark diese Tendenz bei L. ist, zeigt, daß er noch in dem 1861 gehaltenen Vortrag über den Unterschied der H.schen und ROSENKRANTZschen Logik an dieser Dualität festhält und sogar anderen Hegelianern (z. B. CIESZKOWSKY) gegenüber, die das Problem durch eine mechanische Parallelisierung von Kategorientypen und Geschichtsepochen lösen wollen, diese Unabhängigkeit der Kategorien von der Geschichte ausdrücklich betont. Es ist eine tragische Ironie in der Entwicklung L.s, daß er an derselben Stelle, wo er den Rückfall ROSENKRANTZS zur KANTischen Dualität von Denken und Sein scharfsinnig aufdeckt, auf dem Umweg über F. zu dem Problem der „Kritik der Urteilskraft“, zum Problem der realen Anwendbarkeit der Kategorien, der Subsummierbarkeit des Besonderen (geschichtlich Realen) unter die Allgemeinheit (logische Kategorie) zurückkehrt.

Dieser Rückfall ist aber L. selbst nie bewußt geworden. Einerseits weil er durch strenges Festhalten an der H.schen Logik sich berechtigt fühlt, das Problem von Denken und Sein als definitiv erledigt anzusehen. Andererseits weil er durch die Fülle des empirischen Materials, das er in seinen reifen Werken verarbeitet und durch die orthodox festgehaltenen H.schen Kategorien ordnet, diesen Abstand auch von der empirischen Seite überwunden zu haben meint. Nun soll selbstredend die Bedeutung dieses letzteren Umstandes keineswegs unterschätzt werden. Ja, wir glauben sogar, daß L. nicht nur durch seine gedankliche Überlegenheit, sondern gerade hiedurch, durch dieses ununterbrochene Untertauchen in ein empirisch-gesellschaftliches Material, sich aus der Sackgasse des revolutionären Junghegelianer gerettet hat. Der methodische Abstand ist aber damit nur psychologisch verdeckt, nicht aber philosophisch überwunden. M. und E. haben auch diese schwache Seite des L.schen Denkens stets sehr scharf gesehen. So betont z. B. M. in seinem Brief vom 1. II. 58 an E. über den HERAKLIT: „Noch weniger fällt es ihm ein, irgend kritische Gedanken über die Dialektik selbst zu verraten . . . Er wird zu seinem Schaden kennen lernen, daß es ein ganz anderes Ding ist, durch Kritik eine Wissenschaft erst auf den Punkt bringen, um sie dialektisch darstellen zu können, als ein abstraktes, fertiges System der Logik auf Ahnungen eben eines solchen Systems anzuwenden.“ (Bw. II, 243).

Daß die „Idee“ auf diese Weise eine der Geschichte gegenüber selbständige Existenz erhält, ist selbstverständlich, ist aber nur die not-

wendige logische Konsequenz dieses Ausgangspunktes. Diese von der geschichtlichen Materie methodisch ungehemmte (wenn auch durch empirisches Material noch so reich illustrierte) Selbstentwicklung des Begriffes muß sich als eine geradlinige Steigerung in dem Bewußtwerden der Idee, in der Durchdringung der Wirklichkeit durch die Idee spiegeln. So ist auch F.s Geschichtsphilosophie aufgebaut (wobei freilich die Frage auftauchen müßte, die aber hier nicht einmal angedeutet werden kann, ob dies nicht bloß eine Systematisierung und Schematisierung des unendlichen Progresses der KANTSchen Philosophie der Geschichte ist). Und L.s im reifsten Alter ausgeführte Geschichtsphilosophie — im „System der erworbenen Rechte“ (Wk.IX. 390/400) — geht noch im wesentlichen diesen Weg. Denn seine Kritik der Beziehung von Geschichte und zeitlosem Ansich an der H.schen Rechtsphilosophie gipfelt bloß in der Forderung eines Aufbaus „wie H. selbst die Religionsphilosophie geschrieben hat“. Hinter dem Wandel im Geschichtsprozess bleibt ein Identisches „in dem allgemein formellen Wesen der Rechtsphilosophie (Eigentum, Vertrag usw.)“ bestehen, „was aber als bloßes Ansich aufzufassen ist“. Die Beziehung zwischen diesem Ansich und der geschichtlichen Wirklichkeit könnte erst in einem „System der Philosophie des Geistes“ klargelegt werden (ebd. 140/1). Ob dieses Kategoriensystem, das Ansich selbst, nicht ebenfalls ein Produkt der Geschichte ist, oder wie — im Falle der Verneinung dieser Frage — eine Geschichte überhaupt methodisch verständlich zu machen ist, hat L. nie als Problem aufgeworfen. Sehr bezeichnend ist seine von BERNSTEIN veröffentlichte Äußerung an M., als dieser ihn 1861 besuchte: „Wenn du nicht an die Ewigkeit der Kategorien glaubst, mußt du an Gott glauben“ (zit. Wk. VI, 9). So ist sein Hinausgehen über H. — vom methodischen Gesichtspunkt aus gesehen — nur ein scheinbares Hinausgehen. Denn daß L. durch seine revolutionären Inhalte und die dadurch unbewußt entstandene schärfere Fragestellung an die Schwelle des Problems gelangt, kann, da er diese Schwelle doch nie zu übertreten vermag, an der Gesamtlage nichts Entscheidendes ändern. Im Gegenteil. Der unbewußt gebliebene H. entdeckt ungewollt viel mehr wichtige kategorielle Zusammenhänge als Aufbauformen von konkreten Geschichtsepochen, als L., den seine „Klarheit“ in die Richtung auf F. zurücktreibt.

Je höher aber die „Idee“ bewertet wird, je zeitloser und unabhängiger sie über dem konkreten Geschichtsprozess thronet, desto weniger vermag sie im Konkreten richtunggebend zu werden. Wird, wie bei M. und E., der konkrete Geschichtsprozess selbst als das originär Dialektische verstanden, der in unseren Gedanken nur zum Bewußtsein gelangt, so können ihm selbst die entscheidenden Tendenzen des gesellschaftlichen Geschehens abgelautet und so zum Gegenstand der Wissenschaft gemacht werden. Die Wissenschaft die so erreicht wird, kann als Wissenschaft die Praxis leiten: eine Realpolitik im weltgeschichtlichen Sinne ist dadurch methodisch möglich geworden. L. vermag aber aus seiner Dialektik und Geschichtsphilosophie keinen Maßstab für das richtige Handeln zu finden und er muß „Realpolitiker“ — im gewöhnlichen Sinne des Wortes — werden. L. hat diese Schranke seiner Geschichtsauffassung — ohne freilich über die Tragweite

seiner Äußerung bewußt zu sein — wiederholt ausgesprochen. Am klarsten in der Diskussion mit M. und E. über den „Sickingen“ (17. V. 1859, Bf. III, 188). „Geht man von der Hegelschen konstruktiven Geschichtsauffassung aus, der ich ja selbst so wesentlich anhänge, so muß man sich freilich mit Euch antworten, daß in letzter Instanz der Untergang doch notwendig eingetreten wäre und eintreten mußte, weil Sickingen, wie Ihr sagt, ein au fond reaktionäres Interesse vertrat, und daß er dies wieder notwendig mußte, weil ihm Zeitgeist und Klasse das konsequente Einnehmen einer anderen Stellung unmöglich machte.“

Aber diese kritisch-philosophische Geschichtsauffassung, in der sich eherne Notwendigkeit an Notwendigkeit knüpft, und die eben deshalb auslöschend über die Wirksamkeit individueller Entschlüsse und Handlungen hinwegführt, ist eben darum kein Boden, weder für das praktisch revolutionäre Handeln, noch für die vorgestellte dramatische Aktion.“ Diese Auffassung der Notwendigkeit zeigt nicht nur einen unüberbrückbaren Abstand zur Geschichtsauffassung von M. (ONCKEN zitiert sie auch in seiner L.-Biographie begeistert als Widerlegung des historischen Materialismus), sondern sie bedeutet zugleich einen tiefen Rückfall von der H.schen dialektischen Einheit von Freiheit und Notwendigkeit in der Geschichte zu der F.schen Dualität des „absoluten Seins“ und der „absoluten Freiheit“, (wie noch SPINOZA und KANT in diese Problemstellung einspielen, kann hier nicht erörtert werden). Nicht nur beruht die H.sche Theorie der Tragödie auf einer Einheit von Freiheit und Notwendigkeit, um den konkreten aber hier nicht entscheidenden Anlaß der Diskussion kurz zu streifen, sondern sie bildet den Kern seiner ganzen Geschichtsphilosophie. Die Theorie der Leidenschaft, durch die die — für H. sehr wichtige — Rolle der großen Individuen in der Geschichte vermittelt wird, zeigt dies am klarsten. Idee und Leidenschaft bilden „den Faden des Teppichs der Weltgeschichte“. Sie sind „die Extreme; die sie bindende Mitte, worin beide konkurrieren, ist die sittliche Freiheit“ (Die Vernunft in der Geschichte 61). Bei dem gründlichen und gediegenen H.-Kenner L. ist es von vornherein ausgeschlossen, daß er jemals irgendeinen wesentlichen Punkt des H.schen Systems übersehen hätte. Diese Theorie H.s hat er sogar in verschiedenen Gerichtsreden ausführlich zitiert und die H.sche Auffassung der Leidenschaft als die eigene bezeichnet. Er ist hier also bewußt über H. hinausgegangen, er hat hier H. durch F. korrigiert, weil die H.sche Notwendigkeit seinem Aktivismus nicht genug tat. Und tatsächlich ist die H.sche Geschichtskonzeption in all ihrer Größe viel zu abstrakt und viel zu kontemplativ, um für die einzelne Tat Richtung weisen zu können. Dies kann die geschichtliche Dialektik nur in ihrer M.schen Form tun. Da aber L. — im großen ganzen — beim orthodoxen Hegelianismus stehen bleibt, kann er den Weg zur Tat nur in der Richtung auf F., in der Irrationalität des rein individuellen Entschlusses und — politisch gesprochen — in der „Realpolitik“ finden.

Daß L. in einzelnen Fragen einen bewunderungswerten politischen Scharfblick gezeigt hat, ist die Frage seiner persönlichen Genialität. Seine Methode,



seine Geschichtsphilosophie vermochten ihm dabei keine Richtschnur zu geben. Womit freilich ihre sonstige Bedeutung für seine Agitation nicht geleugnet werden soll. Sie haben im Gegenteil in manchen Fällen ihm die Möglichkeit zur richtigen Einsicht verstellt; z. B. Stellung zur Gewerkschaftsfrage, Problem des Staates etc. Man pflegt häufig einzelne grobe Mißgriffe der L.schen Politik — wie z. B. sein Verhalten zu BISMARCK — bloß seiner „Persönlichkeit“, seinem Temperament etc. zuzurechnen. Aber gerade dem FICHTEVEREHRER L. gegenüber ist es nur gerecht, in seiner Denkmethode den klarsten Ausdruck dieser Persönlichkeit zu erblicken, um aus dieser Denkweise, die sein Verhalten zur Wirklichkeit bestimmt, seine Handlungen in ihrer Übereinstimmung mit dem innersten Kern seines Wesens zu begreifen. (Was selbstverständlich keineswegs die Betrachtung ausschließt, daß diese ganze Methode und ihre inhaltliche Erfüllung in L.s Weltanschauung ihrerseits ideologische Formen der Entwicklung des deutschen Proletariats sind, eine Etappe in dem Entstehen seines Klassenbewußtseins bedeuten). Am klarsten zeigen sich diese Zusammenhänge in dem größten und bedeutungsvollsten Erlebnis L.s, in seiner Beziehung zur Gräfin HATZFELDT, in der Art, wie er ihre Sache ergriffen, wie er für sie gekämpft und — hauptsächlich — was er als Kern der ganzen Angelegenheit betrachtet hat. Es ist hier nicht der Ort über die tatsächlichen Momente der HATZFELDTschen Händel zu sprechen. Nicht nur weil der Briefwechsel hier nicht viel Material zu einer neuen Beurteilung der Einzelheiten (Kassettenaffäre etc.) bringt, sondern vor allem, weil wir die — wenn auch noch so kurze — Analyse der inneren Stellungnahme L.s zum HATZFELDTschen Handel für aufschlußreicher für sein Wesen halten, als die einzelnen Momente des Handels selbst. Der Briefwechsel mit der Gräfin HATZFELDT bringt darüber sehr viel Interessantes. Vor allem einen großen Aufsatzbrief (Bf. IV, 12—48), in dem L. der Gräfin HATZFELDT ausführlich seinen geschichtsphilosophischen Standpunkt zu ihrem Prozeß und im engsten Zusammenhang damit zu ihrer Person auseinandersetzt: sie ist für ihn die Verkörperung eines Prinzips. Das zurückweichende Verhalten ihrer Umgebung ist auf das Empfinden dieser Sachlage zurückzuführen. „Was die Frauen in Ihrer Gegenwart und Nähe ergreift, das ist jenes unbestimmte Gefühl von Furcht und Haß, jenes vage, ahnungsvolle Zittern, sich in der Nähe des Prinzips zu finden, von welchem man den Todesstoß empfangen soll. In der Natur wie in der Geschichte, ja selbst im Einzelleben gibt es solcher Beispiele die Fülle, in welchen eine Existenz, in die Nähe des Prinzips gebracht, durch das sie unterzugehen bestimmt ist, von unheimlicher Furcht und darum von um so lebhafterem Haß unbewußt ergriffen wird“ (ebd. 13). Es ist dabei gleichgültig, ob dies der Gräfin HATZFELDT selbst immer bewußt wird. „Sie übersehen manchmal, daß in dem, was Ihnen Ihre bloß individuelle Leidensgeschichte zu sein scheint, noch ganz anderes vorhanden ist; daß nämlich ein welthistorischer Gedanke sich Ihren Leib geliehen hat, um sich zum erstenmal zum Ausdruck und zur Darstellung in der Wirklichkeit zu bringen, daß somit Ihre Geschieke, ob gut, ob schlimm, nichts anderes sind als die praktisch (als Ereignis) gesetzten Konsequenzen jenes Gedankens und seines gegensätzlichen Verhaltens zu der bisherigen Welt“ (ebd. 14). Wir wollen

hier nicht diese Geschichtsphilosophie, die vom XVIII. Jahrhundert über GOETHE, F. SCHLEGELS Lucinde, SCHLEIERMACHERS „Vertraute Briefe“, Saint Simonismus, GEORGES SAND etc. als Etappen der Befreiung der Frau und der Liebe zum Falle SOPHIE HATZFELDT führt, erörtern. Es kommt mehr darauf an, daß L. diesen Kampf als der Kampf um ein Prinzip, um das Prinzip der Revolution erschien. So will er seine Beziehung zu SOPHIE HATZFELDT — auch von ihr — betrachtet sehen. „Daß aber das einsam ringende Weib diese Hilfe findet, das beweist eben am mächtigsten und siegreichsten, daß es nicht für seine bloße Lust, auch nicht für irgendein noch so vortreffliches, aber rein persönliches Element kämpft, sondern daß es für eine wirkliche und schlechthin allgemeine Zeitidee, für das wahrhaft allgemeine Prinzip der freien Persönlichkeit selbst gelitten und gekämpft hat. — Diese Hilfe wird jener Individualität aber nicht zuteil individueller Beziehungen wegen, sondern wegen des Prinzips, das aus ihr handelt; nicht also ein Verliebter ist es, der, weil er sie liebt, sondern drei Männer auf einmal sind es, die nicht in persönlicher Liebesbeziehung zu ihr stehen, sondern rein durch die innere Macht des Prinzips bestimmt, sich der um ihre Geltung kämpfenden Persönlichkeit zur Disposition stellen. Und gerade weil diese Hilfe nicht eine aus persönlichen Beziehungen, persönlicher Teilnahme entsprungene ist, beschränkt sie sich auch nicht auf ein mehr oder weniger hilfreiches Bemühen, sondern als durch die Identität des Prinzips erzeugt, trägt sie den Fanatismus des Prinzips in sich und ist eine Hilfe auf Leben und Tod!“ . . . . „Natürlich aber konnte diese Hilfe nur in den Reihen derer entstehen, die in jeder Beziehung zu der Fahne der freien Verwirklichung der Persönlichkeit geschworen hatten, d. h. der sozialen Revolutionäre; und sie konnte ferner nur in einem Augenblicke entstehen, wo die Idee der unbedingten Verwirklichung der freien Persönlichkeit sich schon tief genug in die Welt eingearbeitet und hinreichend entwickelt hatte, um zu ihrer gewaltsamen praktischen Durchführung entschlossen zu sein, d. h. kurze Zeit vor dem Ausbruche einer allgemeinen sozialen Revolution“ (ebd. 40 41).

M. schrieb (5. III. 1856, Bw. II, 99) über L.s Rolle im HATZFELDTschen Handel wegwerfend an E.: „als ob ein wirklich bedeutender Mensch zehn Jahre einer solchen Bagatelle opfern würde“; und wenn er über „seinen Todesvorwand“ sagt: „es ist eine der vielen Taktlosigkeiten, die er in seinem Leben begangen hat“ (7. IX. 1864, Bw. III, 181), so ist der HATZFELDTsche Handel sicher unter diesen Taktlosigkeiten — der Arbeiterbewegung gegenüber — mitgemeint. Für L. war aber diese Stellungnahme — die Tat, mit den Begründungen, die sie hervorriefen und die sie in ihm hervorrief — keine „Verirrung“, nichts „Jugendliches“, das er später in seiner Reife überwunden hätte, sondern die wichtigste und jedenfalls die für ihn selbst bezeichnendste, ihn am stärksten ausdrückende, die symbolische Tat seines Lebens. Darum konnte er — wenn auch vielleicht in einem Augenblick der Depression — mit vollem Recht an SOPHIE HATZFELDT schreiben: „Ach, es war doch schöner, als ich meine Prozesse für Sie hatte! Sie wußten doch wenigstens, was ich für Sie tat! Dies Volk weiß es nicht einmal und versteht es nicht!“ (Bf. IV, 329, Brief vom 20. I. 1863). Ich will hier nur beiläufig erwähnen, daß dabei — auch wenn, ich wiederhole, vielleicht nur als vorübergehende Depressions-

stimmung — jene grundfalsche, das Wesen der Arbeiterbewegung völlig verkennende Verhaltensart des bürgerlichen „Führers“ zum Proletariat zum Ausdruck kommt, den BEBEL so treffend und scharf SCHWEITZER gegenüber charakterisiert: „Er ist der erwählte Verfechter ihrer Forderungen, der Dolmetsch ihrer Sehnsucht, ihrer Hoffnungen und Wünsche. Solange der Führer dieser Aufgabe gerecht bleibt, ist er Vertrauensmann einer Partei. . . . Eine Partei ist nicht der Führer wegen da, sondern der Führer der Partei wegen. . . . Die Massen sind also nie undankbar. . . . Wer über Undankbarkeit der Massen klagt, klage sich selber an“ („Aus meinem Leben“ II, 133/4). Es ist vielleicht überflüssig zu sagen, daß hiermit L. nicht mit SCHWEITZER, geschweige denn mit dem SCHWEITZER der BEBELSchen Memoiren verglichen werden soll. Es ist aber doch nicht zu leugnen, daß in solchen Äußerungen eine Weltanschauung zum Ausdruck kommt, die den Führer, die „große Persönlichkeit“ als eigentlichen Träger des weltgeschichtlichen Geschehens, die Masse als Mittel zum Erreichen dieses Zieles — mag das Ziel selbst auch im Interesse der Massen liegen — ansieht. L. hat sich mit Recht von früher Jugend an als revolutionären Sozialisten betrachtet. Denn seine Ziele waren sozialistisch und so waren auch die Wege, auf denen er sie zu verwirklichen bestrebt war. Aber die Verknüpfung von Arbeiterbewegung, von Aktivität und Zum-Selbstbewußtsein-Erwachen der proletarischen Masse und Sozialismus blieb bei ihm äußerlich. Dies ist die theoretische Grundlage von seinen häufigen Depressionen über den langsamen Gang der Entwicklung, von seiner Unlust, sich innerlich auf das Tempo der Bewußtseinsentwicklung des Proletariats einzustellen, die sich zuweilen so weit steigerten, daß er sich von der Bewegung zurückzuziehen gewünscht hat. Wie weit diese Wünsche sich in Tat umgesetzt hätten, kann freilich nicht entschieden werden und so können wir auch heute nicht wirklich beurteilen, wie tief oder oberflächlich diese Depressionen gewesen sind; MARX oder BEBEL oder LENIN (um recht verschiedene Persönlichkeiten des entgegengesetzten Typus aufzuzählen) haben jedenfalls solche Stimmungen überhaupt nicht gekannt. So schreibt er z. B. (28. VII. 1864) an die Gräfin HATZFELDT: „Ach, wie wenig Sie au fait in mir sind! Ich wünsche nichts sehnlicher, als die ganze Politik los zu werden und mich in Wissenschaft, Freundschaft und Natur zurückzuziehen. Ich bin der Politik müd und satt! Zwar, ich würde so leidenschaftlich wie je für dieselbe aufflammen, wenn ernste Ereignisse da wären, oder wenn ich die Macht hätte, oder ein Mittel sähe, sie zu erobern — ein solches Mittel, das sich für mich schickt. Denn ohne höchste Macht läßt sich nichts machen. Zum Kinderspielen aber bin ich zu alt und zu groß! Darum habe ich so höchst ungern das Präsidium übernommen! Ich gab nur Ihnen nach! Darum drückt es mich jetzt so gewaltig. Wenn ich es los wäre, jetzt wäre der Moment, wo ich entschlossen wäre, mit Ihnen nach Neapel zu ziehen! (Aber wie es los werden?!“ (ebd. 370). Ich wiederhole: nicht das psychologische, sondern das philosophische Problem ist dabei für uns entscheidend. Es zeigt sich in diesen Ausbrüchen — einerlei wie tiefgehend sie gewesen sein mögen — jene Auffassung der Beziehung von Masse und Führer, die schon der junge M. BRUNO BAUER gegenüber aufs Energischste bekämpft und deren philo-

sophische Grundlage, den FICHTE'schen „radikalisierten“ HEGEL er durch die „Umstülpung“ der H'schen Dialektik durch den historischen Materialismus radikal überwunden hat. (Auch hier soll L. nicht mit BRUNO BAUER verglichen werden; L.'s Fichteismus hat einen ganz anderen Charakter, die beiden hängen nur einerseits als Zeiterscheinungen — obwohl L. sich sehr wenig mit BRUNO BAUER befaßt hat —, andererseits als verwandte, wenn auch ganz anders geartete philosophische Tendenzen, HEGEL idealistisch zu radikalisieren, zusammen).

Es scheint als ob wir uns mit diesen Betrachtungen von der Analyse der Bedeutung des Falles HATZFELDT für L. sehr entfernt hätten. Es muß aber bedacht werden, daß hinter dieser Auffassung des Führerproblems, des Verhältnisses von Führer und Masse eben das ganze Problem des „Idealismus“ steckt. Nicht umsonst betont MARX schon in der frühen Polemik gegen BRUNO BAUER den Zusammenhang zwischen H'schen „Idealismus“ (man könnte auch formalistische Geschichtsphilosophie sagen) und Überschätzung der Rolle des großen „Individuums“ (Die Heilige Familie, Nachlaß II. 186). Und er hebt gerade als Charakteristikon der kommenden Zeit, der weltgeschichtlichen Periode des proletarischen Befreiungskampfes, das wirkliche Zusammenfallen von „Idee“ und „Masse“, „dieses echte Herauswachsen der „Idee“ aus den realen Interessen der Masse“ hervor (ebd. 182/3). Der Formalismus des durch FICHTE revolutionierten HEGEL gestattet L. nicht das radikal Neue in der Revolution, die er erlebt und mitschafft, zu erblicken. Zwischen „Prinzip“ und „Empirie“ besteht für ihn ein — von ihm nicht erkannter — hiatus irrationalis (nach FICHTE'S Ausdruck). Dieser hiatus kann bei ihm deshalb bloß symbolisch-mythologisch überbrückt werden: dadurch, daß sich das „Prinzip“ in irgendeiner Weise, in irgendeiner empirischen Begebenheit, in einem Menschen und seinem Schicksal „verkörpert“. Eine solche Verkörperung der Gesamtproblematik der ganzen bürgerlichen Gesellschaft ist für L. der Fall HATZFELDT. So wie — hier liegen unserer Ansicht nach die richtigen Parallelen zu L.'s Tat — sich diese Lage für VOLTAIRE im Fall CALAS, für ZOLA in der Affäre DREYFUSS verkörpert hat. So wie L. seinerzeit theoretisch im großen Brief an seine Jugendfreunde die Krise der bürgerlichen Gesellschaft einerseits in einer abstrakten Dialektik der Idee, andererseits an einzelnen Gestalten wie DIDEROT'S Rameau, CAGLIOSTRO, CASANOVA etc., in denen sich dieses Schicksal kristallisiert aufzeigt (Bf. I, 222 ff.), so faßt sich jetzt für ihn im Fall HATZFELDT der ganze Kampf der revolutionären Emanzipation zusammen. Das Einzelne ist mit dem Ganzen, sein Schicksal mit der geschichtlichen Krisis teils gefühlsmäßig-unmittelbar, also symbolisch-pathetisch-dichterisch verbunden, teils — was die notwendige Komplementärform hierzu ist — abstrakt-juristisch vermittelt. Denn während das kollektive Schicksal der Klasse nur der bewußtseinsmäßige Ausdruck ihrer ökonomisch-sozialen Lage ist, das durch die richtige Totalitätsbeziehung zur Gesamtgesellschaft und zum Geschichtsprozess real und erkenntnistätig simultan bedingt ist (man denke daran, wie die Beziehung des Verhältnisses von V. zu C. das Schicksal des Proletariats in der kapitalistischen Gesellschaft bei MARX ausdrückt), ist kein Einzelschicksal mit der „Idee“ als simultan coexistent in der Totalität setzbar. Die unendlich verzweigten real-kausalen

Relationen zwischen gesellschaftlicher Totalität und Einzelschicksal müssen notwendig so voll von nicht rationalisierbaren Elementen bleiben, daß hier keine wirklich allgemeine Beziehung möglich ist. (M. und E. haben auch in ihren geschichtlichen Analysen stets den gesellschaftlich-geschichtlichen, ökonomisch-klassenmäßigen realen Spielraum der möglichen Handlungen bis zur Vollendung konkretisiert, nicht aber die einzelnen Handlungen der einzelnen Personen, oder gar ihre „Persönlichkeit“ aus diesen Verhältnissen „kausal“ oder „deduktiv“ abgeleitet). Wird aber — wie bei L. — die Totalität nicht in dieser ökonomischen Konkretheit gefaßt, erscheint auch die Ökonomie bloß als eine der vielen Erscheinungsformen der „Idee“, die Kern und Wahrheit des Gesamtprozesses ist, so bekommen Einzelperson und Einzelgeschick einerseits eine überspannt große Bedeutung in diesem Prozesse, da sie dann als die einzig wirklich „konkreten“ Verkörperungen der „Idee“ übrig bleiben, anderseits entsteht das oben angedeutete schwierige Problem ihrer evident-notwendigen Verknüpfung mit der „Idee“. Diese „Idee“ in ihrer bloß begriffsmythologischen Konkretheit wird dann entweder konkret-unmittelbar mit dem Einzelschicksal verknüpft, welche Verknüpfung aber, da die Konkretheit der Idee eine bloß mythologische und die Konkretheit des Einzelgeschickes eine bloß sinnlich-unmittelbare ist, nur symbolisch-dichterisch beschaffen sein kann. Oder es kommt in diese Verknüpfung der abstrakte Charakter der „Idee“ zum Vorschein: in diesem Falle kann das Einzelgeschick der abstrakten „Idee“ nur als abstrahierter Einzelfall subsumiert werden; und die natürliche, gesellschaftlich gegebene Form einer solchen Subsumption ist — in der bürgerlichen Gesellschaft — die rechtliche Beziehung. Es ist deshalb auch nicht zufällig, daß bei L. diese beiden Momente des Falles HATZFELDT in notwendigem Zusammenhang erscheinen. „Diesen höchsten Beweis der Übermacht der freien Persönlichkeit über das ihr absolut Entgegenstehende legten Sie an WESTPHALEN ab. Es war damit ein wahrer Sieg errungen, denn es war der absolute Gegensatz selbst überwunden, es war der Stand selbst, welcher par excellence das Alte vertrat und angegriffen wurde, der Adel zur Anerkennung der Wahrheit des neuen Prinzips gebracht. Natürlich konnte (wie auch z. B. bei der Französischen Revolution) dies Geständnis, daß sein eigenes Lebensprinzip überwunden und die freie Persönlichkeit das Wahre sei, nur von dem geistig gebildeten Teil des alten Adels ausgehen. Sie müssen sich aber hüten, WESTPHALEN usw. als bloße Ausnahme aufzufassen; WESTPHALEN, OPPENHEIM, MENDELSSOHN, ich usw. usw., wir sind alle nicht Ausnahmen, sondern nur die Vertreter der verschiedenen Klassen der Gesellschaft, welche herbeieilen, um dem neu aufgegangenen Prinzip der weiblichen Persönlichkeit ihre Huldigung darzubringen. . . . Die freie Persönlichkeit kämpft für die allgemeine Anerkennung und Geltung ihrer inneren Wahrheit, ihres Prinzips. Das zur allgemeinen Anerkennung und äußeren Geltung gelangte Prinzip ist das — Recht. Sie kämpft also um ihr Recht und auf dem Rechtsweg.“ (Bf. IV, 44).

Freilich reicht zur vollständigen Erklärung der Priorität des Rechts in der Gesellschaftsauffassung L.s diese formal-systematische Notwendigkeit nicht aus; obwohl ihre Rolle sicher größer ist, als man gewöhnlich annimmt.

Es muß hier hinzugefügt werden, daß das Recht neben dieser seiner formal-systematischen Funktion (als Prinzip der Subsumption des Einzelnen unter das Allgemeine) auch inhaltlich erfüllt auftritt: Naturrecht ist. Denn das Recht ist „zugleich der verwirklichte Ausdruck der alten Gesellschaft und ihres Prinzips. Das Gesetz steht daher allüberall der neuen Wahrheit entgegen“ (ebd.). Hier, indem dieser Gegensatz nicht nur theoretisch zugespitzt und das Recht dadurch in sich dialektisch gemacht wird, sondern auch ihre sämtlichen praktischen Folgerungen gezogen werden, kommt die Korrektur H.s durch den revolutionären Naturrechtler FICHTE klar zum Vorschein; das Naturrecht als das Prinzip der Gerechtigkeit, der Freiheit und des menschlichen Fortschritts im Kampf gegen und als Sieg über das verknöcherte Prinzip des bloß positiven Rechts. Es geht aber dabei die durch H. vollzogene — halbe — Überwindung des Naturrechts verloren. Die Auflösung des Rechts in die Formen der „Gesellschaft“ (der Staat H.s ist seinem Wesen nach weit mehr gesellschaftlich als juristisch) mag bei H. einen noch so konservativen, ja reaktionären Charakter haben. Die Rechtsformen, sowohl in ihrer abstrakt-formellen, rein juristischen Wesensart, wie in der naturrechtlichen Auflehnung gegen diese, werden doch in den höheren Momenten des dialektischen Prozesses — der hier freilich ein vorwiegend logisch-dialektisch-systematischer und kein realgeschichtlicher Prozeß ist — aufgehoben, während bei FICHTE und L. die naturrechtliche Fassung des „höheren“ Rechtsprinzips gerade in dem revolutionären Sieg über das alte Prinzip die Kontinuität des Rechts systematisch verewigt. Was übrigens L. im „System der erworbenen Rechte“ klar ausspricht: „Der inhaltliche Gedanke unseres Themas ist, in seiner höchsten und allgemeinsten Auffassung, kein anderer, als der Gedanke der — aus der Rechtsidee selbst hervorfießenden und ihr entsprechenden — Hinüberführung eines alten Rechtszustandes in einen neuen!“ (Wk. IX, 113.) So sehr also L. an anderen Stellen den historischen Charakter des Naturrechts selbst betont und hervorhebt, so verbleibt doch der Tatbestand, daß nicht, wie bei M. (und freilich schwankend, bloß teilweise bei H.), das Recht selbst nur eine Etappe des geschichtlichen Prozesses darstellt, also in ihm entsteht und vergeht, sondern daß innerhalb der zeitlos-übergeschichtlichen allgemeinen Rechtsphilosophie eine Geschichte der einzelnen Rechtsformen sich abspielt. L.s Revolutionstheorie gipfelt also einerseits in einer naturrechtlichen Begründung des „Rechtes auf Revolution“, andererseits in der theoretischen Grundlegung des „Rechtssystems der Revolution“. Und indem auf diese Weise das Verwurzelte des Rechts überhaupt in der Klassengesellschaft und unseres Rechtes im Kapitalismus nicht bis ans Ende durchschaut wird, verbleibt die ganze Konzeption der Revolution — bei allen proletarischen Einzelinhalten — innerhalb der ideologischen Schranken der bürgerlichen Gesellschaft. Sie ist die Konzeption einer bürgerlichen Revolution. Freilich einer derart umfassenden, gründlichen und tiefen, daß die bürgerliche Gesellschaft zu ihrem Vollziehen bereits prinzipiell unfähig sein muß, daß sie sie als Erbschaft der proletarischen Revolution überlassen muß. L., der hier ahnend am Tore eines Zusammenhanges stand, der uns erst heute — in erster Reihe durch LENIN — klargeworden ist, konnte den richtigen

Zusammenhang nicht erkennen, daß diese Revolution nur das Proletariat vollführen kann. Wohl knüpft die proletarische Revolution in ihrem Ausgangspunkte an diese Probleme an, wohl erfüllt sie sie in ihrem radikalen Fortschreiten, sie ist aber hierzu nur dadurch imstande, daß in ihr die spezifische Art der proletarischen Revolution ganz klar zum Bewußtsein gekommen ist. Hierzu gehört aber vor allem das vollkommene Durchschauen des klassenmäßig-ökonomisch bedingten Charakters von jedem Recht (das eigene Recht der proletarischen Diktatur selbstredend mitinbegriffen) Woraus notwendig folgt, daß selbst bei Fragen, die formell angesehen als Rechtsfragen erscheinen müssen, ihr Rechtscharakter einen bloß technisch-formellen Gesichtspunkt abgibt und mit dem Wesen der Sache sehr wenig zu tun hat, während es zum Wesen der bürgerlichen Revolution gehört, in und trotz der Revolution die Rechtskontinuität aufrecht zu erhalten, d. h. die revolutionären Umwandlungen rechtlich zu begründen. Ein Naturrecht (*de lege ferenda*) ist also unerlässlich, um eine Rechtskontinuität (*de lege lata*) hervorzubringen. Das revolutionäre Naturrecht wälzt also das bestehende positive Recht um, ohne aber an dem Grundcharakter der Gesellschaft Entscheidendes zu ändern, so daß das dadurch entstehende neue Recht, das „positiv“ gewordene Naturrecht, sich in Kontinuität an das alte Recht heranzugibt. Für die bürgerliche Klasse, selbst in ihrer revolutionären Periode, ist dieser Strukturzusammenhang eine Lebensnotwendigkeit. Denn es kommt ihr darauf an, ihre ökonomisch bereits vorhandene und teilweise sogar rechtlich (in Form von „Privilegien“ etc.) zugebilligte Existenzform der ganzen Gesellschaft aufzuzwingen: die Rechtsform der Umwälzung, sowohl die naturrechtliche des Kampfes wie die positivrechtliche des Sieges, hängt wesentlich mit ihren ökonomischen Lebensinteressen zusammen. Ganz anders für das Proletariat, das eine radikal neue Gesellschaftsordnung erstrebt, das zwar als Übergangsformen, aus technischen etc. Gründen Rechtsformen schafft, ja zuweilen sogar für die Kontinuität mit dem alten Rechte sorgt, in alledem aber stets nur eine untergeordnete Seite der Revolution erblicken muß. L. mag also sehr enttäuscht gewesen sein, als M. für seine rechtsphilosophischen Deduktionen über Expropriation so wenig Interesse gezeigt hat. Er zeigt aber schon in dieser Erwartung, daß er weder auf die theoretische noch auf die praktisch zentrale Fragestellung der proletarischen Revolution je wirklich einging: auf die Frage, welche ökonomischen Kräfte zu der Notwendigkeit und Möglichkeit der Expropriation führen, und welche realen Machtmittel diese Notwendigkeit zu verwirklichen imstande sind; die Fragen, die für M. hierbei die einzig wesentlichen waren.

Steht aber selbst die siegreiche Revolution im Verhältnis der Rechtskontinuität zur vorangehenden Entwicklung, so ist es klar, daß der Sieg des „Prinzips“ nur der Sieg des „Rechtes“, der Sieg im Rechtskampfe sein kann. Wie das Recht formell die Vermittlungsform gewesen ist, die den bloß individuellen Fall HATZFELDT mit dem Schicksal der Revolution verknüpft hat so erscheint jetzt der Sieg im Rechtskampfe als die inhaltlich einzig mögliche Art und Weise, das im Individuum verkörperte „Prinzip“ zur geschichtlichen Gestalt zu machen, zu einer geschichtlichen Potenz zu erhöhen.

Freilich ragt diese L'sche Konzeption der bürgerlichen Revolution weit über alle — realen, wie gedanklichen — Möglichkeiten hinaus, die dem Bürgertum von damals gegeben waren. Eine Stütze konnte L. nur in der Arbeiterklasse finden, so wie die deutsche Arbeiterklasse, die damals ihre ersten tastenden klassenmäßig selbständigen Schritte tat, nur konsequent handelte, als sie ihn zum ersten Führer erwählte. In diesem Zusammenhang jedoch interessiert uns mehr, was die Beziehung für L. als was sie für das Proletariat bedeutet hat. Und hier können wir durch diesen, eine größere Konkretheit schaffenden Umweg, zu dem Problem der L'schen „Realpolitik“ zurückkehren und unsere dort ausgesprochene Behauptung, daß L.'s Geschichtsphilosophie ihm — prinzipiell — unmöglich eine praktische Richtschnur zum Handeln geben konnte, bestätigt finden. Es liegt nicht an der persönlichen „Einsamkeit“, an dem Mangel an „ebenbürtigen“ Gefährten etc. Auch M. und E. lebten in einer tiefen Isolierung und es umgab sie keineswegs eine verstehende Atmosphäre. Was immer sie aber politisch gedacht haben, sie hatten stets ihren Maßstab: die Klassenlage des Proletariats und sein daraus entspringendes Klassenbewußtsein; wenn sich auch im Einzelfalle eventuell kein einziger Proletarier zu der Höhe des Klassenbewußtseins erhob. (Über den marxistischen Begriff des Klassenbewußtseins vgl. mein Buch „Geschichte und Klassenbewußtsein“ Berlin, Malik-Verlag 1923). Sie konnten sich im Einzelfall irren, nicht aber von ihrem Weg abirren. L. aber konnte nur in sich selbst den Maßstab für seine Handlungen finden. Denn für diese war das Proletariat — im günstigsten Fall — ein treuer Verbündeter, und eine bürgerliche Klasse, deren großer revolutionärer Theoretiker er gewesen ist, gab es — nur in seinem Denken. Indem er — auch darin ein würdiger Vollender, aber kein Überwinder der klassischen deutschen Philosophie — die Probleme der großen französischen Revolution auf ihren wirklichen Begriff gebracht und zu Ende gedacht hatte, befand er sich weltgeschichtlich im luftleeren Raum. Die Beziehungen seiner Ideen zur Wirklichkeit waren wirklich die zwischen „Idee“ und „Wirklichkeit“. Erst diese Spannung macht seine persönliche „Realpolitik“ und seine „Eitelkeit“ etc. verständlich und die vielen Fälle, wo er aus seinem revolutionären Temperament heraus, infolge seines echten Bündnisses mit dem Proletariat dessen Klasseninteressen richtig vertreten hat, zeigen seine politische Genialität um so klarer, als das Wesentliche seiner Philosophie ihm dabei eher im Wege stand, als daß sie ihm einen Weg zu weisen vermochte. So wird es aber verständlich, daß er auf das gewagte Spiel mit BISMARCK einging, daß es ihn — wie M. sagt, — immer wieder zum Koblenz der Revolution (zu RCSTOW, HERWEGH etc.) hinzog. Die Sackgasse, in die ihn sein Weg geführt hat, mag er am Ende seines Lebens empfunden haben, sein Schicksal hat ihn, wenn auch durch einen grotesk-unwürdigen Tod, davor bewahrt, die Sackgasse wirklich als solche zu erkennen. Darum ist es verständlich, daß in seinem Bild für die Nachwelt das am meisten lebendig blieb, wo das ethische Pathos seines FICHTEANISMUS an rechten Stellen zum Ausdruck gelangen konnte.

Die Jugendbriefe L.'s, speziell die bereits hervorgehobenen großen Briefabhandlungen sind nun deshalb so interessant, weil sie uns zeigen, wie früh



L. im Wesentlichen fertig war. Er hat später unendlich viel empirisches Material in seine Methode hineingearbeitet, seine Konzeption der Geschichte ist immer reicher und reifer geworden, aber alles Spätere ist doch nichts mehr als eine Entfaltung, eine Entwicklung (im buchstäblichen Sinn) dieser Jugendgedanken. Es wäre wirklich sehr interessant, genau zu wissen, wann und in welcher Weise er die Resultate des M.schen Denkens in sich aufgenommen hat: wirklich beeinflusst haben sie ihn doch niemals. Es ist sehr charakteristisch, dass L. selbst im HATZFELDT'schen Briefwechsel nie auf die Lehre von M. zu sprechen kommt. Dies mag freilich — teilweise — Zufall sein; die Gräfin HATZFELDT war z. B. zur Zeit des Berliner Besuches von M. auch in Berlin. Das vollständige Fehlen eines Eingehens auf diese Probleme muß aber doch als charakteristisch angesehen werden. L. hat sich offenbar bloß das aus den Schriften von M. angeeignet, was sich mit der L.'sch interpretierten H.schen Philosophie organisch vereinigen ließ.

Diese Philosophie ist eine Philosophie der Freiheit (wie bei FICHTE und H.). Und wie bei diesen geht bei ihm der Weg von Griechenland und Rom über das Christentum zu der bürgerlichen Gesellschaft. Das Christentum bringt das Prinzip „der absoluten Berechtigung der Persönlichkeit“ in die Geschichte (Bf. I, 116). Und die französische Revolution, durch die die bürgerliche Gesellschaft zur herrschenden Form wird, ist nichts weiter als die Verweltlichung und darum die wirkliche Realisation dieses Prinzips (ebd. und 120/1). In dieser Auffassung zeigt L. einen viel größeren geschichtlichen Scharfblick als ungefähr gleichzeitig BRUNO BAUER. Aber die scheinbare Berührung, die sich hier stellenweise zu den Ausführungen der „Judenfrage“ zeigt, zeigt gerade am schroffsten den tiefgehenden Unterschied der Denkweisen von M. und L. Die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft geht zwar auch bei L. von der bloß formalen Freiheit aus. Das Weitergehen bleibt aber bei ihm rein spekulativ, ideologisch. Die materielle Erfüllung der formalen Freiheit kann nur der Besitz, das Eigentum sein; nur diese vermögen dem Individuum die reale, die materielle Freiheit zu geben (Bf. I, 123); aus dieser Sachlage ergibt sich dann das Wesen der Gegenwart, das System der freien Konkurrenz (ebd. 125). Wie konstruiert und ideologisch dieses ganze Gewebe ist, zeigt sich z. B. in der Begründung, die L. für die — an sich richtige — Erkenntnis, daß in der Gegenwart die Industrie den Handel an Bedeutung überragt, gibt: „denn im Handel handelt es sich um das objektive Substrat des Handels, die Sache selbst, die Ware. Die Industrie hingegen ist es, in der das Prinzip der freien Subjektivität der Persönlichkeit, seine entsprechende Verwirklichung und Geltung findet. In der Industrie handelt es sich nicht sowohl um das objektive Substrat, den Stoff selbst, sondern vielmehr um die den Stoff formierende, bearbeitende Persönlichkeit. Wenn im Handel der Wert durch die Sache selbst bestimmt ist, so kommt es hier vielmehr auf die Bearbeitung an. In der Industrie kann sich die Subjektivität und ihre freie Innerlichkeit, das Talent, zeigen und Geltung verschaffen, in der Industrie erringt das Subjekt sich das Objektive — den Besitz — gerade durch die Tätigkeit und Ausbeutung einer Persönlichkeit, Innerlichkeit, Subjektivität, durch sich, und zwar durch das Allersubjektivste in ihm, durch seine Fertigkeit, Geschmack, Talent“ (ebd. 129).

Oder wenn über die gesellschaftliche Rolle des Geldes behauptet wird: „Es ist das Schreckliche vorhanden, daß ich die Realität meines Fürsichseins, dies innerste eigenste Eigentum, in der Gewalt des anderen sehe (das Geld). Das Fürsichsein ist somit außer sich (ans sich heraus) gekommen, es sieht sich abhängig und in Gewalt der anderen“ (ebd. 215). Die Ausführungen über das Geld als „entäußertes Wesen“ des Einzelnen, sowie die Parallelen dieser materiellen Entäußerung zu der geistigen Entäußerung im Gottesverhältnis erinnern stark an FEUERBACH und MOSES HESS, ohne daß wir vorläufig in der Lage wären, die genauen Beziehungen festzustellen. Die persönlich-praktischen Folgerungen sind freilich ganz L. (ebd. 221, 230 usw.).

Es wäre falsch, in solchen Äußerungen bloß „Naivetäten“ des jungen L. zu erblicken. Vielmehr findet man in ihnen die Keime von beinahe sämtlichen späteren, wesentlichen Stellungnahmen L.s — und die Keime seiner Abweichungen von M. und E. So z. B. in der Verwischung des Unterschiedes zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution. Der Kommunismus, führt er aus, hat „seine ideelle Berechtigung“, er wird sich, „wie jede Stufe des Begriffs, schon durchsetzen; es ist auch gar nicht so etwas Hartes, es sind schon weit härtere Übergänge dagewesen“ (ebd. 133/4). Diese scharfe Formulierung ist insbesondere darum so charakteristisch, weil die unhistorische Gleichmachung der Ereignisse der verschiedenen Geschichtsepochen infolge der Übergeschichtlichkeit des Kategoriensystems, infolge der rein logischen und nicht real-geschichtlichen Fundierung der dialektischen Methode, die FICHTE-H.sche Schranke von L.s Denken in ihr ganz klar zum Ausdruck kommt. Wie wenig sich L. in dieser Hinsicht später wirklich weiterentwickelt hat, zeigt z. B. seine briefliche Diskussion über sein Sickingen-Drama mit M. und E. aus dem Jahre 1859 (Bf. III. 148—158 und 175—211), wo das Wesen der Kontroverse darin liegt, daß M. und E. auch bei Stoff und Form einer Tragödie stets an die spezifischen Probleme einer bestimmten Geschichtsepoche denken, während L.s Absicht ist: die Tragödie der Revolution zu schreiben (ebd. 187). Noch wichtiger ist es aber — besonders für die späteren Kontroversen —, daß L. die so wichtige Unterscheidung H.s zwischen Staat und Gesellschaft, einer der Hebel mit deren Hilfe der junge M. die revolutionäre Umstülpung der H.schen Dialektik vollzieht, zuweilen wieder fallen läßt. In dem für ihn entscheidenden Satze „Der Kommunismus erfaßt zuerst wieder, aber noch dunkel und unklar, den Gedanken des Staates oder der Gesellschaft als eines organischen Ganzen (Bf. I., 134), gebraucht er Staat und Gesellschaft als Synonyme. Diese Feststellung ist nicht nur darum keine Wortklauberei, weil gerade für den logisierenden Dialektiker L. das Verhältnis der Begriffe zueinander systematisch entscheidend ist, sondern auch weil nur auf diese Weise seine — auch später festgehaltene — Geschichtsphilosophie, von der Beziehung des Proletariats zum Staate systematisch begründbar ist. Die in der reifsten Periode verfochtene Theorie: „Vor allem aber sei die entwickelte Staatsidee die Idee des Arbeiterstandes zu nennen“ (Die Wissenschaft und die Arbeiter Wk. II., 241) ist nur auf einer solchen Grundlage möglich. Daß L. später an mancher Stelle Staat und Gesellschaft scharf scheidet, ändert an dieser Sach-

lage wenig, da sein Begriff der Gesellschaft nie über den H.s hinausgeht, ja oft genug hinter ihm zurückbleibt.

Wohl dämmert auch L. manchmal der Gedanke der Selbstaufhebung des Rechtes (Bf. I., 220) auf, im wesentlichen wird aber an dem überzeitlichen Charakter der Rechts- und Staatsidee festgehalten und diese führt notwendig teils zum Verwischen teils zum undialektisch-schroffen Betonen dieses entscheidenden Unterschiedes. Praktisch-politisch wird aber hiedurch das Verhältnis zum bürgerlichen Liberalismus bestimmt. Im oben erwähnten Zusammenhang (Bf. I., 134) betont L., daß der Kommunist am schärfsten gegen die radikalen Demokraten, die Republikaner zu polemisieren hat. Es ist hier unmöglich, die weitere Entwicklung dieser Stellungnahme zu verfolgen. Aber jeder, der die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einigermaßen kennt, wird wissen, daß noch der Bruch von M. und E. mit L.s Nachfolger SCHWEITZER sich — politisch — auf diese gedankliche Erbschaft L.s zurückführen läßt.

Eine Besprechung, wie diese, kann selbstredend nicht den Anspruch erheben, die philosophische Persönlichkeit des jungen L. auch nur in ihren größten Umrissen zu zeichnen. Die vorangehenden Bemerkungen geben sowieso ein hinreichend klares Bild darüber, daß die Entwicklung L.s einerseits eine ungebrochene und gradlinige gewesen ist, andererseits daß selbst jene Punkte, wo er sich dem Marxismus anzunähern scheint, bloß seine größere Folgerichtigkeit im konsequenten Hegelianismus bedeuten, als bei den anderen Junghegelianern aufzufinden war. So sind z. B. Keime der späteren marxistischen Theorie vom „falschen Bewußtsein“ auffindbar, wenn L. ausführt, daß „nicht einer von diesen Industriellen selbst weiß, den Begriff der Industrie, ihre wahre Bedeutung zu erfassen, und wenn sie über die Macht der Industrie sprechen, und daß sie die Seele unserer Zeit sei, so bleibt dies ein hohles unfruchtbares Geschwätz. Allerdings ist die Industrie die Seele unserer Zeit, aber das Wie davon, das begreifen alle deutschen Fabrikanten mit der Pariser Kommission zusammen nicht, trotz ihrer in die Einzelheit gehenden Kenntnisse! Sie sind in dieser Beziehung ebenso bewußtlos wie die Räder ihrer Maschinen selbst, ganz ohne Bewußtsein dessen, was sie sind und tun.“ (Bf. I. 115/6). Wenn er aber sogleich hinzufügt, daß dieses Bewußtsein bei dem Philosophen zu finden ist, so sehen wir, daß es sich dabei nur um eine Anwendung der H.schen „List der Vernunft“ auf ein neues Gebiet handelt, nicht um jene geschichtlich-gesellschaftliche Konkretisierung und Weiterbildung dieser Lehre, die sie im Marxismus erfahren hat. (Beiläufig bemerkt, kann hier zugleich der Kern der späteren L.schen Dualität, wenn auch zum Bündnis gewordenen Dualität von Wissenschaft und Arbeiterklasse gefunden werden, die ebenfalls in seinem Fichteanismus ihre methodische Grundlage hat.) So auch, wenn L. sehr treffend bemerkt, daß der Materialismus „auch erst ein Produkt dieser neuesten Zeit. Er ist noch nie vorher in der Geschichte aufgetreten. Er ist ein Produkt dieser neuesten Zeit, denn er ist ein Produkt und Stufe des neuen Idealismus und Geistes“ (Bf. I., 124). L. erkennt damit ganz klar den Zusammenhang zwischen bürgerlicher Entwicklung, Entwicklung des Kapitalismus und Materialismus und

erhebt sich turmhoch über jene Geschichtsschreiber der Philosophie, die im Materialismus nur eine Erneuerung antik-materialistischer Denkmotive sehen konnten. (Daß diese Denkmotive selbst auf einem der modern-bürgerlichen Entwicklung — teilweise, aber nur teilweise — ähnlichen Boden gewachsen sind, und wegen dieser Analogie auf die moderne philosophische Entwicklung einwirken konnten, gehört nicht hierher.) Man darf aber auch hierbei nicht vergessen, daß diese Wertung des Materialismus ebenfalls durch H. selbst geschaffen und vom radikalen Junghegelianismus (z. B. BRUNO BAUERS „Posaune des jüngsten Gerichts“) besonders hervorgehoben wurde. Er ist also nur folgerichtig im revolutionär gewendeten Hegelianismus, im Festhalten am Wesen der H.schen Philosophie und der Linie seiner eigenen („Heraklit“); wenn L. in der Gesellschaft der Berliner Hegelianer MOLESCHOTT — freilich gemeinsam mit MICHELET — entschieden in Schutz nimmt (Bf. IV., 196).

Wir haben die philosophischen Jugendgedanken L.s nicht nur wegen ihrer großen Wichtigkeit für das Verständnis seiner späteren Entwicklung so eingehend behandelt, sondern weil nach unserer Meinung hier die objektive Grundlage für die Beziehung von M. und L. zu finden ist. In seinem sehr interessanten Vorwort zu ihrem Briefwechsel spricht GUSTAV MAYER mehr über die persönlichen Charakterunterschiede, über die einzelnen Konfliktsfälle; MEHRING, der in seiner Parteigeschichte und den Anmerkungen zum IV. Bd. seiner Nachlaßausgabe endgültig die Legende, als ob L. ein bloßer Schüler von M. gewesen wäre, beseitigt hat, streift dieses Problem nur an einigen Stellen. Beides ist nicht zufällig. Denn gerade hier ist die Würdigung des Verhältnisses von M. und L. am schwierigsten. Schon das Material war lange Zeit unvollständig; hat doch MEHRING die Briefe von M. und E. an L. großenteils nicht gekannt. Es wird aber auch immer unvollständig bleiben. Denn M. und E. haben sich mit L. nie wirklich auseinandergesetzt. Die von GUSTAV MAYER veröffentlichten Briefe enthalten diese Auseinandersetzung geradesowenig, wie der Briefwechsel mit E. oder die Kritik des Gothaer Programmes. Letztere gibt allerdings eine scharfe Erledigung der Folgerscheinungen des Lianismus. Die Briefe an E. enthalten sehr scharfe und treffende Bemerkungen — aber eben doch nur Bemerkungen, die zeigen, wo eine Auseinandersetzung mit L. angesetzt hätte; die Auseinandersetzung, selbst fehlt aber. Und die Briefe an L. sind so diplomatisch gehalten, so wenig aufrichtig in ihrer Kritik, daß man die letzte Meinung von M. immer nur zwischen den Zeilen oder auch aus den gleichzeitigen Briefen an E. herauslesen kann. Nicht als ob die neu veröffentlichten Briefe nicht außerordentlich viel Interessantes enthalten würden. Ich verweise nur auf die Polemik gegen „Das System der erworbenen Rechte“, wo M. eine ebenso tiefe wie treffende Schilderung des wirklichen Wirkungszusammenhanges ideologischer Gebilde in der Geschichte gibt: „Daß die Aneignung des römischen Testaments originaliter (und soweit die wissenschaftliche Einsicht der Juristen in Betracht kommt auch noch) auf Mißverständnis beruht, hast Du bewiesen. Daraus folgt aber keineswegs, daß das Testament in seiner modernen Form — durch welche Mißverständnisse des römischen Rechts die jetzigen Juristen es sich auch immer zurecht konstruieren mögen — das mißverständene

römische Testament ist. Es könnte sonst gesagt werden, daß jede Errungenschaft einer älteren Periode, die von einer späteren angeeignet wird, das mißverständene Alte ist. Daß z. B. die drei Einheiten, wie die französischen Dramatiker unter LUDWIG XIV. sie theoretisch konstruieren, auf mißverstandendem griechischen Drama (und des ARISTOTELES als des Exponenten desselben) beruhen, ist sicher. Andererseits ist es ebenso sicher, daß sie die Griechen gerade so verstanden, wie es ihrem eigenen Kunstbedürfnis entsprach, und darum auch noch lange an diesem sogenannten „klassischen“ Drama festhielten, nachdem DACIER und andere ihnen den ARISTOTELES richtig interpretiert hatten. Oder daß sämtliche moderne Konstitutionen großenteils auf der mißverständenen englischen Konstitution beruhen, die gerade das, was als Verfall der englischen Konstitution erscheint — und jetzt noch formell nur per abusum in England existiert —, als wesentlich aufnehmen, z. B. ein sogenanntes verantwortliches Kabinett. Die mißverständene Form ist gerade die allgemeine und auf einer gewissen Entwicklungsstufe der Gesellschaft zum allgemeinen use verwendbare.“ (Brief vom 22. VII. 1861, Bf. III, 375.) Es ist aber sehr bezeichnend, daß er einerseits auf die Antwort L.s, der ihm besonders die rechtsphilosophischen Partien des Buches ans Herz legt („liegen die §§ 7 und 10 keinem Menschen näher als Dir gerade“ 27./28. VII. 1861, Bf. III, 381), überhaupt nicht reagiert. Andererseits wird in seiner Kritik all das vorsichtig verschwiegen, was als scharfe Ablehnung der L.schen Dialektik im Briefe an E. (9. XII. 1861, Bw. III, 44) ganz schroff zum Ausdruck kommt: „Der Ideologismus geht durch, und die dialektische Methode wird falsch angewandt. HEGEL hat nie die Subsumtion einer Masse von „Fällen“ under a general principle Dialektik genannt.“ (Am unverhülltesten zeigt sich M.s Meinung über L. in dem Brief an KUGELMANN vom 23. II. 1866, den KAUTSKY „im Kampf“ [XVI. 3] veröffentlicht hat). Eine öffentliche Auseinandersetzung aber, die auf solchen Prinzipien aufgebaut wäre, ist nie erfolgt. Die Tendenzen PROUDHON und DÖHRING haben M. und E. theoretisch erledigt. Mit der Tendenz L. haben sie nie offen abgerechnet. (Nur E. wusste, daß der PROUDHON-Artikel im „Sozialdemokrat“ von 1865 gegen L. gerichtet war, und die Kritik des Gothaer Programms ist auch erst sehr spät veröffentlicht worden.) Zum grossen Schaden der theoretischen Klarheit der späteren Entwicklung.

Die Gründe ihres Verhaltens L. gegenüber haben M. und E. klar ausgesprochen. So schreibt M. an E. (25. II. 1859, Bw. II., 308): „L. hat wirklich zu viel Interesse „an der Sache“, um nicht coûte que coûte mit uns zu halten. . . . Also bei klugem management gehört uns der Mann mit Haut und Haaren, so viele „zu endende“ Bocksprünge er immer machen . . . mag.“ Und wenn später diese Hoffnung auch immer mehr abnahm, so daß E. sich nach dem Tode L.s an M. so äußert (4 IX. 1864, Bw. III. 179): „Er war für uns gegenwärtig ein sehr unsicherer Freund, zukünftig ein ziemlich sicherer Feind“, so dauerte diese Diplomatie doch bis zum Tode L.s, ja spielt selbst — trotz des zeitweiligen offenen Bruches — auch in die Beziehung zu SCHWEITZER hinüber. M. und E. haben offenbar eine persönliche offene Auseinandersetzung mit L. für ganz aussichtslos gehalten; L. wirklich und gänzlich für ihren Standpunkt zu gewinnen, schien ihnen vollends unmöglich. Andererseits ge-

stattete die Lage der Arbeiterbewegung und seine Stellung in ihr nicht, mit ihm wie mit PROUDHON und DÜHRING abzurechnen, und dazu war er zu bedeutend und einflußreich, um wie MOSES HESS einfach ignoriert zu werden. Sie gingen dabei offenbar von der Annahme aus, daß die deutsche Arbeiterbewegung auch die „Kinderkrankheit“ des L.anismus überwinden werde. Diese Hoffnung hat sich aber nur teilweise erfüllt. Vor allem hat es auch in ihrer Zeit viel länger gedauert, als sie es gehofft haben, bis diese Überwindung vollzogen ward. Es konnte nicht allzuviel nützen, noch so fein und scharf auf die irrigen Konsequenzen des L.anismus hinzuweisen (Staatstheorie in der Kritik des Gothaer Programms), wenn selbst den intimsten Anhängern die prinzipiellen Differenzen in der theoretischen Grundlegung nicht klar geworden sind. Wohl hat die lebende Bewegung sehr vieles davon allmählich, ohne viel Theorie, erledigt und beseitigt. Aber gerade weil die L.sche Lehre allmählich aufgehört hat, eine bestimmte geistige Tendenz in der Partei zu sein, da sie aufhörte, ohne daß ihre letzten Differenzen zum Marxismus klargelegt und auf diese Weise überwunden worden wären, konnte sie unterirdisch, in den verschiedensten Formen weiterleben, um dann in modernisierter Form wieder aufzutauchen. Und je stärker in der deutschen Arbeiterbewegung die dialektische Tradition verblaßte, desto weniger war man in der Lage, sich mit der Tendenz L. ernsthaft auseinanderzusetzen. Wenn der Beziehung zu H. bei M. und E. bestenfalls nur ein antiquarisch-literargeschichtliches Interesse gewidmet wurde, so war es vollends unmöglich, L. die richtige Stelle in der Entwicklungsgeschichte der dialektischen Methode zuzuweisen.

Und dies ist für eine solche Auseinandersetzung unumgänglich notwendig. MEHRINGS richtige Einstellung, daß L. kein Schüler von M. ist, muß dahin ergänzt werden, daß L. dem Wesen seiner Methode nach ein vormarxistischer Denker ist; sein geistesgeschichtlicher Platz ist zwischen H. und M., wobei alle Probleme des vormarxistischen, stets (wenn auch noch so verschiedenartig) auf FICHTE zurückgehenden Hegelianismus bei CIESZKOVSKI, BRUNO BAUER, MOSES HESS etc. in ihren Beziehungen zu L., dem weitaus bedeutendsten Denker dieser Vorläufergruppe, eingehend untersucht werden müßten. Diese Fragen sind aber vorwiegend historische Fragen, da durch die Entstehung und Entwicklung der materialistischen Dialektik diese Tendenzen endgültig überholt worden sind. Erst wenn diese geschichtliche Seite der Frage erledigt ist — und die Möglichkeit ihrer Erledigung wird sehr erleichtert sein, wenn die ganze Ausgabe GUSTAV MAYERS mit dem so wertvollen Material vollständig vorliegt —, wird die aktuell-praktische Seite des L.-Problems ganz klar werden. Denn es scheint, als ob der Revisionismus, der ja stets der Entwicklung der bürgerlichen Wissenschaft nachgeht, den Tendenzen der deutschen Philosophie, sich von KANT in der Richtung auf H. zu bewegen, ebenfalls zu folgen gewillt wäre; als ob jetzt auf die „neukantische“ Ära im Marxismus die „neuhegelsche“ folgen würde. Eine solche Entwicklung muß aber zwangsläufig auf L. stossen, und die heute schon sichtlich zunehmende Beschäftigung mit L. nährt sich bestimmt zum großen Teil aus dieser Quelle.

Aber doch nur teilweise. Der wirkliche Grund einer wahrscheinlichen L.-Renaissance liegt tiefer: in der politischen und sozialen Lage Deutschlands. Teils ist durch Krieg und Revolution das Problem des Staates wieder stark in den Vordergrund der Diskussion gestellt worden. Und es wurde immer klarer, daß sowohl von revisionistischer wie von progressiv-bürgerlicher Seite der M.schen Staatstheorie, die ja, wie dies LENINS „Staat und Revolution“ ganz klar zeigt, die Theorie der proletarischen Revolution ist, in wirksamer und innerlich einheitlicher Weise nur die Staatslehre L.s gegenübergestellt werden kann. Die Versuche, M. entweder zum Pazifisten oder Staatsverehrer umzudeuten, oder ihn in der gewohnten Weise zu „widerlegen“, mußten scheitern. L. ist die einzige geistige Potenz, von der vorausgesetzt werden kann, daß sie gegen M. etwas ausrichtet. Und zwar nicht nur wegen seiner geistigen Potenz, sondern weil er — wie wir anzudeuten versucht haben — gerade in seinem Fichteanisierten H.ianismus der Theoretiker der bürgerlichen Revolution ist. Die Kontroverse M.-L., die heute im Anzuge ist, ist letzten Endes der Streit, ob die gegenwärtige Periode die der bürgerlichen oder der proletarischen Revolution ist. Die L.-Renaissance bedeutet dabei den theoretischen Versuch: die Entwicklung bei der bürgerlichen Revolution festzuhalten. Und diese Gesichtsperspektive scheint um so verführerischer, als ja die scheinbare Widerlegung der revolutionären Theorie von der Einheit Deutschlands, die BISMARCKSche Reichsgründung, im Weltkrieg elend zusammengebrochen ist, und die Geschichte Deutschland offenbar noch einmal vor das alte Problem von 1812, 1848 usw., der revolutionären Erringung der Einheit, zu stellen beabsichtigt. Gerade hier ist aber jede Strömung (diejenigen, die die Geschichte einfach rückgängig machen wollen, kommen hier nicht in Betracht), die nicht mit MARX und seinen orthodoxen Schülern, LUXEMBURG und LENIN, dies als Aufgabe der proletarischen Revolution betrachtet, d. h. nicht einsieht, daß eine bürgerliche Revolution, die heute sich vollenden will, in die proletarische Revolution übergehen muß, gedanklich gezwungen, auf L., auf das revolutionäre Naturrecht, auf FICHTE und H. zurückzugreifen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß L. allmählich zum führenden Theoretiker des linken Revisionismus wird. Und eine Auseinandersetzung zwischen M. und L. — die, wie wir sehen, von großer aktueller Bedeutung ist — kann nur dann wirklich ergebnisvoll werden, wenn sie auf die letzten Differenzpunkte zurückgreift. Die hier gegebenen Bemerkungen erheben selbstredend keinen Augenblick den Anspruch, in dieser Frage die Lösung auch nur angedeutet zu haben. Sie beabsichtigen bloß an der Hand des so wertvollen neuen Materials, das die wissenschaftliche Behandlung dieses Problems erst wirklich möglich macht, einen Hinweis auf die wichtigsten Probleme zu geben.

## Marx als Abiturient.

Urkundliche Mitteilungen mit Einleitung

von

Carl Grünberg (Frankfurt a. M.).

Vier Monate nach erreichtem 17. Lebensjahr verließ **KARL MARX** das Gymnasium seiner Vaterstadt Trier, um sich zunächst, seit dem Herbst 1835, in Bonn und vom Wintersemester des darauffolgenden Jahres an in Berlin dem Studium der Rechtswissenschaft zu widmen. Von da an tritt sein Leben in helleres und helles Licht. Von seiner Jugend aber und insbesondere von seinen Gymnasiastenjahren und was ihm die Schule und die Lehrer an ihr gewesen sind, wissen wir äußerst wenig. **FRANZ MEHRING** war es, der erstmals einiges darüber berichtet hat<sup>1)</sup>: Auszüge aus den Urteilen der Lehrer *M.s*, wie sie in dessen Abiturientenzeugnis vom 24. September 1835<sup>2)</sup> niedergelegt sind. Er auch hat sie dann später durch weitere über den Ausfall der — schriftlichen und mündlichen — Reifeprüfung ergänzt<sup>3)</sup>. Diese ergänzenden Mitteilungen hatte **MEHRING** allerdings nur aus zweiter Hand: sie waren ihm durch seinen Parteigenossen **E. S. STULTZ** in einer Abschrift aus den Akten des Trierer Gymnasiums zugänglich gemacht worden<sup>4)</sup>. Das mag auch die Fassung erklären, die ihnen **MEHRING** in dem wichtigsten Punkt gegeben hat. Als „interessantest“ erscheint ihm nämlich das Prädikat, daß *M.s* Bearbeitung des deutschen Prüfungsthemas: „Betrachtung eines Jünglings bei

1) Vgl. Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle. Hrsg. von **FRANZ MEHRING**. Stuttgart 1902. I, 7.

2) **MEHRING** gibt das Datum irrtümlich mit „25. September“, in seiner **Marx-Biographie**, offenbar infolge eines Schreibfehlers, mit „25. August“ an.

3) Vgl. **MEHRING**, Splitter zur Biographie von Karl Marx, in *d. Neue Zeit* 39/I (1910), S. 4 f.; und gleichlautend im Nachwort zur II. Aufl. des *Liter. Nachlaß*. IV (1913), S. 365 f.

4) Vgl. den Abdruck der Originalurkunde unten S. 443 ff.



der Wahl eines Berufes“, zuteil geworden ist und das er — im ganzen getreu — nach seinem Wortlaut zitiert, mit folgendem Beisatz am Schluß:

„Ein Satz darin ist interessant: Wir können nicht immer den Stand erwählen, zu dem wir uns berufen glauben; unsere Verhältnisse in der Gesellschaft haben einigermaßen begonnen, ehe wir sie zu bestimmen imstande sind.“

Danach möchte man meinen: diese Bemerkung stamme vom beurteilenden Lehrer selbst. Und MEHRING meinte das auch wirklich. Schreibt er doch in unmittelbarem Anschluß an das Zitat:

„Der Satz, den ich durch gesperrten Druck ausgezeichnet habe, ist für uns noch viel interessanter, als er für die Lehrer des Trierer Gymnasiums war<sup>5)</sup> Hier haben wir den ersten Keim der materialistischen Geschichtsauffassung in unbewußter Vorahnung; was ein Häkchen werden will, krümmt sich beizeiten.“

Eine Behauptung, die MEHRING in seiner MARX-Biographie noch bestimmter formuliert<sup>6)</sup> und die nicht nur von allen jenen, die seinen Spuren folgten, wiederholt, sondern — wie jüngst erst wieder von LEWIN-DORSCH<sup>7)</sup> — in phantastischer Weise aufgeputzt und breitgetreten worden ist.

Sie ist jedoch durchaus unzutreffend und beruht offensichtlich auf einem Mißverständnis. Mindestens, was die Annahme betrifft: M.s Lehrer hätten in dessen zitierten „Betrachtungen“ mehr gesehen als eine Examensarbeit wie andere auch und, sei es noch so entfernt, die künftige Bedeutung ihres Zöglings geahnt. Die nachstehend mitgeteilten Urkunden beweisen das unwiderleglich.

Die Vorbereitung einer Gesamtausgabe der Schriften von MARX-ENGELS durch den Leiter des MARX-ENGELS-Institutes in Moskau, meinen alten Freund und Mitarbeiter D. RJASANOFF, hat mich veranlaßt, den Akten über das Abiturientenexamen des 1835er Jahres am Trierer Gymnasium nachzugehen. Sie sind glücklicherweise noch vollständig erhalten und der Oberstudiendirektor, Herr Geheimer Studienrat Dr. PAULUS, hat sie mir in liebenswürdigster

5) Von mir gesperrt.

6) S. 7: „Dann aber wird wörtlich der Satz hervorgehoben: ... So kündigte sich in dem Knaben das erste Wetterleuchten des Gedankens an, den allseitig zu entwickeln, das unsterbliche Verdienst des Mannes werden sollte.“

7) Vgl. EUGEN LEWIN-DORSCH, Der junge Marx, in Die Glocke 10/II (1925), S. 1500/1504.

Weise zur Verfügung gestellt, wofür ich ihm auch an dieser Stelle herzlichen Dank sage. Sie gestatten einen tieferen Einblick in die Gymnasiastenjahre M.s, als er bisher möglich war, und bringen auch sonst manche Aufschlüsse über Schule, Lehrer und Schülerschaft in der Rheinischen Provinzstadt vor nun drei Menschenaltern, die nicht des Interesses entbehren<sup>8)</sup>. Ich habe sie deshalb und um endgültig jener eingangs erwähnten Legende den Boden abzugraben, auch bis ins kleinste Detail auszuschöpfen versucht, trotzdem ich sonst ein abgesagter Feind jener Historie bin, die den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht und auch vom Strauch- und Gestrüppwerk nichts uninventarisiert lassen zu dürfen glaubt.

\*            \*            \*

M. hat das Trierer Gymnasium durch fünf Jahre besucht, davon zwei in der Prima. Die Anstalt stand, scheint es, gerade in diesen letzten zwei Jahren nicht ganz auf der Höhe. Wir hören wenigstens, daß „von der (mündlichen) Prüfung (der Abiturienten) in der deutschen Sprache Abstand genommen wurde, weil der betreffende frühere Lehrer am Anfange des Schuljahres (1834/35) in den Ruhestand versetzt worden und der neue erst seit Ostern eingetreten war“. Desgleichen wurde „die philosophische Propädeutik ebenfalls zu keinem Gegenstande der Prüfung gemacht, weil dieselbe bisher in den Lektionsplan nicht aufgenommen werden konnte“. Endlich hatte „für die Naturbeschreibung in den Oberklassen keine Wiederholung stattfinden können, und blieb deshalb auch diese bei der Prüfung unberücksichtigt“. Ebenso mittelmäßig wie damals die Schule dürften auch die Lehrerpersönlichkeiten gewesen sein. Von keiner derselben ist irgendeine Kunde erhalten. Auch M. hat — soweit wenigstens bisher feststeht — keiner von ihnen in seinem späteren Leben Erwähnung getan. Aus den Zensuren der Schülerleistungen läßt sich schließen, daß der Unterricht in den geisteswissenschaftlichen Gegenständen ein wesentlich formalistischer war. Das Hauptgewicht wurde, speziell in den Sprachen (Latein, Griechisch, Deutsch, Französisch; für jene, welche sich der Theologie zuzu-

8) Die folgende Darstellung beruht, soweit nicht anderes angegeben ist, auf den Akten.

wenden gedachten, auch Hebräisch) — wie ja allgemein bis in die jüngste Zeit herein noch — auf Grammatik, Formenlehre und Syntax gelegt. Auch auf Fertigkeit im Lateinsprechen wurde gesehen. Im übrigen waren die Lehrer milde Herren und im Abiturientenexamen bemüht, den schwachen Schülern möglichst zu helfen, so daß der vorsitzende königliche Kommissar gegen die Reifeerklärung einiger von ihnen Widerspruch erheben mußte.

\* \* \*

Die Oberprima war stark besucht. Sie zählte 32 Schüler. Mit einziger Ausnahme eines aus Berlin zugezogenen, lauter Rheinländer, meist in Trier und in dessen näherer oder weiterer Umgebung daheim, daher auch zu vier Fünfteln katholisch. Die 7 Evangelischen entstammten insgesamt „Intellektuellen“-Familien, wie man heute sagen würde: die Väter standen im höheren Zivil- oder Militärdienst oder, wie ja auch M.s Vater, in freien Berufen. Dieser sozialen Gruppe gehörten noch zwei Katholiken an; und auch zwei Kaufmannsöhne und ein Fabrikantensohn mochten ihr zuzurechnen sein. Alle übrigen waren Kinder „kleiner Leute“: von Subalternbeamten, Handwerkern, Krämern, Schiffern, Kleinlandwirten (Winzern und Ackerern), dazu des Gastwirtes und des Domschweizers. Dem Alter nach waren sie sehr verschieden. M. mit seinen siebzehn Jahren zählte, ebenso wie noch drei andere, zu den Jüngsten; die meisten standen im Alter von neunzehn bis zweiundzwanzig; aber auch einen Vier- und einen Siebenundzwanzigjährigen — beide bäuerlicher Herkunft —, die sich langsam bis zur Oberprima emporgequält hatten, wies die Klasse auf. Eine Begabten-Klasse war sie nicht. Ein Drittel bestand aus Repetenten und 12 hatten es bereits auf 6, 8, 9 — 3 sogar auf je 10 Studienjahre gebracht. 13, also zwei Fünftel, fielen denn auch im Examen durch.

Regeren kameradschaftlichen Verkehr wird M. wohl nur mit wenigen seiner Mitschüler gepflogen haben. Schon der Altersunterschied dürfte ihn vielfach erschwert oder ausgeschlossen haben. Mehr aber noch die Differenziertheit der geistigen Umwelt, in der der Großteil der Mitschüler M.s und dieser selbst aufwuchs. Er, der von Kindheit an die Hoffnung und der Stolz

seiner Eltern, an der freimenschlichen Bildung teilhatte, welche der Vater sich in starkem Ringen mit sich selbst und der Aussenwelt erarbeitet hatte, unter steter Anregung auch von Seite des geistig hochstehenden Geheimen Regierungsrates LUDWIG VON WESTPHALEN, seines nachmaligen Schwiegervaters — die anderen, meist in materieller Enge und in kirchengläubiger Dumpfheit befangen, welche ihnen ein Pfarramt als höchstes Ziel erscheinen ließ. Wollte ja von den 25 Katholiken der Klasse rund die Hälfte dem Studium der Theologie sich widmen — und dazu konnten von ihnen 6 nicht für reif erklärt werden. Immerhin ist natürlich M. sicherlich manchem Kameraden nähergetreten; nur daß die Verbindung — wie das ja in diesem Alter regelmäßig zu gehen pflegt — den schulmäßigen Zusammenhang nicht überdauerte. Wenn jedoch MEHRING feststellt<sup>9)</sup>, M. habe nie von einem seiner Mitschüler gesprochen und es läge auch von keinem derselben eine Kunde über ihn vor, so ist das nur zum Teile richtig.

Befand sich doch unter den Schulgenossen auch der zweite Sohn LUDWIGS VON WESTPHALEN, EDGAR, M.s späterer Schwager. Um ein Jahr jünger als M., galt er den Lehrern nicht bloß als der fleisigere, sondern auch als der begabtere, und die üblichen Segenswünsche, mit denen sie ihn entließen, klangen um ein gut Stück wärmer, als für M. Erfüllt freilich haben sie sich ebensowenig, wie was er selbst sich vom Leben erhofft haben mag. Es kennzeichnete schon den Sechzehnjährigen — und fiel übrigens auch den Lehrern auf —, daß ihm in seinen „Betrachtungen vor der Berufswahl“ die „Welt als Bühne“ erschien, in der wir alle genötigt sind, als Spieler aufzutreten. Für das Spiel gelte es daher, eine Rolle zu wählen. „. . . Eine jede hat ihre Annehmlichkeiten, eine jede Schwierigkeiten, eine jede ist mit Ruhm verbunden, wenn sie würdevoll und glücklich gespielt wird. Dieselbe Rolle sehen wir von dem einen glücklich, von dem anderen unglücklich spielen.“ Irgendeine größere Rolle aber ist EDGAR im Leben nie zugefallen, und er hat auch aus eigener Kraft keine an sich zu reißen verstanden. Die kameralistischen Studien, denen er sich nach dem Abgang vom Gymnasium zuwendete,

9) Marx-Biographie. S. 6.

scheint er frühzeitig im Stich gelassen zu haben. Er wick — erzählt MEHRING — von den Pfaden des Vaters ebenso nach links ab, wie sein älterer Halbbruder FERDINAND, preußischer Minister des Inneren in der Reaktionszeit der 50er Jahre, nach rechts<sup>10)</sup>. Um 1846 begegnet man ihm im Kreise der Anhänger und Freunde des Schwagers in Brüssel. Er hat auch gelegentlich dessen kommunistische Kundgebungen mit unterzeichnet. Ob aber auch aus gefestigter kommunistischer Überzeugung heraus? Sicher war er, wenngleich gutmütig, ganz auf Äußerliches gerichtet, unstet, unfähig, sich irgendwo zu verwurzeln. Als einen „kuriösen Kauz, bei dem sich in der Tat alles um die Ration und die Kleidung dreht; egoistisch wie ein Hund oder eine Katze, but a kindnatured one“, hat ihn einmal M. charakterisiert<sup>11)</sup>; — zu anderen Malen hat er allerdings auch freundlichere Worte über ihn gefunden<sup>12)</sup>. Nach 1848 trieb sich EDGAR in den Vereinigten Staaten und Mexiko als Farmer, Ackerknecht, Soldat herum — dazwischen immer wieder zeitweilig in Europa, um von der Familie bald nach Amerika „zurückexpediert“ zu werden. „Ein echter Wildling — urteilt MEHRING mit offenbarer Sympathie —, aber immer ein treues Herz für JENNY und KARL M.“ Einer freilich, der ihnen oft genug schwere Sorge und viel Kummer bereitet hat<sup>13)</sup>.

Aber noch einem zweiten Bekannten aus der Schulzeit hat M. auch weiterhin Interesse bewahrt: EMMERICH GRACH, der achtzehnjährig die Anstalt verließ, belobt wegen seines Fleißes, seiner guten Anlagen und „bewiesener Lust an Studien“. Er entstammte einer Trierer Kaufmannsfamilie. In seinem — übrigens recht flachen und phrasenreichen — Reifeaufsatz hatte er sich für die Wahl des Kaufmannsberufes ausgesprochen mit der Begründung: „weil der Handel diejenige Beschäftigung ist, welche das Glück ganzer Nationen begründet, und andererseits

10) Ebenda, S. 10.

11) M. an ENGELS, 24. Juni 1865 (Briefwechsel III, 262).

12) M. an ENGELS, 12. Mai 1865 (ebenda III, 260): „... dieser Edgar, der nie jemand anders als sich exploitierte, und stets workman im striktesten Sinne des Wortes war.“

13) Vgl. M. an ENGELS 31. März 1851; 19. April 1854; 17. Juli 1855; 20. Mai, 31. Juli, 5. und 7. August 1865; ENGELS an M., 13. November 1865 (ebenda, I, 163; II, 15, 76; III, 260, 269, 270, 272, 280).

weil ich sehe, wie meine Voreltern (als Kaufleute) glücklich und zufrieden lebten“. Trotzdem gab er — vielleicht auf Wunsch des Vaters — an, Rechtswissenschaft studieren zu wollen. Allein sein Herz gehörte dem Soldatenstand. Dieser, schrieb der Jüngling in seinen „Betrachtungen“, „gefällt einem jugendlichen, feurigen Temperamente beim ersten Anblick sogleich vor allen übrigen Ständen“, wengleich er dem Vaterlande „notwendig und hierdurch nützlich“ nur deshalb sein kann, „weil einmal Krieg und Befehdung bei den Sterblichen ein notwendiges Übel ist“. Die Universität dürfte er gar nicht bezogen oder sie sogleich wieder verlassen haben, um in die weite Welt zu gehen. Er trat in türkische Militärdienste und rückte rasch auf. Das Jahr 1854 findet ihn bereits als Obersten und als Verteidiger der Donaufestung Silistria gegen die russischen Truppen<sup>14) 15)</sup>.

\* \* \*

Und nun zum Abiturienten M. selbst!

Was Lehrer als „guten“ oder gar als „Musterschüler“ zu bezeichnen pflegen, war er nicht; aber er schlug auch nicht nach der anderen Seite aus. Seine „sittliche“ Aufführung gegen Vorgesetzte und Mitschüler wurde ihm als „gut“ bescheinigt — wie

14) Vgl. M. an ENGELS, 13. Juni 1854 (Briefwechsel II, 28): „Der Kolonel GRACH ist ein Bekannter von mir, aus Trier, keiner der preußischen Instruktooren, sondern ein talentvoller adventurer, der schon seit neunzehn Jahren oder so sein Glück in der Türkei versuchen ging.“

15) Vielleicht stellen sich, wenn die anderen Mitschüler M.s bekannt sind, auch manche andere Beziehungen heraus. Ich lasse daher hier ihre Liste folgen: RUDOLPH ADLOFF (Berlin); FRANZ BLAISE (Saarlouis); HEINRICH CLEMENS (Saarbrück); MARTIN COUSTER (Trier); JAKOB FALK (Wadern); JOH. PETER FASSIAN (Leiwenz); NIKLAS ERNST (Lisdorf); FRIEDRICH FÖHR, JAKOB FUXIUS, EMMERICH GRACH, NIKLAS GRACHER, MATHIAS HAGER, NIKLAS HERMERSDORF, JOSEPH JULIEN, MICHEL KAHLEN, JAKOB LEHNEN (insgesamt Trier); SEBAST. LUXENBURGER, (Ensdorf); JOH. BAPT. MÜLLER (Kylburg); KARL NEUREUTER (Trier); HEINRICH V. NOTZ (Mainz); MATH. PORTRAIT (Merzig); KARL PRAETORIUS (Düsseldorf); ERNST PÜTZ (Madderscheid); JOH. SCHEID (Trier); ANT. SIMON (Platten); MICHEL SERVATIUS (Hetzerath); EDGAR VON WESTPHALEN, ANTON WIERSCH (Trier); GUSTAV V. HORN (Castellaun); V. DER HEYDE und THEIS, über die weitere Angaben fehlen, weil sie beim Abschreiben erwischt, von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen wurden.

allen anderen auch, zwei ausgenommen, die sich einige Male „widerspenstig“ oder „tadelhaft unbescheiden“ benommen hatten. Im ganzen galt er in den Augen der Lehrer als guter Durchschnitt — von nicht wenigen durch Anlagen, Fleiß und Leistungen überragt. Seine Lieblingsfächer waren die alten Sprachen, Deutsch und Geschichte. Die Noten waren in keinem Gegenstand glänzend. Sie lauteten im Jahresmittel für die Übersetzungen: ins Lateinische und aus dem Griechischen 3; ins Französische 4—5; für die lateinischen Aufsätze 2—3 (wobei 1 sehr gut, 5 nicht genügend bedeutet). — Ungefähr auf dem gleichen Niveau bewegten sie sich auch für die schriftlichen Arbeiten im Abiturientenexamen<sup>16)</sup>. Was speziell die mathematische anbelangt, so war von den vier gestellten Aufgaben „nur die erste und die Konstruktion der zweiten ohne erheblichen Fehler; die trigonometrische Auflösung der zweiten war ganz verfehlt und selbst in der leichten dritten Aufgabe war ein Fehler“. Wozu noch zu bemerken ist, daß die vierte gar nicht in Angriff genommen wurde. — Ähnlich stand es um die mündliche Prüfung. In der Religionslehre bewies M. bei der Erörterung der Unsterblichkeit der Seele „befriedigende Kenntnisse“. Ebenso bei der Übersetzung aus dem Griechischen<sup>17)</sup> und in der Mathematik<sup>18)</sup>. Bloß „ziemlich befriedigend“ gestaltete sich die Prüfung aus: dem Lateinischen<sup>19)</sup>; dem Französischen<sup>20)</sup>, und

16) Übersetzung: ins Lateinische: 3; aus dem Griechischen (Sophokles, Trachinerinnen, V. 140—176): 3—4 mit dem Zusatz: *Nonnulla satis bene convertit; sed in plerisque aut pöëtarum sensum non assecutus est, aut Graeca parum eleganter sermone Germanico reddidit*; ins französische: 3—4, mit dem Zusatz: „Grammatische Kenntnisse mangelhaft; Ausdruck ziemlich leicht“. — Im übrigen vergl. unten die Urkunden S. 433 ff.

17) Thucydides lib. III. cap. 1, und Homer, Ilias XXIV, 358|65) und bei der Auskunft „über die Metrik, den Inhalt des Gelesenen und einzelne homerische Formen“

18) Auflösung von zwei Gleichungen ersten Grades mit zwei unbekanntem Größen; dann Bestimmung eines Winkels in einem Dreieck, dessen drei Seiten gegeben sind.

19) Übersetzung von Horaz Ode 20 und Livius, lib. XXXVIII, an die in lateinischer Sprache sich Fragen, über den Inhalt und den Zusammenhang der gelesenen Stellen knüpften.

20) Übersetzung einer Stelle aus Montesquieu, *Considérations sur la grandeur etc.* XVIII.

der Naturwissenschaft<sup>21)</sup>.— Am schlechtesten schnitt der künftige Schöpfer der materialistischen Geschichtsauffassung in der Geschichtsprüfung ab. Er sollte über „SERVIUS TULLIUS und die von demselben getroffenen Staatseinrichtungen“ erzählen, zeigte sich aber nur „mit dem Allgemeinen bekannt“.

Von jeher waren unsere Schulen mehr auf Drill als auf Erziehung angelegt; mehr auf Hemmung und Unterdrückung der freipersonlichen Entwicklung als auf deren Förderung; auf Nivellierung der Sonderbegabungen eher als auf deren Pflege. Nur daß diese Gleichmacherei in der Mittelmäßigkeit mitunter nicht gelingt. Auch die Anstalt, die M. 1835 verließ, machte hierin keine Ausnahme. Was M. an organischer Bildung ins Leben mitnahm, verdankte er größtenteils dem Vaterhause. Die Art, die ihn stets ausgezeichnet hat: weitzugreifen und tiefzuschürfen; nicht am Äußerlichen zu haften, sondern dem Wesen der Dinge nachzuspüren; den zuströmenden Gedanken durch bilderreiche Sprache Körperlichkeit zu geben — all das eignete schon dem Jüngling. Die Lehrer anerkannten es auch zum Teil, waren aber noch mehr geneigt, es zu tadeln: als „Überladenheit mit Ungehörigem“, als Weitschweifigkeit, als „übertriebenes Suchen nach seltenen Ausdrücken“. Sie vermissten jene kahle Nüchternheit und übersichtliche Wohlgerundetheit, wie sie jene lieben, die Schularbeiten zu korrigieren haben. Und daß M., bei aller Weirahmigkeit seiner schriftlichen Arbeiten, nie zu einem rechten Ende kam, ärgerte sie schon mit Rücksicht auf die Unleserlichkeit. Welch gräuliche Klaue! seufzte der Lateinlehrer; und die anderen werden ihm nachgeföhlt haben. Um zu bemerken, daß M.s Aufsätze aus der Schablone herausfielen, hätten sie selbst keine Schablonenmenschen sein dürfen. Auf jene von MEHRING ihnen zugeschriebene Bemerkung im Prädikat über M.s deutschen Aufsatz ist denn auch keiner verfallen. Sie röhrt einzig von ihm selbst oder vom Abschreiber STULTZ her.

Übrigens ist festzustellen, daß der „interessante“ Satz zwar in merkwürdig prägnanter Formulierung auftritt, aber, wie der Vergleich mit den nachfolgenden Sätzen lehrt, inhaltlich nichts anderes besagen wollte, als daß die Berufswahl nicht ohne Rück-

21) Nachweis des Gesetzes der Voltaischen Säule.



sicht auf die äußeren Umstände des Wählenden möglich sei. Ganz ähnlich, wenn auch in der Form plumper und trivialer, äußerten sich auch andere Mitschüler von M. Wichtiger noch ist: daß wir heute bei der Lektüre seines Satzes dem Wort „Gesellschaft“ einen begrifflichen Gehalt unterschieben, der 1835 auf deutschem Boden nicht allein Abiturienten unbekannt war.

Verringert sich nun aber auch bei solcher Betrachtung die Bedeutung von M.s Äußerung sehr stark, so ist m. E. der Wert des deutschen, des lateinischen und des Religionsaufsatzes im ganzen um so größer, und sie verdienen wohl der Nachwelt erhalten zu werden. Insgesamt sind sie von reinstem Idealismus und enthusiastischem Sicheinsfühlen mit der Gesamtheit erfüllt; alle drei bringen den Gedanken zum Ausdruck, daß nicht Macht und äußerer Glanz das Leben sinnvoll gestalten, sondern nur das Streben nach Vollendung durch opfervolle Arbeit für die Menschheit. Und nimmt nicht M. sein Schicksal vorweg, wenn er schreibt, daß den „Lasten nicht niederbeugen können“, der den Sinn des Lebens so auffaßt, weil er dann „keine arme, eingeschränkte, egoistische Freude genießt, sondern (sein) Glück Millionen gehört“?

### I. Deutscher Aufsatz <sup>22)</sup>.

Betrachtung eines Jünglings bei der Wahl eines Berufes.

Dem Tiere hat die Natur *selber* den Wirkungskreis bestimmt, in welchem es sich bewegen soll, und ruhig *vollendet* es denselben, ohne über ihn hinauszustreben, ohne auch nur einen anderen zu ahnen. Auch dem Menschen gab die Gottheit ein allgemeines Ziel, die Menschheit und sich zu veredeln, aber sie überließ es ihm selber, die Mittel aufzusuchen, durch welche er es erreichen *kann*; sie überließ es ihm, den Standpunkt in der Gesellschaft zu wählen, der ihm am angemessensten ist, von welchem aus er sich und die Gesellschaft am besten *erheben kann*.

Diese Wahl ist ein großes Vorrecht vor den übrigen Wesen der Schöpfung, aber zugleich eine Tat, die sein ganzes Leben zu vernichten, alle seine Pläne zu vereiteln, ihn unglücklich zu machen vermag. Diese Wahl ernst zu er-

22) Die nachstehenden Aufsätze M.s werden in moderner Orthographie wiedergegeben; die von den Lehrern rot angestrichenen oder korrigierten Stellen sind kursiv gedruckt, ebenso die Bemerkungen und Prädikate der Lehrer; im Lateinischen Aufsatz sind die Korrekturen in Anmerkungen reproduziert.

wägen, ist also gewiß die erste Pflicht des Jünglings, der seine Laufbahn beginnt, *der nicht dem Zufall seine wichtigsten Angelegenheiten überlassen will.*

Jeder hat ein Ziel, ein Ziel, das ihm *wenigstens* groß scheint, vor Augen, das auch groß ist, *wenn die* tiefste Überzeugung, die innerste Stimme des Herzens es so nennt, denn die Gottheit läßt den Irdischen nie ganz ohne Führer; *sie spricht leise, aber sicher.*

Leicht aber wird diese Stimme übertäubt und, *was wir für Begeisterung gehalten, kann der Augenblick erzeugt haben, wird der Augenblick vielleicht auch wieder vernichten.* Unsere Phantasie ist vielleicht entflammt, unser Gefühl erregt, Scheinbilder gaukeln um unser Auge, und begierig stürzen wir zu dem Ziele, von dem wir wähen, die Gottheit selbst habe es uns gezeigt; aber, *was wir glühend an unseren Busen gedrückt, stößt uns bald zurück und unsre ganze Existenz sehn wir vernichtet.*

Wir müssen daher ernst prüfen, ob wir wirklich für einen Beruf begeistert sind, ob eine Stimme von Innen ihn billigt, oder ob die Begeisterung Täuschung, das, was wir für einen Ruf der Gottheit gehalten, Selbstbetrug gewesen ist. Wie aber vermögen wir dieses zu erkennen, *als wenn wir der Quelle der Begeisterung selbst nachspüren?*

Das Große glänzt, der Glanz erregt Ehrgeiz und der Ehrgeiz kann leicht die Begeisterung, oder, was wir dafür gehalten, hervorgerufen haben; aber, *wenn die Furie der Ehrsucht lockt, den vermag die Vernunft nicht mehr zu zügeln, und er stürzt dahin, wohin ihn der ungestüme Trieb ruft: er wählt sich nicht mehr seinen Stand, sondern Zufall und Schein bestimmen ihn.*

Und nicht zu dem Stande sind wir berufen, in welchem wir am meisten zu glänzen vermögen; er ist nicht derjenige, der in der langen Reihe von Jahren, in welchen wir ihn vielleicht *verwalten*, uns nie ermatten, unseren Eifer nie versinken, unsere Begeisterung nie erkalten läßt, sondern *bald werden wir unsere Wünsche nicht gestillt, unsere Ideen nicht befriedigt sehn, der Gottheit grollen, der Menschheit fluchen.*

Aber nicht nur der Ehrgeiz kann eine plötzliche Begeisterung für einen Stand erregen, sondern vielleicht haben wir denselben durch unsere *Phantasien* ausgeschmückt und *die hat ihn zu dem Höchsten, was das Leben zu bieten vermag, ausgeschmückt.* Wir haben ihn nicht *zergliedert*, nicht die ganze Last betrachtet, die große Verantwortlichkeit, die er auf uns wälzt; wir haben ihn nur von der Ferne gesehn und *die Ferne täuscht.*

Hierin kann unsre eigne Vernunft nicht die Ratgeberin sein; denn weder Erfahrung, noch *tiefere Beobachtung* unterstützen sie, während sie von den Gefühlen getäuscht, von der Phantasie geblendet wird. Zu wem sollen wir aber die Blicke wenden, wer soll uns da unterstützen, wo unsere Vernunft uns verläßt?

Die Eltern, die schon die Bahn des Lebens durchwandelt, die schon die Strenge des Schicksals erprobt haben, ruft unser Herz.

Und wenn dann noch unsere Begeisterung fortwährt, wenn wir dann noch den Stand lieben und für ihn berufen zu sein glauben, *nachdem wir ihn*

kalt geprüft, *nachdem* wir seine Lasten erblickt, seine *Beschwerden* kennen gelernt haben, dann dürfen wir ihn ergreifen, dann täuscht uns weder Begeisterung, noch reißt uns Übereilung dahin.

Aber wir können nicht immer den Stand ergreifen, zu dem wir uns berufen glauben; unsere Verhältnisse in der Gesellschaft haben einigermaßen schon begonnen, ehe wir sie zu bestimmen im Stande sind.

Schon unsere physische Natur stellt sich oft drohend entgegen und *ihre Rechte wage keiner zu verspotten*.

Wir vermögen zwar, uns über dieselbe zu erheben; aber *dann* sinken wir desto schneller unter, *dann* wagen wir ein Gebäude auf morsche Trümmer zu erbauen, *dann* ist unser ganzes Leben ein unglücklicher *Kampf zwischen dem geistigen und körperlichen Prinzip*. Wer aber nicht in sich selbst die kämpfenden Elemente zu stillen vermag, wie soll sich der dem wilden Drange des Lebens entgegenstellen können, wie soll er ruhig handeln, *und* aus der Ruhe allein können große und schöne Taten emportauchen; sie ist der Boden, in dem allein gereifte Früchte gedeihn.

Ogleich wir mit einer *physischen* Natur, die unserem Stande nicht angemessen ist, nicht lange und selten freudig wirken können, so erhebt doch stets der Gedanke, unser Wohl der Pflicht aufzuopfern, *schwach dennoch kräftig* zu handeln; allein wenn wir einen Stand gewählt, zu dem wir nicht die Talente besitzen, so vermögen wir ihn nie würdig auszufüllen, so werden wir bald beschämt unsere eigene Unfähigkeit erkennen und uns sagen, daß wir ein nutzloses Wesen in der Schöpfung, ein Glied in der Gesellschaft sind, das seinen *Beruf nicht erfüllen* kann. Die natürlichste Folge ist dann Selbstverachtung und welches Gefühl ist schmerzlicher, welches vermag weniger durch alles, was die Außenwelt bietet, *ersetzt zu werden?* Selbstverachtung ist eine Schlange, die ewig wühlend die Brust zernagt, das Lebensblut aus dem Herzen saugt *und* es mit dem Gifte des Menschenhasses und der Verzweiflung vermischt.

Eine Täuschung über unsere Anlagen für einen Stand, den wir *näher betrachtet*, ist ein Vergehn, das rächend auf uns selbst zurückfällt, das wenn es auch nicht von der *Außenwelt* getadelt wird, in unserer Brust eine schrecklichere Pein *erregt*, als jene hervorzurufen vermag.

Haben wir dieses alles erwägt und gestatten unsere Lebensverhältnisse, einen beliebigen Stand zu wählen, so mögen wir den ergreifen, der uns die größte Würde gewährt, der auf Ideen gegründet ist, von deren Wahrheit wir durchaus überzeugt sind, der das größte Feld darbietet, um für die Menschheit zu wirken, und uns selbst dem allgemeinen Ziele zu nähern, für welche jeder Stand nur ein Mittel ist, der Vollkommenheit.

Die Würde ist dasjenige, was den Mann am meisten erhebt, was seinem Handeln, allen seinen Bestrebungen, einen höheren Adel leiht, was ihn unangetastet, von der Menge bewundert und über sie erhaben dastehn läßt.

Würde aber kann nur der Stand gewähren, in welchem wir nicht als knechtische Werkzeuge erscheinen, sondern wo wir in unserem Kreise selbstständig schaffen; kann nur der Stand gewähren, der keine verwerfliche,

selbst dem Anscheine nach nicht verwerfliche *Taten* erheischt, den der Beste mit edlem Stolze ergreifen kann. Der Stand, der dieses am meisten gewährt, ist nicht immer der *Höchste*, aber stets der vorzüglichste.

Wie aber ein Stand ohne Würde uns erniedrigt, so erliegen wir sicher unter der Last eines solchen, *der auf Ideen gegründet ist*, die wir später als falsch erkennen.

Da sehn wir keine Hilfe mehr, als in der Selbsttäuschung und welche verzweifelte Rettung, die Selbstbetrug gewährt!

Jene Stände, die nicht *sowohl* in das Leben eingreifen, als mit abstrakten Wahrheiten sich beschäftigen, sind die gefährlichsten für den Jüngling, dessen Grundsätze noch nicht gediegen, dessen Überzeugung noch nicht fest und unerschütterlich ist, obwohl sie zugleich als die erhabensten erscheinen wenn sie tief in der Brust Wurzeln geschlagen haben, wenn wir für die Ideen, die in ihnen herrschen, das Leben und alle *Bestrebungen* zu opfern vermögen.

Sie können den beglücken, der für sie berufen ist, allein sie *vernichten* den, der sie übereilt, unbesonnen, dem Augenblicke gehorchend, ergreift.

Die hohe Meinung hingegen, die wir von den Ideen haben, auf die unser Stand gegründet ist, leiht uns einen höheren *Standpunkt in der Gesellschaft*, *vergrößert unsere eigne Würde, macht unsere Handlungen unerschütterlich.*

Wer einen Stand erwählt, den er hoch schätzt, der wird davor zurückbeben sich seiner unwürdig zu machen, der wird schon deswegen edel handeln, weil seine Stellung in der Gesellschaft edel ist.

Die *Hauptlenkerin* aber, die uns bei der Standeswahl leiten muß, ist das Wohl der Menschheit, unsere *eigne Vollendung*. Man wähne nicht, diese beiden *Intressen* könnten sich feindlich bekämpfen, das eine müsse das andre vernichten, sondern die Natur des Menschen ist so eingerichtet, daß er seine Vervollkommnung nur erreichen kann, wenn er für die *Vollendung*, für das Wohl seiner Mitwelt wirkt.

Wenn er nur für sich schafft, kann er wohl ein berühmter Gelehrter, ein großer Weiser, ein *ausgezeichneter Dichter* aber nie ein vollendeter, wahrhaft großer Mensch sein.

Die Geschichte nennt diejenigen als die größten Männer, die, indem sie für das Allgemeine wirkten, sich selbst veredelten; die Erfahrung preist den als den Glücklichsten, der die meisten glücklich gemacht; die Religion selber lehrt uns, daß *das Ideal, dem alle nachstreben*, sich für die Menschheit geopfert habe und *wer wagte solche Aussprüche zu vernichten?*

Wenn wir den Stand gewählt, in dem wir am meisten für die Menschheit wirken können, dann können uns Lasten nicht niederbengen, weil sie nur Opfer *für alle* sind; dann genießen wir keine arme, eingeschränkte, egoistische Freude, sondern unser Glück gehört Millionen, unsere Taten leben still aber ewig wirkend fort und unsere Asche wird benetzt von der glühenden Thräne edler Menschen.

*Ziemlich gut.*

*Die Arbeit empfiehlt sich durch Gedanken-Reichtum und gute, planmäßige Anordnung. Sonst verfällt der Verfasser auch hier in dem ihm gewöhnlichen Fehler, in ein übertriebenes Suchen nach einem seltenen, bilderreichen Ausdrucke; daher fehlt der Darstellung an den vielen angestrichenen Stellen die nötige Klarheit und Bestimmtheit, oft Richtigkeit, wie in den einzelnen Ausdrücken, so in den Satzverbindungen.*

2,3

WYTTENBACH.

\* \* \*

## 2. Religions-Aufsatz.

Die Vereinigung der Gläubigen mit Christo nach Joh. 15, 1—14, in ihrem Grund und Wesen, in ihrer unbedingten Notwendigkeit und in ihren Wirkungen dargestellt.

Ehe wir den Grund und das Wesen und die Wirkungen der Vereinigung Christi mit den Gläubigen betrachten, wollen wir sehen, ob diese Vereinigung notwendig, ob sie durch die Natur des Menschen bedingt ist, ob er nicht durch sich selbst den Zweck zu erreichen vermag, für welchen ihn Gott aus dem Nichts hervorgerufen.

Wenden wir unseren Blick der Geschichte, der großen Lehrerin der Menschheit zu, so werden wir in ihr mit eisernem Griffel eingegraben finden, daß jedes Volk, wenn es selbst den höchsten Grad der Kultur erreicht hatte, wenn die größten Männer aus seinem Schoße entsprossen waren, wenn die Künste in ihm ihre volle Sonne hatten aufgehen lassen, wenn die Wissenschaften die schwierigsten Fragen gelöst hatten, daß es demungeachtet die Fesseln des Aberglaubens nicht abzustreifen vermochte, daß es weder von sich, noch von der Gottheit würdige und wahre Begriffe gefaßt hatte, daß selbst die Sittlichkeit, die Moral nie rein von fremden Zusätzen, von unedlen Einschränkungen in demselben erscheint, daß selbst seine Tugenden mehr von einer rohen Größe, von einem ungebändigten Egoismus, von einer Sucht nach Ruhm und kühnen Taten erzeugt war, als durch das Streben nach wahrer Vollendung.

Und die alten Völker, die Wilden, denen noch nicht die Lehre Christi erschallt ist, sie zeigen eine innere Unruhe, eine Furcht vor dem Zorne ihrer Götter, eine innere Überzeugung von ihrer Verwerflichkeit, indem sie ihren Göttern Opfer darbringen, indem sie durch Opfer ihre Schuld zu sühnen wähen.

Ja, der größte Weise des Altertums, der göttliche Plato, spricht in mehr als einer Stelle eine tiefe Sehnsucht nach einem höheren Wesen aus, dessen Erscheinung das unbefriedigte Streben nach Wahrheit und Licht erfüllte.

So lehrt uns die Geschichte der Völker die Notwendigkeit der Vereinigung mit Christo.

Auch wenn wir die Geschichte der Einzelnen, wenn wir die Natur des Menschen betrachten, sehen wir zwar stets einen Funken der Gottheit in seiner

Brust, eine Begeisterung für das Gute, ein Streben nach Erkenntnis, eine Sehnsucht nach Wahrheit, allein die Funken des Ewigen erstickt die Flamme der Begier: die Begeisterung für die Tugend überäubt die lockende Stimme der Sünde, sie wird verhöhnt, sobald das Leben uns seine ganze Macht fühlen gelassen: das Streben nach Erkenntnis verdrängt ein niederes Streben nach irdischen Gütern, die Sehnsucht nach Wahrheit erlöschet durch die süßschmeckende Macht der Lüge und so steht der Mensch da, das einzige Wesen in der Natur, das seinen Zweck nicht erfüllt, das einzige Glied in dem Alle der Schöpfung, das des Gottes nicht wert ist, der uns erschuf. Aber jener gütige Schöpfer vermochte sein Werk nicht zu hassen; er wollte es zu sich erheben und sandte seinen Sohn und läßt uns durch diesen zurufen:

„Ihr seid jetzt mein, um des Wortes willen, das ich zu euch

„geredet habe“ (Joh. 15. 5).

„Bleibet in mir und ich in euch“ (Joh. 15, 4).

Nachdem wir so gesehn, wie die Geschichte der Völker und die Betrachtung der Einzelnen die Notwendigkeit der Vereinigung mit Christo erweist, wollen wir den letzten und schwersten Beweis, das Wort Christi selbst betrachten.

Und wo drückt er deutlicher die Notwendigkeit der Vereinigung mit sich aus als in dem schönen Gleichnisse des Weinstocks und der Rebe, wo er sich den Weinstock, uns die Reben nennt. Die Rebe vermag durch eigne Kraft keine Früchte hervorzubringen und so, sagt Christus, könnt ihr ohne mich nichts tun. Noch stärker spricht er sich hierüber aus, wenn er sagt: „Wer nicht in mir bleibet etc.“ (Joh. 15, 4, 5, 6).

Indessen darf man dieses bloß von demjenigen verstehn, die das Wort Christi kennen zu lernen vermochten; denn der Ratschluß Gottes über solche Völker und Menschen, können wir nicht beurteilen, da wir ihn nicht einmal zu erfassen imstande sind.

Unser Herz, die Vernunft, die Geschichte, das Wort Christi rufen uns also laut und überzeugend zu, daß die Vereinigung mit ihm unbedingt notwendig ist, daß wir ohne ihn unseren Zweck nicht erreichen können, daß wir ohne ihn von Gott verworfen wären, daß nur er uns zu erlösen vermochte.

So durchdrungen von der Überzeugung, daß diese Vereinigung unbedingt notwendig ist, sind wir begierig zu erforschen, worin denn dieses hohe Geschenk besteht, dieser Lichtstrahl, der aus höheren Welten beseelend in unser Herz fällt und uns geläutert zum Himmel emporträgt, welches das innere Wesen und der Grund derselben ist?

Sobald wir die Notwendigkeit der Vereinigung erfaßt haben, steht der Grund derselben, unsere Erlösungsbedürftigkeit, unsere zur Sünde hingeneigte Natur, unsere schwankende Vernunft, unser verdorbenes Herz, unsere Verwerflichkeit vor Gott klar vor unseren Augen und, welcher er sei, brauchen wir nicht mehr zu forschen.

Wer aber könnte schöner das Wesen der Vereinigung ausdrücken, als Christus es an dem Gleichnisse des Weinstocks mit der Rebe getan hat?

Wer könnte in großen Abhandlungen alle Teile, das Innerste, was diese Vereinigung begründet, so umfassend vor das Auge legen, als Christus mit den Worten:

„Ich bin ein rechter Weinstock, mein Vater ist ein Weingärtner“ (Joh. 15, 1).

„Ich bin der Weinstock, ihr seid die Reben“ (Joh. 15, 5).

Wenn die Rebe empfinden könnte, wie würde sie freudig auf den Gärtner blicken, der ihrer wartet, der sie ängstlich von Unkraut reinigt und sie fest an den Weinstock knüpft, aus dem sie Nahrung und Säfte und schönere Blüten zieht.

In der Vereinigung mit Christo wenden wir also vor allem zu Gott das liebende Auge, fühlen wir für ihn den glühendsten Dank, sinken wir freudig vor ihm auf die Kniee.

Dann, wenn uns eine schönere Sonne durch die Vereinigung mit Christo aufgegangen ist, wenn wir unsere ganze Verwerflichkeit empfinden, zugleich aber über unsere Erlösung jauchzen, können wir erst den Gott lieben, der uns früher als beleidigter Herrscher, jetzt als vergebender Vater, als gütiger Erzieher erscheint.

Aber nicht nur zu dem Weingärtner würde die Rebe emporschauen, wenn sie empfinden könnte, sie würde sich innig an den Stock anschmiegen, sie würde sich mit ihm und den Reben, die an ihm emporgeschossen, aufs genaueste verbunden fühlen; sie würde schon die anderen Reben lieben, weil ein Gärtner sie besorgt, ein Stamm ihnen Kraft leiht.

So besteht die Vereinigung mit Christo aus der innigsten, lebendigsten Gemeinschaft mit ihm, darin, daß wir ihn vor Augen und im Herzen haben, und, indem wir so von der höchsten Liebe zu ihm durchdrungen sind, wenden wir unser Herz zugleich den Brüdern zu, die er inniger mit uns verbunden, für die er sich auch geopfert hat.

Aber diese Liebe zu Christus ist nicht fruchtlos, sie erfüllt uns nicht nur mit der reinsten Verehrung und Hochachtung gegen ihn, sondern sie bewirkt auch, daß wir seine Gebote halten, indem wir uns für einander aufopfern, indem wir tugendhaft sind, aber nur tugendhaft aus Liebe zu ihm (Joh. 15, Vs. 10, 12, 13, 14).

Dieses ist die große Kluft, welche christliche Tugend von jeder anderen trennt und über jede andre erhebt, dieses ist eine der größten Wirkungen, die die Vereinigung mit Christo im Menschen erzeugt.

Die Tugend ist kein finstres Zerrbild mehr, wie es die stoische Philosophie aufstellt; sie ist nicht das Kind einer harten Pflichtenlehre, wie wir sie bei allen heidnischen Völkern finden, sondern, was sie wirkt, wirkt sie aus Liebe zu Christus, aus Liebe zu einem göttlichen Wesen und, wenn sie aus dieser reinen Quelle entspringt, erscheint sie von allem Irdischen befreit und wahrhaft göttlich. Jede abstoßende Seite taucht sich unter, alles Irdische sinkt, alles Rohe erlöscht und die Tugend ist verklärter, indem sie zugleich milder und menschlicher geworden ist.

Nie hätte die menschliche Vernunft sie so darzustellen vermocht; ihre Tugend wäre immer eine beschränkte, eine irdische Tugend geblieben.

Sobald ein Mensch diese Tugend, diese Vereinigung mit Christo erlangt hat, wird er still und ruhig die Schläge des Schicksals erwarten, mutig den Stürmen der Leidenschaft sich gegenüber stellen, unerschrocken die Wut des Schlechten ertragen, denn wer vermag ihn zu unterdrücken, wer vermag ihm seinen Erlöser zu rauben?

Was er bittet, davon weiß er, daß es erfüllt wird, denn er bittet bloß in der Vereinigung mit Christo, also bloß Göttliches und wen sollte diese Versicherung nicht erheben und trösten, die der Heiland selbst verkündet? (Joh. 16, v. 4).

Wer sollte nicht gerne Leiden erdulden, da er weiß, daß durch sein Beharren in Christo, durch seine Werke Gott selbst geehrt wird, daß seine Vollendung den Herrn der Schöpfung erhebt? (Joh. 15, v. 8).

Also leih die Vereinigung mit Christo innere Erhebung, Trost im Leiden, ruhige Zuversicht und ein Herz, das der Menschenliebe, das allem Edlen, allem Großen, nicht aus Ehrgeiz, nicht aus Ruhmsucht, sondern nur Christi wegen geöffnet ist; also leih die Vereinigung mit Christo eine Freundigkeit, die der Epikurker vergebens in seiner leichtfertigen Philosophie, der tiefere Denker vergebens in den verborgensten Tiefen des Wissens zu erhaschen strebt, die nur das unbefangene, kindliche, mit Christo und durch ihn mit Gott verbundene Gemüt kennt, die das Leben schöner gestaltet und erhebt. (Job. 15, 14).

MARX.

*Eine gedankenreiche, blühende kraftvolle Darstellung, die Lob verdient, wengleich das Wesen der fraglichen Vereinigung gar nicht angeben, der Grund derselben nur von einer Seite aufgefaßt, und ihre Notwendigkeit nur mangelhaft nachgewiesen ist.*

Trier den 17. August 1835.

KRÜPPER.

### 3. Lateinischer Aufsatz.

An principatus Augusti merito inter feliciores reipublicae Romanae aetates numeretur?

Quaerenti, qualis Augusti aetas fuerit, plura occurrunt, ex quibus judicari potest: primum comparatio cum aliis Romanae historiae aetatibus, nam, si ostenderit, aetatibus prioribus, quas felices appellant, similem fuisse Augusti aetatem, illis vero, quas aequalium et recentium judicium, versis et mutatis moribus in pejorem partem, republica in factiones divisa, in bello etiam rebus male gestis, dissimilem, de ea ex aliis conjecturam facere potes; tum quaerendum est, quae veteres de ea ipsa dixerint, quid externae gentes de imperio habuerint, an id<sup>1)</sup> ceriti sint aut<sup>2)</sup> contemserint, denique vero, quales artes litteraeque fuerint<sup>3)</sup>.

1) utrum illum. — 2) an. — 3) Vide, quam longam ac prope infinitam tu tibi ipse operam facias, si isto modo quaestionem tibi tractandam proponis.



Ne vero *longius*<sup>4)</sup> sim, quam *necesse*<sup>5)</sup>, pulcherrimam aetatem ante Augustum, quam morum simplicitas, virtutis studia, magistratum plebisque integritas felicem fecerunt, *aetas*<sup>6)</sup>, qua Italia inferior *subigebatur*, *illamque* Neronis, qua nulla miserior, cum Augusti aetate comparabo.

*Nullo tempore magis a studiis optimarum artium Romani abhorruere, quam aetate ante bella punica, eruditione minime aestimata, cum in agriculturam summi illarum aetatum*<sup>7)</sup> *homines praecipue studium operamque collocarent, eloquentia supervacua, cum paucis verbis de rebus agendis dicerent neque orationis elegantiam, sed sententiarum vim peterent, historia vero eloquentiae non egente, cum res gestas tantum referret solumque in Annalium confectione consisteret*<sup>8)</sup>.

*Tota vero aetas patrum plebisque lite impleta; nam ab expulsis regibus usque ad primum bellum punicum de utriusque jure certatur et magna historiae pars leges*<sup>9)</sup> *tantum refert, quas tribuni aut consules, magna utriusque cum contentione, fecere*<sup>10)</sup>.

Quid *eo*<sup>11)</sup> tempore laudandum sit, jam diximus.

Neronis aetatem si describere volumus, non multa verba opus sunt, *nam* occisis optimis civibus, turpi regnante arbitrio, legibus violatis, urbe cremata, *ducibus*, cum vererentur, ne res bene gestae suspicionem excitarent neque *quid* ad magna facta eos commoveret, pace potius quam bello gloriam quaerentibus, quis interrogabit, qualis illa aetas fuerit?

Quin Augusti aetas huic dissimilis sit, nemo dubitare potest, *nam* ejus imperium clementia insigne est, cum Romani, *quavis omnis libertas, omnis etiam libertatis species evanuerat*<sup>12)</sup>, jussis principis instituta legesque mutare *valentibus omnibusque honoribus*, quos prius tribuni plebis, censores, consules habuerant, tum ab uno viro occupatis, tamen putarent, *se regnare*, imperatorem tantum aliud nomen dignitatibus, quas prius tribuni aut consules *tenuissent*, neque libertatem sibi dereptam viderent. Hoc vero magnum clementiae argumentum, si cives dubitare possunt, quis princeps sit, *an ipsi regnent, an regnentur*<sup>13)</sup>.

Bello vero Romani nunquam feliciores, *nam* Parthi subjecti, Cantabri victi, Rhaeti et Vindelicii prostrati sunt: Germani vero, summi *Romanis*<sup>14)</sup> hostes, quos Caesar frustra *pugnasset*, singulis quidem proeliis et prodicione et insidiis et virtute silvisque Romanos superarunt: sed omnino et Romana civitate, quam singulis Augustus praebuit, et armis, quae duces periti *gessere*, et inimicitia, inter eos ipsos excitata, multorum Germaniae populorum vis *frangebatur*<sup>15)</sup>.

Domi militiaeque igitur Augusti aetas *non comparanda cum Neronis pejorumque principum tempore*<sup>16)</sup>.

4) longior. — 5) necesse est. — 6) Durchstrichen. — 7) illorum temporum. — 8) *Totam hanc comparationem, et descriptionem temporum ante bella cum Carthaginiensibus et aetatis Neronis omittere omnino debebas.* — 9) ? 10) Sic? — 11) in eo. — 12) ? — 13) utrum ipsi regant, an regantur. — 14) Romanorum. — 15) fracta est. — 16) s. oben Anm. 8.

*Partes litesque* autem, quas aetate ante bellum punicum invenimus, tam cessarant, nam Augustum omnes partes, omnes dignitates, omnem potestatem in se collegisse videmus, neque igitur imperium a se ipso dissidere potuit, quod omni civitati summum affert periculum, *auctoritate apud externos populos ea re diminuta, ut rebus publicis*<sup>17)</sup> magis ambitionis causa quam propter civitatis salutem administratis.

Tali modo vero Augusti aetas oculos ad se rapere non debet, ne multis in rebus illa aetate inferiorem videremus<sup>18)</sup>, nam, moribus, libertate, virtute aut diminutis aut plane demotis, dum avaritia, luxuria, intemperantia regnant, aetas ipsa felix nominari non potest, sed ingenium Augusti, instituta legesque hominum, quos elegerit, ut rempublicam perturbatam meliorem redderent, valde affecerant, ut perturbatio, a bellis civilibus evocata, decesserit.

Exempli causa Senatum, quem corruptissimi homines ingressi erant, a vestigiis sceleris expiari<sup>19)</sup> videmus Augustum, multis ab eo<sup>20)</sup> expulsis, quorum mores ei invise (?), multis introductis, qui virtute et intelligentia excellere<sup>21)</sup> 22) Augusto principe semper<sup>23)</sup> viri, virtute et sapientiae gloria praestantes, munere reipublicae fructi erant, nam Maecenate, Agrippa quis viros eo tempore majores nominare potest! Principis ingenium ipsum, quamvis nunquam simulationis integramentis endatum . . .<sup>24)</sup>, ut jam diximus, potestate non abutens, invisam vim mitiore specie tegens videtur, et res publica, qualis ante bella punica fuerit, illi tempori aptissima erat, quod animos ad magnas res excitabat<sup>25)</sup>, viros hostibus terribiles reddidit<sup>27)</sup>, pulchram inter patres plebemque aemulationem a qua vero<sup>26)</sup> non semper invidia abest, evocavit, respublica, qualem Augustus instituerat<sup>28)</sup>, ejus temporibus aptissima mihi quidem videtur, nam, animis effeminatis, simplicitate morum decessa, civitatis magnitudine aucta, imperator potius quam libera respublica populo libertatem affere valet.

*Jam ad id venimus, quale veterum de Augusti aetate judicium fuerit?*

*Eum ipsum divinum appellant*<sup>29)</sup> neque hominem sed deum potius putant quod non dici posset, Horatio tantum teste, sed extremus historiae scriptor, Tacitus, semper de Augusto ejusque aetate maxima reverentia, summa admiratione, amore etiam<sup>31)</sup> loquitur<sup>32)</sup> 33).

Litterae vero artesque nullo tempore magis floruerunt, ea aetate plurimis scriptoribus viventibus, a quibus fontibus quasi omnes populi eruditionem hauriebant.<sup>34)</sup>

Cum respublica igitur bene instituta videatur, principe populo felicitatem ferre cupiente, summis viris vero eo auctore honores tenentibus, cum Augusti aetas optima historiae Romanae aetatibus non inferior,<sup>35)</sup> malis vero dissimilis

17) Quod auctoritas apud externos populos ea re diminuitur, ut res publicae . . . patriae amorem atque salutem administrantur. — 18) Male scripta. — 19) purgare. — 20) gestrichen. — 21) excellent. — 22) Perfecto indic. in hac sententiae ratione non nisi apud Tacitum reperitur. — 23) ? — 25) ? — 26) excitaret. — 27) redderet. — 28) tamen. — 29) evocaret. — 29) instituit. — 30) appellant. — 31) et amore. — 32) Mimime. Vid. *Annal. I, 1—10.* — 33) Sed et hunc locum omittere potueras. — 34) hauriunt. — 35) inferior sit.

videatur, cum partes litesque cessas videas, artes litterasque vero florentes, Augusti principatus merito inter meliores aetates numerandus *valdeque* vir aestimandus, qui, *etsi omnia* ei licerent, tamen, assecutus imperium, reipublicae salutem *tantum efficere* studuit<sup>36)</sup> 37).

MARX.

*Praeter ea, quae suis locis adnotavimus, et plura menda imprimis versus finem, et argumenti tractatione probataque in ea cognitione historiae, et Latinitatis studio in universum non contemnenda scriptura. Verum quam turpis litera!!!*

LOERS. WYTTEBACH.

\* \* \*

#### 4. Zeugnis der Reife

für

den Zögling des Gymnasiums zu Trier

Carl Marx

aus Trier, 17 Jahre alt, evangelischer Confession, Sohn des Advokat Anwandes Herrn Justizrath Marx zu Trier, war 5 Jahre auf dem Gymnasium zu Trier, und 2 Jahre in der ersten Klasse.

I. Sittliche Aufführung gegen Vorgesetzte und Mitschüler war gut.

II. Anlagen und Fleiß. Er hat gute Anlagen; und zeigte in den alten Sprachen, im Deutschen u. in der Geschichte einen sehr befriedigenden, in der Mathematik befriedigenden und im Französischen nur geringen Fleiß.

#### III. Kenntnisse und Fertigkeiten

##### 1. Sprachen:

- a) in der deutschen sind seine gramm. Kenntnisse, wie sein Aufsatz recht gut.
- b) in der lateinischen übersetzt u. erklärt er die leichteren Stellen der im Gymnasium gelesenen Klassiker auch ohne Vorbereitung mit Fertigkeit und Umsicht; und nach gehöriger Präparation oder vermittelt einiger Nachhilfe auch häufig die schwierigeren, besonders solche, wo die Schwierigkeit nicht so sehr in der Eigenthümlichkeit der Sprache als in der Sache und dem Gedankenzusammenhange besteht. — Sein Aufsatz zeigt in sachlicher Hinsicht Reichthum an Gedanken u. tieferes Eindringen in den Gegenstand, ist aber häufig mit Ungehörigem überladen: in linguistischer Hinsicht beweist er viele Übung und Streben nach echter Latinität, obgleich er noch nicht frei von grammatischen Fehlern ist. Im Lateinsprechen hat er sich ziemlich befriedigende Fertigkeit erworben.

36) gestrichen. — 37) *Jejune satis.*

- c) in der griechischen sind seine Kenntnisse und Fähigkeiten hinsichtlich des Verständnisses der im Gymnasium gelesenen Klassiker beinahe so wie in der Lateinischen<sup>1)</sup>.
- d) in der französischen sind seine gramm. Kenntnisse ziemlich gut; er liest mit einiger Nachhilfe auch Schwierigeres u. hat einige Fertigkeit im mündlichen Ausdruck<sup>2)</sup>.

2. Wissenschaften.

- a) Religions-Kenntnisse. Seine Kenntniß der christlichen Glaubens- und Sittenlehre ist ziemlich deutlich u. begründet; auch kennt er einigermaßen die Geschichte der christlichen Kirche.
- b) Mathematik. In der Mathematik hat er gute Kenntnisse.
- c) In der Geschichte und Geographie ist er im Allgemeinen ziemlich bewandert.
- d) Physik. In der Physik sind seine Kenntnisse mittelmäßig.

Die unterzeichnete Prüfungs-Commission hat ihm demnach, da er das hiesige Gymnasium jetzt verläßt, um Jurisprudenz zu studieren, das Zeugnis der Reife ertheilt, und entläßt ihn, indem sie die Hoffnung hegt, daß er den günstigen Erwartungen, wozu seine Anlagen berechtigen, entsprechen werde.

Trier, den 24. September 1835.

**Königliche Prüfungs-Commission.**

gez. Wytttenbach, Lörs, Großmann, Schwendler, Schneemann.  
gez. Brüggemann, Kgl. Kommissar.

---

1) In der ursprünglichen Fassung: sind seine Kenntnisse und Fähigkeiten hinsichtlich des Verständnisses der Klassiker beinahe wie in der Lateinischen, mindere hat er in der Übersetzung der im Gymnasium gelesenen Klassiker, wegen Mangels an Festigkeit in der Grammatik, weniger Sicherheit als in der Lateinischen, obgleich es ihm häufig gelingt, selbst schwierigere Stellen richtig zu erklären, im Ganzen übersetzt er mit befriedigender Fertigkeit.

2) Ursprünglich: spricht Einzelnes.

## **Bruno Hildebrand über den kommunistischen Arbeiterbildungsverein in London.**

Zugleich ein Beitrag zu Hildebrands Biographie.

Von

**Carl Grünberg** (Frankfurt a. M.).

Die letzten Jahre haben eine Reihe wertvoller Untersuchungen und Aufklärungen zur Geschichte des Londoner kommunistischen Arbeiterbildungsvereins und zur Entstehung des Kommunistischen Manifestes gebracht. MAX NETTLAU insbesondere hat in diesem Archiv die Protokolle reproduziert der Diskussionen, welche der Verein — nach WEITLINGS Ankunft in London (September 1844) und unter Zugrundelegung eines von ihm herrührenden Programms — in der Zeit vom Februar 1845 bis zum 7. Jänner 1846 über die Möglichkeit, den Kommunismus vorzubereiten und durchzuführen, abgeführt hat<sup>1)</sup>. Diese Debatte hat bekanntlich in die Einberufung eines Kongresses gemündet, auf welchem der Bund der Gerechten, sich ein „einfaches kommunistisches Glaubensbekenntnis“ als allgemeine Richtschnur geben sollte, und in die Formulierung von 6 Fragen, aus deren Beantwortung der — von BERNSTEIN veröffentlichte — ENGELSSche Urentwurf des Kommunistischen Manifestes hervorgegangen ist<sup>2)</sup>. Über die Beratung, welche im Anschluß an dieses Fragenschema im Schoße des Vereines im Herbst 1847 stattgefunden hat, hatte NETTLAU schon früher einige Fragmente mitgeteilt<sup>3)</sup>. Eine weitere Ergänzung bietet nun die nachstehend veröffentlichte Urkunde. Sie ist nach mehreren Richtungen hin interessant. Sie enthält nicht nur

---

1) NETTLAU, Londoner deutsche kommunistische Diskussionen 1845 (in diesem Archiv X, 362/391).

2) GRÜNBERG, Die Londoner kommunistische Zeitschrift usw. (Hauptwerke d. Sozialism. u. Sozialpolitik. N. F. V). 1921. S. 15 ff.

3) NETTLAU, Marxanalekten (in diesem Archiv VIII, 392 ff.).

die höchst lebendige Schilderung einer Sitzung des Arbeiterbildungsvereins — vom 14. April 1846 —, sondern zeigt auch, daß dessen Debatte, welche nach NETTLAUS Angaben am 7. Jänner 1846 ihren Abschluß gefunden haben soll, auch noch ein Vierteljahr später fort dauerte und zwar über die Frage der Kindererziehung und damit im Zusammenhange der Weibergemeinschaft, die bereits vorher besprochen worden war. Sie gewinnt aber außerdem an Bedeutung durch ihre Provenienz. Sie stammt nämlich von einem Angehörigen der bürgerlichen Klasse, der dem Sozialismus absolut ablehnend gegenüberstand, nämlich von BRUNO HILDEBRAND, dem Verfasser des Werkes über Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft<sup>4)</sup>, das bekanntlich zu mehr als einem Drittel der Widerlegung der ENGELSSchen Schrift über Die Lage der arbeitenden Klassen in England gewidmet ist.

Ich verdanke sie seiner Enkelin, der Tochter des im Jahre 1917 als Professor der Staatswissenschaften in Graz verstorbenen RICHARD HILDEBRAND, Frau BERTA VOIGTLÄNDER-TETZNER in Frankfurt a. M.-Oberursel, die sie mir nebst anderen Aufzeichnungen und Akten ans dem Nachlasse ihres Großvaters zur Verfügung gestellt hat.

Die letzteren haben ebenfalls ihren besonderen Wert dadurch, daß sie es gestatten, Wesen und Wirken HILDEBRANDS in schärferen Umrissen und konkreter zugleich zu sehen, als das bisher möglich war. Kennen wir ja sogar das äußere Leben dieser starken und leidenschaftlichen Persönlichkeit nur in recht flüchtigen Umrissen. Seines Kollegen und Schwiegersohnes, JOHANNES CONRAD, nüchtern-herzlicher und herzlich-nüchterner Nachruf<sup>5)</sup> gibt nur dürftige Auskunft und gleitet — aus Unkenntnis oder weil CONRAD der politische Radikalismus des Schwiegervaters in den Vierziger und Fünfziger Jahren des abgelaufenen Jahrhunderts nicht sympathisch war — gerade über die Zeit von HILDEBRANDS Tätigkeit in Marburg mit einigen kurzen Bemerkungen hinweg; und auch was von anderer Seite her über sie

4) Frankfurt a. M. 1848. — Neuausgabe von HANS GEHRIG (in WAERTIGS Sammlung sozialwiss. Meister XXII). Jena 1922.

5) Vgl. CONRAD, Bruno Hildebrand (im Jahrb. f. Nationalök. u. Statistik XXX (1878), S. I—XVI).

berichtet wird <sup>6)</sup>, vermag die Lücken nur noch mehr fühlen zu lassen, als sie auszufüllen. So darf ich wohl hoffen, daß die nachfolgenden Mitteilungen nicht unwillkommen sein werden. Vielleicht reizen sie sogar zu einer monographischen Behandlung des Mitbegründers der Historischen Schule der Nationalökonomie, die in dem dissertationenreichen Deutschland erstaunlicherweise noch nie und nirgends versucht worden ist.

\* \* \*

Als Sohn eines Gerichtskanzlisten in Naumburg a. S. im Jahre 1812 geboren, wurde HILDEBRAND nach Studien an den Universitäten Leipzig und Breslau, wo er infolge seiner Beteiligung an der Leipziger Burschenschaft eine längere Untersuchungshaft durchzumachen hatte, 1839 außerordentlicher Professor der Geschichte in Breslau, seit 1841 aber ordentlicher Professor der Staatswissenschaften an der Universität Marburg. Hier wurde er für die Jahre 1844 und 1845 zum (Pro)Rektor gewählt <sup>7)</sup>. Als solcher „trat er mannhaft für die Rechte der Hochschule der Regierung gegenüber ein“. Freilich darf man nicht glauben, daß es sich dabei um besonders wichtige Dinge gehandelt habe: in einem Glas Wasser kann es keine großen Stürme geben. Immerhin aber entbehrt diese Episode, und was mit ihr zusammenhängt, nicht des kulturhistorischen Interesses. Sie ist zugleich höchst bezeichnend sowohl für HILDEBRANDS Charakter, sein Temperament und seine politische Gesinnung, wie für den unerträglichen politischen Druck im Vormärz, sowie für die lächerliche Kleinlichkeit der Verhältnisse, die damals, dank der Bevormundung von allem und jedem durch die Regierungen, an deutschen Universitäten herrschten. Sie verdient daher wohl, festgehalten zu werden <sup>8)</sup>.

---

6) Vgl. ROSENFELD, Mitteilungen über Bruno Hildebrand aus der Zeit seiner Marburger Professur 1841—1851 (in Mitteil. d. Vereins f. hessische Gesch. u. Landeskunde 1912/13. Kassel 1913, S. 57/59); und die Würdigung durch GEHRIG in dessen zit. Neuausgabe.

7) Vgl. CONRAD a. a. O., S. VI.

8) Das folgende nach HILDEBRANDS Aufzeichnungen und Akten. Soweit die letzteren die amtlichen Geschäftszahlen tragen, führe ich diese an, um etwaige weitere lokalhistorische Forschung zu erleichtern.

Am 4. Juni 1845 abends hatten 18 Studierende in der Stadt das Lied: „Deutsche Freiheit, deutsche Treue“ laut gesungen und dabei „vielmals gerufen, es lebe die deutsche Freiheit!“ Das hatte zur Folge, daß „sämtliche Polizeimannschaft und die Gensdarmarie den ganzen Abend in der Stadt auf den Beinen war“, daß der kommandierende Rittmeister die Arretierung aller Studierenden anordnete, die nach 10 Uhr auf der Straße angetroffen würden, und daß tatsächlich ein Student nach 1/2 11 Uhr abgeführt werden sollte, der aber „mit Not von dem Universitätswächter befreit wurde“.

Das ging dem einstigen Burschschafter HILDEBRAND um so mehr auf die Nerven, als er schon früher mehrfach mit Polizeianzeigen gegen das Singen der Studierenden auf der Straße befaßt worden war, trotzdem die Universitäts-Deputation als gerichtliche Behörde bereits am 28. Januar 1845 „der kurfürstlichen Polizeikommission ihre Ansicht schriftlich dahin ausgesprochen (hatte), daß sie in der Aufführung eines mehrstimmigen Kunstgesanges der Studenten auf öffentlicher Straße vor 10 Uhr abends, solange dieselbe in den Schranken des Anstandes bleibt, nichts Unerlaubtes erkenne“. Nun von der Polizeikommission verständigt, daß künftighin das vorher erlaubte Singen bloß „unter gewissen, wesentlich beschränkenden Voraussetzungen gestattet“ sein solle, erklärte er, erst die Entscheidung der Universitäts-Deputation einholen zu müssen. Und einer weiteren Anzeige gegenüber: mehrere Mitglieder der Liedertafel hätten am 10. Juni vor 10 Uhr auf dem Markt einen mehrstimmigen Kunstgesang aufgeführt, meinte er, die Erlaubnis zu solchen Aufführungen habe nach den geltenden Vorschriften einzig er als Prorektor zu erteilen. Zugleich protestierte er in einem Schreiben an den Polizeidirektor WANGEMANN gegen die Art, wie in der Polizeianzeige die Vorgänge vom 4. Juni dargestellt und aufgebauscht worden seien. Es sei „unbegreiflich und unbeschreiblich leichtsinnig, wenn die Unterbeamten (des Polizeidirektors) aus dem unschuldigen Inhalt dieser Lieder eine politische Verdächtigung so vieler Söhne der achtbarsten Familien des Landes entlehnen“. WANGEMANN solle doch die Unterbeamten, „wenn deren Einsicht und Bildung nicht so weit reiche, um ein allbekanntes Studentenlied von politisch anstößigen Liedern und Ausrufungen zu unterscheiden, anweisen,



sich überhaupt um den Liedertext nicht zu kümmern, damit durch so höchst komische Denunziationen den Protokollen und Untersuchungen der nötige ernste Charakter nicht entzogen werde“.

Solche Konflikte zwischen Prorektor und Polizeidirektor häuften sich auch weiterhin und die Erbitterung steigerte sich auf beiden Seiten. Jeder suchte dem Anderen am Zeug zu flicken und speziell WANGEMANNS Haß gegen HILDEBRAND wuchs ins Maßlose, da auch dieser sich jenem sehr unbequem machte.

Ein Polizeibeamter hatte mit Wissen WANGEMANNS und sogar, wie behauptet wurde, gefördert durch ihn, eine Badeanstalt eingerichtet, die in Wirklichkeit ein Bordell war. HILDEBRAND leitete deshalb, „im Interesse des sittlichen Wohles der Studierenden“, eine Untersuchung ein, die mit einer gleichgerichteten Beschwerdeschrift eines Professors der Medizinischen Fakultät an das Kurfürstliche Ministerium des Innern zusammentraf. WANGEMANN leugnete natürlich. Das Bad werde — berichtete er nach Cassel — auf Anraten der Ärzte von kränklichen Personen beiderlei Geschlechts, meist aus den höheren Ständen „häufig benützt“ und sei keineswegs eine „Freude-Anstalt“. Auch sei es „eine sehr grobe Lüge, daß er jene Badeanstalt mal selbst besucht habe“. Dann kehrte er aber den Spieß um und behauptete seinerseits: „Soviel sei gewiß, daß der (Beschwerdeführer) Professor SONNENMEYER die Universität im In- und Auslande in ein höchst nachteiliges Licht stelle; . . . sein höchst sittenloser Lebenswandel, seine Trunksucht, seine Marktschreierei, sein Hang zur Verschwendung und zur Kontrahierung von Schulden, sein täglicher Umgang, der sich auf den wegen Hochverrats verurteilten Zeichenlehrer HAACH beschränke, müßten ihn notwendig in der öffentlichen Achtung gänzlich herabsetzen.“

Wie dieser Frosch-Mäusekrieg, zunächst im konkreten Falle, ausgegangen ist, habe ich nicht feststellen können. Sicher jedoch ist, daß er in seinem weiteren Verlaufe den Höhepunkt damit erreichte, daß — zweifellos auf HILDEBRANDS Initiative — ein Antrag auf „Ausstoßung des Polizeidirektors“ aus dem „Akademischen Museum“ gestellt wurde.

Dieses, ein geselliger Bildungs- und Unterhaltungsverein, bestand in Marburg seit 1832. Es gehörten ihm fast alle Professoren, Honoratioren und Studierenden an. Wie das in Kleinstädten und

namentlich in kleinen Universitätsstädten der Fall zu sein pflegt: die Mitgliedschaft im Akademischen Museum galt als Zeichen, daß man zur „Gesellschaft“ zähle. Die Ausschließung mußte also diffamierend wirken und als gesellschaftliche Ächtung empfunden werden — was sie ja auch in der Tat sein sollte.

Den Anlass zum Ausschließungsantrag gab das Vorgehen WANGEMANNs gegen HILDEBRAND, den damaligen Direktor der Museumsgesellschaft, persönlich.

HILDEBRAND war als oppositioneller Liberaler bekannt und daher bei der Regierung politisch höchst mißliebig. Im Frühsommer 1845 nun hatte sich eine Gelegenheit geboten, ihm zu Leibe zu gehen, und der Polizeidirektor hatte sich beeilt, sie anzunützen.

Von einer Osterferienreise nach England hatte HILDEBRAND eine größere Anzahl Nummern von verschiedenen führenden englischen Zeitungen „als Probeblätter“ mitgebracht, da im vorangegangenen Winter vielfach der Wunsch laut geworden war, im Akademischen Museum auch einige ausländische Blätter abonniert zu sehen. Die mitgebrachte Kollektion ließ HILDEBRAND im Vereins-Lesezimmer auflegen. Darunter auch „als Kuriosum“ Nummern der von Herzog KARL VON BRAUNSCHWEIG, dem „Diamantenherzog“, redigierten Deutschen Londoner Zeitung, ohne zu wissen, daß diese im Kurfürstentum verboten sei. Dazu kam noch, daß eine der aufgelegten Nummern „in einem . . . Artikel aus und über Baden mehrere unwahre Gerüchte über Kurhessen“ enthielt<sup>9)</sup>. Für WANGEMANN war das ein gefundenes Fressen, und er schritt in der zweiten Junihälfte 1845, also kurz nach jener Abkanzlung durch HILDEBRAND, unverzüglich ein. Erst sollte die gefährliche Nummer im Lesesaal konfisziert werden; dann wurde sie, da sie dort inzwischen abhanden gekommen war, HILDEBRAND abgefordert; schließlich wurde bei diesem Haussuchung abgehalten und es wurden ihm sogar, trotz seines Protestes, gewaltsam die Schlüssel zu den verschlossenen Räumen und Schränken aus der Tasche gezogen. Die Haussuchung blieb ergebnislos. Aufs tiefste verletzt verständigte HILDEBRAND von diesen Geschehnissen sofort den Akademischen Senat, „um zu zeigen,

9) Vgl. HILDEBRAND, Die Nationalök. d. Gegenwart etc. S. VII.

welcher Ehrenkränkung ein Mitglied der Universität durch das brutale Vorgehen des . . . WANGEMANN ausgesetzt ist und wie sehr man den Professoren Glück wünschen muß, welche in anderen Staaten eine einsichtsvolle und humane Behandlung von seiten der Regierungsorgane nebst einem geringen Gehalt unter den jetzigen Verhältnissen glänzenden Rufen nach Marburg vorziehen“. Der Polizeidirektor seinerseits beantragte beim Ministerium gegen HILDEBRAND eine weitere Untersuchung. Das schlug dem Faß den Boden aus und zeitigte den Antrag auf Entfernung des Polizeimenschen aus dem Akademischen Museum.

Dieser erfuhr natürlich gleich hiervon und kam der Verhandlung des Antrags in der Generalversammlung dadurch zuvor, daß er an die kurfürstliche Regierung nach Cassel berichtete und sich vom Ministerium ermächtigen ließ, das Akademische Museum zu schließen, dessen Fortbestand zu untersagen und den Mitgliedern den Zutritt „bei nachdrücklicher Strafe“ zu verbieten. Ja, er tat noch ein Übriges und legte eine Polizeiwache ins Haus. Das geschah am 5. Januar 1846.

Die bevorstehende Maßregelung war in der Kleinstadt schon Tags zuvor bekannt geworden. Darob große Aufregung, besonders in den akademischen Kreisen, die sich zumeist betroffen fühlten. HILDEBRAND und eine Reihe anderer Professoren — darunter die damals in Marburg wirkenden BUNSEN, GILDEMEISTER, SYBEL und WAITZ — beriefen noch am 4. eine Versammlung ein, um „über die weiteren Schritte evtl. über die Gründung einer neuen Gesellschaft zu beraten“, mit dem Ergebnis, daß eine langatmige Beschwerdeschrift an das Ministerium zustande kam, in der unter Hinweis auf allgemeine Rechtsgrundsätze und auf die beschworene Verfassung „die Aufhebung der Rechtsverletzung“ begehrt wurde. Wenn — hieß es darin — die beantragte Ausschließung „des ihnen nicht gefallenden Mitgliedes“ WANGEMANN den Grund zu ihr gegeben habe, so müsse festgestellt werden, „daß es zu den Dienstbefugnissen keiner Behörde gehören kann, jemanden vor dergleichen Unannehmlichkeiten zu bewahren, die nicht einmal eine Injurie, geschweige ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen enthalten“.

Braucht noch festgestellt zu werden, daß diese Vorstellung nichts nützte? Galt es ja nunmehr, die gefährdete Staatsautorität

zu schützen! So erhielten denn „der Professor HILDEBRAND und Genossen“ mit bemerkenswerter Schnelligkeit, schon am 20. Januar 1846, den Bescheid: „daß es bei der besagten Maßregel selbst lediglich sein Bewenden behalte“. Immerhin wurden aber eine Woche darauf die Museumsräume entsiegelt und die Gesellschaftseffekten freigegeben. Der Fortbestand des Vereins jedoch blieb nach wie vor polizeilich untersagt und nach wie vor auch sollten ihn die früheren Mitglieder zum Zweck seiner Fortführung nicht betreten dürfen <sup>10)</sup>.

Roma locuta, causa finita. Aber nicht auch schon für HILDEBRAND. Für ihn sollte die Sache vielmehr noch ein sehr bedeutendes Nachspiel haben.

Er führte bei der kurhessischen Ständeversammlung über die ihm von WANGEMANN widerfahrene Unbill Beschwerde und forderte Genugthuung. Er erreichte damit nur, daß ihm die Regierung durch seinen Amtsnachfolger im Rektorate eine Rechtfertigung dieses Schrittes abfordern ließ <sup>11)</sup>. HILDEBRAND verweigerte sie, unter Berufung auf die Verfassungsbestimmungen, formell, weil keinem in seinen Privatrechten verletzten Staatsdiener „der Weg vorgeschrieben ist, auf welchem er eine Aufhebung der Verletzung erwirken soll“. Wollte aber das Ministerium wissen, weshalb er nicht im Verwaltungswege, also beim Ministerium selbst Abhilfe angestrebt habe, so antworte er: weil die vom Polizeidirektor erfahrene „Mißhandlung so unerhört“ sei, daß er sie „für einen Mißbrauch der Amtsgewalt und für eine Verletzung der gesetzlich verbürgten persönlichen Freiheit (halte), die nicht auf dem Verwaltungswege, sondern nur durch das Gericht wieder gutgemacht werden (kann)“. Sollte ihm keine Genugthuung werden, — drohte er schließlich —, so werde er seine „sämtlichen Erfahrungen“ als Prorektor und Vizeprorektor sowie als Mitglied der akademischen Kommissionen „über den Polizeidirektor Wangemann . . . durch eine Broschüre der vollen Wahrheit gemäß veröffentlichen“.

Damit hatte er die Regierung zu einer Kraftprobe heraus-

10) Auszug aus d. Protokoll d. Minist. d. Innern, dto. Cassel, 20. Januar 1846, Nr. 372; Erlaß der Polizeidirektion, dto. Marburg, 29. Januar 1846, zu Nr. 188 P. d. Pr.

11) Auszug aus d. Protok. d. Minist. d. Innern, dto. Cassel, 18. Juli 1846, Nr. 6178.

gefordert und mußte bald erfahren, daß er der Schwächere sei und daß Gewalt über Recht gehe. Im Januar 1847 wurde er „der Funktion des Vice-Prorektors“ enthoben und eine Neuwahl an seiner Stelle angeordnet. Hand in Hand damit erging die Verfügung, daß „für die Zukunft die Wahl des Vice-Prorektors gleich der des Prorektors der landesherrlichen Bestätigung unterliegen“ solle<sup>12)</sup>. Nicht genug daran, es wurde gegen ihn auch ein Strafverfahren eingeleitet, in dessen Verlauf er verhaftet und im Februar 1847 vom Lehramt suspendiert wurde. Vor der gegen ihn erhobenen Anklage nun wurde er allerdings nach einer beinahe anderthalbjährigen Kriminaluntersuchung<sup>13)</sup> freigesprochen, seine Rehabilitierung und die Wiedereinsetzung in das Lehramt aber erreichte er erst, nachdem die Märzrevolution von 1848 ein liberales Ministerium ans Ruder gebracht hatte<sup>14)</sup>.

Übrigens — um diese Mitteilungen über den HILDEBRAND der ersten Periode zum Abschluß zu bringen<sup>15)</sup> — nicht für lange. Im April 1848 in die Frankfurter Nationalversammlung abgeordnet, betätigte sich HILDEBRAND dort nicht nur in deren volkswirtschaftlichem Ausschuß sondern auch politisch in hervorragender Weise. Er gehörte zu jenen Abgeordneten, die es mit der bürgerlichen Revolution ernstnahmen, für die Souveränität der Nationalversammlung als verfassungsgebenden Körpers für das deutsche Volk eintraten, sich für die Verlegung des Parlaments nach Stuttgart erklärten und für die Wahl der Reichsregenten sowie für den Antrag auf gewaltsame Durchführung der Reichsverfassung stimmten. Nach der Aufhebung des „Rumpfparlaments“ im Juli 1849 war er bis zur Auflösung des kurhessischen Landtages im Juli 1850 Mitglied desselben und auch als solches in entschiedener Opposition gegen die reaktionäre Regierung. Dann nahm er seine Marburger Lehrtätigkeit wieder auf. Im Herbst 1851 wurde jedoch gegen ihn und zwei andere kurhessische Abgeordnete des Frankfurter Parlaments (Bürgermeister JOHANN

12) Auszug ebenda, 19. Januar 1847, Nr. 12818/46.

13) Vgl. HILDEBRAND a. a. O., S. VII.

14) Vgl. ROSENFELD a. a. O., S. 58.

15) Das folgende nach: PHILIPP SCHWARZENBERG, Der Hochverratsprozeß gegen kurhessische Abgeordnete der Deutschen Nationalversammlung. Coburg 1863; CONRAD a. a. O., S. VI f.

ADAM FÖRSTER von Hünfeld und Fabrikant PHILIPP SCHWARZENBERG von Cassel) wegen ihres Verhaltens in der Revolutionszeit ein Hochverratsprozeß eingeleitet. Sie sollten verhaftet werden. Es gelang ihnen allen Dreien zu flüchten. Fast drei Jahre darauf, erst am 20. Juli 1854, kam es zu ihrer Aburteilung durch das Fuldaer Schwurgericht und sie wurden in contumaciam „unter Aberkennung der kurhessischen Nationalkokarde“ zu einer zweijährigen Kerkerstrafe verurteilt. Doch damals war HILDEBRAND schon längst in der Schweiz und Professor der Staatswissenschaften an der Universität in Zürich, von wo er 1856 in gleicher Eigenschaft nach Bern berufen wurde. Erst 1861 kehrte er in die Heimat zurück: als Professor an die Universität Jena, wo er am 29. Januar 1878 aus dem Leben schied.

\* \* \*

Politisch war HILDEBRAND ein entschiedener Liberaler. ADAM SMITH aber und dem ökonomischen Liberalismus stand er kritisch gegenüber und war eifrig bemüht, sich mit den Lehren vertraut zu machen, die sich als Reaktion gegen die individualistischen herausgebildet hatten. Das Ergebnis dieser Studien bildete ja eben das Buch über die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft, dessen Titel schon seine Überzeugung „von der Notwendigkeit einer durchgreifenden Umgestaltung der nationalökonomischen Wissenschaft“ zum Ausdruck brachte. Zum weitaus größten Teil war es der Darstellung und Kritik wie der sozialistischen Doktrinen überhaupt, so insbesondere der — ihm durch FRIEDRICH ENGELS repräsentierten — deutschen gewidmet. Um dieser Studien willen — die ihn allerdings nicht über Gedanken des Interventionismus im Rahmen der überkommenden Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung hinausführten — hat HILDEBRAND auch wiederholte Reisen nach England unternommen. Auch die Osterferien 1846 verbrachte er dort. Vielleicht auch, weil er damals besonders lebhaft den Wunsch empfunden haben mag, der Jämmerlichkeit der heimischen Verhältnisse zu entinnen und freiere Luft zu atmen.

Jedenfalls verdanken wir diesem Londoner Aufenthalte den — leider unvollendeten — Brief, den ich nun folgen lasse.

London den 15ten Apr. 46

*Ich habe so vielerlei wichtige Facta erlebt und komme dabei so selten zum Schreiben, daß ich mich entschließen muß, um manche frische Eindrücke nicht verwischen zu lassen, einzelne abgerissene Supplementbeilagen über einzelne Tatsachen für die fortlaufenden Reisenotizen anzufertigen. Die folgende soll eine Beschreibung des Deutschen Communisten Clubs in London enthalten, dessen Sitzung ich gestern beicohte.*

*Mein Freund Diefenbach hatte vorgestern zufällig den Vorstand oder wenigstens das Hauptmitglied dieses Vereins getroffen, mich dabei angemeldet und auch gleich für sich und mich eine mündliche Einladung zur gestrigen Hauptversammlung erhalten. Wir verabredeten im Cigar Diwan nach 7 Uhr uns zu treffen und von da aus der Einladung zu folgen. So sehr Diefenbach auch in der hiesigen Welt herumgekommen war, so hat er doch selbst noch nie einer Communistenversammlung beigewohnt, und wir gingen daher gegen halb 9 mit ziemlich gleicher Erwartung und Spannung in das Local des Vereins. Im Hause Parterre war ein gewöhnlicher Öhladen\*), in dem Porter und andere feine Biere verkauft wurden, ohne daß ich besondere Plätze wahrgenommen hätte, auf denen sich Gäste niederlassen konnten. Wir gingen durch und kamen eine Treppe hoch in ein saalähnliches Zimmer, welches an den in dem Zimmer vertheilten Tischen und Bänken etwa 200 Menschen fassen mochte. Einige zwanzig saßen gruppenweis zerstreut, aßen ein einfaches Abendbrot, oder rauchten aus einer von den auf allen Tischen umherliegenden Ehrenpfeifen, ihren Krug Öl vor sich, andere standen noch umher und jeden Augenblick ging die Türe auf, um neue Ankömmlinge einzulassen, so daß es klar war, daß die Versammlung erst später beginnen sollte. Den meisten Physiognomien sah man an, daß sie den arbeitenden Klassen angehörten, obwohl alle durchaus anständig gekleidet waren, und im Betragen zwar ein sehr ungezwungener aber durchaus würdiger Ton herrschte. Die Sprache der Conversation war vorherrschend die deutsche, daneben hörte man französisch und englisch. An dem einen Ende des Saales stand ein Flügel mit Noten, was uns in dem unmusikalischen London der beste Beweis war, daß wir das rechte Zimmer gefunden hatten. Da wir keinen der Anwesenden kannten, so setzten wir uns wenig beachtet der Türe gegenüber an einer Tafel nieder und ließen uns ein Glas Porter nebst einem hier üblichen Penny-Päckchen Tabak geben, um unseren einladenden Bekannten Schapper abzuwarten. Es dauerte auch nicht lange, als ein großer, starker blühender Mann von etwa 36 Jahren mit schwarzem Schnurrbart, hellem durchdringenden Auge und gebieterischer Haltung eintrat, auf den Diefenbach zukam und mir als Schapper und zugleich als alter Demagoge von Frankfurt her, der später in der Schweiz und in Spanien Feldzüge oder vielmehr Revolutionen mitgemacht habe, vorgestellt wurde. Er war in seiner Begegnung mit mir durchaus gemessen aber freundlich und ich konnte ihm wohl anfühlen, daß er mit einem gewissen inneren Stolze auf mein Professortum herabsah. Er lud*

*\*) Meiner britischen Schwägerin bemerke ich, daß ich absichtlich „Öhl“ und nicht „Ale“ oder gar wie die Berliner Aelladen schreibe.*

uns ein, sich mit ihm an das eine Ende des Saales zu setzen und zeigte mir einen im Zimmer angeschlagenen Bogen, auf welchem die Statuten des Vereines geschrieben standen. Sie führten die Überschrift „Statuten des Bildungsvereins deutscher Arbeiter“. Jeder hat nach demselben Zutritt, der auf eine rechtschaffene Weise sein Brot verdient und sich keine unehrenhafte Handlung hat zu Schulden kommen lassen, jedoch muß jeder Aufnahme der Vorschlag eines Mitgliedes und das günstige Zeugnis eines zweiten Mitgliedes vorausgehen. An der Spitze des Vereines steht ein Präsident, Sekretär, Bibliothekar und Kassensführer. Die Mitglieder zerfallen in zwei Klassen: 1) in solche, welche den eigentlichen Communistenverein bilden und der beschriebenen Aufnahme unterworfen sind und 2) in die freien Mitglieder, welche nur an den Bildungsstunden Theil nehmen. Nur die ersteren sind in den beschließenden Versammlungen zugegen, wählen die Vorstände und stimmen über die neu aufzunehmenden Mitglieder ab, die anderen verhalten sich nur passiv, nehmen an keinen eigentlichen Communistenversammlungen Theil und zahlen nur Beiträge und Strafen, wenn sie die Bildungsstunden versäumen. Oberster Grundsatz des ganzen Vereines ist, daß der Mensch nur durch Ausbildung seines Geistes zur Freiheit und zum Selbstbewußtsein gelangt. Daher ist jeder Abend zum Unterricht bestimmt. An dem einen wird englische Sprache, an dem anderen Geographie, am 3ten Geschichte, am 4ten Zeichnen und Physik, am 5ten Gesang, am 6ten Tanz und am 7ten Specielle Communistische Politik gelehrt. Die Gegenstände des Unterrichts wechseln jedes halbes Jahr und an die Geographie schließt auch oft ein naturwissenschaftlicher Unterricht an. Jeder zahlt einen Beitrag von 5 SG. (Silbergroschen) oder 6 Pence die Woche und erhält dafür Unterricht und wenn er krank ist, 7 Schilling (2 Thaler 10 SG.) die Woche. Außerdem bestehen noch verschiedene Geldstrafen, die sämlich der allgemeinen Kasse zufließen. Sociel vorläufig über Inhalt der Statuten, soweit ich sie durch einen flüchtigen Überblick kennen lernte.

Wir setzten uns an den angezeigten Platz; inzwischen war der ganze Saal gedrängt voll geworden und der Präsident, den ich nicht näher kennenlernte, der mir aber als ein Arzt bezeichnet wurde, eröffnete die Versammlung. Nachdem eine feierliche Stille eingetreten war und jeder seine Pfeife aus dem Mund genommen hatte, las der Sekretär, ein Schneidergeselle, dessen Darstellungsgabe wirklich beneidenswerth war, vor, daß Bürger Hildebrand und Bürger Diefenbach von Bürger Schapper als Gäste eingeführt wären mit der Anfrage, ob irgend ein Bürger etwas dagegen einzubringen habe. Darauf wurde zur Tagespolitik übergegangen und Bürger Schapper referierte die Ereignisse der Woche. Sein Vortrag war sehr beredt, gründlich und lehrreich. Man sah, daß seine und des Vereines Correspondenzen sehr weit gingen; namentlich referierte er den Inhalt eines Briefes aus Madrid, der über den Sturz des Militärdespotismus durch die hierarchischen Bestrebungen der *Christina*<sup>16)</sup> weit mehr und

16) In dem seit der Restauration der Bourbonen im Mai 1814 von ständigen Bürgerkriegen und Verfassungskämpfen heimgesuchten Spanien war durch den Sieg der Konstitutionellen unter ESPARTERO über die absolutistischen Karlisten 1843, die 19jährige, am 8. Oktober dieses Jahres für volljährig er-



*speziellere Tatsachen umfaßte, als die Zeitungen jemals gebracht hatten. Eine starke kommunistische Färbung war natürlich überall sichtbar und das Proletariatsthema eigentlich der rothe Faden, der sich durch den ganzen Vortrag hindurchzog. Ich gestehe offen, ich kann eine gute Portion Liberalismus vertragen, aber bei einzelnen Stellen standen mir dennoch die Haare zu Berge. In Gallizien stand der Redner ganz auf Seite der Bauern<sup>17)</sup>, erklärte den Patriotismus der Polen für eine rohe instinktmäßige Begierde, erklärte sehr fein und scharf die Diplomatie des Metternich, die in ihrer Niederträchtigkeit immer dahin gestrebt habe, Adel und Bauern als gegenseitige Feinde zu erhalten und deshalb eine Auflösung des Hörigkeitsverhältnisses unmöglich zu machen und bedauerte nur, daß die Bauern nicht auch alle kaiserlichen Beamten erschlagen hätten. In der irischen Sache rechtfertigte er die Leute, welche sich durch die Waffen Luft geschaffen hatten. In den deutschen Angelegenheiten war er ein Feind der Liberalen und der Geldaristokratie und ging sogar soweit, daß er den Communisten rieth, sich lieber an ihre offenen Feinde, die Jesuiten als an ihre heimlichen Feinde die Geldliberalen anzuschließen, die durch Verfassungen usw. die politische Herrschaft der Geldmacht ausdehnen wollten.*

*Der ganze Vortrag machte auf die Versammlung einen mächtigen Eindruck, und es folgte ihm ein allgemeiner anhaltender Beifall. Hierauf wurde vom Secretär das Protokoll der letzten Communistenversammlung verlesen, in welcher die Verwerflichkeit der christlichen Religion verhandelt worden war. Da es sehr ausführlich abgefaßt war, und den Hauptinhalt aller Reden und Gegenreden enthielt, so lernte ich hier gleich das Glaubensbekenntnis des Vereines kennen. Der dogmatische Theil des Christentums war auf Grund seiner Widersprüche mit der Wissenschaft namentlich Naturwissenschaft und der moralische Theil deshalb verworfen worden, weil er 1) den Menschen von dem Diesseits zu dem unbestimmten und vagen Jenseits hinziehe und hinweise, und 2) weil er in dem Gutes tun der ewigen Seligkeit willen den klarsten Egoismus lehre. Die einzige Führerin des Menschen sei die Vernunft und diese sei objektiv repräsentiert in der fortschreitenden Wissenschaft; der Mensch habe sich daher mit Hälfte der bereits vorhandenen Wissenschaft möglichst auszubilden und sich in seinem ganzen Thun und Denken an die gegebene Wirklichkeit zu halten.*

*Hierauf kam ein neues Thema zur Verhandlung, das vor 8 Tagen bereits angekündigt war, nämlich die Frage: „Wie soll im communistischen*

*klärte ISABELLA zur Regierung gelangt. Die Parteikämpfe hörten jedoch damit natürlich nicht auf und nach der Rückkehr der Königin-Mutter CRISTINA aus Paris (Februar 1844) übernahmen am 2. Mai darauf die Moderados das Staatsruder und lenkten sofort in reaktionärstes Fahrwasser ein und zur Diktatur des Generals NARVAEZ, bis dessen Kabinett im April 1846 infolge eines Zerwürfnisses zwischen ihm und CRISTINA zu Fall kam. Vgl. ALFRED STERN, Geschichte Europas von 1830—1848. (II. Aufl.) III, 78 ff.*

*17) Gesticht sind die Bauernunruhen in Galizien, die im Februar 1846 als Gegenbewegung gegen den damaligen polnisch-nationalen Aufstand ausgebrochen waren. Vgl. GRÜNBERG, Bauernbefreiung I, 368 f.; und Anm. 106 zu GRÜNBERG, Die Londoner kommunistische Zeitschrift usw.*

Staate die Kindererziehung eingerichtet sein“, wobei ich zu meinem Erstaunen erfuhr, daß wenigstens die Hälfte der Versammlung aus Ehemännern bestand. Leider kam die Debatte nicht viel über die Einleitung hinaus und zur Befriedigung meiner Spannung erfuhr ich nur, daß man sowohl die Weibergemeinschaft als die Emancipation der Frauen durchaus verwarf, die Frau als eine geistige Ergänzung des Mannes und die Ehe als ein nütliches Institut betrachtete, in welchem beide Theile zwar gleichberechtigt aber durch Anlage, Bestimmung und Wirkungskreis doch völlig getrennt seien. Die Erziehung sei eine physische und eine geistige, eine private und eine politische und müsse schon vor der Geburt beginnen.

Da es inzwischen Mitternacht geworden war, so wurde die Verhandlung über dieses Thema auf die nächste Woche verschoben. Ich verhandelte hierauf noch sehr ernsthaft privatim mit Schapper über seine Feindseligkeit gegen den Liberalismus, sprach einige andere Mitglieder, unter anderem einen schlesischen Tischlergesellen, besah die Vereinsbibliothek und kaufte einige communistische Schriften, von denen eine (von August Becker in der Schweiz<sup>18)</sup>) unter allen vorhandenen Schriften wohl die schlagendste Verteidigung des Communismus enthält. Die Versammlung ging sehr gemächlich auseinander, so daß das herrschende vertrauliche Du nicht bloß in den Gesetzen des Vereins sondern auch in den Herzen der Mitglieder zu wurzeln schien.

Um nun noch das Resultat dieses Abends und den Nercus meiner communistischen Erfahrungen zusammenzufassen, so bemerke ich Folgendes:

Zunächst habe ich in Erfahrung gebracht, daß überall, wo es Communisten  
Schapper      Aug. Becker      Marks Engels      Schuster  
gibt, namentlich in London, in der Schweiz, in Belgien und in Paris sich die deutschen politischen Flüchtlinge zu Leitern des Communismus gemacht haben. Nur in Paris ist das Uebergewicht der Deutschen dadurch sehr lange verzögert worden, daß einer der begabtesten deutschen Flüchtlinge namens Fein<sup>19)</sup> (der Bekannte) der entschiedenste Gegner derselben war. Die Ursachen dieser Erscheinung liegen klar auf der Hand. Jene politischen Verbannten waren die eigentlichen Proletarier, die eine Fülle von Körper- und Geisteskraft mit dem gänzlichen Mangel an Mitteln und an Kapital verbanden und deshalb nie aus dem Kampfe um ihre Existenz herauskamen. In ihnen mußte das Bewußtsein des Proletariats am Stärksten hervortreten. Dazu kam: Sie hatten sämtlich auf deutschen Universitäten studiert, waren unter philosophischen Einflüssen aufgewachsen, brachten die natürliche Anlage zur Speculation mit und ergriffen deshalb die neue Welt der Ideen mit umso größerer Energie. Ohnehin hatten

18) Gemeint ist die Schrift: „Was wollen die Kommunisten? Eine Rede im Auszug vorgetragen vor einer am 4ten August 1844, im Lokal des s. g. Kommunisten-Vereins zu Lausanne, von Mitgliedern verschiedener Arbeiter-Vereine abgehaltenen Versammlung, von AUGUST BECKER. Lausanne, 1844. Zu haben im s. g. Kommunisten-Verein. 54 S.

19) Dr. GEORG FEIN, in den Dreißigerjahren einer der Leiter des jungen Deutschland. Vgl. über ihn GEORG ADLER, Geschichte d. ersten sozialpol. Arbeiterbewegung i. Deutschland. 1886, S. 18, 56, 57, 67.

*sie die Politik gewissermaßen durchgemacht, hatten die Unempfänglichkeit der Massen in Deutschland für politische Ideen kennengelernt und brachten eine gewisse Verzweiflung an der Verbesserung des heimischen Staatslebens mit. Da ihre politischen Ideale mehr auf dem Boden der Philosophie als in der Praxis aufgewachsen waren, so stießen sie bald auch auf die Mängel und Schattenseiten anderer Länder, sie sahen die Leiden Irlands der englischen Grundaristokratie gegenüber, das Unbefriedigende des Julithrones, den Druck der wachsenden Geldaristokratie, die Jesuitenbestrebungen in der Schweiz; was war natürlicher als daß sie ihre patriotischen Wünsche und Ideale in kosmopolitische umwandelten?*

*Es ließe sich nun schon a priori schließen, daß dieses Hinzutreten des deutschen Elements auf die Entwicklung des Kommunismus nicht ohne Einfluß geblieben ist, allein es kommt doch darauf an, diesen Einfluß speziell kennenzulernen. Bis jetzt habe ich in dieser Beziehung folgende Resultate gefunden:*

*Erstens haben die deutschen Flüchtlinge zu meiner großen Freude überall im Communismus die Wissenschaft zur Anerkennung gebracht. Das materielle Leben soll nur ein Mittel zum geistigen sein. Die communistische Verfassung soll gleichsam die Sclaverei des Altertums ersetzen und die ganze Menschheit von der materiellen Arbeit oder vielmehr von ihrem Druck befreien. Athen, sagt August Becker, ging zu Grunde, weil es den Communismus nicht kannte<sup>20)</sup>, und Sparta, weil es die Wissenschaft verachtete.<sup>21)</sup> Ich würde auf diese Worte nichts geben und sie für individuell halten, wenn ich nicht in dem bes . . .*

---

20) a. a. O. S. 32 f. 21) ebenda S. 23.

## Literaturbericht.

**MAX ADLER**, Die Staatsauffassung des Marxismus. Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode. (Marx-Studien, herausg. von MAX ADLER und RUDOLF HILFERDING, IV/2). Wien, Wiener Volksbuchhandlung 1922, 8°. 317 S.

Der Wiener Staatsrechtler HANS KELSEN hatte in diesem Archiv IX, 1—129 eine Abhandlung „Sozialismus und Staat“ veröffentlicht<sup>1)</sup>. Der Verf. hatte darin eine Kritik an wesentlichen Sätzen der MARXschen Lehre geübt. Gegen sie wendet sich A. in der vorliegenden Schrift, die daher zum großen Teile polemischen Charakters ist. A. sucht nachzuweisen, daß die von KELSEN verwendeten Begriffe von Staat, Klasse, Diktatur, Demokratie etc. falsch seien, beziehungsweise daß KELSEN mit irrtümlicher Auffassung über diese Begriffe an die Kritik von MARX herangetreten sei. Da über diese Begriffe und ihre Anwendung bei MARX unter den Marxisten selbst vielfach Meinungsverschiedenheiten bestehen, so ist es — weit über das Interesse an der Polemik zwischen KELSEN und A. hinaus — von Bedeutung, daß hier von einem so gründlichen Kenner der MARXliteratur eine sachgemäße und eingehende Klarlegung dieser grundlegenden Begriffe geboten wird. Wenn somit A.s Buch zur Klärung der Begriffe für alle diejenigen, die an einer genauen Interpretation von MARX Interesse haben, von großer Bedeutung ist, so wird es doch nicht imstande sein, den Streit zwischen den beiden Autoren etwa in dem Sinne zu schlichten, daß der eine von beiden recht, der andere unrecht hat. Denn wenn auch A. in einzelnen Punkten gegenüber KELSEN die MARXsche Auffassung schärfer und klarer zum Ausdruck bringt, so ist um deswillen doch die Kritik, die KELSEN an den MARXschen Theorien übt, berechtigt und kann nicht durch A. widerlegt werden. Denn — und daher kommt es, daß beide Autoren so oft aneinander vorbeireden — KELSEN geht bei seiner Terminologie von den Erfordernissen aus, die ein Jurist an scharfe, allgemeingültige, formale Begriffsbildung stellen muss. Er gibt Begriffe rechtlicher Art, die den verschiedensten Rechtsgestaltungen im einzelnen Spielraum gewähren. A. dagegen will seine Begriffe so gebildet haben, dass sie einzig und allein der marxistischen Ideenwelt angepasst sind. Dies ist ein unhaltbarer Standpunkt. Dann müsste für jedes wirtschaftspolitische System und für jede soziale Weltanschauung eine besondere Staatslehre aufgestellt werden. Denselben Anspruch wie die Marxisten könnten dann auch die Staatssozialisten, die Anarchisten, die Liberalen und Konservativen erheben. Daher ist A.s Kritik

<sup>1)</sup> Auch als S.A. im Buchhandel erschienen, Leipzig, Hirschfeld 1921; II. verm. Aufl. 1923.

gegenüber KELSEN oft direkt ungerecht, und zwar überall dort, wo KELSENS scharfe juristische Begriffe von A. nur deshalb zurückgewiesen werden, weil sie in das Schema des Marxismus nicht hereinpasse. A. gibt selbst zu, daß eine solche Polemik in gewisser Hinsicht unfruchtbar sein muß, indem er die Meinung vertritt (S. 313), es sei unmöglich aus einer wesentlich bürgerlichen Gesamtaufassung heraus die marxistische immanent zu kritisieren. Das ist aber nur unmöglich wegen der Intoleranz gewisser Marxisten. Warum sollte nicht ein Jurist aus seiner Fachwissenschaft heraus und gleichgültig, welche Weltanschauung er vertritt, zur Kritik der MARXschen Theorien Erhebliches beitragen können, da MARX die ökonomischen Phänomene in engster Beziehung zur Rechtsordnung auffaßt? Wenn einer solchen Kritik gegenüber der Marxist sich auf den Standpunkt zurückzieht, der Kritiker könne nichts bieten, weil er nicht auf dem Boden der marxistischen Anschauung steht, so müßte die Kritik des Marxismus nur eine *quaestio domestica* der Marxisten sein. Das wäre nicht zum Vorteil der wissenschaftlichen Weiterbildung der marxistischen Lehre; denn meist sind die auf die Ideenwelt eines Autors eingeschworenen Anhänger weniger in der Lage, Schwächen und Irrtümer ihres Meisters zu entdecken, als solche, die außerhalb dieser Schule stehen und darum mehr Objektivität und Neutralität aufweisen.

Einige Beispiele zur Erläuterung des Gesagten. KELSEN erblickt das Wesentliche des Staates darin, daß er eine Zwangsordnung ist und daß diese Zwangsordnung mit der Rechtsordnung zusammenfällt. A. hält diese Begriffsbestimmung für unzureichend, weil damit für das Wesen einer bestimmten historischen Staatsform nichts gewonnen sei. A. als Marxist hält für das Wesentliche des Staates, dass er ein Klassenstaat sei. Politische Gemeinschaftsformen ohne Klassengegensätze sind für ihn kein Staat mehr. Es ist aber gerade der Vorzug von KELSENS Terminologie, daß sie so allgemein gehalten ist, daß die verschiedensten Staatsbildungen aller Völker und Zeiten darunter fallen können. Es ist doch nicht Aufgabe einer Definition des Staates, historische Staatsgebilde zu erklären. Der allgemeine Staatsbegriff kann mit verschiedenem Inhalt ausgefüllt werden, je nach der Eigenart des einzelnen Staatswesens und selbstverständlich ist auch dann ein Staat vorhanden, wenn es einmal eine Gemeinschaftsordnung ohne Klassenunterschiede geben sollte. Dagegen hätten wir in der anarchistischen Gesellschaft eine Gemeinschaft ohne Staat, weil dort jeder Zwangscharakter der Gemeinschaft gegenüber dem einzelnen wegfallen soll. Es ist ein Spiel mit Worten, wenn die Marxisten ihrer erwarteten künftigen Gesellschaftsordnung, die eine solidarische Verwaltung der Wirtschaftsangelegenheiten durch die ganze Volksgemeinschaft darstellen soll, nicht mehr die Bezeichnung Staat geben wollen. Ohne Zwang und ohne Herrschaft ist auch diese zentralistische Wirtschaftsgemeinschaft nicht denkbar, wenn der Staat auch von den früheren und jetzigen Staaten mit ihrem militärisch-bureaukratischen Charakter noch so verschieden ist.

Gerade deshalb, weil tatsächlich auch die marxistische klassenlose Gesellschaft den Charakter des Staates und der staatlichen Zwangsordnung hat, ist KELSENS Auffassung, daß der Marxismus im Grunde Anarchismus

sei, unhaltbar. In diesem Punkte hat A. gegenüber KELSEN durchaus recht. MARX bekämpft in Wahrheit nicht den Staat überhaupt, sondern den Klassenstaat, während der Anarchismus in ganz anderem Sinne dem Staat gegenübersteht. Für ihn ist der Staat schlechthin ein Übel, weil er mit Herrschaft und Zwang verbunden ist. Der Anarchist verlangt unbedingte, persönliche Freiheit jedes einzelnen ohne irgendeine Autorität über ihm. A. ist in diesem Punkte allerdings anderer Meinung; er findet den Unterschied zwischen Anarchismus und Sozialismus darin, daß der Anarchismus den Ausgangspunkt seiner Theorie nicht von der Gemeinschaft, sondern vom einzelnen Individuum nimmt, und ferner in ihrer revolutionären Taktik, die von kleinen Gruppen ausgehen soll. A. meint, die Anarchisten hätten den Zwang gar nicht verworfen, sondern nur den Zwang, der aus dem Klassengegensatz einer Herrschaftsordnung hervorginge, und darin seien sie mit den Marxisten ganz einig. A. bemüht sich, aus verschiedenen Zitaten anarchistischer Schriftsteller nachzuweisen, dass auch sie eine Zwangsordnung und auch eine Rechtsordnung forderten. Es ist aber mit Zitaten aus anarchistischen Schriften eine eigene Sache. Sie zeichnen sich meist durch schwankende, unklare Ausdruckweise aus. Auch PROUDHON kann nicht als Kronzeuge angeführt werden, weil er gar kein konsequenter Anarchist war. Nur in einer gewissen Periode seines Lebens war er Anarchist, dann wandelte er sich zu einem föderalistischen Sozialisten um. Die wirklich konsequenten Anarchisten, zu denen ich vor allem STIRNER und GODWIN rechne, haben nie einen Zweifel darüber gelassen, dass sie nur den Zwang anerkennen, den der einzelne sich selbst auferlegt. Auch beim Eintritt in eine Gruppe kommen die einzelnen nicht unter Zwangsgewalt, denn der Austritt aus der Gruppe soll jedem jederzeit freistehen.

Geradeso einseitig wie der Begriff Staat, wird auch der Begriff Demokratie von A. in das Prokrustesbett des MARXschen Begriffsschemas eingesponnen. Nach KELSEN ist für den Begriff der Demokratie wesentlich, und wie mir scheint mit Recht, die Allgemeinheit und Gleichheit in der Teilnahme an der Bildung des Gemeinschaftswillens. Auch hier will A. an die Stelle dieses allgemeinen Begriffs einen historischen setzen, und zwar soll die Idee der Demokratie nur in einer klassenlosen Gesellschaft zu verwirklichen sein. Diese allein wahre Demokratie nennt A. soziale Demokratie, während er alle anderen Formen der Demokratie als politische Demokratien bezeichnet. Weil A. als Ideal eine Demokratie vorschwebt, die auch in ökonomischer Hinsicht das Gleichheitsprinzip verwirklicht, nimmt er diese Trennung vor und will die Bezeichnung der reinen Demokratie nur derjenigen vorbehalten, die gerade ihm und MARX als die richtige Gesellschaftsform erscheint. Das ist nicht annehmbar. Demokratie ist immer nur ein politischer Begriff, in wirtschaftlicher Hinsicht ist er irrelevant. Es ist eine politische Verfassungsform, bei der alle Bürger die gleichen politischen Rechte haben. Den Gegensatz bildet die autokratische Verfassungsform, bei der einzelne Personen oder Gruppen politische Vorrechte haben. Mit der Demokratie ist die größte wirtschaftliche Ungleichheit vereinbar wie das Beispiel der Vereinigten Staaten von Nordamerika zeigt. Und umgekehrt ist autokratische Regierungsform bei größter ökonomischer Gleichheit denkbar, wie der Jesuitenstaat von

**Paraguay beweist.** A. kann doch nicht verlangen, daß alteingewurzelte politische Begriffe den marxistischen Gedankengängen zuliebe plötzlich einen anderen Sinn bekommen sollen.

Wie in seinen früheren Arbeiten, ist auch in diesem Buche A. bemüht, mit der materialistischen Geschichtsauffassung gewisse ideologische und idealistische Grundanschauungen zu vereinigen. Er polemisiert gegen KELSEN, weil dieser in seiner Interpretation der ökonomischen Geschichtsauffassung behauptet hat, daß durch diese Auffassung der Wille des Proletariats, sein ganzes Streben und Planen ausgeschlossen wäre. A. behauptet demgegenüber, daß mit dieser Anschauung durchaus das Wollen und die Wertungen der Menschen zu einem bestimmten Ziele vereinbar wären. Der wertende Mensch, der das Ziel des Marxismus für richtig hält, sei auch als Kausalfaktor eingeschlossen. Das kann gewiß zugegeben werden, aber darum handelt es sich in dem Streite nicht; denn alle diese Wertungen und Ideologien sind für MARX nur sekundärer Art, die primären Faktoren sind die objektiven ökonomischen Vorgänge, und das ist mit Recht von KELSEN hervorgehoben. A. selbst gibt dies auch an verschiedenen Stellen seines Buches zu und damit implicite auch, daß eine wirklich ideologische oder idealistische Auslegung der ökonomischen Geschichtsauffassung nicht möglich sei. Er spricht (S. 45) von der ökonomisch notwendigen Entwicklung zu einer neuen Gesellschaftsform. Er sagt selbst: „Wir machen Ernst damit, daß die Ideologie der Menschen eine Funktion ihrer Ökonomie ist.“

Wenn ich hiernach auch in vielen Punkten den Standpunkt A.s nicht teilen kann, so möchte ich doch hervorheben, daß in großen Teilen seiner Schrift A. durchaus treffende Bemerkungen macht und in sehr glücklicher Weise gegen falsche Interpretationen der MARXschen Lehre den richtigen Standpunkt vertritt. Ich verweise besonders auf seine Bemerkungen über das Verhältnis von MARX zu STEIN, ferner auf seine gute Kritik der Gegenüberstellung von Universalismus und Individualismus, auf die mancherlei Widersprüche, die er der bolschewistischen Lehre nachweist und auf die treffende Zurückweisung derer, die bei MARX Utopismus oder Chiliasmus nachzuweisen suchen. Wie die früheren Bücher von A., so bietet auch dieses Werk dem Forscher eine Menge von Belehrung und Anregung.

KARL DIEHL. (Freiburg i. B.).

**MAX ADLER, Engels als Denker.** Zum 100. Geburtstag Friedrich Engels, Berlin, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

Derselbe, **Marx als Denker.** II. umg. Aufl. Wien, Volksbuchhandlung 1921.

Der lang verborgene Anteil von ENGELS an der Urheberschaft des sogenannten „Marxismus“ tritt immer deutlicher hervor. GUSTAV MAYER hat als Biograph von ENGELS und Herausgeber seiner Jugendschriften die Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt. MAX ADLER hat seiner philosophisch ausge-

zeichnet einführenden Schrift „Marx als Denker“ (jetzt in 2. Auflage) zum 100. Geburtstag von ENGELS eine Parallele „Engels als Denker“ folgen lassen. Sie zeigt, daß gerade in den entscheidenden Jahren, um 1844, als MARX den Weg zum „Marxismus“ fand, ENGELS stark auf ihn gewirkt hat. Neben FEUERBACH sowie den Erlebnissen und literarischen Eindrücken in Paris tritt zu dem bis dahin vorherrschenden Einfluß HEGELS nun einer hinzu, der jene Wendung erst ganz verständlich macht: der Einfluß von ENGELS. Obwohl jünger, war dieser als der schnellere, leichter konzipierende Kopf in der gemeinsamen Grundrichtung vorausgeeilt. Der „Marxismus“ erweist sich so in seiner Geburtstunde erst recht als ENGELSIsmus. Ja, in der Schule von PLENKE gilt das von ENGELS beigesteuerte Wirklichkeitsbild als der Wahrheitskern im „Kapital“, die von MARX hinzugefügte theoretisch-spekulative Konstruktion (die Mehrwertlehre) dagegen als das, was unhaltbar ist.

Und doch! Gerade wenn man die Asche Würdigung von Engels als Denker liest, ist man versucht zu fragen, ob ENGELS damit ein Dienst erwiesen werde. Gewiß, ENGELS erweist sich in der stürmischen Entwicklung seiner Jugend als ein tiefer Mensch, wie er überhaupt als reiner, edler, großer Mensch unvergänglich dasteht. Er hatte, was bei MARX fehlte, eine vom Vaterhaus ererbte religiöse Grundeinstellung sowohl zu überwinden, wie auch — und das ist unbewußt sein Reichtum — in ein ganzes, von diesem Grund aus allein verständliches Leben umzusetzen. Er ist, das kann vielleicht der für ENGELS verbleibende Ertrag solcher Vergleichen sein, der größere Mensch. Und das heißt viel: als Mensch größer zu sein, verglichen mit dem Mann, dessen überragende Größe unter so vielen Denkern der Sozialwissenschaften gerade darauf beruht, daß er menschlich so reich und groß ist. Aber geistig? Ist ENGELS geistig „groß“? Man ist enttäuscht, wenn man nach dem „Marx als Denker“ den „Engels als Denker“ liest. Das liegt schwerlich an der Darstellung allein; das liegt am Objekt. ENGELS ist leichter, daher der geborene Popularisator (insofern doch wieder der „Knappe“) für MARX; aber doch auch seichter. ENGELS hat insofern doch recht gehabt, hinter MARX zurückzutreten. Er hätte nie — auch bei voller Muße nicht — das Werk von MARX vollbringen können. Ihm fehlt die Wucht, das Monumentale, der Überreichtum an Gedankengehalt, an Ornamentik, an dialektischem Spiel der Linienführung im Gedankenaufbau, an Literaturbeherrschung, kurz: die Gelehrten- und Forscher- und Denknatur, die MARX zum „Professor für Professoren“ gemacht hat. Sicher sind reife Schriften von ENGELS wie „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ oder vielleicht auch „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ kleine Meisterwerke, die als Einführung für immer klassisch bleiben, ja den schwereren MARXschen Werken — er ist oft sich selbst durch die Schwere seiner Darstellung ein Hindernis — darin überlegen. Man lese zuerst ENGELS! Aber dann wird man erst MARX als Steigerung, als Vollendung empfinden.

ROBERT WILBRANDT (Tübingen).



HANS DECHANT, *Der Kollektivvertrag nach österreichischem und deutschem Rechte, unter Berücksichtigung des schweizerischen Obligationenrechts.* Wien, Rikolaverlag 1923. 192 S.

1. Vor der Revolution war die Lehre von den Kollektivverträgen oder, wie sie im Deutschen Reich genannt werden, Tarifverträgen in Stagnation geraten. Durch die Revolution erfuhr sie eine außerordentliche Belebung, sie ist gewaltsam vorwärtsgerast worden. Als am 15. XI. 1918 zu Berlin die großen Arbeitgeberverbände und die führenden Gewerkschaften zu der (heute in ihrem Weiterbestande ernstlich gefährdeten) Zentralen Arbeitsgemeinschaft zusammentraten und ihr berühmtes, schon zehn Tage vorher entworfenes Programm unterzeichneten, stand dort als 6. These geschrieben: „Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen.“ Hier war bereits vom Einzelvertrag überhaupt nicht mehr die Rede. Durch den organisatorischen Geist der Kriegszeit war man derartig an das Denken nach Menschenmassen gewöhnt, daß der einzelne gar nicht mehr da zu sein schien. Mit raschem Ruck folgte die staatliche Gesetzgebung nach. Am 23. XI. 1918 erging für das Deutsche Reich die Tarifvertragsverordnung, die noch heute gilt, da alle Versuche, ein ordentliches und voll durchgearbeitetes Gesetz an ihre Stelle treten zu lassen, bisher gescheitert sind. Österreich wartete dagegen etwas länger und konnte deshalb statt einer bloßen Verordnung gleich ein Gesetz vorlegen, das bekannte Gesetz vom 18. XII. 1919; doch ist es inhaltlich nicht wesentlich von der deutschen Verordnung unterschieden. Dieses programmatische und gesetzgeberische Bemühen ist jedoch nicht der bemerkenswerteste Umstand. Viel eindrucksvoller ist das tatsächliche Anschwellen der Tarifverträge. Zu Hunderten überfluteten sie das Wirtschaftsleben, die fortlaufenden Publikationen ihrer bloßen Titel, ohne jede Inhaltsangabe, füllte Dutzende von Seiten in dem Berliner Reichsarbeitsblatt.

Man geht wohl nicht fehl, darin eine Überschätzung zu sehen. Es bildete sich eine fast abergläubische Vorstellung heraus, als sei der Kollektivvertrag wirklich die einzige Möglichkeit, vernünftige und erträgliche Bedingungen für das Arbeitsverhältnis, für jedes Arbeitsverhältnis ins Leben zu rufen. Kennzeichnend für diese Denkweise ist eine negative Formulierung, die namentlich auch den gegenwärtig schwebenden deutschen Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes beherrscht: gewisse gesetzliche Regeln sollen nur durch Tarifvertrag abgeändert werden können. Das bedeutet wiederum die vollständige Ignorierung des Individuums. Es wird nicht mehr gehört, ihm bleibt nur der Weg, durch den Kollektivvertrag hindurchzuwandeln oder stumm zu verzichten. Ein Rückschlag gegen diese gedankliche Einstellung dürfte unvermeidlich sein. Früher oder später wird der individuelle Geist sich dagegen auflehnen, von der Welt der Tarifverträge derartig, wie ich es früher schon einmal ausdrückte, „niedergewalzt“ zu werden.

Zweifellos aber hat das übermächtige Emporsteigen des Tarifgedankens die wissenschaftliche Erkenntnis stark befruchtet. Wir sind gerade-

zu an enzyklopädische Grundfragen unseres ganzen rechtlichen Seins herangeführt worden. Denn aus dem neuen Tarifrecht stiegen höchst merkwürdige Formen juristischer Bindung empor: es wurden da zu Tausenden und Abertausenden Menschen verpflichtet und berechtigt, die gar nicht um ihre Meinung gefragt worden waren, und ohne dass der gesetzgeberische Apparat der souveränen Staatsgewalt zur Anwendung gebracht worden wäre. Man erfand sogar eigene juristische Vokabeln, um das zu bezeichnen, „Verbindlichkeit“ und „Allgemeinverbindlichkeit“ im Deutschen Reich, „Satzung“ in Österreich, „normativer Gehalt“ und ähnliches in beiden Ländern. Wo stammt das her, eine solche Verbindlichkeit, die weder vom Staate kommt, noch aus dem Willen der Betroffenen? Das ist in diesen letzten Jahren eine bedeutende, tiefgreifende Frage geworden. Und hier setzt D. mit seinem Buche über den Kollektivvertrag ein.

2. Das Buch ist eine akademische Leistung. Es hat dem Verf. als Habilitationsschrift gedient. Es ist dem Andenken des verstorbenen Wiener Gelehrten Moritz Wellspacher gewidmet. Es ist bewußt einseitig, auf Herausarbeitung einer einzigen scharfen Linie zugeschnitten. Dadurch wirkt es anregend, reizt zum Widerspruch, muß sich sehr viel Einwände gefallen lassen, bedeutet aber gerade dadurch ein Stück Wissenschaft.

Die Einseitigkeit beruht darin, daß nur der normative Gehalt der Kollektivverträge, von dem eben schon die Rede war, behandelt wird. Es ist außer Zweifel, daß dies das interessanteste und wirtschaftlich schwerwiegendste Stück ist. Aber ebenso zweifellos ist es, daß das Tarifvertragsrecht daneben noch andere Elemente enthält. Man hat verschiedene Gruppierungsversuche gemacht. Am wertvollsten ist wohl folgende Dreiteilung:

Das Kollektivvertragsrecht beruht auf dem Wirksamwerden von Verbänden; mindestens auf der Arbeitnehmerseite ist immer ein Verband der Träger der Bewegung, aber auch auf der Arbeitgeberseite stehen fast immer ein oder mehrere Verbände. In diesen Verbänden kreist nun rechtliches Leben. Der Verband bringt seinen Mitgliedern die Gabe des Kollektivvertrages. Umgekehrt schicken die Mitglieder ihren Verband vor, sie marschieren gleichsam auf in ihm als ihrer Kampfformation. Daß das Rechtsbeziehungen schafft und daß diese Rechtsbeziehungen unausgesetzt im Gange sind, ist unleugbar. Es ist das das innenkorporative Stück des Tarifrechts, gekennzeichnet durch Mitgliedschaftsrechte und -pflichten, durch Organschaft, Rechenschaftsablegung, Haftung, Zuständigkeitsfragen u. dergl. m. Dieses Stück ist das geheimnisvollste. Die Literatur der letzten Jahre ist fast ganz an ihm vorbegegangen. Auch bei D. bleibt es so gut wie ganz beiseite, soweit er nicht seine Theorie von der normativen Natur der Kollektivverträge sich bis ins Innere des Verbandeslebens auswachsen läßt.

Wenn nun die beiderseitigen Verbände am Verhandlungstisch zusammenkommen und sich einigen, so entsteht ein Vertrag. Die Parteien stehen ganz deutlich als Vertragsparteien gegenüber. Es ist schlechthin unmöglich, daß das ganz ohne spezifische Rechtswirkungen bleibt. So entsteht das schuldrechtliche (obligatorische) Stück des Tarifrechts, ge-

kennzeichnet durch die Pflicht zur Vertragstreue, durch die Haftung für Bruch des Vertrages, durch die Möglichkeit der Kündigung oder Anfechtung, durch den Gedanken stillschweigender Verlängerung u. a. Diese Seite des Verhältnisses ist verhältnismäßig klar, leicht faßlich, weil auf einer jahrhundertalten Dogmatik fußend. Sie erfreut sich auch lebhaften literarischen Interesses. D. aber scheidet sie mit fast verblüffender Deutlichkeit ab. Wie das geschieht, wird in Ziffer 4 zu zeigen sein.

Was die Verbände schließlich gefunden und als Norm für das Arbeitsverhältnis formuliert haben, das wächst dann nach der neueren, in den erwähnten Gesetzestexten niedergelegten Rechtsentwicklung unter gewissen Voraussetzungen über sie hinaus. Es löst sich von ihnen und ihrem Wollen, es wird „automatisch“ Vorschrift für die unübersehbare Reihe der Einzelverträge und pflanzt sich gegebenenfalls sogar weiter über den Kreis der Verbandsmitglieder hinaus. Dies ist das normative Stück des Tarifrechts, gekennzeichnet durch seinen (kaum noch umstrittenen) Rechtsquellencharakter, durch die sog. Unabdingbarkeit, durch die „Tarifunterworfenheit“ und eine Reihe anderer, dem Denkschatz des Staatsrechts entnommener Begriffe. Dieses Stück des Tarifrechts ist entschieden das reizvollste, und ihm, seiner einseitigen Heraushebung hat sich D. gewidmet.

3. Er trägt folgendes vor: Der Kollektivvertrag, der auf Grund der neuen Gesetze für die Verbandsangehörigen (oder über sie hinaus) verbindlich ist, ist Gesetz, Gesetz im materiellen Sinn, und zwar Verordnung, Rechtsverordnung. Damit soll dem normativen Stück der Kollektivverträge im allgemeinen Rechtssystem eine Heimat bereitet werden. Die wissenschaftliche Erkenntnis ist, wie schon erwähnt, ziemlich allgemein bis dahin vorgedrungen, daß die im Tarifvertrag niedergelegten Arbeitsbedingungen objektives Recht sind, also Rechtsquellencharakter besitzen. Nun will sie D. näher bestimmen. Sie sind nicht Rechtsquelle beliebiger Art, nicht Rechtsquelle neuer Art, *ius sui generis*, sondern sie sind eine Erscheinungsform des alten, fast klassischen Typus der Verordnung. Dadurch kommt in die Auffassung der Kollektivverträge ein Element „von oben her“ hinein: Verordnung, Gewalt steht dahinter, es ist nur noch ein kleiner Schritt zur Diktatur. Und bei der „Satzung“, der „Allgemeinverbindlicherklärung“ ist dieser Schritt auch wirklich vollzogen: von oben her kommt das Diktat, im Deutschen Reich noch schärfer ausgeprägt, weil da ein Minister, nicht ein Einigungsamt die bindende, objektives Recht stiftende Anordnung trifft. Es werden auch sehr viele geneigt sein, bei dieser Lage, also bei der „Satzung“ mit dem Verf. des neuen Buches zu gehen, also bei dieser Lage auch ihrerseits „Verordnung“ anzunehmen. Aber kritisch wird die Lage beim gewöhnlichen Kollektivvertrag. Denn dann handeln einzig und allein die Verbände, und zwar am Verhandlungstisch, mindestens äußerlich in den Bahnen eines Vertrages, eines Handelsgeschäftes. Soll das auch „Verordnung“ sein? D. bejaht, bejaht mit Nachdruck. Auch ein solcher gewöhnlicher Kollektivvertrag ist „staatlicher Willensakt“, „staatliche Anordnung“, „staatliches Recht“, „staatliche Rechtssatzung“, „Gesetz im materiellen Sinne“ (S. 37, 38, 40).

Natürlich verschiebt sich damit auch grundlegend die Rechtsstellung der Verbände. Sie sind nicht mehr auf sich selbst gestellt, sondern Träger, Funktionäre des staatlichen Willens. „Regler“ nennt sie der Verf. im terminologischen Sinne. Sie sind „Verordnungsstelle“, gleichsam mit dem Amtstitel „Kollektivvertrag“, so daß sich das Kompositum „Verordnungsstelle Kollektivvertrag“ ergibt, in das sich der Verf. bei der weiteren Niederschrift seiner Gedanken von Kapitel zu Kapitel mehr hineinlebt. Und diese Verordnungsstelle-Kollektivvertrag begleitet D. nun bei ihrer nüchternen Arbeit unter Anwendung der geläufigen Terminologie staatlicher Legislative: Textfeststellung, Ausfertigung der Verordnungsurkunde, Gesetzespublikation usw. (S. 44 f.). Nur vor einer letzten Konsequenz scheut er zurück: zur Behörde will er die Verbände doch nicht werden lassen! Die betreffende Stelle seines Buches ist so kennzeichnend, daß sie wörtlich folgen möge: „Freilich werden wir trotz der früher betonten grundsätzlichen Gleichstellung der Verordnungsstelle-Kollektivvertrag mit einer mit Verordnungsgewalt ausgestatteten öffentlichen Behörde die Regler des Kollektivvertrages doch schon deshalb nicht als öffentliche Behörde im Sinne der herrschenden Terminologie ansprechen können, weil die Kollektivvertragsregler doch nicht allen jenen Kriterien Rechnung tragen, die der herkömmliche Begriff, öffentliche Behörde, verlangt, nämlich amtliche Stelle zu sein, der gewisse obrigkeitliche Prärogative dauernd beigelegt sind. Dagegen ließe sich aber vielleicht und gerade an der Hand unserer Untersuchung der Weg zu einem neuen Behördenbegriffe (!) auffinden, demzufolge Behörde ist, wem kraft Gesetzes die Befugnis, Befehle zu erteilen, individuelle oder generelle Befehle, also auch (!) Verordnungen zu erlassen, übertragen worden ist. In einem solchen weitergreifenden Behördenbegriff wären nämlich auch die Verordnungsstelle-Kollektivvertrag und ihre Regler ebensowohl unterzubringen wie etwa, um noch ein anderes Beispiel zu geben, die Eltern im technischen Sinne der Zivilgesetzbücher, wann diesen nach positivem Rechte Züchtigungsgewalt über die Kinder oder das Recht der Berufsbestimmung übertragen ist“ (S. 41).

Es leuchtet ein, daß damit der Staatsbegriff schlechthin der Auflösung verfällt. Gerade damit aber tritt das Werk von D. mitten in die Zeitströmung hinein, und nur von dieser Seite her kann man es voll verstehen. Es ist ein Symptom des soziologischen Treibens, das heute von den Gemütern Besitz ergriffen hat: man sieht die gesellschaftlichen Schichten, die Verbände und Gruppen, man glaubt an sie, man neigt dazu, ihnen im Leben der Menschen mindestens ebensoviel, wenn nicht mehr Gewicht zuzusprechen wie dem alten, „greisenhaften“ Staat. D. gehört gewiß nicht einer extremen Richtung dieser Sinnesart an. Er will vom Staat nicht lassen. Gerade so erklärt sich ja seine Von-oben-her-Betrachtung, und er hat sie sich durch Übernahme der staatsphilosophischen Lehre von der Stufenbildung der Delegation noch konstruktiver, man könnte sagen „künftiger“ gestaltet (S. 35). Delegation, dieser staatsrechtliche Begriff, ist ihm geradezu zum „erlösenden Wort“ geworden (S. 66). Von der Verfassung des Staats leitet sich das Gesetz über die Kollektivverträge ab, von diesem

Gesetz wieder der einzelne Kollektivvertrag („Verordnung“), von diesem einzelnen Kollektivvertrag wieder der einzelne Arbeitsvertrag. Man sieht: alles fließt im Wege des „Abgebens“ (S. 29) von oben nach unten, und noch auf der untersten Stufe wird Recht erzeugt: das einzelne, ganz primitive Rechtsgeschäft zweier Privatleute ist dem Wesen nach genau dasselbe wie ein Staatsgrundgesetz, „von dem es sich nur mehr in gradueller Beziehung unterscheidet“ (S. 30).

Eine solche Betrachtungsweise ist natürlich möglich. Aber sie führt eben zur vollen Auflösung. Daß der Unterschied zwischen öffentlichem und privatem Recht dabei verlorengeht, ist fast nur eine Nebenerscheinung, die der Verf., einer gleichfalls jetzt beliebt gewordenen Strömung folgend, ohne jede innere Erregung bekanntgibt (S. 24). Es muß sehr bezweifelt werden, daß diese Philosophie der Delegation wirklich den Neigungen der betroffenen Volkskreise entspricht. Diese Treppenstufen-delegation ist mindestens in der ausschließlichen Richtung von oben nach unten viel zu schematisch. Sie berücksichtigt nicht, daß das Recht auch von unten nach oben steigen kann. Gerade das Tarifrecht ist ein vorzügliches Beispiel dafür. Aus den Einzelverträgen wächst der Stoff der Kollektivverträge. In einer geradezu erstaunlichen Abhängigkeit (darüber im folgenden, Ziff. 6) übernimmt der Diktator (Einigungsamt in Österreich, Minister in Deutschland) diesen von unten emporgewachsenen Stoff für seine „Satzung“. Und wenn der ordentliche Gesetzgeber darangeht, wie es jetzt gerade im Deutschen Reich geschieht, ein allgemeines Gesetzbuch über den Arbeitsvertrag herzustellen, so schöpft er gleichfalls aus den Quellen, die von unten sprudeln. Sind wir damit nicht geradezu an dem uralten Gegensatz zwischen von oben kommendem Gesetzesrecht und von unten wachsendem Gewohnheitsrecht angelangt? Daß D. nur der einen Seite dieses Gegensatzes gerecht geworden und alles auf die Gesetzesidee zugeschnitten hat, ist sein wissenschaftliches, sein künstlerischgestaltendes Recht. Aber es bleibt einseitig und ist Willkür. Er klammert sich fast mit Starrsinn an die, im ganzen der historischen Entwicklung doch recht armseligen Gesetzestexte von 1918 und 1919 an und führt sie gleichsam redend ein: Wenn dieser Kollektivvertrag bestimmte Voraussetzungen erfüllt, so statte ich, Rechtsordnung, ich, Gesetz, diesen Vertrag mit objektiver Normwirkung aus (S. 34). Man kann aber ebensogut die These aufstellen: Wenn Kollektivverträge bestimmter Art gemacht werden, so verleihe ich, Gewohnheit, ich, Volksmasse, diesen Gebilden rechtserzeugende Kraft. Schließlich bleibt als ein Mittelgebilde die längst bekannte Autonomie: dem Stoffe nach von unten aufsteigendes Recht, begleitet von einem ausdrücklichen Placet oder einer stillschweigenden Duldung des oben thronenden Staates. D. hat diese Figur ganz beiseite gelassen. Ihm sind die Kollektivverträge lediglich von oben kommende Verordnungsgewalt. Man wird ihm darin nicht folgen können, muß also die Grundauffassung seines Buches ablehnen.

4. Was wird bei der D.schen Lehre aus dem Vertragsgehalt der Kollektivverträge? D.s eigene Haltung ist nicht ganz gleichmäßig. Bisweilen bricht

er apodiktisch und vollständig den Stab darüber: „So ist denn mit der Klassifikation des Kollektivvertrages neuen Rechtes als einer Verordnung ein für allemal der Versuch abzulehnen, den Kollektivvertrag auch noch nach heutigem Rechtszustande als Schuldrechtsvertrag zu qualifizieren“ (S. 86). Dementsprechend werden eben auch die Verbände als „Regler“ aufgetan, eine Bezeichnung, „die mit Absicht dem zum Verträge gehörigen Parteienbegriff ausweicht“ (S. 82). Aber es kann eben auch der Verf. des neuen Buches nicht an der elementaren Tatsache vorüber, daß jedenfalls der Akt mit einem Vertragschluß beginnt. Diese sinnfällige und volkstümliche Tatsache läßt sich nicht mit der konstruktiven Formel erledigen, daß der Vorgang der Entsendung von Vertretern und des vertraglichen Verhandelns hinüber und herüber nur „eine der Voraussetzungen für den Eintritt der staatsgesetzlichen Delegation des Verordnungsrechtes darstellt“ (S. 88). Er bleibt eben doch Vertragschluß, und weiter: dieses Vertragselement begleitet den Vorgang auch auf seinem ferneren Verlauf. D. versucht das zu bestreiten, das Eingehen und Weiterwirken von „Schuldrechtsverpflichtungen“ ist ihm nur etwas Zufälliges, eine Nebenerscheinung (S. 37), die auch ganz fehlen kann. Es stützt sich dabei auf die neueren Gesetzestexte: Sie erwähnen die schuldrechtliche Seite gar nicht, und „demnach braucht der Kollektivvertrag heutigen Rechtes, um Kollektivvertrag zu sein, nach dem Gesetze irgendwelche positive oder negative Verpflichtungen, also Leistungs- oder Unterlassungspflichten, überhaupt nicht zu enthalten“ (S. 32). Das ist eine schwache Stütze. Es wurde schon im vorhergehenden darauf hingewiesen, daß man die Welt der Tarifverträge nicht einfach auf die schwachen, übereilt zusammengestellten Gesetzestexte aufbauen kann. Es mag sein, daß dieser oder jener Kollektivvertrag keine einzige Leistungs- oder Unterlassungspflicht, die zwischen den vertragschließenden Verbänden spielte, ausdrücklich formuliert. Aber ungeschrieben begleitet ihn dann eben doch die Pflicht zur Vertragstreue. Es ist gerade ein Verdienst der Dogmatik der letzten zwei Jahrzehnte, die Unterlassungspflicht als allgemeinen Begriff in das Zivilrecht eingeführt zu haben. Eine der wichtigsten, daraus entspringenden Erkenntnisse ist die, daß Vertragsparteien zivilrechtlich, schuldrechtlich damit belastet sind, zu unterlassen, was den wohlverstandenen Vertragszweck gefährden könnte. Das gilt auch für die Kollektivverträge. Neben ihrem normativen Gehalt, der die Einzelarbeitsverträge bestimmt, läuft beständig, wenn auch unsichtbar, die vertragliche Gebundenheit der Verbände, die den Vertrag geschlossen haben. Sie kann nicht fehlen, sie ist immer da, ist Wesenselement der Kollektivverträge. So lebt das Gebilde auch in der Anschauung der beteiligten Volkskreise. Sie empfinden es als Vertrag, sie wissen, daß man diesen Vertrag halten soll, aber eben auch brechen kann. Was ihnen als Hauptsache erscheint, wird von D. zur Nebenverpflichtung herabgedrückt. Die Probleme des Bruchs, der Anfechtung, der Kündigung des geschlossenen Pakts schiebt er nahezu ganz beiseite (vgl. S. 52, 186) oder zwingt sie in unnatürlicher Weise in den Strom seiner öffentlichrechtlich-legislativtechnischen Gedanken, indem er etwa die Mängelanfechtung unter das Zeichen des richterlichen Verordnungsprüfungsrechts bringt (S. 55).

5. Die Einzeldogmatik, die der Verf. seinen Begriffsfeststellungen nachfolgen läßt, zeichnet sich durch Folgerichtigkeit aus. Er beginnt mit der Untersuchung der subjektiven Seite. Wer macht diese „Verordnungen“, wer ist „Regler“? An diesem Punkte zeigt sich besonders deutlich die souveräne Erhabenheit über die zivilrechtliche Problemstellung. Man weiß, wie sehr sich die zivilrechtlich eingestellte Dogmatik sogleich mit dem Problem der Rechtsfähigkeit der Tarifvertragsparteien herumquälen muß. Und daran anschließend die ins Unmittelbar-Praktische hinüberreichende Frage, wer eigentlich haftbar aus dem Vertragsschluß wird, der (rechtsfähige?) Verband als solcher oder (von ihm „vertreten“) die einzelnen Verbandsgenossen. Weiter die Frage, wie das Innenverhältnis der mehreren Verbände sich gestaltet, die zusammen auf einer Seite stehen, also gemeinsam die eine „Partei“ bilden. — Das alles läßt D. unerledigt, da durch die normative Kraft „der Knoten gelöst“ sei (S. 88). Es ist nun gewiß möglich, sich das ganze Verhältnis als Gesetzgebungsakt zu denken. Dann muß aber das Verhältnis auch restlos zu Ende gedacht, z. B. in öffentlichrechtlichen Gedankengängen das Verhältnis mehrerer Gesetzgebungsfaktoren zueinander untersucht werden. Hier kommt der Verf. über ein unsicheres Tasten nicht hinaus.

Vom Subjekt wendet sich Ds. Schrift zum Inhalt des gesetzgeberischen Aktes. Auch hier wieder fällt dem zivilistisch geschulten (der Verf. sagt vielleicht: verblendeten) Auge als erstes das Beiseiteschieben des Nichtpassenden, das ist eben das Zivilistisch-Schuldrechtliche, auf. D. stellt rücksichtslos den Begriff der „Eingehängigkeit“ in den Vordergrund (S. 106). Er meint damit, daß in jedem einzelnen Falle geprüft werden müsse, wieviel vom Inhalt eines Tarifvertrages fähig zur „Zwangsnormwirkung“ sei und wieviel nicht. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Aber ist diese Prüfung nicht einfache Willensauslegung und damit etwas Privatrechtliches? Der Verf. freilich nennt das kurzerhand „Aussonderungstätigkeit“. Doch kommt es nicht auf den Effekt (das Ergebnis) des Aussonderns, sondern auf die treibende Kraft, das berechtigende Moment an. Und auch hier wieder hätte, wenn schon einmal der reine Boden des öffentlichen Rechts zur Plattform genommen wird, der kühne Schritt in eine allgemeine Dogmatik der Grenzen gesetzgeberischen Dürfens unternommen werden müssen.

Es folgen dann Untersuchungen über Form und Rechtswirkung der Regeln. Darauf kann leider nicht näher eingegangen werden. Nur ein Punkt läßt sich bei aller Kürze nicht übergehen. Das ist die bekannte Regelung, daß von dem objektiven Rechtsstoff (dem Inhalt des Kollektivvertrages) „zugunsten“ des Arbeitnehmers eben doch abgewichen werden kann. Mit Spannung erwartet man gerade dazu eine tiefergreifende Erklärung. Denn das ist unzweifelhaft: vom kühlen Standpunkt reiner Gesetzestechnik ist so etwas eine dunkle Merkwürdigkeit. Der Verf. begnügt sich indessen (S. 133) mit einigen empirischen und geetzespolitischen Bemerkungen, ohne das Phänomen selbst von seiner Dunkelheit befreien zu können.

6. Wie die ganze Materie von den Kollektivverträgen, so erreicht auch

die Schrift von D. ihren Höhepunkt bei der Behandlung der Allgemeinverbindlichkeit („Satzung“). Hier offenbart sich auch die Eigenart der D.schen Theorie in aller Deutlichkeit. Während für den, der im gewöhnlichen Tarifvertrag doch eben das Vertragsselement für die Hauptsache hält, ein recht erheblicher geistiger Sprung vonnöten ist, um zu der von oben her diktierten Allgemeinverbindlichkeit zu gelangen, fließt bei D. das eine leicht in das andere über. Es ändert sich eigentlich nur etwas Formales, im materiellen Gehalt war schon vorher gesetzgeberische Gewalt da, die jetzt nur, dank einer gewissen (von D. noch zu wenig betonten) Expansionstendenz ihre Kreise weiter spannt.

Aber es ist doch etwas sehr Merkwürdiges um diese Satzungenmacht. Denn sie hat bekanntlich kein Selbstgestaltungsrecht. Sie kann nur den schon fertigen, von anderen gemachten Kollektivvertrag übernehmen und so, wie sie ihn angetroffen hat, also unverändert weitertragen. Gerade dieses zwangsweise Hängenbleiben am Vorbild hat D. besonders gepflegt und auch in einer abgezwigten Studie (Gerichts-Zeitung vom 1. X. 1928) unter dem Namen „Accessorietät“ ausführlicher behandelt. Jedoch tut er das, nach unserer Meinung, zu ruhig. Es mag sein, daß er als Spezialist und sehr gründlicher Bearbeiter dem Stoff zu nahe steht, ihn zu sehr als gegebene Größe hinnimmt, statt sich an der Problematik dieser Dinge zu erregen. Wer weiter absteht, sich gleichsam über die Gelegenheitsgesetzgebung dieser gerade augenblicklich dahinfließenden Jahre zu erheben sucht, muß sich sagen, daß diese ganze Regelung krampfhaft und ungesund ist. Sie entspringt einem in keiner Weise harmonisch abgestimmten, sondern gewaltsam geregelten Verhältnis zwischen selbsttätiger Wirtschaft und kontrollierendem Staatsapparat.

Man muß den Blick einmal durchaus auf jene Stelle konzentrieren, die die Allgemeinverbindlichkeit aussprechen kann. Man ist gewiß versucht, in ihr einen Gesetzgeber reinsten Gepräges, von diktatorischem Charakter zu erblicken. Er befiehlt und ist grundsätzlich niemand verantwortlich. Aber nun erfährt man auf einmal, daß er selber nicht eine Zeile des Textes verfaßt hat, daß er auch hinterher daran nichts zu ändern vermag. Wie ohnmächtig ist dieser Gesetzgeber!

Eine innerliche Rechtfertigung solcher Regelung ist höchstens von dem Satze aus möglich, daß das bereits Erprobte von dem Erklärer der Allverbindlichkeit übernommen werden soll. Das wäre gewiß ein gesunder Gedanke. Aber: wer ist jener Erprober? Sind es nicht doch wieder ganz gewöhnliche Vertragsparteien? Oder, wenn man hinaus will aus dem Zivilistisch-Vertraglichen, ist es nicht ein unbewußter und dumpfer Anlauf zum Gewohnheitsrecht, wenn jener „Gesetzgeber“ nur eben übernehmen und weitergeben darf, was ohne ihn schon vorher im Kreise der nächstbeteiligten Volksgenossen erwachsen ist?

7. Man sieht, wie nahe man an die Grundprobleme des rechtlichen Seins heranrückt. Es ist ein Verdienst D.s, durch seine einseitige Thematisierung solche breite Flächen unter den Pflug des Zweifels und der Fragestellung



gesetzt zu haben. Es ist nicht so, daß man sein Buch kurzerhand ablehnen und beiseite legen könnte. Es liegt dem Gegner als Stein im Wege. Die Pflugschar stockt. Man muß sich mühen, sie weiterzubringen. Das befruchtet. Übrigens hat der junge Gelehrte eben eine überraschende Unterstützung durch ein Urteil des deutschen Reichsgerichts erfahren, das gleichfalls an dem Vertragsgehalt der Tarifverträge gänzlich vorübergeht und sie ausschließlich als eine von den Beteiligten selbst ausgeübte „Berufsgesetzgebung“ anspricht (Band 107, S. 249).

J. W. HEDEMANN (Jena).

FRANZ OPPENHEIMER, System der Soziologie. I. Band, 2. Halbband: Der soziale Prozeß. S. 444 bis 1149. Jena, Gustav Fischer, 1923.

Der erste Teil dieses Werkes ist in diesem Archiv XI, 152/160 ausführlich gewürdigt worden. In rascher Folge ist der zweite Teil erschienen, welcher den sozialen Prozeß behandelt und die „allgemeine Soziologie“ zum Abschluß bringt. Der Fleiß, die große Belesenheit und der redliche Forscherwille des Verf. verdienen die vollste Anerkennung. Die Zahl und der Umfang der wörtlichen Zitate aus anderen soziologischen Schriften haben freilich noch zugenommen. Der Verf. sucht im „Vorwort“ diese lesebuchartige Methode zu rechtfertigen. „Dieses ganze Buch ist als eine Zusammenschau dieser Teile (der soziologischen Wissenschaft) gedacht; wir haben uns als eine unserer Aufgaben gesetzt, die verborgene Einheit ins Licht zu stellen, die sie von jeher verband: leiten sie sich doch sämtlich von den Einheitsystemen COMTES und SPENCERS her und behandeln sie doch sämtlich den gleichen ungeheuren Gegenstand!“ Der Verf. will durch ausführliche Analysen älterer Werke sein Buch derart ausgestalten, daß es eine ganze soziologische Bücherei in nuce darstellt. Die Nützlichkeit eines so aufgebauten Werkes kann nicht geleugnet werden. Andererseits geht freilich die Konzentration der eigenen Gedanken in einer so buntscheckigen Darstellung verloren. Wie dem auch sein mag, der Reichtum des Gebotenen verdient unsern Dank; als soziologisches Quellenwerk wird das Buch O.s zweifellos eine literarische Stellung erobern.

Die Lehre vom sozialen Prozeß wird in vier großen Abschnitten behandelt. Der erste bringt eine Analyse des Gesamtprozesses, das ist Bau und Leben des sozialen Körpers. Hier werden hauptsächlich erörtert die Gruppe und ihre Typen, sowie die Gesellschaft in engerer Bedeutung, ferner die inneren Relationen und die Anpassung an die äußeren Relationen. Als Grundformen der inneren Relationen erscheinen Spontaneität und Zwang, sowie deren Synthese. Eigene Kapitel untersuchen „die Erziehung zum Consensus“ und „die bewegenden Kräfte des sozialen Prozesses“. In einer Zusammenfassung der Ergebnisse dieses Abschnittes (S. 599) heißt es: „Die Anpassung aller Gruppen- und Gesellschaftsinteressen aneinander und ihre physische Umwelt: das ist der Inbegriff des sozialen Prozesses.“

O. gibt selbst zu, daß diese Formel noch empfindlich leer ist; er sucht sie daher durch die folgenden Hauptgesetze zu ergänzen. Das Hauptgesetz

der Statik lautet nach O.: „Als Reaktion auf Zug und Druck einer gegebenen Umwelt bestehen in einer gegebenen Menschengruppe gewisse Interessen, die in den sämtlichen oder doch fast sämtlichen Individuen der Gruppe gewisse Vorstellungen und Handlungsantriebe wecken, die gewisse gleichartige und gleichzeitige Betätigungen herbeiführen.“ Für die soziale Kinetik stellt der Verf. folgendes Gesetz auf: Änderungen der Umwelt verändern gesetzmäßig Vorstellung, Interesse, Motiv und Handlung. Eine Zusammenfassung dieser beiden Formeln ergebe das Hauptgesetz aller Soziologie: Einer bestimmten Lagerung der Gruppe entspricht eine bestimmte Motivation, und dieser eine bestimmte Betätigung der Mitglieder. Weiter lehrt O.: „Jede Gruppe strömt vom Orte höheren (sozialen und wirtschaftlichen) Drucks zum Orte geringeren Drucks auf der Linie des geringsten Widerstandes.“ Ob diese verschiedenen Formeln geeignet sind, als inhaltvolle Gesetze des sozialen Prozesses angesehen zu werden, möchte ich dahingestellt sein lassen. Jedenfalls scheint mir die Konzeption von KARL MARX über die materialistische Geschichtsauffassung, der sich O. grundsätzlich anschließt, eine größere Präzision zu enthalten, als die oben angeführten soziologischen „Gesetze“.

Der folgende Abschnitt über die Statik des sozialen Prozesses behandelt hauptsächlich die Rasse und den Volkgeist (S. 605 ff.). Der nächste Abschnitt ist betitelt: die Kinetik des sozialen Prozesses. Untersucht werden hier die Ursachen der Gruppenhandlung und die Richtung der Gruppenhandlung. In ersterer Beziehung lautet das Ergebnis (S. 888): „Man sieht, wie hier überall unzählige Fäden sich kreuzen, um den bunten Teppich der Weltgeschichte zu weben.“ Die Richtung der Gruppenhandlung ist durch die Interessen der Gruppe gegeben, wobei zwischen dem Endziele und den Zwischenzielen zu unterscheiden ist. Als besondere Arten der Interessen werden der Reihe nach behandelt: das ethische, das ökonomische, das politische, das religiöse und das geistige Interesse. Daran schließt sich eine Ausführung über das Verhältnis der Ideen zu den Interessen (S. 890 bis 979). Es folgt eine Darstellung von O.s Lieblinggedanken, welche in den Formeln vom ökonomischen und politischen Mittel, von der Kinderfabel der ursprünglichen Akkumulation und dem ökonomischen und politischen Eigentum ihren Ausdruck finden. Abermals wird gelehrt, daß der Staat nach seiner Entstehung und seinem Wesen auch auf der höchsten Stufe nichts anderes sei als eine Klassenorganisation (S. 922). Abermals wird uns angemutet zu glauben, daß die europäische Krise und die Gefahr für unsere Zivilisation durch eine falsche wissenschaftliche Idee herbeigeführt wurde, daß sie allein es verhindere, durch die Vereinigung aller werktätigen Menschen der gequälten Welt den Frieden zu geben. Darüber ist weiter kein Wort zu verlieren.

Der letzte Abschnitt führt den Titel: „Die komparative Statik des sozialen Prozesses.“ Es werden die bisherigen Versuche dargestellt, um ein Stufensystem der sozialen Entwicklung aufzufinden. O. findet die Lösung des schwierigen Problems des Fortschritts in der Lehre von OSTWALD, der-

zufolge die stete Verbesserung in der Ausnützung der Energie das eigentliche Ziel in der menschlichen Entwicklung darstelle. Dieser Fortschritt sei meßbar; er werde durch die steigende Beherrschung der Natur und die Ausbreitung des ethischen Imperativs herbeigeführt. O. meint, daß trotz aller Rückschläge und Umwege die Linie des Fortschrittes unverkennbar sei. Dies werde besonders deutlich werden, wenn das „politische Mittel“ ausgerottet und dadurch Freiheit und Gleichheit der Menschen herbeigeführt werden.

Ich möchte zum Schlusse noch zwei soziologische Themen behandeln, mit welchen ich mich selbst seinerzeit beschäftigt habe und die Stellung kennzeichnen, welche O. in diesen Fragen einnimmt. Das erste Thema betrifft den Sozialkontrakt in der modernen Soziologie. Ich habe mich darüber in meiner Schrift „Naturrecht und Soziologie“<sup>1)</sup>, die O. anscheinend entgangen ist, auf S. 28 ff. ausführlich geäußert, insbesondere über die Theorien von FOUILLEE und LÉON BOURGEOIS über den Sozialkontrakt und den Quasikontrakt. BARTH hat in der II. Auflage seiner „Philosophie der Geschichte als Soziologie“ (S. 321 ff.) die soziologischen Anhänger des naturrechtlichen Kontraktgedankens gegen meine Kritik in Schutz zu nehmen versucht. Ich habe jedoch in meiner Besprechung des Werkes von BARTH (im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie X) neuerdings dargelegt, daß es sich in der Tat um eine naturrechtliche Konstruktion handelt, wenn einzelne moderne Soziologen den Zusammenhang der Gesellschaft auf diese Weise erklären wollen. Ich freue mich feststellen zu können, daß O. (S. 471 ff.) denselben Standpunkt einnimmt wie ich.

In derselben Schrift habe ich mich mit verschiedenen Versuchen kritisch auseinandergesetzt, welche in der modernen Soziologie aufgetaucht sind zum Zwecke, um ein Gesetz der Entwicklung in der menschlichen Gesellschaft zu konstruieren. Ich habe zu zeigen versucht, daß es sich dabei regelmäßig um ethisch-politische Postulate handelt, denen das Entwicklungsgesetz angepaßt wird. Ich glaube, daß auch O. dieser Gefahr nicht entgangen ist. Wer wie er von feurigem Reformgeist erfüllt ist, legt, wenn auch unbewußt, einen Wertmaßstab an die menschliche Gesellschaft; was diesem Maßstabe entspricht, erscheint fortschrittlich und liegt ihm in der Linie der Entwicklung. O. glaubt freilich, daß sein Wertmaßstab, der sog. energetische Imperativ, Objektivität besitzt. Das ist eine Selbsttäuschung. Alle bisherigen Versuche, einen objektiven Wertmaßstab zu finden, sind, wie ich an anderer Stelle<sup>2)</sup> nachzuweisen versucht habe, mißlungen und werden auch in Zukunft mißlingen. Was insbesondere den sog. energetischen Imperativ von OSTWALD betrifft, so leidet er an derselben Unbestimmtheit wie die Glücksformel von JEREMIAS BENTHAM. Wenn OSTWALD das Postulat aufstellt, es sollen möglichst große Leistungen mit möglichst geringen Mitteln erzielt werden, so entsteht wieder die Frage, welcher dieser beiden Super-

1) Wien und Leipzig, Verl. v. Carl Fromme, 1912.

2) „Über soziale Wertmaßstäbe“ Jahrb. d. philos. Gesellsch. an d. Universität in Wien. Leipzig, Verlag v. Johann Ambrosius Barth, 1916.

lative zu bevorzugen sei, wenn eine große Leistung nur mit großen Opfern zu erzielen ist. Übrigens ist der Imperativ: „Vergeude keine Energie“ eine unbewiesene apriorische Formel. Nicht besser steht es mit dem Begriff der „Kultur“ als des Wertmaßstabes der menschlichen Entwicklung; auch hier zeigt sich eine Mehrdeutigkeit und Unbeweisbarkeit des darin liegenden Postulates. Die wissenschaftliche Soziologie sollte solche Begriffe nicht verwenden; sie gehören der Ethik und Sozialphilosophie an.

AD. MENZEL (Wien).

VJATSCHESLAV POLONSKI, *Materialy dlja biografii M. Bakunina* (Materialien z. Biographie M. Bakunins nach Archivalien der früheren III. Abteilung und des Marineministeriums), mit Anmerkungen hrsg. von ---. I. Band: 1848—1861. Moskau-Petrograd, Staatsverlag 1923. XII (Juli 1923), gr. 8°. 438 S. mit Faksim.

Derselbe, *Bakunin. Monografija* (M. A. Bakunin, Leben, Tätigkeit, Ideen. I. Der Romantiker Bakunin. 1814—1861). Moskau, Staatsverlag 1922. gr. 8°. 418 S. mit Portr.

Mehr als sechs Jahre nach Öffnung der russischen Archive wird mit den Materialien, I., endlich ein erfreulicher Anfang gemacht, BAKUNIN-Dokumente in ihrem Gesamtmilieu, das sich nicht jeder heutige Leser ohne weiteres rekonstruieren kann, vorzulegen. Bekanntlich war seit dem Herbst 1919 mit dem wichtigsten Dokument, der sogenannten Beichte, der 1851 in der Festung von BAKUNIN auf Wunsch von NIKOLAUS I. geschriebenen Darstellung seiner Tätigkeit und speziell der Jahre 1848—49, der größte Mißbrauch getrieben worden, zumal von einer Person, die diese Denkschrift damals überhaupt nur in Auszügen und vom Hörensagen kannte (s. Bulletin communiste, Paris, Nr. 56 v. 22. XII. 1921). Schließlich folgte eine Textausgabe dieses Dokuments (M. A. BAKUNIN, *Isповed'* (Beichte), Staatsverlag (Moskau), 1921, 142 S. gr. 8°, die auch einen ebenso aus dem Zusammenhang gerissenen Brief B.s an ALEXANDER II. v. 14. II. 1857, und eine Studie P.s (Febr.—März 1921; S. 5—44) enthält.

Unter diesen Umständen blieb mir nur übrig, die Beichte im einzelnen zu analysieren, jeder Angabe nach Möglichkeit auf den Grund zu gehen, was sie sagt, wie sie es sagt und vor allem, was sie nicht sagt. Eine russische Ausgabe mit hunderten von Anmerkungen dieser Art ist in Vorbereitung. Das Resultat stimmte mit dem a priori zu erschließenden: daß, wenn aus dem Leben einer Person Tausende von Tatsachen bekannt sind, es unendlich unwahrscheinlich ist, daß einige weitere bekanntwerdende Tatsachen das Bild dieser Person irgendwie wesentlich ändern werden. Ich habe dies, nachdem ich im Februar 1922 die Beichte zuerst gelesen, damals in einer Reihe von Zeitschriften ausführlich dargestellt.

Endlich erscheint nun, wie bemerkt, diese Beichte im wahren Rahmen und in einem nach der Handschrift selbst edierten Text, der gegenüber dem ersten Abdruck nach P. — der an der Ausgabe von 1921 nur durch seine

Studie beteiligt war — ungefähr 300 Verbesserungen enthält. (Materialien I, 95—248, 404—7 u. Faksimile).

Voraufliegen mit, nach P. unwesentlichen, Ausnahmen, die der russischen Regierung auf ihr dringendes Verlangen während der Prozesse in Dresden und Prag geschickten Abschriften von unter BAKUNINS Papieren gefundenen Manuskriptstücken, Briefentwürfen und Briefen an ihn; eines dieser Dokumente, der Brief an den Dresdner Advokaten OTTO (23. März 1850) liegt mir in einer von A. REICHEL'S Schwester damals genommenen Abschrift vor, die wörtlich übereinstimmt. Das wichtigste andere Dokument ist der „Kriegsrecht-Vortrag“ mit der Prager Anklage; diesen druckte P. auch in Krasnyi Archiv (Rotes Archiv), III. (1923) ab. Man sieht, wie genau sich die Beichte an diese und andere Dokumente anschließt, da BAKUNIN eben auf das genaueste wußte, was bei den beiden Prozessen durch ein gegen ihn und eine Reihe anderer gerichtetes langwieriges Verfahren herausgekommen war und was verborgen blieb, so konnte jede seiner Äußerungen in der Beichte eigenen oder seiner Genossen Verteidigungszwecken oder sonstigen von ihm stets im Auge behaltenen Zielen dienstbar gemacht werden und NIKOLAUS bekam genau das zu hören, was ohnedies in den Akten stand, nebst vielen guten Lehren. Die Beichte zeigt nicht Reue, sondern Humor; NIKOLAUS war zu eitel, das herauszufühlen, aber daß er seinen Zweck nicht erreicht hatte, wurde ihm doch bewußt.

Es folgen Schriftstücke aus der Festungszeit (1851—57; S. 249—291), beginnend mit reizenden Briefen an die Eltern und Geschwister, die uns die glückliche Jugend in Prjamuchino, wie wir sie aus KORNILOFF'S großem Werk (1915) so genau kennen, in einem gänzlich unerwarteten Nachklang noch einmal vorführen. Doch war der Chef der III. Abteilung DUBELT zu faul, diese langen Briefe zu lesen, behielt den schönsten derselben zurück und verbot weitere derartige Korrespondenz (16. IV. 1853): das war wohl der Augenblick, in welchem BAKUNIN von seiner Jugend Abschied nahm. Die Briefe seiner Mutter, die bis 1861 für ihn bat, man möchte ihn auf dem Familiengut leben lassen und seine fünf Brüder wollten für sein ruhiges Verhalten bürgen, — diese Briefe, BAKUNINS eigene Briefe u. a. (aus Sibirien), S. 295—312, zeigen, wie um die minimalsten Dinge eben beständig in umständlicher Form gebeten werden mußte, da ja alles den „geheimen Arrestanten Bakunin“ (wie er genannt wurde) betreffende von reiner Willkür abhing; man mußte sich um jede Kleinigkeit beim Generaladjutanten Fürst V. A. DOLGORUKOFF bewerben.

Nach seiner Flucht, die darin bestand, daß er von einem von Nikolaevsk ausfahrenden Regierungsdampfer, der ein Handelsschiff im Schlepptau hatte, auf dieses übertrat und nach Japan fuhr (Juli 1861), wurden bis Juni 1864 Untersuchungen gepflogen (S. 313—393), welche die wahren Zusammenhänge nicht aufdeckten, aber einige episodisch ganz charakteristische Umstände aus Licht brachten. Als das Regierungsschiff noch in Sicht war, wurde BAKUNINS Fluchtabsicht von zwei Schurken denunziert, aber der diese Denunziation in Empfang nehmende Leutnant ATHANASIEV ging damit aus Gründen, für

die er vielerlei Entschuldigungen vorzubringen wußte, so langsam um, daß kein Unglück geschah. So endet das Buch, dem ein II. Band folgen wird, aus dem Polizeiberichte über BAKUNIN in London und Schweden, 1862, 1863 schon in Krasnyi Archiv 1923, veröffentlicht sind. P.s sorgfältige Anmerkungen (S. 397—432) enthalten noch mancherlei weitere Dokumente.

Die Biographie P.s benutzt bereits diese Archivakten. Im übrigen muß erst eine ganz genaue Durchsicht ergeben, ob sie sonstiges neues Material enthält. Sie ist breit beschreibend gehalten und wird in ihrer Tendenz jedenfalls von der in der Vorrede zur Beichte gezeigten, BAKUNINS Ideen fernstehenden Tendenz des Verf. nicht abweichen, während in den Materialy, I., der persönliche Standpunkt des Verf. ganz zurücktritt. Es erschien noch eine größere, ähnliche Biographie von TSCHERNOFF (Band I), die mir noch unbekannt ist. Da ich selbst das mir bekannte BAKUNIN-material zu einer mehrbändigen, zwar kürzeren, aber nach möglichster Vollständigkeit strebenden Biographie gegenwärtig zusammenfasse, so werde ich P.s Biographie voraussichtlich recht genau untersuchen und dann ein besseres Urteil abgeben können, als jetzt, wo mich zunächst die Materialy absorbieren, deren baldige Fortsetzung sehr erwünscht wäre.

Wien, 29. Februar 1924.

M. NETTLAU.

HANS GIRSBERGER, Der utopische Sozialismus des 18. Jahrhunderts in Frankreich und seine philosophischen und materiellen Grundlagen. (Zürcher volkswirtschaftl. Forschungen, in Verbindung mit E. GROSSMANN und W. BLEULER, herausg. v. M. SALTZEW I.) Zürich, Rascher & Co. 1924. XV u. 235 S.

Diese Arbeit eröffnet eine neue Reihe der Zürcher volkswirtschaftlichen Forschungen unter vorzüglicher Leitung Professor SALTZEWS, die sich den früheren, auf Anregung von HERKNER und STEVERING unternommenen, anreicht. Ihr Verf. hat sich vorgesetzt, den „utopischen Sozialismus“ Frankreichs im 18. Jahrhundert darzustellen, d. h. um mit seinen eigenen Worten zu sprechen, „diejenige Art sozialer Forschung, die vom konkreten Bild einer natürlichen Ordnung ausgehend, mit lediglich philosophisch-rationalen Kategorien argumentiert und die Verwirklichung dieser Ordnung als die Folge logischer Erkenntnis, nicht geschichtlicher Entwicklung betrachtet.“ Dabei konnte er sich auf eine reiche Literatur stützen, in der auch verschiedene Arbeiten des Herausgebers dieses Archivs ihm sehr zustatten gekommen sind. Doch hat er, wo es ihm möglich war, nicht versäumt, auf die Quellen selbst zurückzugehen und sich aus ihrem Studium ein eigenes Urteil zu bilden.

In seiner Einleitung geht er bis auf PLATO, THOMAS MORUS, CAMPANELLA zurück, wobei die Abhandlungen von Dr. LINA BEGER über THOMAS MORUS und PLATO (Zeitschrift f. die ges. Staatswissenschaften 1879) und H. ONCKEN, Die Utopia des Thomas Morus und das Machtproblem in der Staatslehre (Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie d. W. Philos. Hist.

Klasse 1922) noch hätten erwähnt werden dürfen. Ein darauf folgendes Kapitel unter dem Titel „Die Grundlagen“ behandelt „Philosophie“, „Das Naturrecht“, „Merkantilismus und Physiokratie“, „Die agraren Verhältnisse und die Entwicklung der Manufaktur“, „Sozialistische Vorbilder“ (Sparta und die römischen Agrargesetze, Der Jesuitenstaat in Paraguay, Die Bauerngemeinschaften in der Auvergne). Daran schließt sich der Überblick über den utopischen Sozialismus des 18. Jahrhunderts. Hier werden vier Gruppen unterschieden: „Sozialistische Utopien“ (VAIRASSE, MESLIER, MORELLE, MABLY, RÉTIF DE LA BRETONNE, FOIGNY, FÉNÉLON), „Utopien auf sozialpolitischer Grundlage“ (RAMSAY, MERCIER, La République des Philosophes, für die FONTENELLES Autorschaft anzuzweifeln ist, L'Heureuse Nation, ein Staatsroman, dessen Zurückführung auf MERCIER DE LA RIVIÈRE gleichfalls Bedenken erregt, VOLNEY und BOISSEL). Weitere Utopien, die dem Verf. im Original nicht zugänglich und die nur nach den Werken von A. LICHTENBERGER bekannt waren, HELVETIUS und HOLBACH. Eine Schlußbetrachtung faßt die Ergebnisse kurz zusammen, charakterisiert das Ideal und die Methode des utopischen Idealismus in dem Frankreich des 18. Jahrhunderts, sucht die Verbindungsfäden nachzuweisen, die von ihm zum Sozialismus des 19. Jahrhunderts hinführen.

Wie man sieht, handelt es sich wesentlich um die Lösung einer literaturgeschichtlichen Aufgabe. Der Ideengehalt der in Betracht kommenden Werke wird ausgeschöpft. Was die einzelnen Autoren Gemeinsames haben, worin sie sich voneinander unterscheiden, inwiefern sie sich mit den geistigen Strömungen ihrer Zeit berühren oder von ihnen abweichen, wird dem Leser vor Augen gestellt. Ob dabei die Grenzen immer richtig gezogen sind, ob z. B. VOLNEYS „Ruines“, ob HELVETIUS und HOLBACH in den Rahmen des „utopischen Sozialismus“ gehören, mag streitig sein. Darin aber wird man dem Verf. unbedingt recht geben: „Nicht um den Gegensatz zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter drehen sich die sozialistischen Systeme des vorrevolutionären Frankreichs. Das Agrarproblem steht noch im Mittelpunkt der ökonomischen Diskussion. Die erst nach und nach sich stärkende Industrie hat dem Kapital noch nicht zu der souveränen Macht verholfen, die es im Laufe des 19. Jahrhunderts erlangen sollte. Grund und Boden sind noch die eigentlichen Produktionsmittel. Reichtum und Bodenbesitz ist beinahe identisch. Eine Regelung des Bodenbesitzes bildet daher Kern und Wesen sowohl der sozialistischen wie liberalen Postulate des 18. Jahrhunderts“ (S. 83). Ebendaher wäre eine ausführlichere wirtschaftsgeschichtliche Schilderung der agrarischen Verhältnisse, zur Erklärung eines Hauptteils der utopistisch-sozialistischen Theorien am Platze gewesen. Die S. 82—95 gegebene Skizze, in der man u. a. eine Bezugnahme auf die Arbeiten des russischen Forschers KAREIEW vermißt, erscheint zu dürftig. Indessen soll dieser kritische Vorbehalt dem Lob, das dem Fleiß und der Gelehrsamkeit des Verfassers zu zollen ist, keinen Eintrag tun.

ALFRED STERN (Zürich).

- WERA FIGNER, Sapetschatlenny Trud (Die Arbeit meines Lebens). 2 Bde. Moskau, Verlag „Sadruqa“ 1922. 343 u. 239 S.
- N. S. RUSSANOFF, Is moich wospominanij (Aus meinen Erinnerungen). I. Bd. Berlin, Verlag S. J. Grachebin 1922. 353 S.
- P. B. AXELROD, Pereschitoje i peredumannoje (Erlebtes und Gedachtes). I. Bd. Ebenda 1923. 444 S.

Drei Generationen von russischen Revolutionären ziehen jetzt in zahlreichen Memoiren die Bilanz ihres Lebens: die „Jungen“, um 40 herum, die erst in der zweiten Revolution von 1917 sich hervorgetan haben; die Älteren Parteiführer, wie MARTOFF und TSCHERNOFF, die schon in der ersten Revolution von 1905 und in der sie vorbereitenden Periode eine leitende Stellung eingenommen haben; schließlich die „Alten“, die Großväter der Revolution, die noch zu deren Heldenzeit gehören. Zu diesen Altvordern der russischen Revolution sind auch die drei obengenannten Autoren zu rechnen. Ihre Memoiren stellen eine und dieselbe Epoche dar, die Zeit der ersten großen Gärung der russischen Intelligenz in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts, in der sich schon die Ansätze zur späteren großen Volksbewegung bildeten. A., W. F., und R. entsprangen drei ganz verschiedenen Gesellschaftsklassen: dem jüdischen halbproletarischen Kleinbürgertum, dem Dienstadel und der stockrussischen Großkaufmannschaft. Alle diese drei Klassen und auch andere haben ihr Teil zur revolutionären Bewegung beigetragen, die eben, trotz ihrer sozialistischen Ideologie, eine nationale Volksbefreiungsbewegung großen Stils gewesen ist.

Von den drei „Alten“ ist den Jahren nach der älteste PAWEI BORISSOWITSCH A. (geb. 1850). Zugleich aber ist er der modernste: der vorliegende I. Band seiner Memoiren schildert schon den Ausgang der russischen „völklerischen“ Bewegung, des revolutionären Narodnitschestwo, und die Anfänge des russischen Marxismus, derjenigen Richtung der russischen revolutionären Bewegung, der später die führende Rolle in dem Befreiungskampfe des russischen Volkes beschieden war. Von den großen russischen Parteiführern ist A. vielleicht der einzige, der aus den untersten Volksschichten hervorgegangen ist. Sein Vater war nacheinander Pächter einer Dorfschenke, Tagelöhner und Aufseher bei einem Nachtsyrl. A. hat in seiner frühen Kindheit alle die Erniedrigungen und Entbehrungen, die ein Proletarierkind und zumal noch ein jüdisches, besonders in den damaligen halbbarbarischen Verhältnissen, erdulden mußte, bis auf die Hefe ausgekostet, und diese Kindheits- und Knabenjahre haben ihn für das ganze übrige Leben zu einem echten Demokraten gemacht. Diese Echtheit des Demokratismus, dieses Gefühl nicht bloß für das Volk, sondern mit dem Volke, das ist es, was die ganze nachherige Entwicklung A.s beeinflußt und ihn zeitlebens zu einem erbitterten Feind des Jakobinismus gemacht hat.

Auch diese Feindschaft gegen den Jakobinismus, das Charakteristischste für die spätere Tätigkeit A.s innerhalb der russischen Sozialdemokratie, zeigt sich schon früh. A. hat seine politische Laufbahn als orthodoxer Anarchist bakunistischer Richtung begonnen, aber auf seine Entwicklung hat schon sehr



früh die europäische und speziell die deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung einen großen Einfluß geübt. Unbewußt fühlte er sich immer zu der deutschen Arbeiterbewegung hingezogen. Sehr lebhaft werden in den Memoiren die Eindrücke geschildert, die der junge A. Mitte der 70er Jahre von der Berliner sozialistischen Arbeiterschaft empfangen hat. Im Jahr 1878 hat A. einen großen Aufsatz über die deutsche Sozialdemokratie veröffentlicht, der in den Memoiren fast wörtlich abgedruckt ist. Es ist sehr reizvoll, den späteren Begründer der russischen Sozialdemokratie als anarchistischen Kritiker der deutschen Sozialdemokratie kennen zu lernen. Noch zu Anfang unseres Jahrhunderts versuchten die Anarchisten A.s zit. Artikel als Broschüre zu veröffentlichen, was A. natürlich verhinderte. Dieser Artikel verdient großes Interesse auch deshalb, weil in ihm sehr deutlich sich das außerordentlich feine Verständnis A.s zeigt, für die Soziologie der sozialistischen Bewegung, für das Verhältnis zwischen Führertum und Massen, zwischen Parteien, wie wir jetzt sagen würden, und einer progressiven Opposition innerhalb der Organisation usw. Auch dieses tiefe Verständnis für die intime Seite des Parteilebens hat A. zeitlebens ausgezeichnet. Schon der zit. Artikel des jungen A. zeigt den tieferschürfenden Soziologen der Arbeiterbewegung, der später mit so erbarmungslosem Scharfsinn das Verhältnis zwischen Intellektuellen und Arbeitern in der Sozialdemokratie analysierte.

A. hat schon früh die große Bedeutung der städtischen Arbeiterklasse in der revolutionären Bewegung erkannt, obgleich auch er, wie alle Narodniki, den Nachdruck auf die Agitation im Bauerntum legte. Aber seine eigene propagandistische Tätigkeit verlief fast ausschließlich unter städtischen Arbeitern. Ende der 70er Jahre, als viele der aktivsten Revolutionäre alle ihre Kräfte dem terroristischen Kampfe mit dem Zarismus widmeten, arbeitete A. an der Gründung einer der ersten geheimen russischen Arbeiterorganisationen, des Südrussischen Arbeiterbundes, der sich übrigens, gleich anderen gleichzeitigen Versuchen ähnlicher Art, als nicht lebensfähig erwies. Wichtig aber für die Entwicklung der sozialistischen Ideen in Rußland ist die Tatsache, daß A. in dem von ihm verfaßten Programm der neuen Arbeiterorganisation das anarchistische Endprogramm mit rein sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen, wie allgemeines und gleiches Wahlrecht, Freiheit des Wortes, Versammlungsfreiheit, Verkürzung der Arbeitszeit u. dergl., zu verbinden versuchte.

Die letzten Kapitel der Memoiren schildern den allmählichen und für A. und seine nächsten Freunde, PLECHANOFF, DEUTSCH, WERA SASSULITSCH, selbst unmerklichen Übergang vom Bakunismus zum Marxismus. A. ist zusammen mit den eben genannten der Gründer der berühmten Gruppe für die Befreiung der Arbeit, der ersten marxistischen Organisation in Rußland, von der die russische Sozialdemokratie ideologisch ihren Ausgang genommen hat. An diese literarische Gruppe reihte sich dann unmittelbar in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts die erste Organisation der sozialdemokratischen Praktiker mit MARTOFF und LENIN an der Spitze.

A.s Memoirenwerk ist nicht nur als die Selbstbiographie eines der be-

deutendsten unter den jetzt lebenden Sozialisten, sondern auch als ein un-gemein interessanter Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des russischen Sozialismus wichtig. A. ist als Schriftsteller wenig fruchtbar gewesen. Er hat, trotz großen Gedankenreichtums, kein größeres, zusammenfassendes Werk geschaffen. Seine angeborene Bescheidenheit ließ ihn hinter seinem großen Freund PLECHANOFF zurücktreten. Auch kennzeichnet ihn jener Hang nach höchster Vollkommenheit, jene erbarmungslose Kritik eigener Leistungen, die wohl jede Vollendung fast unmöglich machen. Deshalb ist es so gekommen, daß trotz der starken Beeinflussung der Entwicklung der russischen Arbeiterbewegung gerade durch die soziologischen und politischen Ideen A.s seine Bedeutung der breiten Masse nicht nur der Außenstehenden, sondern sogar der Parteimitglieder kaum bekannt geworden ist. Nun will A. in den folgenden 3 Bänden seines großen Memoirenwerks eine „rückschauende Bewertung der verschiedenen Momente der Vergangenheit“ geben. Er wählt dazu die Form von persönlichen Erinnerungen. Aber schon der vorliegende I. Band zeigt, daß es sich in Wahrheit um viel mehr handelt, nämlich um die gesamte ideologische Entwicklung der russischen Sozialdemokratie. Kein anderer ist dazu berufener, diese Entwicklung zu schildern als A. Denn es gibt keinen einzigen Abschnitt in der Geschichte der russischen Sozialdemokratie, in dem diese nicht unter dem befruchtenden Einfluß der A.schen Ideen gestanden hätte. Für die innere, ideologische Geschichte des russischen Sozialismus ist sein Werk von außerordentlichem Interesse.

Als eine ganz andersgeartete Persönlichkeit stellt sich WERA NIKOLAJEWNA FIGNER (geb. 1852) dar. Sie ist die typische Vertreterin desjenigen Teiles des russischen Adels, der aus der Erkenntnis seiner Pflicht dem Volke gegenüber zur Revolution und zum Sozialismus gekommen ist. Ihr zwei-bändiges Memoirenwerk zeigt von großem darstellerischen Talent. Der II. Band, die Beschreibung des berühmten Staatsgefängnisses in der Schlüsselburger Festung, erinnert lebhaft an PELLICOS „I miei prigionieri“, das ihr zweifellos bei der Niederschrift ihrer Erinnerungen vorgeschwebt hat. Dieser II. Band ist eins der erschütterndsten Werke der Weltliteratur; er trägt den Untertitel: Als die Uhr des Lebens stehen blieb. WERA F. verbrachte in Schlüsselburg 20 Jahre, die besten Jahre ihres Lebens. Sie betrat das Gefängnis als eine junge 32jährige Frau und verließ es mit 52 Jahren. Schlüsselburg sollte ein Grab für seine Bewohner werden; es wurde es auch für viele, sehr viele, die teils durch Selbstmord endeten, teils langsam an Schwindsucht oder Wahnsinn untergingen. Manche von ihnen versuchten gegen das Festungsregime zu rebellieren und wurden, nach körperlicher Züchtigung, hingerichtet. Das alles hat F. erlebt, mit eigenen Augen gesehen — und blieb am Leben. Und sie blieb nicht nur am Leben, sondern bewahrte an diesem schrecklicher Ort, der mehr an DANTES Hölle als an einen Aufenthaltsort für lebendige Menschen erinnerte, ihre feurige Seele. Wie ein Märchen liest sich die Beschreibung des zähen Kampfes der lebendig Begrabenen gegen ihre Wächter der schließlich im Laufe von Jahren und nach vielen blutigen Opfern, der Gefangenen ein menschenähnliches Dasein verschafft hat. Sie durften einander sehen, zusammen lernen, arbeiten, lesen. Sie verwandelten den kahlen Festungs

hof in einen blumenreichen Garten; sie schufen mineralogische, botanische, entomologische Sammlungen; einige von ihnen wurden zu großen Gelehrten, wie N. MOROSOFF. Dieser II. Band der F.schen Memoiren ist ein Hohes Lied auf die unerschrockene Seele des Menschen, geschrieben von einer Lebendigbegrabenen und Auferstandenen, ein Heldenepos, das, solange es im menschlichen Leben noch einen Begriff von Kampf gibt, von künftigen Generationen mit Ehrfurcht und Liebe gelesen werden wird. Es sollte wirklich in alle Sprachen übersetzt werden.

Einen anderen Charakter trägt der I. Band. Er ist, im Grunde genommen, eine Geschichte der beiden großen revolutionären Organisationen der 70er und 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts: der Semlja i Wolja (Boden und Freiheit) — das populäre Losungswort, das schon seit den 60er Jahren das ganze Programm der Narodniki-Bewegung auf die beiden Forderungen der Konfiskation des ganzen Großgrundbesitzes zugunsten der Bauerngemeinden und der Befreiung des Volkes vom Joch des Zarismus zurückführen wollte — und der Narodnaja Wolja (Volkswille). WERA F. ist die einzige unter den jetzt noch lebenden Revolutionären, die diese ganze Periode aktiv durchlebt hat. Sie hat im Jahre 1876 an der Ausarbeitung des sog. völklerischen Programms teilgenommen, das später von der Geheimorganisation der Semlja i Wolja angenommen worden ist, und sie war zugleich eines der führenden Mitglieder des berühmten ersten Exekutivkomitês der Narodnaja Wolja bis zum letzten Augenblick seiner Tätigkeit (1883).

F.s Erienerungen umfassen drei Etappen der revolutionären Bewegung der 70er und 80er Jahre: die Periode der ersten naiven Versuche einer Einwirkung auf das Volk im Sinne der sozialistischen Propaganda, der die ganze bäuerliche Bevölkerung unmittelbar zugänglich erschien; die zweite Periode der Enttäuschung und des Zweifels an der sozialistischen Natur des Bauerntums und des Übergangs zur Agitation auf der Basis der eigentümlichen sozialen Auffassungen des russischen Bauerntums über das Grundeigentum, oder der „völklerischen“ Bewegung (Narodnitschestwo) im engeren Sinne; endlich die Zeit des unmittelbaren, terroristischen Kampfes mit dem Zarismus um die Erringung der politischen Freiheit. Besonders ausführlich wird diese letzte Periode, die der Narodnaja Wolja, geschildert, an der F. selbst in aktivster Weise teilgenommen hat. Es ist die Geschichte des heldenhaften Kampfes, den ein Häuflein Intellektueller gegen die mächtigste Regierung der Welt geführt hat, der in der Ermordung ALEXANDERS II. am 1. III. 1881 gipfelte und mit einer schrecklichen Niederlage der Revolutionäre endete. Auf die bewegten 60er und 70er Jahre folgte die finstere Reaktion der 80er. Man kann sehr verschiedener Meinung sein über den politischen Nutzen und die geschichtliche Bedeutung der terroristischen Tätigkeit der Narodnaja Wolja. Einen großen Fortschritt aber bedeutete diese Bewegung schon deshalb, weil durch sie endgültig mit dem alten Wahn einer apolitischen Revolution gebrochen und die Aufmerksamkeit der Intellektuellen auf den Kampf mit dem Hauptfeind, dem Zarismus, konzentriert wurde.

F.s Erinnerungen sind eine einzigartige Quelle für den künftigen Ge-

schichtsschreiber der russischen revolutionären Bewegung. Sie bietet uns eine klare und detaillierte Darstellung des intimen Lebens einer geheimen terroristischen Organisation von einem ihrer leitenden Mitglieder. Wir lernen aber auch die großen Revolutionäre der damaligen Zeit persönlich kennen, diese Monarchomachen, die an HARMODIOS und ARISTOGEITON erinnern, die aber in ihrem persönlichen Leben Asketen, Halbmönche gewesen sind. Narodnaja Wolja war mehr ein geheimer Orden, als eine politische Partei. Ihre Mitglieder gaben beim Eintritt ein feierliches Gelöbniß ab, alle ihre Kräfte der Revolution zu widmen und sich von allen Banden der Familie, der Freundschaft und der Liebe loszusagen. Sie sollten auch kein Privatvermögen haben, sondern alles der Partei überlassen. Ihr Eigenwille erlosch, sie mußten sich in allem dem Willen der Mehrheit fügen. Diesem revolutionären Orden, der seinen Mitgliedern alles nahm und ihnen nichts bot als das Bewußtsein erfüllter Pflicht gegenüber dem Volke, trat WERA F. als 28jährige junge und hübsche Frau, der das Leben alle Freuden versprach, bei. Sie erzählt in dem einleitenden Kapitel der Erinnerungen, wie sie aus einem kleinen Adelsfräulein zu einer Heldin wurde, aber trotz des Reizes der Schilderung ist das der einzige Teil ihrer Memoiren, der den Leser, besonders den europäischen, unbefriedigt lassen wird. Denn diese Bekehrung klingt eben wie ein Wunder und es gehört ein genialer Psychologe dazu, um dieses Wunder verständlich zu machen. Aber erlebt haben es einige Generationen von russischen Männern und Frauen, und WERA F. lüftet ein wenig den Schleier, der dieses Wunder massenhaften Heldentums umgibt.

Während die Memoiren AXELRODS und FIGNERS durch den hohen geistigen und moralischen Gehalt der Persönlichkeiten ihrer Verf. fesseln, sind die Aufzeichnungen von NIKOLAJ SSERGEJEWITSCH RUSSANOFF (geb. 1859) vor allem künstlerisch wertvoll und interessant.

R., der in der russischen politischen und volkswirtschaftlichen Literatur unter dem Namen KUDRIN bekannt ist, der Vertreter der marxistischen Richtung unter der Neonarodniki, entstammt einem alten Kaufmannsgeschlecht Zentralrußlands. Glänzend ist seine Schilderung des urwüchsigen Milieus, in dem er seine Kindheit verbracht hat. Es ist eine Seite aus einem Familienroman, von einer Meisterhand geschrieben. Das was R. in seinen Knabenjahren in der russischen Provinz vorgefunden hat — war noch ein halbes Barbarentum, ein patriarchalisches Familienleben mit despotischer Gewalt des Familienoberhauptes. Meisterhaft ist auch die Schilderung des Zersetzungsprozesses, der sich innerhalb dieser barbarischen Umwelt durch das Eindringen moderner Ideen vollzieht. Der Großvater und der Vater R.s waren lebensvolle Vertreter dieser Übergangsperiode von patriarchalischer Hauswirtschaft zum Kapitalismus. R. versteht es, als echter Künstler, diese längst begrabenen Gestalten uns persönlich nahezubringen. Aber auch sonst wimmeln seine Erinnerungen von gelungenen Porträts. R. war in den 70er Jahren zu jung, um an der damaligen Bewegung aktiv teilzunehmen. Er kannte aber viele hervorragende Revolutionäre und er hatte, zum Unterschied von den meisten russischen Revolutionären, ein großes, rein künstlerisches Interesse an der

menschlichen Persönlichkeit an sich. So erstehen vor uns in seinen Erinnerungen viele der aus der Geschichte der Revolution bekannten Gestalten als lebendige Menschen. Das bildet den größten Vorzug der R.schen Memoiren. Geschichtlich wertvoll ist die Schilderung des Petersburger literarischen Milieus der 70er Jahre, wo R. mit Koryphäen der russischen Literatur wie dem Soziologen MICHAJLOWSKY und dem großen Darsteller des Bauerntums und der Kleinbürger GLIEB USSPENSKY verkehrte. Im ganzen entsteht vor uns ein reiches und farbiges Bild jener großen Epoche in der russischen Geschichte, als unmittelbar nach der Bauernbefreiung eine gewaltige soziale Umgestaltung begann, die erst jetzt ihren vorläufigen Abschluß findet. R. kannte und liebte das einfache Volk von Kindheit an, er liebt überhaupt die Menschen, hat viel unter den verschiedensten Gesellschaftsklassen verkehrt — und dabei besitzt er ein glänzendes Darstellungstalent und viel von feinem, echtem Humor, so daß die Lektüre seiner Memoiren hohen Genuß gewährt.

GREGOR BIENSTOCK (Berlin).

WL. WOITINSKY, Gody pobéd i poraschenij. (Jahre der Siege und der Niederlagen). I. Das Jahr 1905. 383 S.; II. Der Niedergang der Revolution. 410 S. Berlin, S. J. Grschebin, 1923/24.

W. war zur Zeit der Ereignisse, die das Thema seiner Memoiren bilden, ein zwanzigjähriger, kaum der Schulbank entwachsener Jüngling. Seit dieser stürmischen Zeit sind fast zwei Jahrzehnte vergangen — und was für Jahre! — W. selbst hat inzwischen vieles durchgemacht und ist zum reifen Mann geworden. Und doch hat er bei der Niederschrift seiner Erinnerungen nach so langer Zeit alles wieder erlebt. Die Unmittelbarkeit des Erlebnisses — das ist der Hauptreiz dieser Memoiren. Im bunten Gewimmel ziehen an uns die Ereignisse des „tollen“ Jahres 1905 vorüber, dieser Generalprobe der großen russischen Revolution, bei der alles freilich in viel kleineren Dimensionen, als bei der großen Hauptaufführung, dafür aber vielleicht auch viel frischer und gewiß mit viel jugendlicherem Temperament zugegangen ist.

W. hat sehr viel gesehen. Er war, trotz seiner Jugend, einer der Hauptredner der Petersburger bolschewistischen Organisation, und als solcher kam er mit den verschiedensten Bevölkerungsklassen zusammen, mit Arbeitern ebenso wie mit Bauern, Handelsangestellten, Studenten, Soldaten, ja sogar mit Polizisten. Sie alle traten in den Bereich seiner agitatorischen Tätigkeit.

Als Memoirenschreiber hat W. zwei große Vorzüge. Was er erzählt, ist wahr, und über diese Wahrheit referiert er nicht, sondern bringt sie in lebendigen Farben und Bildern vor Augen. Viel dramatische Aktion, sehr viel Humor, fast künstlerische Zeichnung, wenig Reflexion und vor allem ausgezeichnete Massenschilderungen, das ist das Kennzeichnende an W.'s Memoiren, die zu dem Anschaulichsten gehören, was die russische Memoirenliteratur bisher hervorgebracht hat. Und dabei ist alles was W. schreibt, persönlich erlebt und erschaut, in seiner Gesamtheit aus erster Hand.

Viele Seiten der Memoiren sind der Schilderung der russischen Gefängnisse und der sibirischen Katorga sowie der Verbannung unmittelbar vor dem Sturz des Zarismus gewidmet. Sie gehören mit zu dem Interessantesten aus dem an sich interessanten Buche. Alles in allem sind die späten Aufzeichnungen über die Abenteuer des jungen Agitators höchst fesselnd und voll von der Glut lebendigen revolutionären Gefühls. Wer das Milieu der russischen Revolution kennen lernen will, sowie das Menschenmaterial, mit dem auch heute, und für lange Zeit noch, die russische Politik zu tun haben wird, dieses naive, halbbarbarische Volk, der wird W.'s Memoiren mit großer Befriedigung lesen. Es gibt aber in ihnen noch eine Seite, die sie für Leser der Gegenwart besonders wertvoll macht. W. hat die Interna der damaligen bolschewistischen Organisation gesehen und genau kennengelernt. Er ist ja im Jahre 1905 selbst ein Bolschewist gewesen. Das hat ihn freilich schon damals nicht gehindert, die bolschewistische Organisation so zu sehen, wie sie in Wirklichkeit war, in ihrer ganzen geistigen Primitivität und Rücksichtslosigkeit.

Es ist schade, daß das Buch von W. zu umfangreich ist, um als ganzes übersetzt zu werden. Aber einige Teile, besonders die Erlebnisse unter der Bauernschaft und die Schilderung der Gefängnisse wären auch für den nicht-russischen Leser von großen Interesse.

GREGOR BIENSTOCK (Berlin.)

ROSA LUXEMBURG, Koalitionspolitik und Klassenkampf. Berlin, Verein. intern. Verlagsanstalt 1922. 104 S.

Die angezeigte Broschüre vereinigt fünf Artikel, die in den Jahren 1899—1901 teils in der „Leipziger Volkszeitung“, teils in der „Neuen Zeit“ erschienen sind und zum Problem der Regierungskoalitionen von Sozialisten mit bürgerlichen Parteien theoretisch und praktisch-politisch Stellung nehmen. Als sie erstmals geschrieben wurden, handelte es sich um den vielbesprochenen und in der Geschichte der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung ganz neuartigen Fall MILLERAND, eines der hervorragendsten Arbeiterführer Frankreichs, der am 23. VI. 1899 das Handelsportefeuille im Ministerium WALDECK-ROUSSEAU übernommen hatte.

Gerade die kleinbürgerliche Entwicklung Frankreichs und die damit zusammenhängende Parteikonstellation hatte die koalitionspolitischen Möglichkeiten stärkstens begünstigt. Die damaligen französischen Parteien waren keine festen, dauernden Gebilde, sondern mehr oder minder lose Gruppen, deren Anhänger sich aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten rekrutierten, und weder die bürgerlichen, noch die sozialistischen Parteien besaßen, — von einzelnen ihrer Vertreter abgesehen, — festumrissene Programme. Auf der einen Seite stand der unfähige bürgerliche Radikalismus, der seine Einheit nur dem gemeinsamen Bedürfnis der gesamten Linken nach Ruhe und Ordnung verdankte; auf der andern Seite ein durch die Enttäuschungen im Gefolge der Pariser Kommune gespaltenes Proletariat. Zu großem Teile war

dieses überhaupt in Gleichgültigkeit verfallen. Zweierlei kennzeichnete diese Stimmung. Einerseits eine „gewisse Überschätzung der politischen Aktion“, wie der Eintritt eines Sozialisten in das Ministerium, anderseits eine „gewisse Unterschätzung der politischen Aktion“, wie die ständige Propaganda der Gewerkschaften für den Generalstreik bewies. Auch war — als typischer Ausdruck für die mangelnde Verbindung „der Reformtätigkeit mit der Praxis des alltäglichen Kampfes“ — die Kluft zwischen den Gewerkschaften und der parlamentarischen Arbeitervertretung nirgends so groß wie in Frankreich (S. 64).

Diese Lage der Dinge, die charakteristisch ist für ein Land, in dem die Klassegegensätze schwach entwickelt sind, ließ leicht den Glauben aufkommen: die politische Tat irgendeiner Persönlichkeit könne das Land retten. Waren wenige Jahre zuvor die Augen Frankreichs auf den abenteuerlustigen General BOULANGER gerichtet gewesen, so sollte nun ein sozialistischer Handelsminister Wunder vollbringen. Zudem hatte sich allgemach auch in der sozialistischen Partei die psychologische Bereitschaft für die Koalition herausgebildet. Praktisch hatten die Sozialisten bereits das radikale Ministerium LÉON BOURGEOIS unterstützt und JAURÈS hatte während der ganzen DREYFUS-Affäre mit dem radikalen Bürgertum gemeinsame Sache gemacht. Die theoretische Grundlage zu seinem Eintritt in ein bürgerliches Ministerium aber war von MILLERAND selbst bereits im Jahr 1896 in dem reformistischen Programm von Saint-Mandé gelegt worden.

Die Kritik, die R. L. an der Koalitionspolitik übt, geht wie in allen ihren Schriften vor allem von einer grundsätzlich revolutionären Gesellschaftsauffassung aus: daß nämlich „die Einführung des Sozialismus erst nach dem Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung erfolgen kann“ (S. 14). Unter diesem Gesichtspunkt erscheinen ihr für eine revolutionäre Partei nur Positionen erstrebenswert, von denen aus der Klassenkampf mit der Bourgeoisie und dem bestehenden Staat geführt werden kann. Die Ergreifung des Staatsruders, der Exekutivgewalt im bestehenden Staat fällt ihr außerhalb der für eine revolutionäre Partei zu erstrebenden Positionen. Denn haben einmal angebliche Gegner der bestehenden Ordnung Ministeressel erobert, so falle die Erziehungs- und Aufklärungsarbeit der Massen zum Kampf gegen die bestehende Ordnung fort und ihre Opposition, ihr wichtigstes Mittel um die Regierung vorwärts zu treiben, breche notwendigerweise zusammen oder werde zu einem „leeren Paradestück“ (S. 43). Die Logik der Tatsachen zwingt vielmehr die sozialistische Partei — wenn sie einmal an der Regierung teilhabe —, diese mit allen Opfern zu halten und die Ministerkrise als „Damoklesschwert“ zu fürchten (S. 43) — eine Taktik, die sie selbst und die Arbeiterschaft der Regierung völlig ausliefere.

Den Nachweis für diese grundsätzliche Auffassung, die jede Koalitionspolitik von vornherein verwirft, bringt R. L. für den speziellen Fall durch eine konkrete Darstellung der Ära des Kabinetts WALDECK-MILLERAND. Sein Fiasko war das „logische Ergebnis sowohl der Ohnmacht, in der sich die Radikalen in der Kammer von vornherein befanden, wie der Ohnmacht,

zu der sich obendrein die Sozialisten durch den Anteil an der radikalen Regierung selbst verurteilt haben“ (S. 45). Als Kernpunkt der Krise, in der sich der französische Staat damals befand, erschien R. L. der Widerspruch zwischen der eine selbständige Rolle für sich beanspruchenden Armee bezw. den Generalen und der parlamentarischen Republik. Ein Widerspruch, der nur durch die Auflösung des alten Heeres und die Schaffung einer Miliz zu lösen sei. Demgegenüber müßten — meinte sie — alle andern Aufgaben verschwinden. Gerade diese Aufgabe aber war unlösbar für ein Koalitionsministerium. Erwies sich also die eine Parole: „Verteidigung der Republik“, mit der JAURÈS den Eintritt MILLERANDS ständig verteidigte, als unbegründet, da alle früheren Feinde der Republik sich in ihr bereits glänzend installiert hatten, so war die andere Forderung, „Einführung sozialer Reformen“, erst recht undurchführbar, da die sozialistische Partei sich selbst ausgeschaltet hatte. Der ursprünglich zwieschlächtige Charakter sämtlicher sozialpolitischer Gesetze (Gesetz über den 10stündigen Arbeitstag, über die Gewerkschaften, über das obligatorische Schiedsgericht), die MILLERAND tatsächlich erreicht hatte, nahm denn auch mit der Zeit völlig kapitalistisches Gepräge an und stellte sich höchstens äußerlich als Fortschritt dar. Auch war durch die allgemeine Amnestie die DREYFUS-Affäre in höchst unbefriedigender Weise gelöst worden, die versprochene Trennung der Kirche vom Staat nicht erfolgt, das Bündnis mit dem Zaren nicht durchbrochen. Kurz, innerhalb des Staates hatte sich während einer dreijährigen Koalitionsperiode nichts zugunsten des Proletariats geändert. Wohl aber hatte sich die sozialistische Partei geändert! Die Korruption und die Selbstzufriedenheit der Regierungsvertreter hatte sich in ihr breit gemacht und vor allem war die Einigung des Proletariats unmöglich, solange dieses, dank der Koalitionspolitik, in zwei feindliche Lager gespalten blieb.

In keiner ihrer Schriften der Vorkriegszeit zeigt sich R. L.s Stellung zum Problem der Einheit so klar wie hier, obwohl es sich nur um einzelne, verstreute Sätze handelt. R. L. stand viel zu sehr im Fluß der Bewegung und war eine viel zu gründliche Dialektikerin, als daß für sie die Einheit des Proletariats eine ewige, absolute Kategorie gewesen wäre. Ihr ist vielmehr im Gegenteil „die sozialistische Einigkeit nicht ein einmaliges vorübergehendes Problem in der Arbeiterbewegung, sondern ein ständiges Problem, dessen jeweilige Lösung im richtigen Verhältnis zur prinzipiellen und taktischen Selbsterhaltung der Arbeiterpartei immer von neuem geprüft werden muß“ (S. 96). Und an einer andern Stelle erklärt sie: „Zur Grundlage der sozialistischen Einigkeit ist die Gemeinsamkeit des sozialistischen Endziels allein unzureichend, vielmehr ist auch noch die gleichartige Auffassung vom Kampf um dieses Endziel erforderlich“ (S. 72). Die Einheitlichkeit des Handelns wird aber nicht geschaffen durch die Opportunität, d. h. Erwägungen darüber, was augenblicklich gerade „nützlich“ sei, sondern durch Gemeinsamkeit in einer „grundsätzlichen Opposition zum bestehenden Klassenstaat“ (S. 89 f.).

Tatsächlich war es auch in Frankreich die Koalitionspolitik, welche die Einigungsversuche des Jahres 1898 störte und aufhielt, während umgekehrt



die gemeinsame Opposition der Guesdisten und Blanquisten gegen die „Ministeriellen“ den Anfang der sozialistischen Einigung bildete, die erst im Jahre 1905 auf dem Kongreß zu Rouen zustande kam, in einem Zeitpunkte, in dem sämtliche sozialistische Parteien in Opposition zum Ministerium ROUVIER standen.

Heute wissen wir, daß R. L. die Bedeutung des „Falls MILLERAND“ bei weitem überschätzt hat. Weder im französischen, noch im internationalen Proletariat herrscht über diese Episode in der Geschichte des Sozialismus „eine Stimme der Verurteilung“ (S. 104). Denn wie fast alle sozialistischen Schriftsteller aus der Epoche der Zweiten Internationale hat auch R. L. die opportunistischen Strömungen innerhalb des Proletariats stark unterschätzt, welche uns in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung vor und nach dem Fall MILLERAND entgegentreten. Aber gerade die geringere Berücksichtigung des historischen Zusammenhanges in dem speziellen Fall gegenüber der Betonung der grundsätzlichen Stellung zur Koalitionspolitik läßt die angezeigte Broschüre auch heute noch als wirksamste Kampfschrift erscheinen gegen die Koalitionspolitik, also gegen die typische Nachkriegspolitik der Sozialdemokratie in fast allen westeuropäischen Ländern. Handelt es sich doch bei aller Verschiedenheit der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse vor einem Vierteljahrhundert und heute immer wieder darum, Ausweglosigkeiten inner- oder außerpolitischer Natur durch den Versuch einer Ausöhnung der Klassengegensätze wenigstens zeitweilig zu überbrücken. Daß derartige Versuche stets mit einer Niederlage für den Sozialismus enden müssen, hat R. L. zumindest für den Fall MILLERAND in glänzender Weise nachgewiesen.

VALENTINE ADLER (Berlin).

RUDOLF ROCKER, Johann Most. Das Leben eines Rebellen. Berlin, Verlag „Der Syndikalist“, 1924. 8°. 436 S.

Der Literatur zur Geschichte der Arbeiterbewegung fehlt ein Werk, das Rolle und Einfluß der einzelnen Zweige des Sozialismus innerhalb der gesamten Bewegung gerecht beurteilt und abwägt. Am drückendsten macht sich dieser Mangel bemerkbar, wenn man sich mit dem Anarchismus zu befassen hat. Und doch verfügt gerade diese Richtung des Sozialismus über einen Historiker, der imstande wäre, als ein wichtigstes Quellenwerk zu einer Geschichte der Gesamtarbeiterbewegung, eine Geschichte des Anarchismus zu schreiben: MAX NETTLAU. Wert und Persönlichkeit dieses Mannes sind fast hinter jeder Arbeit anarchistischer Tendenz und Forschung in den letzten Jahren zu spüren, in RICARDA HUCHS BAKUNENBUCH und schließlich auch in der vorliegenden Studie R. R.s.

Zwei große Mängel kennzeichnen diese Schrift. Sie versucht nicht, sich über den anarchistischen Parteistandpunkt zu erheben, und läßt eine ausführliche Darstellung der programmatischen Stellung MOSTS fehlen, die um so wichtiger wäre, als MOSTS Abfall von der Sozialdemokratie zum Anarchismus

nicht nur überaus wichtig ist zum Verständnis der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Geschichte, sondern auch zum Verständnis der politischen Taktik des Anarchismus. Außerdem wäre es dem Verf. sehr zu danken gewesen, hätte er seiner Arbeit eine Bibliographie der Schriften und Artikel MOSTs, sowie eine Übersicht über die von ihm benutzte Literatur angehängt.

Trotz all dieser Mängel ist R.s Werk von großer Bedeutung für die Geschichte des Sozialismus überhaupt. Mit Recht hat der Verf. die Jugendjahre MOSTs und dessen sozialdemokratische Zeit weniger ausführlicher behandelt. MOST selbst hat ihm ja in seinen Memoiren (4 Bändchen, New York, 1903—1907) das Wichtigste vorweggenommen. Neues und bis heute zum größten Teil Unbekanntes berichtet R. vom 8. Kapitel an. Die Verhaftung MOSTs in England und schließlich sein Weg nach Amerika werden ausführlich behandelt und mit reichem Material fundiert. Eine Nachprüfung aber ist schwer durchzuführen. Und der Verf. ist wahrscheinlich selbst daran schuld, daß ihm die Kritik nur mühsam folgen kann, weil er durch den Mangel an bibliographischen Angaben diese Prüfung überaus erschwert. Gerade in diesen Kapiteln ist jener bereits oben gerügte Mangel an Objektivität festzustellen, der sich in wenig oder schlecht fundierten Angriffen gegen die deutsche Sozialdemokratie Luft macht.

Von größter Bedeutung ist, was R. über die Verhaftung JOHN NEVES zu sagen weiß. Die Rolle PEUKERTS allerdings wird auch hier nicht klar gestellt. Um sie ganz zu verstehen und um alle Verdachtsgründe zu vereinigen, die gegen PEUKERT sprechen, muß man auch dessen Verhalten in Wien berücksichtigen, namentlich sein Verschwinden in der Nacht vom 28. auf den 29. I. 1884, das PEUKERT allerdings in den „Erinnerungen eines Proletariers aus der revolutionären Arbeiterbewegung“ (Berlin 1913, Verl. d. Sozialistischen Bundes) erklärt. Aber diese Erklärung wird schwerlich bei denjenigen Glauben finden, die mit der Arbeitsmethode der österreichischen Polizei jener Zeit bekannt sind. AUGUST KRČAL, der ein sehr genauer Kenner PEUKERTS und der radikalen Bewegung war, findet in seinem Büchlein „Blätter aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Österreichs“, (Verl. Freie Generation 1913), keineswegs Gelegenheit zur Verteidigung PEUKERTS. Er erwähnt nicht einmal den Verdacht, in dem er gestanden hat. Im 3. Band der „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie“ von LUDWIG BRÜGEL (Wien, Volksbuchhandlung 1922) finden sich alle Verdachtsmomente gegen PEUKERT zusammengetragen. Wir wollen auf Grund von Aktenstücken, die bis heute noch nicht veröffentlicht sind<sup>1)</sup>, darauf hinweisen, daß die Anhaltung JOHN NEVES im Jahre 1883 in Wien ebenfalls auf Grund von Spitzelbriefen erfolgt ist. Zu Beginn des Monats September 1882 verfügte der Wiener Polizeipräsident über einen Brief des „bekannten Tischlergehilfen und Expedienten“ der Londoner „Freiheit“ JOHN NEVE, in dem dieser seiner Korrespondenz mit PEUKERT Erwähnung tut. Und schon im September 1882 hat

1) Seither vorliegend im „Kampf“ XVII/6: LUDWIG BRÜGEL, John Neve, alias Ernst Stevens.

der Wiener Polizeipräsident abermals ein Schreiben NEVES, das für die österreichischen Parteigenossen bestimmt war, in Händen. Oktober 1882 erhält die Wiener Polizei die Nachricht, daß NEVE Ende des Monats Paris verlassen und sich nach München, Linz, Pest und Wien begeben werde. Und am 7. I. 1883 erstattete die Wiener Polizeidirektion an die Staatsanwaltschaft die Anzeige, daß NEVE vor drei Wochen in Wien eingetroffen sei und sich hier unter dem Namen STEVENS aufhalte. Nach NEVES Verhaftung wurde vom Leipziger Oberreichsanwalt seine Auslieferung verlangt, die aber nach mehreren Monaten, die NEVE in der Haft zubrachte, abgelehnt wurde. NEVE wurde aus Wien ausgewiesen und hielt sich vom Juli 1883 an in Zürich auf, wo er im September verhaftet wurde. Man darf vermuten, daß PEUKERT mit dieser Angelegenheit in einem gewissen Zusammenhang steht, denn gerade damals war er am mächtigsten in der radikalen Partei. Was PEUKERT über die Verhaftung NEVES sagt, ist sehr wenig: „Ich hatte — heißt es in den ‚Erinnerungen‘ (S. 124) — längst die Überzeugung, daß NEVE, aber unter anderem Namen verhaftet war . . .“ PEUKERTS Verhalten in Wien hätte also R. wohl auch bei der Beurteilung der letzten Verhaftung NEVES ins Kalkül ziehen müssen. Die Verdachtsgründe gegen PEUKERT haben dadurch an Gewicht gewonnen. Mit der Beurteilung des ehemaligen Spitzels MAX TRAUTNER können wir uns ebenfalls nicht recht einverstanden erklären, denn dessen Behauptungen („Wie JOHN NEVE verhaftet wurde“. Ein Blick hinter die Kulissen des Herrn JOSEF PEUKERT, London o. J.) sind von solcher Präzision, daß sie sich nicht einfach mit einer Handbewegung abtun lassen.

Die Darstellung des Lebens von MOST in Amerika ist R. besonders gut gelungen. Hier erhalten wir einen Überblick über die gesamte radikale Bewegung in den Vereinigten Staaten und eine trefflich zusammengefaßte Schilderung der Ereignisse in Chicago, die um so begrüßenswerter ist, als wir für deren Kenntnis bisher eigentlich nur über das phrasenhafte Buch von RUDOLF GROSSMANN (PIERRE RAMUS) verfügt haben. Daß MOST in Amerika geendet hat, ist kein Zufall. In dem Land des radikalen Industrialismus ist die radikale Arbeiterbewegung eine unvermeidliche Konsequenz. Dort ist seine Taktik namentlich für die aus dem Osten Europas eingewanderten Arbeiter, die in ihrer Heimat in ähnlicher Weise gekämpft haben, verständlich und anziehend. Man kann der Meinung sein, daß die Rolle des Anarchismus in der gesamten Arbeiterbewegung darin besteht, die Massen aufzurütteln und sie bereit zu machen für die Massenorganisation einer sozialdemokratischen Partei. Das wäre dann auch die Rolle des Anarchismus gerade in Amerika, wo es damals, wie SOMBART sagt, keinen Sozialismus gegeben hat. Der gerechte Beurteiler wird zugeben müssen, daß MOST alles getan hat, ihn zu wecken.

Man muß R. R. überaus dankbar für seine Arbeit sein; sie ist ein gutes Stück Geschichte des Sozialismus, sie weiß trefflich zu schildern und viel Neues zu erzählen.

FRTZ BRÜGEL (Wien).

OTHMAR SPANN, *Bibliographie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges...* Oxford, University Press 1924. 8°. XIV u. 167 S.

Als I. Band der österreichischen und ungarischen Serie der von der CARNEGIE-Stiftung herausgegebenen „Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges“ ist jüngst die vorliegende Bibliographie erschienen. Wenn es auch erfreulich ist, daß ein so antipazifistischer Schriftsteller wie O. S. im Rahmen einer für den internationalen Frieden wirkenden Buchreihe mitarbeitet, so muß man diesem Werk doch den Krieg erklären, denn es wird keinem einzigen Anspruch gerecht, den man an eine systematische fachwissenschaftliche Bibliographie mit Fug und Recht stellen darf. Es ist eben nicht so, daß jedermann einfach die Fähigkeit hat, eine Bibliographie anzufertigen, sondern er muß diese Arbeit ebenso wie jede andere erlernt haben. Wenn der Verf. SCHNEIDERS Handbuch der Bibliographie (Leipzig, Karl W. Hiersemann, 1923) auch nur durchgeflogen hätte, so wäre er wenigstens vor seinen größten Fehlern bewahrt geblieben. Vor allem vor dem einen, daß er die selbstgewählten Grenzen 1914—1920 nicht einhält. Seine Überschreitungen wären verständlich, wenn es sich um Werke von ausnehmender Wichtigkeit handelte, aber das ist nun keineswegs der Fall. Eine Propagandaschrift über die Wiener Messe, eine Schrift des Kohlenhändlers BERL, eine antitschechische Broschüre, die ihre völkische Abneigung schon durch die geschmackvolle Abänderung des Wortes „Tschechoslowakei“ in „Tschechei“ dokumentiert: so sehen die wichtigen Werke aus, denen zu Liebe der Verf. die Grenzen seiner Bibliographie überschreitet. Weiterhin nimmt er einen ganzen Wust von Schriften auf, die weder mit der Sozial- noch mit der Wirtschaftsgeschichte etwas zu tun haben. Es ist wohl ein allgemeines Ziel der Bibliographie, Vollständigkeit anzustreben. Aber man darf nicht einfach jedes Buch aufnehmen, das irgendwie in den Rahmen zu gehören scheint. Das kann der Bibliograph nur so vermeiden, daß er eben die Bücher selbst — wenigstens in zweifelhaften Fällen — prüft und nicht nur einfach die Titel aus dem „Wöchentlichen Verzeichnis“ abschreibt. SCHNEIDER sagt zu dieser Frage: „Der bloße Umstand, daß ein Buch erschienen ist, gibt ihm noch kein Anrecht auf einen Platz in einem Fachverzeichnis, und kein Bibliograph wird sich wissenschaftlich nennen dürfen, der sich damit begnügt, ein Sklave der Schreiber zu sein, von denen die Renaissance schon klagt, daß sie die Welt beherrschten, und der nicht ein Apostel der Geister zu sein wagt. Das Ziel des Fachbibliographen besteht nicht darin allein, das Schrifttum geordnet zu verzeichnen, sondern es zu mustern und das taube Gestein der Literaturbergwerke vom edlen zu sondern.“ Allerdings, Sp. hat nicht nur RODA RODA und ALICE SCHALEK aufgenommen, er hat auch gemustert. Und zwar sehr sorgfältig. So z. B. kann man sich über die Haltung der Sozialdemokratie während des Weltkrieges nur aus „Österreichs Erneuerung“ von RENNER unterrichten. Es fehlen sämtliche Schriften von MAX ADLER, und vor allem „Die Erneuerung der Internationale“ von FRIEDRICH ADLER und ADLERS Rede vor dem Ausnahmegericht. Die für die öster-

reichische Sozialpolitik so wichtige und bezeichnende Einführung des Betriebsrätegesetzes findet bei Sp. ihren literarischen Niederschlag in drei Schriften. Die wichtigsten fehlen, darunter sogar gegnerische, von denen man annehmen könnte, daß sie Sp. sympathisch sein müßten. Die zum Verständnis der ganzen Betriebsrätewegung wichtige Polemik im österreichischen Volkswirt zwischen KARL PŘIBRAM und FRITZ RAGER wird man vergebens suchen. Ähnlich verhält es sich mit der Literatur über die Wohnungsfrage. Es ist zwar die Gesetzesausgabe PAUERS angeführt, die von STERNBERG aber fehlt. Nicht einmal die Berichte der Parlamentsfraktionen der einzelnen Parteien sind vorhanden. Sp. führt auch Literatur über die ungarische Räterepublik an. Aber die Schrift von BELA KÜN, die unter dem Pseudonym BLASIUS KOLOSZVAR erschienen ist, fehlt. In der Frage Sozialismus und Landwirtschaft sind dem Bibliographen vor allem antisozialistische Schriften bekannt, die sozialistischen kennt er nicht. Auch die Sozialisierungsliteratur ist höchst unvollständig. Er nimmt endlich ebensowenig Notiz von OTTO BAUERS Schrift: Die Sozialisierungsaktion im ersten Jahre der Republik, wie von dessen Bericht über seine Tätigkeit als Außenminister, zwei Schriften also, die wohl für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der österreichischen Republik von größter Wichtigkeit sind. Nun sind hiermit keineswegs alle Mängel der Sp.schen Bibliographie aufgedeckt. Aber wir können ja nicht an dieser Stelle eine Ergänzung seiner Bibliographie publizieren. Wir wollen nur anmerken, daß auch die Angaben bei den einzelnen Werken der Prüfung nicht standhalten, daß z. B. ein vierbändiges Werk als einbändig aufgeführt wird und daß Text wie Register Druckfehler aufweisen. Es ist sehr bedauerlich, daß Sp.s Versuch einer Bibliographie der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte derart vollständig mißglückt ist, daß sie einfach wertlos erscheint.

Fritz Brügel (Wien).

ZDENĚK V. TOBOLKA, Počátky dělnického hnutí v Čechách (Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Böhmen). Prag, Arbeiterbuchhandlung (A. Svěcený), 1923.

Derselbe, Dějiny československé sociální demokracie od jejich počátků až po sjezd hainfeldský (Die Geschichte der tschechoslawischen Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis nach dem Kongreß in Hainfeld). Ebenda 1923.

Der Verfasser der beiden angezeigten Schriften, V. TOBOLKA, gegenwärtig Vorstand der Bibliothek des tschechoslawischen Abgeordnetenhauses in Prag, hat schon früher die tschechische historische Literatur mit einer Reihe wertvoller Untersuchungen bereichert. Seine ersten Arbeiten galten der älteren tschechischen Geschichte. Nachher hat er sich der Geschichte des 19. Jahrhunderts im allgemeinen und insbesondere der tschechischen Politik zugewandt. Diese Reihe seiner Schriften wurde durch eine Monographie über den Slavenkongreß von 1848 eingeleitet; dann folgte, in Zusammenarbeit mit dem späteren Ministerpräsidenten KAREL KRAMÁŘ, eine

Geschichte der tschechischen Politik im 19. Jahrhundert und schließlich eine Aufsehen erregende, weil mit der nationalen Legende radikal brechende Geschichte der tschechischen Politik im Kriege. In allen diesen Arbeiten hat sich T. nicht nur als fleißiger, verläßlich auf Grund der Quellen arbeitender Historiker erwiesen, sondern es auch verstanden, durch die Form seiner Darstellung breite Kreise der Bevölkerung mit den von ihm behandelten geschichtlichen Fragen vertraut zu machen. Das günstige Urteil, das über den Historiker T. im allgemeinen gefällt werden kann, gilt auch von den beiden vorstehend genannten Untersuchungen zur Geschichte des Sozialismus in Böhmen.

Zuerst sei eine Inhaltsangabe des ersten Büchleins gegeben:

Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Böhmen müssen unter den Kattundruckern gesucht werden. Durch den Verlust Schlesiens unter MARIA THERESIA wurde die Entwicklung der Industrie in Böhmen begünstigt, 1763 wurde das Färben von Kattun freigegeben. Durch ein Hofdekret von 1795 wurde das Kattundrucken für ein freies Gewerbe erklärt. Das hatte eine raschere Entwicklung dieses Gewerbezweigs zur Folge. In Prag stieg die Anzahl der Kattundruckereien von 1790 bis 1827 von neun auf 22. Eine weitere Förderung für den Kattundruck bedeutete die Kontinentalsperre, wodurch die Einfuhr von englischem Kattun nach Österreich unmöglich gemacht wurde. 1833 erfand PERROT in Rouen die nach ihm benannte Perrotine, welche so viel Arbeit leistete wie 20 Handdrucker, 1836 machte EDUARD LEITENBERGER in Böhmen eine ähnliche Erfindung, 1843 gab es in Böhmen bereits 3458 Kattundruckmaschinen, darunter 10 Perrotinen. 1843 waren in den Kattundruckereien in Böhmen bereits 20 000 Arbeiter beschäftigt. Schon 1823 trat infolge der Einführung der Wiener Elle an Stelle der kürzeren böhmischen Elle ein Sinken des Lohnes ein, weil für eine Elle derselbe Preis wie früher gezahlt wurde. Der Drucker verdiente pro Woche etwa 12 fl. brutto, und dies bei einer Arbeitszeit, die von fünf Uhr früh bis sieben Uhr abends dauerte. Im Sommer arbeitete man etwa 12 bis 14 Stunden, im Winter etwas weniger. Frauen und Kinder wurden furchtbar ausgebeutet, ein Hofdekret vom 11. Juni 1842 gestattete die Arbeit der Kinder vom 12. Lebensjahre an, ließ aber Ausnahmen zu, wenn das Kind das neunte Lebensjahr überschritten hatte und mindestens drei Jahre in die Schule gegangen war. Die Arbeiter waren völlig schutzlos und insbesondere im Falle der Krankheit dem Elend preisgegeben. Die von den Arbeitern gegründeten Krankenunterstützungsvereine wurden so die ersten Organisationen der Arbeiter. Schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts gab es solche Krankenunterstützungsvereine. Die Mitgliedskarte eines derartigen Vereines in Böhmen berechnete zu der gleichen Unterstützung in allen Ländern des deutschen Bundes. So gab es bereits damals eine Solidarität der Arbeiterschaft über die Landesgrenzen hinaus.

Die Unzufriedenheit der Kattundrucker mit ihrer Lage bewog sie schon am 30. April 1819, sich beim Landespräsidenten in Prag schriftlich gegen die willkürlichen Lohnherabsetzungen zu beschweren. 1822, 1823 und 1825 wieder-

holten die Arbeiter ihre Beschwerden. Die Einführung der Maschinen erhöhte naturgemäß ihre Not, weil viele dadurch beschäftigungslos wurden. Am 1. Juni 1844 setzten einige Prager Fabrikanten die Löhne ohne Begründung herab, worauf am 18. Juni die Arbeiter, geführt von dem Drucker JOSEPH ULBRICH, die Arbeit einstellten. Am selben Tage wurden auch einige Maschinen, denen man die Schuld an allem Übel zuschob, zerschlagen. Drei Tage später versammelten sich die Drucker in den heutigen Weinbergen, wurden aber vom Militär zerstreut. 525 Kattandrucker wurden an diesem und den folgenden Tagen verhaftet. Ihre Kollegen sorgten durch Sammlungen für die Unterstützung der Familien der Inhaftierten. Bis zum 27. Juni traten alle wieder die Arbeit an. Die Unruhen fanden ihren Widerhall auch außerhalb Prags, so in Böhmisches-Leipa am 22. Juni, in Reichenberg am 8. Juli, wo gleichfalls eine Reihe von Maschinen zerstört wurde. (Bemerkenswert erscheint, daß damals der Führer der rheinischen Opposition gegen den preußischen Absolutismus, DAVID HANSEMANN, Verbindung mit den Kattandruckern in Böhmen suchte.) Am 28. Juni 1844 wurde von der Landesregierung eine Kommission ernannt, welche die Verhältnisse zwischen den Arbeitern und den Unternehmern regeln sollte. Die Arbeiter verlangten ein Verbot der neuen Maschinen, was die Kommission ablehnte. Diese arbeitete vielmehr eine Arbeitsordnung für die Kattandruckereien aus, welche vollkommen zugunsten der Fabrikanten abgefaßt war, denen völlige Freiheit in der Bestimmung des Lohnes zugestanden wurde. Die Prager Arbeiter überreichten deswegen am 2. September 1844 dem Landeschef Erzherzog STEPHAN ihre Einwendungen gegen die neue Fabriksordnung. Diese trat auch nie ins Leben. Die Niederlage der Arbeiter bewirkte jedoch, daß sie bis zum Jahre 1848 Ruhe bewahrten und unter den alten Bedingungen weiterarbeiteten; nur die Löhne wurden in geringem Maße erhöht.

Die sozialen Forderungen der Arbeiter spielten im Jahre 1848 weder in Prag, noch sonst in Böhmen eine bedeutende Rolle. Immerhin aber ist festzustellen, daß unter die Forderungen der im St. Wenzelsbade in Prag am 11. März 1848 abgehaltenen Versammlung auch die „Organisation der Arbeit und des Lohnes“ aufgenommen wurde — zweifellos aus rein politischen Gründen. Die bürgerliche Ressource, der damalige politische Mittelpunkt Prags, beauftragte auch den jungen Arzt und Schriftsteller Dr. FRANTIŠEK CYRIL KAMPÉLÍK, auf die arbeitslosen Kattandrucker beruhigend einzuwirken und der Nationalausschuß errichtete auf Wunsch von 1200 Kattandruckern eine Abteilung für Fragen der Arbeitslosigkeit, welche eine Arbeitsvermittlung ins Leben rief. Ferner wurden für die arbeitslosen Kattandrucker öffentliche Sammlungen veranstaltet. Politische Rechte jedoch gab man den Arbeitern nicht. Die Wahlordnung für den Reichsrat vom 24. Juni 1848 schloß alle jene vom Wahlrecht aus, die vom Tages- oder Wochenlohn lebten.

Die Arbeiter selbst sahen als bestes Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit die Entfernung der Maschinen an. Außerdem verlangten sie eine Erhöhung der Löhne und die Herabsetzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden. Zur Prüfung dieser Forderungen setzte die Stadt Prag einen Untersuchungs-

ausschloß ein, in dem Vertreter der Fabrikanten und der Arbeiter saßen. Die Konzessionen, die die Fabrikanten machen wollten, gingen jedoch den Arbeitern zu wenig weit und wurden daher von ihnen abgelehnt. Die soziale Lage der Kattundrucker sollte auch im böhmischen Landtag zur Beratung gelangen. Ihr plötzlicher Aufstand aber machte allen ihren Hoffnungen ein Ende. Am 3. Juni 1848 kam es von seiten der enttäuschten Arbeiter zu Unruhen, die dadurch niedergeschlagen wurden, daß die Fabriken militärisch besetzt wurden. Die Früchte der Reaktion ernteten die Fabrikanten durch eine Verordnung des Prager Stadtrates vom 10. Juni, welche die Benützung der Maschinen völlig freigab. Alle Bemühungen der Arbeiter, die Erfüllung ihrer Wünsche zu erreichen, schlugen fehl. Im August und September wandten sie sich unmittelbar an den Kaiser. Deshalb berief die Regierung eine Enquete nach Wien für den 14. November ein, die abermals ergebnislos verlief. Am 28. Januar 1849 entschied das Handelsministerium, daß den Fabrikanten in der Verwendung von Maschinen völlig freie Hand gelassen werden müsse. Am 9. März 1849 wurde dies den Fabrikanten und Arbeitern mitgeteilt. Der Widerstand der Arbeiter war gebrochen. Die hereinbrechende Reaktion machte jede weitere Aktion der Arbeiterschaft unmöglich, die Gewerbeordnung von 1859 stand vollständig auf dem Boden des Liberalismus, der Arbeiter war der Willkür des Fabrikanten völlig freigegeben.

Wenden wir uns nun dem Inhalt der zweiten Schrift T.s zu, so haben wir folgendes hervorzuheben:

Wie die ersten Antriebe zur Wiederbelebung der tschechischen Sprache und Literatur von Deutschen ausgegangen ist, so haben die tschechischen Arbeiter auch den Sozialismus von ihren deutschen Klassengenossen übernommen. Unter den tschechischen Arbeitern faßten zunächst die selbsthilflerischen Ideen von SCHULTZE-DELITZSCH Fuß. Sie wurden unter ihnen seit 1868 von Dr. FR. L. CHLEBORÁD in Prag propagiert, der den Konsumverein Oul (die Biene) begründete. Politisch war CHLEBORÁD ein Anhänger des böhmischen Staatsrechtes, von dessen Verwirklichung er den Aufstieg der tschechischen Arbeiterklasse erwartete.

Die Lehren von MARX und LASSALLE, die auch unter den böhmischen Arbeitern die Ideen von SCHULTZE-DELITZSCH verdrängten, kamen zu den tschechischen Arbeitern über Wien. Der von dem, 1867 gegründeten, Wiener Arbeiterbildungsverein veranstaltete Arbeiterkongreß vom 10. Mai 1868 war sich der Notwendigkeit einer Gewinnung der tschechischen Arbeiter für den Sozialismus bewußt. Das dort beschlossene Manifest erschien auch in tschechischer Sprache.

In Böhmen, dem Hauptwohngebiet der tschechischen Nation, kristallisierte sich die sozialistische Bewegung aus dem kleinbürgerlichen Flügel der staatsrechtlichen Opposition heraus. Seit 1872 erschienen in Prag die „Dělnické Listy“ (Arbeiterzeitung), deren Aufgabe die Gewinnung der tschechischen Arbeiter für den Kampf um das böhmische Staatsrecht war. Der Hauptmitarbeiter des Blattes, der erste große sozialistische Agitator der tschechischen Nation, J. B. PEČKA — gleich den meisten Arbeiteragitatoren der da-



maligen Zeit auch Dichter — ging aber bald eigene Wege. Er verfocht von Anbeginn an die Annahme des 1869 entstandenen Eisenacher Programms der deutschen Sozialdemokratie. Von der Außerachtlassung des staatsrechtlich-nationalen Programms bis zu dessen entschiedener Bekämpfung war dann kein weiter Weg. In seiner Meinung wurde PEČKA bekräftigt, als es während der Wiener Weltausstellung von 1873 zu einer Zusammenkunft von Prager und Wiener Arbeitern kam. Trotzdem man sich bei dieser Gelegenheit über alle prinzipiellen Fragen einigte, trat jedoch in den Reihen der tschechischen Arbeiterschaft von Anbeginn die Forderung nach einer selbständigen tschechischen Arbeiterpartei auf. Darin wurde sie durch den damals ausgebrochenen Kampf zwischen SCHEU und OBERWINDER bestärkt, den sie der tschechischen Arbeiterschaft fernhalten wollte. Zunächst siegte jedoch innerhalb der neuen Bewegung der Gedanke der Zusammenfassung der Arbeiter aller Nationen Österreichs zu einer Partei. Auf dem Parteitag zu Neudörfel (an der ungarisch-österreichischen Grenze) vom 5. April 1874 beschloß man ein gemeinsames Programm, auch ein gemeinsames Nationalitätenprogramm, sowohl für die tschechischen als auch für die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter. In der Redaktion der „Dělnické Listy“ kam es darob zum Streit, der zur Trennung des proletarischen vom kleinbürgerlichen Flügel führte. PEČKA und seine Gesinnungsgenossen gründeten daher am 1. Oktober 1874 ein neues Blatt, die „Budoucnost“ (Zukunft).

Trotzdem zwangen die Verhältnisse die tschechischen Arbeiter zu Schritten, die zur Schaffung einer selbständigen tschechischen sozialdemokratischen Partei führten. Am 28. Sept. 1876 fand die erste tschechische sozialdemokratische Konferenz in Prag statt, wo beschlossen wurde, alljährlich zusammenzukommen. Schon 1877 vertrat die Budoucnost die Anschauung, daß die Arbeiterschaft jeder Nation zunächst in einer festgefügteten sozialdemokratischen Partei organisiert sein mußte, dann erst könne an den internationalen Zusammenschluß der Arbeiter Österreichs geschritten werden. Das Blatt nannte sich auch fortan nicht mehr tschechisches Organ der sozialdemokratischen Partei, sondern Zentralorgan der tschechoslawischen sozialdemokratischen Partei in Österreich. Seit dem Januar 1878 gab es auch eine eigene tschechische sozialdemokratische Parteileitung, welche durch den Kongreß beim St. Margarethenkloster (in der Nähe von Prag) am 7. April 1878 bestätigt wurde. Dieser Parteitag hat auch ein Parteiprogramm beschlossen, das sich an das Gothaer von 1875 anschließt. Das Jahr 1878 bedeutet daher das eigentliche Geburtsjahr der tschechischen Sozialdemokratie.

Kaum aber war die Partei gegründet, als sie sich von heftigen inneren Kämpfen bedroht sah. Die Verfolgungen, denen die sozialistischen Arbeiter ausgesetzt waren, lösten in vielen von ihnen den Glauben aus, daß die bestehende Gesellschaftsordnung nur mit den Mitteln der Gewalt beseitigt werden könne. In den Jahren 1878 bis 1884 wurden in Böhmen wegen „sozialistischer Umtriebe“ 222 Strafuntersuchungen gegen 729 Beschuldigte geführt. Gegen 324 Personen wurden Gerichtsverhandlungen durchgeführt, 249 wurden angeklagt und verurteilt, nur 55 freigesprochen. Auch unter

den tschechischen Arbeitern kam es zu einer Spaltung zwischen Gemäßigten und Radikalen und der bedeutendste Mann aus den Anfängen der tschechischen Arbeiterbewegung PECKA mußte 1881 die Redaktion des damaligen Parteiorganes „Dělnické Listy“ an den Radikalen JOSEPH HYBESCH, den späteren österreichischen Reichsratsabgeordneten, abgeben. Die radikale, unter dem Einfluß von MOST und PEUKERT stehende Richtung riß zunächst fast alle Organisationen an sich. Nur in Mähren sammelte sich ein Häuflein von „Gemäßigten“, die seit 1881 ein eigenes Organ „Spravedlnost“ (Die Gerechtigkeit) herausgaben. Der geistige Leiter dieses Blattes war niemand anderer als der junge KARL KAUTSKY, der in Prag geborene Sohn eines Tschechen. Auf Veranlassung KAUTSKYS fand am 9. und 10. April 1882 eine Konferenz gemäßigter deutscher und tschechischer Sozialdemokraten statt, die die Einberufung eines Kongresses beschloß, der dann am 15. und 16. Oktober in Brünn tagte. KAUTSKY war hier der „Hauptredner und geistige Schöpfer der Kongreßbeschlüsse“. Der Parteitag nahm auch einen Programmentwurf KAUTSKYS an, so daß das Brünnener Programm von 1882 der Vorläufer des Hainfelder und Erfurter Programms wurde. Auf dem Kongreß wurde auch ein Parteivorstand gewählt und seit 1883 erschien daselbst das Zentralorgan der Partei, der „Bojovník“ (Kämpfer).

Als 1884 neue Verfolgungen durch die Behörden einsetzten, machte die Radikalisierung der tschechischen Arbeiterschaft weitere Fortschritte. Unter den Radikalen selbst trat eine Spaltung ein in Anarchisten und radikale Sozialdemokraten. Der Führer dieses rechten Flügels der Radikalen wurde PECKA, der 1884 in Proßnitz den „Duch Času“ (Geist der Zeit) herausgab. Im Jahre 1885 wurden alle Führer des anarchistischen Flügels verhaftet und zu schweren Kerkerstrafen verurteilt, worauf diese Strömung zur Bedeutungslosigkeit herabsank. Das bereitete die Einigung unter den tschechischen Sozialdemokraten vor. 1885 wurde in Brünn die „Rovnost“ begründet, welche ähnlich wie die ein Jahr später ins Leben getretene „Gleichheit“ VIKTOR ADLERS zum Sprachrohr derjenigen wurde, die für die Vereinigung der beiden streitenden Parteien, des rechten Flügels der Radikalen und der Gemäßigten, eintraten. Die „Rovnost“ bereitete so den Boden für den Einigungskongreß vor, der am 25. und 26. Dezember 1887 zusammentrat und — ein Jahr vor der Einigung der deutschen Sozialdemokraten Österreichs in Hainfeld — auch ein gemeinsames Programm schuf, dessen Wert freilich tief unter dem des Hainfelder Programms steht. Endgültig wurde für die sozialdemokratischen Arbeiter beider Nationen die Einigung in Hainfeld (30. Dezember 1888 bis 1. Januar 1889) vollzogen, wo ein Programm zustande kam, in dem der geistige und politische Zusammenschluß der beiden sich bekämpfenden Bruderparteien zum Ausdruck kommt.

Soweit die Darstellung T.s. Nur noch wenige kritische Worte zur weiteren Charakteristik der angezeigten Schriften. In deren erster, in der die Anfänge der sozialistischen Bewegung in Böhmen behandelt werden, wird mit Recht zunächst ein Überblick über die Entstehung jener Industrie gegeben, deren Arbeiter als die Bahnbrecher der Arbeiterbewegung überhaupt

angesehen werden können. In der zweiten Schrift fehlt es jedoch an jeder Schilderung der ökonomischen Verhältnisse. Die Geschichte der Arbeiterbewegung jedes Landes ist zu eng mit der Entwicklung der Industrie, insbesondere mit deren periodischen Krisen verknüpft, als daß man die politische Geschichte der Arbeiterschaft ohne die Kenntnis der industriellen Entwicklung verstehen könnte. In der ersten Schrift wieder vermissen wir die nähere Darstellung der Prager Juniereignisse von 1844, die doch als der erste Ausbruch der Empörung der Arbeiter eine genauere Schilderung hätten vertragen können. Insbesondere fehlt der Aufstand der Eisenbahnarbeiter, der zu einer regelrechten Straßenschlacht vor den Toren Prags geführt hat. Schließlich sei noch bemerkt, daß die zweite Schrift in drei Folgen in dem „Sborník věnovaný dějinám dělnického hnutí a socialismu“ (Archiv für die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus), einem Schwesterunternehmen dieses Archivs, erschienen ist, in dem eine Reihe weiterer interessanter Aufsätze zu finden ist. T. selbst hat hier Aufsätze über KARL SABINA, einen der Vorkämpfer der tschechischen Arbeiterbewegung, sowie über die Pseudonyma einiger tschechischer sozialdemokratischer Journalisten und Agitationsredner aus der Arbeiterbewegung der 80er Jahre beigezeichnet. Von EMIL ŠPATNÝ stammt eine Studie über das Attentat auf Kaiser FRANZ JOSEPH in Reichenberg 1891. Auch sonst enthält der Sborník interessante Notizen. Leider sind von der wertvollen Zeitschrift bisher bloß drei Nummern erschienen —, die letzte vor ungefähr einem Jahr. Vermutlich, weil die Verbreitung zu gering war. So erklärt sich auch, daß T.s Geschichte der tschechischen Sozialdemokratie über 1889 hinaus bisher keine Fortsetzung erfahren hat.

EMIL STRAUSS (Prag).

ALEX RADÓ, Politische und Verkehrskarte der Sowjetrepubliken, mit Textanhang. Braunschweig und Hamburg, Verlag v. Georg Westermann 1924.

Bei dem großen und berechtigten politischen und ökonomischen Interesse das — positiv und negativ — allüberall für die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken besteht, wird die angezeigte Karte von jedem, der rasch und konkret bildhaft sich einen Überblick über die politische Neuordnung auf dem Gebiet des einstigen russischen Reiches verschaffen will, dankbar begrüßt werden. Der R.sche aus zahlreichen Quellen sorgfältig geschöpfte Textanhang vertieft noch durch seine wertvollen statistischen Daten und durch die Übersicht über die von der Sowjetregierung beschlossene, bisher allerdings nur erst zum Teile durchgeführte Zusammenlegung der Gouvernements in größere verkehrs- und wirtschaftsgeographisch einheitliche „Wirtschaftsgebiete“ die durch die Karte selbst vermittelte Vorstellung von den großen Veränderungen im Osten.

Y. P.

---

---

Der IV. Band ist erschienen:

# JAHRBUCH DES ARBEITSRECHTS

und der damit zusammenhängenden Teile der Sozialpolitik.  
Systematische Übersicht über das Schrifttum, die Rechtsprechung und die Verwaltungspraxis im Jahre 1923.

## BAND IV

Herausgegeben von Dr. Heinrich Hoeniger, Prof. der Rechte in Freiburg i. Br., unter Mitwirkung von Dr. Rudolf Schultz, Prof. der Rechte in Freiburg i. Br., Reg.-Rat Dr. Emil Wehrle, Leiter des Badisch. Landesamts für Arbeitsvermittlung in Karlsruhe, Privatdozent an der Universität Heidelberg

Gebunden in Halbleinen Gold M. 8.—  
I. Band (1919/20) GoldM. 7.— II. Band (1921) GoldM. 9.— III. Band (1922) GoldM. 7.—

### PRESSESTIMMEN ÜBER DIE ERSTEN DREI BÄNDE:

„Das „JAR“ hat sich einen weiten und dankbaren Leserkreis erworben. Mit Spannung sah der Praktiker dem Erscheinen des III. Bandes entgegen. Seine Erwartungen und Hoffnungen, die er auf diesen Band setzen konnte, sind nicht enttäuscht worden. Wie seine Vorgänger vereinigt auch der III. Band alle Vorzüge, die schon vielfach gerühmt und hervorgehoben worden sind. Er stellt somit eine überaus wertvolle Erscheinung auf dem Gebiete der arbeitsrechtlichen Bibliographie dar.“

(Der ArbGeb. v. 15. X. 1923)

„Für Kenner des Arbeitsrechts überrascht immer wieder die ganz ausserordentlich gute Kennzeichnung der Verhältnisse, die jedem Abschnitt als zusammenfassender Bericht vorangestellt sind. Es gibt diesem Werk gegenüber nur die eine Auffassung, daß jedem, der sich mit arbeitsrechtlichen Fragen befassen muß, auch unter den jetzigen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, es ermöglicht werden sollte, sich dasselbe anzuschaffen. Das ist vielleicht das beste Lob, das man heutzutage einer Arbeit spenden kann.“

(Clemens Nörpel in der Betriebsrätezeitung Nr. 9 1923)

Die erwähnten Vorzüge treffen für den IV. Band in erhöhtem Maße zu

**J. BENSHEIMER / MANNHEIM / BERLIN / LEIPZIG**

---

---